Digitized by Google

Jur. Opp.
64 m - 1

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Vorträge
über
Tortur, Hexenverfolgungen, Vehmgerichte,
und
andere merkwürdige Erſcheinungen
in der
Hamburgiſchen Rechtsgeſchichte.

Gehalten
in der juriſtiſchen Section des geſchichtlichen Vereins
in
Hamburg
von

C. Trummer Dr.

Erſter Band.

Mit vielen bisher ungedruckten Urkunden und Criminalfällen.

Hamburg,
bei Johann Auguſt Meißner.
1844.

Digitized by Google

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Digitized by Google

S. T.

Dem Archivar der freien Hanſeſtadt Hamburg

Herrn Doctor

Johann Martin Lappenberg

der dankbare Verfaſſer.

Digitized by Google

Erlauben Sie mir, mein hochverehrter Freund, Ihnen dieſes Buch zuzueignen, indem die darin enthaltenen Vorträge zunächſt Ihnen ihre Entſtehung verdanken. Denn Sie zuerſt haben mich aufgefordert, der vaterſtädtiſchen Rechtsgeſchichte die ſparſamen Mußeſtunden zuzuwenden, und Sie ſind mir mit Freigebigkeit an die Hand gegangen, um mir die handſchriftlichen Vorräthe nachzuweiſen, die ich in meinen Vorträgen bemüht geweſen bin, meinen Mitbürgern und den Freunden der Geſchichte und Rechtswiſſenſchaft genießbar zu machen.

Dieſe Beſchäftigung mit der Vergangenheit iſt mir ſehr wohlthuend geweſen, nicht blos für die Erweiterung meiner Kenntniſſe, ſondern auch als willkommene Zuflucht aus einer nicht jedem Beſchauer Erfreuliches darbietenden Gegenwart. Nehmen Sie alſo meinen herzlichen Dank für dieſe Beweiſe Ihrer Freundſchaft, und verſchmähen Sie

Digitized by Google

nicht, vielleicht weit über den Termin ſeiner pflichtmäßigen Antretung hinaus, den ſchwachen Gegenbeweis, den ich Ihnen in dieſer Zueignung vorlege.

Unſere gemeinſchaftliche liebe Vaterſtadt kann ſtolz darauf ſein, in Ihnen einen Hiſtoriker zu beſitzen, welcher die Anerkennung nicht blos Deutſchlands, ſondern auch des Auslandes für ſich hat, und ſo iſt es gewiß um ſo angemeſſener, daß einem ſolchen Meiſter ein Schüler ſeine Erſtlinge darbietet, ehe er ſie über das Weichbild hinausſendet.

Hamburg im März 1844.

C. Trummer Dr.

Digitized by Google

Vorwort.

Die Vorträge, welche ich ſeit einigen Jahren in der juriſtiſchen Section des hieſigen hiſtoriſchen Vereins halte, haben einen gedoppelten Zweck. Zuvörderſt wollen ſie zum Selbſtſtudium des vaterſtädtiſchen Rechts anregen, um neue und friſche Kräfte für die Ausbeutung der hier noch zu Tage zu fördernden Schätze zu gewinnen. Sodann — und das ſteht damit in einem innigen Zuſammenhange — wollen ſie einer bisher, wie es ſcheint, ziemlich verkannten oder vielleicht nur gering geachteten Wahrheit Geltung verſchaffen.

Es iſt nämlich allerdings bekannt, wie Vieles, ja Unermeßliches bisher zur Erforſchung allgemeiner hiſtoriſcher Geſichtspunkte der Germaniſchen Volksrechte geſchah. Bedeutende Talente haben ſich dieſer univerſelleren Richtung zugewandt, und, man darf es wohl ſagen, dieſen Rechten, als den Rieſenſtämmen einer gemeinſchaftlichen Wurzel eine Eigenthümlichkeit vindicirt, welche immer entſchiedener zugeſtanden wird, und zu der Nothwendigkeit hingeführt hat, das Studium dieſer Rechte von demjenigen anderer poſitiver Rechte, namentlich aber des Römiſchen und des Canoniſchen, ſtrenger auszuſcheiden und abzuſondern. Das

Digitized by Google

praktiſche Reſultat hat davon nicht ausbleiben können, und ſchon räumen ſelbſt die eifrigſten juriſtiſchen Transmontaner ein, daß manche unſerer heutigen Rechts-Inſtitute urſprünglich im vaterländiſchen Rechtsboden wurzeln, und ihnen nur von daher gehöriges Gedeihen und Leben zugeführt werden kann.

Allein es iſt von den bewährteſten Prieſtern der vaterländiſchen Rechte bisher Aufmerkſamkeit und Fleiß faſt lediglich derjenigen Methode zugewandt worden, welche vom allgemeinſten Standtpunkte ausgeht, den Anhalt nur dafür in den Particularrechten und Statuten aufſucht, und jenen durch dieſe zu erläutern oder zu beweiſen bemüht iſt. Dagegen iſt man freilich in neuſter Zeit mehr wie jemals darüber aus, die beſonderen Rechte einzelner Gegenden und Städte in unſerem Vaterlande durch den Druck zu vervielfältigen, und allen Freunden dieſer Studien zugängig zu machen. Indeſſen wer ſich mit dieſen Studien vertraut gemacht hat, wird nicht in Abrede ſtellen können, daß für das Studium des Inhalts dieſer bedeutenden Rechtsquellen, für die Erſpähung ihrer Originalität noch ungemein wenig geſchehen iſt.

Dieſe Aufgabe ſtellen ſich die Vorträge des Unterzeichneten. Sie ſind beſtimmt, den Mikrokosmus einer der ſchon von älteſter Zeit her größten und bedeutendſten Städte Deutſchlands zu beleuchten, den reichen Inhalt, den tiefen Gehalt des topiſchen Rechts im Einzelnen und Ganzen nachzuweiſen, zur gemeinſchaftlichen Arbeit an dieſem erſprießlichen Werk die Jünger der Themis aufzubieten, durch den Widerſchein die Deutſche Rechtsgeſchichte überhaupt zu beleuchten, und für dieſe den unermeßlichen Werth der Forſchung in den Hamburgiſchen Statuten und Ordelbüchern, mehr wie es bisher, aus Mangel an unmittelbarer Kenntniß derſelben, hat geſchehen können, zugängig zu machen.

Digitized by Google

Werden mit den Vorträgen dieſe Zwecke nicht erreicht, ſo wird vielleicht in einem ſo großen gelehrten Gebiete ſchon der redliche Wille für löblich angeſehen werden dürfen. Nur um dem oft wiederholten Wunſche geehrter Freunde nachzugeben, hat ſich der Verfaſſer entſchloſſen, ſie einem größeren Publikum anzuvertrauen, das ſie in ihrer überarbeiteten Geſtalt ebenſo nachſichtig und wohlwollend aufnehmen möge, als der kleine Kreis ihrer früheren Zuhörer. Wenn es übrigens diesmal nur gewagt worden iſt, in einem einzigen Vortrage, in dem fünften, ſich ausſchließlich mit einer weniger für einen größeren Leſerkreis berechneten Materie zu beſchäftigen, und ſie ſogar auf eine Weiſe zu behandeln, welche ſich ſelbſt für die Doctrin als neu bezeichnen läßt: ſo darf man nicht aus den Augen laſſen, daß es dem Verfaſſer bei dieſer Publication darum zu thun war, für die hier behandelten Gegenſtände überhaupt Theilnahme und Theilnehmer zu gewinnen. Sollte ſie fortgeſetzt werden können, ſo laſſen ſich ſolche Vorträge vorzugsweiſe mittheilen, welche ein rechtswiſſenſchaftliches Intereſſe ausſchließlicher in Anſpruch zu nehmen ſich eignen.

Hamburg im März 1844.

C. Trummer Dr.

Digitized by Google

Digitized by Google

Vorträge
über
Tortur, Hexenverfolgungen, Vehmgerichte,
und
andere merkwürdige Erſcheinungen
in der
Hamburgiſchen Rechtsgeſchichte.

Digitized by Google

I.

Geſchichte der Tortur
in
Hamburg.

Inhalt.

§ 1. Urſprung.
§ 2 — 4. Urſachen.
§ 5. Nicht das Römiſche Recht.
§ 6. Legislation und Praxis in Lübeck, Bremen und Holſtein.
§ 7. Unſer neuſtes Stadtrecht.
§ 8 — 10. Die Carolina.
§ 11 — 13. Andere Urſachen.
§ 14 — 21. Grundſätze der Praxis, mit Beiſpielen erläutert.
§ 22. Art und Weiſe der Anwendung der Tortur.
§ 23. 24. Eigenmacht der Prätoren.
§ 25. 26. Der Entwurf einer Gerichtsordnung von 1711 und Krieger.
§ 27. Urgicht nicht immer ein Foltergeſtändniß.
§ 28. Torturgrade.
§ 29 — 31. Fälle, wo die Tortur kein Geſtändniß erzwang.
§ 32 — 36. Die Fälle, wo erſt auf gerichtliches Erkenntniß torquirt worden iſt.
§ 37. Sonſtige causes célèbres.
§ 38 — 46. Die Ermordung einer angeblichen Bauerfrau im J. 1701.
§ 47. Abſchaffung der Tortur im übrigen Deutſchland.
§ 48. 49. Fall der Wächtler.
§ 50. Fall von Peterſen.
§ 51. Surrogate der Tortur bei uns.

Digitized by Google

Digitized by Google

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

Geſchichte der Tortur in Hamburg.

Vorträge in der juriſtiſchen Section des hiſtoriſchen Vereines in Hamburg, gehalten im Winter 1840.

Umgearbeitet im Jahre 1843.

§ 1.

Es läßt ſich leider von der Tortur, als einem Mittel zur Erlangung eines Geſtändniſſes, bei uns in einem eminenten Sinne ſagen, daß ſie lediglich eine Geburt der praktiſchen Willkühr geweſen iſt, welche ſich von jeher in demjenigen Recht geltend machte, das es vorzugsweiſe mit dem Leben, der Freiheit und Ehre der Menſchen, alſo mit ihren edelſten Erdengütern zu thun hat. Unſere Legislation hat ſich erſt 1603 des Gegenſtandes unſeres heutigen Vortrages zu bemächtigen gewagt, und wir werden ſehen, daß die ganze Art und Weiſe, wie ſie es that, die unlautere und verwerfliche Quelle verräth, aus der die ſcheußliche Gerichtspraxis hervorgegangen war.

Wann die Folter zuerſt bei uns angewandt worden iſt, bin ich nicht im Stande geweſen zu ermitteln. Allein ſo viel iſt ausgemacht, daß ſie im ſechzehnten Jahrhundert bei uns im vollen Schwange war, und es iſt gewiß keine Uebertreibung, wenn ich behaupte, daß damals ſchon kein erheblicher Criminalfall in Hamburg vorkam, wo nicht die Folter etwa in der Art, wie jetzt das articulirte Verhör, dem Verfahren vor der Gerichtsprocedur die Krone aufgeſetzt hätte. Es iſt dabei ſicher nicht als zufällig zu betrachten, daß der erſte mir bekannte Fall, wo der Tortur gedacht wird, zugleich ein Hexenproceß (§ 37)

Digitized by Google

war; und man darf behaupten, dieſe Proceſſe würden bei der anderswo von mir geſchilderten legislativen Lage des criminellen Aberglaubens unter uns niemals die blutige und cannibaliſche Ausdehnung haben erlangen können, wenn von unſern Vorfahren die Strafrechtspflege beſſer überwacht, und vor der Tortur bewahrt worden wäre.

§ 2.

Unter ſolchen Umſtänden iſt es gewiß vor allen Dingen unſere Aufgabe, nachzuforſchen, welchen Urſachen die Einführung der peinlichen Frage bei uns zuzuſchreiben ſein möchte. Die Aufgabe iſt freilich eben ſo ſchwierig, als ſie intereſſant iſt.

Im Allgemeinen wird man nicht ganz fehlgreifen, wenn man dieſes Ungeheuer der praktiſchen Willkühr unter uns dem herrſchenden Zeitgeiſte zuſchreibt. Vor den Einflüſſen der Zeitideen, deren Träger in früheren Jahrhunderten weniger die Literatur als die Univerſitätsſtudien waren, konnte ſich unſer kleiner Staat auch in dieſer Beziehung nicht bewahren, der ſeine Söhne von auswärtigen Akademien ihre Rechtsweisheit einholen, und auf die Gutachten fremder Rechtsfacultäten und Schöppenſtühle oft die Entſcheidung der wichtigſten Criminalfälle ankommen ließ. Allein mit dieſer allgemeinen Auskunft iſt nicht viel gewonnen. Es müſſen andere Bedingungen aufgeſucht werden, aus denen ſich die Nothwendigkeit und Unerläßlichkeit des ſchrecklichſten Erforſchungsmittels der Wahrheit, der Vorgängerin aller, oft ſelbſt der gerichtlichen Verhandlung, herausſtellt. Sonſt würde es unerklärlich bleiben, wie das Volk Jahrhunderte lang zu dieſer Willkühr der ohnehin dem urſprünglichen und alten Rechtsverfahren fremden, dem Anklageproceß nur beigemiſchten Inquiſition ſtillgeſchwiegen, und ſelbſt in einzelnen Fällen, wo es ein eigenes Intereſſe dabei fand, auf Anwendung der Folter hätte als auf ein Recht beſtehen können.

§ 3.

Es muß hier vorweg daran erinnert werden, daß zufolge der allgemeinen Geſchichte des Deutſchen Rechts [1]) die

---

1) Vgl. Eichhorn I, 434 u. 473 Not. b. a. E.

Digitized by Google

Tortur in Deutſchland zuerſt bei Leibeigenen vorgekommen ſein ſoll. Allein ſchon daraus würde ſich ergeben, daß ſie unſerm ſtädtiſchen Gemeinweſen eben ſo fremd war, als dieſe moderne Sklaverei. Bekanntlich enthält ſchon unſer Statut von 1270 VII, 17 die Beſtimmung, daß Leibeigene, welche hier unangefochten Jahr und Tag gewohnt hätten, nicht von ihren Gutsherren wieder angeſprochen werden könnten[2]). Dieſe Beſtimmung wurde 1276 VII, 18 und 1292 H, 15 beibehalten[3]), und erlitt erſt ſeit 1497 A, 12, wahrſcheinlich weil das Entlaufen der Leibeignen nach Hamburg zu häufig vorkam[4]) die Beſchränkung, daß nur wer über zehn Jahre hier ohne Anſprache ruhig verkehrt, nicht mehr als Leibeigner reclamirt werden dürfe. Aber auch in dieſer Geſtalt beurkundet das Geſetz den Widerwillen unſerer Vorfahren gegen die Leibeigenſchaft, und man wird nicht annehmen können, daß ſich darum die Tortur bei uns ſollte beliebt gemacht haben, weil ſie nur bei Leibeigenen zuerſt angewandt worden war, deren Zuſtand mit dem eines freien Bürgers unvereinbar erachtet ward.

§ 4.

Eben ſo wenig würde damit Etwas gewonnen ſein, wenn man die Folter aus den altdeutſchen Gottesurtheilen herleiten könnte. Selbſt Fidicin[1]) will, während er ſelbſt angiebt, die Tortur laſſe ſich in Berlin ſchon, (oder hier richtiger erſt)

---

2) Falck Handb. d. Schlesw. Holſt. Privatr. 4, 201 nimmt an, dieſe Beſtimmung berückſichtige beſonders Holſteiniſche Leibeigne, und widerlege ſomit die wohl vorgekommene Behauptung, als ob ſich die Leibeigenſchaft in den Herzogthümern Schleswig und Holſtein erſt im Anfange des ſiebzehnten Jahrhunderts gebildet habe.

3) Sie findet ſich eben ſo im Stader Statut VII, 14 (Pufend. I. App. p. 213) im Rigaer Art. 100 und im Lübecker Cod. Hach. III, 342.

4) Vgl. darüber Falck a. a. O. S. 220.

1) Preuſſiſche Criminal-Zeitung 1842, S. 76. Schon Dreyer (Einl. zu den Lüb. Verordn. S. 436. Not. 23 und von den Strafen S. 160 ff.) vgl. Cropp Crim. Beitr. 2, 2, 404, bezeichnete die Tortur als Surrogat der Ordalien.

Digitized by Google

1434 nachweiſen, für Berlin behaupten, die Tortur ſcheine dort an die Stelle der Gottesurtheile getreten zu ſein, und ſei als ſolches namentlich gegen Hexen und Zauberer angewandt. Allein ich möchte dieſe Auffaſſung an ſich ſchon beſtreiten. Er ſcheint jene Behauptung daraus zu folgern, daß die Fälle, die er anführt, die Anwendung der Marter als eine Strafe bezeichnen. Dies kann ihn aber nicht dazu berechtigen, theils weil die Idee einer Strafe nicht mit dem Begriffe eines Gottesurtheils zuſammentrifft, vielmehr ihm widerſtreitet, theils weil in jenen Fällen der Ausdruck wohl nur, was damals noch durchgängig der Fall geweſen ſein dürfte, ſagt, daß nämlich die Folter nur auf vorheriges Urtheil angewandt worden ſei. Ueberhaupt iſt es gewiß zu gewagt, aus einer längſt erſtorbenen und erloſchenen Anſicht, wie ſich für das funfzehnte Jahrhundert die Ordalien bezeichnen laſſen, die neue Geburt der Praxis herleiten zu wollen. Jedenfalls würde der Schluß beſonders für unſere Vaterſtadt ſchon um deswillen nicht zutreffen, weil, ſo weit wie unſere Rechtsgeſchichte hinaufreicht, derſelben die Gottesurtheile verhaßt geweſen, und aus unſerem Recht ſchon in der Zeit, da daſſelbe geſammelt und niedergeſchrieben wurde, gänzlich verbannt und ausgemerzt ſind. Ich werde bei einer anderen Gelegenheit auf dieſen Gegenſtand zurückkommen, und die Andeutungen, mit denen ich meine Vorträge in unſerer Section vor vier Jahren eröffnete, weiter ausführen.

§ 5.

Dagegen läßt es ſich nicht beſtreiten, daß unſere altdeutſchen Vorfahren dem Römiſchen Recht die erſte Bekanntſchaft mit dem deſpotiſchten Mittel, das erwünſchte Geſtändniß zu erpreſſen, verdankten. Ich weiß es nicht, wie Klefeker[1]) es rechtfertigen konnte, wenn er aus Thomaſius annahm, die Deutſchen Kaiſer hätten die Tortur des Römiſchen Rechts an die Stelle der „Procedur des Sachſenſpiegels“ treten laſſen. Allein wenn man in dieſer Behauptung auch mehrere Irrthümer finden muß, ſo folgt aus dieſen doch nicht, daß auch ohne Kenntniß des Römiſchen Rechts die Folter unſeren Vorfahren bekannt geworden

1) Hamb. Verf. 5, 265 Anm. a.

Digitized by Google

wäre. Will man hingegen dem Römiſchen Recht die erſte Ehre nicht ſtreitig machen, ſo geht eben daraus für Hamburg weit eher ein Widerwille gegen die Folter, als eine Meinung von ihrer rechtlichen Statthaftigkeit hervor. Es iſt an einem andern Orte eine Geſchichte des Römiſchen Rechts in Hamburg zuſammenzuſtellen, und dort auf die geiſtreiche Hypotheſe unſeres Vereins-Präſes, des Herrn Archivar Lappenberg näher einzugehen. Hier muß ich mich nur allgemein mit Entſchiedenheit gegen dieſelbe erklären, und jeden Einfluß des Römiſchen Rechts auf unſere topiſche Geſetzgebung, ja ſogar jede, wenigſtens jede einigermaaßen genauere Bekanntſchaft unſerer älteſten Geſetze mit demſelben beſtreiten. Der Widerwille unſerer Bürger gegen das Römiſche Recht, ſo wie überhaupt gegen alle Einwirkungen der Geiſtlichkeit, war noch im Anfang des ſiebzehnten Jahrhunderts ſo allmächtig, daß ſie ſich, nachdem das Stadtrecht neu überarbeitet und im Epilog zu demſelben das kaiſerliche Recht, womit man bekanntlich, wenn es, wie hier, von den Reichsgeſetzen unterſchieden wurde, das Römiſche bezeichnete, ausdrücklich als ſubſidiäre Rechtsquelle erklärt war, noch vor Publication dieſes neuſten Stadtrechts in dem Receſſe von 1603 Art. 3. namentlich für Criminalſachen gegen das Römiſche Recht förmlich verwahrten, und die Entſcheidung derſelben nur nach unſerem Stadtbuche von 1497, nach den beliebten Receſſen und der bewilligten Burſprache zuſichern ließen. Wie wenig aber das fremde Recht, deſſen Scharfſinn, Conſequenz und praktiſche Brauchbarkeit erſt den Forſchern unſerer Zeit gelungen iſt nach allen Richtungen hin zu zeigen, ſelbſt bei den Rechtsgelehrten unſerer Stadt damals ſich Eingang verſchafft und gründliches Studium ſich demſelben zugewandt hatte: das beurkundet unwiderleglich die Wiederentdeckung der Thatſache, daß man ſich bei der Reviſion des alten Stadtrechts der Nürnberger Reformation von 1564, (ohne officielle Angabe der Quelle), wahrſcheinlich um deswillen bediente, weil es das neuſte Stadtrecht war, bei welchem man das Römiſche Recht benutzt hatte.

Bei einem ſolchen Verhältniß des Römiſchen Rechts zu unſerer Stadt würde es erwähntermaaßen weit eher ſich erklären laſſen, wenn ſich in derſelben eine entſchiedene Oppoſition gegen die

Digitized by Google

Folter, ſofern dieſelbe durch jenes Recht bekannt geworden wäre manifeſtirt hätte. Ganz gewiß aber konnte dieſer Umſtand nicht dazu beitragen, ſie den alten Hamburgern zu empfehlen.

§ 6.

Um für unſere Unterſuchung eine engere Gränze zu gewinnen, muß auf unſere Legislation recurrirt werden. Es iſt eine nicht wohl zu beſtreitende Thatſache, daß man 1497 bei uns die Tortur noch nicht, wenigſtens nicht als ein geſetzlich ſanctionirtes Mittel der Wahrheitserforſchung gekannt haben kann. Das Statut von dieſem Jahre gedenkt nicht nur nirgends derſelben auch nur mit einer Sylbe, ſondern es gründet ſich noch durchaus auf das bisher üblich geweſene Gerichtsverfahren. Somit wird für Hamburg der allgemeine Satz Eichhorn's [1]) unanwendbar ſein, als ob im funfzehnten Jahrhundert [2]) die Folter bereits in allen Gerichten Deutſchlands, beſonders in den Städten, die nach Eichhorn ſich derſelben am früheſten bedient haben ſollen, Eingang gefunden hätte. Dies wird ſchon darum unwahrſcheinlich, weil weder von Lübeck noch von Bremen noch von Schleswig und Holſtein ſich behaupten läßt, daß die Tortur vor dem ſechzehnten Jahrhundert üblich geworden wäre.

In Lübeck weiß überhaupt gar kein Geſetz von der Tortur [3]). Freilich wäre nach einer Handſchrift des Lübiſchen Rechts vom J. 1254 (bei Cronhelm) bei Inculpaten, die ein quadt ruchte hefft gehadt, wenn ſie wegen dyffte effte rove beſchuldigt werden, die Tortur geſetzlich vorgeſchrieben geweſen. Allein ſchon Cropp (Crim. Beitr. 2,404) hält die Handſchrift für nicht zuverläſſig

---

1) Deutſche St. u. R. Geſch. 3, 460 ff.

2) Roßhirt Geſch. d. Strafr. 1, 50 behauptet ſogar, in den Deutſchen Städten ſei die Tortur ſchon im vierzehnten Jahrhundert angewandt worden. Es mag ſich dies höchſtens für Nürnberg und Mainz, oder ſonſt überhaupt für ſüddeutſche Städte behaupten laſſen. Hier wird wohl die in den Italiäniſchen Städten geltende Maxime nicht ohne Einfluß geblieben ſein: de ponendo aliquem ad torturam, quod non ponatur nisi praecedentibus indiciis legitimis. Roßhirt a. a. O. 1, 169 f.

3) Stein's Abhandl. des Lübiſchen Rechts Th. 3. S. 422.

Digitized by Google

und die Beſtimmung nicht für authentiſch. Man kann jetzt wohl zuverläſſig behaupten; daß ſie unächt iſt. Aus den neueren äuſſerſt nützlichen Nachforſchungen von Hach (das alte Lübiſche Recht. Lübeck 1839. 8) erſehen wir (S. 116 ff.), daß der Codex des Lübiſchen Rechts, welcher ſich in von Cronhelms Corpus Statutorum provincialium Holsatiae (1750) abgedruckt findet, in Segeberg auf dem Rathhauſe aufbewahrt wird, und nach den in der Handſchrift liegenden Merkmalen zwar (Hach S. 119) der erſten Hälfte des funfzehnten Jahrhunderts anzugehören ſcheint, nach anderen von Hach angegebenen Momenten aber, die mir für die Chronologie bedeutender vorkommen, eben ſo wohl erſt aus dem ſechzehnten Jahrhundert ſein kann. Dieſer Segeberger Codex hat nun allerdings die erwähnte Stelle (Hach p. 423. Codex III, 146 not. 1), und danach würde ſie wahrſcheinlich ins ſechzehnte Jahrhundert gehören, Cropp, der unter Bezug auf Dreyer (Einleit. zu den Lüb. Verordn. S. 433 vgl. 431) annahm, die Tortur ſei in Lübeck früheſtens im funfzehnten angewandt, danach zu berichtigen, und zu vermuthen ſein, man habe jene Stelle abſichtlich eingeſchwärzt, um eine willkührliche Praxis zu rechtfertigen.

Auch Donandt (Geſch. des Brem. Stadtr. 1, 192) meint, in Bremen werde die Tortur erſt mit dem ſechzehnten Jahrhundert, aber wenigſtens ſeit der Carolina (1533) üblich geworden ſein.

Endlich behauptet ebenfalls Falck (Handb. des Schleſw. Holſt. Privatr. 3, 2, 786), freilich ebenſo, wie Donandt, ohne Angabe der Quelle, ſeit dem Anfang des ſechzehnten Jahrhunderts mindeſtens ſei die Tortur in Schleswig und Holſtein, wie überall in Deutſchland üblich geweſen.

Es iſt hiernach kaum anzunehmen, daß in Hamburg dies früher der Fall geweſen ſein ſollte. Freilich meint Stelzner 1, 401, ich weiß nicht, auf welche Autorität hin, daß der Rathsherr Johann Cletze, welcher 1427 in dem Feldzuge gegen Dänemark das Hamburger Contingent befehligte, und ſich ein Verſehen zu Schulden hatte kommen laſſen, weshalb man auf ihn den Verdacht eines geheimen Einverſtändniſſes mit dem Feinde geworfen hatte, vom Rath in die Frohnerei gebracht, und dort torquirt ſei, ohne daß ein Geſtändniß von ihm habe erpreßt werden können.

Digitized by Google

Allein mir ſcheint dieſe Angabe um ſo verdächtiger, weil in den Kammer-Rechnungen von 1427 nur die Ausgaben für die Bewachung und Enthauptung Cletzens, aber nichts weiter aufgeführt wird [4]).

§ 7.

Dazu kommt dann noch ein Argument, welches eben aus der einzigen Stelle entnommen werden kann, die bei uns in der Legislation die Tortur angeordnet hat. Es iſt dies in dem 1605 publicirten Statut Part. IV Art. 24. Grade die Quelle dieſes Art. 24, das alte Stadtrecht von 1270 XII, 3, 1276 eod. 1292 P, 3, 1497 O, 6, beſtätigt es, daß man lange vor 1603 die Tortur als geſetzlich oder rechtlich erlaubt noch nicht erachtet haben kann. Alle, die bei einem Todtſchlag zugegen geweſen waren, mußten urſprünglich es mit ihrem Leben beſſern; Wunden wurden ſo geſtraft, daß man ſo viele von den anweſend Geweſenen zur Verantwortung zog, als ſich Wunden fanden, und die Uebrigen wurden wegen Schläge geſtraft [1]). So lautete das Geſetz noch 1497; doch hat das Stadtrecht von dieſem Jahre noch den, den früheren fremden Zuſatz O, 7: *weren ſe ock alle nicht hantdadich, vnde men kan nicht to der wahrheit kamen, we de hantdadige ſy, ſe b l y u e n a l l e v n g h e u a r e t.* Dafür hat nun der Art. 24 des neuſten Statuts folgende Beſtimmung:

„Da man aber den Thäter, der den Niederſchlag gethan, nicht eigentlich kann wiſſen und erfahren, ſo werden dieſelben mit der Leibesſtrafe verſchont, ſondern mit Verweiſung oder ſonſt, nach befindlicher Beſchaffenheit der Sache, geſtraft, es ſei dann, daß ausfündig könnte gemacht werden, daß in währendem Un-

4) Die merkwürdige Stelle lautet:
1427 Exp. ad div. 85. pro decapitatione Dni. Joh. Cletsen. 16s. pro 1 t. cerev. quando Dns. J. C. decap. 16s. bedello vigilibus quando Dnus. J. C. erat detentus pro cerevis. (er hatte vermuthlich Bier unter ſeine Mannſchaft vertheilt.) Ueberhaupt findet ſich in dieſen von 1350 bis 1460 verglichenen Kammer-Rechnungen nicht eine Spur von der Folter, es ſei denn daß man die Notiz hierher beziehen könnte von 1361 8 sol. stene aduocato ad q u e r e n d u m captiuos, was zu gewagt ſcheint.

1) Vgl. meinen Vortrag über Zurechnung § 79.

Digitized by Google

willen und Schlägereien, Einer oder mehr dem Entleibten ſehr zugeeilet, und ihre Wehre entblößet, oder auch ſonſt andere erhebliche Anzeige und Vermuthung gegen dieſelbe vorhanden, ſo können dieſelben dadurch zu der ſcharfen Frage um Erkundigung der Wahrheit wohl geführt und gebracht werden."

Es iſt hier der Gegenſatz zwiſchen 1497 und 1603 beſtimmt aufgeſtellt. Es durfte 1497 noch kein Mittel der Tortur angewandt werden; ſie ſollten alle ungefährdet bleiben, heißt es, was, zumal in dem Sinne, wie das Wort auch ſonſt vorkommt [3]), unſtreitig jedes Gewaltmittel auf das Beſtimmteſte ausſchließt. Das Geſetz von 1603 geſtattet freilich dieſes; aber auch nur unter genau vorgeſchriebenen Vorausſetzungen, und gleichwohl mag es um dieſer Beſtimmung willen auch ſein, daß ſich die neuſte Redaktion ſo unpopulär machte, und die bereits (§ 5) erwähnte Reſervation in dem Receſſe von 1603 herbeiführte.

Andrerſeits läßt es ſich nicht beſtreiten [4]), daß wenn das neuſte Statut 1, 34, 9 noch das alte Sächſiſche Eidesrecht des unbeſcholtenen Freien für den Fall beibehalten hat, da er nicht der Bezüchtigung durch Zeugen überführt werden kann, es damit die Tortur als Mittel der Wahrheits-Erforſchung für ſolche Angeklagte auf das Beſtimmteſte ausgeſchloſſen hat [5]).

§ 8.

Durch die bisherigen Reſultate wird man faſt unwillkührlich darauf geleitet, die nächſte Urſache der Einführung der Folter bei uns in irgend einer bedeutenden Erſcheinung des ſechzehnten Jahrhunderts aufzuſuchen.

Da widerſtrebt es nun freilich auf den erſten Anblick, der Peinlichen Halsgerichts-Ordnung Kaiſer Karls des Fünften, der ſogenannten Carolina, die Veranlaſſung unſerer Praxis beizumeſſen. Nach der Darſtellung der ausgezeichnetſten Rechtshiſtoriker [1]) führte grade ja der namentlich mit der Folter in den

3) Vgl. meine Aphorismen über Lappenberg's Urkundenbuch § 38.

4) Vgl. auch H—r im N. Arch. d. Crimr. Bd. 6, S. 426.

5) Die weitere Ausführung dieſer Argumentation gehört in einen ſpäteren Vortrag über den Eid.

1) Vgl. Eichhorn 3, 469 ff.

Digitized by Google

Deutſchen Gerichten maaßlos getriebene Unfug auf das Bedürfniß einer Reichs-Geſetzgebung über das Strafrecht, und dieſes auf die Carolina, welche auf die bisherige Praxis gebauet wurde, überall auf den Rath der Rechtsverſtändigen verwies, das rechtliche Gewicht der Anzeigen näher beſtimmte, und, da ſie für die Erkennung der Todesſtrafe das Geſtändniß unentbehrlich erklärte, für Kapitalverbrechen die Tortur zwar ausdrücklich beibehielt, aber ihre Statthaftigkeit in beſtimmte nähere geſetzliche Gränzen zurückwies.

Es iſt dabei eine ſich im Verlauf meines Vortrags mehrmals aus ſpeciellen Beiſpielen ergebende Thatſache, daß bei uns die Tortur ſeit ihrem Emporkommen auch über den Kreis der Kapitalverbrechen hinaus, und ohne alle Beobachtung derjenigen Gränzen angewandt worden iſt, welche die Carolina gezogen hatte.

Nichtsdeſtoweniger möchte ich annehmen, daß die Carolina in Hamburg den geſetzlichen Vorwand hergab, um dies entweder gleichzeitig oder bald nachher angemeſſen gefundene Mittel zur Abkürzung des Criminalproceſſes, und zur Erleichterung der Arbeit für die Criminalbehörden zu beſchönigen. Es iſt übrigens auch möglich, daß ſelbſt die Bekanntſchaft mit dieſem wirkſamen Mittel bei uns nicht dem Römiſchen Recht, ſondern grade der Carolina verdankt worden iſt.

§ 9.

Ein allgemeiner Grund für meine eben aufgeſtellte Hypotheſe iſt in der topiſchen Geſchichte unſeres Criminalproceſſes nachzuweiſen. Ich muß es mir vorbehalten, anderswo zu zeigen, daß man bei uns mit dem eigentlichen Inquiſitionsproceß erſt im ſiebzehnten Jahrhundert bekannt geworden iſt. Bis dahin war unſer hieſiges Criminalverfahren weſentlich auf den Anklageproceß gegründet, und das Inſtitut des Fiscals oder öffentlichen Anklägers, welcher zuerſt in einer Findung von 1595 unter dieſem Namen auftrat, ſcheint bei uns nur zur Befeſtigung dieſer Proceßform beigetragen zu haben. Schriftſteller, wie Wilhelm Durantis[1]), waren unſerer Praxis unbekannt, das Canoniſche

1) Vgl. darüber Eichhorn a. a. O. .

Digitized by Google

Recht, ſo wie alle Praxis, welche von den geiſtlichen Gerichten ſich herſchrieb, namentlich die Denunciation, dies canoniſche Inſtitut, ihr verhaßt und zuwider. Selbſt des Julius Clarus in Spanien bald nach 1563 herausgegebener Sententiarum receptarum liber quintus [2]), welcher auf eine, bereits längere Zeit wegen des Inquiſitionsproceſſes beſtandene Praxis fußte, war hier unbekannt. Zuerſt ward er vom Bürgermeiſter Möller († 1621) ad I, 34, 9 Stat. d. 1605 allegirt. In dieſem Statut ſelbſt kommt noch keine Spur von einem eigentlichen Inquiſitionsproceß vor. Das Verfahren iſt bei uns, vielleicht am längſten in Deutſchland, weſentlich altdeutſch geblieben, und ſomit fiel bei uns die nächſte Veranlaſſung, die Folter anzuwenden, hinweg, zumal da das Einſchreiten in Criminalfällen von Amtswegen erſt ſpät bei uns ſich Eingang verſchaffte.

§ 10.

Es iſt heute nicht meine Abſicht, die eben (§ 9) nur angedeuteten Umſtände weiter auszuführen und zu begründen, weshalb ich es denn auch einem Jeden überlaſſen muß, bis dahin ſelbſt zu beurtheilen, welchen Werth der angeführte allgemeine Grund hat. Ich fühle es ſehr wohl, daß er vor der Hand nur rein hypothetiſch iſt, und wende mich daher zu ſpeciellen. Man kann es in dieſer Hinſicht in einzelnen und namhaften Criminalproceſſen nachweiſen, auf welche Weiſe die Carolina in der Praxis geltend gemacht iſt, um die Tortur zur Anwendung zu bringen. Zuerſt mag es der Fiſcal geweſen ſein, welcher durch ſeine Anträge der Praxis den Weg zu bahnen ſuchte. Namentlich finde ich in einem Todtſchlagsfall noch vom 2. Mai 1608, wo der Fiſcal gegen Dirick Eikermann auf den Grund des Statuts von 1605 IV, 17 die Schwertſtrafe beantragte, und damit beim Rath nicht durchdrang, daß er ſich auf Art. 34 der Carolina berief, um ein Erkenntniß auf ſcharfe Frage zur Erkundigung der Wahrheit zu erwirken, aber ohne Erfolg. Hingegen erkannte ſchon in einem ältern Todtſchlagsfall die Niedergerichtliche Findung vom

---

2) Vgl. desfalls Biener Beitr. zur Geſch. des Inquiſitionsproc. S. 112 ff.

1. October 1589: de allerſits vorgebrachte vnd gerichtlich vorleſene Tuchniſſen in öhren werden vnd vnwerden tho bliven, vnd dat de Gefangene (Hans Nöringk) den 34. Art. der Kayſ. Pinl. Gerichtsordn. vnderworpen ſin mocht. Wahrſcheinlich beſtätigte der Rath dieſe Findung, und die Sache hatte nun einen ſo rapiden Verlauf, daß man, auch wohl wegen der vielen Todesurtheile, welche ſich im Jahre 1589 drängten, die darauf am 6. October erfolgte Niedergerichtliche Findung, die auf Schwertſtrafe erkannte, in das Ordelbuch ganz vergeſſen hat einzutragen. Wenigſtens enthält das uns aufbehaltene dieſe Findung nicht, und ſomit würde uns der Ausgang dieſer Sache unbekannt geblieben ſein, wenn uns nicht ein Zufall das Senats-Erkenntniß vom 10. October aufbewahrt hätte, welches die Findung vom 6. beſtätigt.

§ 11.

Uebrigens hätte unſere Praxis ſchon im älteren Criminalverfahren ſehr wohl eine Veranlaſſung zur Anwendung der Tortur finden können, wenn ihr das Mittel bekannt geweſen wäre, oder erlaubt geſchienen hätte. Denn in denjenigen Fällen, wo nicht die handhafte That in den genau geſetzlich vorgeſchriebenen Kriterien[1]) gegen den Verbrecher vorlag, noch ſein freiwilliges gerichtliches Bekenntniß, da war bekanntlich[2]) keineswegs jeder Angeklagte zum Reinigungseide zuzulaſſen, ſondern nur unter gewiſſen Vorausſetzungen. War z. B. der Angeklagte übelberüchtigt, oder bereits ſogar ſchon einmal beſtraft, oder etwa verfeſtet 2c.: ſo lag es ſehr nahe, das Geſtändniß deſſelben, welches als voller Beweis genügte, durch geeignete Mittel herbeizuführen. Für ſolche häufige Fälle bedurfte es nur des geſetzlichen Anſtoßes, den man in der Carolina fand, welche die Tortur als ein erlaubtes Mitkel der Art bezeichnete, um ſich derſelben zu bedienen.

§ 12.

Vielleicht darf man dabei auch nicht die ſonſtigen Ereigniſſe der damaligen Zeit auſſer Acht laſſen. Die Reformation hatte

1) Vgl. meinen Vortrag über Zurechnung § 68 ff.
2) Vgl. Cropp Beitr. 2, 2, 388 ff.

Digitized by Google

das religiöſe Element wieder zu einem lebendigeren Bewußtſein der Zeitgenoſſen geführt. Es iſt ſchon von Thomas[1]) höchſt treffend bemerkt, daß im Geiſte des Chriſtenthums tief das Bedürfniß begründet iſt, den Verbrecher, welchen man durch die Strafe mit der äuſſern Gerechtigkeit ausſöhnen zu müſſen ſich überzeugt hielt, auch mit ſeinem innern Bewußtſein in Uebereinſtimmung zu bringen, dadurch, daß man ihn, wenn er convictus ſchien, durch die Tortur auch zum confessus umzuwandeln, und dadurch ſeinen innern Frieden, ſo weit es Menſchen möglich iſt, wiederherzuſtellen ſuchte. Daß die Zeit, welche der Reformation nahe lag, dieſes chriſtliche Bedürfniß lebendiger fühlte, daß die Praxis einer gewiſſen Frömmigkeit das Opfer bringen zu müſſen glaubte, den Verbrecher durch die Tortur in jenen Zuſtand zu verſetzen, folgt aus jener Wahrnehmung von ſelbſt, und ſomit iſt es um ſo weniger auffallend, wenn die Praxis bei uns ſelbſt in wohlgemeinter Abſicht das durch die Carolina gewiſſermaaßen geſetzlich ſanctionirte Mittel begierig ergriff, ohne darum ſich für die bald damit verknüpften Mißbräuche verantworten zu können. Vielleicht iſt es dann auch grade die Tortur, welche der Carolina bei uns in der Praxis allmälig ein ſolches Anſehen verſchaffte, daß ſie ſelbſt in den Fällen, wo unſer topiſches Recht vollkommen ausreichte, in den Gerichten den Findungen als namentliche und hauptſächliche, keineswegs als ſubſidiäre Quelle zum Grund gelegt wurde, was von mir in einem beſonderen Vortrage über die Carolina in Hamburg noch ſpecieller motivirt und nachgewieſen werden ſoll.

§ 13.

Späterhin kamen nun aber auch zu der Carolina andere Urſachen hinzu, welche die Tortur begünſtigten. Von der Bequemlichkeit der Praxis nicht zu reden, ſcheint Mevius Commentar zum Lübiſchen Recht, welches Buch 1642 zuerſt erſchien, und ſeitdem viele Auflagen erlebte, auch in dieſer Beziehung von großem Einfluß geweſen zu ſein. Pens horn († 1660), der ſo recht zu der Zeit lebte, als dies Buch aufkam,

1) Der Oberhof zu Frankfurt am Main S. 208. 9.

wagte es daher unbedenklich, in ſeinem Commentar zum Statut IV, 29 unter ſpecieller Berufung auf Mevius die Tortur ſelbſt bei Fleiſchesverbrechen anwendbar zu erklären. Ich werde darauf noch wieder zurückkommen (§ 14).

Auſſerdem läßt es ſich nicht bezweifeln, daß auch die Univerſitätspraxis die Tortur an ſich beförderte, wiewohl damit nicht geſagt werden ſoll, daß man ihr an dem mit der Tortur getriebenen Unweſen irgend einen directen Antheil zuſchreiben darf.

§ 14.

Man kann auch nicht durchgängig behaupten, daß die Praxis bei uns ganz principienlos bei Anwendung der Folter zu Werke gegangen wäre. Zwar erachtete ſie ſchon ſehr frühzeitig ein gerichtliches Erkenntniß nicht für erforderlich. Auch beſchränkte ſie das Mittel durchaus nicht auf Kapitalverbrechen. Allein nichtsdeſtoweniger bildeten ſich durch dieſelbe Willkühr der Praxis, der die Tortur ihre Einführung überhaupt verdankt, auch beſtimmte Grundſätze aus, deren Garantie freilich eben ihrer Quelle wegen wohl nicht ausreichte, um nicht die Grundſätze in einzelnen Fällen hintanzuſetzen. Man braucht nur das von mir in dem Vortrage über Hexenproceſſe § 14 ausführlich beſprochene Daſſelſche Gutachten zu leſen, um zu ſehen, was 1597 die Praxis benachbarter Gegenden bei der Tortur erlaubt hielt, und wird geſtehen müſſen, es iſt undenkbar, daß dieſe Praxis auf die unſrige nicht ſollte zurückgewirkt haben. Insbeſondere trug man kein Bedenken, die Tortur bei Verbrechen anwendbar zu erachten, in denen ſich irgend ein exceptioneller Charakter ermitteln ließ. Hatte nun gar ſchon älteres Deutſches Recht, wie dies namentlich mit mehreren Fleiſchesverbrechen der Fall war, dieſelben zu den exceptionellen gerechnet[1]): ſo fand man hier einen durch das Herkommen befeſtigten Anhaltspunkt. So beſchäftigt ſich eben der bereits (§ 13) erwähnte Penshorn

1) Schon in dem Halliſchen Schöffenrecht von 1235 § 7 (Gaupp S. 225) wird die vis illata quod not dicitur zu den tribus causis exceptis gezählt, worüber nicht ihr Präfect, ſondern ihr Burggraf zu richten habe.

Digitized by Google

mit der Frage, weil Fleiſchesverbrechen ſchwer zu beweiſen wären, und daher insgemein nur Indicien dazu vorhanden zu ſein pflegten, man aber deshalb nicht ſofort zur Verurtheilung ſchritte, ſondern, wenn eine Capitalſtrafe darauf ſtände, Tortur, wenn eine Geldſtrafe, den Reinigungseid verfüge, zufolge Mevius: Welche Indicien hier erheblich wären? Er zählt unter Bezugnahme auf Mevius und l. 12 § 7 D. ad l. Jul. de Adulter. (48, 5) folgende auf: Wenn ein Mann solus cum sola in einem verſchloſſenen Zimmer zum Beiſchlaf bereit gefunden werde, oder nudus cum nuda, oder Liebesbriefe ſchreibe, oder wenn er Tags und Nachts das Haus des ſchönen Mädchens beſuche. Das bloße Nennen der ehebrecheriſchen oder genothzüchtigten Perſon mache hingegen wider den Läugnenden kein zur Tortur hinreichendes Indicium.

Beim Ehebruch fand man die Tortur unanwendbar. Wenigſtens bemerkt dies der Vegeſackſche Commentar ad IV, 29 unter Bezugnahme auf eine Vertheidigungsſchrift in S. Fisc. c. Eliſ. Waltherin 1726. In dieſem intereſſanten, von Vegeſack umſtändlich mitgetheilten Falle ward gegen die Angeklagte, ungeachtet der Ehemann ſie wieder hatte zu ſich nehmen wollen, im Niedergericht den 11. September 1726 auf Verfeſtung erkannt, weil ſie zweimal sola cum solo unter verdächtigen Umſtänden gefunden war. Dagegen hat der Vegeſackſche Commentar ad IV, 26 einen Fall von 1730, wo Joachim Chriſtoph Schrack wegen an einem fünfjährigen Mädchen verübter Nothzucht gefoltert, und nicht ganz überführt, nach abgeleiſtetem Reinigungseide freigeſprochen iſt. Die Indicien, welche die Anwendung der Tortur veranlaßten, ſind von Vegeſack ſpecificirt: es ſind deren neun.

§ 15.

So wirft derſelbe Vegeſack ad IV, 34 die Frage, wahrſcheinlich in ſpecieller Beziehung auf den Diebſtahl auf: Num nomimatio socii criminis sub tortura fieri debeat? Man kann dieſe Frage dahin verſtehen, ob ein geſtändiger Verbrecher durch die Tortur zur Angabe von Complicen gezwungen werden könne. Allein um des Zuſammenhangs willen muß die Frage ſo aufgefaßt werden: Ob es eine zur Anwendung der Folter genügende

Digitized by Google

Anzeige ſei, von einem Mitverbrecher als Theilnehmer genannt zu ſein? Er erzählt dabei, der Fiſcal habe 1732 in Sachen gegen die Schüppenhauerin darauf angetragen gehabt, da Margaretha Bülcken ſie von freien Stücken als Complice genannt hatte, während von ihr jede Theilnahme abgelehnt war. Vegeſack ſagt nicht, was entſchieden worden, aber er beruft ſich auf Hoffmanni part. de hac mat. disp. Frcof. 1726. 4, der ſich beſtimmt gegen die Tortur erkläre, und ſcheint damit auszuſprechen, daß nicht auf Tortur erkannt ſei. Wiewohl die bereits erwähnte Frage, ob ein geſtändiger Verbrecher durch die Tortur bei Kapitalverbrechen zur Angabe von Theilnehmern genöthigt werden könne, in den Herenproceſſen bei uns notoriſch häufig bejaht worden iſt, ſo bemerkt gleichwohl Schreining ad IV, 24: In der Sache des Fiſcals gegen Martin Möller ſei erſt auf das Gutachten einiger Akademien, nachdem vorher über die erwähnte Frage lebhaft geſtritten worden, der Angeklagte aus dieſer Urſache gefoltert.

§ 16.

Auch in Beziehung auf die Wiederholung der Tortur ſcheint man bereits frühzeitig bei uns beſtimmte Grundſätze gehabt zu haben. Hierher gehört der folgende Fall, der überhaupt auch in andern Hinſichten intereſſant iſt. Frantz Brüggeman ward von Procurator Joachim Berckhan im Namen des Ehrbaren und Wohlgelahrten Henrici Beckers als Anwald Eines Ehrbaren Hochweiſen Rathes der Stadt Lüneburg peinlich angeklagt, Einen mit Namen Hieronymus Schlodt, der zu Lüne neulich gerechtfertigt worden, dahin vermocht, auch ihm drei Reichsthaler deswegen verſprochen zu haben, daß er Herrn Hinrich Rodewoldt's Garten vor Lüneburg und die Holzhude ſollte anſtecken, Alles vermöge des gerechtfertigten Hieronymi Schlodt's eigener Urgicht und Bekenntniß, ſo er gerichtlich zu verleſen gebeten. Obwohl nun der Gefangene dabei beſtändig verharret, daß er daran unſchuldig, ſo wären dennoch zu Erforſchung und Erkundigung der Wahrheit die beiden Gefangenen zur Confrontation zum Zollenſpeicher angebracht, und wäre damals der gerechtfertigte Schlodt bei ſeiner vorigen Ausſage verblieben, und habe dem Angeklagten unters Geſicht geſagt, daß er ihm die Lunten zwiſchen Olders-

Digitized by Google

huſen und Hanſtorp auf dem Damme überantwortet, wie er denn zuvor mehrmals mit ihm von der Sache geredet. Dieweil nun der zu Lüne beſtrickte und gerechtfertigte Gefangene darauf den Tod gelitten, und mit dem Strange gerichtet worden, als bat er zu erkennen, (da der Gefangene nicht in Abrede ſein könne, wie ſolches auch ſeine eigene Urgicht und Bekenntniß mit ſich bringe, daß er mit ihm geſtohlen, und deswegen auch zu vermuthen, daß er an ſolcher Bezüchtigung wegen der Anſteckung des Gartens nicht unſchuldig), ob nicht der Gefangene nochmals um Erkundigung der Wahrheit zur Tortur geführt, oder aber wegen ſolcher Mishandlung am Leben geſtraft werden ſolle.

Cordt Wulff wandte im Namen des Angeklagten excipiendo et defendendo ein, daß dieſem an dieſer Bezüchtigung ungütlich geſchehe, und daß ihm der gerechtfertigte Schlodt ſolches mit Unwahrheit nachrede, wie er es ihm denn auf der Confrontation zum Zollenſpiker ins Angeſicht geſagt, und wäre er niemals mit ihm zu Oldershuſen geweſen, vielweniger hätte er ihm die Lunten zugeſtellt. Er hätte auch mit ehegedachtem Herrn Hinrich Rowoldt nichts im Unguten zu thun noch zu ſchaffen, kennte denſelben auch nicht. Zudem wäre auch der Gerechtfertigte nicht bei ſeiner Ausſage verblieben, ſondern ob er wohl in der erſten Urgicht bekannt, daß er ihm drei Reichsthaler zugeſagt, auch alsbald einen Reichsthaler darauf auf die Hand gegeben, ſo hätte er doch in der andern Urgicht, dazu er ſich referire, daſſelbe wiederum verläugnet, und ſchlicht geredet, er hätte ihm drei Reichsthaler gelobt, nicht daß er ihm einen auf die Hand gegeben. Zum Diebſtahl ſei er leider vom Gerechtfertigten und Peter Schulten verführt, hätte auch für ſeine Perſon wenig von dem Diebſtahl genoſſen und empfangen, deswegen er denn im Namen des armen Gefangenen lauter um Gottes willen wolle gebeten haben, weil der Gefangene zu zwei unterſchiedlichen Malen zur Tortur gebracht und jämmerlich gemartert, den Angeklagten von der Klage zu abſolviren.

Es erfolgte hierauf eine Niedergerichtliche Findung am 20. September 1596 dahin: Daß der Angeklagte von der Bezüchtigung des Anzündens des Gartens abſolvirt wird, wegen des

Digitized by Google

Diebſtahls aber auf Rendsborg[1]) 14 Tage mit Waſſer und Brot gezüchtigt werden ſoll. Man erſieht daraus, daß Berckhan im Namen ſeiner Principale die Findung lediglich Behufs Ratification derſelben an den Rath ſchalt, wie er ſelbſt ſie mußte für legal erachten. Was vom Rath erkannt worden iſt, habe ich nicht ermitteln können; aber der Fall kommt nicht weiter in den Niedergerichtlichen Protocollen vor.

§ 17.

Daß man bereits frühzeitig gewiſſe Grundſätze bei der Anwendung der Tortur hatte, beweiſt ferner ſich aus dem Widerſtand, den in der folgenden, auch ſonſt intereſſanten Sache, die auf Tortur in einer Injurienſache gerichtete Niedergerichtliche Findung beim Obergericht fand.

Der Fall iſt in dem älteſten Niedergerichtlichen Ordelbuche, das wir noch beſitzen, umſtändlich vorhanden, und dazu habe ich aus andern Nachforſchungen das Senats = Erkenntniß. Er iſt rubricirt: Gyſe Bosſche c. Joachim Koſter & Consortes. Jenes Ordelbuch enthält Folgendes: „Im Rechten gefunden. Nachdem Franz Bendtſchnider Procurator im Namen Gyſe Boßchen, ſeiner ehelichen Hausfrau, Tochtermann und Kinder, eine Peinliche Klage gegen und wider Joachim Koſter und ſeine Hausfrau, auch ihre Mutter Ilſabe Florken, wie denn auch Anneken, Joachim Henckelmanns Hausfrau, angeſtellt, alſo und dergeſtalt, daß ſich die Angeklagten unterſtanden, ſeine, Gyſe Boßchen Hausfrau an ihrem wohlhergebrachten guten Namen, Ehren und Leumund, gröblich zu injuriiren und zu ſchmähen, auch dieſelbe zur Ungebühr hin und wieder anzugeben und anrüchtig zu machen, als ſollte ſie zuvor, ehe ſie, Gyſe Boßchen, in den Eheſtand gekommen, ein Kind gehabt haben, und daß ſie des Angeklagten, Joachim Koſter's Mutter ſeyn ſolle, wie er ſolches mit einem beeideten Zeugniſſe, das er gerichtlich zu verleſen gebeten, darthue und beweiſe, welche ausgegoſſene Injurien ſein Principal, alsbald er ſelbige erfahren, ſich ad animum revocirt, und dieweil er mit

1) Rendsborg war ein Lokal in der Frohnerei. Ich werde darauf anderswo zurückkommen.

Digitized by Google

ſeiner ehelichen Hausfrau nunmehr in die 33 Jahre im Eheſtande gelebt, und dieſelbe von wegen ſolcher falſchen und erdichteten Auflagen unſchuldig wüßte, ſo wolle er ſolches gegen die Injurianten und Diffamanten mit ordentlichem Rechte eifern, und ſolches auf ſich und den Seinigen nicht beruhen laſſen. Deshalb begehrte er zu erkennen, weil die Injurianten ſolche ausgegoſſene Schmähungen und Injurien wie Recht in alle Ewigkeit nicht darthun und beweiſen könnten, ob nicht die Angeklagten dieſem Stadtrecht M, 2 [1]) ſollen unterworfen ſein, und vermöge deſſelben Anderen zum Exempel geſtraft werden.

Wogegen durch Petrum Wageningh im Namen Joachim Koſter nnd ſeiner Hausfrau, wie denn auch Ilſabe Florken excipiendo eingewandt wird, daß er vor dieſer Zeit davon zum Heiligſten proteſtirt, daß er dem Kläger keiner peinlichen Klage geſtändig, ſolche Proteſtation wolle er anhero wiederholt haben, und weil aus dem verleſenen Zeugniß klar zu erſehen, daß die Henckelmannſche diejenige geweſen, die dieſe Schmähworte zuerſt ausgeſprengt, deswegen ſeine Principalinnen, als ſie ſolches heftig zu wiſſen begehrt, wie nicht unbillig, etwas weiter nachgefragt, hätten auch im Sinne gehabt, daß ſie die Henckelmannſche darum wollten vor den Gerichtsverwalter fordern laſſen, damit ſie alſo die Wahrheit erfahren möchten, es wäre ihnen aber der Weg unterfangen, weil die Seggerſche allda vorhanden, und ſeine Principale von dem Kläger und ſeiner Hausfrau nichts anders wüßten zu reden, als was ihnen zu Ehren wohlanſtünde, als bat er ſeine Principale von der angeſtellten peinlichen Klage zu entfreien. Was aber das geführte Zeugniß anbelange, wohl Joachim Köſters des Gefangenen Vater und Mutter, das müſſe er an ſeinem Ort geſtellt ſein laſſen, es wäre aber gleichwohl die Wulueßche ungefähr vor drei Jahren durch Hans Krochman und Matthias Schelen wegen dieſer Sache zur Rede geſtellt, alda ſie nichts bekennen wollen.

1) Dies iſt eben daſſelbe intereſſante Ordel, das jünger als das Statut von 1292, zu demſelben von ſpäterer Hand M, 27 zugeſchrieben, und von mir in dem Vortrage über Zurechnung § 84 beſprochen iſt.

Digitized by Google

Gleichergeſtalt hat Gabriel Wordtmann im Namen Anneken Henckelmanns excipiendo et defendendo vorgebracht, daß er den Klägern im Namen ſeiner Principalin keiner Peinlichen Klage geſtändig, es ſolle auch in Ewigkeit nicht erwieſen werden, daß ſeine Principalin die Anfängerin in dieſer Sache, ſondern, obwohl vor etlichen Wochen Etwas geſprengt worden, ſo ſei die Boßkeſche zu ſeiner Principalin in deren Behauſung gekommen, und habe ſie darum zur Rede geſtellt, darauf ſie geantwortet, daß ſie die Boßkeſche nicht kenne, ſie hätte auch die Zeit ihres Lebens ihrer in Unguten nicht gedacht, wüßte auch nichts Böſes von ihr zu reden, und da ſie Etwas geredet, wolle ſie ſie um Gottes willen gebeten haben, ihr ſolches zu vergeben, wie denn auch Gyſe Boßſche und ſeine Hausfrau ſeiner Principalin aus chriſtlichem Mitleiden ſolches in Beiſein ehrlicher Leute verziehen. Es könne aber dargethan werden, daß ſolches nicht von ſeiner Principalin hergekommen, denn es hätte die alte Florkeſche und ihre Tochter ſolches wohl vor acht Jahren gewußt, wie er zu dero Nothdurft zwei Zeugniſſe verleſen laſſen, und weil aus ſolchen verleſenen Zeugniſſen klar zu erſehen, woher dieſe Rede gekommen, indem die Florkeſche und ihre Tochter ausdrücklich ſagen, ſofern ihre Tochter gelebt, und ſonſt Niemand dieſen Handel wolle offenbart haben, ſo ſollte es dadurch wohl an den Tag gekommen ſeyn, denn ſie hätten Gyſe Boßken älteſte Tochter gleich geſehen, item wie die Boßkeſche Joachim Koſter geſehen, daß ſie roth und er bevend geworden, daher denn leicht zu ermeſſen, daß ſeine Principalin ſolches nicht ausgeſprengt, ſondern daß die alte Florkeſche und ihre Tochter es erdichtet, und an den Tag gebracht, und ſeine Principalin von Gyſe Boßchen und ſeiner ehelichen Hausfrau nichts wiſſe, ſondern was ſich zu Ehren eignete und gehörte, wie ſie ſich deſſen im öffentlichen gehegten Gerichte erklärt, als bat er ſeine Principalin von der angeſtellten Klage zu abſolviren.

Franz Bendtſchnider aber nimmt für bekannt an, daß Peter Wageningh im Namen ſeiner Principale öffentlich bekennt, daß ſie die Henckelmannſche wegen ſolcher ausgeſprengten Reden wolle vor die Herren Gerichtsverwalter beſcheiden laſſen, daher denn ſein Principal genothdrängt mit dieſer Sache zu verfahren; was

Digitized by Google

aber von den Beklagten und ihren Procuratoren hinc inde eingewandt worden, ſolches könne den Stich nicht halten, und ſeine rechtmäßige Klage damit abgelehnt werden, und gedachte es der Eine auf den Andern zu bringen, und weil auch aus den verleſenen Zeugniſſen befindlich, daß die alte Florkeſche ſammt ihrer Tochter vorgegeben, als hätte Gyſe Boßche und ſeine Hausfrau der Henckelmannſche Geld gegeben, ſo bat er dieſelbe zu fragen, ob ſie einig Geld oder Geldeswerth von Gyſe Boßchen oder ſeiner Hausfrau empfangen, welches durch den Vogt geſchehen, darauf die Henckelmannſche und auch ihr Mann ſich erklärt, daß weder ihr noch ihrem Manne nicht Heller oder Pfenning gegeben worden, und weil dennoch ſeine Principalin nunmehr feſt hin und wieder ausgetragen und diffamirt, ſo wolle er priora repetirt und darauf geſchloſſen haben.

Worauf durch Bürger und Dingleute gefunden, weil aus den geleſenen Zeugniſſen klar zu erſehen, daß die Angeklagten Gyſe Boßken Hausfrau injuriirt und geſchmäht, und der Eine es auf den Andern zu bringen denkt, damit nun die Wahrheit an den Tag kommen möge, ſo ſollen die Angeklagten ſämmtlich und ſonderlich zur Tortur gebracht, und um den Anfänger und Dichter dieſer Schmähworte gefragt werden.

Dieſe Findung haben Gabriel Nordtmann und Peter Wageningh im Namen ihrer Principalen ſofort an E. E. Rath geſcholten, und hat Franz Bendtſchnider von Schaden und Koſten proteſtirt. Actum Mercurii 30. Mai. 1593."

Zu dieſem Niedergerichtlichen Protocoll gehört folgendes Obergerichtliche Erkenntniß:

„Auf eingewandte Klage Giſe Böſchen und ſeiner Hausfrau, Kläger und Appellaten Eines, gegen und wider Jlſabe Flörcken, Jochim Köſter und ſeine Hausfrau, und Anneken, Joachim Henckelmanns eheliche Hausfrau, Angeklagte und Appellanten andern Theils, erkennet E. E. Rath allem beſchehenen Vorbringen nach zu Recht, daß die am nächſtverwichenen Mittwoch im Niedergerichte ergangene Findung billig zu reformiren und zu erklären ſei, als E. E. Rath dieſelbe ꝛc., dergeſtalt und alſo daß die obgedachte Jlſabe Flörcken und Joachim Köſter und ſeine des gemeldeten Joachim Köſters Hausfrau ihrer beweislichen Verbrechung halber

dem Artikel Stadtrechten M am 2. unterworfen, und auf den ehrloſen Block geſtellt, und daſelbſt einen offenen Widerruf zu thun ſchuldig ſein ſollen [1]). So viel aber die obgedachte Anneken Henckelmann anbelangt, läßt es E. E. Rath bei der durch dieſelbe im Niedergericht beſchehenen Erklärung bewenden, und iſt hiermit der Protonotarius befehligt, den hier bevor zwiſchen obgemeldetem Giſen Böſchen wegen ſeiner Hausfrau, und der obgedachten Anneken Henckelmanns vorgenommenen Vertrag zur Billigkeit zu moderiren, welcher auch alsdann von beiden Theilen ſoll unterſchrieben werden. Pronunc. Veneris, Kalendarum Junii Anno 1593.“ Dies Erkenntniß ward demnach vollzogen.

§ 18.

Von der Fecht bemerkt zum Statut IV, 45, bei der handhaftigen That, wo der Verbrecher auf dem Verbrechen oder auf der Flucht ertappt werde, pflegten die Prätoren wohl, zumal wenn das Gericht geſchloſſen ſei, die Thäter von Amtswegen ohne gerichtliches Erkenntniß der Tortur zu übergeben. Dies Princip kündigt ſich durchweg als einen Mißbrauch der Praxis an. Theils bedurfte es nach den alten Grundſätzen von der Handhaftigkeit alsdann gar nicht des Geſtändniſſes des überführten Verbrechers, folglich auch nicht des Mittels, daſſelbe zu erzwingen, und es kann ſich ſomit jenes Princip erſt da ausgebildet haben, wo man bereits das Geſtändniß zur Beſtrafung für nothwendig erachtete. Theils aber ergiebt ſich die ſpätere Entſtehung des Princips aus dem Begriffe, den offenbar von der Fecht von der Handhaftigkeit gehabt hat. Denn es iſt dieſe nicht etwa in den Merkmalen enthalten, welche noch das neueſte Statut dafür angiebt, ſondern ſowohl aus jener Aeuſſerung als aus dem Gegenſatz der übernächtigen That, welche von der Fecht da annimmt, wo der Verbrecher entflohen iſt, ergiebt ſich, daß er nur da, wo der Verbrecher auf dem Ver-

1) Dieſe Gründung des Urtheils auf jenen Artikel des Statuts iſt ſehr unpaſſend, da derſelbe noch die alte Strafe des Steintragens androht, während ehrloſer Block und Widerruf erſt ſpäter erfunden ſind. Es wird dies in einem beſonderen Vortrage erörtert werden.

Digitized by Google

brechen ſelbſt oder auf der Flucht betroffen wird, eine handhaftige That annimmt. Man erkennt hier alſo keine Spur mehr von der alten Anſicht, und gleichwohl bleibt man darüber in Ungewißheit, was für Umſtände erforderlich waren, um anzunehmen, daß der Verbrecher auf der Flucht ertappt, und alſo ohne Erkenntniß zu foltern ſei. Das Princip konnte mithin dahin führen, und hat unſtreitig dahin geführt, daß man den angeblichen Thäter, ſofern er ſich nicht freiwillig ſtellte, ſofort auf die Marterbank brachte, um das Geſtändniß zu erzwingen, und ohne Mühe und Umſtände die Sache zu erledigen.

§ 19.

Eben ſo wenig ſcheint die Praxis Bedenken gehabt zu haben, Diebe zu torquiren, um herauszubringen, wo ſie mit den geſtohlenen Gütern geblieben waren. Ich beſitze ein Gutachten der Roſtocker Juriſten-Facultät vom 25. November 1699, ertheilt dem hieſigen Domkapitel, und, beiläufig bemerkt, ſo ſchülerhaft abgefaßt, daß man es für die Erſtlingsarbeit eines gewöhnlichen Studenten halten muß, in welchem Gutachten u. A. die Frage betrachtet wird, ob den Betheiligten eine Abſchrift desjenigen Protocolls vorenthalten werden könne, „welches bei der Tortur gehalten, und daraus, was beſagte Diebe für bona zu haben geſtanden, leicht zu erſehen“.

§ 20.

Darf man ferner aus den Zuſätzen der Syndici Möller und Garmers zum neuſten Statut auf die Anſicht der Praxis ſchon zu ihrer Zeit ſchließen, welche Zeit in den Anfang des ſiebenzehnten Jahrhunderts geſetzt werden kann, und hat man in jenen Zuſätzen nicht etwa blos ihre perſönlichen Anſichten zu erkennen: ſo beweiſen ihre Zuſätze zu IV, 24, daß man ſchon zu dieſer Zeit mit der Anwendung der Tortur auch dann verfahren iſt, wenn nur unerhebliche oder ſchwankende Indicien vorhanden waren, z. B. übler Ruf, oder Urheberſchaft des Streits, der mit einem Todtſchlag endigte, und daß Alleſammt ohne Weiteres zur ſcharfen Frage gezogen wurden, welche bei dem Streit zugegen waren. Sie gingen ſogar ſo weit, für den Fall, daß

Digitized by Google

die Tortur erfolglos blieb, beſondere Strafverfügungen anzuordnen, und verfuhren hier, vielleicht unbewußt, im Geiſte des alten Rechts, welches namentlich bei einem Todtſchlag der erwähnten Art bekanntlich Niemanden der Anweſenden ungeſtraft ließ.

§ 21.

Wie denn einerſeits die Willkühr der Praxis in der Anwendung der Tortur ausſchweifte, ſo unterließ ſie ſie wiederum in Fällen, wo ſie conſequenterweiſe hätte erwartet werden müſſen. In dem folgenden Falle, deſſen weitere Details kein Intereſſe darbieten, lag es nahe, auf eine Wiederholung der Tortur nach Beibringung ſolcher Beweismittel zu erkennen, welche das Niedergericht ſogar zu einem Todesurtheil veranlaßt hatten. Dennoch erkennt der Rath nicht darauf, es trug ſelbſt der Kläger nicht einmal darauf an.

In dem Falle Seligen Hans Soywken verordneten Vormünder des hinterverlaſſenen Sohnes wider Joachim Schulten war dieſer Angeklagte und Gefangene unter mehreren Beſchuldigungen wegen Verfertigung falſcher Handſchriften bezüchtigt worden. Es ward auf Inſtanz der Kläger vom Niedergericht am 11. October 1598, „weil genugſam Argwohn vorhanden, daß der Beklagte der bezüchtigten Mishandlung ſchuldig,“ zur Erkundigung der Wahrheit auf die ſcharfe Frage erkannt. Der Gefangene ſchalt dieſe Findung ſofort an den Rath. Später findet ſich dieſelbe Klage wiederholt, und bemerkt, daß der Rath jene Findung confirmirt, der Angeklagte aber die Tortur beſtanden habe. Dennoch könne das Falſum bewieſen werden. Nach geſchehener Verhandlung, worin die Kläger bei fehlendem Geſtändniß die Beſtrafung baten nach Peinlicher Halsgerichts-Ordnung Art. 9. 62 und 69. Damhouder Art. 122 und Justin. Gobler tract. lit. Straf allerhand falſchen, erfolgte am 9. Mai 1599 die Niedergerichtliche Findung: Daß der Angeklagte wegen ſeiner kundbaren überwieſenen Mishandlung der Peinlichen Halsgerichts-Ordnung und Stadtr. O, 6 [1]) unterworfen, und demzufolge mit

1) Der Artikel handelt von Todtſchlag.

Digitized by Google

dem Schwert am Leben zu ſtrafen. Der Gefangene ſchalt ſofort die Findung an den Rath, und heißt es im Niedergerichtlichen Ordelbuche: Iß durch Einen ꝛc. Rath mit Urtheil und Recht abſolvirt. Actum 31 Jul. 1601.

Es iſt zu bedauern, daß man nicht die Motive dieſer Abſolvirung erfährt, und alſo nicht mit Gewißheit behauptet werden kann, ob der Rath den Indicienbeweis an ſich, oder als in dieſem Falle nicht genügend verworfen hat. Es würde ſonſt hier das älteſte hieſige Präjudicat über die Materie des Indicienbeweiſes (ſ. unten § 51) vorliegen.

§ 22.

Was hinſichtlich der Tortur im Anfange des achtzehnten Jahrhunderts bei uns üblich war, erfahren wir aus dem Concept zur Revidirten Gerichts-Ordnung von 1711 Tit. LV Art. 15. Es wird dort ausdrücklich beſtätigt, daß die Prätoren bisher in Gewohnheit gehabt, ſofort einen Delinquenten propria auctoritate nach Befinden auf die Tortur werfen und foltern zu laſſen. Dieſe Gewohnheit wird in jenem Entwurf dahin beſchränkt, daß „ihnen zwar mit Vorbewußt und Einwilligung der ſämmtlichen Gerichtsverwalter die Territio usque ad Torturam und zwar mit den Daumſchrauben nach wie vor zugelaſſen, der Tortur aber (es wäre denn, daß ein Dieb, Räuber, oder dergleichen Delinquent (?) in flagranti delicto attrapirt wäre, in welchem Fall er über andere von ihm etwa ausgeübte mehrere dergleichen Verbrechen wohl ſofort befragt werden kann) mögen ſie anders nicht, als ratione complicum gebrauchen, und zwar blos in den Fällen, da beim Diebſtahl oder Mord, und andern harten Verbrechen, wirklich mehrere bei (mit?) dem Gefangenen geweſen, aber entflüchtet und entkommen ſein, jedennoch von dem Inhaftirten blos aus halsſtarriger Bosheit dieſelben zu verhehlen, nicht namhaft gemacht, noch ſonſt angezeigt werden wollen."

Es iſt in dieſer legislativen Aeuſſerung die weitere Ausbildung der (§ 18) bereits erwähnten Praxis unverkennbar, und man muß es nur bewundern, wie der Verfaſſer dieſes Entwurfs die Principien ſo ſchwankend ſtellen mochte, daß die Praxis ſelbſt

Digitized by Google

dann, wenn das Project in Geſetzeskraft übergegangen wäre, noch einen ſehr weiten Spielraum behielt. Denn nicht zu gedenken, daß man auch hier auf den Zweifel geräth, ob der Ausdruck in flagranti delicto Alles begreift, was das jüngſte Statut unter handhaftiger That verſtand, ſo iſt doch auch der Ausdruck „harte Verbrechen“ um ſo unbeſtimmter, je ungewöhnlicher er iſt, und wann anzunehmen ſei, daß der Inhaftirte blos aus halsſtarriger Bosheit Mitſchuldige verhehle, war in der Praxis am Ende doch auch ſehr arbiträr. Dagegen findet ſich hier das Princip unumwunden ausgeſprochen, daß der Prätor ohne vorheriges Erkenntniß unter Umſtänden Inculpaten durch die Folter zur Angabe von andern Verbrechen und von Complicen zwingen durfte.

§ 23.

Daß ſolche Grundſätze Früchte trugen, konnte nicht ausbleiben. Schon der 1714 verſtorbene Syndicus Wagner[1]) ſagte mit Freimüthigkeit: Bei uns geſchieht es ſelten, daß Rechtsgelehrte gefragt werden, ehe die Prätoren zur Tortur ſchreiten, wie es anderswo der Fall iſt. Wenn der Verhaftete auf handhaftiger That betroffen wird, ſo laſſen ſie ihn ſehr häufig ohne weiteren Proceß auf die Folter bringen.

Zwar ſagt Krieger, welcher 1746 verſtarb,[2]) der Prätor laſſe, wenn er den Angeklagten ſo gravirt finde, um gegen ihn mit der Tortur einzuſchreiten, ſich dazu einen ſpeciellen Auftrag vom Senat ertheilen, und Klefeker[3]) will von der praxis gehört haben (1768), daß der Artikel des fraglichen Concepts (§ 21) nicht zur Uebung gekommen, ſondern zur Tortur nicht ohne Auftrag des Raths oder ohne Spruch der Gerichte geſchritten werde. Allein es ſcheinen mir dieſe beiden Zeugniſſe einigermaaßen zweifelhaft. Klefeker bekennt ohnehin nur von Hörenſagen zu berichten, und läßt es dabei unentſchieden, ob der Auftrag

1) In ſ. Adnotatt. in Compendium Schützii-Lauterbachianum zu 48, 18.

2) Introductio in praxin fori Hamburgensis Cap. 11 Sect. 10 § 3 im Thes. Juris Statut. Bd. 1 (1756) S. 619.

3) Samml. Hamb. Geſ. 5, 286.

des Raths an die Prätoren ein allgemeiner für alle Fälle oder ein beſonderer für jeden einzelnen Fall geweſen, und Krieger mag nicht ſowohl die Praxis, wie ſie war, ſondern wie ſie ſein ſollte, wenigſtens in dieſem Punkte angeben, da er ſie ſonſt näher mit beſondern Worten als herrſchende Praxis ſignaliſirt hätte.

§ 24.

Ein beſtimmtes Beiſpiel, wo die Prätoren unter noch dazu ganz wunderlichen Umſtänden ohne Commiſſorium des Senats zur Tortur geſchritten ſind, habe ich zuerſt in einem Delinquenten-Regiſter gefunden. Dort heißt es freilich nur: „1679 im Februar ward der Büttel Jacob Storff in der Büttelei geſchloſſen, weil er ein Weibſtück, ſo ſchwanger war, auf die Peinbank gekriegt, davon ſie abortirte. Allein über die Geſchichte erhielt ich durch eine Notiz näheres Licht, welche ich in dem dem Senator David Penshorn zugeſchriebenen, auf dem hieſigen Commercium befindlichen Commentar Folio 5 gefunden habe, und die darum nicht von Penshorn ſein kann, da derſelbe 1660 ſtarb[1]). Ich gebe ſie, wie ich ſie fand; ſie iſt erſichtlich malitiös und nicht von einem Senatsfreunde:

„Anno 1679. Bei Ausgang ſeines richterlichen Amts hat Diedrich Schellhammer, ein Rathsherr in Hamburg, ein Weibsbild, ſo für eine Hure bei ihm angeklagt, einziehen und nach des Büttels Hauſe bringen laſſen. Wie er aber in Gedanken und Meinung geweſen, daß dieſe auſſer denen, die angegeben oder zu einer Hure ſich freiwillig bekannt, noch mit reichen Schiffern zu thun gehabt, dieſe aber nicht bekennen wollen, er aber als ein Geldſüchtiger (auch vielleicht wohl Bedürftiger) noch gern zuletzt das Netz ausgeworfen, und einen guten Zug gethan hätte, hat dieſes Weib ohne vorhergegangenes gerichtliches Erkenntniß[2])

1) Anderſon Hamb. Privatr. 2, 38. Vgl. Vorrede zur neuſten Ausgabe des Statuts von 1605 S. XXVIII.

2) Man ſieht, daß dieſer Berichterſtatter nicht einmal ein auſſergerichtliches Commiſſorium des Senats zur Anwendung der Folter genügend hält, und daß die Grundſätze des Concepts der Gerichtsordnung von 1711 noch viel weniger ſich die Ueberzeugung von deren rechtlicher Nothwendigkeit allgemein gewonnen haben können.

Digitized by Google

aus eigener Macht mit ſeinem jungen Collegen und Richtherrn Langermann Lic. nebſt blos zugezogenem Profoß[3]) in der Büttelei, damit ihm nur mehr Strafe eingebracht würde, foltern, und durch den Büttel peinigen laſſen, ungeachtet ſie nur zwölf Wochen bis zur Geburt hatte und wehmüthig flehte, wenn man ihrer nicht verſchonen wollte, wenigſtens doch das unſchuldige Kind, womit ſie ſchwanger und auf die letzte Zeit ginge, zu verſchonen. Alles ihr Bitten und Flehen half nichts, ſie wurde hartnäckig gemartert. Sie hat jedoch, weil ihr Liebſter und Vater zum Kinde ein Kleinſchmids-Geſelle geweſen, nichts weiter bekennen wollen oder können. Ueber ſolche Marter iſt nun nicht allein das Kind im Mutterleibe geſtorben, ſondern auch, als es zur Welt geboren, haben alle Zeichen an Leib, Füßen und Händen deutlich gezeigt, und von Rath, Oberalten und vielen Bürgern geſehen, womit die Mutter angegriffen worden. Darauf iſt dieſes Weib endlich losgelaſſen, und hat ihre Klage bei den Oberalten angebracht, und ihr ſo zugerichtetes todtes Kind vorgewieſen. Dieſe haben es zu Rath gebracht, und hat der Richter Schellhammer das Kind, ſo das Weib in ſein Haus gebracht und ihn für deſſen Mörder geſcholten, müſſen beiſetzen laſſen. Es iſt aber doch dahin gekommen, daß die Gerichtsherren die Schuld auf den Nachrichter legen wollen, vorgebend, ſie hätten ihm nichts weiter befohlen, als ſie blos zur Peinbank zu führen, und ſie damit zu ſchrecken, aber nicht ſie aufzuziehen oder einigermaaßen zu peinigen[4]). Der Büttel ſagte hingegen aus, daß ihm dieſes ausdrücklich befohlen, ſetzte auch eine bewegliche Supplication deshalb wider Schellhammer auf, und führte viel mehr andere Sachen darin wider ihn an, erbot ſich auch, daß dieſes wahr ſei, auf der Weinbude mit höchſtem Eide zu betheuern, desgleichen auch das gepeinigte Weib ausſagte und ihm zuſtimmte. Indeſſen

3) Aus dieſem in Hamburg ungewöhnlichen Ausdruck dürfte man ſchließen, daß der Verfaſſer der Notiz kein Hieſiger geweſen.

4) Iſt dieſer Vorwand wirklich vorgebracht, ſo würde er es beſtätigen, was übrigens auch anderweitig conſtirt, daß nämlich die Anweſenheit der Prätoren oder gar anderer Perſonen bei der Tortur nicht in Uebung geweſen iſt.

Digitized by Google

aber doch iſt der Büttel in ſeinem eigenen Hauſe gefangen, und an Händen und Füßen geſchloſſen [5]).“

§ 25.

Das erwähnte Concept der Gerichtsordnung von 1711 beſtimmte (LV, 20 ff.) ferner, daß in den Fällen, wo nicht auſſergerichtlich zur Tortur geſchritten werden durfte (§ 22), dieſelbe erſt auf formirte Anklage des fiscaliſchen Inſtruenten im Niedergerichte, „falls ſich genugſame Judicia den Rechten nach anfinden“, erkannt, und ſolcherwegen respective pro confirmanda an E. E. Rath ſowohl von dem Fiscali als Defensore appellirt werden ſolle. Erfolgte die Beſtätigung der Tortur vom Rath [1]), ſo ſollte „der Gradus derſelben bei dem Interlocut zwar determinirt und den Praetoribus committirt, nicht aber im Interlocut mitpublicirt, vielweniger dem Inquiſiten noch deſſen Advocat und Defenſor, ſondern allein den Gerichtsverwaltern kund gethan werden, nach ſelbigem und weiter nicht diesmal zu verfahren. Dann ſollte zwar der Gefangene durch die Tortur zum Bekenntniß angeſtrengt, jedoch in der Tortur ſelber, ſo lange er aufgezogen, und die Peinſchrauben zugeſchraubt ſein, keineswegs, ſondern allererſt wenn ſelbige remittirt und nachgelaſſen, in materialibus gefragt werden. Es wird dabei ausdrücklich eingeſchärft, daß nicht allein Dasjenige, was zur Anklage, ſondern auch zur Defenſion der armen Gefangenen nöthig, und auf einige Weiſe dienen kann,

---

5) Der Fall iſt auch darum bemerkenswerth, weil nicht blos ſchon der Sachſenſpiegel (3, 3) und der Schwabenſpiegel (147) auf ſchwangere Verbrecherinnen wenigſtens ſo weit Rückſicht nehmen, daß man darüber nicht höher richten dürfe, als zu Haut und Haar, ſondern ich in meinen Collectaneen viele hieſige Fälle (v. J. 1586. 1595. 1686. 1732. 1734. 1737) namhaft machen kann, wo die Beſtrafung wegen Schwangerſchaft wenigſtens ausgeſetzt oder auch gemildert worden iſt. Vgl. unten § 32.

1) Klefeker 5, 321 bemerkt, er wiſſe aus der Praxis, daß nicht ſelten der Rath nicht beſtätige, ſondern auf eine auſſerordentliche Strafe, oder auf den Reinigungseid erkenne, nachdem er die Sache zu Findung einer definitiva an das Niedergericht im erſteren Falle remittirt habe.

Digitized by Google

mit aller Sorgfalt notirt und nichts ausgelaſſen werden müſſe. Der Actuar habe Alles zu protocolliren, und die Praetores darüber zu Rath zu referiren, welcher dann fernerweit in puncto ulterioris gradus Torturae verfüge. Auch wird bemerkt, daß nach der Tortur der Gefangene aus dem Folterkeller in die Herrenſtube geführt, daſelbſt über ſeine gethane Bekenntniß nochmals verhört, und dieſelbe durch den Actuar getreulich protocollirt, endlich, ſobald das Protocoll zu Gericht producirt, abermals öffentlich darüber vernommen werden ſolle[2]).

Allein ſchon Krieger (a. a. O.) berichtet, daß die defensio pro extraiudiciali tortura aut avertenda etiam plane inquisitione bei uns unbekannt ſei, wiewohl man ſie aus erheblichen Gründen nicht verweigern dürfe[3]), daß ihm ferner die Grade der Tortur unbekannt wären, es aber ganz in der Willkühr der Prätoren ſtehe, wie lange und wie ſtark der Inquiſit zu foltern ſei, wobei die Art des Verbrechens und die ſich aus den Acten ergebenden Umſtände berückſicht werden müßten. Auch Klefeker (a. a. O. S. 321) behauptet, die Prätoren, welche bei der peinlichen ſcharfen Frage die Direction hätten, erholten ſich beim Senat nur wegen des Grades der Tortur Rath, die Zeit, wie lange ein Delinquent auf der Folter zu laſſen, ſei ihrer gewiſſenhaften Beurtheilung anheimgegeben. „Sie haben gemeiniglich einen der Herren Physici oder einen Chirurg zur Hand, und meſſen nach dem Geſchlecht und Alter, auch der Leibes-Conſtitution, es ab, ob die Stufen der peinlichen Frage zu unterbrechen, und ob auch wohl dem Inquiſiten ein Labſal zur Erholung zu ertheilen ſei. Ueberhaupt aber wird in allen Fällen der Inquiſit, ehe denn er entkleidet und in den Folterkeller gebracht wird, zum Bekenntniſſe aufs Ernſtlichſte annoch ermahnt, und die Fragen bei der Peinigung ſelbſt ſind ſummariſch auf Ja und Nein gerichtet.“

2) Aus dem Niedergerichtlichen Ordelbuche von 1588 erſieht man, daß die Urgicht erſt im Niedergericht verleſen, und dort vom Angeklagten anerkannt werden mußte, um vollgültigen Beweis abzugeben.

3) In dem § 38 ff. von mir zu erzählenden Falle aus den Jahren 1701 und 2 kommen Defenſionsſchriften der Art vor.

Digitized by Google

Krieger erzählt, der Inquiſit ſei in der Frohnerei in der Stube des Scharfrichters in den gewöhnlichen Nachmittagsſtunden in Gegenwart der Prätoren und des Actuars [4]) gemartert, welcher Letztere ihn auf der Folter liegend über die gravirlichen in Artikel redigirten Punkte befragt und ſofort die Antworten regiſtrirt habe. „Actuar und Richter hatten aber, fährt er fort, das Recht, dieſe Fragſtücke zu ändern, zu mindern und zu mehren, weil weder Rath noch Gericht, wie das wohl anderswo, namentlich in Sachſen gebräuchlich, ſie vorzuſchreiben pflegten. Nach Verlauf von drei Tagen [5]) verfügten ſie ſich wieder zum Inquiſiten, um von ihm zu vernehmen, ob er ſeine Angaben und Geſtändniſſe, die ihm auf's Neue vorgeleſen wurden, beſtätigte oder widerrief. That er das Erſtere, was man die peinliche Urgicht nannte, ſo fand ſein Widerruf im Gericht nachher keine weitere Beachtung. Geſchah das Letztere, ſo war ein neues Decret oder Interlocut zur Wiederholung der Tortur durchaus erforderlich." Krieger erinnert dabei, er glaube nicht, daß bei uns die anderswo übliche dreimalige Wiederholung gebräuchlich ſei, ſondern daß der zum zweiten Male Gefolterte, wenn er bekannte, ſeines abermaligen Widerrufs ungeachtet, auf ſein Geſtändniß hin condemnirt werden könne.

§. 26.

Es wird nicht nöthig ſein, hier die vielen Abweichungen, die ſich aus der Vergleichung des Geſetzentwurfs von 1711 mit Klefeker und Krieger ergeben, aufzuführen. Sie beurkunden, daß, wie Alles hier auf die Willkühr der Praxis baſirte, ihre Grundſätze keineswegs conſequent dieſelben geblieben ſind. Nur Eins will ich hervorheben. Selbſt der Sprachgebrauch war un-

4) Der Gegenwart eines Phyſicus oder Wundarztes gedenkt Krieger nicht. Aber Herr Oberalter Röding weiß aus dem Munde des verſtorbenen Scharfrichters, daß wenigſtens nach deſſen Angabe zu deſſen Zeit bei der Tortur allemal die Phyſici adhibirt worden ſind.

5) Nach Klefeker 5, 322 ſcheinen nicht ſo viel Umſtände gemacht, ſondern „nach vollendeter Handlung" ſofort die Urgicht wieder vorgeleſen zu ſein.

Digitized by Google

beſtändig. **Krieger** (§. 25) beſtätigt für Hamburg die Uebereinſtimmung des hieſigen mit dem Sprachgebrauch des gemeinen Rechts, in Hinſicht auf den Begriff der peinlichen Urgicht. Hiernach würde man ſchon ſpäteſtens ſeit 1588, mit welcher Zeit das mehrerwähnte älteſte Niedergerichtliche Ordelbuch, das wir beſitzen, anfängt, keinen wichtigen Criminalfall in unſerer hieſigen Praxis finden, wo nicht die Tortur angewandt wäre, weil allemal der Urgicht gedacht ward. Allein es iſt mir bedenklich, ob bei uns vielleicht nicht blos etwa ein gerichtlich abgelegtes Bekenntniß, auch ohne Tortur, mit dieſem Ausdruck bezeichnet worden iſt. Ich will hier einen Fall mittheilen, der auch ſonſt intereſſant iſt, und wo wohl unabweisbar der Ausdruck im weiteren Sinne gemeint wird.

§. 27.

Dem Niedergerichtlichen Ordelbuche zufolge ward 1609 Chriſtian Parumb vom Fiſkal peinlich angeklagt, daß er in Hurerei, Ehebruch und Unzucht gelebt, mit unzüchtigen Weibern ſich beſudelt und zugehalten, auch die eine zweimal geſchwängert, ferner Kuppelei und Hurenwirthſchaft getrieben, und ſeine Behauſung wiſſentlich gefährlicher boshafter Weiſe dazu geliehen, und viele ehrliche Bürgerkinder dazu gereizt und angeleitet, daß ſie mit den unzüchtigen Weibern daſelbſt in Hurerei, Schande und fleiſchlicher Vermiſchung gelebt: Alles **vermöge ſeiner Urgicht**, zu der er ſich freiwillig bekannt, und die er zu verleſen bat. Da nun ſolche hochärgerliche Mishandlung, dadurch jungen Leuten und unſchuldigen Mägdelein oftmals ihre Ehre genommen und zu fleiſchlichen Werken gezogen werden, in Gottes heilſamem Worte und den gemeinen beſchriebenen Geiſtlichen und Weltlichen Rechten, wie denn auch der Peinlichen Halsgerichts-Ordnung Art. 123 und in dieſem Stadtrecht IV, 29 zum Höchſten verboten, als bat Fiſkal zu erkennen, ob nicht der Angeklagte vermöge ſolcher ſeiner groben Mishandlung vermöge der alleg. Art. geſtraft werden ſolle.

Des Angeklagten Procurator wandte exc. et def. ein, von den beiden Weibesperſonen habe die Eine ſeine Hausfrau in den Wochen verwahret, die Andere aber ſei nur 14 Wochen

Digitized by Google

dageweſen, und nachdem er erfahren, daß ſie in Hurerei und Unzucht gelebt, habe er es freiwillig dem Herrn Gerichtsverwalter angezeigt. Er bitte im Namen des armen Gefangenen und ſeines Weibes und vier kleiner unerzogener Kinder willen um ein gnädiges Urtheil.

Der Fiſkal hob es replicando abermals hervor, daß der Angeklagte nicht blos für ſeine Perſon in Unzucht gelebt, ſondern ſeine Behauſung zu unzüchtigen fleiſchlichen Werken und Vermiſchung geliehen, mit den Geſellen und Huren, die allda in Hurerei und Unzucht gelebt, gegeſſen und getrunken, darin gehehlt, und ſeinen ſchnöden Gewinnſt und Vortheil daraus geſucht. Da der Herr Richter etliche Poſt, die der Beklagte bekannt, von Andern erfahren, und der Angeklagte nicht recht bekennen wolle, wie denn auch zu präſumiren, daß er Vieles verſchwiegen, ſo bat er entweder nach dem Artikel der peinlichen Halsgerichts-Ordnung zu erkennen, oder zu fernerer Erkundigung der Wahrheit die ſcharfe Frage.

Des Angeklagten Procurator entgegnete, daß der Angeklagte Alles, was er gewußt, dem Herrn Richter offenbart.

Die Niedergerichtliche Findung vom 23. Auguſt 1609, welche der arme Gefangene ſofort an den Rath ſchalt, ohne daß mir das Weitere bekannt iſt, ging dahin, daß der Angeklagte von wegen ſeiner Mishandlung der Stadt und derſelben Gebiet zu ewigen Tagen zu verweiſen, mit dem Anhange, wofern er hernachmals auf dem friedloſen Lande betreten würde, daß er alsdann an ſeinem freien Höchſten geſtraft werden ſolle.

§. 28.

Es wurde bereits (§. 25) bemerkt, daß Krieger die hieſelbſt üblichen Torturgrade unbekannt geweſen ſind. Um ſo intereſſanter iſt jedes Detail, was man ſich darüber verſchaffen kann. Dahin gehört denn auch insbeſondere der (§. 38 ff.) zu erzählende Fall vom Jahre 1701 und 1702. Allein vorzüglich iſt es dankbar zu rühmen, daß der Beſitzer des hieſigen Muſeums für Natur und Kunſt, Herr Oberalter Röding, die Güte gehabt hat, in der Sitzung der juriſtiſchen Geſchichts-Section vom 1. September 1840 ein Modell der hierſelbſt in Gebrauch ge-

Digitized by Google

weſenen Folterbank, ferner eine metallene Birne, welche den Delinquenten in den Mund geſteckt wurde, um ihr Schreien und Zungenbeiſſen zu verhindern, ſo wie die hier angewandten vier Grade, die Daumſchraube, die Armſchnüre, den ſpaniſchen Stiefel und den geſpickten Haſen, endlich die ſchon viel früher auſſer Gebrauch gekommene Dornenkrone mit zweckmäßigen Erläuterungen vorzuzeigen. Herr Oberalter Röding hatte aus dem Munde des Scharfrichters vernommen, daß bei der Wächtler (§. 49) nur der erſte Grad der Tortur, die Daumſchraube, angewandt worden ſei, was der Behauptung im Neuen Archiv des Criminalrechts 6, 424 widerſpricht, wonach 1788 alle vier Grade, welche auch nach der dortigen Angabe in Hamburg überhaupt nur in Gebrauch geweſen, zur Application gekommen wären.[1]) Im Archiv wird dabei noch erwähnt, daß bei dem zweiten Grade, den Armſchnüren, die Anlegung und völlige Zuziehung Unterabtheilungen gebildet habe.

Endlich gehört hierher noch ein Senats=Concluſum vom 10. Mai 1730, welches das Mecklenburgiſche Inſtrument bei den Gefangenen zu gebrauchen verbietet. Dies Inſtrument iſt noch 1767 in Flensburg angewandt worden.[2])

§. 29.

Es verdienen hiernächſt wohl die Fälle zuſammengeſtellt zu werden, wo trotz dieſes ſchrecklichen Apparats, der, wie wir in

1) Nach einem Bericht des Scharfrichters im Wächtlerſchen Proceſſe, abgedruckt in den Neuen Hamb. Blättern 1844 St. 13 S. 107, werden fünf Grade der Real=Tortur, von der die Verbal=Tortur, die Vorzeigung der Marter=Werkzeuge, unterſchieden wird, gezählt. Allein da wird das Hinführen des entkleideten Inquiſiten auf die Marterbank, ſo daß das Kreuz auf dem geſpickten Haſen ruhet, beide Arme nach hinten gebunden, und er allmälig ausgezogen wird, als der erſte bezeichnet.

2) Falck Handb. d. Schlesw. Holſt. Privatr. 3, 2 S. 786 Anm. 11. Aus Grupen's observ. de applicatione tormentorum erſieht man, daß dies Inſtrument mit dem Spaniſchen Bock identiſch war, und in doppelten Daum= und Zehſchrauben beſtand. Es ſoll vorzüglich bei der Tortur der Hexen angewandt ſein.

Digitized by Google

dem Jähnerſchen Falle ſehen werden (§. 38) ganz gehörig applicirt wurde, die Tortur überſtanden iſt, ohne ein Geſtändniß zu bewirken. Der älteſte mir bekannte Fall der Art iſt v. J. 1598, und bereits (§. 21) erzählt. Der zweite vom 13. April 1649 findet ſich bei Penshorn zum Statut IV, 33. Es wurde die wegen mehrfachen Diebſtahls angeklagte Rebecca Bruns beim Läugnen, da eine Zeugin, ihre Diebsgenoſſin, und ein gerichtlich beeidigter Zeuge gegen ſie ausſagten, auf die Folter gelegt; allein ſie verblieb beim Läugnen, und ward um dieſes Grundes willen, quod tortura purgata fuerit, nicht zur ordentlichen Strafe des Schwerts verurtheilt, ſondern nur mit Ruthen gezüchtigt und verfeſtet. In demſelben Jahre 1649 kam ein Fall vor, deſſen derſelbe Penshorn zu Statut IV, 16 gedenkt. Am 28. September wurden drei Soldaten wegen Straßenraubes verfeſtet, und dabei wird als ein Argument, welches unter mehreren anderen veranlaßt habe, nicht die ordentliche Schwertſtrafe auszuſprechen, auch der Umſtand angeführt, daß der Fähndrich nach der Tortur ſein auf derſelben abgelegtes Geſtändniß widerrufen, und ſich ohnehin nach den Ausſagen der Beraubten Manches anders verhalten habe, als ſein Geſtändniß angebe. Ein weiterer Fall iſt v. J. 1685, wo am 7. December eine Hure vom älteſten Gerichtsverwalter darum auf zwei Jahre ins Spinnhaus geſetzt ward, weil ſie vor der Herren Paſtoren zu Petri Hauſe ein Kind ſollte weggelegt haben, welches ſie verneint und auch in der Tortur nicht hatte geſtehen wollen. Sie ward am 4. Januar 1688 nach abgeſtatteter Urphede aus dem Spinnhauſe entlaſſen. Ferner ward ausweiſe der Delinquentenliſten 1698 den 19. März Maria Vogelſang, ein Weib, das auf dem Neuen Millern Steinwege in einem Weinhauſe gedient, und allda ein Kind geboren, welches aber auf ihrem Logiment todt gefunden worden, der Stadt verwieſen, weil ſie in der Tortur nichts vom Morde des Kindes bekennen wollen.

Den nächſten Fall vom J. 1701 entnehme ich aus folgendem Gutachten, in welchem jedoch nicht geſagt wird, wer es gefordert hat, wiewohl aus dem Wort dienſtlich zu entnehmen ſein mag, daß der Rath es requirirte.

Digitized by Google

Responsum.

Als Uns Decano, Seniori und anderen Professoribus der Juriſten-Facultät bei der Hochfürſtlich Holſteiniſchen Univerſität die in Sachen Inquisitionis Anna Margaretha Koops in puncto infanticidii bisher ergangenen Criminal-Acta zugeſandt, und unſer rechtliches Bedenken per rationes dubitandi et decidendi darüber zu eröffnen begehret worden, demnach haben wir beſagte Acta mit gebührendem Fleiß verleſen, collegialiter reiflich und wohl erwogen, berichten dannenhero, ſo weit ſelbige jetzt benannte Anna Margaretha Koops angehen, für Recht, daß Anfangs ſcheinen möchte, Inquiſitin wäre mit einiger Strafe zu belegen, weil nämlich ſelbige

Rationes dubitandi

1. ihre Schwangerſchaft testantibus actis eine geraume Zeit verborgen gehalten, nachgehends auch 2. als das unſchuldige Kind grauſamer Weiſe ums Leben gebracht, ſolche Mordthat nicht allein der Obrigkeit nicht angezeigt, ſondern auch 3. die Kindesmörderin auf's Aeuſſerſte zu entſchuldigen ſich bemühet, per ea, quae habet Carpzov. L. V. Crim. qu. 134 n. 66, 4. ſelbſt zugeſtanden, daß ſie zur Vollbringung der That geholfen. Nachdemmal aber allhier lediglich die Frage iſt, ob Inquiſita den Kindermord verrichtet, oder aber einigerlei Weiſe darin gewilliget, aus denen actis hingegen klar erhellet,

Rationes decidendi

daß ſelbige 1. ihre Schwangerſchaft nicht würde verhehlet haben, wenn ihr die Röhrupſe nicht hart verboten, Niemand, auch ihren eigenen Eltern nichts davon zu ſagen, auch 2. die Tränke, welche die Röhrupſe gekocht, und ihr dreimal präſentirt, nicht trinken wollen. Nachmals als 3. die Zeit der Geburt herbeigekommen, ſie eine Bademutter zu ihr zu kommen verlangt, die Röhrupſe aber keine darbei leiden wollen, ſondern geſagt, ſie wäre ſo fix als eine Bademutter, und 4. wie ſie geſehen, daß dickbemeldete Röhrupſe ſelbiges beim Hals gefaſſet und würgen wollen, ſie dieſelbe gebeten, ſie ſollte es doch leben laſſen, ſie wolle ſehen, wie ſie es ernähre, ſollte ſie auch damit betteln gehen. Weiter 5. offenbar, daß nicht ſie, ſondern die Röhrups das Kind umgebracht und hinausgetragen, auch ſelbſt mit einem Zaunpfahl

Digitized by Google

in die Erde verſcharret. Ja, welches 6. die Acten ergeben, Inquiſita weder consilio, multo minus facto zu dieſer grauſamen Mordthat im Geringſten geholfen, indem ſie das Kind, welches ihr die Röhrups aus dem Leibe geriſſen, alſo nimmer in ihre Hand und Gewalt bekommen; aus obigem Allem aber nunmehr klar und offenbar, daß Inquiſita an dem ihr imputirten Kindermord ganz unſchuldig, und demnach die angebrachten dubia gar leicht abgelehnt werden können, in Betracht

Confutatio Rationum dubitandi

1. Inquiſita ihre Schwangerſchaft ihrer Frau Ilſabe Röhrups zeitig offenbart, und ohne Zweifel ihren Eltern auch würde geſagt haben, daß ſie ſchwanger ſei, wenn ſie nicht durch der Röhrups Verheißungen und Drohworte davon abgehalten worden, das 2. und 3. dubium betreffend, ſie zwar nicht auſſer Schuld iſt, aber durch die zwiefache Tortur und ſchwere Gefängniß allbereit ſattſam dafür gebüßet hat, endlich das 4. Einſtreuen durch rationes decidendi 5 und 6 zu Boden gerichtet, alſo halten Wir bei ſo bewandten Umſtänden billig dafür, daß Inquiſita nunmehro, ſo viel das infanticidium betrifft, zu abſolviren, unusquisque enim ex suo admisso sorti subiicitur l. 26 D. de poenis, et ibi debet esse poena, ubi est delictum l. 22 C. eod.

Haben dieſes denen Rechten und uns zugeſandten Acten alſo gemäß befunden, und in dienſtlicher Antwort nicht verhalten wollen. Urkundlich unſerer Facultät beigedrucktem Inſiegel.

Kiel in Collegio nostro d. 31. Juli 1701.

(L. S.)

Decanus, Senior und andere Professores
der Juriſten = Facultät hieſelbſt.

§. 30.

Das Jahr 1730 weiſt zwei hierher gehörige Fälle auf. Der erſte betraf einen wegen Diebſtähle Angeklagten. Ich beſitze das Senats=Erkenntniß vom 9. Juni 1730, welches die Niedergerichtliche Findung vom 5. reformirte, und den Gefangenen zu 25 J. Spinnhaus und Verfeſtung nach ausgeſtandener ſcharfer Frage verurtheilte, dieweil er ein vagabundus, der mit vertrackten Erzdieben genauen Umgang gehabt, auch in einem ſolchen

Digitized by Google

Bande ertappt, und dadurch gar ſtarke Vermuthung erweckt, daß er bei verſchiedenen mit gewaltſamem Erbrechen und Bindung der Leute verknüpften Diebſtählen geweſen und dabei geholfen.

Der fernere Fall vom J. 1730, wo Joachim Chriſtoph Schrack die Folter überſtand, ohne zu bekennen, iſt bereits erzählt. (§. 14).

Von einem Falle aus dem J. 1735 beſitze ich das Senats = Erkenntniß vom 9. December, welches die N. G. Findung vom 7. confirmirte, und den Angeklagten zu Pranger, ſcharfer Ruthenzüchtigung, 15 Jahre Spinnhaus und Verfeſtung mit dem Anhang ꝛc. condemnirte, obwohl er von dem zu Wittenburg verübten Diebſtahl ſich vermittelſt ausgeſtandener Tortur zu entfreien vermocht hat, dennoch in Anſehung deſſen, daß er die Urphede muthwillig gebrochen, und auf einem am hellen Tage vor hieſigem Dammthor mit Einbrechen verübten Diebſtahl iſt ertappt worden.

Am 22. Januar 1740 confirmirte ferner der Rath eine Niedergerichtliche Findung vom 18.: Da Gefangener die angeſchuldigten Diebſtähle auch in Tortura abgeläugnet, er zwar mit einiger Leibesſtrafe nicht zu belegen, jedennoch aber, da er vorhin die vielfältigen Diebereien nach allen, auch von den Zeugen erhärteten Umſtänden geſtanden, derſelbe als dem gemeinen Weſen gefährlich zu mehrerer deſſelben Sicherheit auf zehn Jahre in hieſiges Spinnhaus zu ſetzen, und nach deren Verfließung aus dieſer Stadt und deren Gebiet zu verfeſten ſei. Die Spinnhaus-Bücher ergeben, daß er 1749 nach abgeſtatteter Urphede entlaſſen iſt.

Im Jahre 1746 kamen drei Fälle vor: Zuerſt gehört hierher das Senats = Erkenntniß vom 1. April 1746, welches die N. G. Findung vom 28. März dahin confirmirte und extendirte, daß, da Gefangener von dem auf ſich geladenen ſtarken Verdacht des bei N. verübten großen und gewaltſamen Diebſtahls vermittelſt der Tortur ſich gereinigt, derſelbe mit weiterer Strafe dieſerhalb zwar nicht zu belegen, jedennoch aber, da er ſelbſt geſtändigermaaßen des in hieſigen Statutis höchſt verbotenen Verbrechens der Entführung an eines hieſigen Bürgers Tochter ſich ſchuldig gemacht, ſolcher zur Flucht aus ihrer

Eltern Hauſe behülflich gewesen, und mit ihr in ein fremdes Territorium heimlich entwichen, an den Pranger zu ſtellen, mit Ruthen ſcharf zu ſtreichen, auf 25 Jahre in das hieſige Spinnhaus zu ſetzen, und demnächſt zu verfeſten ſei. Der für die Geſchichte des neuſten Stadtrechts IV, 26 äuſſerſt merkwürdige Fall, worin dieſer Artikel auf eine Weiſe angewandt wurde, die einen Einfluß des Verdachts des Diebſtahls, der Verſicherung der Entſcheidungsgründe ungeachtet, gar nicht verkennen läßt, hat auch darin ein beſonderes Intereſſe, weil der Sträfling nach den Protocollen des Spinnhauſes 1752 mit andern Strafgefangenen nach Neu-Schottland transportirt worden iſt.

Demnächſt überſtand in demſelben Jahre 1746 Martin Joſeph le Fevre die Tortur, und daher ward am 20. Mai gegen denſelben die Niedergerichtliche Findung vom 9. dahin reformirt, daß vorkommenden Umſtänden nach und inſonderheit da Gefangener rc. vermittelſt der ſcharfen Frage ſich gereinigt, nunmehr zwar die Todesſtrafe keine Statt habe, jedoch derſelbe wegen ſeines, bei den in eines hieſigen Hauerkutſchers Hauſe vorgefallenen Händeln und der darauf erfolgten tödtlichen Verwundung des Jürgen Albrecht Plump, geäuſſerten ungeſtümen und ungebührlichen Betragens ihm zur wohlverdienten Strafe, anderen dergleichen unbeſonnenen und im Trunk ſich übernehmenden Leuten aber zur Warnung dieſer Stadt und deren Gebiet auf ewig zu verfeſten rc. — Ebenſo blieb bei der Maria Seggers die Folter erfolglos. Die gegen ſie am 23. Mai ergangene N. G. Findung ward am 10. Juni 1746 vom Rath dahin reformirt, daß ſie, da ſie nunmehr vermittelſt der peinlichen Frage erhärtet, daß ſie ſeit 14 Tagen vor ihrer Entbindung keine Bewegung des Kindes mehr verſpürt gehabt, auch an daſſelbe keine gewaltſame Hand gelegt habe, zwar mit keiner Leibesſtrafe zu belegen, da ſie aber dennoch zur Verbergung ihrer geübten Leichtfertigkeit ihre Schwangerſchaft hartnäckig verläugnet, und mit Willen allein und ohne Hülfe anderer Weiber geboren, durch Beides aber die ſchuldige Vorſorge für ihre Frucht nicht genugſam beobachtet, aus dieſer Stadt und deren Gebiet zu ewigen Tagen zu verfeſten ſei.

Digitized by Google

§. 31.

Von einem Falle aus dem Jahre 1748 beſitze ich zwei Senats-Erkenntniſſe. Das erſte vom 5. April 1748 reformirte die N. G. Findung vom 3. dahin, daß der Gefangene, Inquiſit und peinlich Angeklagte Abraham Joſeph Wolff zu näherer Erforſchung der Wahrheit mit der ſcharfen Frage zu belegen, und hierauf die Sache zu weiterer Ausübung an das Niedergericht zu remittiren ſei. Das Erkenntniß des Senats vom 14. Juni 1748 in derſelben Sache confirmirte und resp. reformirte die N. G. Findung vom 12. Juni dahin, daß der Gefangene ꝛc. zwar nunmehro nach ausgeſtandener ſcharfer Frage von der peinlichen Klage zu entbinden, jedoch derſelbe die Atzungskoſten zu bezahlen, auch, wenn ſolches geſchehen, die gewöhnliche Urphede abzuſtatten ſchuldig, und darauf der gefänglichen Haft zu entlaſſen.

Auch von dem nächſten Falle, der im Jahre 1749 vorkam, habe ich nur das Erkenntniß des Raths, welches am 6. Juni die N. G. Findung vom 4. dahin reformirte, daß, ob zwar Gefangene, Inquiſitin und peinlich Angeklagte von dem gewaltſamen und mit Erbrechen ausgeübten Diebſtahle vermittelſt der Tortur ſich gereinigt, jedoch, da ſie ſelbſtgeſtändigermaaßen das ihrem Angeben nach gefundene auf 384 Rthlr. Species ſich belaufende und von ihr als geſtohlen anerkannte Kornträgergeld nicht nur heimlich aus boshaftem Vorſatze verhehlet, und, um ſich damit zu helfen, untergeſchlagen, ſondern auch wirklich davon zu ihrem Nutzen ausgegeben, und den Ihrigen geſchenkt, dieſelbe, ihr zur wohlverdienten Strafe, anderem dergleichen diebiſcher Weiſe an fremdem Gute ſich vergreifenden Geſindel aber zum abſchreckenden Exempel, am Pranger mit Ruthen an dem Halſe eine Stunde lang zu ſtellen, und darauf zehn Jahr ins Spinnhaus zu ſetzen, nach Verlauf ſolcher Zeit aber aus dieſer Stadt und deren Gebiet zu verfeſten ſei.

Von dem vorletzten Falle v. J. 1768 habe ich ebenfalls nur das Senats-Urtheil vom 15. Juli in Sachen des Rechtens **Fiscalis in Criminalibus, ex officio inquirentis** und Peinlichen Anklägers entgegen und wider Harm Lütten, Gefangenen, Inquiſiten und peinlich Angeklagten. Es ward die Niedergericht-

liche Findung vom 6. confirmirt, der Gefangene ſei zwar vorkommenden Umſtänden nach mit der zweiten Tortur nicht zu belegen, dennoch aber und dieweil er den wider ihn entſtandenen ſtarken Argwohn wegen im Land angelegten Feuers nicht von ſich abgelehnt, er auch ſeine Theilnahme an den kleinen Diebereien ſeines Sohnes nicht abläugnen können, auf 25 Jahre in das hieſige Spinnhaus zu ſetzen, und nach Ablauf dieſer Zeit aus dieſer Stadt und deren Gebiete auf Zeitlebens zu verfeſten.

Der letzte Fall vom Jahre 1790 iſt zugleich derjenige, wo hier die Tortur zum letzten Mal angewandt iſt, und werde ich auf ihn noch einmal (§. 50) zurückkommen müſſen.

Das vorſtehende Verzeichniß kann nicht auf Vollſtändigkeit Anſpruch machen, und iſt daher nicht brauchbar, um ſtatiſtiſche Reſultate daraus zu entnehmen. Aber ſo viel iſt wohl gewiß, daß bei Weitem die Mehrzahl der Unglücklichen, über welche die Folter verhängt wurde, dadurch zu dem beabſichtigten Geſtändniß gebracht worden iſt. Uebrigens mag es wohl auffallen, daß die Fälle verfehlter Tortur beſonders von 1730 bis 1746 am häufigſten vorgekommen ſind.

§. 32.

Eben ſo wenig als das eben erwähnte, kann das folgende Verzeichniß als vollſtändig angeſehen werden, von denjenigen Fällen, wo es ſich nachweiſen läßt, daß die Tortur erſt auf vorhergegangenes Gerichtliches Urtheil erfolgte, wiewohl auch hier wohl nicht geläugnet werden kann, daß dieſe Fälle zu den Seltenheiten und Ausnahmen gehört haben, und die Praxis vielmehr ſo, wie erwähnt, in der Regel ohne Erkenntniß zur Tortur geſchritten iſt.

Mein erſter hierher gehöriger Fall iſt von 1595, und hat überhaupt damals ſo viel Aufſehen erregt, daß er namentlich von Stelzner (2, 436 ff.) erwähnt iſt, welcher übrigens nach den folgenden authentiſchen Mittheilungen vielfältiger Berichtigung bedarf. Am Sonnabend den 6. September 1595 ward auf dem Pferdemarkt in dem Wirthshauſe von Michael Schröder, Gaſtgeber von Danzig, ein Handwerksgeſelle Engelbrecht Hupmann aus Stendal ermordet, der Körper in eine Zuckerkiſte gelegt, weil ſie aber zu kurz war, die Beine des Entleibten

Digitized by Google

entzweigeſchlagen. Bei einer vorgenommenen Hausſuchung wurde das Verbrechen entdeckt. Das Niedergerichtliche Ordelbuch hat über das gerichtliche Verfahren Folgendes:

Der Fiſcal klagte gegen Magdalene, Michael Schröders eheliche Hausfrau, daß ſie dazu Vorſchub, Hülfe und Vertröſtung gethan, daß Hupman binnen dieſer Stadt in der Angeklagtin eigner Behauſung, bei hellem lichtem Tage zwiſchen 12 und 1 Uhr durch Hinrich Köſter und Peter Bam jämmerlicher, erbärmlicher, heimlicher und verſtohlener Weiſe ermordet und ums Leben gebracht, wie denn auch die Angeklagtin alsbald nach geſchehenem Mord kein Geſchrei und Gerüchte gemacht, ſondern ſich von hinnen begeben. Weil nun Mithelferin Miſſethaten vermöge gemeiner beſchriebener Rechte und ſonderlich Damhouder Art. 133 [1]) den Principal Hauptthätern gleich ſollen geſtraft werden, ſo trug der Fiſcal auf Todesſtrafe an.

Namens der Angeklagten ward exc. et def. eingewandt, daß ſie keinen Vorſchub, Hülfe und Vertröſtung zu dieſer Miſſethat gethan; ſondern nachdem ſie erfahren, daß der Mord in ihrem Hauſe geſchehen, ſei ſie dermaaßen erſchrocken, daß ſie nicht gewußt, was ſie thun ſollen, und wären ihr die Gedanken eingefallen, daß ihr Mann, weil er Morgens früh mit Hinrich Köſter ausgegangen, von ihm umgebracht ſei, und hätte ſie als eine arme elende Weibesperſon alsbald ihren Hoyken [2]) auf den

---

1) Weder in dem älteren, damals gültigen, noch in dem neuſten Statut finden ſich allgemein anwendbare ſpecielle Vorſchriften über Gehülfen, Begünſtiger und Mitwiſſer eines Verbrechens, wie jetzt ein jedes neues Geſetzbuch dergleichen aufſtellt. Der Grund dieſer Eigenthümlichkeit unſerer Stadtrechte liegt, wie ich dies in meinem Vortrage über die Zurechnung nachzuweiſen habe, in der eigenthümlichen Auffaſſung der Imputation bei unſeren Vorfahren und ihren Zeitgenoſſen. Uebrigens iſt Damhouder in den Criminalproceſſen der damaligen Zeit bei uns eine häufig allegirte Autorität.

2) Dies muß alſo damals eine Kopfbedeckung geweſen ſein. Richey im Idioticon Hamburgense: Heuken eine alte Art Hamburgiſcher Weibertracht, beſtehend in einer hohen und ſteifen Kapuze, vorn platt und breit, oben rund und ſchräg in die Höhe gehend, von

Digitized by Google

Kopf geſetzt, und das eine Kind auf den Arm, das andere bei der Hand genommen, ſich auf den Wagen geſetzt und nach Wedel gefahren, und ihrem Manne angekündigt, daß leider der Mord in ihrem Hauſe geſchehen, welcher, nachdem er ſolches erfahren, ſie etliche Male mit der Wehr zur Erde geſchlagen und ſie erbärmlich tractirt.

Replicando ward erwiedert, es ſei vorerſt aus der geleſenen Urgicht zu erſehen, daß Hinrich Köſter ihr einen halben Reichsthaler gegeben, und daß ſie geſagt, ſie wolle wohl ſchweigen, wenn es ſchon ein Mord wäre, item ſo fern ſie ſchweigen würde, er ihr Ein Hundert Reichsthaler zu geben zugeſichert, zudem habe ſie dem Vogt und dem Lederbereiter, die den Tumult und Geſchrei gehört, und darauf ins Haus gekommen und gefragt, was da zu thun, geantwortet, ob ſich nicht ehemals zwei Kerle zuſammengeſchlagen, und was ſie in ihrem Hauſe zu ſchaffen, auch zu Hinrich Köſter geſagt, als derſelbige blutige Hände gehabt, er ſolle die Hände waſchen. Da die Angeklagte nichtsdeſtoweniger jede Theilnahme an der That läugne, ſo trug er auf die ſcharfe Frage an.

Duplicando wurde entgegnet, das Geld habe ihr der Mörder auf die Condition nicht gelobt, daß er einen Kerl in ihrer Behauſung umbringen wolle, ſondern daß ſie ihm den ungehorſamen Sohn, der vor ſeinen Vater nicht treten dürfe, beherbergen möchte. Die Worte gegen die Nachbarn und auch Hinrich Köſter habe ſie in der Angſt geſagt, und nicht gewußt, was ſie geredet.

Am 6. October 1595 erging die N. G. Findung: Daß die Angeklagte, um die Wahrheit zu erkundigen, zur Tortur geführt werden ſolle. Der Anwald der Angeklagten ſchalt Namens derſelben dieſe Findung an den Rath, welcher ſie aber

welcher hinten ein Mäntelchen mit ſteifen Falten herabhängt. — Auch in einer Lübecker Findung vom Jahre 1549, welche Herr Dr. Dittmer im Saſſen- und Holſtenrecht S. 84 mittheilt, wird das Wort Hoike geſchrieben, doch wohl nach dem Obigen nicht genau durch Mantel überſetzt.

Digitized by Google

beſtätigt zu haben ſcheint. Denn es findet ſich weiterhin im Niedergerichtlichen Ordelbuche, daß der Fiſcal ſeine Anklage wiederholt, und ſich jetzt auf ihre Urgicht bezogen, welche er gerichtlich zu verleſen gebeten. Der Defenſor wiederholte die frühere Vertheidigung buchſtäblich, wobei er bemerkte, daß die beiden Uebelthäter bereits ihre wohlverdiente Strafe erlangt hätten. Replik und Duplik waren wie die früheren. Die N. G. Findung vom 12. November 1595 unterwarf ſie „wegen ſolcher Mishandlung“ dem Stadtrechte O, 6 [3]), und verurtheilte ſie zur Schwertſtrafe. Zwar ward Namens der Angeklagten auch dieſe Findung an den Rath geſcholten, allein das Urtheil ward beſtätigt, und ſchon waren, wie das Delinquenten-Regiſter erzählt, ihr Sarg, Träger und Prieſter, der mit der ſchönen Marlene, wie ſie insgemein genannt wurde, hinausgehen ſollte, Alles beſtellt. Indeſſen es wies ſich aus, daß ſie ſchwanger war [4]), und deshalb ward ihr erſt am 3. Mai 1596 der Kopf abgeſchlagen.

Ihr Mann, Michael Schröder, ward vom Fiſcal angeklagt, die gefangenen Miſſethäter dazu gereizt zu haben, den Entleibten zu ermorden, auch dafür drei Reichsthaler empfangen zu haben, wie dies aus Köſters Urgicht klar zu erſehen. Da der Angeklagte zur Vollbringung des Mordes Rath, Hülfe und Vertröſtung geleiſtet, und ſeine Behauſung den Miſſethätern geliehen, ſo bat der Fiſcal um deſſen Lebensſtrafe.

Abſeiten des Angeklagten ward entgegnet, daß er unſchuldig ſei. Er ſei damals nicht zu Hauſe geweſen, als die That geſchehen; der Verräther und Mörder Hinrich Köſter habe ihn nach etlichem Waizen bei Wedel und Holle umzuhören verſchickt, und ihm drei Thaler zur Zehrung gegeben. Als dem Beklagten durch ſeine Hausfrau angemeldet worden, daß ein Mord in ſeinem Hauſe geſchehen, habe er ſich ſofort erhoben, und ſei hierhergekommen, habe fleißige Nachforſchung nach den Mördern ge-

3) Wert binnen deſſem wikbelde eyn doet gheſlagen, alle de darmede ſyn, de ſcholen dat beteren myt eren lyve.

4) S. oben S. 24 Anm. 5.

than, dieſelben auch auf einen Sonntag Morgen zwiſchen 5 und 6 Uhr unter dem Früh-Sermon auf St. Jacobs Kirchhof angetroffen, allda Einen mit Namen Hinrich Köſter bei dem Leibe gefaßt, und zum Richter bringen wollen, und etliche Male Zeter über den begangenen Mord geſchrien, alſo daß wohl Drei Hundert Perſonen aus der Kirche gekommen. Mittlerweilen habe Harmen Otteman, ein Scholapper (sic), den Gefangenen um den Leib gefaßt, und mit ihm getummelt, auch an den Kopf geſchlagen, darüber er den Gefangenen Hinrich Köſter habe fahren laſſen müſſen. Danach habe er ſolches Alles Moritz Rigen, dem Diener, vermeldet, darauf alſo den Mördern nachgejagt worden.[5])

Der Fiscal trug, da der Angeklagte Alles läugne, auf Tortur an. Auch verfügte die Niedergerichtliche Findung vom 6. October 1595, daß der Angeklagte zur Erkundigung der Wahrheit ad torturam ſolle geführt, und um dieſer Sachen Beſchaffenheit und anderer mehr befragt werden ſolle. Mengardt ſchalt im Namen des Angeklagten ſofort die Findung an den Rath, und zeigte dabei an, daß, ſofern Jemand vorhanden, der ſeinen Principal warum zu beſprechen, er demſelben zu Recht antworten wolle. Was dieſe Sache im Rath für ein Schickſal hatte, läßt ſich nur aus der Angabe einer meiner Delinquentenliſten vermuthen, worin es heißt, daß der Wirth freierkannt worden ſei, weil er zu ſeinem Glücke an dem Tage, da der Mord verübt worden, von den Mördern verſchickt worden, man alſo nichts auf ihn bringen können.

Die Peinliche Anklage des Hinrich Köſter ging dahin, daß er Engelbrecht Hupman am 6. September mit ſich aus St. Catharinen Kirche in Michael van Dantzig Behauſung geführt, und daſelbſt nicht allein ſchelmiſcher, dieblicher Weiſe verrathen, und auf der Schlachtbank geopfert, ſondern auch erbärmlicher,

5) Eins meiner Delinquenten-Regiſter erzählt, die Thäter hätten ſich, bei Eröffnung der Thore, aus der Stadt geflüchtet, und wären ihnen ſieben reitende Diener nachgeſchickt worden, welche ſie eingeholt, und nach der Frohnerei gebracht.

unerhörter Maaßen jämmerlich und hinterliſtig helfen tödten und umbringen, wie der Fiſcal zu dero Nothdurft ſeine Urgicht verleſen laſſen. Aus meinem Delinquenten-Regiſter ergiebt ſich, daß Köſter und Bam jenen Hupman in Schröders Haus beſchieden, um Roſenobel gegen Species zu verwechſeln. Als derſelbe kommt, führen ſie ihn oben, und während er dem Einen das Geld zuzählt, wirft der Andere ihm einen Strick um den Hals, und erwürgen ihn, worauf ſie 800 Thaler in Gold bei ihm fanden.

Die N. G. Findung vom 8. October 1595 lautet dahin: Daß die allegirten Artikel (Stadr. O, 18 P. H. G. O. Art. 137 und Damhouder Pract. Crim. Art. 86) bei Würden, und ſoll demzufolge der Angeklagte wegen ſolcher Mordſtiftung, Verrätherei und begangenen Mishandlung an vier Orten dieſer Stadt mit glühenden Zangen geriſſen, alsdann an die Richtſtatt geführt, und von unten auf gerädert, danach enthauptet, und ein Galgen auf das Rad geſetzt, und der todte Körper auf das Rad, der Kopf auf den Galgen geſtellt werden. Das Senats-Erkenntniß iſt vom 10. October, und reformirt die Findung nur in ſo fern, daß das Rädern „von oben dael“ geſchehen ſollte.

Peter Bam ward angeklagt, er habe ſich von Köſter dazu beſtellen laſſen, am 6. September um 1 Uhr Nachmittags in Michael von Danzigs Behauſung den Hupman zu überfallen, ihm einen Strick über den Hals zu werfen, zur Erde niederzuziehen, danach auch mit einem Meſſer im Hals und etliche Male im Rücken zu verwunden, und ihn alſo umzubringen, dafür er denn auch nach geſchehenem Morde 150 Reichsthaler empfangen, wie ſolches ſeine Urgicht beweiſe, die der Fiſcal gerichtlich zu verleſen bat, und wozu der Angeklagte ſich auch gerichtlich bekannte. Sowohl die Niedergerichtliche Findung als das Erkenntniß des Raths lauteten mit denen wider Köſter buchſtäblich übereinſtimmend. Die Strafe ward, wie die Delinquenten-Liſten ergeben, am 14. October, alſo am Dienſtage, vollzogen, das Zwicken mit glühenden Zangen geſchah vor dem Hauſe, wo der Mord geſchehen war, auf dem Pferdemarkt, ferner auf dem Hopfenmarkt, auf dem Berge und vor dem Steinthor.

Digitized by Google

Auch die Magd, Cathrinen Götckens, ward fiſcaliſch angeklagt, und zwar zu jenem Morde Hülfe, Vorſchub und Beiſtand geleiſtet zu haben, wie aus ihrer Urgicht hervorgehe, zu der ſie ſich gerichtlich bekannt, und die der Fiſcal bat gerichtlich zu verleſen. Es ſei klar, daß ſie nicht allein wohl gewußt, daß ſolch Mord geſchehen, und kein Geſchrei oder Gerüchte gemacht, ſondern daß ſie ein Schloß vor die Rauchkammer, worin der Entleibte gelegen, damit ſolches möchte verborgen bleiben, gehängt, auch achtzehn Thaler bekommen, um zu ſchweigen, und den todten Körper aus der Rauchkammer bis in den Keller ſchleppen helfen.

In der Defenſion ward geſagt, dieſe junge Blödin ſei leider Gottes erbärmlicher Weiſe dazu gekommen, ſie habe den ganzen Morgen beim Waſſer geſtanden, und das Kinderzeug ausgewaſchen, auch nicht geſehen, wie der Mörder ins Haus gegangen, danach aber, weil ihre Wirthin ſich mit einem halben Thaler beſtechen laſſen, habe ſie die Angeklagte in den Hof geſchündet, und ſei ihre Wirthin im Hauſe geblieben, und habe ſie wohl gehört, was auf dem Boden geſchehen. Wie aber ſie, die Angeklagte, wiederum in das Haus gekommen, und das Getümmel gehört, habe die Wirthin ihr befohlen, ſie ſolle einen Kinderbardiken holen. Als ſie nun hinaufgegangen, ſei Köſter ihr begegnet, habe blutige Hände gehabt, und ſie getuſcht, darauf die Angeklagte geſagt (weil ſie nicht geſehen, daß der fremde Geſelle hinaufgegangen): Schlagt Ihr Euch nun unter einander? Ihr ſeid ja zuvor gute Freunde geweſen. Darauf ſei ſie wieder hinunter ins Haus gegangen, und habe geſehen, daß ihre Wirthin bereits weggeweſen, dadurch ſie ſehr betrübt und bekümmert geworden, und nicht gewußt, was ſie anfangen ſollen; denn weil ihre Wirthin kein Geſchrei gemacht, habe ſie es auch nicht thun dürfen. Daß ſie das Schloß vor die Rauchkammer geſchloſſen, und den todten Körper mit in den Keller getragen, habe ſie aus Furcht gethan, daß, ſofern ſie ſich hierin zuwider legen, alsdann die Mörder ſie ebenfalls ermorden würden. Die achtzehn Thaler habe Köſter bei ihr auf die Bank, wo ſie geſeſſen und traurig geweſen, auch nicht aus- und eingewußt, weil mit den beiden Mördern allein im Hauſe, geſchüttet, wo es bis auf den andern Morgen liegen geblieben. Als es aber lautbar

Digitized by Google

geworden, daß der Geſelle ermordet, und der Eine hier, der Andere dorthingelaufen, habe ſie das Geld ungezählt genommen, und in ein Naſch gethan, und daſſelbe in ihr Bett nach dem Kopf zu geſchmiſſen.

Auch für dieſe Angeklagte erfolgte ſchon am 8. October die N. G. Findung, daß ſie wegen ſolcher Mishandlung mit dem Schwerte am Leben ſolle geſtraft werden, es wäre denn daß der Rath ſie begnadigen wolle. Aber nach den Delinquentenregiſtern iſt ſie erſt am 1. December enthauptet worden, ſo daß der Rath, man ſieht nicht warum, ihr Urtheil verzögert zu haben ſcheint.

Endlich gehört zu dieſer Sache noch die Peinliche Anklage des Herman Otteman, welcher ſich unterſtanden haben ſollte, als Michael van Danzig den Köſter auf St. Jacobs Kirchhof angetaſtet, und denſelben dem Richter überantworten wollen, denſelben zu entfreien und loszumachen, wie er denn auch den erwähnten Michael van Danzig ums Leib gefaßt, und danach an den Hals geſchlagen, dadurch der Mörder entlaufen, und bis Wandsbeck gekommen. Der Fiſcal bat ihn nach Stadtrecht O, 22 [6]) wie den Mörder zu beſtrafen.

Abſeiten des Angeklagten ward eingewandt, daß, weil er geſehen, daß Michael van Danzig mit Hinrich Köſter gehadert und gezankt, und er ihn vor dieſer Zeit für einen ehrlichen Geſellen, der ihm von den Gäſten, die mit Hans Scharenborch zu Hauſe gelegen, viele Schuhe zu flicken gebracht, gekannt; damit kein Unglück entſtehen möchte, wäre er hinzugetreten, und hätte ihn entfreiet, ohne zu wiſſen, daß Köſter ein Mörder ſei.

---

6) Dieſe Vorſchriſt, welche ſich ſchon 1210 X, 1. 1276 eod. 1292 N, 1 findet, lautet ſo: Welck man vmme vngherichte beclaget wert, dat in (an) ſyn lyff edder an ſyne ſund gheyt, vnde entforet den jemand weldichlyken vth deme gerichte, vnde wert he ghevanghen, he ſchall ghelyke pine dragen deme myſclageden (miſſedadigen) manne. Kumpt he auer enwech, men ſchal ene vorveſten alſe den ſchuldigen, vnde men dat tughen mag. Das Geſetz nimmt darauf keine Rückſicht, ob der Entwältiger es wußte, daß der Geflüchtete ein Miſſethäter war: was nach dem damaligen Zuſtande der Lehre von der Zurechnung nicht Wunder nehmen kann.

Digitized by Google

Die N. G. Findung vom 8. October 1595 ging dahin, daß der Gefangene wegen ſolcher Mishandlung dieſer Stadt und deren Gebiet zu ewigen Zeiten zu verweiſen. Der Gefangene ſchalt die Findung ſofort an den Rath; aber der weitere Erfolg der Sache iſt mir unbekannt.

§ 33.

Die nächſten Fälle gehören dem Jahre 1598 an.

Hinrich Portz ward peinlich angeklagt. Er habe allerhand Frevel und Muthwillen verübt, ſich auch zu Claus Wordenhoff und ſeinen Conſorten geſellt, ſei auch mit dabei geweſen, als Herman Moller die Wehre genommen, und er ſamt ſeiner Geſellſchaft Einem ins Haus gefallen und allerhand Gewalt geübt. Zudem habe der Angeklagte ſeinem Oheim ein Rohr geſtohlen und zu Nyenſteden verſetzt, wie er denn auch bei Hinrich Bruſer für einen Sintker Knecht gedient, wären demſelben zwei Kappen geſtohlen; danach wäre bei dem Beklagten ein Mantel geſehen worden, wo die Trip unten ausgeſchnitten und die Schnur abgeſchnitten geweſen. Wie er nun darum zu Rede geſtellt, habe er vorgegeben, den Mantel von einer Kleiderſellerin in der Steinſtraße gekauft zu haben, dieſelbe aber danach nicht nennen können. Es ward auf Tortur angetragen. Der Defenſor läugnete nicht, daß der Angeklagte mit Claus Wordenhoff und ſeinen Conſorten vierzehn Tage umgegangen und gereiſt ſei, er habe aber keinen Frevel und Muthwillen verübt, noch Etwas davon genoſſen. Den Mantel habe er in der Steinſtraße von einer Frau gekauft, ſeines Oheims Sohn habe ihm dazu drei Thaler geliehen. Da keine genugſame indicia ad torturam vorhanden, und Beklagter eine geraume Zeit im Gefängniß geſeſſen, ſo bat er um Entfreiung von der Klage.

Zufolge der N. G. Findung vom 13. März 1598, welche der Rath am 24. confirmirte, ward der Angeklagte zur Erkundigung der Wahrheit zur Tortur geführt, und nachdem er auf derſelben vermuthlich zum Geſtändniß gebracht war, richtete ſich die Anklage ſpeciell darauf, daß er mit in flocken vnd

Digitized by Google

foerenn[1]) geweſen, als Claus Saſſe und Claus Wordenhoff einen Mann mit Namen Dirick Jürgens in ſeiner eigenen Behauſung freventlicher muthwilliger Weiſe überfallen, ihm die Wehre auf das Leib geſetzt, und gedroht worden, ſofern er ihnen kein Geld geben würde, daß ſie ihn erſtechen wollten. Zugleich wurden die früheren Umſtände wegen des Mantels und des Rohrs geltend gemacht. Der Fiſcal bat, ihn nach P. H. G. O. Art. 128 und Stadtr. O, 6 zu ſtrafen.

Der Defenſor entgegnete, aus dem verleſenen Zeugniß ſei klar zu erſehen, daß er keine Gewalt geübt, auch Niemanden beleidigt, ſondern danach mit nach Embden gezogen, allda ſie ſich willen und ein Houetman geben (hier muß im Original Etwas verſchrieben ſein); wie ſolches nicht geſchehen können, wären ſie wieder hierhergekommen, und habe der Gefangene von dem Raube nichts genoſſen.

Nach der N. G. Findung vom 26. April 1598 ſollte der Angeklagte dieſer Stadt und deren Gebiet auf 5 Jahre lang verwieſen, und wofern er alsdann genugſame Kundſchaft ſeines ehrlichen Verhaltens vorlegen könne, wieder in dieſer Stadt geduldet werden. Da aber ſolches nicht geſchehen, und er in dieſer Stadt und Gebiet betreten würde, ſollte er nach Willkühr des Raths geſtraft werden. Der Angeklagte ſcheint mit dieſem Ausgang ſeiner Sache zufrieden geweſen zu ſein, und focht die Findung nicht an, Bendtſchnider aber Namens der königlichen Gewalt ſchalt ſie ſofort an den Rath, der ſie am 28. April confirmirte.

Damit hängt die Peinliche Anklage wider Clauwes Saſſen zuſammen, welcher jüngſt im Winter des Abends zwiſchen 8 und 9 Uhr vor Agneten Kakes Have, darauf Dirick Jürgens

---

1) Dieſer Ausdruck kommt ſchon 1270 VII, 16. 1276 VII, 17. 1292 H, 14 1497 M, 24. E, 21. F, 9. und 1605 IV, 24 vor, wird aber ſehr verſchiedenartig geſchrieben. Die älteſte Schreibart (1270) iſt an Floke vnde an Vere, und bezeichnet das Wort Haufen, Geſellſchaft. Vgl. Anderſon Hamb. Privatr. I, 76. Thesaurus iuris Statut. I, 124.

damals gewohnt, gekommen, und begehrt, man ſolle die Thür eröffnen, mit der Anmeldung, daß ein guter Freund davor ſei. Als nun die Thür eröffnet, iſt gedachter Claus in die Stube (Dornſenn) gelaufen, hat ſich daſelbſt niedergeſetzt, und Bier zu zapfen begehrt. Bald hernach iſt auch Clauwes Wordenhoff und Hinrich Poetz gekommen. Nachdem ſie nun ungefähr 8 ß vertrunken, hätten ſie einen Milreſen zu wechſeln begehrt, wofür der Wirth klein Geld gegeben, und was vertrunken, abgekürzt. Da hätten ſie den Milreſen behalten, imgleichen das kleine Geld zu ſich genommen, und von dem Wirth fünf Thaler gefordert. Als dieſer aber geantwortet, daß kein Geld bei ihm vorhanden, hätte Clauwes Saſſe zwei Finger kreuzweis über einandergelegt, und geſchworen, der Teufel ſolle ihm ins Leib fahren, wo er den Wirth nicht wolle erſtechen. Wo er denn auch damals ein Parlament angefangen, und nach einer Frau im Hauſe geſtochen, darauf Clauwes Wordenhoff geantwortet, er ſolle nicht die Frauen, ſondern die Kerle erſtechen, und hätten Wordenhoff und Saſſe die Hausthür zugemacht, dem Wirth die Wehren auf den Leib gehalten, Geld von ihm gefordert, und ihm ſolches abfertigen wollen. Als aber eine Frau im Hauſe aus dem Fenſter geſprungen, und in der Nachbarſchaft ein Geſchrei gemacht, und der Wirth ſamt ſeiner Frau in die Kammer gelaufen, da hätten die Landzwinger und Friedebrecher nach ihnen hineingeſtochen. Endlich ſei der Beklagte ſamt ſeiner Geſellſchaft entwichen, und hätte mit ſich aus dem Hauſe genommen und geraubt einen Hut, welcher fünf Thaler werth, einen Kragen, welcher einen Gulden werth, zwei Schorteldocke [2]) und zwei Frauenhauben. Es ward um Tortur zur Erkundigung der Wahrheit gebeten.

Der Defenſor bemerkte, der Angeklagte ſei allerdings mit Clauwes Wordenhoff umgegangen und gereiſt, aber habe keinen Frevel und Muthwillen verübt. Es wären keine genugſame indicia ad torturam vorhanden.

---

2) Der Ausdruck iſt mir unbekannt. Auch fehlt er bei Richey. Vermuthlich hängt er mit Schorte Schürze zuſammen, und gehört zur Weiberkleidung.

Digitized by Google

Die N. G. Findung vom 3. April 1598 lautete auf Tortur, und ward am 7. vom Rathe confirmirt. Dann nahm der Fiſcal dieſelbe Klage wieder auf, und bezog ſich auf ein beeidigtes Zeugniß und des Angeklagten Urgicht, wozu ſich dieſer gerichtlich bekannt.

Die N. G. Findung vom 26. April 1598 ging wegen kundbarer Mishandlung und Austretens nach Stadtr. O, 6 und P. H. G. O. Art. 128 und 129 auf Schwertſtrafe, und ward am 28. vom Senat confirmirt.

Endlich gehört in dieſes Jahr 1598 der bereits (§ 21) erzählte Fall von Joachim Schulten.

§ 34.

Der nächſte mir bekannte Fall iſt vom Jahre 1609: Clauwes Harder wurde vom Fiſcal peinlich angeklagt, ſamt ſeiner Geſellſchaft neulich, als die Kindesmörderin gerichtet, und der Frohn durch die Reitenden- und Hausdiener nach Hauſe begleitet worden, aus rachgierigem, unruhigem, boshaftem Gemüthe ſich unterſtanden zu haben, einen Tumult und Allarm anzurichten, indem der Angeklagte mit ſeiner Geſellſchaft häufig mit Steinen auf die Reitenden- und Hausdiener, auch den Frohnen geſchmiſſen, dadurch auch etliche Diener beſchädigt und verwundet worden. Weil denn ein ſolcher Allarm und Tumult, dadurch ſich leicht ein Aufruhr erheben könnte, nicht ungeſtraft bleiben dürfe, und der Beklagte ſeine Mitgeſellen nicht namkundig machen wolle, als bat er wider ihn auf die ſcharfe Frage zu erkennen.

Des Angeklagten Procurator wandte excipiendo et defend. ein, es ſei unerwieſen, daß der Angeklagte mitgeſchmiſſen, der Fiſcal ſolle erſt ſeine Klage wie Recht erweiſen.

Der Fiſcal replicirte, daß der Angeklagte nicht allein auf dem Berge, ſondern bereits bei St. Jacobs Kirchhof geſchmiſſen, und alſo dem Gerichte gefolgt. Er habe auch einem Manne auf dem Berge die Deichſel nehmen wollen. Neulich habe er ſeinen eignen Wirth Cordt Klindtwort an einem Sonntag Morgen in ſeinem eigenen Hauſe mit einem bloſſen Meſſer überfallen und ermorden wollen.

Digitized by Google

Nach der N. G. Findung vom 4. September 1609 ſollte der Beklagte zur Erkundigung der Wahrheit mit der ſcharfen Frage belegt werden; allein ſein Procurator ſchalt die Findung ſofort an den Rath, und weiter kommt die Sache in dem N. G. Ordelbuche nicht vor, ſo daß es zweifelhaft bleibt, ob der Rath reformirt, oder der Angeklagte die Tortur überſtanden hat, ohne zu geſtehen.

Darauf folgt ein Fall vom Jahre 1610. Der Fiſcal beklagte im Namen der Königl. Gewalt und des Rechten abermals Chriſtoffer Andreas, Andreas Voß und Peter Dithmers, daß dieſe mit in flocken vnd fohren geweſen, als neulich Hans Buckeshorn auſſer dem Steinthor laut des Klagezettels jämmerlich verwundet, davon er nach etlichen Stunden Todes verfahren. Dieweil nun Claus Sucke und Hans Volſche weichhaftig, und die Beklagten verläugnen wollen, daß ſie an der That nicht ſchuldig, und der Todte gleichwohl vier Fahrwunden gehabt, als bat er gegen alle Angeklagte nach P. H. G. O. Art. 148 auf Schwertſtrafe zu erkennen.

Procurator Jante Namens Claus Sucke wandte excip. ein, Hans Volſche und der Todte hätten im Strohhauſe[1]) geſeſſen und geſpielt, darüber wären ſie uneinig geworden, Hans Volſche habe das Meſſer auf den Entleibten gezogen, Sucke habe den Völſchen dahin gehalten, daß er das Meſſer wieder einſtecken müſſen, und ſei da kein Schade geſchehen. Danach ſei der Todte ſelbſt Dritte weggegangen, und habe Sucke die beiden Fiſcherknechte aufgehalten, damit der Todte mit ſeiner Geſellſchaft erſt in die Stadt gehen möchte, und ſei der Todte auf dem Wege ſtehen geblieben, und habe zu ſeiner Geſellſchaft geſagt, er wolle noch wiſſen, warum der Fiſtherknecht das Meſſer auf ihn gezogen, und als die Fiſcherknechte dem Todten gefolgt, und nach der Stadt gehen wollen, habe der Todte mit ihnen angefangen zu hadern und zu zanken. So wären ſie an einander gerathen, und hätten ſich getummelt. Als Sucke das geſehen, ſei er dahin ge=

1) Es geht aus vielen Criminalfällen hervor, daß damals das Strohhaus ein ſehr ſtark beſuchtes Wirthshaus geweſen ſein muß.

Digitized by Google

laufen, und habe Frieden ſtiften wollen. Alsbald ſei der Todte mit einem bloßen Punier dem Sucke zugelaufen, habe dieſen mit dem Punier in der Hand verwundet, und ihm die Wehre genommen, ihn um den Miſthaufen gejagt, danach habe er den Sucke verlaſſen, und ſei den Andern nachgelaufen, wie ſolches ein beeidigtes Zeugniß beweiſe, das Defenſor gerichtlich zu verleſen bat. Daraus erweiſe ſich des Sucke Unſchuld. Die drei Gefangenen und Hans Volſche, die weichhaftig, und mit einem bloßen Meſſer durch Dicke und Dünne gelaufen, mögen wiſſen, wie ſolche Verwundung geſchehen. Die eine Zeugin ſage ausdrücklich, Sucke ſei ſo weit nicht gekommen, wo der Todte gelegen.

Procurator Mengart Namens der drei Angeklagten wandte exc. et def. ein, ſie wären unſchuldig, hätten mit dem Entleibten keinen Hader oder Zank gehabt, auch keine Wehre bei ſich. Wäre Claus Sucke mit der Wehre im Hauſe geblieben, ſo würde die That nicht geſchehen ſein. Aus dem verleſenen Zeugniſſe ſei nicht zu erſehen, daß die Angeklagten die That gethan, ſondern vermuthlich ſei die Verwundung da geſchehen, als Claus Sucke und der Todte ſich ſo getummelt, und der Entleibte auf Claus Sucke eingeeilt, und ihm die Wehre genommen. Die Unſchuld der Angeklagten ſei auch daraus zu erſehen, daß ſie je und allewege bei dem Verwundeten geblieben, ihn auch nach dem Arzt getragen.

Procurator Berckhan Namens Hans Volſchen erklärte, der Volſche ſei ganz unſchuldig. Als die Verwundung geſchehen, ſei er nach ſeiner Behauſung gegangen, und dort ſei Jemand gekommen, der ihm ſo bange gemacht, daß er aus Furcht vor dem Gefängniß, weil große Unkoſten und Geldſpillung darauf geht[2]), gewichen.

---

2) Damals muß die Detentionshaft anders beſchaffen geweſen ſein, wie jetzt. Heutigen Tages würde man nicht die Koſten deſſelben, welche allemal einſtweilen vom Staat beſtritten werden, ſondern höchſtens die Entbehrung der Freiheit und die Geſchäfts-Verſäumniß geltend machen können.

Digitized by Google

Procurator Jante replicirte, aus dem verleſenen Zeugniß ſei zu erſehen, wie frech und muthwillig der Entleibte auf den Sucke eingelaufen, ihm die Wehre genommen, und habe Peter Dithmers dem Sucke die Wehre danach wieder gebracht, und zeugte der fünfte Zeuge, daß Peter Dithmers mit der Wehre in die Steine gehauen, und geſagt Hey Corraſie.

Der Fiſcal bemerkte jetzt, der Entleibte habe drei (?) Fahrwunden gehabt, und bat nach Stadtr. IV, 24 a. E. auf die ſcharfe Frage zu erkennen, da die Beklagten läugneten.

Die N. G. Findung vom 19. März 1610 erkannte: Dieweil aus dem Klagzettel zu erſehen, daß der Entleibte vier Wunden gehabt, und in specie nicht bewieſen worden, wer der Thäter, ſo ſollen die drei Thäter vermöge des allegirten Art. 24 zur Erkundigung der Wahrheit mit der ſcharfen Frage belegt werden. Der Procurator der Angeklagten ſchalt die Findung an den Rath, und weiterhin findet ſich, daß der Fiſcal die peinliche Klage im Niedergericht gegen Claus Sucken und Hans Volſchen speciell ſtellt. Sie wären bei jener Verwundung auch in flocken und fohren geweſen, und hätten nach geſchehener Verwundung den flüchtigen Fuß geſetzt. Nun ſei aber wickafftig foeth handtafftich thadt [3]) und da E. H. Rath dieſer Stadt die drei Mitangeklagten mit Namen Andreas Voß, Peter Ditmers und Chriſtoffer Andreas am 23. März von der angeſtellten peinlichen Klage abſolvirt und dieſe Sache anhero remittirt, ſo bat Fiſcal die beiden Angeklagten nach Stadtrecht IV, 19 lebenswierig zu verfeſten, und da ſie nachmals ꝛc.

Jante Namens des Angeklagten Claus Sucken wandte exc. et def. ein, daß aus einem geführten Zeugniß, das er zu verleſen gebeten, ſich ergebe, Sucke habe wegen Geſchäfte nach der Stadt gehen wollen, und nachdem er geſehen, daß ein Unglück vorhanden, habe er ſeine Wehre ausgezogen und Steuer halten wollen. Sonſt wiederholte der Procurator die frühere Beſchreibung des Vorfalls, ſo weit er Sucken betraf, und ſchloß, es ſei alſo nicht erwieſen, daß Sucken den Niederſchlag gethan.

3) Dies iſt eins von den unſerer Hamburgiſchen Gerichtspraxis eigenthümlichen Rechts-Sprüchwörtern, welche verdienten der Gegenſtand eines beſonderen Vortrags zu werden.

Digitized by Google

Procurator Berckhan Namens Volſchen brachte vor, ſein Principal ſei ganz unſchuldiger Weiſe dazu gekommen, habe mit dem Entleibten auſſer dem Strohhauſe keinen Hader oder Zank, auch bei ſich nicht einmal ein Brotmeſſer gehabt. Die verleſene Zeugniß melde aber, daß Claus Sucke die bloße Wehre und der Todte einen bloßen Punier gehabt, und daß Sucke und der Todte im Fahrwege ſich getummelt.

Der Fiſcal bezeichnete replicando Hans Volſche als den rechten Anfänger, der wegen des Spiels im Strohhauſe mit dem Entleibten gehadert und gezankt. Volſche habe deſſelben Abends in ſeiner Behauſung über Peter Ditmers gewehklagt, und als Claus Rige gekommen und geſagt, wofern er ſich ſchuldig wiſſe, ſolle er ſich packen, denn Peter Ditmers ſei bereits gefänglich geſetzt, ſei er weichhaftig geworden.

Durch die N. G. Findung vom 9. Mai 1610 wurden die Angeklagten von der angeſtellten peinlichen Klage liberirt, jedoch Schlacht und Wunden zu beſſern ſchuldig erkannt. Darauf heißt es im Protocoll zum erſten Male, nicht, wie bisher, N. N. ſchalt ꝛc. ſondern Hans Lange appellavit. Allein der Erfolg der Berufung iſt mir unbekannt.

§ 35.

Für die folgende Zeit iſt es doch immer auffallend, daß es mir nicht hat gelingen wollen, bis zum achzehnten Jahrhundert mehr als zwei Fälle ausfindig zu machen, in denen erſt auf ein gerichtliches Erkenntniß die Tortur angewandt worden iſt. Es läßt ſich daraus wenigſtens die Vermuthung hernehmen, daß auch unſer neuſtes Statut, weil es in einem Falle die Tortur geſetzlich ſanctionirte, den ferneren Anſtoß dazu gegeben hat, aller Zuſicherungen im Receſſe von 1603 zum Trotz die Praxis zu veranlaſſen, dem bequemen Mittel der Erpreſſung des jetzt ſchon entſchiedener zur Condemnation erforderlich erachteten Geſtändniſſes, ohne die Dazwiſchenkunft der Gerichte und ohne Weiteres in allen oder doch in den meiſten Fällen Raum zu geben. Der Fall vom Jahr 1649 wider die Rebecca Bruns iſt bereits (§ 29) mitgetheilt, und der Fall vom Jahr 1695 gegen Meyer Marx iſt auch darum beſonders hervorzuheben, weil hier ſelbſt die Bürgerſchaft ſo uneingedenk und vergeſſen des Zuſtandes der

Digitized by Google

Geſetzgebung war, daß ſie ſich von dem Schlendrian der Praxis ſchon ſelbſt hinreiſſen ließ, das ſtatutenwidrige Mittel der Folter gegen jenen Inculpaten angewandt zu verlangen. Freilich iſt es dabei unbegreiflich, wie der Rath damals ſich dieſem Verlangen der Bürgerſchaft entgegen auf Rechte hat berufen mögen, die ſich doch lediglich auf, unſtreitig leicht zu beſeitigen geweſene, Reverſalen gegen den Churfürſten von Brandenburg reducirt haben können. Der Fall iſt von Stelzner 4, 175 ff. und Wygand in deſſen Nucleus Recessuum s. v. Gerichtsherren, Marx und Regelin umſtändlich, auch von Leonhard Wächter in deſſen hiſt. Nachl. 2, 36. 37. mitgetheilt, weshalb ich ihn hier nur in einem kurzen Umriß zu geben brauche, weil ich lieber bei bisher ungedruckten Fällen verweile.

Es ſcheint die Bank damals ſehr bedeutend betrogen worden zu ſein. Derſelbe Licentiat Wygand, welcher nachmals 1705 in Altona den erwähnten Nucleus herausgab, und bei jenen Betrügereien ſelbſt ſtark betheiligt ſein mochte [1]), gab ſpäter den Verluſt der Bank auf viele Hundert Tauſend Thaler an. Namentlich hatte die Bank eine bedeutende Einbuße an Juwelen erlitten, welche ein gewiſſer, ſpäter auf den Namen Chriſtian Marci getaufter Jude Meyer Marx bei derſelben verſetzt hatte. Als ſein dabei geſpielter Betrug bekannt wurde, war er nicht hier, ſondern in Berlin, wo er ſeinem Leben durch einen Selbſtmord ein Ende zu machen ſuchte, was ihm aber vereitelt wurde. Der Rath requirirte vom Churfürſten von Brandenburg die Auslieferung dieſes gefährlichen Subjects, und ſie geſchah gegen Reverſalen, deren Inhalt nicht weiter angegeben wird, ſchon vermuthlich im Anfange des Jahres 1694. Allein weiter erfolgte in der Sache nichts; wenigſtens wurde dem Rath ſpäter von der Bürgerſchaft im April 1695 zum Vorwurf gemacht, man habe den Juden faſt Jahr und Tag ruhig ſitzen laſſen, und erſt jetzt wolle man ihm den ordentlichen Proceß machen, welchen Verzug der Rath mit des Juden verzögerter Geneſung, der Stattgefundenen

1) Vgl. über ihn Stelzner 4, 162 ff. und Anderſon Hamb. Privatr. I. 522. 4, 2.

Digitized by Google

Inquiſition und vielfältigen vorbereitenden Nachforſchungen und Abhörungen zu erklären ſuchte. Dieſe Verhandlungen wurden in dem Convente vom 14. Februar 1695 dadurch herbeigeführt, daß ſich der bereits erwähnte Wygand, der vor dieſen Convent gefordert worden war, wegen ſeiner Beſchuldigungen hinſichtlich der Bankverlüſte auf den Advocaten Regelin bezog, und dieſer noch in derſelben Nacht[2]) ſich einſtellen mußte, und unter der Krone über jenen Meyer Marx der Bürgerſchaft ſeine Angaben mittheilte. So ward der Beſchluß der Bürgerſchaft veranlaßt, daß alles Widerſpruchs ſowohl des Raths als der Gerichtsherren ungeachtet am 11. April Deputirte ernannt werden, in deren Gegenwart der noch ſelbigen Tages nach der Frohnerei zu ſchaffende Marx torquirt und über, den 29. März abgefaßte Artikel befragt werden ſollte, um hinter die Wahrheit zu kommen, wie es mit ſeinen in der Bank verſetzten Juwelen und der dabei Stattgefundenen Betrügerei beſchaffen und zugegangen ſei. Die Gerichtsherren mußten ſich entſchließen, dieſem Beſchluſſe Folge zu leiſten, auf den die Bürgerſchaft auch noch in der Zuſammenkunft vom 12. April beſtanden hatte, und ſo ward Meyer Marx endlich in der Nacht vom 12. auf den 13. in die Frohnerei und auf die Tortur gebracht. In dem Convente vom 13. ward die Relation des Prätors Suhrland an den Rath nebſt der Ausſage des Inquiſiten vor, während und nach der Tortur mitgetheilt. Die Bürgerſchaft hatte angeordnet, daß der Advocat Regelin bei der Tortur mitprotocolliren ſollte, und hatte derſelbe desfalls der Bürgerſchaft einen beſondern Eid leiſten müſſen. Dieſer Regelin ſetzte dem Frohn bei der Tortur zu, er ſolle ſein Amt thun, und den Marx rechtſchaffen angreifen, damit er ſich nicht in Verantwortung ſetze. Allein er machte ſo viel Aufhebens, daß die Gerichtsherren ſich genöthigt ſahen, ihm Stillſchweigen aufzuerlegen, und erklärten die Deputirten auf Befragen einſtimmig, falls die

---

2) Dieſen langen Verſammlungen der Bürgerſchaft iſt es wohl beizumeſſen, daß damals Wein und Brantewein (ſ. Wygand Nucleus s. h. v.) dort häufig getrunken worden iſt, was Bürgermeiſter Jarre ſchon im Convent vom 13. September 1677 zur Sprache gebracht, und abzuſtellen anempfohlen hatte.

Gerichtsherren, welche öfter bei ſolchen Verrichtungen zugegen wären, es für gut befänden, ſo wären ſie ihrerſeits nicht blos ebenfalls zufrieden, ſondern getrauten ſich auch vor der Bürgerſchaft es zu verantworten, daß er genugſam angegriffen worden. Die Tortur hatte jedoch troß aller dieſer Vorkehrungen keinen Erfolg. Man ſieht nicht, was weiter aus Meyer Marx geworden iſt. Aber aus den Verhandlungen des Convents vom 29. Januar 1697 ergiebt ſich, daß der Churfürſt von Brandenburg dieſe Procedur ungnädig aufgenommen, Satisfaction verlangt, und bis dahin den hieſigen Geſandten die Audienz verweigert hatte. Freilich erklärte die Bürgerſchaft ſehr energiſch und conſequent, daß, wenn die Abgeordneten keine Audienz erhalten könnten, ſie wieder zurückberufen werden ſollten. Auf den weiteren Verlauf der Verhandlungen wegen des Bankverluſtes wird Gelegenheit ſein, in einem Vortrage über die Zurechnung (§ 103) bei Veranlaſſung einer Procedur gegen einen todten Körper zurückzukommen, da man auch auf den Bankſchreiber wegen des der Bank aus dem Marxiſchen Unterpfande erwachſenen Verluſtes Verdacht warf, und der Bankſchreiber verſtarb, ehe ihm der fiſcaliſche Proceß gemacht worden war. Im Allgemeinen hingen die leidenſchaftlichen Maaßnahmen der Bürgerſchaft, welche wegen des Bankverluſtes ſelbſt den durch ſeinen Statuten-Commentar[3]) neuerdings wieder genannten Rathsherrn Cordt Vegeſack der Theilnahme an der Veruntreuung beſchuldigte, mit den früheren Proceduren des Raths gegen Snitger, Jaſtram, Martin Reeſe ꝛc. und den dadurch entſtandenen Aufregungen zuſammen, welche endlich die kaiſerliche Commiſſion und unſere heutige Magna Charta, die größtentheils unvergleichlich vortrefflichen Staatsgrundgeſetze von 1710 und 1712, zur heilſamen und ſegensreichen Folge gehabt haben.

§ 36.

Das achzehnte Jahrhundert ging in der willkührlichen Anwendung der Tortur auf dem von dem vorhergehenden gebahnten

3) Vgl. die Vorrede zur neuſten Ausgabe des Statuts von 1605 S. XXXVII.

Digitized by Google

Wege fort, und ſo kann ich auſſer den noch abgeſondert zu beſprechenden Fällen von der Wächtler und Peterſen im J. 1787 u. 1788 (§ 48 ff.) nur vier hier namhaft machen, wo der Tortur ein Erkenntniß voraufging.

Der erſte iſt v. J. 1728. In dem Vegeſackſchen Commentar zum Statut IV, 23 wird er erwähnt. Margaretha Ilſabe Becker war angeklagt, ihr neugebornes Kind nach abgeriſſener Nabelſchnur in den Abtritt geworfen zu haben, und der Fiſcal hatte auf Zwickung mit glühenden Zangen an dem Orte der That und auf Schwertſtrafe angetragen. Der Vertheidiger machte es geltend, daß in den zwei Hauptmomenten des objectiven Thatbeſtandes des Verbrechens, Leben des Kindes nach der Geburt und eine den Tod bewirkende Handlung der Mutter, Ungewißheit und die Vermuthung der Schuldloſigkeit der Angeklagten vorliege. Das Niedergericht hatte nichtsdeſtoweniger auf Schwertſtrafe, der Rath aber am 22. September erſt auf Tortur erkannt, und als danach das Geſtändniß erfolgt war, am 22. November die frühere Findung des N. G. hergeſtellt.

Der zweite Fall vom Jahre 1730 gegen Joachim Chriſtoph Schrack iſt bereits zweimal erwähnt (§ 14 und 30).

Eben ſo iſt der dritte Fall v. J. 1748 wider Abraham Joſeph Wolff ſchon vorgekommen (§ 31).

Zu dem letzten Falle vom Jahre 1749 habe ich bis jetzt nur das Senats-Erkenntniß vom 24. Januar, welches die N. G. Findung vom 20. confirmirte, die Inquiſitin ꝛc. Margaretha Eliſabeth Ahrens zu näherer Erforſchung der Wahrheit mit der ſcharfen Frage belegte, und demnächſt die Sache zu fernerer Ausübung ad Inferius remittirte.

§ 37.

Ehe ich über die letzten Fälle referire, in denen in Hamburg die Tortur angewandt worden iſt, ſcheint es nicht unintereſſant, hier einige merkwürdige und auch ſonſt zum Theil ſelbſt in der politiſchen Geſchichte unſerer Vaterſtadt wichtig gewordene causes célébres zuſammenzuſtellen, in denen die Tortur und die dabei ausgeübte geſetzloſe Willkühr eine bedeutende bisher vielleicht nicht gehörig beachtete Rolle geſpielt haben.

Es iſt ſchon vorhin (§ 1) bemerkt worden, daß der erſte Fall, in welchem meines Wiſſens die Folter zur Anwendung kam, zugleich der erſte Hexenproceß geweſen iſt, welcher, ſo viel ich weiß, die Verfolgung dieſer Perſonen in einem bisher bei uns unerhörten Umfange erweiterte. In meinem Vortrage über Hexenproceſſe (§ 11) kann ich leider von dieſem Falle nicht mehr berichten, als hier. Der Bericht iſt aber grade in ſeiner Kürze ſchrecklich genug. Vierzehn Hexen waren gefänglich eingezogen. Es läßt ſich daraus, daß bemerkt wird, zwei davon wären auf der Tortur geſtorben, muthmaaßen, es ſei keine mit derſelben verſchont worden, vier wurden am 16. Juli 1555 lebendig verbrannt. Die Delinquentenliſten geben über das fernere Schickſal der übrigen acht keine Auskunft. Es läßt ſich höchſtens annehmen, daß ſie nicht auf der Peinbank geſtorben ſind.

Wegen der am 30. Auguſt 1686 gegen Snitger und Jaſtram angewandten Tortur kann ich auf Wächters hiſtoriſchen Nachlaß 2, 8 ff. verweiſen. In ſpecieller Hinſicht auf die Tortur iſt hier zu bemerken, daß, ehe über den Thatbeſtand einige Gewißheit eingezogen, noch den Inquiſiten Behufs ihrer Defenſion zur Abwendung der Tortur eine Acten-Einſicht verſtattet war, Snitger über zwei, Jaſtram ſogar über drei Stunden lang mit Daumſtöcken, ſpaniſchen Stiefeln und dem geſpickten Haſen ſo gefoltert wurden, „daß ihnen ganze Stücke Fleiſch vom Leibe abgemartert wurden". Es wird beſonders gerügt, daß man Jaſtram ſelbſt einen Trunk Waſſers abſchlug, um den er während der Folter bat. Früher war der hieſige Regiments-Auditeur Johann Rickmeyer wegen der Entführung Beider am 26. März 1686 ebenfalls in die drei Stunden gepeinigt worden, weil er nicht hatte geſtehen wollen, dann aber gab er freilich auch an, was man nur immer verlangte.

Auch hier iſt ferner nicht unerwähnt zu laſſen der Fall des Bauhofſchreibers Carſten Rohde, von dem es freilich bei Stelzner[1]) heißt, er habe, nachdem er nach der Frohnerei gebracht war,

---

1) 4, 22. Vgl. meinen Vortrag über Zurechnung § 105 und Leonhard Wächter Hiſtor. Nachlaß 2, 37 ff.

Digitized by Google

ſich in der Nacht auf den 24. November 1691 mit einem Federmeſſer die Gurgel abgeſchnitten. Allein in dem Bürger-Convente vom 10. October 1692 fragte ein Schuſter Samuel Berneccius [2]) unter der Krone an, ob nicht der Frohn wegen dieſes Todesfalles näher zu befragen ſei, indem er ſich dagegen verwahrte, daß er dies nicht in böſer Abſicht zur Sprache bringe. Hierauf verlangte [3]) die Bürgerſchaft, der Frohn und deſſen Knechte ſollten ſofort in Arreſt genommen, genau examinirt und bis auf weitere Verordnung wohl verwahrt werden, weil es des Frohnen Amt ſei, die ihm anvertrauten Gefangenen wohl zu durchſuchen, damit ſie kein Mordgewehr bei ſich behielten, auch in der Stadt die gemeine Rede gehe, Rode könne unmöglich ſich ſelbſt die Gurgel abgeſchnitten haben. Der Rath mußte ſich in dieſen Beſchluß fügen, und berichtete in dem Convente vom 24. October, es ſei zwar die Verhaftung der Perſonen erfolgt, ſie vernommen, und „alle möglichen Anſtalten, die Wahrheit zu erkundigen, vorgekehrt worden“, es habe ſich aber nichts Gravirliches wider ſie ergeben, weshalb er die Freilaſſung der Inhaftirten beantragte. Als die Bürgerſchaft darauf „der Herren Physicorum und E. E. Raths Barbiers Atteſtata“ zu ſehen begehrte, ließ der Rath anzeigen, „daß die Chirurgi keine Atteſtata zu geben pflegten, der Herrn Physicorum doppelte Atteſtata aber würden übergeben“, und habe, weil das erſte etwas undeutlich geweſen, der Rath deſſen Erklärung ſich ertheilen laſſen. Die Bürgerſchaft erklärte ſich indeſſen mit dem Inhalt dieſer Atteſtata nicht zufrieden, und verlangte, der Frohn ſolle geſchloſſen und durch den Fiſcal angeklagt werden, worauf der Rath dieſe Anklage einſtellen laſſen zu wollen ſich erbot. Weiter kam die Sache nicht vor, und verlor durch die, bald darauf die öffentliche Theilnahme allein in Anſpruch nehmende Sache zwiſchen dem Hauptpaſtor zu St. Jacobi Mayer und dem Paſtor zu St. Nicolai Horbius ihr politiſches Intereſſe. Mir wenigſtens iſt über den weiteren Verlauf nichts bekannt.

---

2) S. Wygand Nucl. Recess. s. v. Berneccius, Frohne und deſſen Knechte.

3) Vgl. Weiteres bei Stelzner 4, 42 ff.

Wegen eines andern, unſtreitig ſehr intereſſanten Falles kann ich vor der Hand nur auf Wygand verweiſen[4]). Er kam in den Conventen vom 9. und 14. März 1699 zur Sprache. Was der dort erwähnte Jasper Meyer verübt hatte, weiß ich nicht. Allein die Bürgerſchaft war der Meinung, er ſei mit genugſamen Indiciis ad Torturam gravirt, um nach Gutfinden der Wald=Deputation, welche zur Unterſuchung des großen Schadens in den hieſigen Hölzungen am 7. Juli 1698 niedergeſetzt war, ohne vorherigen fiscäliſchen Proceß mit der ſcharfen Frage belegt zu werden. Der Rath widerſetzte ſich dieſem Anſinnen, bis er endlich dahin nachgeben mußte, daß er erklärte, es ſolle mit der ſcharfen Frage, nach Befinden, ohne gerichtlichen Proceß verfahren werden. Weiter weiß ich von der Sache bis jetzt nichts. Uebrigens ward im Convente vom 14. April 1701 beliebt[5]), daß jene Wald=Deputation, wenn ein Inquiſit mit der ſcharfen Frage belegt werden ſollte, ſämmtlich dabei, und die Frage ſowohl auf dem Rathhauſe als in der Frohnerei mit aufzuſetzen und zu thun befugt ſei. Der Rath will nur, daß dabei „die iura obſervirt, und die Herren Prätoren mitzugezogen werden.“

§. 38.

Jetzt komme ich auf den unſtreitig höchſt merkwürdigen, wiewohl freilich von Scheußlichkeiten aller Art wimmelnden Fall, auf den ich mich ſchon bisher mehrmals bezogen habe.[1]) Es iſt mir geglückt, mir allmälig die Akten in ziemlicher Vollſtändigkeit zu verſchaffen, und ſo kann der nachſtehende Auszug zugleich dazu dienen, um auſſer einem Beitrage zur Sittengeſchichte über den damaligen Zuſtand unſeres Criminalweſens in vielen Beziehungen fruchtbare Aufſchlüſſe zu verſchaffen.

---

4) Nucleus Recess. s. v. Jaſper Meyer.

5) Vgl. Wygand im Nucleus s. v. Wald=Deputation.

1) Schon Anderſon Hamb. Privatr. 4, 114 gedenkt deſſelben, um zu beweiſen, daß, wenn von mehreren Mitſchuldigen der Eine den Andern gravirt, einem Jeden ein beſonderer Vertheidiger zugeordnet werde, wie dies namentlich am 9. November 1701 in S. Fiscal. in crim. c. Ilſabe Bunken und Conſorten geſchehen ſei.

Digitized by Google

Am Sonnabend den 29. Januar 1701 des Morgens früh ward in einem, wie es ſcheint, öffentlichen Privet, dem ſogenannten Winterſecret, auf dem Schweinemarkt ein nackter Weibskörper ohne Kopf gefunden. Erſt am Montag den 31. erfolgte vermittelſt öffentlichen Trommelſchlags [2]) und Affigirung eines gedruckten Mandats die Aufforderung, die Mörder anzugeben; es ward den Denuncianten eine anſehnliche Belohnung ausgelobt, die Verhehler mit nachdrücklicher Strafe bedroht. Es ſcheint eine Legalſection des Leichnams vorgenommen zu ſein, wiewohl bei den Akten, ſo weit ich ſie beſitze, weder ein Obductionsprotocoll noch der doch ſonſt bei uns (vgl. vorhin § 37) ſchon damals übliche Bericht der Phyſici ſich findet. Unwahrſcheinlich iſt es, daß derzeit dergleichen ſchriftliche Actenſtücke nicht ſollten aufgenommen ſein; denn ſchon das Statut von 1605 I, 3, 4 und IV, 42 kennt ſie, wiewohl man ſie nicht immer für erheblich genug mag erachtet haben, und deshalb auch Krieger ihrer in ſeiner Introductio gar nicht einmal gedenkt.

Eben ſo wenig kann man aus den vorhandenen Aktenſtücken mit Beſtimmtheit nachweiſen, wie im Anfange die Unterſuchung ſich verlief. Zuerſt ſcheint eine gewiſſe Anna Ilſabe Buncken gefänglich eingezogen, und wohl ſofort nach der Frohnerei und auf die Folterbank gebracht zu ſein. Was von dieſer Perſon, die man ſonſt auch unter dem Namen Monſieur Heinrich kannte, zu halten war, erſieht man aus einem Protocoll-Auszug von Glückſtadt den 11. November 1698, wonach ſie ſchon damals mit einem Inſtrument in Geſtalt eines männlichen Gliedes verſehen geweſen iſt, ſo wie es gewiß ſcheint, daß ſie an mehreren Orten die unnatürlichſten Unzüchtigkeiten getrieben hatte. Ferner war ſo viel ermittelt, daß ſie ſich in Wandsbeck mit einer gewiſſen Maria Caecilia Jürgens hatte copuliren laſſen, und mit derſelben Jahrelang als Mann und Frau gelebt hatte, indem ſie ſich jenes Inſtruments bei dem oft wiederholten Beiſchlaf bedient.

---

2) Dies Trommeln kommt öfter vor, namentlich in dem Falle des Syndicus Garmers ſ. Penshorn ad Stat. IV, 19.

Digitized by Google

Dieſe Perſonen ſcheinen ſich im J. 1700 von einander getrennt zu haben. Wenigſtens geht dies aus drei Briefen hervor, die die Buncken, als H. J. Bunck Ehemann, an „ſeine herzliebe Ehefrau Maria Cillie“ im Juli und September 1700 geſchrieben hatte, und worin übrigens die Bunck der Jürgens Untreue vorzuwerfen ſcheint.

Es iſt anzunehmen, daß dies Mannweib, dieſer Monſieur Heinrich, nach einer längeren Anweſenheit im Däniſchen ſich im Januar 1701 wieder nach Hamburg begeben, und hier bei Leuten im Schulgange, aber in Weiberkleidern, logirt hat. Mit ihr war eine Bauerfrau, Namens Margaretha Riecken aus Neuengamm, welche, wie man ebenfalls vorausſetzen muß, unſichtbar geworden war, ſo daß der Verdacht entſtand, dies möchte die Ermordete ſein. Vielleicht warfen die Prätoren bald dieſen Verdacht auf die Jürgens, und gewiß auch auf einen Empiricus oder Apotheker Johann Friedrich Jähner, oder dieſe wurden erſt dann in die Unterſuchung verwickelt, als die Bunck auf der Folter gegen ſie ausgeſagt hatte. Beide wurden wenigſtens ebenfalls nach der Frohnerei und auf die Folter gebracht, und auf dieſe Weiſe ein Geſtändniß erpreßt, in welchem ſich alle drei Gefangene in der Art vereinigten, daß man die Sache ſchon für ſpruchreif gehalten zu haben ſcheint. Da erfolgte aber bei Verleſung der Urgichten im Niedergericht von allen drei Inquiſiten ein Widerruf, ſie brachten Zeugen in Vorſchlag, um ſich von dem Verdacht des Mordes zu reinigen, und läugneten überall, daß die Margaretha Riecken ermordet ſei, behaupteten vielmehr, ſie ſei noch gegenwärtig am Leben, und die Ermordete müſſe eine ganz andere Perſon geweſen ſein.

Das Niedergericht gab hierauf am 7. December 1701 eine Findung auf Widerholung der Tortur ab. Die Unterſuchungs-Acten enthalten einen am 9. von Jähners Defenſor eingereichten mündlichen Receß, worin er die Findung als ganz verkehrt und widerrechtlich abgegeben bezeichnete. Auch von ſeiner Ehefrau ward ein Interventional-Receß eingegeben, worin ſie um Abhörung von Zeugen oder eventuell um Acten-Verſchickung ex officio bat, und bemerkte, daß Jähner, „wiewohl er an hernia laborirt, und ohnedem ſchwächlich geweſen, ſchon einmal ſo hart

Digitized by Google

torquirt worden, daß er am linken Arm lahm geworden, und man ihn darauf vier Wochen hindurch als ein Kind ſpeiſen, und aus- und ankleiden müſſen.“ Wie grauſam damals verfahren iſt, beſtätigt Jähners Vertheidiger in der ſpäter eingereichten deductio Innocentiae: „Und ſind Exempel, da kindunſchuldige Leute auf untüchtige Angaben canailleuſer Perſonen aufs Grauſamſte torquirt, nicht ſo weit zu ſuchen. Man frage andere wohlmoraliſirte Völker, man frage Schweden, was ſie von der Tortur halten? Ob ſie ſolche nicht als eine ganz betrügliche Probe anſehn, wie ſie denn auch iſt ꝛc. „Ja, ſprichſt du, es hat gleichwohl Jähner in der Peinigung, hernach in Confrontatione, item vor Gericht die That geſtanden. Ergo muß es wahr ſein.“ So antworte ich, daß der große Satz ſehr hinke, und wer ſolches will probiret haben, der begebe ſich einmal (Gott behüte Jedermann davor) unter Meiſter Iſmael's[3]) Diſciplin, er laſſe ſich auf ſeine manege hinunterführen, laſſe ſich ſpaniſche Stiefel[4]) anziehen, daß das Blut herausſpringe,

3) Meiſter Iſmael iſt der damalige, am 24. November 1692 ernannte, am 6. April 1703 verſtorbene hieſige Scharfrichter, den, als er ſtarb, die Krahnträger nicht tragen wollten, und der deshalb von einigen Bootsleuten Nachts um 11 Uhr auf St. Petri Kirchhofe beim Beinhauſe begraben wurde. Sein vollſtändiger Name war Iſmael Aſthuſen. Vgl. Anderſon Hamb. Privatr. 4, 84. Er muß einen Nachfolger gehabt haben, der ebenfalls Meiſter Iſmael hieß, und Vorgänger des Meiſters Hennings war. Des 1703 verſtorbenen Iſmaels Nachfolger iſt beſonders durch ſeine häufig verunglückten Executionen in Verruf gekommen. Man muß, wenn man die Berichte darüber lieſt, ſich verſucht fühlen, dem Erfinder der Guillotine ein Ehrendenkmal zu errichten, ſo gut als Guttenberg, Schiller oder Mozart, zumal wenn man erwägt, daß der brave Arzt Guillotin für den Misbrauch ſeine Erfindung unverantwortlich iſt, die ſeinem Eifer für die Menſchheit, und namentlich ſeinem Wunſche ihr Daſein verdankt, die Qualen ungeſchickter Executionen abzuwenden. Vgl. Wachsmuth Geſchichte Frankreichs in der Revolution 1, 361.

4) Entweder referirt der Defenſor hier ungenau, oder die Praxis ging auch ſo weit, die Reihefolge der Torturgrade (§. 28), worin die ſpaniſchen Stiefel erſt den dritten ausmachen, in einzelnen Fällen gar nicht zu beobachten.

Digitized by Google

und die Knochen krachen, laſſe ſich auf ſeinen holzmagern Zelter ſetzen, den zackigten Sattel unterlegen, ſein hohe und lange Luftſprünge thun, mit allen Vieren ausgeſtreckt 6 a 7 Stunden auf der haquenée hangen, ſo daß er beim Abſteigen nicht nur müde und ſteif, ſondern gar elend und ſchwach galoppirt, was gilt's, er wird ganz anders dreſſirt ſein. Was gilt's, es wird das Andenken des Nothſtalls, der Nachgeſchmack des geſpickten blutigen Haſen, die Gegenwart des Angſtmannes und anderweitige Torturbedrohung ihn ſchon auf andere Meinung bringen, ſo daß, wenn man ihn fragt, ob er einen Geiſt ermordet, er Ja Ja Ja Ja rufen würde ꝛc." Ich kann mich nicht enthalten, den Schluß dieſer vom Licentiaten Hinrich Wrangel [5]) verfaßten Vertheidigungsſchrift herzuſetzen: „Jähner! Du haſt jetzt gehört, wie ich deine Unſchuld beſten Vermögens vorgeſtellt, du weißt, wie ich Dir im Gefängniß zum Oeftern aufs Allerbeweglichſte zugeredet, mir als Deinem Fürbitter und anderen Beichtvater im Vertrauen die Wahrheit zu bekennen, Du weißt, wie Du auf Deine Unſchuld gepocht, wie Du, wenn ich ſelbige nicht retten würde, bedrohentlich Dein unſchuldiges Blut wollteſt von meinen Händen fordern. Wohlan! Fiat! Ich habe das Meinige gethan, ich kann nicht mehr. Dein Blut komme nicht über mich, nicht über mich! Hamburg, Hamburg, ich habe es geſagt. Du aber, Du ungeſund und lahm gepeinigter Krüppel, ſei getroſt, Gott iſt gerecht, ermuntere Dich, ſprich frei in Deiner Unſchuld! Hilf Dir ſelber!"

Es muß bei der Tortur hart hergegangen ſein; denn aus der Defenſion der Jürgens erſieht man, daß dieſe wider die harten Feſſeln und Bande nicht nur, ſondern auch wider die grauſame Marter und neunmalige Anziehung proteſtirt hat, wodurch ihre Finger ſteif, der Arm lahm, der Leib ganz dick geſchwollen, und der Bauch kohlſchwarz geworden ſei.

---

5) Es iſt dies derſelbe Procurator, welcher 1704 den berühmten Streit mit den Deputirten des Niedergerichts hatte. Vgl. Anderſon Hamb. Privatr. 4, 70 ff. 108.

§. 39.

Abgeſehen von dem Widerruf ſcheinen die Thatſachen aus den verſchiedenen Urgichten ſich folgendermaaßen zuſammenzureihen, wobei jedoch ausdrücklich bemerkt werden muß, daß darüber nur dieſe Urgichten Auskunft geben, und weder Zeugenausſagen noch Augenſchein-Einnahme in den mir zu Händen gelangten Akten vorkommen. Man hat nicht einmal einen Nachweis darüber, was wegen des angeblichen Verſchwindens der Margaretha Riecken und der Recognition ihres Rumpfes durch ihre Angehörigen gerichtſeitig erhoben iſt.

Den erwähnten dürftigen Quellen zufolge hatte Anna Ilſabe Bunck bereits ſeit mehreren Jahren vor jener Mordthat ſich allerdings als Mannsperſon gerirt, männliche Kleidung angelegt, und einen Mannsnamen angenommen. Es ſcheint, als ob ſie noch einen Vater am Leben hatte, aber in wie fern dieſer von ihr ins Intereſſe gezogen iſt, läßt ſich nicht ſagen. In der Urgicht vom 5. October 1701 giebt ſie an, vor etwa fünf Jahren zuerſt in Bremen als Mann aufgetreten zu ſein, „unter einem fälſchlich angenommenen Namen und in Kleidern eines Mannes ein liederliches Leben geführt, und allerhand gottloſe Händel, Betrügereien und Unthaten getrieben und ausgeübt zu haben.“ Namentlich habe ſie mit einem männlichen Gliede, das ihr zu Amſterdam in einem Hurenhauſe durch Zauberei von Huren zugeſtellt und angeklebt worden, Schande und Unzucht getrieben. Zu Glückſtadt ſei ihr dies männliche Glied, als ſie deſertiren wollen und darüber ins Stockhaus gebracht worden, verſchwunden, und ſie darauf, nachdem es offenbar geworden, daß ſie ein Weibsbild ſei, durch den Stökenknecht verwieſen.[6]) Sie ſei danach hierher nach Hamburg gekommen, habe ſich hier mit der

6) Die Geſchichte der Bunck erinnert an Diodor von Sicilien, welcher im 32. Buche mehrere Fälle von Perſonen erzählt, welche zuerſt als Frauenzimmer gelebt, und ſich dann als Mannsperſonen ausgewieſen hatten. Diodor ſchließt mit den Worten: Dies ſei geſagt, um abergläubiſche Meinungen zu berichtigen“, und erwähnt, wie mehrere Menſchen der Art, weil man ihren Zuſtand nicht zu beurtheilen gewußt, lebendig verbrannt worden wären.

Digitized by Google

Marie Caecilie Jürgens verlobt, und bald darauf zu Wandsbeck durch prieſterliche Hand copuliren laſſen. Mit dieſer Perſon habe ſie ſowohl vor als nach der Copulation mittelſt eines in Geſtalt eines männlichen Gliedes zugerichteten Inſtruments faſt zwei Jahre lang cohabitirt, ſei darauf mit derſelben in Streit gerathen, habe ſich von ihr ſeparirt, und mit Anna Eliſabeth Pauſten verlobt, ſich mit derſelben gleichfalls durch prieſterliche Copulation in Altona trauen laſſen, auch mittelſt des erwähnten Inſtruments ſich vermiſcht. Sie hätte danach dieſe Pauſten in einem Buſch unweit Dorverden im Lüneburgiſchen mit einem Meſſer über ihrem Unterleib geritzt, und dadurch gefährlich verwundet. Auſſerdem geſtand ſie mit Johann Friedrich Jähner und der Jürgens nach hieſigem Gerichtsplatz gegangen zu ſein, dort dem auf dem Rade liegenden Körper eines Miſſethäters einen Daumen abgeſchnitten, und davon, ſo wie von einer daſelbſt abgebrochenen Kette den Bauern als Heilmittel verkauft zu haben. Endlich hatte ſie nach dieſer Urgicht Margaretha Riecken, eines Hans Riecken Ehefrau in Neuengamm, verführt; dieſe war durch ſie veranlaßt worden, ihrem Manne zu entlaufen, und hatte ſie ſie nach dem Wohnſahl der Jürgens, mit der ſie ſich alſo wieder vertragen haben müßte, wiewohl man nicht erfährt, wann und wie, auf dem Großen Neumarkt gebracht, und daſelbſt an der Ermordung derſelben Theil genommen. Uebrigens erhob ſie gleich Anfangs gegen dieſe Urgicht den Widerſpruch, daß ſie die Riecken nicht verführt haben wollte, ſondern dieſe ſei hierhergekommen, um einen Dienſt zu ſuchen, und da habe ſie ſie in die Stadt begleitet. Doch ſcheint ihr nachmals bei Einführung der Sache im Niedergericht erhobener Widerruf nur auf den Theil ihrer Ausſage, der die Ermordung der Riecken betraf, gegangen zu ſein, und auch dieſen Widerruf nahm ſie am 10. December 1701 vor den Prätoren in der Frohnerei wiederum zurück, indem ſie nun behauptete, ſie ſei dazu von der Jürgens und von Jähner überredet. Vorher, nämlich am 6. December, hatte dieſe Perſon, erſichtlich um Jähner und die Jürgens mit zu verderben, wie ſie denn ſelbſt erklärte, ſie wolle nicht allein zur Strafe gezogen werden, ſondern jene Beiden, ihre Verführer, ſollten auch ihren Lohn empfangen, den Prätor zu ſprechen

Digitized by Google

verlangt, und ihm Folgendes eröffnet: Beide hätten von ihr lange vor der Trauung gewußt, daß ſie eine Weibsperſon ſei. Jähner habe ſie ganz faſelnackt beſehen, und ihr das Inſtrument zum Beiſchlaf, welches er und die Jürgens verfertigt, zugeſtellt, auch ſie dazu verführt, die Jürgens zu heirathen. Man habe ſie deshalb eingeſperrt. Die Jürgens habe verlangt, ſie ſolle ſie wenigſtens auf 2, 3 Tage heirathen, da ſie ſchwanger ſei. Sie habe auf den Bauch der Jürgens ihre Hand legen müſſen, um die Bewegung des Kindes zu fühlen, wovon ſie aber nichts verſtanden. Darauf wäre nach der Copulation der Umſchlag der Jürgens hinter Voglers Wall erfolgt. Aber die Geſchichte in Amſterdam wollte ſie jetzt nur erdichtet haben, und zwar auf Jähners Anrathen, um auf ſolche Weiſe anzugeben, wie ſie zu dem erwähnten Inſtrument gekommen.

„Die Beſtehlung des Gerichts" ſei zu der Zeit geſchehen, als ſie noch mit der Jürgens in der Neuſtraße zuſammengewohnt habe. Doch erzählte ſie jetzt den Vorfall ſo: Sie wären alle Drei gleich nach der Copulation zum Galgen gegangen; denn Jähner habe den Kopf eines darinhangenden Diebes haben wollen. Er ſei zu dem Ende die Galgenleiter hinaufgeſtiegen, um den Dieb auszuhaken, und habe ihm einen Strick um den Hals geworfen, den die beiden Weiber, ebenfalls auf der Leiter ſtehend, angezogen, ſo daß der Körper ſich erheben, und die Kette ſchlaff werden ſollen, um auf ſolche Art die Aushakung zu facilitiren. Der Körper ſei aber zu ſchwer geweſen, und der Strick gebrochen, ſo daß ſie bald alle Drei die Leiter heruntergefallen wären. So hätten ſie unverrichteter Sache ſich entfernt, wobei Jähner geäuſſert, er wolle den Delinquenten noch eine Zeitlang hängen laſſen, damit er mehr austrockne. Von den Diebsketten und Diebsdaumen habe ſie den Bauern im Lande verkauft, 100 ℔ daraus gelöſt, und dies Geld der Jürgens zugeſtellt, welche ihr erzählt, daß ſie davon 2 ℔ ausgegeben, den Reſt an Jähner eingeliefert habe. Dieſer habe ſie das Schröpfköpfeſetzen und Aderlaſſen gelehrt, was ſie auch hin und wieder practiſirt habe. Von den Diebsdaumen habe ſie und die Jürgens der Milchhökerin vor dem Spitalerthor Etwas eingewickelt ihrem Kinde umzuhängen gegeben, dieſe habe auch geſehen, daß ſie Beide einen

Diebsdaumen gehabt. Auch hätten ſie davon der Stradtſchen, einer Flachskäuferin, jetzt in der Spitalerſtraße wohnhaft, Etwas zu Kauf angeboten, um dadurch gute Nahrung zu erlangen. Dieſe habe aber nicht das geforderte Geld gehabt.

Auf die Frage, ob ſie ſonſt noch Etwas auf ihrem Herzen habe, antwortete die Inquiſitin: Als Lahuſens erſte Frau denſelben verlaſſen, und die Schweſter der Jürgens, ſeine Haushälterin, ihn gern habe zum Manne haben wollen, habe die Jürgens nach Jähners Hauſe ungefähr eine Halbſtiege kurze Menſchenhaare gebracht, welche Jähner in weißes Wachs gemacht, und ihnen geſagt, ſie ſollten ein Fritt [7]) nehmen, und in einen Lindenbaum ein Loch bohren, das Wachs mit den Haaren hineinſtecken, damit die Rinde darüber wüchſe. Das habe ſie mit der Jürgens in dunkeler Abendzeit an einem Lindenbaum beim Pockenhauſe ausgeführt. Die Jürgens habe ihr vorher erzählt, daß ſie dies Stückchen von einem ihrer Brüder gelernt, dieſer habe es an einem Mädchen practiſirt, das darauf nicht habe von ihm laſſen können. Beſonders wenn es im Baum zuwüchſe, komme auch die Liebe zu Sinnen, ſo daß Keins vom Andern laſſen könne, bis man es wieder aus dem Baum nähme.

Bei dieſer Ausſage ſagte die Bunck ſich von aller und jeder Theilnahme an dem Morde der Riecken los, und behauptete, dieſe müſſe noch leben, und halte ſich aus Furcht vor Strafe irgendwo verborgen, der gefundene todte Körper ſei ihr ebenſo unbekannt, als das an demſelben verübte Verbrechen. Ihr Vertheidiger behauptete, das frühere Geſtändniß in Beziehung auf die Riecken ſei eine Wirkung ihrer Angſt vor der Tortur geweſen, weil die Angehörigen der Riecken ſie mit ſolchem Ungeſtüm von ihr zurückgefordert, und ſie nichts von ihrem jetzigen Aufenthalt gewußt. Was ſie ſolchergeſtalt vor der Tortur bekannt, habe ſie bei der hernach wirklich erfolgten Folter aus Schmerzen und Angſt confirmirt.

---

7) Fritt, Bohrer, heißt im heutigen Niederdeutſch Frickbohr.

§. 40.

Johann Friedrich Jähner, deſſen Frau in ihrer ſpäteren Intervention die Jungfer Heinrich oder die Bunck als eine Schandvettel bezeichnete, die akten- und ſtadtkundig einen habitum zum Lügen habe, bekannte in ſeiner Urgicht, daß er ſofort, als die Jürgens ſich mit der Bunck eingelaſſen und verlobt, gewußt und geſehen, daß die Letztere eine Weibsperſon geweſen, nichtsdeſtoweniger habe er den Trauzeugen bei ihrer Trauung in Wandsbeck abgegeben. Auſſerdem habe er mit der Jürgens Unzucht getrieben, und ſie geſchwängert, ſie auch verſchiedene Zauberkünſte, abergläubiſche und gotteslästerliche Dinge und Worte gelehrt und vorgeſchrieben, habe von den auf den Rädern bei hieſigem Gericht liegenden Körpern Däume abgeſchnitten, und von einer Kette Etwas abgebrochen, auch der Bunck dieſe Däume und ein Stück von der Kette gegeben, um davon auf dem Lande an die Bauern zu verkaufen, und das daraus gelöſte Geld erhalten.

Marie Caecilie Jürgens endlich räumte zwar wiederholt ein, während ſie der Bunck angetraut geweſen, ſowohl von Jähner als von einem Soldaten fleiſchlich erkannt, und von ihnen geſchwängert zu ſein, auch zwei unzeitige todte Kinder durch einen Umſchlag zur Welt gebracht zu haben. Eben ſo geſtand ſie mehrmals, mit Jähner und der Bunck nach dem hieſigen Gerichtsplatz gegangen zu ſein, als dieſe dort von den auf den Rädern liegenden Körpern Däume abgeſchnitten und eine Kette abgebrochen. Auch habe ſie zu Koddevörden ihrem Wirth Hans Wacker, mit dem ſie ſich nicht vertragen können, zum Poſſen und Schaden verſchiedene abergläubiſche Dinge und Zauberkünſte und zwar in des Henkers oder Teufels Namen getrieben, und ſonſt, um zu bewirken, daß Jähner zu ihr kommen müßte, ſich allerlei abergläubiſcher Worte bedient, und dabei den Namen Gottes gemisbraucht. Allein darüber, ob ſie vor der Trauung gewußt, daß die Bunck eine Weisperſon geweſen, und wann ſie es erfahren, waren ihre Ausſagen in den verſchiedenen Verhören widerſprechend. In ihrem wiederholten Bekenntniß vom 13. December 1701 behauptete ſie, von der Bunck, erſt kurz vor der Zeit, als ſie von einander gegangen, erfahren zu

haben, daß Jähner ihr das Inſtrument gegeben, welches ſie, die Jürgens, vor dem Leibe der Bunck ſo weit, als etwa ein Glied vom Finger, gefühlt. Es ſei bräunlich, jedoch wie Fleiſch anzufühlen geweſen. Gleichwohl habe Jähner, der vor der Trauung die Bunck wegen eines angeblichen Brandmals am Körper unterſucht, und mit ihr zuſammen geſchlafen, ihr, der Jürgens, nichts davon geſagt, daß die Bunck keine Mannsperſon ſei. Die Bunck blieb bei der Confrontation dabei, daß Jähner und die Jürgens das Inſtrument verfertigt; Jähner habe dabei wohl das Meiſte gethan: das Inſtrument ſei weiß, wie feine Leinwand, in Jungfernwachs tingirt, geweſen, und Jähner habe es ihr, der Bunck, in der Küche, im Hauſe des Vaters der Jürgens, mit dem Riemen daran zugeſtellt. Selbſt über die Farbe des Inſtruments ſagt dies Protocoll, ſie blieben in contradictione.

§. 41.

Wenn man von den verſchiedenen Widerrufen abſieht, und die Widerſprüche übergeht, würde die Mordthat ungefähr folgenden Verlauf gehabt haben:

Jähner habe aus dem Kopf einen Spiritus machen wollen. Wenigſtens gab er ſelbſt am 5. October 1701 nur dies als alleinigen Beweggrund der That an. Er ſei auf den Gedanken dadurch verfallen, weil er wohl ehemals geſehen, wie man aus den vertrockneten Menſchenköpfen der Mumien auf Apotheken ein Magiſterium bereitet habe. Er habe gedacht, daß ſich dies mit dem Kopf der Riecken ſo viel beſſer thun laſſe, und habe denſelben mit Haut und Haar in einen Keſſel thun, Wein oder Branntwein darauf gießen, und dieſes alſo überziehen und brauchen wollen. Dies ſei die einzige Urſache, warum der Mord geſchehen. Er habe aber der Jürgens von dieſem Vorhaben nichts geſagt, ſondern die Riecken nur als eine artige Perſon bezeichnet, für welche ſeine Frau ſchon einen Dienſt wiſſen werde. Die Bunck wollte er bald von ſeinem mörderiſchen Plane vorher unterrichtet haben, bald nahm er dieſe Angabe wieder zurück. Sein Vertheidiger behauptet in der Defenſion, ein Magiſterium aus einem grünen oder friſchen Menſchenkopf zu machen, ſei, wie die Phyſici ſagten, nichts, und man brauche dazu Mumien

Digitized by Google

oder lange ausgedorrte Köpfe. Er bemerkt dabei, der Inquiſit habe ſich und ſeine Hausfrau mit ſeiner Praxis reichlich und wohl ernährt, ſo daß er keine Nahrungsſorgen gehabt, und von der armſelig gekleideten Bauersfrau, für welche die Bunck Schlafgeld und Koſt bezahlt, ſei gewiß nichts zu holen geweſen. Wie viele ähnliche Unwahrſcheinlichkeiten dieſer Defenſor nun auch ausgemittelt hat, ſo iſt ſo viel doch unbeſtreitbar, daß der Inquiſit noch am 16. December 1701 in der Confrontation mit Jochim Ohlrog, auf die ich noch (§ 46) einmal zurückkommen muß, erzählte: Am Abend der Mordthat, ungefähr um 8 Uhr, ſei er mit zwei Bootsleuten, Hinrich Ico und Jochim Ohlrog, nach dem Boden der Jürgens gegangen. Vorher habe er am Nachmittage um 4 Uhr bei ſeinem Hauſe auf der Straße mit Ohlrog Abrede genommen, daß dieſer Abends zu ihm kommen ſolle, wo er ſich auch eingeſtellt. Sie ſeien Beide darauf fortgegangen, und habe Jähner unterwegs bei Voglerswall dieſem Ohlrog entdeckt, er habe irgendwo Etwas mit einer Frauensperſon vor, ob er, Ohlrog, Geld verdienen wolle. Als Ohlrog Ja geſagt, habe er, Jähner, ihm 5 ℔ zugeſtellt, und dieſer das Geld mit der Frage angenommen, was wollen wir denn thun. Da habe Jähner ihm geantwortet, er gebe ihm das Geld, damit er ihn nicht verrathe, er habe noch einen Andern auf dem Neumarkte zwiſchen dem Eckhauſe und des Korporals Jürgens Hauſe beſtellt. Wenn, habe Jähner hinzugefügt, wir dahin kommen, wollen wir uns luſtig machen, wir haben da ein Frauenmenſch, dem wollen wir hinhelfen. Als ſie nun nach dem bezeichneten Ort auf dem Neuen Markte gekommen, habe Jähner als mit Ico verabredete Loſung gehuſtet, was dieſer mit Huſten erwiedert. Dann habe Jähner zu ihnen geſagt: kommt, kommt, kommt! So ſei er mit ihnen nach dem Boden der Jürgens gegangen. Daſelbſt angelangt, hätten ſie die Bunck, die Jürgens und die Riecken bereits angetroffen. Alle ſechs hätten ſie darauf mit einander geſpeiſt. Anderswo heißt es, Jähner habe Braten und Wein oder Branntwein zu dieſem ſchrecklichen Regal mitgebracht. Man legte es darauf an, die Riecken trunken zu machen, was denn auch gelungen ſei, und als ſie ſich auf das Bett gelegt, und eingeſchlafen ſei, habe Jähner einen Strick, den

Digitized by Google

er in ſeinem Schubſack zu dem Ende mitgebracht, ihr um den Hals gelegt, und ſie damit erwürgt. Dann, oder nach einer andern Angabe, nach Verlauf einer halben Stunde, habe er ſich von Hinrich Jco ein großes Meſſer, das dieſer aus Holland mitgebracht, und welches ſo dünne geweſen, daß es ſich biegen laſſen, verſchafft, und ihr damit den Kopf abgeſchnitten. Somit wären ſie Alle Zeugen dieſes Hergangs geweſen, ohne daß aber die Weibsperſonen gewußt hätten, wer die beiden Bootsleute ſeien. Er allein habe ſie gekannt, indem er den Einen wegen eines Stichs auf dem Rücken curirt, und der Andere deſſen guter Freund geweſen. Sie hätten nichts zu leben gehabt, und er ſie dadurch an ſich gezogen, daß er ihnen öfter zu eſſen gegeben.

§. 42.

Als er den Kopf vom Rumpfe getrennt gehabt, hätten beide Bootsleute mit der Jürgens ihm helfen müſſen, um das Blut mittelſt alter Feuels und Lumpen wegzuwiſchen. In der Confrontation vom 5. October gab die Bunck an, das beim Schnitt aus dem Hals gelaufene Blut ſei auf einen alten Holz- oder Torfſack, der da oben ſchon vorher gelegen, und den die Jürgens mit ihrem Fuß hingeſchoben, herabgefloſſen. Hierauf habe Jähner den Kopf in ſein weißes Leinen Schnupftuch gebunden, und ſei mit der Bunck vom Boden weg- und nach ſeinem (Jähner's) Hauſe gegangen, nachdem er vorher Ohlrog und Jco auf den folgenden Abend wieder in ſein Haus beſtellt. Als Jähner mit der Bunck weggegangen, ſeien ihnen Jco und Ohlrog gefolgt, hätten auf der Ellernthorsbrücke (die Bunck ſagt, bei der Mühle, wo man nach dem heiligen Geiſt gehen will), wo das Waſſer ſo ſtark läuft, die blutigen Feuels ins Waſſer geworfen, und ſich dort von ihnen getrennt. Auf dem Pferdemarkt habe auch die Bunck ihn verlaſſen, und ſei er mit dem Kopf allein nach Hauſe gegangen.

Den Kopf habe er darauf in Stücke zerlegt, die Stücke in einen Keſſel, zwei bis drei Stübchen groß, deſſen er ſich als eines Kolben bedient, gethan, Branntwein darauf gegoſſen, und denſelben überzogen, in der Abſicht, daraus einen Spiritus oder Magiſterium zu bereiten. Es habe ihm jedoch nicht gelingen

Digitized by Google

wollen, ſondern es ſei bald ein großes Unglück daraus entſtanden, indem das Feuer zu ſtark geweſen, und das ganze Werk geſprungen und verraucht ſei. Die übrig gebliebenen Knochen habe er zur Abendzeit mit dem gewöhnlichen Kehricht weggeworfen. Die Bunck will die Klappe des Kopfs auf Jähners Oberſtube geſehen habe, der Kopf ſei ſchon ſchwarz und etwas blutig geweſen. Dagegen wollte Jähner früher den Kopf, weil er nach etlichen Tagen zu ſtinken angefangen, auf St. Gertruden Kirchhof in ein tiefes Grab geworfen haben, wo er ſich denn doch wohl faſt nothwendig gefunden haben müßte.

Am Abend nach der That hätten ſich Ohlrog und Jco der Abrede gemäß ungefähr 8¼ Uhr in Jähners Hauſe eingefunden, und von da ſich mit ihm nach dem Boden der Jürgens begeben, wo ſie den Körper mit Mühe, weil derſelbe ſteif und erſtarrt geweſen, in einen großen, zu dem Ende gekauften und mitgebrachten Sack gethan, bei welcher Gelegenheit Jähner in den Arm einen Einſchnitt gemacht, um ihn biegen zu können. In den Sack ſei unten und oben das Zeug der Ermordeten feſt eingeſtopft. So hätten Ohlrog und Jco ihn vom Boden die Steige heruntergeſchleppt, und über den Neumarkt nach den Kohlhöfen, und ſo weiter durch die Neuſtraße, A. B. C. Straße, Gänſemarkt, Jungfernſtieg, das Zuchthaus vorbei bis in Jähners Haus in der Spitalerſtraße getragen. Jähner habe die Abſicht gehabt, den Körper zu anatomiren. Der Leichnam habe in Jähners Hauſe in der Küche beim Brennkeſſel die Nacht und den folgenden Tag geſtanden. Am folgenden Tage, heißt es in der Urgicht vom October, habe er mit der Bunck und Jürgens, welche dahin gekommen, das in den Sack geſteckte Zeug herausgenommen, und unter ſich getheilt, auch zu Gelde gemacht. Nach der Confrontation vom 16. December aber will er den Sack mit dem Zeuge darin den beiden Bootsleuten überlaſſen haben. Beſtelltermaaßen hätten dieſe ſich noch denſelben Abend bei Jähner allein wieder eingefunden, und ſie alle Drei den Sack mit dem Körper vor zwölf Uhr in der Nacht aus dem Hauſe geſchafft, und hernach die Bootsleute ihn weiter nach dem Secret getragen. Dieſen Ort habe Jähner Tags vorher auserſehen, und daher ihnen befohlen, den Körper dahin zu tragen, das

Brett mit den zwei Brillen aufzudecken, und den Körper dahin zu werfen. Erſt am folgenden Morgen, als der Lärm wegen des gefundenen Körpers entſtanden, habe Jähner erfahren, daß die Kerle den Körper nicht ins Secret hineingeworfen.

§ 43.

Nach dieſen durch die Tortur erzielten bedenklichen Aufklärungen iſt der fiſcaliſche Proceß ſchnell durch beide Inſtanzen zu Ende gefördert. Die Niedergerichtlichen Findungen gegen die drei Angeklagten Bunck, Jürgens und Jähner erfolgten am 16. Januar 1702, und am Freitag den 20. Januar die Senats-Erkenntniſſe, die Hinrichtung Montag am 23. Dieſe gerichtlichen Ausſprüche mögen hier ſtatt alles Commentars folgen, um ſich ſelbſt das Urtheil zu ſprechen.

In peinlichen Sachen des Rechten Fiscalis in criminalibus ex Officio inquirentis gegen und wider Anna Ilſabe Bunck Gefangene und Peinlich Angeklagte wird, ſo viel die Ermordung von Margarethen Ricks betrifft, auf ferneres der Inquiſitin und P. A. gethanes und von beiden Mitgefangenen einhellig ratificirtes Bekenntniß vom 10. Dec. a. p. das am 5. eiusd. abgegebene Urthel dahin extendirt: Daß, weil Gef. und P. A. nicht allein eine geraume Zeit ein liederliches gottloſes Leben mit Verübung allerhand verbotener Betrügereien und Zauberpoſſen geführet, die Gerichte durch Abſchneidung der Daume und eines auf dem Rade liegenden Körpers und ſonſt an andern Sachen beſtohlen, und davon verkauft, an Anna Eliſabeth Pauſten durch den ihr am Unterleib zugefügten gefährlichen Schnitt einen Mord intendiret; beſonders auch vornehmlich, weil ſie mittelſt Verſtellung ihres Geſchlechts und angenommener Mannsnamen nach vorher vielfältig getrieben Unfläthereien ſich zu zweien Malen nach einander mit andern Weibsperſonen verlobet und mit ſelbigen zu Profanirung der Ehe und Misbrauchung göttl. Namens, ſich ordentlich durch prieſterliche Copulation einſegnen und trauen laſſen, auch in ſothaner doppelten Schein-Ehe ſowohl etliche Jahre verharret, als auch darin mittelſt gebrauchten instrumenti ſich mit beiden Weibsperſonen und ſonſten höchſt ſchändlich und heilloſer Weiſe wider die Natur vermiſcht; nicht weniger auch

bei der an der Margareth Rieckſchen (nachdem ſie ſelbe von ihrem Manne ab- und hierher gebracht) auf der Mitgefangenen Marie Cillie Jürgens Holzboden verwichenen Jahres im Januar begangenen Ermordung und Erwürgung aſſiſtiret, und ſolche mit angeſehen, auch von der Ermordeten Kleidern und daraus gelöſetem Gelde participiret, imgleichen ſolchen Mord wider die publicirten Verbote verſchwiegen und verhehlet: dieſelbe wegen ſolcher concurrirenden ſtadt- und landkundigen Unthaten, unnatürlichen Gräueln, ſchändlich gegebener Aergerniß, auch gehabter Mitwiſſenſchaft dieſes gräulichen Mordes und dazu gethanen Vorſchubs ihr zur wohlverdienten Strafe, anderen dergleichen Uebelthätern aber zum abſchreckenden Exempel, an dem Orte, wo der Mord vollbracht, mit glühenden Zangen zu zwicken, auch ferner mit dem Rade zu tödten, und der todte Körper folgends zu verbrennen. Wie E. E. G. ſie dazu condemniret. V. R. W. den 16. Januar 1702.

In Peinl. Inquiſitionsſachen des Rechtens fiscalis in criminalibus Anklrs. gegen und wider Anna Ilſabe Buncken Gef. und Peinl. Angkl. werden Acta ex officio für beſchloſſen angenommen und erkennt E. E. R. für Recht, daß die am 16. d. M. im N. G. ergangene F. zu conf. ſei, wie E. E. Rath dieſelbe hiermit conf. ſolchergeſtalt und alſo: Daß, weil Gef. und Inquiſitin mittelſt Verſtellung ihres Geſchlechts und angenommener Mannsnamen und Kleidung eine geraume Zeit ein liederliches und gottloſes Leben geführt, allerhand Betrügereien und loſe Händel verübt, zu zweien Malen nach einander mit andern Weibsperſonen ſich ehelich durch prieſterliche Hand zu ſchändlicher Profanirung göttlichen Namens und der heiligen Stiftung des Eheſtandes copuliren laſſen, in ſolcher doppelten Scheinehe etliche Jahre unter Adhibirung eines ſchändlichen Inſtruments widernatürliche und ſodomitiſche Leichtfertigkeiten betrieben, auch in der erſten ſich zum Schanddeckel ihres vermeinten Weibes anderwärtiger Unzucht gebrauchen laſſen, dann ferner die von ihr heillos betrogene letztere Frau bald nach der Copulation in die Fremde und daſelbſt etliche Tage lang in Büſchen und Einöden umgeführet, und zuletzt dieſelbe ganz gefährlich und mörderiſch verwundet; nicht weniger die hieſigen Gerichte durch Abſchneidung

der Daumen exequirter Maleficanten und Abnehmung der Ketten beſtohlen, mit ſolchen und anderen Dingen ſowohl ſelbſt allerhand abergläubiſche und zauberiſche Händel verübet, als zu dergleichen ſündlichem Gebrauch ſie an Andere verkauft, endlich eine Bauersfrau, Margaretha Riecken, als dieſelbe von ihrem Ehemanne entlaufen, zu ſolcher Flucht und mit Wegnehmung ihrer Kleider und anderen Geräths Vorſchub und Hülfe gethan, ſie in dieſe Stadt geführt und bei ſich beherbergt, nachmals dieſelbe auf der Mitgefangenen M. E. Jürgens Boden gebracht, ſie allda mit trunken gemacht, und wie ſelbige hierauf vom Mitgef. J. F. Jäner im Schlaf ermordet worden, ſolcher erſchrecklichen That mitbeigewohnet und zugeſehen, den Mörder nachmals von dannen bis faſt an ſeine Wohnung begleitet, von der Ermordeten Kleidern und anderem Geräthe mitparticipiret, zu Verhehlung ſothanen Mordes mit den beiden übrigen Gef. ſich eidlich verbunden, auch ſo viel an ihr, der desfalls durch öffentlichen Trommelſchlag publicirten obrigkeitlichen hartverpönten Befehle unerachtet, denſelben beharrlich verhehlet, dieſelbe wegen ſolcher concurrirenden abſcheulichen Unthaten, ſodomitiſcher Gräuel, ſchändlich gegebener Aergerniß, auch gehabter Mitwiſſenſchaft dieſes gräulichen Mordes und dazu gethanen Vorſchubs ihr zur wohlverdienten Strafe, andern dergleichen Uebelthätern aber zum abſchreckenden Exempel an dem Ort, wo der Mord vollbracht, mit glühenden Zangen einmal anzugreifen, auch ferner mit dem Rade zu tödten, und der todte Körper folgends zu verbrennen ſei, und ſolche Strafe an derſelben wirklich exequirt werden ſolle, wie E. E. R. ſie dazu verdammt. V. R. W. Pron. Veneris d. 20. Jan. 1702.

§ 44.

In Peinl. Sachen Fisc. &c. c. Maria Cillie Jürgens Gef. und P. A. erkennet E. E. G. auf gen. Schluß der Acten z. R., daß, weil Gef. und P. A., obgleich ſie wohl gewußt, daß Anna Eliſabeth Buncken eine Weibesperſon geweſen, ſich dennoch derſelben zum Schanddeckel ihrer mit dem mitgefangenen Jänner und Anderen getriebenen Leichtfertigkeiten bedienet, ſogar mit ihr zu Wandsbeck durch prieſterliche Einſegnung ſich trauen laſſen, und in ſolcher Schein-Ehe, nachdem ſie darin durch Gebrauchung

eines dazu verfertigten Inſtruments unnatürlich und ſodomitiſcher Weiſe mit ſelbiger ſich vermiſchet und einige Jahre zugebracht, dabeneben in Geſellſchaft der Mitgefangenen die Gerichtsplätze beſtehlen helfen, auch ſonſt allerhand abergläubiſche Dinge und Zauberpoſſen wirklich practiſiret und den Namen Gottes gemisbrauchet, mithin über dieſes Alles den an der M. Rieckſchen auf ihrem Holzboden am neuen Markte im Januario anni praeteriti von Jännern und zween Bootsleuten begangenen abſcheulichen Mord durch ihre Gegenwart, Darleihung ihres Bodens und nach ergangenem Mord darauf erfolgte Theilung der Kleider der Ermordeten und daraus gelöſten Geldes und ihren davon zu ſich genommenen Antheil genehm gehalten und ſolches mit theilhaftig gemacht: dieſelbe wegen allſolcher getriebener Leichtfertigkeiten, unnatürlicher Gräuel, Schänd- und Profanirung göttlicher Ordnung, Beſtehlung der Gerichtsplätze und bevorab wegen gehabter Mitwiſſenſchaft und Verhehlung dieſes entſetzlichen Mordes und dazu gethanen Vorſchubs, ihr zur wohlverdienten Strafe, ihresgleichen aber zum Abſcheu und Exempel, an dem Orte, da der Mord geſchehen, vorher mit glühenden Zangen zu zwicken, hernach mit dem Rade zu tödten, und folgends deren todter Körper zu verbrennen. Wie E. E. G. ſie hierzu condemniret. V. R. W. Pron. d. 16. Jan. 1702.

In Peinl. Inq. S. des R. Fisc. in Crim. Anklrs. gegen und wider Maria Cillie Jürgens Gef. und Peinl. Angeklagtin werden Acta ex officio &c., und erkennt E. E. R. für R., daß die am 16. d. M. im N. G. ergangene Findung zu conf. ſei, wie E. E. R. dieſelbe hiermit conf. ſolchergeſtalt und dahin, daß, weil Gef. und P. A., obgleich ſie wohl gewußt, daß Anna Ilſabe Buncken eine Weibsperſon geweſen, ſich dennoch derſelben zum Schanddeckel ihrer mit dem Mitgef. Jäner und Anderen getriebenen Leichtfertigkeiten bedienet, auch gar mit ihr zu Wandsbeck durch prieſterliche Hand zu ſchändlicher Profanirung göttlichen Namens und deſſen heil. Stiftung des Eheſtandes ſich trauen laſſen, und in ſolcher Scheinehe, nachdem ſie darin (durch Gebrauchung eines dazu verfertigten Inſtruments) unnatürliche und ſodomitiſche Leichtfertigkeit betrieben, einige Jahre zugebracht, nicht weniger in Geſellſchaft der Mitgef. die Gerichtsplätze beſtehlen

helfen, auch ſonſt allerhand abergläubiſche und ſchelmiſche Händel wirklich practiſiret, und dadurch den Namen Gottes gemisbrauchet, mithin über dieſes Alles den an einer Bauerfrau M. Riecken auf ihrem Holzboden am Neumarkte im Januar anni pr. von Jänern, nachdem ſelbe trunken gemacht und geſchlafen, begangenen abſcheulichen Mord, durch ihre Gegenwart, Darleihung ihres Bodens, und nach ergangenem Mord darauf erfolgte Theilung der Ermordeten Kleider und daraus gelöſeten Gelder, und ihren davon zu ſich genommenen Antheil genehm gehalten, und ſolches ſich mittheilhaftig gemacht, zur Verhehlung ſothanen Mordes mit denen beiden Uebrigen ſich eidlich verbunden, auch ſo viel an ihr, der desfalls durch öffentlichen Trommelſchlag publicirten obrigkeitlichen hartverpönten Befehle ungeachtet, denſelben beharrlich verſchwiegen, dieſelbe wegen allſolcher getriebenen Leichtfertigkeiten, unnatürlichen, ſodomitiſchen Unzucht, Schänd- und Profanirung göttlicher Ordnung, Beſtehlung der Gerichtsplätze, und bevorab wegen gehabter Mitwiſſenſchaft und Verhehlung dieſes entſetzlichen Mordes und dazu gethanen Vorſchub, ihr zur wohlverdienten Strafe, ihres Gleichen aber zum Abſcheu und Exempel, an dem Ort, da der Mord geſchehen, einmal mit glühenden Zangen anzugreifen, hernach mit dem Rade zu tödten, und folgends deren tödter Körper zu verbrennen ſei, wie E. E. R. ſie hierzu verdammet. Pron. d. 20. Jan. 1702.

§ 45.

In Sachen Fisc. in Crim. &c. c. Joh. Friedrich Jänner G. und P. A. E. E. E. G. auf gen. S. d. A. z. R., daß demnach G. und P. A. nach getriebener Leichtfertigkeit und Ehebruch mit M. E. Jürgens, die Mitgefangene A. J. Buncken, um ſich derſelben zum Schanddeckel zu gebrauchen, zu Verſtellung ihres Geſchlechts verreizet, ihr dero Behuf zu Ausübung unnatürlicher Vermiſchung ein gewiſſes Inſtrument zugeſtellet, mithin als Zeuge, wie beide Mitgefangenen copuliret worden, aſſiſtiret, die Jürgenſche unterſchiedene Zauberkünſte, wie auch abergläubiſche und gotteslāſterliche Dinge gelehret und vorgeſchrieben, die Gerichte beſtohlen, und ſolches der Bunckſchen auf dem Lande zu verkaufen hingegeben, und das daraus gelöſete Geld empfangen und

Digitized by Google

genoſſen; abſonderlich aber aus verzweifelter, unmenſchlicher Bosheit an einer unſchuldigen Weibsperſon M. Rieckſche im Januar abgewichenen Jahres ohne einige hierzu gegebene Urſache den abſcheulichſten Meuchelmord und zwar ſolchergeſtalt begangen, daß er mit Hülfe zweener hierzu erkauften Bootsgeſellen dieſelbe, um dieſe That an der Ermordeten deſto füglicher zu vollbringen, auf der Mitgefangenen M. E. Jürgens Holzboden am neuen Markte zuerſt mit gemiſchtem Wein und Branntwein trunken gemacht, und, wie ſie geſchlafen, mit einem Strick elendiglich erwürget, ihr darauf den Kopf abgeſchnitten, und mit ſich nach Hauſe genommen, allwo er denſelben zerſtücket in einen Keſſel mit Branntwein gethan, und davon einen Spiritum extrahiret, den Körper aber durch die hierzu vorhin ſchon erkauften Bootsleute, nachdem er und die Mitgefangenen der Ermordeten Kleider und das daraus gelöſete Geld unter ſich getheilet, an einem Orte auf dem öffentlichen Privet (welchen er den Tag vorher dazu, um denſelben dahin zu werfen, auserſehen) den Mord zu verbergen, ohne Kopf faſernackend dahintragen laſſen: Derſelbe dahero wegen ſolcher concurrirender Gräuel und Unthaten, auch bevorab entſetzlich und grauſam an der M. Rieckſchen verübten Meuchelmordes, ihm zur wohlverdienten Strafe, anderen ſeines Gleichen Uebelthätern und Mördern aber zum abſchreckenden Exempel, ſowohl an dem Ort, wo er den Mord begangen, als auch wo der Körper gefunden, mit glühenden Zangen zu zwicken, und hernach mit dem Rade von unten auf zu tödten, und deſſen Gliedmaaßen zu zerſtoßen, auch folgends auf das Rad zu flechten. Wie E. E. G. denſelben hierzu condemniret. V. R. W. d. 16. Jan. 1702.

In ꝛc. gegen und wider Johann Friedrich Jäner Gef. und Peinl. Angk. werden Acta ex officio &c., daß die am 16. d. M. ꝛc., wie ꝛc. confirmiret, ſolchergeſtalt und dahin, daß, demnach Gef. und Peinl. Angkl. nach getriebener Leichtfertigkeit und Ehebruch mit M. E. Jürgens die Mitgef. Anna Ilſabe Buncks, um ſich derſelben zum Schanddeckel zu gebrauchen, zu Verſtellung ihres Geſchlechts verreizet, mithin als Zeuge, wie beide Mitgefangenen copulirt worden, aſſiſtiret, der Jürgenſchen unterſchiedene Zauberkünſte, wie auch abergläubiſche und gotteslaͤſterliche Dinge gelehret, und vorgeſchrieben, die Gerichte beſtohlen, und

ſolches der Bunckſchen auf dem Lande zu verkaufen hingegeben, und das daraus gelöſete Geld empfangen und genoſſen, abſonderlich aber aus verzweifelter unmenſchlicher Bosheit an einer Bauerfrau M. Riecken im Januar abgew. J. ohne einige hierzu gegebene Urſache den abſcheulichſten Mord und zwar ſolchergeſtalt begangen, daß er in Mitanweſenheit zweener hierzu erkauften Bootsleute auf der Mitgeſ. M. E. Jürgens Holzboden am neuen Markt ſie zuerſt trunken gemacht, und, wie ſie eingeſchlafen, mit einem Strick elendiglich erwürget, ihr darauf den Kopf abgeſchnitten, und ſolchen mit ſich nach Hauſe genommen, und daſelbſt einen Spiritum daraus extrahiren wollen, den Körper aber durch die dazu erkauften Bootsleute (nachdem er und die Mitgeſ. der Ermordeten Kleider und das daraus gelöſte Geld unter ſich getheilet) an einen Ort auf dem öffentlichen Privet, welchen er den Tag vorher dazu auserſehen den Mord zu verbergen, ohne Kopf faſt nackend tragen laſſen, derſelbe wegen ſolcher concurrirenden gräulichen Unthaten, bevorab ſo grauſamen Mordes, ihm zur wohlverdienten Strafe, anderen ſeines Gleichen Uebelthätern und Mördern aber zum Abſchrecken und Exempel, ſowohl an dem Ort, wo er den Mord begangen, als auch wo der Körper gefunden, mit glühenden Zangen anzugreifen, und hernach mit dem Rade von unten auf zu tödten, und deſſen Gliedmaaßen mit dem Rade zu zerſtoßen, auch folgends der Körper auf das Rad zu flechten ſei, wie E. E. R. ihn hiermit dazu verdammet. V. R. W. Pron. d. 20. Jan. 1702.

§ 46.

Aus den Delinquenten-Regiſtern ergiebt ſich, daß dieſe Erkenntniſſe zur Vollziehung gekommen ſind. Am 23. Januar 1702 wurden die Bunck und die Jürgens zweimal mit glühenden Zangen gezwickt, nämlich auf dem Schweinmarkt, wo der Leichnam gefunden war, und auf dem Neumarkt, wo die Mordthat geſchehen ſein ſollte, dann nach dem Hochgericht hinausgeführt, hier mit dem Rade (von oben herab) zerſtoßen, und beide Körper verbrannt. Jähner wurde ebenfalls zwei Male mit glühenden Zangen gezwickt, hernach von unten auf mit dem Rade zerſtoßen, und aufs Rad geflochten.

Digitized by Google

Was dieſe Gewaltſchritte der irdiſchen Gerechtigkeit vollends bedenklich macht, ſind die Schlußſcenen des fürchterlichen Schauſpiels. Von den beiden Bootsleuten ſcheint Ico nicht mehr auszumitteln geweſen zu ſein. Wenigſtens findet ſich darüber in den vorhandenen Aktenſtücken nicht die leiſeſte Spur. Jochim Ohlrog war auf den Winſerbaum in Arreſt gebracht worden. Doch ſcheint man nicht gewagt zu haben, mit ihm kurzen Proceß zu machen. Vielmehr mußte erſt der Fiſcal gegen ihn förmlich die Tortur beantragen, und zwar darum, weil Jähner „ſowohl in der (am 16. December Statt gehabten) confrontatione mit Inquisito, als auch bei und nach der Tortur“ ihn als Theilnehmer der Mordthat bezeichnet hatte, und eine „abermalige Confrontation“ des Ohlrog vom 14. Januar 1702 enthält folgende Stelle:

„3. In confrontatione Jochim Ohlrogs mit Johann Friedrich Jähner confirmirte dieſer ſeine den 16. December anni praeteriti in confrontatione gethane Ausſage, ſo aber Jochim Ohlrog nicht geſtehen wollte.

„4. Als man darauf Jähnern mit der Tortur bedrohte, ergab er ſich darin, blieb aber bei ſeiner Depoſition, wovon doch Ohlrog nichts wiſſen wollte.

„5. Coram Tortura.

„Johann Friedrich Jähner entkleidet und gebunden confirmirte obgedachte ſeine Ausſage von Jochim Ohlrog, und wollte darauf leben und ſterben. Addendo, warum derſelbe hier geblieben, und nicht zur See, insbeſondre wie Inquisitus auf den Baum gekommen, fortgegangen.

„6. Als er hierauf in terrorem auf die Folterbank gelegt, und die Beinſchrauben[1]) angethan, doch nicht zugeſchraubt worden,

„blieb er dabei,[2]) daß es die Wahrheit wäre, darauf er leben und ſterben wollte, und er nicht anders ſprechen könnte, wenn man ihn auch zerreiſſen möchte.

---

1) Man ſieht hier beſtimmt, daß die § 28 erwähnte Reihefolge der Foltergrade nicht beobachtet worden iſt. Vgl. § 38 Anm. 4.

2) Die Abſätze im Protocoll ſind ſo charakteriſtiſch, daß ich ſie hier ganz genau wiedergebe.

Digitized by Google

„7. Wobei er nach allen nachdrücklichen Remonſtrationen beſtändig blieb.

„8. Als er hernach wieder hinaufgebracht worden,

„confirmirte Jähner ſeine Ausſage nochmals.

„Jochim Ohlrog aber blieb bei ſeinem Negiren.

„Johann Friedrich Jähner. Er hätte für nichts mehr zu ſorgen, als ſeine Seele, warum er es denn ſagen ſollte, wenn es nicht ſo wäre?

„Actum coram Dominis Praetoribus

In der Frohnerei

Müller.“

Dagegen ließ Ohlrog Exceptiones defensionales einreichen, worin er ſich im Weſentlichen darauf bezieht, „daß das ganze fundamentum inquisitionis et accusationis in mera ficta accusatione des nunmehr juſtificirten Johann Friedrich Jähner beruhe.“ Es fehle aber „die nach Ausſpruch aller Rechtslehrer ſo gerecht als nöthig erforderte socii criminis nominatio legitima,“ wozu fünf Requiſite gehörten, von denen hier „kaum eins begründet und wahr ſei.“ Noch wird in dieſer Schrift bemerkt: „Und wann alſo andehm, daß Inquisitus ganz unſchuldig, dennoch aber aus der Fremde, aus ſeinem Dienſte und Brote, bei krankem Leibe anherogebracht, in Stock und ſchwere eiſerne Feſſeln und Banden gelegt, auch contra den dürren Inhalt des Rec. de Anno 1603 Art. 10, da Niemand nach des Frohnen Haus gebracht werden ſoll, an dem er nicht ſein Dienſt und Amt zu verrichten hat, nach der Frohnerei geſchleppt, als überläſſet dieſes Alles iuxta l. 14 C. de iudiciis Gefangener Gott ꝛc.“ Defenſor bittet am Schluſſe, „förderſamſt ihn mit ſeinen beiliegenden Articulis Defensionalibus in hohen Gunſten zu admittiren, und, wenn ſolches geſchehen, cum restitutione honoris, refusione damnorum interesse et expensarum Gefangenen von der Peinlichen Klage in hohen Gunſten zu entbinden.“ In den Artikeln werden drei Zeugen darüber vorgeſchlagen, daß der juſtificirte Jähner am Montag Morgen, ehe er zur Execution hinausgeführt worden, Ohlrog in der Frohnerei zu ſich auf den Herren-Sahl kommen laſſen, ihn tauſendmal um Verzeihung gebeten, und „rotunde bekannt,“ daß er durch

Digitized by Google

heftige Qual, Marter, Furcht und Pein auf Jochim Ohlrog, weil er ſich ſonſt auf keinen Menſchen damals beſinnen können, und wo er ſich von der Marter befreien wollen, endlich zu bekennen genöthigt worden.

Mit dieſem merkwürdigen Aktenſtück ſchließt mein Manuſcript, und es findet ſich in den Delinquentenliſten der Name Ohlrog nicht, weshalb anzunehmen iſt, daß er entweder mit der Tortur verſchont wurde, oder daß er auf derſelben nichts bekannt hat, oder daß er vielleicht auch an ſeine Obrigkeit als Fremder ausgeliefert oder ohne Weiteres entlaſſen iſt.

§ 47.

Ehe ich mich zu den Fällen wende, in denen bei uns die Tortur zum letzten Male verhängt worden iſt, mag es nicht überflüſſig ſein, den Zuſtand des Criminalweſens in anderen Gegenden Deutſchlands mit dem unſrigen für dieſe ſpecielle Beziehung zu vergleichen. Es gebührt Sachſen das Verdienſt, die Tortur 1770 unbedingt aufgehoben zu haben, nachdem ſie bedingt ſchon früher 1754, und ſelbſt ſchon in Veranlaſſung eines Criminalfalles von 1736[1]) durch eine ſpecielle Cabinets-Ordre Friedrichs des Großen v. J. 1740 in Preußen, und 1767 in Baden aufgehoben war.[2]) Nach Sachſen folgte in der unbedingten Aufhebung das Großherzogthum Heſſen durch ein merkwürdiges Reſcript vom 10. Auguſt 1771.[3]) Unſere Praxis kam erſt zwanzig Jahre ſpäter dazu, und wie ſchwer ſie ſich davon getrennt hat, wie ſie durchaus die Tortur nicht als abgeſchafft anerkennen wollte, davon hat ſie namentlich in einem Diebſtahlsfalle noch am 29. Januar 1802 einen merkwürdigen Beweis gegeben.[4]) Daß übrigens bei uns die Legislation niemals auch in dieſer Beziehung eingeſchritten iſt, darf nicht Wunder nehmen, weil wir geſehen haben, daß die Tortur ſelbſt bei uns

---

1) Fidicin in der Preuß. Criminal-Zeitung 1842 S. 77.

2) Vgl. Kind Summarium H. 2 S. 583.

3) S. Hitzig's Annalen H. 18 S. 298.

4) Dies kann indeſſen nicht auffallen, da in Hannover die Tortur noch im März 1805 angewandt (ſ. das Protocoll darüber in der juriſt. Zeit. für Hannover 1843 H. 3 S. 156 ff. und 174 ff.), und erſt 1822 aufgehoben iſt.

Digitized by Google

nur ein Kind der Praxis geweſen iſt. Sonderbar iſt nur der paradoxe Synchronismus, daß die Praxis die Tortur bei uns vermuthlich zur Zeit der Reformation eingeführt, und zur Zeit des Ausbruchs der Franzöſiſchen Revolution abgeſchafft hat, weshalb man dies als einen Vortheil der Grundſätze von Rouſſeau's contrat social, von Voltaire und den Franzöſiſchen Encyclopädiſten zu betrachten verſucht wird, wenn man es nicht gar im Sinne der modernſten Fataliſten als eine Ironie des Schickſals bezeichnen will.

§ 48.

Merkwürdig auch in vieler ſonſtiger Hinſicht, insbeſondre aber für unſere hieſige Geſchichte der Tortur iſt der Fall der Maria Catharina Wächtler geb. Wunſchen. Ich habe mir bisher nur einige Bruchſtücke von den desfalls geſammelten Akten verſchaffen können, und ſtelle daraus folgende nothdürftige Relation zuſammen, die übrigens genügend beweiſen wird, daß die Umſtände dieſer Mordgeſchichte wohl geeignet waren, damals die Aufmerkſamkeit der Einwohner unſerer Stadt für eine lange Zeit zu beſchäftigen.

Am 24. Februar 1786 wurden auf der auch ſonſt berüchtigten Landſtraße zwiſchen Hamburg und Lübeck dieſſeits Schönberg auf dem Lütjenſeeer Felde zwei Packen in Baſtmatten gefunden. In dem größeren war ein verſtümmelter menſchlicher Körper, an welchem Kopf und Hände fehlten, in dem kleineren der Kopf. Da man hier den beim Dovenfleth wohnhaften Handelsmann und Schenkwirth J. A. Wächtler vermißte, ſo gab der derzeitige Prätor, Senator Manecke, Befehl, den Körper in Augenſchein zu nehmen. Es wurde zu dem Ende der Gerichtsdiener Wallbohm nebſt deſſen Burſchen und einem Fuhrmann, Namens Hennings, hingeſandt, welche den Körper für denjenigen des Wächtler recognoſcirten. Das Gerücht bezeichnete die Ehefrau deſſelben als die Thäterin. Sie war als eine ausſchweifende Weibsperſon bekannt, deren ehebrecheriſchen Betrieb der Ehemann erſt ſeit kurzer Zeit entdeckt zu haben ſcheint, ſie war kürzlich an einem Abend ſpät unter äuſſerſt verdächtigen Umſtänden mit dem erwähnten Fuhrmann Hennings abgereiſt, angeblich um nach Lübeck zu fahren, hatte zwei Packen mitgenommen, unterwegs

Digitized by Google

aber zwiſchen Lütjenſee und Schönberg den Fuhrmann und deſſen Knecht mit ihrer älteſten Tochter, die ſie begleitet, abzuſteigen, und eine Strecke vorauszugehen veranlaßt, dann in Schönberg plötzlich im Wirthshauſe ſich zur Rückkehr nach Hamburg entſchloſſen, und der Fuhrmann wollte unterwegs beim Aufmachen des Wagens eine Art Packen in Baſtmatten geſehen haben, der bei der Rückkehr hier in der Stadt gefehlt.

Bei der ſofort angeſtellten Hausſuchung fand man in dem Bette der Perſon ein Hackbeil, das ſie erſt Abends vor der Entdeckung des Leichnams von einem Schlachter geliehen hatte, und ein ſehr geſchärftes Papiermeſſer ihres Ehemannes. Auch ergab ſich, daß ſie ein mit Blut beſchmutztes Bett nach dem Stadtdeich zu einer Wäſcherin geſchickt hatte. Die zur Inquiſition gebrachte Wächtler recognoſcirte ebenfalls nebſt ihrer älteſten Tochter den verſtümmelten Körper, wollte aber nicht die entfernteſte Wiſſenſchaft oder Theilnahme an deſſen ſchrecklicher Ermordung an ſich kommen laſſen. Sie wandte vor, ihr Mann habe eine Reiſe unternommen gehabt, ſei desfalls unter dem Vorwande Waaren zu packen, Nachts um 2 Uhr ausgegangen, gegen 6 Uhr Morgens wiedergekommen, habe ſich von ihr auf das Zärtlichſte verabſchiedet, und dann eine Stunde vor Thoröffnung ſich entfernt, ohne daß ſie wiſſe, mit welcher Gelegenheit er abgereiſt. Sie habe ſich entſchloſſen ihm nachzureiſen, allein, unterwegs unwohl geworden, ſei ſie wieder zurückgekehrt. Die Blutſpuren im Bett ſchrieb ſie einem gehabten Blutſturz zu, und ſuchte überhaupt alle verdächtigen Umſtände auf eine natürliche Art zu erklären.

Dagegen ſagte die Köchin derſelben aus, und bekräftigte es mit einem Eide, daß ſie von dem verſtümmelten Körper die Hände und den Kopf in einem Sack in der Kammer neben dem Schlafzimmer ganz deutlich gefühlt, und noch Blut an ihre Hände bekommen.

Der Arbeitsmann bezeugte, zwei Packen, an 120 ℔ ſchwer, vom Boden herunter in den Wagen getragen, aber bei der Rückkehr, da er ebenfalls grade dageweſen, nicht im Wagen geſehen zu haben. Er hatte die Stricke um die Packen ſchlagen müſſen, und dabei noch geſagt, er könne es nicht ſteif kriegen, worauf ſie ihm antwortete, er ſolle nur die Hoſen ſtrammer

Digitized by Google

anziehen, ſo würde es ſchon ſteif werden. Er wollte ſie gefragt haben, es ſei wohl eine Art Wild darin, weil es danach röche?

Endlich hatte ihre beſagte ſiebenjährige Tochter ausgeſagt, ſie ſei in der Nacht darüber aufgewacht, daß ihre Mutter ſie um 2 Uhr aus des Vaters Bette genommen, und in ihr eigenes gelegt. Die Mutter habe darauf einen großen Hammer ergriffen, ihrem ſchlafenden Manne damit zwei Schläge an den Kopf in die Schläfe gegeben, darauf deſſen Papiermeſſer genommen, ihm den Hals abgeſchnitten, ſodann die Decke ihm über dem Kopfe zugezogen, und ihn zu Tode bluten laſſen, dem Kinde aber ſtreng verboten, irgend Jemandem Etwas davon zu ſagen.

Nachdem die Inquiſitin auch im articulirten Verhör beim Läugnen der That verblieben war, erhob der Fiſcal beim Niedergericht ſeine Anklage, welche er folgendermaaßen ſchloß: „Zwar müßte nach den Geſetzen, da das Eingeſtändniß der Inquiſitin nicht da iſt, ihr die ſcharfe Frage vorgelegt werden; allein da jetzt in unſeren aufgeklärten Zeiten ſie beinahe gänzlich abgeſchafft iſt, und man Inquiſitin ihrer Schandthat vollkommen überführt hat, ſo muß meines Erachtens ein ſolches ſchändliches Geſchöpf, welches ſo ſehr die Menſchheit beſchimpft, gänzlich aus der menſchlichen Geſellſchaft ausgeſtoßen, und nach dem 23. Artikel der P. H. G. O., welcher den Todtſchlag zwiſchen Eheleuten mit dem Rade zu beſtrafen gebietet, dieſes Todesurtheil an ihr vollzogen werden.“

§ 49.

Das Niedergericht erkannte darauf am 3. October 1787, daß die Inquiſitin in das hieſige Spinnhaus in ſichere feſte Verwahrung zu ſetzen ſei. Am 5. wurde die Sache beim Obergericht introducirt, welches am 8., da die Angeklagte nach damals noch im Senat üblicher abermaliger Vorleſung ihres articulirten Verhörs bei ihrer Ausſage verblieben war, die Akten für beſchloſſen annahm.

Am 7. December 1787 reformirte der Rath die N. G. Findung, und zwar ſo, „daß bei den vielfältigen, bei gegenwärtiger Sache eintretenden, zur Tortur völlig hinreichenden redlichen Anzeigen die Gefangene ꝛc. zum näheren Geſtändniſſe der Wahrheit mit der ſcharfen Frage zu belegen, und demnächſt die Sache zur weiteren Ausübung an das Niedergericht zu remittiren ſei.“

Digitized by Google

Die Tortur wurde demnächſt angewandt, nachdem vorher eine Differenz zwiſchen dem Rath und Niedergericht dahin entſchieden worden war, daß bei der Tortur drei Mitglieder des Niedergerichts zugegen ſein ſollten. Es iſt, wie bereits (§ 28) erwähnt, ungewiß, ob blos der erſte, oder alle vier Grade in Ausübung kamen. Aber es erfolgte ihr Geſtändniß, und der Senat veranlaßte den Fiſcal durch ein Decret vom 12. März 1788, die Sache wieder im N. G. einzuführen. Hier ward der Inquiſitin am 4. April „ihre zweite Urgicht nebſt deren Ratihabition und Vernehmung ad articulos" vorgeleſen, und ſie gab auf Befragen eine zwar nicht poſitive, aber doch auch nicht verneinende Antwort. Am 11. Juli ward ihre abermalige Vertheidigung verleſen, und am 3. September erging das Todesurtheil.

Als aber am 10. October im Obergericht die Aktenverleſung erfolgte, und die Inquiſitin befragt wurde, ob ſie bei ihrer Ausſage verbleibe, antwortete ſie Nein, und betheuerte auf das Höchſte, daß ſie den Mord nicht begangen habe.

Die Sache ward darauf in Bedenken genommen, es fand auf der Angeklagten Verlangen am 6. November ein nochmaliges Verhör derſelben Statt, und endlich ward am 14. die letzte Findung des Niedergerichts lediglich beſtätigt. Das Erkenntniß lautete auf das Rad, allein der Frohn erhielt geheimen Befehl, ſie vorher mit dem Strange vom Leben zum Tode zu bringen. Bei ihr unterblieb zuerſt die Begleitung durch einen Geiſtlichen auf ihrem letzten Lebenswege.

§ 50.

Es mag ſein, daß die Praxis ſeit dieſer merkwürdigen Erfahrung von der Bedenklichkeit der Tortur und unter dem Einfluſſe des ſich gegen die Anwendung dieſes entſetzlichen Mittels der Wahrheits-Erforſchung auflehnenden Zeitgeiſtes behutſamer geworden, und die Folter wohl nicht wieder blos auf die Verfügung der Prätoren ausgeübt ſein mag. Allein wenn von einer bedeutenden Autorität[1] die Anſicht unterſtützt wird, als ob die

---

1) Neues Archiv des Crimr. 6, 424.

Digitized by Google

Tortur bei der Wächtler zuletzt applicirt sei: ſo läßt ſich wenigſtens ein Fall als beſtimmter Gegenbeweis anführen.

Es ſcheint Jochim Hinrich Peterſen wegen Diebſtähle in Unterſuchung gekommen, und kein Geſtändniß von ihm zu erlangen geweſen zu ſein. Die Sache ward gegen ihn vom Fiſcal im Niedergericht introducirt, und erkannte dieſes in ſeiner Findung vom 29. Auguſt 1788, vielleicht veranlaßt durch das ſo eben (§ 49) erzählte Präcedent des Senats, auf Tortur, welche Findung das Obergericht am 12. December beſtätigte.

Wann die Tortur angewandt iſt, und welches Reſultat dies gehabt hat, weiß ich nicht weiter, als daß der Fiſcal erſt am 1. Februar 1790 die Sache beim Niedergericht wieder einführte, die Befragung des Inquiſiten über zwei Aktenſtücke veranlaßte, und dieſer mit Ja antwortete. Am 19. April ward die anderweitige Vertheidigung verleſen, und am 5. November erkannt, daß Inquiſit von Neuem mit der ſcharfen Frage zu belegen ſei. Als aber am 10. die Sache im Obergericht eingeführt, und dort der Inquiſit befragt wurde, ob er bei ſeiner Ausſage verbleibe, antwortete er nun Nein, ſo daß die N. G. Findung am 10. December dahin reformirt wurde, es finde die Erneuerung der peinlichen Frage keine Statt, und die Sache zur Abgabe eines Endurtheils an das Niedergericht zurückkehrte. Dieſes gab darauf am 21. Januar 1791 die Findung ab, daß Inquiſit als ein äuſſerſt gefährlicher Menſch bis auf beſſeren Beweis in das Spinnhaus zu ſetzen ſei, und reformirte der Rath am 28. dieſe Findung dahin, daß Gefangener ꝛc. als ein wegen vielfältiger grober Verbrechen äuſſerſt verdächtiger und gefährlicher Menſch zur ſicheren Verwahrung in das hieſige Spinnhaus zu ſetzen ſei.

§ 51.

Es fragt ſich, wie die an die Bequemlichkeit gewöhnte Praxis [1]) ſich half, als ſie dem Zeitgeiſt den Tribut bringen

---

1) In einem Senats-Concluſum vom J. 1802 heißt es noch, daß der Inquiſit vorkommenden Umſtänden nach mit der peinlichen Frage zu verſchonen ſei, und ſcheint man unter dieſen Umſtänden die beſonderen des concreten Falles, nicht aber die

mußte und ſich der Tortur nicht mehr bedienen konnte, deren Arſenal ſich in den unterirdiſchen Gewölben der Frohnerei befand?

Entweder man ſuchte das Geſtändniß durch anderweitige Torturmittel zu erpreſſen, wovon das Protocoll keine Erwähnung that. Der Leichtſinn von Beamten und Inquirenten, ihr Dienſteifer, der Themis in deren Geburtswehen zu Hülfe zu kommen, riß ſie hin, unter allerlei Formen und Vorwänden mit Prügeln, Kantſchu, Lattenkammer, Zwangsjacke, einſamem oder dunkelem Detentionsarreſt ꝛc. einzuſchreiten. Es wäre zu wünſchen, daß man dieſer modernen Foltergrade nur zu gedenken brauchte, als einer längſt vergeſſenen Vergangenheit angehörig. Allein wenn man den mancherlei, nicht ſelten ganz entſchieden ſich wiederholenden Gerüchten, oder gar den Ausſagen und häufigen ſpeciellen Beſchwerden hieſiger Sträflinge Glauben beimeſſen will, ſo hätte ſich der Unfug, welcher noch verwerflicher iſt, als der Terrorismus der Frohnerei, bis in die allerneuſte Zeit, vielleicht als ein Poſthumus der alten und vergeſſenen Barbarei behauptet.

Oder man nahm in einzelnen Fällen zum Indicienbeweiſe ſeine Zuflucht. Es ſind ſchon aus früherer Zeit im Laufe meines Vortrages Fälle der Art vorgekommen, wo ſelbſt dann ein Straferkenntniß erfolgte, wenn die Tortur kein Geſtändniß hatte herbeiführen können. So läßt es ſich bis in die neuere Zeit verfolgen, daß man auch gegen den blos überführten Inculpaten Strafen verhängt hat. Allein es muß erwähnt werden, daß das hieſige Niedergericht bis in die allerneuſte Zeit der von der Criminalpolitik allerdings zu billigenden, bei uns aber bis jetzt durchaus geſetzloſen Theorie einer Verurtheilung auf bloße Indicien bei Capitalverbrechen kein Gehör gegeben, ſondern ſie wiederholt unter Angabe tüchtiger Motive unbedingt verworfen hat.

Oder man ließ ſich von einem blinden Gefühl hinreiſſen, trotz des Mangels des Geſtändniſſes und eines ſonſtigen genügenden Beweiſes Erkenntniſſe zu veranlaſſen, welche, manchmal

Ungeſetzlichkeit der peinlichen Frage, das Geſchrei der Menſchlichkeit, die Stimme des Zeitgeiſtes noch die öffentliche Meinung verſtanden zu haben.

Digitized by Google

unter dem Vorwande von Präventiv-Maaßregeln, eigentliche Strafen, insbeſondre Freiheitsberaubung, verfügten, oder in der chikanöſen Form der Abſolutionen von der Inſtanz über dem Angeklagten das Schwert der Gerechtigkeit für ſein ganzes Leben ſchweben ließen. Auch Fälle dieſer Art ſind ſchon in den früheren Zeiten bei uns nachzuweiſen, und es iſt wohl beſſer, über Dasjenige, was man aus neuerer und neuſter Zeit dazu an Beiſpielen liefern könnte, einen Schleier zu ziehen. Läugnen wird Niemand, welcher die Zuſtände unſeres Criminalweſens kennen gelernt hat, daß der Praxis zu Abnormitäten bequemer Anlaß nicht fehlen konnte, und wir ſegnen auch deshalb das Jahr 1843 als die Morgenröthe einer geſetzlichen Zukunft für unſere Hamburgiſche Criminal-Rechtspflege.

Digitized by Google

II.

Abriß der Geſchichte des criminellen Zauberglaubens und insbeſondere der Hexenverfolgungen in Hamburg.

Ein Vortrag in der juriſtiſchen Section des hiſtoriſchen Vereins v. J. 1841.

Neu umgearbeitet 1843.

Inhalt.

Einleitung § 1. 2.

Unſere älteſte Geſetzgebung § 3 — 8.

Die Praxis bis 1605 § 9 — 15.

Das Statut von 1605 § 16 — 20.

Die Praxis ſeitdem im Allgemeinen § 21. 22.

Specielle Caſuiſtik § 23 — 25.

Reſultate § 26.

Beilagen.

A. Aus Akten des Stadtarchivs v. J. 1583 ꝛc.

B. Niedergerichtliche Findungen vom J. 1591 und 1594.

C. Auszug aus den auf dem Stadtarchiv aſſervirten Akten, den Alchimiſten und Aſtronomen Heinrich Becker betreffend, v. J. 1629 und 1630.

Digitized by Google

Abriß der Geſchichte des criminellen Zauberglaubens und insbeſondere der Hexenverfolgungen in Hamburg[1]).

§ 1.

Nach den gründlichen Vorarbeiten, welche zunächſt die neuere Zeit dem Gegenſtande meines heutigen Vortrags gewidmet hat, würde es überflüſſig ſein, hier umſtändlich ſich über die allgemeine Geſchichte deſſelben zu verbreiten. Einige Bemerkungen werden jedoch wohl erfordert werden, um daran die Specialgeſchichte für unſere Stadt anzuknüpfen.

---

1) Wer ſich über das Allgemeine des Deutſchen Hexenweſens Unterricht verſchaffen will, dem ſind auſſer Jakob Grimm's Mythologie die Materialien in Soldan, eines Gymnaſiallehrers in Gieſſen, Geſchichte der Hexenproceſſe (Stuttgart 1843. 8.) zu empfehlen. Allein weder der Standpunkt, auf dem ſich dieſer Schriftſteller befindet, noch ſeine Unbekanntſchaft mit dem Rechtsweſen überhaupt und dem des Mittelalters insbeſondere, ſind geeignet, aus den Materialien die genügenden Reſultate zu entwickeln. In dieſer Hinſicht bekenne ich mich für die Parthei, als deren Koryphäen ich Carl Ernſt Jarcke, den ehemaligen Profeſſor in Berlin (vgl. deſſen Handb. des Strafr. Berlin 1828. 8. 2, 48 ff.) und Roßhirt, Profeſſor in Heidelberg (vgl. deſſen Geſch. u. Syſtem des Deutſchen Strafr. Stuttg. 1838. 8. Th. 1 § 147 u. 225) betrachte. Uebrigens befinden ſich in den von Demme fortgeſetzten Hitzigſchen Annalen 1843 im Decemberheft zwei Nummern über Hexenproceſſe, in denen aber ſo viel Unhaltbares mit Bekanntem zuſammengeworfen iſt, daß ſie nicht für den gegenwärtigen Vortrag eine Ausbeute zu gewähren geeignet ſind. So auch enthalten die kritiſchen Jahrbücher für Deutſche Rechtswiſſenſchaft 1839, S. 806 u. 1844, S. 167 kurze Anzeigen von Schriften über Hexenproceſſe in verſchiedenen Gegenden Deutſchlands, aber ohne einen befriedigenden Standpunkt für die Beurtheilung dieſer Erſcheinungen anzugeben, die doch endlich nicht mehr blos mit Luther's Teufelsglauben in Zuſammenhang gebracht, oder als leere Nachtſtücke abgefertigt werden ſollten.

Bayeriſche Staats-Bibliothek

Digitized by Google

Der Zauberglaube, der Glaube nicht blos an geheime Naturkräfte, ſondern daran, daß der Menſch dieſe ſich dienſtbar machen kann, ſcheint der *menſchlichen Natur* einzuwohnen. Er findet ſich bei *allen* Völkern. So fern man ſich *unerlaubter* Mittel dazu bedient, oder *ſtrafbare* Zwecke damit verfolgt, fällt dieſer Glaube in das Gebiet des Strafrechts. Seitdem das Chriſtenthum ſeine Segnungen verbreitete, nahm er die beſondere Richtung, daß man den Verbrechern dieſer Sphäre Verkehr und Umgang mit dem Teufel und Abfall von Gott zuſchrieb, wodurch es ihnen möglich werde, der geheimen Naturkräfte ſich zu ſtrafbaren Zwecken zu bedienen. Es konnte bei der mittelalterlichen Auffaſſung des chriſtlichen Glaubens, der wir bei ihren Mängeln ihre bedeutenden Vorzüge nicht abſprechen dürfen, kaum fehlen, daß dieſe Ueberzeugung von der diaboliſchen Gemeinſchaft der *Zauberer* und *Hexen*, mit welchen Namen man Verbrecher der Art bezeichnete, ſich ihrer eben ſowohl als der Geſetzgeber und Richter bemächtigte, und es kann eben ſo wenig auffallen, daß bei dieſen der Eifer, ſie zu verfolgen, um ſo größer war, je größer ihr religiöſer Eifer, ihr Glaubensmuth ſelbſt blieb. Das Glaubensleben bekam durch die Reformation neue Nahrung, und ſo erklärt es ſich auch hieraus, wie in Deutſchland, dem Vaterlande der Glaubensverbeſſerung, die meiſten Hexenproceſſe erſt ſeit dem Ende des ſechzehnten Jahrhunderts, alſo *nach der Reformation*, vorgekommen ſind[2]) und über ein Jahrhundert gedauert haben. Zugleich aber trugen die allgemeine Criminalpraxis der Zeit und die Deutſchrechtliche Auffaſſungsweiſe des Strafrechts dazu bei, dieſen Proceſſen denſelben Charakter zu geben, der damals alle Criminalproceſſe bezeichnet, ſo daß man bisher Unrecht gethan hat, in dieſem Charakter etwas den Hexenproceſſen Singuläres anzunehmen. Ebenfalls iſt es ein Irrthum, päpſtlichen Bullen, wie z. B. der Summis desiderandis von 1484[3]), oder (wie

2) Auch das Buch von *Soldan* enthält darüber die Beweiſe in dem Thatſächlichen, was es giebt, wiewohl der Verfaſſer Anſichten huldigt, die ich nicht theile.

3) *Soldan* S. 213 theilt dieſe Bulle des Papſtes Innocenz VIII. vom 5. December 1484 im Auszuge mit, und erklärt zwar die

Digitized by Google

u. A. Göthe meinte) Luther's Anſichten vom Teufel die blutige Herenverfolgung zuzurechnen[4]). Am meiſten hat dabei die rohe und blinde Willkühr der Rechtspraris verſchuldet.

§ 2.

Es iſt demnächſt noch eine merkwürdige Erſcheinung Gegenſtand hiſtoriſcher Prüfung geweſen, nämlich die, daß, nachdem die Herenproceſſe aufgehört haben, ſelbſt die Möglichkeit derſelben ein Räthſel geworden iſt, und, wiewohl die Zeit noch nicht ſo ſehr entfernt liegt, es zu den Unbegreiflichkeiten gezählt wird, wie man darauf hat verfallen können, Teufelsbündniſſe zum Gegenſtand der Strafgerechtigkeit zu machen. Man wird daher das Abkommen der Proceſſe dieſer Art bis zur Quelle verfolgen müſſen. Soldan hat das Verdienſt, uns die Literatur in dieſer Beziehung ſehr vervollſtändigt zu haben.

Der Erſte, welcher gegen die Herenverfolgung auftrat, war nicht, wie man ſonſt meinte, Thomaſius, ſondern der Deutſche Arzt Johann Weier (Lat. Uterus) in ſeinem Werke de praestigiis daemonum et incantationibus ac veneficiis 1563[1]). Der Zweite, deſſen hier zu gedenken iſt, war der Jeſuit und Dichter Friedrich Spee, deſſen ehrenwerther Charakter ſchon von Leibnitz anerkannt wurde. Er lehnte ſich nicht gegen das Princip, ſondern gegen die Praxis der Herenverfolgung auf. Seine Cautio criminalis iſt 1631 anonym erſchienen[2]). Aber

---

Meinung von Schwager u. A., daß ſie die Quelle des ganzen Herenproceſſes (sic), für unrichtig, meint aber ſeinerſeits doch, daß ſie die Verbreitung des Unweſens über ganz Europa weſentlich befördert habe.

4) Daß man dem Umgang mit dem Teufel Verbrechen zuſchrieb, iſt eine uralte Deutſche Rechtsanſicht. So heißt es in dem an Goldberg nach 1211 gekommenen Magdeburger Schöffenrecht §. 13 (Gaupp S. 222): Item si aliquis forte a diabolo seductus aut virginem aut mulierem per vim corruperit. Es iſt alſo nicht einmal nöthig, auf den Zuſammenhang dieſer Anſicht mit der bibliſchen 1 Joh. 3, 8, vgl. Joh. 8, 44, hinzuweiſen.

1) Vgl. über Weier und Auszüge aus deſſen Buche bei Soldan S. 335 — 345.

2) Vgl. Soldan S. 397 — 412.

Digitized by Google

auch Benedict Carpzow verdient das Lob, mit ſeiner 1635 zuerſt erſchienenen Practica nova rerum criminalium hier durch größere Strenge in Beobachtung der rechtlichen Formen, in Berückſichtigung der erforderlichen Indicien, und in der Begründung des Thatbeſtandes genützt zu haben [3]). Danach erhob ſich ein Holländer, reformirter Prediger in Amſterdam, Balthaſar Bekker, 1691 — 1694 mit einem Buche de betooverde weerelde auch freilich gegen die Herenverfolgung [4]), aber mit Grundſätzen, denen auch Thomaſius [5]) huldigte, welche jedoch allmälig den Glauben an alles Geiſtige und Ueberſinnliche, und an den Zuſammenhang des Menſchen mit der Geiſterwelt und dem böſen Princip untergraben, und dahin eben nothwendig haben führen müſſen, daß mit dem an die Stelle des Zauberglaubens

3) Was Soldan S. 413 ff. gegen ihn vorbringt, iſt ungenau und ungerecht.

4) Er ſtarb wenige Jahre ſpäter, nämlich 1698, nachdem er kurz vorher ſeines Predigtamtes darum entſetzt war, weil er in ſeinem Buche die Wirkſamkeit des Teufels mit Verdrehung bibliſcher Stellen bekämpfte, und auch ſonſt ein ungläubiger Mann war. Soldan iſt S. 432 ff. über Bekker ſehr ausführlich, jedoch nur mit Vorſicht zu gebrauchen. Er ſagt von dem Buche, ein gründlicheres ſei über den Gegenſtand nie geſchrieben worden, er habe dem Princip ſelbſt den Krieg erklärt, welches Soldan in der Dämonologie, insbeſondere in der Lehre vom Teufel findet. Es verdient damit jetzt verglichen zu werden, was Herr Dr. Geffcken aus einer Predigt des Dr. Johann Friedrich Mayer in unſerer Zeitſchr. I, 3, 582 mitgetheilt hat. Am Sonntage Invocavit 1698 polemiſirte hierſelbſt Mayer nämlich gegen Bekker's Unglauben in Beziehung auf die Exiſtenz des Teufels.

5) Soldan hat ihm ein eigenes Kapitel gewidmet S. 443 ff., wiewohl er die Oberflächlichkeit der Philoſophie dieſes Gelehrten eben ſo wenig beſtreitet, als daß er ſeine Belehrung aus Weier, Spee und Bekker geſchöpft hat. Es ſcheint mir dabei Pflicht der Pietät und der Verehrung eines vielfach wichtigen Werkes, wenn ich hier aus Hugo's civiliſtiſcher gelehrter Geſchichte zweitem Verſ. S. 451 die hierhergehörige Stelle herſetze: „Am Bekannteſten ſind (des Thomaſius) Verdienſte im peinlichen Rechte um die Verminderung der Herenproceſſe, worin er doch auſſerhalb Deutſchland ſo viele Vorgänger hatte, und worin ſelbſt Stryk vernünftiger geweſen war, als die gemeine Meinung“.

Digitized by Google

unter der Larve der Aufklärung getretenen Unglauben und Glaubensloſigkeit zwar die Hexenproceſſe aus dem Gebiet der Strafrechtspflege verſchwunden, aber auch ſelbſt, wie erwähnt, die Möglichkeit einer gerechten und unpartheiiſchen Auffaſſung dieſer merkwürdigen Verirrungen eines an ſich nicht unbedingt verwerflichen Glaubenseifers aufgehoben worden iſt.

§ 3.

Hiernächſt wende ich mich zu unſerer topiſchen Rechtsgeſchichte. In einem andern Vortrage [1]) iſt es von mir nachzuweiſen, daß die geiſtigen und ſubjectiven Beziehungen des Thäters zur That auch von unſeren Vorfahren ganz im Geiſte des allgemeinen Volksrechts aufgefaßt worden ſind. Es iſt eben ſo unrichtig, anzunehmen, daß ſie nur das Verbrechen an ſich und objectiv aufgefaßt, und den Willen und die Kenntniß des Urhebers in Hinſicht auf den äuſſeren Ausgang unberückſichtigt gelaſſen, als daß ſie andrerſeits dieſen inneren Verhältniſſen zwiſchen Verbrecher und Verbrechen eine weſentliche oder gar ausſchließliche Rückſicht gewidmet hätten. Vielmehr war die Lehre von der Zurechnung theils bei ihnen, wie bei allen Völkern auf einer unvollendeten Stufe des Rechtsbewußtſeins, unentwickelt, theils in der Art eigenthümlich, daß ſie allerdings die Schuld des Thäters, allein nur inſofern in ihrem Recht in Anſchlag brachten, als dieſelbe in rechtlich beſtimmten, äuſſerlich erkennbaren Umſtänden in die Sinnenwelt hinaustrat. Daraus ergab ſich zugleich, daß das Geſtändniß keineswegs genügte, um dem Thäter die That zuzumeſſen. Dieſes Princip machte ſich insbeſondere in den Fällen geltend, wo das Verbrechen weſentlich in der ſtrafbaren Geſinnung wurzelte, und findet ſich unverkennbar in dem Ordel wieder, welches unſere alten Stadtrechte von 1270 bis 1497 wiederholen, und mit dem altſächſiſchen Volksrecht gemein haben, ſo wie es auch von Lübeck, Bremen, Riga, Stade und Verden recipirt iſt [2]).

1) Ueber die Lehre von der Zurechnung.

2) Die Citate finden ſich in meinem Vortrage über die Zurechnung § 81, welcher überhaupt verglichen werden muß. Auch Lübeck hat ſein einziges Geſetz über Strafe der Hexerei (Hach III, 400) aus unſerem Stadtrechte buchſtäblich entlehnt.

§ 4.

Das Ordel lautet ſchon 1270, XII. 6:

So welck Kerſten Man offte wyff, de ungelovich is, offte (entweder) mit Toverye ummegeit offte mit Vergifteniſſe, vnde mit der verſchen Daet begrepen werd, de ſchall me vpe der Hord (Scheiterhaufen) bernen (brennen), vnd ſo ſchall men ock don enen vorreder.

Es iſt die Beſtimmung ſehr merkwürdig. Zwar trifft ſie, wie erwähnt, mit dem alten Sächſiſchen Volksrecht in mehrfacher Hinſicht, und zwar buchſtäblich zuſammen [1]; allein ſie weicht in ſehr weſentlichen Punkten von demſelben ab, und beurkundet auch hier die bisher ſo allgemein verkannte Originalität unſeres alten noch lange nicht genug erforſchten Stadtrechts.

Um auf die Strafe des Scheiterhaufens erkennen zu können, war hiernach bei uns für alle Jahrhunderte bis zum 17. erforderlich:

1) Daß der Verbrecher oder die Verbrecherin ſich zum Chriſtenthum bekannte,

2) ungläubig war,

3) mit Zauberei oder Vergiftung umging, und

4) mit der friſchen That ergriffen worden war [2].

Es ließe ſich bezweifeln, ob in dem Ordel das zweite und dritte Kriterium copulativ oder alternativ genommen worden iſt. Offenbar kommt es darauf an, ob man das eine offte, wofür das Statut von 1497 O, 19 edder hat, für oder oder für entweder nimmt. Man muß aber ſich nach den grammaticaliſchen Regeln der Syntax für das Letztere entſcheiden.

---

1) Vgl. Sachſenſpiegel II, 13, 7, und daraus andere Statute, namentlich das Goslarſche Ed. Göschen p. 38, 20 ff.

2) In dieſem Kriterium trifft unſer Statut mit vielen andern alten Germaniſchen Geſetzen zuſammen. Vgl. dieſe Geſetze in Wilda's Strafr. d. Germ. S. 967. Da es aber grade hierin vom Sachſenſpiegel abweicht, der einen Jeden ſtraft, der hier überwunden wird, ſo kann ich die Bemerkung nicht unterdrücken, daß hier unſer Statut offenbar älteres Recht hat, als die Privatſammlung des Anhaltſchen Ritters.

Digitized by Google

§ 5.

Bei einer näheren Prüfung des Ordels kann man nicht umhin, die Weisheit und das Zeitgemäße deſſelben, und die Vorzüge dieſes Rechtes vor dem Sachſenſpiegel anzuerkennen. Man darf ſagen, daß faſt niemals ein Fall hätte vorkommen müſſen, in welchem die Todesſtrafe hätte verhängt werden können, wenn man das Geſetz genau befolgt hätte.

Es iſt ſchon aus dem (§ 1) Erwähnten die Thatſache nicht unwahrſcheinlich, daß, wie überhaupt bei allen Völkern, die ſich auf einer ähnlichen niedrigen Stufe der Bildung befinden, auch bei den alten Germanen und ſpeciell bei unſeren Sächſiſchen Vorfahren ſchon vor Einführung des Chriſtenthums der Glaube an geheime Wunderkräfte der Natur, die menſchlicher Wille ſich unterthan machen könne, und ſomit an Zauberkünſte ganz allgemein verbreitet und herrſchend war. Es ſcheint unnöthig, den Deutſchen Zauberglauben auf Römiſche Elemente zurückzuführen, wie Soldan verſucht hat. Die Furcht vor dem Ueberſinnlichen und beſonders vor den heimlichen Kräften der ſichtbaren Natur iſt, wie bemerkt, bei allen Naturmenſchen zu finden, und man begegnet ihr bei allen Völkern. Die Strigen, Empuſen und Lamien der Römer ſind eben ſo gut, wie die Hexen und ihr Tanz auf dem Blocksberg in der Walpurgisnacht ꝛc. ſinguläre äuſſere Formen derſelben allgemeinen pſychologiſchen Erſcheinung. Das Chriſtenthum, welches bekanntlich den Bewohnern unſerer Gegend mit Gewalt aufgedrängt wurde, konnte ſich ſchon um deswillen nicht dermaaßen der Seelen bemächtigen, um Anfangs dem im Volk verbreiteten Zauberſpuk Widerſtand zu leiſten. Aber eben ſo wenig konnte es fehlen, daß, als der chriſtliche Glaube im Volke tiefere Wurzeln gefaßt hatte, derſelbe überhaupt und auch wegen 2. Moſ. 22, 18 insbeſondre mit dem herrſchenden Aberglauben in die Schranken trat. Es mag nun ſein, daß Grimm Recht hat, wenn er die ſpecielle Vorſtellung von den Hexenfahrten als ein unter Chriſten entſtandenes Erzeugniß betrachtet, oder daß Soldan mit gröſſerem Rechte dieſe ſeltſamen Vorſtellungen aus dem Römiſchen Heidenthume herleitet: ſo bleibt immer der Gegenſatz zwiſchen dieſem Aberglauben und dem Chriſtenthum ſtehen, der es erklärt, daß ſich jener in dem Streit mit dieſem als deſſen

Digitized by Google

Feind, und daß der chriſtliche Begriff des Teufels als einen Affen Gottes ſich ausbildete[1]). Dieſer Gegenſatz mußte ſchroffer, die Strafbarkeit des mit dem Chriſtenthum und deſſen Heilswahrheiten in directem Widerſpruch ſtehenden Aberglaubens fühlbarer werden, je größer der Eifer wurde, mit dem man das Kleinod des wahren Glaubens umfaßte, und ſich über den Geiſt deſſelben aufklärte. Und ſo begegnen wir ſchon in unſerem älteſten geſchriebenen Recht jenem Ordel, das Zauberei nur in ſo fern beſtrafte, als dieſelbe ein Abfall vom chriſtlichen Glauben war[2]), aber auch dann mit einer der ſchwerſten Strafarten, und zwar einer belegte, welche vielleicht die Vernichtung der ſtrafbaren Geſinnung und Glaubensloſigkeit ſymboliſch andeuten ſollte[3]).

§ 6.

Allein unſere Vorfahren haben ſich darin vom Volksrechte losgeſagt, daß ſie den Arm der weltlichen Strafgerechtigkeit nicht gegen diejenigen Chriſten ausſtreckten, denen man blos Unglauben in Geſinnungen vorwerfen konnte, ohne daß derſelbe ſich

1) Es iſt charakteriſtiſch, daß ſelbſt im N. G. Findungsbuche von 1588 der Defenſor bei wichtigeren Verbrechen nicht unterließ zu erwähnen, es ſei der arme Gefangene vom Satan verleitet.

2) Nicht der Abfall von den ſymboliſchen Büchern oder von der herrſchenden Kirche, ſondern der Abfall von Gott und ſeinem heiligen Wort verfiel dem Strafrecht.

3) Schon nach dem Saliſchen Geſetz, aber freilich nur nach einem einzigen, nämlich dem Wolfenbüttelſchen Codex deſſelben, wurden Zauberei und Vergiftung mit dem Feuertode beſtraft. Es heißt L. Sal. ex Cod. Guelf. XVIII § 1: Si quis alteri maleficiis fecerit aut dederit bibere, ut moriatur, et ei fuerit approbatum — sol. CC culp. iud. aut certe ignem (leg. igni) tradatur. Die letzten Worte fehlen in allen andern Recenſionen. Wilda Strafr. der Germ. S. 100 hebt dieſen Umſtand hervor, weil grade das Paderbornſche Capitulare darauf fuße, um in dieſer Drohung des Feuertodes einen Ueberreſt heidniſcher Sitten und heidniſchen Aberglaubens zu finden. Es heißt daſelbſt c. 6: Si quis a diabolo deceptus crediderit secundum morem paganorum, virum aut feminam strigam esse et homines comedere, et propter hoc ipsam incenderit, vel carnem eius ad comedendum dederit vel ipsam comederit, capitis sententiae punietur.

durch beſondere äuſſere Umſtände der That ſichtbar kund gab. In dieſer Beziehung ſind ſie ſogar ſoweit gegangen, nicht blos die Zauberer, ſondern auch die Ketzer, wider welche vor 1270 auch die weltlichen Gerichtsbehörden auf den Feuertod zu erkennen ſich befugt erachteten, lediglich dem geiſtlichen Gericht (Synodalgericht, bei uns Send genannt) zur Ahndung zu überlaſſen, das bei uns, wie Lappenberg's Urkundenbuch nachweiſt, nie weiter als bis zur Excommunication gegangen iſt.

Ich darf nämlich annehmen, daß ſo gut wie im übrigen Deutſchland auch bei uns zwei Geſetze Kaiſer Friedrichs II. von 1222 allgemeine Praxis geworden waren, und die Strafe des Verbrennens auf Ketzerei ſtand. Zu dieſer Annahme iſt man im Allgemeinen dadurch berechtigt, weil die Geſetze dieſes Kaiſers auch ſonſt bei uns Eingang gefunden haben, und ſpeciell dadurch, daß in dem älteſten und beſten Coder unſeres älteſten Stadtrechts, dem Bremer'ſchen, am Schluſſe des Art. 8 noch die Worte ſtehen:

vnde eneme Kettere, de mit der ſchuldt begrepen werden[1]) welche in allen ſpäteren Handſchriften, und ebenſo in dem Bremiſchen, Lübiſchen, Rigaiſchen, Stader und Verdener Statut fehlen.

Erachteten ſich alſo Vogtgericht und Rath bis 1270 befugt, gegen Ketzer, die mit der Schuld begriffen wurden, auf Scheiterhaufen zu erkennen: ſo iſt es gewiß ſehr bemerkenswerth, daß unſere Geſchichte (mit Ausnahme des von 1524) nicht einen einzigen Fall aufweiſen kann, wo wirklich darauf erkannt oder gar die Strafe zur Vollziehung gekommen wäre. Es iſt ſomit auch unnöthig, näher darauf einzugehen, was man unter der Schuld, mit der Ketzer begriffen werden mußten, verſtanden haben mag. Im Allgemeinen wird anzunehmen ſein, daß auch hier Aeußerungen ketzeriſcher Grundſätze in bloßen Worten, denen die Sachſen außer Gericht ohnehin nur einen ſehr beſchränkten Rechtswerth beilegten[2]), nicht genügten, ſondern daß Handlungen hinzukommen mußten, um Ketzer der weltlichen Juſtiz zu überliefern. Es iſt daſſelbe Princip

1) Vgl. das Detail in meinem Vortrag über Zurechnung § 81.
2) Vgl. denſelben Vortrag § 11.

Digitized by Google

darin zu erkennen, daß unſere Stadtrechte bis 1605 für das Verbrechen der Gotteslästerung gar keine Strafe angedroht haben, welches ſie dagegen im neuſten Statute an die Spitze aller Verbrechen ſtellten, um ihm unſtreitig damit die höchſte Wichtigkeit zuzugeſtehen.

§ 7.

Ueberhaupt würde man unſeren Vorfahren ſehr Unrecht thun, wenn man in den entwickelten Grundſätzen auch nur den geringſten Grad von Gleichgültigkeit gegen die Religion überhaupt finden wollte. Es iſt nichts weiter als Conſequenz in der Durchführung der Zurechnungsmaxime, nur dann die Geſinnung in die Sphäre des Strafrechts zu ziehen, wenn dieſelbe ſich in beſtimmten, äuſſerlich erkennbaren Umſtänden manifeſtirte. Die Glaubens-Ehrfurcht durchdrang damals noch alle Stände, der chriſtliche Indifferentismus iſt eine Ausgeburt der neueren Zeit, ein Poſthumus der Franzöſiſchen Encyclopädiſten, unter dem ſcheinheiligen Deckmantel der Toleranz ſchlecht verhüllt. Das älteſte wie das neueſte Stadtrecht (1270 XII, 7. 1276 eod. 1292 P, 7 a. E. 1497 O, 18. 1605 IV, 9.) bezeichnet dagegen Denjenigen, der Kirchen beſtiehlt, als einen Räuber (Kirchenräuber, Kirchenbrecher), und will ihn wie einen Mörder mit dem Rade beſtraft wiſſen, welche Strafe, ſo viel mir bekannt, wirklich zweimal, nämlich 1592 Aug. 26 und 1700 März 17 an Kirchendieben vollzogen wurde, wiewohl allerdings, wenigſtens ſeit dem ſechzehnten Jahrhundert, der Galgen die häufigere Strafe geweſen iſt, welche in neueſter Zeit unter dem Einfluſſe des Zeitgeiſtes auf temporäre Freiheitsberaubung zuſammengeſchmolzen iſt.

Auch dürften wohl religiöſe Rückſichten es veranlaßt haben, im Ordel von 1270 X, 5, welches ſich ebenſo 1276 eod. 1292 N, 5, 1497 O, 12 wiederfindet, Denjenigen mit Enthauptung zu beſtrafen, welcher eines Andern Ehefrau oder Richte, wenn dieſelbe ſich auf dem Wege zur Kirche befindet, nachgeht, und ſie läſtert, d. h. entehrt.

§ 8.

Eine zweite Bemerkung, zu der der Artikel XII, 8 Anlaß giebt, iſt dieſe: Wie im Volksrechte des Sachſenſpiegels ſtellt unſer Stadtrecht Zauberei und Vergiftung auf dieſelbe Linie

der Strafbarkeit [1]). Vielleicht kann man daher ſo weit gehen, anzunehmen, daß eigentlich nur dann der Scheiterhaufen erkannt werden konnte, wenn der Tod eines Menſchen durch verbotene Mittel, beſtanden nun dieſe in eigentlichem Gift oder in ſonſtigen Zauberkünſten, herbeigeführt worden war. Jedenfalls iſt es unzweifelhaft, daß nur die Anwendung ebenſo gefährlicher Mittel, wie Gift, zur Feuerſtrafe berechtigte.

Endlich aber muß es hervorgehoben werden, daß nicht blos Handlungen zur Verhängung dieſer Strafe hinreichten, ſondern

---

1) Was Wilda in ſ. Strafr. d. Germanen S. 961 ff. über Zauberei und Vergiftung zuſammengeſtellt hat, iſt ſehr intereſſant, wenn ich mich gleich mit ſeiner Behandlung des Stoffes nicht einverſtanden erklären kann. Namentlich weiſt er S. 965 ff. mehrere Stellen nach, worin ſchon in der Germaniſchen Vorzeit Zauberei und Giftmiſcherei zuſammenfielen. Wenigſtens werden ſie mit denſelben Compoſitionen beſtraft, und in mehreren Geſetzesſtellen (L. Sal. em. 21 L. Ripuar. 83 L. Baiuv. 12, 8. L. Wisig. VI, 2. 3. 4. etc.) als gleiche Verbrechen zuſammengeſtellt. Wilda hat es nicht hinreichend hervorgehoben, daß nicht das Hexenweſen an ſich, das Reiten auf einer Zaungerte zu einer Hexenverſammlung, das Keſſeltragen bei ſolchen Convivien, das Suchen und Kochen von Kräutern, ſelbſt nicht das Hagelmachen, das Unwettererregen, wobei Wilda S. 966 Grimm Myth. S. 365 ff. 615 folgt, wenn er den Glauben daran als Germaniſch bezeichnet (ſ. oben § 5), ſtrafbar gefunden wurde, ſondern falls man dadurch Menſchen oder dem Gute derſelben Schaden zufügte. Mit dem Chriſtenthum trat auch das Kriterium hinzu, daß jene Zaubereien mit dem Abfall vom Glauben verbunden ſein mußten: ein Umſtand, den Wilda S. 972 ebenfalls nicht genügend herverhebt, und der es doch u. A. allein erklärt, warum Hexerei und Ketzerei zuſammengeſtellt werden (ſ. oben § 6). Somit bezeichnet Wilda hier S. 968 die Wirkungen unrichtig, die dem Chriſtenthum beizumeſſen ſind. Wenn man Geſetzen begegnet, wo Geiſtlichen die Befragung von Zauberern und Wahrſagern unterſagt wird (S. 972): ſo beweiſt dies nur die Anſicht der Geiſtlichen, daß es Menſchen im Beſitz übernatürlicher Geheimkräfte der Natur ohne Verbindung mit Gott ſind, und die Abſicht, die Irrlehre zu bekämpfen, und die Geiſtlichen nicht von ſolchen gottloſen Propheten, vor denen ſchon der Erlöſer warnte, abhängig zu machen. Wilda beruft ſich ſelbſt S. 972 auf Jarke, ohne deſſen muſterhafte Auffaſſung der Materie (ſ. oben § 1 Anm. 1) zu beherzigen.

Digitized by Google

daß der Thäter auf friſcher That begriffen ſein mußte. In der Beſchränkung auf die Handhaftigkeit[2]) weicht unſer Statut abermals vom Volksrecht ab, und man darf darin gewiß eine beſondere Weisheit unſerer Vorfahren erkennen, welche der richterlichen Willkühr bei einem ſo häufig in der Sphäre individueller religiöſer Ueberzeugungen bleibenden Verbrechen ſo enge Gränzen, wie möglich, ziehen zu müſſen meinte. Dadurch daß der Sachſenſpiegel und die mit ihm übereinſtimmenden Stadtrechte blos beſtimmen, daß der Thäter des verwunden wirt, eröffneten ſie der ſpäteren Anwendung der Tortur einen Spielraum, den die Praxis bei uns niemals gewonnen haben würde, wenn ſie nicht das Geſetz grabezu mit Füßen getreten hätte.

§ 9.

Wir müſſen es zunächſt der weiſen Abfaſſung des alten Ordels beimeſſen, wenn wir erſt 1444 auf einen Fall ſtoßen, wo es zur Anwendung kam. Die Kammer-Rechnungen von dem Jahre haben den Fall, daß der Büttel (bedellus, früher daſelbſt bodellus genannt) 1 Rthlr. 19 ß für zwei Faden Holz und eine Tonne Pech bekommen hat, um eine Wahrſagerin (quandam mulierem divinatricem) zu verbrennen, von der nicht einmal der Name, wie doch ſonſt bei ähnlichen Ausgaben für Verbrecher, angegeben wird. Dabei bekam der cloacarius Henningh 12 ß für Reinigung der Kammern des Büttels, wo wahrſcheinlich die Perſon geſeſſen hatte: eine Ausgabe, die übrigens auch bei anderen Verbrechen (Seeraub namentlich) vorkommt, mithin nichts dem hier verſtandenen Verbrechen Eigenthümliches iſt. Der Perſon muß übrigens der Proceß ſchnell gemacht ſein, weil dem Büttel für deren Gefangenhaltung nichts vergütet wird, wie es ſonſt vorkommt, wenn er dafür Koſten hat. Man kann alſo annehmen, daß die Perſon auf friſcher That ertappt war, da ſie etwa in beſtimmten Zauberformeln ihren Abfall von Gott und ihr Bündniß mit dem Teufel erklärt, den Tod eines Menſchen geprophezeiht,

2) Vgl. das Ausführliche hierüber in meinem Vortrage über Zurechnung § 68 — 73.

Digitized by Google

und als dieſer ſofort eintraf, nachdem ſie vielleicht vorher ihm Gift beigebracht, man nach den damaligen Begriffen von Zurechnung den Erfolg ihr ohne Weiteres beigemeſſen hatte.

In demſelben Jahre erhält der Büttel Jahann Prangen 3 Rthlr. 4 ß wegen Unkoſten für eine Hexe (incantatrix) Namens Katharina Hanen, welche verbrannt wird, wofür er 8 ß bekommt.

Noch in demſelben Jahre wird ihm 4 ß bezahlt, um ein Weib lebendig zu begraben, wobei die Worte 1 Rthl. 4 ß cr. unverſtändlich ſind. Es wird die Strafe, wenn das cr. nicht cremandum bezeichnet, übrigens auch einen Schluß auf Kindsmord geſtatten, der wenigſtens im Stadtr. von 1605 IV, 23 damit bedroht iſt, und wofür ſie die gemeinrechtliche Strafe war.

Im J. 1458 kommt in denſelben Rechnungen noch vor, daß 3 Rthlr. 1 ß für Holz, Pech und Stroh verausgabt ſind, um ein Weib zu verbrennen, wobei vielleicht die Notiz nicht überflüſſig iſt [1]), daß in den Stadt-Rechnungen in dieſe Zeit die erſte namentliche Erwähnung der öffentlichen Mädchen fällt, deren in den Statuten zuerſt 1292 gedacht wird [2]).

§ 10.

Jetzt entſteht eine Pauſe bis 1482. Der Fall von dieſem Jahre iſt hinreichend bekannt als die Hiſtorie von dem Kohlſtrauch in Eppendorf [1]). Eine Bauerfrau in dieſem Dorfe hatte, um ihren Kohl, das derzeit wichtigſte Gemüſe [2]), beſſer gedeihen zu laſſen, bei dem Genuſſe des h. Abendmals die conſecrirte Hoſtie aus dem Munde genommen, und in ihrem Kohlgarten unter einem Kohlſtrauch begraben. Die Geiſtlichkeit im Kloſter des

1) Es iſt eine zu prüfende Conjectur, ob nicht zu dem Verbrechen der Zauberei Sodomie, Beſtialität, Päderaſtie, kurz alle Fleiſchesverbrechen, die man die ſtummen Sünden nannte, gezählt wurden, ſo wie auch etwa abortus procuratio als eine Art ſolcher Vergiftung galt.

2) Vgl. meinen Vortrag über Zurechnung § 84.

1) Vgl. auch Krabbe in unſerer Zeitſchrift I, 1 S. 72.

2) Vor der Einführung der Kartoffel beſtand das Hauptgemüſe in unſern Gegenden aus Kohl, woraus ſich die Benennung Kohlhof für Garten in jener Zeit erklärt.

Digitized by Google

Orts fand ſpäter bei der feierlichen Nachgrabung, daß die Wurzel dieſes Strauches wie ein Crucifix geformt war, „das Weib aber iſt von dem Recht mit dem Tod beſtraft worden.“ Das iſt Alles, was ich für unſeren Zweck in Staphorſt 4, 157 finde, und mehr haben Stelzner 2, 75 ff. und Schütze 2, 309 auch nicht.

Der nächſte Fall iſt v. J. 1521. Thraciger zu dieſem J., Stelzner 2,132 und die handſchriftlichen Delinquenten-Regiſter haben ihn faſt mit denſelben Worten: „1521 ward hier Einer lebendig verbrannt, der nannte ſich Doctor Viet, der hatte viel Bosheit verübet (eine Handſchrift ſagt mit Thraciger: viel ſeltſame Abenteuer ausgerichtet), auch ſich für eine Bademutter (Wehmutter Ms.) ausgegeben, und die Frauen in Kindesnöthen bedient.“ Alſo ein angeblicher Accoucheur, ein Doctor artis obstetriciae! Herr Profeſſor Krabbe in ſ. Historia Ecclesiae Evangelicae Hamburgi instauratae (Hamb. 1840. 4) p. 25 bemerkt über dieſen Fall: Quam densa fuerit usque ad hoc tempus et opaca nox, quae omnem prope disciplinarum literarumque lucem extinxerat, sanumque iudicium et liberum represserat et arcuerat, annales nostri eo ipso anno [quo civium animi evangelii luce collustrarentur] exemplum afferunt tristissimum. Ich meine aber, der Fall muß etwas anders aufgefaßt werden. Schon der Senator Günther erinnerte in einem in den Wöchentl. Gemeinn. Nachr. 1840 Juli 2 mit Recht wieder empfohlenen Aufſatze in den Addreß-Comtoir-Nachrichten vom 31. December 1781, daß die beſondere Strafwürdigkeit des Viet in den ihm beigemeſſenen Hexen- und Zauberkünſten von ſeinen Zeitgenoſſen gefunden iſt, und nicht etwa in dem von ungenauen Annaliſten ebenfalls hervorgehobenen Umſtande, daß er einige Weiber accouchirt hatte, wozu er übrigens weder den Beruf noch die Erlaubniß nachzuweiſen in Stande ſein mochte. Woher Soldan S. 326 die Notiz hat, daß Veythes (ſo nennt er ihn) Verbrechen darin beſtanden, er habe ein von der Hebamme bereits aufgegebenes Weib glücklich entbunden, ſagt er nicht.

Jedenfalls ſchmeckt ein ſpäterer Fall ſchon mehr und entſchiedener nach der Willkühr, von welcher das Geſetz ſelbſt nicht geachtet wird. Der erſte evangeliſche Märtyrer hieſiger Gegend war bekanntlich Henrich von Zütphen. Ein Hamburgiſcher Offizial

Digitized by Google

hat ihn durch ſeinen Vicar Johann Schnittger 1524 zum Feuertode verurtheilt. Das Urtheil lautete: Diſſe Böſewicht heft geprediget wedder de Moder Gottes vn wedder den chriſtliken Gloven, uth welkeren Orſaken ik ehm verordele wegen mines gnedigſten Biſchoppes tom Fuer[3]).

§ 11.

Sobald aber die Tortur ſich bei uns Eingang zu verſchaffen anfing, findet ſich gleichzeitig die bis dahin bei uns durchaus unerhörte Erſcheinung von Heren, die bisher nicht einmal dem Namen nach bei uns vorgekommen zu ſein ſcheinen, wie denn unſere Stadtrechte den Namen gar nicht kennen.

Man kann freilich einwenden, daß mit der Reformation ein größerer Religionseifer, ein lebendigerer und thätigerer Glaube auch in unſerer Stadt erwachte [1]), welche bis dahin auf eine ganz ungeheure Art in Unſittlichkeit und Brutalität verſunken war, ſo daß ſelbſt Fälle von Stuprationen in Kirchen vorkamen, anderer, an einem andern Ort zuſammenzuſtellender Beweiſe von ſittlicher Ausartung in hieſiger Stadt nicht zu gedenken[2]). Man kann

---

3) Vgl. Schütze 2, 312 Anm. 5.

1) Es iſt merkwürdig, daß auch Hugo Arnot in ſeiner Collection of Criminal Trials in Scotland from 1536 to 1784. Edinburgh, 1785. 4. pag. 347 ff. von Schottland bemerkt, es ſei dort von der Geſetzgebung gegen Zauberei zuerſt kurz vor der Reformation eingeſchritten, als die neuen religiöſen Begriffe ein lebhaftes Verlangen nach der Heilighaltung des Glaubens erzeugten. Zwar heißt es zugleich, es ſchienen die Geſetzgeber nicht an Heren geglaubt zu haben, doch das iſt wohl eine von den Bemerkungen, die man einem geringen hiſtoriſchen Takt zur Laſt legen muß, den der Vf. an mehreren Stellen ſeines ſonſt recht ſchätzbaren Werkes beurkundet. Von 14 hierher gehörigen Fällen, die er erzählt, iſt der älteſte von 1588, der letzte von 1722, in welchem aber nicht auf den Feuertod erkannt worden iſt. Die letzten ſieben ſind 1697 zum Feuer verurtheilt, ohne daß es erwieſen iſt, ob das Urtheil zur Vollziehung kam. Durch eine Parlamentsakte von 1735 ſind die Geſetze gegen Heren förmlich aufgehoben worden.

2) Man vergl. vorläufig meine Aphorismen über Lappenbergs Urkundenbuch § 15.

ferner ſagen, daß in den verfloſſenen Jahrhunderten die heidniſchen Zauberkünſte bei dem erkaltenden Einfluſſe des katholiſchen Chriſtenthums aufs Neue aus der alten, nicht ausgerotteten Wurzel Keime und Schößlinge getrieben hatten, welche eine ſtrengere Handhabung der Rechtspflege nothwendig machten, um das Uebel zu bekämpfen. Allein ſolche und ähnliche Inſtanzen reichen nicht aus, wenn man gewahr wird, wie frech nach der Reformation die Juſtiz ſich über alle Geſetzlichkeit hinwegſetzte. Man halte damit die bis jetzt für mich unwiderlegbar gebliebene Thatſache zuſammen, daß der älteſte Fall, wo die Tortur, bekanntlich ein Kind der Willkühr der Praxis bei uns, erweislich angewandt wurde, zugleich der älteſte Fall einer größeren Hexenverfolgung iſt. Am 16. Juli 1555 wurden von 14 Hexen, welche ſaßen, zwei zu Tode gepeinigt, und vier, worunter die Vögtin aus Hamm war, lebendig verbrannt[3]).

Gleich darauf folgt der Fall von 1556, wo auf Jacobi (25. Juli) ein Hexenmeiſter ſammt ſeinen Kameraden lebendig verbrannt wurde. Es wird die Zahl dieſer Opfer nicht angegeben.

Vielleicht gehört hierher der Fall aus einem meiner Delinquenten-Regiſter, wonach 1575 am 22. Auguſt Rolff Moller enthauptet, hiernächſt beim Gericht ins Feuer geworfen, und verbrannt wurde. Die Verbrechen werden freilich nicht angegeben.

Am 12. Auguſt 1576 wurden fünf Hexen verbrannt, deren Namen auf die Nachwelt gekommen ſind: Gretje von Erffert (Erfurt?), Frantje von Cöllen, Antje Heidenviecks, Gatje Beckmanns und Geſche Schweens.

Auch gehört gewiß hierher der 1580 am 25. Januar enthauptete und verbrannte Criſtallenguɗer „Balzer (Balthaſar) Aſchewadt.“ Die Criſtallomantie, das Weiſſagen aus einem Criſtallſpiegel, ward für eine Art Magie gehalten. (S. unten § 21 Anm. 2).

Danach wurden 1581 am 12. Auguſt ſechs Hexen lebendig verbrannt, 1583 März 18 eine,

„ Auguſt 26 fünf.

§ 12.

Der vorletzte Fall iſt für uns auch darum merkwürdig, weil er hier der älteſte iſt, von welchem auf unſerem Stadtarchiv noch

3) Vgl. meinen Vortrag über Tortur § 37.

Digitized by Google

Akten exiſtiren, oder mindeſtens vor dem Brande vom Mai 1842 exiſtirten. Die ganze Akte beſteht aber nur aus der in der Anlage A enthaltenen Urgicht, d. h. der auf der Folter gegebenen Ausſage der Angeſchuldigten Abelke Bleken vom 7. März 1583 [1]); denn was auf dem Archiv bei der Akte lag, ſind zwei offenbar anderen Proceſſen, und einer weit ſpäteren Zeit, nämlich 1678, angehörige Aktenſtücke.

In der Urgicht kann man nachleſen, was die Unglückliche am 7. März ausſagte, um ſchon am 18. März des Feuertodes zu ſterben. Allein weder die vorhergehende Procedur noch die Schnelligkeit der Execution haben irgend etwas Abſonderliches, was nicht in allen andern Criminalfällen der damaligen Zeit wahrzunehmen wäre. Es ſcheinen zu dem Strafurtheil ein Viehſterben auf der Landſtelle eines Rathsherrn Johann Huge in Ochſenwärder, und allerlei Unglücksfälle des dortigen Vogts Dirick Kleater die nächſten Urſachen geweſen zu ſein. Allein auch das iſt in jenen Zeiten nichts Ungewöhnliches, daß Verbrechen, von denen Rathmänner getroffen wurden, eine beſonders ſtrenge Ahndung erfuhren. Ich erinnere nur an den Knaben, dem 1581 der Kopf abgeſchlagen wurde, weil er einem Rathmann die Fenſter eingeworfen hatte [2]).

---

1) Nach dem, was Horſt in ſ. Dämonomagie mittheilt, iſt zu vermuthen, daß über den Proceß wider die Abelke Bleken überall kein anderes ſchriftliches Aktenſtück aufgenommen iſt. Man faßte ſich bei dieſen ſ. g. delictis exceptis kurz. Ueberhaupt darf nicht auſſer Acht gelaſſen werden, was von mir über das ſchriftliche Verfahren bei uns in meinen Aphorismen über Lappenberg's Urkundenbuch § 32 ausgeführt iſt.

2) Vgl. meinen Vortrag über Zurechnung § 90. — Daß Hexenverfolgungen insbeſondere da, wo es das Intereſſe Hochgeſtellter galt, eifriger betrieben wurden, ergiebt ſich auch aus den Unterſuchungsakten v. J. 1572, welche das ſchätzbare vaterländiſche Archiv des hiſtoriſchen Vereins für Niederſachſen, das in Hannover erſcheint, Jahrgang 1842 Heft 3 S. 278 ff. mitgetheilt hat. Dort freilich ſollte der allgemein verbreitete Zauberglaube noch auf eine andere Art ausgebeutet werden, indem der wüſte und unſittliche Herzog Erich von Braunſchweig-Lüneburg ihn benutzte, um von ſeiner

Digitized by Google

Die in dieſer Urgicht als gerechtfertigt erwähnte Geßke Swormſteden und als Gefangener genannte Peter Wenten, ſo wie die Leneke Peyners fehlen in meiner Sammlung, die ich alſo wenigſten noch um eine, vielleicht gar um zwei verbrannte Hexen vermehren muß. Es iſt übrigens auffallend, daß ſo häufig unſere Hexen vom Landgebiet ſind. Man kann ſich des Gedankens nicht erwehren, daß die dortigen Vögte, zumal wenn ſie ſich getroffen glaubten, zunächſt die Einleitung einer, dann wohl ſogleich zur Folterbank führenden Procedur verſchuldet haben mögen.

Im Jahre 1586 wurden am 8. Auguſt ein Kuhhirt aus Fuhlsbüttel und ein Bauer aus Moorwärder, am 13. deſſelben Monats ein Bauer aus dem Spadenlande wegen Hexerei lebendig verbrannt.

Hier verdient erwähnt zu werden, daß im darauf folgenden Jahre, 1587, in Hamburg die erſte Druckſchrift über den Gegenſtand erſchien, welche freilich für den Kenner der allgemeinen Geſchichte der Hexenverfolgungen nichts Neues darbietet, aber gleichwohl darum leſenswerth iſt, weil ſie auch für unſere Gegend die herrſchenden Zeitanſichten beſtätigt. Der Quartant führt den Titel: De Panurgia lamiarum, sagarum, strigum ac veneficarum totiusque cohortis magicae Cacodaemonia libri tres. Dat ys: Nödige vnd nütte vnderrichtinge I. Van der Töverſchen geſchwinden liſt und geſchicklicheit quadt to donde. II. Vnde dat Töverye eine düvelſche Sünde ſy, de wedder alle teyn Gebade Gades ſtrydet. III. Vnde, wo eine Chriſtlike Overicheit mit ſodanen gemeinen Fienden Minſchlikes geſlechtes

tugendhaften und frommen Gemalin, Sidonia, einer gebornen Herzogin von Sachſen, ſich trennen zu dürfen, und wenn ſie ſich nicht an den Kaiſer unmittelbar gewandt, und dieſer einen Vergleich vermittelt hätte, ſo wäre ſie gewiß als ein Opfer der damaligen Gerichts-Umtriebe gefallen. Die Mittheilungen in jenem Archiv über dieſen Fall bieten ein mannichfaltiges Intereſſe dar. Es iſt namentlich S. 314 ſehr treffend bemerkt, daß in der Regel vornehmere Frauen des Verbrechens der Hexerei nicht bezüchtigt, oder doch faſt ohne Ausnahme unſchuldig gefunden worden ſind. Auch die Hamburgiſche Praxis kann keinen Fall aufweiſen, daß eine vornehmere Frau der Zauberei auch nur beſchuldigt wäre.

Digitized by Google

vmmeghan ſchöle. Durch M. Samuelem Meigerium, Paſtoren tho Nordtorp in Holſtein. (Malachiä 3). Hinten ſteht: Gedrücket tho Hamborg dorch Hans Binder 1587. Es iſt das Buch ganz theologiſch gehalten, und für unſeren Zweck werthlos, auſſer als Beweis, wie ernſtlich auch in unſerer Gegend Nichtkatholiken an die Hexenkünſte und deren Strafbarkeit glaubten, ſo daß Soldan nicht bedurft hätte, die Verbreitung der Hexenverfolgungen auf Rechnung des Transmontanismus und der Inquiſition zu bringen.

§ 13.

Im Jahre 1589 wurde ein Hausmann aus Billwärder, Namens Wilcken Vette, den die Delinquentenliſten als einen Hexenmeiſter bezeichnen, lebendig verbrannt. Dies geſchah am Dienſtag den 11. März, die N. G. Findung, die ich nicht habe auffinden können, erging am 5., das Raths-Erkenntniß am 7. März. Dies lautet folgendermaaßen:

Auf angeſtellte Klage des Rechten gegen und wider Wilcken Vetten, Gefangenen und Angeklagten, erkennt E. E. Rath zu Recht: Daß die am jüngſt verwichenen Mittwoch im N. G. ergangene Findung billig zu reformiren und zu erklären, als E. E. Rath dieſelbe hiermit reformirt und erklärt, dergeſtalt und alſo: Daß der Gefangene Wilcken Vette ſeiner Mishandlung halber mit Feuer am Leben beſtraft und verbrannt werden ſoll. V. V. R. W. Pronunc. Veneris 7. Mart. 1589.

Dazu gehört denn noch das Erkenntniß wider deſſen verſtorbene Frau, worüber ich Alles, was ich beſitze, in meinem Vortrage über Zurechnung § 101 mittheile.

Hierauf folgen die beiden Fälle von 1591 Januar wegen Metke Poleuer und 1594 November wegen Lemken Nipers, alias Cordes, wovon ich aus dem N. G. Ordelbuche von 1588 die N. G. Findungen in der Beilage B gebe, weil ſie die älteſten über Hexen ſind, die ich bis jetzt habe auffinden können. Damit ſteht die Notiz in einem Delinquenten-Regiſter in Verbindung: 1594 den Freitag nach St. Catharinen (dies müßte, da St. Catharinen der 25. November und die Findung vom Mittwoch den 27. iſt, der 29. November geweſen, alſo an demſelben Tage, da das Urtheil des Senats erging, daſſelbe voll-

Digitized by Google

zogen ſein) ward Gretje Wippers, als ſie in der Hechte geſtorben, todt hinausgeführt vor Gericht und allda verbrannt.

Aus den N. G. Findungen erſieht man:

1. Daß damals Gericht, Angeklagte und Vertheidiger[1]) wirklich geglaubt haben müſſen, durch ein Bündniß oder eine Buhlſchaft mit dem Satan ließe ſich mittelſt eines Krautes Weide und Vieh vergiften und bezaubern. Das Kraut mag etwa das in der Urgicht der Bleken ſogenannte Ratzenkraut geweſen ſein, was den Botanikern überlaſſen bleiben muß, auszumitteln[2]).

2. Daß man die Handhaftigkeit als die geſetzliche Bedingung der ordentlichen Feuerſtrafe gänzlich aufgegeben, und zum Beweiſe des Verbrechens ſogar ſchon das bloße Bekenntniß, ja das durch die Tortur abgepreßte Bekenntniß ohne alle weitere Erhebung des Thatbeſtandes für genügend erachtete. Es iſt bemerkenswerth, daß es ſelbſt dem Vertheidiger in beiden Fällen nicht in den Sinn gekommen iſt, in dieſer Hinſicht eine Einrede zu erheben. Vielmehr ſcheint die Schwäche der Defenſion faſt darzuthun, daß man ſich kaum getraute, ſich eines Teufelskindes anzunehmen, wofür der allgemeine Volksglaube eine ſolche Angeklagte halten mochte[3]).

3. Daß man ſich überhaupt gänzlich über unſere Stadtrechte hinwegſetzte, und ſich des davon abweichenden Sachſenſpiegels bediente, um die Findung zu coloriren.

---

1) Es iſt für die Zeit charakteriſtiſch, daß im Niedergerichtlichen Ordelbuche von 1588 der Defenſor bei den wichtigeren Criminalfällen ſelten unterließ anzuführen, der arme Gefangene ſei vom Satan verleitet.

2) Dr. Dittmer im Sachſen- und Holſtenrecht S. 158 überſetzt Rottenkrud mit Ratzenpulver, Arſenik! Aber wie reimt ſich dort damit der Ausdruck mit undergehakeden Rottenkrude? Das Beiwort paßt nicht auf Pulver, ſondern auf Kraut. Ebenſo wenig läßt ſich, was in dem Falle von Breckewoldt (ſ. Zurechnung § 102) über Rattenkraut vorkommt, durchaus auf Arſenik beziehen.

3) In Horſt's Dämonomagie findet ſich Th. 2 S. 413 ff. ein merkwürdiges Beiſpiel von einer ſolchen Beſorgniß, ſich für ein Teufelskind zu verwenden, in der Bittſchrift eines Geiſtlichen in Weilburg für ſeinen Schwager im J. 1664.

Digitized by Google

§ 14.

Im Jahr 1597 erſchien hier bei Theodoſius Wolderus ein Buch, woraus eine ausführliche Mittheilung um ſo nothwendiger iſt, weil ſie über das Detail der gerichtlichen Anſichten unſerer Gegend ein größeres Licht verbreiten wird, und das Buch bisher zu dem Zweck nirgends benutzt iſt. Der ausführliche Titel des Oktavbandes iſt: Hardewici a Dassell J. C. Responsum iuris in causa poenali maleficarum Winsiensium, pro defensione innoxiarum et condemnatione nocentum, ne quisquam ante iudicium iniuste innocenterque condemnetur: ad requisitionem quorumdam Dominorum et amicorum, iuris iustitiaeque amantium, conscriptum. Am Schluſſe des Buches heißt es Datum Luneburg. Ultimo Junii die. Anno 1597. Es iſt vielleicht nicht überflüſſig, zu erwähnen, daß ich trotz aller Nachforſchungen das Buch weder in Lüneburg noch in Hamburg habe ausfindig machen können. Die Kieler Univerſitäts-Bibliothek beſitzt zwei Exemplare, die aber beide anderen Büchern beigebunden ſind. Ich verdanke der gütigen Vermittelung meines mir verſchwägerten Freundes, des Herrn Doctor und Profeſſor Mau in Kiel, die Lectüre eines dieſer Exemplare, woraus der nachſtehende Auszug entſtanden iſt.

Der Juriſt von Daſſell will nach der Vorrede ſein Gutachten auf die Beantwortung der drei Fragen beſchränken:

1. Ob Weiber, der Giftmiſcherei angeklagt und gefangen, gefoltert werden dürfen, wenn auf andere Art die Wahrheit nicht zu ermitteln iſt?

2. Ob, wenn ſie auf der Tortur nicht bekennen, ſie freizuſprechen oder zu verurtheilen, oder was ſonſt zu thun iſt?

3. Ob die kalte Waſſerprobe bei Hexen anwendbar, und eine geeignete Anzeige ihrer Schuld oder Unſchuld iſt?

Der Winſener Fall wird nicht weiter als mit den Worten haec ardua capitalis causa charakteriſirt. Sodann bemerkt der Verf., daß, weil Weiber der Art durch Hülfe des Teufels ſo gefühllos gegen die Schmerzen der Folter gemacht würden, daß ſie ſich lieber Glied für Glied abreiſſen ließen, als die Wahrheit zu geſtehen, wie Jacobus Sprenger in ſeinem Malleus malefica-

Digitized by Google

rum [1]) ſage, der Richter daher bei ſolchen Frauensperſonen nicht mit der Tortur eilen, ſondern erſt andere Wege zur Erforſchung der Wahrheit einſchlagen, jedoch die Tortur nicht ganz auſſer Acht laſſen müſſe. Er bezieht ſich desfalls auf die Compilation des Malleus maleficarum Part. 3 quaest. 13 u. 22. Da aber in dem vorliegenden Falle die Giftmiſcherinnen ſchon gefoltert wären, und nichts geſtanden hätten, ſo wendet er ſich ſofort zur zweiten Frage. Auf den erſten Anblick müſſe man ſagen, daß ſie zu abſolviren wären, weil nichts Erhebliches gegen ſie ſpreche. Denn das gegen ſie entſtandene und noch beſtehende Gerücht genüge nicht einmal zur Tortur, wenn es nicht ſchon eine Zeit gedauert hätte und Skandal veranlaſſe. Nur weil andere Momente hinzutraten, wären ſie mit Recht gefoltert. Unter dieſen ſei beſonders erheblich das Zeugniß von anderen hingerichteten Verbrecherinnen [2]) über ihre Gemeinſchaft, an verſchiedenen Orten abgelegt, mit genauer Angabe einzelner Umſtände. Zwar wollten ſolche Zeugniſſe über Thatſachen nicht viel ſagen, wo ſie ſelbſt durch den Teufel getäuſcht ſchienen. Dahin gehöre die Verläugnung Gottes, Annehmung und Buhlerei des böſen Geiſtes, Miteinanderfahren, Zuſammenkommen, Zechen, Tanzen, Schadenthun u. dgl. Denn nicht Alles geſchehe davon wirklich, ſondern die Hexen bildeten ſich ein, daß dergleichen geſchehe. Selbſt der Beiſchlaf mit dem Böſen begegne honetten und rechtlichen Frauen häufig in der Einbildung. Ohnehin ſei die Angabe einer Mitſchuldigen immer als

1) Soldan handelt S. 215 von dieſem Malleus maleficarum, der dem in Innocenz VIII. Bulle (ſ. oben § 1 Anm. 3) erwähnten Jacob Sprenger, einem für die Rheingegenden beſtellten päpſtlichen Inquisitor haereticae pravitatis, zugeſchrieben wird. Der Malleus erſchien zuerſt gedruckt 1489. Damhouder in ſ. Praxis rerum criminalium, einem auch in Hamburg vielfach benutzten Buche, erklärt vom Malleus, daß er pro lege apud omnes habeatur.

2) Auch in dem Processus iuridicus contra Sagas et Veneficos, d. i.: Ein rechtlicher Proceß ꝛc. von P. Paulus Laymann, und aus dem Lat. überſ. Cöln 1629 4., wird die Zauberei zu den criminibus exceptis gerechnet, in denen ein beſonderer Proceß ſtatthaft ſei. Da wird es namentlich S. 11. 12 vertheidigt, daß man zur Tortur ſchreiten könne, wenn zwei oder drei Complicen auf Jemanden bekannt haben.

Digitized by Google

das unbeeidigte Bekenntniß einer persona turpis anzuſehen. Auch die Zahl ſolcher Zeugen thue nichts zur Sache, wenn deren in unſerem Falle ſelbſt acht oder mehr ausgeſagt hätten. Es würde erforderlich ſein, daß ſie, nachdem ſie unter der Folter geſtanden, beeidigt, dann auf's Neue auf die Tortur gebracht, und daſelbſt bei ihrer Ausſage verblieben wären.

Allein nichtsdeſtoweniger wären im vorliegenden Falle die Weiber zu foltern, weil ſie wirklich mit andern Hexen Umgang und Freundſchaft gepflogen, weil andere Hexen ſie als Genoſſinnen bezeichnet, und allerdings die große Zahl dieſer Anklagezeugen bei ſolchen Ausnahmsverbrechen eine genügende Anzeige zur Tortur abgebe. Auch ſtehe es ihnen entgegen, daß ſie Anfangs auf das Hartnäckigſte geläugnet, nachher aber geſtanden haben, daß ihnen das Verbrechen ſchon früher vorgeworfen ſei. Ferner ſtehe ihnen ein ſehr dringendes Gerücht (fama valde vehemens) entgegen. Somit werde die Torturanwendung gerechtfertigt.

Sie müßten jedoch, da ſie nichts geſtanden, nach allgemeinen Grundſätzen abſolvirt und freigelaſſen werden; denn das Beſtehen der Tortur habe alle gegen ſie erhobenen Indicien niedergeſchlagen. Nichtsdeſtoweniger ſei der vorliegende Fall anders zu entſcheiden. Es liegt ein geheimes Verbrechen vor, die Hexen ergeben ſich dem Teufel heimlich, kommen Nachts zu den Spielen zuſammen, und verüben die Uebelthaten auch meiſt heimlich, ut notum est. Bei heimlichen und verborgenen Handlungen iſt kein voller Beweis erforderlich, Muthmaaßungen, Wahrſcheinlichkeitsgründe, Anzeigen erſetzen in einem ſolchen Falle den vollen Beweis, und es kann bei heimlichen Verbrechen ſogar auf eine Todesſtrafe erkannt werden. Daſſell ſtellt hier dann wieder alle bisher ſchon vorgekommenen Momente und zwar nun als ſehr erheblich zuſammen, und erklärt ſich namentlich für die Relevanz der unter der Folter erpreßten Zeugniſſe der Theilnahme. Dazu liegt auch ihm ein adhuc vehemens adminiculum darin, daß ſolche Angeklagte weder vor, noch während, noch nach der Tortur hätten weinen, und doch nichts geſtehen können [3]). Weiber wären ſonſt weich.

3) Es war eine allgemeine Anſicht der damaligen Gerichtspraxis, daß Hexen nicht weinen könnten. Man leſe das Detail bei Soldan S. 269 und 282.

Digitized by Google

Es bleibe nur, quod ex maleficio penes se retento, quod variis modis procurari potest et gestari, non tantum in vestimentis insutum, vel alicui parti corporis appensum, sed in pilis etiam et subter cute, vel solis verbis submisse prolatis sensibilitas constringi, ita ut omnes cruciatus quaestionum elidantur penitus. So kommt er denn § 46 zu dem Reſultat, daß ſie ſchuldig ſind, wobei es an Wiederholungen des bereits Geſagten nicht fehlt, und überall Citate hinzugefügt werden. Er meint aber, es ſei hier lebenswieriges Gefängniß anwendbar, zumal da incarcerata non poterit evadere et nocere, quia divina iustitia tunc non permittit daemoni naturalem potentiam exercere incarceratis. Auch räth er, erſt noch einen Verſuch zu machen, um allenfalls durch eine abermalige Anwendung der Folter ein Geſtändniß zu erzielen, was er aus allerlei Gründen zu rechtfertigen ſucht, zumal wegen der neuen Indicie, da die Weiber bei der Marter nicht hätten weinen können. Geſtänden ſie dann, ſo müßte die ordinäre Feuerſtrafe eintreten.

Um aber zu verhüten, daß ſie auch bei einer zweiten Tortur propter taciturnitatis maleficium nichts geſtehen würden, ſo räth er, vorher einige Cautelen anzuwenden, nämlich Vorſtellungen durch honette Perſonen, Umkleidung durch honette Frauen, um zu verhüten, daß ſie nicht in Kleidern oder Haaren ein Amulet verſteckten. Imo si ita videbitur, pili et crines ex omni parte corporis abradantur et laventur. Comperisse enim se dicunt, quod interdum in pilis teneant maleficium pro taciturnitate, et quandoque in locis secretissimis non nominandis [4]). Man laſſe ſie ferner erſt binden, und der Richter verſuche bei der Zurüſtung der Marterwerkzeuge, ſie zum freien Geſtändniſſe zu bringen. Und ſo geht es mit der empörenden Anleitung fort, wobei er denn behauptet, wenn keine gelinde Tortur fruchte, § 65 debet de istis maleficis et similibus acerrima fieri indagatio, und die ſcheußlichſten Mittel, ein Geſtändniß zu erſchleichen, empfiehlt. Wenn die Gefangenen nämlich nicht durch Schrecken ihre Hartnäckigkeit aufzugeben veranlaßt werden, ſo ſoll man ihnen einen Termin auf den zweiten oder dritten Tag

4) Vgl. Soldan S. 268.

zur Fortſetzung der Tortur ſetzen, und die Henker pflegen der Vorſicht wegen zu proteſtiren, und der Richter zu interloquiren, daß ſie einſtweilen, mit der angefangenen, aber nicht vollendeten Tortur Anſtand nähmen, und am folgenden Tage fortfahren würden. Was darum geſchieht, weil eigentlich die Tortur nur auf neu hinzukommende Indicien erneuert werden darf. In der Zwiſchenzeit ſorgt der Richter dafür, daß die Gefolterten nicht allein bleiben, weil ſie ſonſt vom Teufel heimgeſucht und zum Selbſtmord gereizt werden [5]). An dem anberaumten Tage muß der Richter ſie abermals gehörig ermahnen, und über alle einzelnen Umſtände befragen. Verbleiben ſie beim Läugnen, ſo läßt er ſie auf die Folter bringen, und, während ſie in die Höhe geſchroben werden (dum a terra elevantur), läßt er die Ausſagen ihrer Genoſſen oder Zeugen mit Unterdrückung der Namen [6]) ihnen vorleſen, und ſagt ihnen: Ihr ſeht, daß ihr durch Zeugen überführt ſeid.

Wenn das Alles noch nicht hilft, ſo darf man ſie noch nicht loslaſſen, ſondern ſchafft ſie, von einander abgeſondert, nach einem entfernten Verwahrungsort (castrum), und wenn ſie dort mehrere Tage geweſen ſind, giebt der Caſtellan eine weite Reiſe vor, und muß inzwiſchen einige Weiber abſchicken, ſie zu beſuchen, ſich mit ihnen zu unterhalten, und ihnen zu verſprechen, ſie wollten ihnen ihre Freiheit verſchaffen, wenn ſie ihnen nur in einigen Kunſtgriffen Unterricht ertheilten. Denn auf dieſe Weiſe ſind ſchon Manche zum Geſtändniß gebracht worden. Führt das Alles aber nicht zum Ziele, ſo kann der Richter ihnen anzeigen, daß ſie trotz ihres hartnäckigen Läugnens ſchon zum Tode verurtheilt ſind, und, wenn die Umſtände es erlauben, ſie zur Hinrichtung führen, nicht aber wirklich hinrichten laſſen, um ſie ſo zur Reue zu bringen, womit man ſich auf Salomons Beiſpiel berufen darf.

Wenn der Richter mit allen dieſen Verſuchen nichts ausrichtet, ſo muß er ſie fragen, ob ſie ſich der glühenden Eiſen-

5) Es kann gar nicht auffallen, daß bei ſolchen Inquiſitionen der Selbſtmord häufig vorkam. Beiſpiele bei Soldan S. 272.

6) Dies iſt auch der Grundſatz des Malleus maleficarum, und ſchon von dem Concil zu Narbonne ausgeſprochen, 1243, alſo zeitgemäßes Princip. Vgl. Soldan S. 220 u. 263.

Digitized by Google

oder kalten Waſſer-Probe ausſetzen wollen? Sie werden vielleicht Ja antworten; denn alle Hexen meinen durch den Teufel gegen jede Verletzung geſichert zu ſein, und werden grade daran als wirkliche Hexen erkannt. Aber der Richter muß einfach entgegnen, daß er ſich auf eine ſo bedenkliche Sache nicht einlaſſen dürfe, geſtatten darf er eine ſolche Reinigung als ein vom Teufel erſonnenes Blendwerk nicht. Daſſell ſucht dieſe Unſtatthaftigkeit mit großer Breite darzuthun § 73 — 89. Dann ſchließt er ſein Reſponſum, das er auf Veranlaſſung einiger Freunde ertheilt haben will, damit, daß er den Richter in Erwirkung eines Geſtändniſſes von den Hexen zur äuſſerſten Sorgfalt ermahnt, und wenn dieſes erfolge, müſſe die gewöhnliche Feuerſtrafe eintreten. Iſt kein Geſtändniß zu erzwingen, ſo darf er ſie nicht freilaſſen, ſondern nichts deſtoweniger lebenswierig einſperren, wo ſie denn vielleicht durch den Dunſt des Gefängniſſes [7]) zum Geſtändniſſe gebracht werden, oder neue Indicien auftauchen, wo der Richter weiß, was er zu thun hat [8]).

§ 15.

Wie wenig Widerſpruch dieſe ungeſcheut hingeſtellten, ſchrecklichen Lehren bei den Zeitgenoſſen überhaupt, und insbeſondere „bei den Liebhabern des Rechts und der Gerechtigkeit", für welche Daſſell geſchrieben zu haben erklärte, gefunden haben, beweiſt ſich

---

7) Carceris squalor ſcheint damals ein techniſcher Ausdruck geweſen zu ſein, wenigſtens kommt er häufig vor, und erinnert an den ſchrecklichen Zuſtand der damaligen Detentionsgefängniſſe, namentlich der für Hexen eigends eingerichteten ſ. g. Hexenthürme. Vgl. darüber das Detail bei Soldan S. 260 ff. Mir iſt ein ſolcher in unſerer Gegend nicht bekannt. Ob in der Findung des Kloſter-Vogteigerichts in Lübeck, die Dr. Dittmer in ſ. Holſten- und Saſſenrecht S. 146. 47 mittheilt, de Torne tho Gaertze ein ſolcher iſt, vermag ich nicht zu entſcheiden. Nach dem bloßen Zuſammenhange zu urtheilen, ſcheint es ein Gefängniß für der Zauberei Angeklagte geweſen zu ſein.

8) Vgl. zu dieſer Darſtellung das ganze vierzehnte Kapitel bei Soldan, der über das gegen Hexen übliche Verfahren ähnliche Umſtände mittheilt.

Digitized by Google

daraus, daß, ſo viel mir bekannt iſt, weder hier, am Druckorte, noch in der Gegend ſich auch nur eine einzige Feder eines Zeitgenoſſen in Bewegung ſetzte, um die Geſetzwidrigkeit und Verwerflichkeit, oder die ſcheußlichen Wirkungen ſolcher Theorien zu zeigen. Dies iſt um ſo auffallender, da grade in Hamburg ſich die Literatur auch noch ferner mit dieſer Materie beſchäftigte. Schon 1599 erſchien hier nämlich in Quart ein tractatus des Doctor der Medicin, Johann Bokel: **De philtris, utrum animi hominum his commoveantur nec ne**, den ich mir leider bisher nicht habe verſchaffen können. Uebrigens bedarf es für uns keiner weiteren Urtheile der damaligen Doctrin, weil die Gerichtspraxis des ſiebzehnten Jahrhunderts hinreichende Beiſpiele liefert, woraus der Einklang derſelben mit jenen Theorien ſich ergiebt. Daß Weier's Bemühungen (ſ. oben § 2) in Hamburg wenn nicht unbekannt, doch vergeblich und fruchtlos geblieben waren, darf nicht Wunder nehmen, da die Criminalpraxis der damaligen Zeit überhaupt bei uns nach Daſſell'ſcher Manier für alle Straffälle zugeſtutzt war. Man brauchte nur daran zu glauben, daß Verbrechen der Art, wie man ſie allgemein derzeit Heren Schuld gab, wirklich exiſtirten, man brauchte ferner die ſchärfſte Ermittelung und Beſtrafung dieſer Teufelsbündniſſe nur als Pflicht zu erkennen, und die Anwendung der Tortur und Strafprocedur auf die beſonderen Verbrechen der Heren ergab ſich von ſelbſt, und war keineswegs eine iſolirte oder ſinguläre Erſcheinung. Es machte ſich hier wie dort der weltliche Zeitgeiſt geltend, deſſen Forderungen bekanntlich zu allen Zeiten gewaltig ſind, er mag in dem Dienſte, welches Dämon er immer wolle, ſtehen.

§ 16.

Jetzt trat die Herrſchaft unſers neueſten Stadtrechts von 1603 oder 1605 dazwiſchen, und ſehen wir, was es über die Tyrannei der Praxis vermochte.

Es heißt IV, 2 daſelbſt:

Die Zauberer und Zauberinnen, die mit verbotenen Mitteln dem Menſchen oder dem Vieh an Leib und Leben Schaden zufügen, oder auch, die aus böſem Vorſatz von Gott und ſeinem heiligen Wort vergeſſentlich abtreten, und mit dem böſen Feinde

ſonderbare hochärgerliche Verbündniſſe machen, werden, nach Gelegenheit ihrer beweislichen Verwirkung, mit Feuer oder mit dem Schwert am Leben geſtraft.

Was zuerſt die Quelle dieſes neuen Geſetzes anbetrifft, ſo muß ich mich bei genauerer Prüfung hier ſowohl gegen Diejenigen erklären, welche ſie allein in der Carolina[1]), oder allein im Römiſchen Rechte[2]) oder in beiden und unſeren älteren Stadtrechten[3]) finden wollen.

Es wird ſich dies aus einer genaueren Analyſe des Geſetzes von ſelbſt ergeben.

Das Geſetz von 1605 unterſcheidet zweierlei Verbrechen, welche nur in dem Merkmal zuſammentreffen, daß ſie blos von Perſonen verübt werden, welche aus den Zauberkünſten eine Profeſſion, ein Geſchäft machen. Im Allgemeinen erklärt es ſtillſchweigend Zauberer und Zauberinnen an ſich ſtraflos, und es iſt dabei zu erwähnen, daß es in Uebereinſtimmung mit unſeren älteren Stadtrechten ſich des Namens „Hexen" nicht bedient, der, wie wir geſehen haben, in der Praxis gang und gebe war.

Das neueſte Geſetz will nur zwei Klaſſen von Zauberern und Zauberinnen mit Strafe belegen. Wir werden dieſe Klaſſen etwas näher beleuchten müſſen.

---

1) Die ganze Anmerkung im N. Arch. f. Crimr. 6, 406 Anm. 4, bedarf einer Berichtigung. Daß der Artikel nicht aus der Carolina gefloſſen iſt, wird von mir nachgewieſen werden. Die wörtliche Uebereinſtimmung des Stadtrechts von 1270 XII, 8 mit dem Sächſiſchen Landrecht (2, 14 lies 13) iſt bereits früher von mir widerlegt (ſ. § 4 ff). Endlich kann ein genaues Studium des Sachſenſpiegels in Vergleichung mit unſerem älteſten Stadtrecht nicht wohl auf die Ueberzeugung führen, daß Eichhorn's Meinung, man ſei meiſt erſt durch die Rechtsbücher auf die Abfaſſung der Stadt- und Landrechte geführt worden, unbedingte Anwendung auf Hamburg erleide. Ich behalte mir eine weitere Ausführung dieſes Gegenſtandes vor.

2) Klefeker Samml. Hamb. Geſ. 5, 492.

3) Weſtphalen und Gries Commentar 2, 331 und 374. Vgl. dieſe Anſicht modificirt in der Ausg. des neueſten Statuts von 1842 S. LVI.

§ 17.

I. Die erſte Klaſſe begreift ſolche Zauberer und Zauberinnen, welche

1. ſich zu ihren Zauberkünſten verbotener Mittel bedienen, und

2. damit dem Menſchen oder dem Vieh, und zwar

3. an Leib und Leben

4. wirklichen Schaden zufügen.

Das Geſetz räumt ein, daß es Mittel giebt, welche unverboten ſind, und deren ſich die Zauberer und Zauberinnen ungeſtraft bedienen können. Es huldigte hierin den Anſichten der Zeit, welche ſelbſt noch 1768 auf Klefeker und Aerzte aus deſſen Periode ihren Einfluß geltend gemacht haben. In des Erſteren Samml. Hamb. Geſ. 5, 489 findet ſich folgende Stelle:

„Noch Eins muß ich hier jedoch bei dem Artikel von Zaubern und von Kuren, welche bedenklich ſind, anführen. Und ich thue es nach der Anleitung eines gründlichen und belobten Medici, der dieſe Sammlung lieſet, und mir mit ſeiner Aufmerkſamkeit hierin zuvorgekommen iſt. Ich meine den Satz, daß Sympathie und Zauberei gar leicht, aus Mangel der gehörigen Kenntniß, mit einander können verwechſelt werden. Letztere wird, wie gedacht, Niemand in unſeren Zeiten mehr zugeben; erſtere wird aber wohl nicht abgeläugnet werden können. Vielleicht möchte Alles, was man vorhin für Zauberei gehalten, nach genauer Unterſuchung, nichts anders als eine Wirkung der **Sympathie** geweſen ſein. Dieſe iſt alsdann möglich, wenn die Effluvia eines Körpers noch nicht in ihrem urſprünglichen Zuſammenhange getrennt ſind; wie ſolches beſonders mit dem Experimente des berühmten Dygbi oder Dygbui erhellet, welcher nicht allein Verblutungen der Wunden, ſondern auch andere Blutflüſſe aller Art, mit ſeinem aus calcinirtem Vitriol verfertigten Pulver, ſobald er das warme Blut des Kranken mit demſelben über glühenden Kohlen trocknen laſſen, geſtillet hat. Auſſerdem iſt bekannt, wie die Zahnſchmerzen zuweilen in Bäume verpflanzt worden, Bruchſchäden durch Hülfe geſpalteter Bäume geneſen, und was dergleichen bekannte Erfahrungen mehr ſind. So wie

nun aber auf dieſe Weiſe heilſame Wirkungen hervorzubringen ſtehen, alſo können auch Schaden und Nachtheil dadurch verurſacht werden. Dahin gehören die berüchtigten Künſte Derer, welche die Bienen pflegen. Sie fügen Denen, die ihre Körbe beſtohlen, allerlei Schaden an ihrem Leibe zu, wenn ſie anders früh genug nach dem begangenen Diebſtahl über die Fußſtapfen der Thäter kommen können. Man darf daher auch die ohne ſichtbare Mittel verurſachten Schäden des menſchlichen Körpers, wie ehedeſſen geſchehen, nicht für Zauberei erklären. Die Sympathie, welche eine Kunſt iſt, vermöge der Ausdünſtungen eines Körpers Veränderungen in demſelben hervorzubringen, iſt ſchon hinreichend genug, dergleichen zu veranſtalten. Der ſtärkſte Beweis für die Wahrheit dieſer Kunſt kann aus den Wirkungen des Magnets und des Bernſteins hergeleitet werden."

Es iſt nicht ſchwer, in dieſem Räſonnement wiederum den Zauberglauben, wie ich ihn (§ 1) näher definirt habe, zu erkennen. Klefeker räumt die Sache ein, nur nicht den Namen. Dieſer Glaube herrſcht noch unter uns. Wir haben vor nicht langer Zeit es ſelbſt erlebt, daß Schaaren von Patienten nach einem Weibe in Barmbeck, und noch im Sommer 1843 nach einem Sterngucker in Eimsbüttel hinauspilgerten, um unter dem Einfluſſe der Geſtirne curirt zu werden. Ebenſo meinten unlängſt Zahnleidende in Menge hier in Hamburg die Geneſung von ihrem fürchterlichen Schmerze dadurch zu erlangen, daß ein unwiſſender Handwerker ihre Namen eigenhändig in ſein Buch ſchrieb. Befindet ſich die Anwendung der geheimen Kräfte des thieriſchen Magnetismus, der Electricität, ja ſelbſt der Homöopathie und der Hydropathie in den Händen unwiſſenſchaftlicher Empiriker, und man hegt zu den unlogiſchen, irrationellen Abſtractionen aus ſingulären Erfahrungen ein ſo blindes Vertrauen, daß man ſich lieber Wurm- und Waſſer-Doctoren überläßt, als akademiſchen Aerzten: wie will man das Alles anders bezeichnen, als mit dem techniſchen Namen des Zauberglaubens, deſſen Herrſchaft grade im Gebiete des bloßen Materialismus niemals wird entthront werden können? Iſt es doch ſogar eine unbeſtreitbare Thatſache, daß noch in unſerer allerneueſten Zeit, wo die Unbekanntſchaft mit dem poſitiven Bibelglauben und eine falſche Aufklärerei weit

Digitized by Google

unter dem hieſigen Volke um ſich gegriffen hat, der Gebrauch, vielleicht bewußtlos und mechaniſch, ſich erhalten hat, in der Walpurgisnacht mit Kreide an die Hausthüren Kreuze zu machen, in dem Wahn, dadurch das Eindringen des auf Beſenſtielen reitenden, auf dem Blocksberge den Maitanz feiernden Hexenheeres durch den Schornſtein zu verhüten! Ja noch im J. 1843 meldet die Augsburger Allgemeine Zeitung unterm 19. Januar aus Poſen, daß in dortiger Nähe eine alte Frau vom Volke für eine Hexe erklärt und ſchwer gemishandelt ſei.

Man ſieht alſo, daß die Fortſchritte in den Erfahrungswiſſenſchaften an ſich nicht den Zauberglauben im Stande geweſen ſind auszurotten, und daß etwa nur in der Art der Mittel, die man für geeignet hielt, beſondere Zauberwirkungen hervorzubringen, der Zeitgeiſt oder die Mode gewechſelt hat.

Nun hat aber das Geſetz von 1605 unbeſtimmt gelaſſen, welche von dieſen zahlloſen und immer wieder neu auftauchenden Geheimmitteln es für verboten erachtete. Dieſe Unbeſtimmtheit iſt um ſo bedeutender, da es nicht einmal beiſpielweiſe nach dem Vorgange der älteren Stadtrechte des Gifts gedenkt. Man muß annehmen, daß es abſichtlich unterlaſſen hat, hier den Fall der Vergiftung ſpeciell hervorzuheben, da es ſonſt ſich inſofern wiederum an die Stadtrechte von 1270, 1276, 1292 und 1497 anlehnt, indem es gleich nach der Zauberei die Strafe der Verräther beſtimmt. Freilich iſt durch dieſe Omiſſion ein anderer Uebelſtand veranlaßt worden. Will man das Verbrechen der Vergiftung nicht, was man wohl nicht kann, unter die Sphäre des zweiten Artikels bringen, ſo iſt deſſelben im neueſten Statut nirgends ſpeciell gedacht; denn die beiläufige Beſtimmung beim Eltern- und Kindermord im Art. 23 kann unmöglich zur Conſtruction einer Lehre des Verbrechens der Giftmiſcherei ausreichen. Es bleibt ſomit wohl nichts übrig, als anzunehmen, daß der Ausdruck „verbotene Mittel" im Art. 2 auch Gifte begreift, und daß man derſelben nur um deswillen nicht mehr, wie in den früheren Statuten, gedachte, um nicht dadurch die Sphäre der verbotenen Mittel zu beengen, und dieſe etwa auf die für Menſchenleben beſonders gefährlichen, oder mit einem Worte auf ſolche Mittel zu beſchränken, welche mit den Giften auf derſelben Linie ſtehen.

Digitized by Google

Dabei iſt es bemerkenswerth, daß ſich weder bis 1603 noch ſelbſt ſpäter unſere Legislation mit dem Erlaß ſpecieller Verbote befaßt hat, die hierher bezogen werden könnten. Auch iſt es unbekannt, welche Mittel von der Praxis etwa als verboten angeſehen worden ſein mögen, es ſei denn, daß man in den ſpäter mitzutheilenden Zuſätzen des Syndicus Möller (§ 21) den damaligen Gerichtsgebrauch erkennen will. Das erſte Mandat der Art iſt vom 13. Januar 1762 (Mandaten Samml. 4, 2297)[1]), und darin werden „das ſogenannte Wahrſagen, Kaffeekucken, Nachweiſen, und dergleichen Zeichendeutungen als offenbare Betrügereien, womit boshafte, gewinnſüchtige Landſtreicher die einfältigen und zugleich gottvergeſſenen Thoren, welche ihnen in die Hände gerathen, zu hintergehen pflegen," wie „dergleichen heidniſcher Aberglaube in keinem chriſtlichen Staate zu dulden ſei," mit den empfindlichſten Strafen, an Geld, Ehre und Leib, oder nach der Größe des Verbrechens, mit dem fiscaliſchen Proceſſe bedroht werden. Durch dieſes Mandat wird der Begriff verbotener Mittel allerdings ſehr erweitert, und ſelbſt an ſich unſchädliche unter dem Geſichtspunkt von Betrügereien für ſtrafbar erklärt. Es iſt hier nicht der Ort, vom Standpunkt der Politik und Geſchichte dieſes Mandat zu kritiſiren. Sonſt möchte ſich gegen die freilich ſehr alte Auffaſſung des Wahrſagens und Zeichendeutens als offenbarer Betrugsarten (ſ. unten § 21) ebenſo viel erinnern laſſen, als gegen die dieſer Künſte als heidniſchen Aberglaubens. Es verräth das Mandat vielmehr weder von dem Criminalrecht noch von der Theologie genügende Kentniſſe. Ueberdies haben Mandate der Art nicht die Kraft für alle Zeit bindender Geſetze, wiewohl ſie auch als Beweiſe der herrſchenden Zeitanſichten oder des Gerichtsgebrauchs einen unbeſtreitbaren Werth haben. In dieſer letzteren Beziehung beſtätigt jenes Mandat in mehreren Ausdrücken, daß die dort erwähnten Delicte auch unter den religiöſen Geſichtspunkt geſtellt zu werden pflegten. Wenn daher auch in dem erſten Theil des Art. 2 unſeres neueſten Stadtrechts eine ſpecielle Bezugnahme auf die Religion nicht zu finden iſt: ſo

1) Klefeker 5, 492 bezeichnet es mit widerlichem Servilismus als die Geburt der weiſeſten Geſetzgeber ſeiner Zeit.

Digitized by Google

ſo wird es gleichwohl nicht zu gewagt ſein, diejenigen Mittel als beſonders verboten zu betrachten, in oder bei deren Gebrauch eine Verachtung des chriſtlichen Glaubens oder gar ein völliger Abfall von demſelben vorkommt. Zu einer ſolchen Annahme ſind wir wohl um ſo mehr berechtigt, da die Stellung der in jenem erſten Theil erwähnten Verbrechen in demſelben Artikel, der darauf den Abfall von Gott und ſeinem heiligen Wort und das Teufelsbündniß folgen läßt, ferner unmittelbar nach der Gottesläſterung, die ebenfalls als ein Verbrechen gegen die Religion allen Verbrechen vorangeht, ſo wie die Androhung des Feuertodes, welche offenbar aus den älteren Stadtrechten entnommen iſt, den ſpäteren erwähnten Gerichtsgebrauch beſtätigen.

§ 18.

Nach dem zweiten und dritten geſetzlichen Merkmale der criminellen Zauberei genügte es zur Vollendung dieſes Verbrechens nicht, den Sachen, und überhaupt dem Vermögen oder der Ehre eines Menſchen einen Schaden zuzufügen; ſondern es war nur da anzunehmen, wenn ein Menſch oder ſein Vieh an Leib und Leben beſchädigt worden war. Auch iſt wohl der Ausdruck Vieh nur auf die damals zur Landwirthſchaft gehörigen und nothwendigen Thiere, nicht aber auf Hunde, Katzen ꝛc. anwendbar, wie ich das in einem Vortrage über die Zurechnung nach topiſchem Rechte § 44 weiter ausführen werde.

In dem vierten Merkmal, der Zufügung eines wirklichen Schadens, findet ſich eine weſentliche Abweichung von den älteren Stadtrechten, und einigermaaßen läßt ſich hier die Carolina Art. 109 als Quelle anſehen, welche zwiſchen derjenigen Zauberei, die den Leuten Schaden oder Nachtheil zufügt, und derjenigen, damit Niemand Schaden gethan iſt, unterſcheidet, und auf die erſtere die Feuerſtrafe androht, wiewohl unſer Stadtrecht erſichtlich, in wohl nicht als unweſentlich anzuſehenden Punkten wiederum auch hier von der Carolina abweicht. Denn theils iſt die Carolina viel allgemeiner, und beſtraft ſelbſt diejenige Zauberei mit dem Scheiterhaufen, welche nicht von Solchen, die daraus ein Gewerbe machen, verübt, und wodurch auch nur dem Vermögen und der Ehre der Leute Schaden zugefügt wird, theils droht ſie nicht,

Digitized by Google

wie das Statut, Feuer oder Schwert, ſondern ohne Unterſchied nur die erſtere Strafe für dieſen Fall.

§ 19.

Eine zweite Klaſſe von Verbrechen wird von denjenigen Zauberern und Zauberinnen verübt, welche

1. aus böſem Vorſatz
2. von Gott und ſeinem heiligen Wort vergeſſentlich abtreten, und
3. mit dem böſen Feinde
4. ſonderbare hochärgerliche Bündniſſe machen.

Klefeker ſprach ſich 1768 hierüber (5, 492) ſo aus: „Dies Verbündniß mit dem böſen Feinde ſei aus dem Päpſtlichen Rechte entlehnt, aber in der Folge der Zeiten auch bei uns für ein Unding gehalten worden.“ Und ferner (S. 486): „In den aufs Neue verfinſterten Jahrhunderten hat man zugleich den Zauberern ein mit dem Satan getroffenes Bündniß und eine Rückſprache mit ihm, ja wohl gar einen körperlichen Beiſchlaf, daran vorhin Niemand gedacht, beigelegt, mit weſſen Allen Ausbannung ſich die Exorciſten der Römiſchen Kleriſei, und beſonders die Mönche große Mühe gegeben. Es haben aber dergleichen Mährchen eins nach dem andern längſtens aufgehört, und ſind weiter nicht, auſſer von leichtgläubigen, durch ſolche Mönche aus Dummheit oder Gefliſſenheit verblendeten Leuten geachtet worden.“

Befangener und oberflächlicher läßt ſich über dieſen Gegenſtand nicht abſprechen. Namentlich ſcheint Klefeker bei dem Eifer, in den er mit einem gewiſſen Hochmuth geräth, einen Anachronismus gar nicht beachtet zu haben, den er ſich hier zu Schulden kommen läßt. Das Stadtrecht von 1605 iſt nicht unter dem Einfluſſe der Römiſchen Kleriſei und der Mönche, ſondern lange nach der Reformation in einer proteſtantiſchen Stadt, ja ſogar in einer proteſtantiſchen Republik emanirt. Nichtsdeſtoweniger erklärt es ſtrafbare Verbindungen mit dem Teufel noch allerdings für möglich, und iſt in dortiger Stadt das erſte Geſetz, welches ſich ſo ausſpricht. Unmöglich kann man zugeben, daß es dieſe Anſicht aus dem Päpſtlichen Rechte, worunter Klefeker wohl das Canoniſche verſteht, entlehnt haben ſollte. Der Widerwille

Digitized by Google

unſerer Vorfahren gegen geiſtlichen Einfluß und namentlich gegen das Canoniſche ebenſo ſehr als gegen das Römiſche Recht, welchen Einfluß ſie im J. 1603 noch ausdrücklich im Receſſe Art. 3 und 8 für das Strafrecht abgewehrt hatten, macht Klefekers Annahme durchaus unwahrſcheinlich. Vielmehr liegt es viel näher, in dem Geſetze, mit deſſen Analyſe wir uns hier beſchäftigen, den durch die Reformation neuangeregten Eifer für die Religion und die durch die Bibel vermehrte Religions-Erkenntniß, freilich nicht ohne fremdartige Beimiſchungen, anzuerkennen. Wie ſehr die Urheber des vorliegenden Geſetzes ſich ſogar über den Zeitgeiſt erhoben, beurkundet der merkwürdige Umſtand, daß ſie die ſymboliſchen Bücher, ſowohl diejenigen der Deutſchen Evangeliſch-Lutheriſchen Kirche überhaupt, als insbeſondere auch die in dem Machtſpruch des Raths vom 6. Juli 1560 [1]) namhaft gemachten ſpeciellen unſerer Hamburgiſchen, ganz unerwähnt laſſen, und nicht etwa den Abfall von denſelben, ſondern ganz allgemein den „von Gott und ſeinem heiligen Wort" ahnden wollen. Auch erklären ſie keineswegs, es müſſe der Abfall an ſich, oder ein jedes Bündniß mit dem böſen Feinde von der weltlichen Gerechtigkeit zur criminellen Beſtrafung gezogen werden; ſondern ſie laſſen der geiſtlichen Glaubens- und Gewiſſensfreiheit ihr unbeſchränktes Gebiet, und wollen nur dann die Einmiſchung der Obrigkeit geſtatten, wenn der Abfall aus böſem Vorſatze [2]) geſchieht, und das Bündniß mit dem böſen Feinde auſſerdem ſonderbar und hochärgerlich iſt, alſo ein großes Aergerniß veranlaßt, und unter beſonders gravirenden Umſtänden geſchieht. Man muß es anerkennen, wie hoch die Geſetzgeber von 1603 hier über ihren Zeitgenoſſen ſtanden, die z. B. ganz ernſthaft meinten, und es in der Chronik als ein beſonderes Ereigniß anmerkten, daß 1606 der ewige Jude Ahasverus nach Hamburg gekommen ſei [3]).

Unter dem böſen Vorſatz kann hier wohl nur der Wille verſtanden werden, allgemein Schaden zuzufügen, wobei denn

1) Vgl. Klefeker 8, 315 ff., wo er abgedruckt iſt, mit 35 ff. und 749.

2) Ulrich Winkel († 1649) unterſtreicht in ſeinem Comm. zu Art. 2 die Worte: aus böſem Vorſatz.

3) Stelzner 2, 483 bemerkt ſcherzhaft, er ſolle hier wenig Beifall gefunden haben.

Digitized by Google

einerſeits die Modification des erſten Abſatzes dieſes Artikels auch hier wiederum Platz greift, andrerſeits der vergeſſentliche Abfall auch noch die Modification herbeiführt, daß nicht der Abfall von Gott und ſeinem heiligen Worte, ſondern nur die Errichtung des Teufelbündniſſes ſelbſt vorſätzlich, um Andern verderblich zu werden, geſchehen ſein muß. Es läßt ſich ſomit gar nicht verkennen, daß auch nach dem Geſetz von 1605 die criminelle Ahndung eines Teufelsbündniſſes in das Gebiet der Unmöglichkeiten verwieſen worden iſt [4]), ſelbſt wenn man die Errichtung eines ſolchen Bündniſſes an ſich nicht in Zweifel zog.

§ 20.

Es iſt aber nach dieſer Analyſe unbegreiflich, wie man hat eine Quelle für dieſe ſingulären und originellen geſetzlichen Ausſprüche in der Carolina, in den älteren Stadtrechten, oder gar im Römiſchen Rechte finden wollen. Nicht weniger unerklärlich iſt es, wie der Art. 2 zu den ſpäteren Hexen-Verurtheilungen auch nur einen ſcheinbaren Vorwand hat hergeben können.

Zwar läßt es ſich nicht läugnen, dieſes Geſetz von 1605 hat inſofern unter dem Einfluſſe anderer rechtlicher Auffaſſungen von der Zurechnung, wie ſie ſich der früheren Zeit nachweiſen läßt, geſtanden, indem es eine ſehr zweckmäßige Beſtimmung antiquirte, welche noch 1497 geſetzlich galt. Es iſt bereits früher (§ 8) von mir bemerkt worden, daß nur der mit der friſchen That, in Handlungen begriffene Verbrecher der hier verſtandenen Kategorie unter die Sphäre des Geſetzes gehörte. Dieſes Merkmal iſt ſeit 1603 weggeblieben, und es ſoll nach Gelegenheit der beweislichen Verwirkung, alſo auch dann die Strafe erfolgen, wenn der Thäter nicht mit der friſchen That begriffen war. Allein es wurde doch, was ſich ohnehin von ſelbſt verſtand, ein vollſtändiger Criminalbeweis ausdrücklich ausbedungen, und wenn jetzt auch dem Geſtändniß eine Beweiskraft, die es bis dahin geſetzlich nicht gehabt hatte, eingeräumt werden mochte, ſo durfte doch nicht in dieſem Falle, wie bei dem homicidium in turba

4) Vgl. meinen Vortrag über die Zurechnung § 81.

Digitized by Google

Art. 24, ſelbſt nicht auf erhebliche Anzeigen und Vermuthungen mit der ſcharfen Frage eingeſchritten werden. Man kann alſo auch in dieſer Beziehung wohl behaupten, daß, wenn die Praxis nur das Geſetz von 1605 befolgt hätte, von Hexen-Hinrichtungen nach 1605 ſchwerlich die Rede geweſen ſein würde. Kleſeker hätte folglich die Finſterniß der Praxis ſeit 1605 anklagen ſollen, die nicht aufhörte, auf geſetzloſen Wegen Hexen zu verfolgen, und dem Zeitgeiſte Opfer brachte, die das Geſetz vergeblich bemüht geweſen war, ihm zu entreiſſen.

§ 21.

Den Weg zu dieſer Praxis bahnte ſchon der Syndicus Vincent Möller, einer der zwölf Reviſoren des neueſten Statuts (freilich nicht des Criminaltheils, was der Rathsherr Eberhard Tweſtrenge Lic. war) und der thätigſte Mitarbeiter in der Behufs Verbeſſerung dieſes Statuts niedergeſetzten Commiſſion[1]). Er fügt in ſeinen Zuſätzen zum Art. 2 ad vocem Verbündniſſe machen hinzu: „Und ſolches nicht allein durch dero Bekenntniß offenbar, ſondern auch aus rechtmäſſigen und in der P. H. G. O. Caroli V Art. 44 enthaltenen und dergleichen Umſtänden und Vermuthungen beigebracht.“ Man bemerke vor Allem das Doppelſinnige im Ausdruck. Es läßt ſich verſtehen, als ob dieſe Umſtände und Vermuthungen auſſer dem Bekenntniſſe erforderlich ſind. Allein der wahre Sinn Möllers war wohl der, daß auch Indicien ſchon an und für ſich zum Beweiſe genügten. Man wird darin durch die Note des Senator Penshorn († 1666) beſtärkt, welcher die Frage aufwirft, da, wenn über den Thatbeſtand keine Gewißheit vorliege, nach Art. 60 der Carolina keine Verurtheilung eintreten könne, wie beim Verbrechen der Zauberei zu verfahren, und darauf die Antwort giebt, weil der Beweis dieſes verborgenen Verbrechens äuſſerſt ſchwierig ſei, genüge der Beweis des Thatbeſtandes durch Muthmaßungen (coniecturas). Er beruft ſich deshalb auf Carpzov p. 1 qu. 49, und führt beiſpielsweiſe unter Bezugnahme auf denſelben d. qu. n. 60 — 70 an, wenn die Hexe mit anderen Ueberführten häufigen Umgang

1) Vgl. hierüber die Vorrede zum neueſten Statut S. VIII und XXV.

Digitized by Google

hat, wenn ſie die Augen verdreht ꝛc. Dieſe Anſicht Pensborns iſt um ſo bedeutender für jene Zeit, da er ſich vorzugsweiſe mit dieſen Sachen beſchäftigt zu haben ſcheint, und in ſeinen Noten ſogar einen umſtändlichen Unterricht über die verſchiedenen Arten von Zauberern ertheilt [2]). — Endlich iſt bei Syndicus Möller

2) Er enthält freilich nur das auch ſonſt Bekannte, dürfte aber doch manchen Leſer intereſſiren, weshalb hier ein kurzer Auszug. Gaukelei (praestigium) iſt nach ihm eine Augen- und Sinn-Verblendung, Gaukler ſolche, die mit Hülfe des Teufels die Augen der Leute mitteſt Zauberformeln und Blendwerk anlocken und täuſchen. Man nennt dieſe eigentlich Zauberer. Necromantie iſt eine Art der Magie, durch welche die Manen oder Schatten von Verſtorbenen heraufbeſchworen werden, um Rath zu ertheilen oder auf Fragen zu antworten. Wahrſager (arioli) prophezeien aus einem Criſtallſpiegel oder geſchliffenem Glaſe. Dieſe Magie heißt Criſtallomantie. Diejenigen, welche verlorne Sachen in einem Spiegel nachweiſen, treiben die Catoptromantie. Beſchwörer wiſſen durch heilige Sprüche oder diaboliſche Verwünſchungen oder Buchſtaben oder andere Mittel Teufel, Schlangen und Vipern zu nöthigen, ihr Gift abzulegen und zahm zu werden, oder entmannen Menſchen, bringen ihre Stimme und Glieder in ihre Gewalt, beheren Waffen und andere Gegenſtände. Giftmiſcher (venefici) ſchaden und verderben Menſchen und Vieh durch ſcheußliche Lieder, gräßliche Verwünſchungen, Einlaſſung unſauberer Geiſter, Arzneien, die vom Teufel präparirt oder durch verbotene Künſte aus den Kadavern oder Stricken von Erhenkten und andern ausgegrabenen Gegenſtänden zuſammengeſetzt, und in das Futter oder Getränk gemiſcht werden. Heren meinen, wegen eines mit dem Teufel eingegangenen Bündniſſes ſich ſeiner zur Zufügung vom Böſen bedienen zu können. Magier und Heren unterſcheiden ſich von einander dadurch, daß jene ſich dem Teufel in einer mit eigenem Blut geſchriebenen Handſchrift verſchreiben, einen Geiſt bei ſich in einem Ringe oder Criſtall tragen und die Seele dem Teufel ergeben, was Alles die Heren (lamiae) nicht thun. Man erſieht aus dieſer letzten Aeuſſerung, warum unſere Geſetze nur Zauberer für ſtrafbar erklären, und der Heren nicht einmal erwähnen, wiewohl in andern Gegenden und Städten dieſe Diſtinctionen nicht gemacht worden ſind, und der Sprachgebrauch des gemeinen Lebens dieſe Schulweisheit auch bei uns nicht kannte, wie das auch unſere Delinquenten-Verzeichniſſe beſtätigen, welche nur die Beſtrafung von Heren, nicht aber von Zauberern erwähnen.

Digitized by Google

noch die Bezugnahme auf Art. 44 der Carolina auffallend, welcher bei der Zauberei nur diejenigen Anzeigen, die zur Tortur berechtigen, herzählt, und deren Kreis Möller noch durch das ſchlimme und dergleichen erweitert! Man erkennt es hier recht handgreiflich, daß man bei uns durch die Carolina in Anwendung der in unſeren Geſetzen fremden Tortur beſtärkt worden iſt.

Ebenſo erweitert Möller auch den Kreis der Verbrecher noch durch einen beſondern Zuſatz, welcher auch Diejenigen für ſtrafbar erklärt, die zwar keinem Menſchen Schaden zufügen, auch mit dem Teufel kein Bündniß machen, aber doch aus des Teufels Kunſt wahrſagen, mit dem Teufel durch Cryſtalle oder ſonſt Geſpräch und dergleichen Gemeinſchaft halten, oder durch Beſchwören, Charaktere und dergleichen teufliſche betrügliche Mittel Gutes oder Böſes beſchaffen, wie auch Diejenigen, welche ſich bei ſolchen Wahrſagern und Irrgeiſtern Raths erholen. Bei Rückfällen kann gegen ſie mit Ruthenzüchtigung und Verweiſung verfahren werden. Man erkennt hier die Penshorn'ſchen Anſichten, und begegnet denſelben Grundſätzen in dem ſpäteren Mandat vom 13. Januar 1762 (ſ. oben § 17).

Uebrigens iſt es damals Anſicht mehrerer Juriſten geweſen, daß beim Verbrechen der Zauberei der geſtändige Angeklagte ſelbſt zum Tode verurtheilt werden könne, wenn auch ſonſt der Thatbeſtand durch nichts hergeſtellt ſei. Lauterbach[3]), der das bemerkt, beruft ſich darauf, daß bei allen heimlichen und ſchwer zu erweiſenden Vergehen ein Beweis des Thatbeſtandes durch Muthmaßungen (coniecturas) genüge.

§ 22.

Schon die nächſten Jahre nach Publication des neueſten Statuts geben von der, man möchte faſt ſagen, infernalen Thätigkeit unſerer Juſtizbehörden Grauen erregende Proben. Ehe ich aber dieſe Fälle der Reihe nach mittheile, iſt es vielleicht nützlich, zu zeigen, daß in unſerer Nachbarſchaft keineswegs mit einem ſo blinden Eifer gegen Zauberei eingeſchritten worden iſt. Herr

3) In ſ. Consil. Tubing. Das Weitere ſ. in Soldan Geſch. d. Hexenpr. S. 256.

Digitized by Google

Dr. Dittmer hat in ſeinem Saſſen- und Holſtengericht (Lübeck 1843. 8) aus den Gerichts-Annalen des klöſterlichen Vogteigerichts in Lübeck überall nur vier hierher gehörige Fälle mitzutheilen, von den Jahren 1551, 1581, 1591 und 1631 (S. 145 ff. S. 158 ff. S. 170 ff. S. 183). Es iſt hier die Beobachtung wohlthuend, wie ungern das Gericht auf Anklagen wegen Zauberei überhaupt auch nur einging. In dem Falle von 1551 dringen aber die Angeklagten ſelbſt mit Ungeſtüm auf Verfolgung der gegen ſie erhobenen Anklage, wobei die Frau äuſſert: wil mi Godt nicht helpen ſo helpe mi de Duwell. Erſt hierauf erfolgt ihr peinliches Verhör, Bekenntniß und Verurtheilung zum Feuertode. In dem Falle von 1581 wird freilich, ohne daß man die Veranlaſſung ſieht, zur Folter einer Perſon geſchritten, die demnächſt auch bekennt. Allein erſt als eine Mitſchuldige ſich im Gefängniſſe erhenkt, und mehrere andere Umſtände hinzukommen, läßt der Kloſtervogt durch den Frohnen im Beiſein aller Kloſteruntergebenen das Urtheil ſprechen, das die Feuerſtrafe über jene und die Todte verhängt. In dem Falle von 1591, wo eine Frauensperſon der Hexerei angeklagt wird, ſtellt das Gericht erſt einen Güteverſuch an; endlich wird der Kläger verhaftet, und muß der Angeklagten 33 ℔ für ihre Unkoſten zahlen, ſo wie 60 ℔ Brüche an das Kloſter. Endlich in dem Falle von 1631 wird die Anklage entgegen- und die Sache in Bedenken genommen, um mit den Kloſtervorſtehern zu reden, ohne daß ſie weiter verfolgt wäre. Man ſieht hier alſo von der Praxis bei urſprünglich gleicher Legislation [1]) ganz andere Grundſätze beobachtet als bei uns.

§ 23.

Der erſte Fall der Hamburgiſchen Praxis ſeit dem Stadtrecht von 1605 kann der in den Delinquentenliſten fehlende vom J. 1606 ſein, wovon ich das Raths-Erkenntniß beſitze:

Auf angeſtellte Klage des Rechtens gegen und wider Engel Reimers, Gefangene und Angeklagte, erkennt E. E. Rath, daß

1) Das einzige Geſetz über Beſtrafung der Zauberei hat Lübeck von Hamburg entlehnt. Cod. Hach. III, 400 iſt Stat. von Hamb. v. 1270 XII, 8. Beide Städte hatten kein anderes ſo wenig über dies Verbrechen als über Vergiftung.

Digitized by Google

die den 12. d. im Niedergericht ergangene Findung zu reformiren und zu erklären ſei, als ꝛc., daß die Angeklagte wegen ihrer vielfältigen begangenen Mishandlungen mit dem Feuer am Leben geſtraft werden ſoll, und ſollen alle Diejenigen, ſo bei der Angeklagten Rath geſucht, von den Herren Gerichtsverwaltern in ernſtliche Strafe genommen werden. Pron. 14. März 1606.

Nach den Zeitanſichten, welche jedes unnatürliche Verbrechen einem Bündniß mit dem Teufel zuſchrieben, und nach der Strafart, die ſonſt unerklärlich ſein würde, gehört hierher ſodann der Fall, deſſen BM. Möller in ſeinem Commentar zu Art. 27 gedenkt, aus dem J. 1608. Jemand war verhaftet worden, weil er eine Wittwe hier in der Stadt zu ermorden verſucht, ſie halbtodt auf der Erde liegen gelaſſen, und ihr von der Seite die Schlüſſel, und Geld aus der Lade genommen hatte. Auf der Tortur und auch freiwillig bekannte er, im Lüneburgiſchen zwei Schweſtern verunehrt, und hier in der Stadt mit der Schweſter ſeiner Frau verbotenen Umgang gehabt zu haben. Er ward zur Schwertſtrafe verurtheilt, und ſollte der Körper darauf verbrannt werden, was aber nicht von allen Votanten gebilligt wurde. Vermuthlich iſt das Rathsurtheil dieſes:

Auf angeſtellte Klage des Rechten entgegen und wider Otto Schlüter, Gefangenen und Angeklagten, erkennt E. E. R. allem beſchehenen Vorbringen nach zu Recht, daß die am 14. November im Niedergericht ergangene Findung zu reformiren und zu erklären ſei, als ꝛc., daß der Gefangene ꝛc. ſeiner begangenen Mishandlung [im Singular] halber mit dem Schwerte vom Leben zum Tode gerichtet, und der Körper ins Feuer geworfen und verbrannt werden ſoll.

Zwei andere Fälle vom 11. Juni 1610 und 20. April 1619, wo beide Male der todte Körper der Angeklagten, von denen die erſte Anneken Peterſen, alias Püſtermakerſche, die zweite Abelcken Dabelſteins hieß, auf einer Schlöpe hinausgeführt und verbrannt werden ſollte, werde ich in meinem Vortrage über Zurechnung § 102 weiter berühren.

In das Jahr 1619 fällt auch der Fall, deſſen Senator Hermann Langenbeck († 1729) in der folgenden Notiz gedenkt,

in ſeinem auf dem Stadtarchiv befindlichen Commentar ad Stat. d. 1605 1, 12, 1:

„Weil nach den neuen principiis Thomasianis Dr. Beckers[1]) und Anderer die casus von Hexereien, Zauber- und dergleichen Teufelskünſten ſelten vorkommen, und allenfalls heutigen Tages genau unterſucht werden, habe einige in protocollis mir vorgekommene casus notirt, und hierher ſetzen wollen:

„Anno 1619 zur Zeit des letzten Herrn Amtmanns zu Bergedorf, Alberti von Eitzen, wovon ich das Examen in Schedis meis aſſervirt[2])."

Auſſer dieſem Falle habe ich noch ein Senats-Erkenntniß vom 12. November deſſelben Jahres 1619: Auf angeſtellte Peinliche Klage des Rechtens gegen und wider Wolf Dietzen, Gefangenen und Angeklagten, erkennt E. E. R. auf vorgehabten Rath der Rechtsgelehrten allem beſchehenen Vorbringen nach zu Recht, daß die am 8. September jüngſthin im Niedergericht ergangene Findung zu confirmiren ꝛc., und ſoll derſelben zufolge der Gefangene und Angeklagte ſeiner begangenen Mishandlung halber mit dem Schwerte am Leben geſtraft, und der todte Körper mit Feuer verbrannt werden ꝛc. Man erſieht hier, daß auch die auswärtigen Rechts-Facultäten die hieſige Praxis auf ihren Irrwegen beſtärkten[3]).

---

1) Dieſe Angabe iſt nach den von mir (§ 2) gegebenen Erörterungen ungenau. Becker hat nicht von Thomaſius Grundſätze angenommen, ſondern er war deſſen Vorgänger, und ſo kann man weit eher ſagen, die principia Beckeriana Thomasii. Aus Klefeker (5, 487 Anm. b) erſehe ich, daß hier noch ein anderes Werk bekannt geweſen iſt, das älter iſt als Thomaſius: Consilia et responsa ac deductiones variae iuris, cumprimis processum contra sagas concernentes, geſammelt von Joh. Leib Adv. Senior zu Coburg 1666. Die Diſſertationen des Thomaſius erſchienen erſt ſeit 1701.

2) Daß Langenbeck's Verzeichniß übrigens ſehr unvollſtändig iſt, beweiſt u. A. die Lücke von 1619 bis 1676, in welches Jahr ſein zweiter Fall fällt.

3) Dies läßt ſich überhaupt bei der von den Rechts-Facultäten der damaligen Zeit in der ganzen Geſchichte der Hexenverfolgungen behaupten. Sie ignorirten die topiſche Geſetzgebung, und verfuhren in den Sachen nach Grundſätzen, die ſie ſich einmal formirt hatten.

Digitized by Google

In das Jahr 1629 und 1630 gehört der Fall, worüber im hieſigen Stadtarchiv die Akten aſſervirt ſind, unter der Aufſchrift:

Acta, betreffend den im Gefängniß verſtorbenen puncto homicidii angeklagten Alchimiſten und Aſtronomen Heinrich Becker.

Es iſt dies die einzige einigermaaßen vollſtändige hieſige Akte über dieſe Materie, weshalb ich ſie in der Beilage C im Auszuge mittheile. Mehrere Momente in dieſer Akte, namentlich das auf Verbrennung von Haaren gelegte Gewicht, ſcheinen die Anſicht zu beſtätigen, daß der Art. 2 des Statuts ſehr häufig nur den Vorwand herleihen mußte, um gegen ſolche Perſonen im Criminalwege einzuſchreiten, deren man ſich aus andern Gründen entledigen wollte, wie hier wegen des Beckers Verhältniſſe zur Königin von Dänemark.

§ 24.

Nach den Delinquentenliſten ward 1631 Juni 13 ein Brauer, Hinrich Küſch, zwiſchen den Thoren gerichtet, der im Jahre vorher am 19. Juni Auguſtin Brodt erſtochen hatte. Es iſt die auf dieſe That erfolgte ſpäte Strafe auffallend. Allein die Handſchriften ſetzen hinzu: Er konnte ſich auch zum Wehrwolf machen. Vielleicht war dieſer Umſtand auf die Beſtrafung von Einfluß.

Danach erwähnen ſowohl dieſe Regiſter als auch der Vegeſack'ſche Commentar zum neuſten Statut eines Falles vom Januar 1642. Vegeſack ſagt: Am 14. ſei eine Zauberin (die Liſten: eine alte Hexe) Gretje Wevers (Margaretha Webners) laut ihrer Urgicht dahero, daß ſie von Gott abgefallen, und allerhand Zauberei gebraucht, condemnirt, daß ſie ſollte mit dem Schwert gerichtet, und der Körper ſammt dem Kopfe ins Feuer geworfen werden. Das NGericht hatte erkannt, daß ſie verbrannt werden ſollte. Am 17. ward ſie enthauptet, beim Gericht auf's Feuer geworfen, und verbrannt.

Bei einem andern Falle variiren die Zeitangaben. Der Vegeſack'ſche Commentar giebt an, am 29. Auguſt 1642 ſei Cillie Hempels, eine Hexe, g e r ä d e r t, und der Körper verbrannt. Im Niedergericht ſei erkannt, ſie ſolle lebendig verbrannt werden. Die Delinquentenregiſter geben die Zeit auf den 25. September

Digitized by Google

1643 an, nennen die „alte Hexe“ Eillie Haubels, bemerken, ſie habe ihren eignen Mann ermordet, und ſei darum viermal mit dem Rade geſtoßen, ehe ihr Körper beim Gericht zu Aſche verbrannt worden.

Ein Fall von 1657 beweiſt abermals, daß überhaupt unnatürliche Laſter einer Gemeinſchaft mit dem Teufel zugeſchrieben wurden. Es heißt in den Delinquentenliſten:

„1657 Sept. 7 ward Tonnies Möhlmann, den man Kinderſtuper nannte, lebendig verbrannt drauſſen beim Gericht, und als er auf den Platz kam nahe dem Scheiterhaufen, nahm er ſeinen Hut vom Kopfe, hielt ihn vor ſich, und — darin. Er hatte gräuliche Sodomiterei getrieben, und Knaben geſchändet, lockte die Kinder auf den Wällen in heimliche Oerter, ſtäupte ſie mit Ruthen, dem Teufel, mit dem er Gemeinſchaft hielt, zu gefallen.“ Stelzner erzählt 3, 720: „In dieſem Sommer ward Thomas Wohlmann, ſonſt von Galen genannt, des Biſchofs von Münſter Bernhard von Galen unächter Sohn, der bei den Jeſuiten ſtudirt hatte, auf Sodomiterei ertappt, eingezogen, und bekam am 4. Septbr. ſein Urtheil, daß er lebendig ſollte verbrannt werden. Dies geſchah auch am 7. September. Er ward an eine Leiter feſtgebunden, ins Feuer geworfen, und alſo verbrannt.

Im folgenden Jahre 1658 erſchien zu Hamburg ein Octavband: Sieben böſe Geiſter, welche Knechte und Mägde verführen, durch J. B. Schuppium Doctorem. Der Katalog der Teufel iſt groß. So hatte Gloſer ſchon 1564 einen Geſindeteufel, Weſtphalen in demſelben Jahre einen Faulteufel, Andere einen Hurenteufel, Jagdteufel, Spielteufel, Tanzteufel, und Ananias Hover 1721 auch einen Arzneiteufel geſchrieben, „darin dieſem Erzmörder die Larve abgezogen wird“. Man ſieht, daß derzeit dem Teufel zugeſchrieben wurde, was jetzt eine gewiſſe Parthei entweder den Organen des Gehirns oder ſonſtigen körperlichen Dispoſitionen ꝛc. beimeſſen möchte, um alles Strafrecht zu neutraliſiren. —

„1659 den 19. März ward eine Kupplerin, Gieſel Dovings genannt, ausgeſtrichen und gebrandmarkt. Imgleichen auch mit ihr ausgeſtrichen Geſche Huttmanns, ihre Gehülfin. Sie waren Freimachers, und verblendeten die Leute mit verſtellten Geſpenſtern und Spökereien.“ So die Delinquentenliſten.

Digitized by Google

In das Jahr 1666 fällt die Geſchichte des Delinquenten Jürgen Freſe, der glühende Kohlen und einen glühenden Ring ohne Schaden berührt haben wollte. Er ſchrieb eine Brochüre, die in mehreren Auflagen erſchien, und 1677 ein förmliches Zeugenverhör veranlaßte. S. Schütze Geſch. v. Hamb. 2, 313 Anm. 8.

§ 25.

Jetzt folgt ein Fall aus Langenbeck's Commentar:

„1676 in Bergedorf Sven Ahlers Frau. Die Sache ging weit, und wurde ad Responsum Kiloniense[1]) Inquiſitin captivirt und ihr der Proceß gemacht. Andreas Bötticher[2]) ſoll ſie anklagen, Levius[3]) defendiren, und ſind Herr Doctor Bambanius und Herr Doctor Neumann zu Conſulenten conſtituirt. Ich habe bei dem Amtsſchreiber Schumacher nach dieſen Akten gefragt, auch mich hieſelbſt darnach erkundigt, aber keine weitere Nachricht finden können."

Es gereicht mir um ſo mehr zur Freude, daß ich doch wenigſtens ein Aktenſtück aufweiſen kann, nämlich ein Supplicat der Margareth Ahlerß v. J. 1678, welches bei der Akte in der Anlage A liegt.

Die nächſte hierher gehörige Notiz habe ich aus Vegeſack's Commentar. Er citirt Chriſtian Kortholtens Thaumatographia oder Relation, was in Hamburg mit einem glühenden eiſernen Ringe ſich zugetragen, Kiel 1677. 8.[4]) Daraus habe excerpirt Fritſchius von einem Blasphemanten, ſo Anfangs pro deliro melancholico gehalten P. 1 der ſeltſamen Geſchichte S. 172.

Ferner bezieht ſich Vegeſack auf einen Fall von Adelungk vom 5. October 1687, ſo wie auf eine handſchriftliche Chronik wegen eines Falles von 1688.

---

1) S. oben § 24 Anm. 3.
2) Er war ſeit 1669 Fiscal. S. Anderſon Hamb. Privatr. 4, 110.
3) Iſt entweder der Studiosus iuris Matthias Levius, der zuerſt Procurator und nachher Hofmeiſter und Actuar der Oberalten war, oder der 1675 erwählte Procurator Georg Levius. S. Anderſon S. 96 u. 108.
4) Sollte ſich dies wohl auf den Fall von Freſe (§ 24 a. E.) beziehen?

Digitized by Google

1693 erſchien zu Hamburg Dan. Büttneri Disp. Resp. Alb. zum Felde Palverg. Bremensi de Magia licita et illicita.

Ferner in demſelben Jahre daſelbſt die erſte Abtheilung von Nicolai Remigii Daemonolatria oder Beſchreibung von Zauberern und Zauberinnen. Als zweite Abtheilung dieſes Werkes erſchien ebenfalls in Hamburg 1698 Bodini daemonomania oder Erzählung des wüthenden Teufels in ſeinen Hexen. Dieſes Buch des Franzöſiſchen Philoſophen Jean Bodin bezeichnet Soldan als voll des craſſeſten Aberglaubens und der ungezügeltſten Verfolgungswuth. Es war zuerſt 1579 erſchienen [4]). Remigius [5]) war Herzogl. Geheimrath und Peinlicher Cognitor publicus in Lothringen; er gab in jenem Buche aus dem reichen Schatze ſeiner Amtserfahrungen eine Anweiſung für den Richter in Behandlung der Hexen.

In Langenbeck's Commentar finden ſich ferner noch folgende Notizen:

„Anno 1696 iſt Dno. Praetori zu inquiriren aufgetragen wegen daß im Johanneo einige Schüler bei einer Zauberin ſich Raths erholt, item wegen des Mäuſemachens.

„Anno 1696 in crimine Sodomiae, da der Thäter flüchtig, conclusum, daß die Stute, womit Inquiſit zu thun gehabt, durch den Frohn erſchoſſen, und in der Stille eingeſcharrt werden ſolle.

„Anno 17 . . . wurde Weſſeling (weil er ſich mit Blut dem Teufel verſchrieben, und die Verſchreibung unter eine Treppe gelegt, damit der Teufel gegen Einlieferung von 100 Dukaten die Verſchreibung entgegennehmen möchte, aber das Geld war ausgeblieben, und der Teufel hatte auch die Verſchreibung liegen laſſen) per Fiscalem criminaliter angeklagt, und auf einige Jahre ob scandalum, weil es in der That auf Thorheit auslief, ins Spinnhaus condemnirt. Herr von Som war Referent, und erinnere ich mich, daß nachher nach dieſen Akten gefragt, aber wie große Mühe auch geſchehen, ſolche nicht aufzufinden geweſen.

„Was Anno 1701 bei Herrn Beceeler's Prätur in puncto spectri mit Stridebecken in der Brauerſtraße paſſirt, wie es auf

4) Das weitere Detail ſ. bei Soldan S. 346.

5) Vgl. über ihn Soldan S. 351 ff.

Digitized by Google

lauter Betrügereien aboutirt, da ich es oft mündlich erzählt, halte weiter davon zu erwähnen nicht der Mühe werth.“

„Wie es denn auch 1725 mit dem Wahrſagerjungen, welcher ob furta auf zehn Jahre ins Spinnhaus condemnirt worden, auf eitel Thorheit auslief, wie mich denn auch erinnere, daß vor Jahren wegen eines Wechſelthalers, jedoch ohne den geringſten Grund was vorgeweſen.“

Langenbeck ſtarb 1729. Es war längſt gebräuchlich geworden, die Zauberkünſte als gemeine Betrügereien zu betrachten. Im J. 1728 nahm die Nachtwache am 20. September ein Geſpenſt beim Kopf, und es wies ſich als ein fremder Barbiergeſelle aus, der einer Frau von Overbeck auf dieſe Weiſe einiges Geld und Pretioſen abzuliſten ſuchte. Der Fall iſt in Stelzner 5, 2, 121 ff. ebenſo umſtändlich erzählt, als ein anderer Fall von demſelben Jahre (S. 132 ff.), wo eine Gärtnerstochter mit dem Vorgeben, Jahrelang nicht Speiſe noch Trank zu ſich genommen zu haben, das ärztliche wie das nichtärztliche hieſige Publikum lange Zeit allarmirte, und das Einſchreiten der Behörden veranlaßte.

Wie mangelhaft noch 1768 Klefeker die Materie auffaßte, iſt bereits oben (§ 19) nachgewieſen. Aber darin iſt er ein getreuer Spiegel ſeiner Zeit, daß auch er noch Heren, Wahrſager, Zeichendeuter und Zauberer ſtatuirt, daß er „die ſchwarzen und böſen Künſte der Arioli, Aruspices, Vaticinatores, Sortilegi und anderer ſolcher malefici, was heut zu Tage Zauberer und Heren, Teufelsbanner, Herenjäger genannt werde und ſich ſelbſt nenne, für verdammlich erklärt, aber freilich nur als Betrüger, welche einen blauen Dunſt machen, und doch Schaden anrichten, ſie anſieht und beſtraft (5, 486).

So enthielt noch der Reichspoſt-Reuter von 1777 Num. 191 und 193 die umſtändliche Geſchichte zweier als Teufel verkleideter Betrüger. —

Ueber den neuſten mir bekannten Fall habe ich den Senatsbeſchluß vom 5. Febr. 1827, welcher dem Polizeiherrn auftrug, die Arreſtatin, da ſie ſich abermals auf dem verbotenen Gewerbe der Wahrſagerei betreffen laſſen, auf ein Jahr ins Zuchthaus ſetzen zu laſſen, demnächſt aber ſie unter ſtrenge polizeiliche Aufſicht zu ſtellen.

Digitized by Google

§ 26.

Wir gewinnen aus dieſer geſchichtlichen Zuſammenſtellung einige Reſultate für Hamburg, welche wir nach dem damaligen Zuſtande der Strafrechtspflege in Deutſchland als ſehr beruhigend bezeichnen dürfen. Zuvörderſt läßt ſich keine neuere Herenhinrichtung in unſerer Vaterſtadt nachweiſen, als aus dem Jahre 1643, und ſelbſt dieſe läßt ſich damit entſchuldigen, daß ein Mord auch zu beſtrafen war [1]). Das achtzehnte Jahrhundert hat in Hamburg keine Herenverbrennung aufzuweiſen. Dies macht unſeren Vorfahren um ſo mehr Ehre, da ſelbſt in Preuſſen, wo ſchon eine weiſe Verordnung Friedrich Wilhelm's I. vom 3. December 1714 [2]) genauere Unterſuchung und Verbot des Herenproceſſes angeordnet hatte, das Kammergericht noch am 10. December 1738 ein Mädchen wegen Bündniſſes mit dem Teufel zu lebenswierigem Spinnhauſe verurtheilte [3]).

Sodann aber kann man bei näherer Bekanntſchaft mit den Criminalfällen jener Zeit in den Herenproceſſen weder etwas Ungewöhnliches noch eine größere Grauſamkeit erkennen, als welche die Strafrechtspflege jener Zeit überhaupt bezeichnete. Die Anwendung der Tortur war in früheren Zeiten auch bei uns ſo ſehr die Regel, daß mir ſehr wenige Criminalproceſſe von damals bekannt ſind, welche nicht auf die Urgicht, d. h. auf das durch die Folter erpreßte Bekenntniß, das freilich im Gericht beſtätigt werden mußte, ſich weſentlich oder ausſchließlich geſtützt hätten.

Uebrigens giebt die Geſchichte der Herenproceſſe bei uns auch einen abermaligen Beweis davon ab, daß es keine neue Er-

---

1) Von andern Gegenden Deutſchlands läßt ſich dies nicht ſagen. Soldan S. 453 bezeichnet als einen der letzten Herenproceſſe im proteſtantiſchen Deutſchland denjenigen, worin die Tübinger Juriſten-Facultät 1713 einen Beſcheid abgab.

2) Das Detail ſ. bei Soldan S. 454.

3) Vgl. Stenzel Geſch. von Preuſſen 3, 447. In den von Demme fortgeſetzten Hitzig'ſchen Annalen 1843 Dec. S. 319 heißt es ohne Angabe der Quelle, 1780, n. A. 1782 ſolle in Glarus noch eine Here verbrannt ſein. Mir iſt darüber durchaus Nichts weiter bekannt geworden.

Digitized by Google

ſcheinung genannt werden kann, wenn bei uns die weiſeſten Geſetze auf die Rechtspflege wenig Einfluß ausgeübt haben, und andrerſeits dieſe der Zeit oft vorangeeilt iſt, ohne daß die Legislation ſich eben beſonders thätig grade bei uns bewieſen hätte[4]).

4) Bei der Durchſicht der Correctur dieſes Bogens erhalte ich den zweiten Band von Wigand's Vierteljahrſchrift, der mit einem Artikel über Heren und Herenproceſſe beginnt. Allein ich bedaure, auch darüber nur ſagen zu können, daß darin auf die faſt hergebrachte Weiſe zu viel Unwahres und Unhaltbares dem Wahren beigemiſcht iſt, als daß der Aufſatz auf eine beſondere wiſſenſchaftliche Bedeutung Anſpruch machen könnte.

Beilage A.

1583 Mart. 7. Aus Acten des Stadt-Archivs.

[1]

Abelke Bleken uth dem Oſſenwerder; de gefangene Heft in byſin der Hern Gerichtsverwalter den 7. Martij dieſes 83 Jharesß in pinlicher Vorhoer bekandt wo volget:

Erſtlich bekendt ſe de gefangene, dath ſe vor veer Jharen dem Sathan Koning Belbamer geheten, ſik hebbe ergeven, de ehr geſecht, wath ſe boſes dhon wolde, ſolchs ehr geraden ſcholde.

Dat ock ſe de gefangene mith demſulvigen ehrem Bohlen gemeinſchop gehatt, Vnd wenner he by ſe gekamen, ſtedes koldt geweſen. Wo he den ock in Jiziger ehrer gefangnyß in der nacht by ehr in der Koyen geweſen, vnd tho ehr geſecht, ſe man bekennen ſolte, ſe aber hedde ehn van ſick afgewiſet. Dho hebbe he darnha ein Getummel darſuluep Jn der Fronerie angerichtet.

Bekendt da Geßke Swormſteden ſo alhir gerechtferdigt worden, nevenſt den ſo tho Winſen gerechtfertigt, vnd Peter Wenten dem gefangenen vp dem Sandterken gedanzet hebben[1])

1) Von dieſem Herentanz mit dem Teufel, ihrem Buhlen, kommt zufolge Horſt Dämonomagie in allen Herenproceſſen in den Urgichten Erwähnung vor.

Vnd dat der Sathan Als ein Perdt in der nacht tho ehr gekamen ſy, darup ſe Abelken ſick geſettet, vnd ein Kakemeſt gehatt, darmede ſe (wath ehre ouerſten ahn Hovetqwekes aldar verſchaffet) Als ehre Kack thogerichtet vnd gekaket, vnd ſe alſo darſulveſt gegeten vnd gedruncken.

Bekendt ock dat ſe Abelke vnd Geßke Swormſteden vp dem Landtſchedewege Im Oſſenwerder Im Velde vor Veer Iharen ſick mit einander beredet hebben Dewile Her Johan Huge vorerſt Henneken Swormſteden gudt, volgends ock ehre Abelken Bleken gudt ahn ſick gekofft, welches ſe ehme nicht gunneden, Dath ſe ehme derwegen ſchaden ahn ſinem Vehe und Kruve thofogen wolden. Vnd dat ſe alſo Hern Johan Hugen vor veer Iharen ſine Oſſen, vnd vor thween Iharen ſine Kaluer dodt getouert, Welchs ſe de gefangene mit der Swormſtedeſchen vnd Anneken Wentken alſo thogerichtet, dat ſe mit einem Beddeſtocke ſo vele Höle alß der Beeſte ſterven ſcholden, in de erde, in aller Duuel nhamen geſteken. Wath aber de Keluer belanget, hebbe de Swormſtedeſche ehr Abelken Rottenkruth gedaen, Welch Rottenkruth ſe Abelke des morgens froh do de Sonne vpgegaen, den Kaluern In dat Kauen, darinne de geweſen, gelecht, und wen de Kaluer daruan gelicket, ſint ſe geſtorven.

Bekendt wider dat ſe Abelke van Geßken Swormſteden gehöret, dat ſe de Swormſtedeſche vnd Anneke Wenten Hern Johan Hugen ſine Husfruwen betouert hedden.

Item bekendt ock, dath ſe Abelke Bleken de gefangene Dirick Kleater den Vaget Im Oſſenwerder der orſake halver hebbe bethouert, dat he der Vaget in d Schovinge ehr Abelken einen Ketel vthgepandet vnd ſe dhomals tho ehme geſecht, He Idt vp dem Bedde vortheren ſcholde, Vnd dath alſo Abelke ehre Gordel, Welchs bunth Wullenbandt geweſen, thogerichtet, vnd darin ahn beiden anden Knutten in aller Duuel namen geſchlagen, und darin van des Vagedes Haren vnd de affgeſneden Nagel van der fruwen Vingern gebunden, vnd ſolck Gordell in des Vagedes Perdeſtal gelecht, darmit alſo de Vaget In Krankheit bliven ſcholde, beth ſo lange ſolck Gordel gefunden vnd de Knutten geloſet worden.

Bekendt ock dat Abelke des Vagedes Dirick Kleaters Husfruwen, dewile ſe Abelke deſuluige gebeden, ehr Abelken

Digitized by Google

ehren vthgepandeden Ketell wedder tho donde (welchs aber de fruwe nicht dhon willen), Kattenbregen van einer Katten, welche ſe Abelke in des Vagets Huſe mit einem Stocke in aller Duuel nhamen dodt geſlagen, in derſulvigen nhamen in den Koel und Warmbeer gedahn, darvan de Fruwe gegeten, vnd in den drudden dach krank geworden, ock balde darnha geſtorven ſy.

Vnd alß ſe de gefangene ferner vmme ehre Marſchop (ſo vele der noch im levende) mith vlite vnd vpt aller Jnſtendigſt gefraget worden, Hefft ſe geſecht, Dath nemandt dan alleine de Knutterſche thom Flegenberge vnd Peter Wenke, ſo mede gefangen, noch Jm leuende ſin. Dath ock Peter Wenke vp dem Landſchedewege tho ehr Abelken geſecht, dat Leneke, Hein Peyners Wiff mede darhen (nemlich ahn den orth dar ſe gedanßet) moſte. Jdt ſy aber de Leneke Peyners ahn dem orde nicht mede geweſen. Darup ſe alſo leuen vnd ſteruen wil.

Act. ut s^a.

Jn dorso dieſer Urkunde ſteht:

Abelke Bleken Bekantnus Ao. 1583.

[2] 1678.

Woll Edle Veſte Hochgelahrte Hoch vnd Wollweiſe Jnſonders Groſßg. Hochgeehrte Herren

Ew ꝛc. iſt bekand, waßgeſtalt ich auff gantz fälſchliches vnd boßhaftiges Angeben meiner Verleumder, beynahe Sieben Viertell Jahren bin leider! in ſchwerer Hafft, Ketten und Banden geſeſſen, vnd nicht wieder erlaſſen werden wollen, bevor alle Mittel vnd Wege verſuchet, ob nicht etwas auff mich gebracht vnd erwieſen werden könnte, dadnrch ich dem Todt durchs Fewer auffgeopffert werden möchte; Wann aber über allen angewandten Fleiß meiner grimmigen Neider keiner Hexerei und Uebelthaten überführet werden kann, jedoch durch Sie umb glimpff vnd alle Zeitliche Wollfahrt gebracht worden, ſogar auch, daß mir gegenwert: vnd künftig mein täglich Brod durch fleiſſige Arbeit zu erwerben abgeſchnitten, vnd alſo in unbeſchreibliches Elend geſtürtzet worden bin, dero⸗geſtalt daß daferne meine Hochgebietende Herren ſich meiner nicht gütigſt und forderlichſt annehmen werden, alſo daß meines

erlittenen Schimffs und faſt unwiederbringlichen Schadens einiger erſtattung zu erfrewen haben möge, vnd meine Angeber in beherige Strafe

Vermöge Const. Crim. Car. V Art. XII

gezogen werden, leicht (da Gott vor bewahr) in die höchſte Diſperation gerahten dürffte. So geſtalten Sachen nach gereichet an die Hochanſehnliche Herren Abgeſandete mein demütigſt flehentliches ſuchen vnd Bitten, Sie wollen geruhen, meinen höchſt kläg vnd erbärmlichen Zuſtande, bey gegenwertiger Viſitation zuforderſt durch einen Revers meiner Verleumbder meine hochſtraffbarer weiſe genommene Ehre mir groſʒg. wiederzugeben, in Betracht, mein Man nicht ehender mich wieder zu ſich zu nehmen ſich erkläret, vnd dann auch ſofort ohne Proceß, der erlittenen ſchmach, koſtens vnd ſchadens wegen, ſo mir eintzig vnd allein durch im Worte Gottes hoch vermaledeite Wahrſagerei zugefüget worden, gebührlicher Abtrag geſchehen müſſe, Hochg. Verordnung thun.

Davon geſchicht was billig vnd recht, vnd wird der Allmechtige, meine Hochgebietende Herren, ein reicher Vergelter ſein. Verbleibe

Ew. Woll Edle ꝛc

Unterthänige

In dorso ſteht:

Unterthänigſte Suppl.

an

Beeder Erbb. Städte Lübeck und Hamburg

Hochanſehnl. Herren Abgeſandte

pro

Margret Ahlerß.

[3]

Demnach vor etzlichen Wochen ein beſtrikter Zauberer Peter Woltbeke genandt, in dieſes Ambthauſes Trembßbuttel Verhaftung geweſen, vnd ohnlengſt deſſen Hellen vndt Schloſſer gebrochen, vnd man nach fleiſſiger Inquiſition in glaubhaffte erfahrung kommen, daß er ſich nach der löblichen Stadt Hamburg Gebiete, nemblich in dem Dorffe Großen Hanſtorff genant in Wilken Bohlen Behauſung ſich ganz heimblich vnd verborgen hielte, ſein wir endesbenannte auf empfangenen

Befehl mit etlichen zugegebenen Vnterthanen nach ſelbigem Dorfe geritten, bey dem Bawr Voigt daſelbſt anzuhalten, Nachdem wir die Vorſorge getragen, wen es erſtlich bey den Woltherren in Hamburg ſolte geſuchet werden, der Zauberer davon kommen möchte, Weiln wir die gewiſſe Nachrichtung hatten, vnſer außgetretener Zauberer ohnfelbahr in ihrem Dorfe vorhanden, Derentwegen Vnſere Obrigkeit ihn erſuchen ließe, er mochte wegen ſeiner gebietenden Obrigkeit vergonnen, daß wir in gedachtes Hauß, darinnen mehr berührter Auß-getrettener Vorhanden, Vmbſuchung täten, damit wir ihn um Wiedervmb anſichtig werden, vndt alsdann bei der Obrigkeit zu Hamburg vmb die Abfolge gepürlicher maßen konte an-gehalten werden, Jedoch mit dieſem Vorbehalt, daß eß ſeiner gepietenden Obrigkeit Nemblich der Loblichen Stadt Hamburg zu keinem Präjudiz in dero Hoh- vnd Gerechtigkeit ſolte ge-reichen, beſonderem mit dem Erbieth, daß wan ſich ein ſolcher casus an ihrem oder anderem der Löblichen Stadtgebiete ſollte zutragen, daß ihnen alsdann eine ſolche Haußſuchung ohnweigerlich in dieſes Ambtß Dorffern hinwiedervmb ſolte vergonnet werden; Worauf ſich der Bawr Voigt in ſo weith erkleret, daferne es ſeiner gebietenden Obrigkeit zu keinem Schaden vndt Nachtheil gereichte, vnd er dadurch nicht in Unhulde kehme, welches wir ihm dan zugeſagt, daß wir vff ſolchen fall, bey vnſerer gebietender Obrigkeit anhalten wolten, daß er derentwegen bey ſeiner Obrigkeit in keine Vngelegenheit gerathen möchte, Vndt darvf zu gedachten Bohlenß Hauße geritten, vnd die Frauw, weiln der Man nicht zu Hauße geweſen, auffgefodert, in Beiſein gedachtes Bawrvoigtes vnd Jaſper Meyerß ſin fleiſſig ermahnet, Nach-dem man gewiſſe nachrichtung, ia lebendige Zeugen hette, daß ſie den Ausgetretenen Beſchwerer vndt Zauberer gehaußet, geheget vndt alle hülffliche mittell getahn, Sie mochte Vnß davon berichten, wie es darumb beſchaffen und ob er noch in ihrem Hauſe wehre, Darvf ſie mit honiſchen Worten her-außgefahren, Sie hette unſeren Zauberer nicht, hetten wir ihn verloren, ſolten ihn wiederſuchen, welches wir ihr beandt-wortet, ſie ſelte eß ſo weit nicht von ſich legen, die Warheit ſagen, wir kontenß ihr ja vberweiſen, daß aber nichts ver-fangen mügen, Dorvf wir die Zeugen herfürbracht, Ihr vber-

wieſen, daß er vff Irer Hilden im Hauße geſeſſen, den Zeuge ihn darin geſehen, vndt Linnengereth von ſeinem Weibe in ſelbiges Hauß gebracht, Daß ſie aber noch geleugnet, vndt angefangen ſich mit Leib vndt Seel dem Teufel leibhafftig zu ergeben vndt zu verſchweren, weiln aber dieſes der Warheit zuwider geweſen, haben wir ihren worten ia nichts mehr trauen dürfen, beſondern etliche Leute inß Hauß gehen laſſen, daßſelbe etwas durchgeſehen, wie ſie dieſes geſehen, iſt ihr fluchen vndt Schweren betrauret, vndt hat entlich ohne weitere Anfechtung gegen Eggert Witte vndt Jaſper Meyer freywillig bekandt, daß ſie ihn drey Tage, nemblich von den Freytaß biß vf den Montags in ihrem Hauße gehabt, am Montage abent aber hatte ihr man ihm nach dem Schonenberg bringen laſſen, vnd hatte er der außgetrettene Beſchwerer vorgeben, er wollte nach Mollen vndt ſo weiter vff die Dorffer ſich vfhalten. Alß wir nun ſolchen Bericht erfahren, Seint alßbalt vnſere Leut zuſahmen gezogen, ohne einigen Moleſt vndt weitere Nachfrage, Soforth auß dem Dorffe gangen, vndt keine Suchung weiter von Vnß vorgenommen worden.

Jaſper Kork — Jeronimus Bäer
Hauß Voigt. — Krieger.

Beilage B.

1.

Dat Recht.

Im Rechte gefunden.

Nachdeme Metke Poleuer de gefangen durch Hans Langen procuratorem van wegen des Rechten und der Ko^{n}. gewalt pinlich angeklaget werdt, Dat ſe de gefangen undt angeklagte ſik mit ungeloven und anderm ungebohrlichem ſegenem und böthen, ſo Jegen dat erſte und ander geboth Gottes van ehr gebruket, vorgrepen, Und dewile dan ſolliche daet, vormege Godtlicher und beſchrevener Rechte ungeſtraffet nicht bliven mach. Dat derwegen de Konnigliche Gewalt ſick will vorhapen, dat de gefangene Stadtrechten O. 19. ſoll geſtraffet werden.

Und durch Peter Wageningk, van Wegen der armen gefangenen tho ehrer Defenſion werdt Ingewandt, dat offtwol de ge-

fangene, als ein Arm-ſwack geſcheppe, ſick vorforen laten, dat ſe up erforderent guder lude, denſulvigen radtdedich tho ſinde hefft laten vermögen: dat dennoch in ehrer uthſage nicht werdt befunden, dat ſe Jemande Schaden thogefoget, Vorhapende derwegen de Arme gefangene, mit der livesſtraffe tho vorſchonen, ſonder dat ſe duſſer Stadt tho verwiſen ꝛc.

De Kon. gewalt aber by ehrer Klage vorharret, und darup tho finden begehret:

Worup durch Borger und Dinglude gefunden.

Dewile uth der gefangenen Urgicht werdt befunden, dat ſe de gefangene und angeklagte, wedder dat erſte und ander gebodt Gottes ſick hefft vorgrepen, Derwegen ſe vermoge Stadtrechtens O. 19. mit fure vam levende thom dode ſchal gerichtet werden.

Duſſe Findung hefft de Arme gefangene alſovort ahn den Erb: Radt geſchulden.

Act. 13. Januarii Ao. 1591.

2.

Datt Recht.

Im Rechten gefunden:

Nhademe Joachim Berckhane procurator Im Nhamen der Kon. gewaldt und des Rechten pinlich beclagedt Lemken Nipers alias Cordes, dat ſich die Angeclagte underſtanden, und wedder de gebade Gades gehandelt, indeme dat ſe uth dem verbunde, den ſe mit Gade in der Hilligen Dope geſchlaten und upgerichtet, getreden, und freybedechtiglich unnd unbedwungen tho dem leidigen Sathan, deme ſe dorch ehren Vadderen gantz und ghar in der Döpe entſecht, ſich geſchlagen und mit demſulvigen geboleret und ſich vormiſchedt, dardorch ſe alſo Gott dem Vader, der ſe geſchapen, vorlathen, den Söhne de ſe mit ſinem heilwerdigen Blode erloſedt und gekofft, vorſakedt, und van dem guden Geiſte der warheidt tho dem lögengeiſte, dem Düwel, de doch Gottes und aller Minſchen affgeſechte Feindt iſt, gefallen; mit demſulvigen hedde ſe eine nie vorbundteniſſe angerichtet, und deme thofolge dorch dat krudt, ſo der Sathan, ehr Bohle, ehr gebracht, ehrem nögeſten vele böſes gedahn und bedrövet, de weide vorgifftigedt, und Oſſen,

Digitized by Google

Perde, Koye, Schwine und allerhandt Have betöverdt, wie ehr ſolches mit ehrer urgicht (wortho ſe ſich gerichtlich bekennedt) dede bewieſen, Dewile den nhu ſolche hochſchedtliche mißhandelinge und uthtredinge In gemeinen beſchrevenen Geiſtlichen und Weldtlichen Rechten hochvorbaden, und ſolche Lude In der gemeine Gades nicht tho dulden und tho liden, ſunder billich affthodonde und uththoraden, alß badt er tho erkennen, ob nicht die Angeclagte vormuge dem Sachßen im anderen Boke am 13. Capitel und dieſem Stadtrechten O art. 19 geſtraffet, und mit dem Fhure up der Hordt vorbrandt werden ſchole,

Worentkegen dorch Hinrich Mengardt Im nhamen des Armen gefangenen Wives excipiendo et defendendo Ingewandt worden, dat ſe de Angeclagte alſe ein ſchwackes Worktuech, dorch den leidigen Sathan (welker derſulvigen geldes genoch tho gevende vorſpraken, darmit ehr ſe alſo vorleidet) vorfhöret, welckes derſulvigen von Harten leidt, und dewile ſe doch van demſulvigen henforder unangefochten nicht bliven wurde, derentwegen ſo wolde ehr demödiges und högeſtes Flites gebeden hebben, de gefangene mit einer gnedigen Findinge tho beleggen, und ſe mit dem ſchwerde tho ſtraffen,

Worup dorch Borger und Dinglude gefunden:

> Dat die Angeclagte von wegen ehrer mißhandlinge und Töverie dem Sachßen Im anderen Boke am 13. Capitel und dieſem Stadtrechten O art. 19 ſchole underworpen ſyn, und vormuge derſulven mit dem Feuer am levende geſtraffet und vorbrendt werden.

Diße Findinge heft de arme gefangene alſovordt an einen Erb. Hochw. Radt geſchulden.

Actum Mercurii d. 27. Novembris Anno 1594.

Beilage C.

Das im Hamb. Stadtarchiv unter der Aufſchrift:

> Acta betr. den im Gefängniſſe verſtorbenen, peto homicidii angeklagten Alchimiſten und Aſtronomen Heinrich Becker 1629 & 30

aſſervirte Convolut enthält in folgender Reihenfolge nachſtehende Aktenſtücke.

Digitized by Google

I. Das Schreiben von Paulus Becker, datum Hamburgk den 13. Januar 1630 an Bürgermeiſter und Rath der Stadt Hamburg lectum in Senatu 18. Jan. 1630. Er bemerkt darin, daß vor kurzer Zeit „mit meinem Bruder Heinrico Becker wider hiebevor gerichtlich per decretum ertheiltes Geleite zur Captur lite in peto homicidii adhuc pendente und da ſonſten er anderer Maleſizſachen ſchuldig noch nie befunden, geſchritten," „bei der Captur oder vielmehr unverſehentlicher Ueberfallung gemeldter mein Bruder ganz crudeliter tractiret, geſchlagen und niedergeworfen," „auch ſeines mächtigen, in ſothaner Captur empfangenen Beinſchadens ungeachtet, mit ſtarken Banden beleget und angefeſſelt, er in ſolchen Helden und Banden bis dahin, daß große ſchwere Krankheit zugeſchlagen, verblieben, und meinem Anwalde Anfangs ein freier Zutritt nicht wollen verſtattet werden, wider ihn auch niemals eine förmliche Anklage angeſtellt, und er mit ſeiner Verantwortung saltem ex carcere gehöret, noch auch die dabevor von ihm in peto homicidii vorgeſchlagene Gezeugen abgehört. Er habe aber nach ſeines lieben Bruders Abſterben vernehmen müſſen, daß anfangs ihm zwar eine chriſtliche Sepultur wie Recht bewilligt, auch darauf die Grabſtäte gemacht, Kirchen- und Schuldiener nebſt den Schulknaben beſtellt, auch viel redliche Leute ad deductionem funeris eingeladen, und es Alles an dem geweſen, daß er mein Bruder mit chriſtlich gebräuchlichen Ceremonien ſollen zu ſeinem verordneten Ruheſtättlein begleitet werden, hernachmals aber ſich Leute gefunden, welche dieſes Alles hintertrieben, auch es dahin geſpielt, daß ihm honesta et publica sepultura abgeſchnitten, auch er zu Abendzeit ganz ignominiose von etlichen Perſonen (lictorum satellitio, ne quid ad contumeliam deesset, funus comitante) heimlich an einem andern Ort getragen und verſcharret worden. Ja es hätten ſich etliche Leute hierin ſo ganz bitter herb und partheiiſch bezeigt, daß ſie meinen armen Bruder für einen Nigromanticum oder Zauberer qua privatim qua publice in ſeine Sterbgruben zu traduciren ſich nicht geſcheuet, auch wie er in die Erde verſcharret geweſen, hat man hierüber vermeinte Inquiſitionsproceß angeſtellt, auch ſeine Bücher die etiam feriato durchſuchet und durchblättert. Der Briefſteller beſchwert ſich hierüber, beſonders weil der Bruder

nicht allein in ſeiner Krankheit ſich mit Gott verſöhnt, ein herrlich ſtattlich Bekenntniß ſeines Glaubens gethan, auch die Abſolution und das heilige Abendmahl empfangen und darauf ſelig verſchieden, ſondern auch zuvor ſich fleiſſig zum Gehör göttlichen Worts und zum Gebrauch des heiligen Abendmahls gehalten. „Und will dieſes Alles mir und meinen Anverwandten, auch lieben Kindern zum mächtigen überaus großen Schimpf und Schmach gereichen." Er bittet ihm zu vergönnen, daß er den todten Körper cum busto von dem Orte, da er ignominiose hinverſcharret, aufheben und an den andern Ort, ſo ihm Anfangs zur Sepultur bewilliget, intervenientibus debitis solennitatibus nimirum comitatu Pastorum et Scholarium, pulsu campanorum et cantu puerorum in Begleitung ehrlicher Leute öffentlich möge hintragen und begraben laſſen; dann auch „Dieſelben, welche meinem Bruder nicht allein das chriſtliche Begräbniß gehindert, ſondern auch hin und wieder ihn gräulich geläſtert und der Zauberei beſchuldigt, mir zu benennen und gegen dieſelbe ſambt und ſonders mir rechtmäßige Proceß zu verſtatten, und letztlich von allen in dieſer Sach Beides vor und nach der Captur ergangenen und verübten Gerichtsacten, Protocollen und Handlungen und ſonderlich deren von Paſtoren zu S. Catrienen eingegebenen Schmäheſchrift zu Ausführung meiner rechtlichen Nothdurft mir Abſchrift um billige Belohnung mitzutheilen." Er droht ſonſt ſich bei der Röm. Kaiſ. Majeſtät zu beſchweren, und reſervirt ſich alle Gerechtſame.

II. Heinrich Beckers von Werningerode Drohbrief an die Frau Chriſtina Contesse de Schleswig Holſtein, worin ohne Namensunterſchrift, datirt Hamburg den 16. Septbr. 1629 zwei Tauſend Roſenoble innerhalb vier Wochen gefordert werden, ſonſt werde er alle Briefe und Heimlichkeiten und Alles was ihm bewußt iſt, an den Prinzen von Dänemark und Reichsräthe überſchicken, oder ihn ſolle der Teufel holen. „Ich will Euch noch ſo getreu ſein, heißt es in der Nachſchrift, wenn Ich das Geld bekomme, ſollt Ihr die Briefe wiederbekommen, wo aber nicht, ſo ſollt Ihr Ewer Unglück nicht abſehen können, wonach Ihr Euch zu richten habt."

III. Ein Brief des Henricus Becker captivus, lectum in Senatu d. 14. Dec. 1629, addreſſirt an Bürgermeiſter und Rath der löbl. Stadt Hamburg, datirt Hamburg den 9. Dec. 1629.

Digitized by Google

Er klagt darin, daß er, ob er zwar unlängſt gegen anerbotene Caution relaxationem carceris, „auch mir das delictum, den Ankläger und copiam indiciorum, worauf man wider mich zu perſönlicher Verſtrickung alſo verfahren" ſupplicirend gebeten, nicht die geringſte Reſolution oder Verordnung erlangen können, ſondern nun mehr denn 14 Tage in ſo harter Cuſtodie und unerträglichen Banden gehalten werde, „geſtalt denn nunmehr von ſolchen ſchweren Banden, Kälte und anderem Tractament mein vorhin beſchwerlicher Beinſchaden vom kalten Brand entzündet," auch aller Zu- und Abgang unverdächtiger Perſonen und mit denſelben alle menſchliche Converſation und Mittel meiner Defenſion abgeſchnitten worden." Er wünſcht bis Reſtitution ſeiner Geſundheit entweder entlaſſen oder an einem andern ehrlichen Ort behalten zu werden. Die Sache in pcto. homicidii & necessariae defensionis liege in den Händen der Herren Gerichtsverwalter, „da er ſeine Gezeugen in rechter Zeit produciret, und um förderſames Verhör ſollicitiret."

IV. Ein Schreiben von Reinhardt von Walmerode, Halberſtadt den 9.(?) December 1629 datirt, lectum in Senatu d. 7. Dec. 1629. Er habe Herrn Dietterich Nieburn gebeten, „meinetwegen eine collecta bei meinen Herren vor den incarcerirten Henrich Becker", bitte jetzt ihn Becker „dieſer meiner wenigen Interceſſion in effectu genießen zu laſſen."

V. In einem Schreiben, lectum in Senatu 21. Dec. 1629, datirt 20 eiusd. Hamburg, bittet Catharina von Gerſtorff, da ſie glaubwürdig berichtet, daß der beſchreite Alchymiſt und Aſtronomus Henrich Becker dieſen Morgen in ſeiner Verhaftung mit Tode abgegangen, und es dem Rathe guten Theils bewußt, in welch große Verlegenheit ſie derſelbe Menſch geführet, und ſie wider ihn zu klagen genugſame Urſache habe, inſonderheit wegen eines fallirten Wechſels und 3 erpractiſirter Obligationen, womit ſie in keiner geringen Gefahr ſtecke, alles jedoch ohne ihr Verſchulden und Hoffen, durch andere Leute an ihn gewieſen und ſein Beckers bekannte Bosheit, — durch den ordinairen Gerichtsvogt alle des Beckers verlaſſene briefliche Urkunden „in meinem Beiſein erſehen, und die mich betreffen thun, bevorab angedeutete 3 Handſchriften ſobald herausnehmen laſſen wollen, oder die Fr.

von Münchhauſen, ſo darum gute Wiſſenſchaft trägt und mich oft darauf vertröſtet, zur Edirung anhalten. Wie denn endlich deſſen ganze Subſtanz bis zu der Sachen Austrag und erlangten meinen Conſentament mit kräftigem Arreſt beſchlagen."

VI. Ein Schreiben des Henricus Becker unſchuldig Captivirten vom 30. Nov. 1629, lectum eod. in Sen., worin er vorſtellt, er ſei unlängſter Tage von des Gerichtsverwalters Herrn Elert Eſichen Dienern und deren Helfershelfern zu Abends „als ich meiner Geſchäfte nach ausgeweſen, und wiederum nach Hauſe gehen wollen, auf'm Pferdemarkt unverſehens plötzlich überfallen, unmenſchlicher Weiſe und gefährlich geſchlagen, niedergeworfen, an Händen und Füßen gebunden, und nachm Gefängniß geſchleppt, zugleich ſein Mantel ihm mit Gewalt vom Leibe geriſſen, in carcere mit ſchweren und unerträglichen Banden belegt, und darinnen unangeſehen ſeines gefähr- und ſchmerzlichen Beinſchadens bisher behalten ꝛc. Er bittet ihn aus der Haft zu laſſen, den Accusatorem zu nominiren, deſſen vermeinte inditionales zu communiciren ꝛc.

VII. Das Document lautet ſo:

Soviel den Medicum HE. Dominicum betrifft, wird er aus beweglich und erheblichen Urſachen des Zeugen-Eides (welchen er doch ohnedies nur in forma communi hätte ablegen ſollen) für diesmal erlaſſen. Jedoch werden die HE. Commiſſarien und zu dieſem Examine Deputirten in optima forma erſucht, gemeldten HE. Dominicum auf folgende Punkte ſummariſch abzuhören,

1.

Wie er dazu komme, daß er bei Einantwortung der Briefe, welche dem Tranſaeo nomine Heinrich Beckers verpitſchiret Sonntags d. 13. Dec. jüngſthin mit unnöthigem extraordinari Gepräng eingeantwortet, ob er zu dieſem Actu von ſich ſelbſt kommen, oder wer ihn dazu erſucht, wie oft und mit was Motiven?

2.

Welcher unter ſolchen Requirenten ſich der Sache am eifrigſten angenommen?

3.

Ob er nicht gehört und von wem, daß Heinrich Becker ein Geomanticus wäre, ſonſt auch andere verbotene Künſte wüßte, item ob er nicht spirituum aliquorum familiaris geweſen?

Digitized by Google

4.

Ob er nicht dafür halte, daß Becker durch eingenommenes Gift ihm ſelber fortgeholfen, und aus was Urſache?

5.

Ob nicht Becker in währender Krankheit auch heimliche Sachen, als Arzeneien, ſo aus ſeinem Hauſe kommen, gebrauchet?

6.

Ob nicht der Stadiſche Reſident Voppius ihm HE. Dominico Donnerſtags den 17. Dec. aufgetragen, daß er dem Tranſaeo andeuten ſollte, er, Voppius nämlich, hätte zwei Briefe, ſo Frau Chriſtina an den Gefangenen Becker geſchrieben, weil darinnen ſeiner, des Voppii, eines Pasquills wegen gedacht worden, zerriſſen, ſo er gegen die Königl. Majeſtät zu verantworten gedächte?

7.

Ob HE. Dominicus ſolche Werbung beim Tranſaeo verrichtet,

8.

Weſſen Tranſaeus darauf ſich reſolviret,

9.

Ob nicht Voppius auch geſagt, es gereuete ihn, daß er die andern Briefe alle mit einander nicht zerriſſen,

10.

Ob Zeuge nichts gehöret, und ſo ers gehöret, von wem denn, wo man nämlich mit den übrigen hinterhaltenen Schriften und Briefen, ſo Becker in ſeiner Gewahrſam gehabt, hingekommen ſei.

Auf gemeldete 10 Fragſtücke wird er ſich chriſtlich hell und klar an Eidesſtatt der Wahrheit zur Steuer erklären, und ſeine Ausſage mit eigener Hand unterſchreiben.

VIII. Schreiben des Joachim Tranſaeus vom 18. Decbr. 1629, lectum in Sen. eod., worin er erkennt, daß ihm der Rath in der ihm von Sr. Kön. Maj. zu Dänemark ꝛc. anbefohlenen Commiſſion wieder den Gefangenen hartnäckigen Landzwinger Heinrich Becker bisher unpartheiiſch aſſiſtirt, und eine wahrhafte Copei Deſſen ſendet, was Becker im nächſtverſtrichenen September von hier aus für einen ſchönen Brief in Dänemark geſchickt, damit der Rath daraus erſehe, aus was für Urſachen ſein gnädigſter König und Herr in dieſem auf wunderbare

Digitized by Google

Maaße gekarteten Werke einen mehreren Ernſt als bisher wider den Becker gebrauchen müſſe. Da er von Sr. Majeſtät durch Dero continuirliche Handſchreiben ernſtlich befehlicht ſei, nicht in genere Briefe, und deren nur 4 oder 5, ſondern in specie alle ſolche Briefe, welche Beckers Drauſchreiben gemäß von ihm zu erfordern, er aber ſolches bisher nicht erlangen können, und gleichwohl ziemliche Nachricht habe, daß in der Münchauſiſchen Logament dergleichen Briefe entweder vorhanden oder ſie zum wenigſten berichten kann, wo ſolche mögen hingekommen ſein, ſo erſuche er den Senat, durch etliche ſeiner Mittel die Münchauſiſche je eher je lieber auf die inliegenden Punkte mit Ernſt zu befragen, und ſeine Reſolution zu ſeiner Nachricht zu communiciren, auch alle des Beckers noch vorhandene Briefe und Schriften aus ſelbigem Logis zu erheben, damit er aus ſolchen, was ſeinen König einigerlei Weiſe angehe, mächtig werde.

IX. Interrogatoria überſchrieben, ſind die in VIII. erwähnten Fragen, ungeachtet Becker inzwiſchen verſtorben, doch an die Zeugen zu richten, nämlich an die Frau von Münchauſen, den Praeceptor ihres Sohnes, die Mägde derſelben, des Beckers geweſenen Diener, und Johann Baptiſta Fabricius geweſenen Paſtor in Stade. Unter den Fragen heißt num. 4: ob nicht die Frau von Münchauſen mit Heinrich Becker einige verdächtige Gemeinſchaft getrieben, und was das geweſen.

5. Ob nicht die M. mit B. äuſſerlich gelebt, als Mann und Frau mit einander pflegen?

6. Ob die M. und B. ſich nicht öfters mit einander gezankt, alſo daß die M. mit einem bloßen Meſſer den B. zu Zeiten verfolget, ſich aber allemal mit einander wieder vertragen,

7. Ob nicht die M. in dieſer Sachen ſich des B. ſo eifrig angenommen, als eine Frau ihres Mannes,

8. Ob ſie ſeinen Tod nicht heftig betrauert, und beklagt, auch ſo daß ſie darüber zu Bette gelegen, und wie lange,

11. Ob Zeuge nicht meine, daß dem B. durch die gefängliche Einziehung Unrecht geſchehen,

12. Ob Zeuge wiſſe, daß H. B. der Frau Chriſtinen Muncken im September vergangenen Jahres einen Draubrief zugeſchrieben, und in demſelben von ihr 2000 Roſenobel begehret ꝛc.

13. Wie lange Zeuge gewußt habe, daß Tranſaeus ein Königl. Dänemark Diener wäre, und ob Zeuge es nicht länger als vor 2 Jahren gewußt, inſonderheit da Tranſaeus dem Becker von der Frau Chriſtine eine verſiegelte Schachtel, darinnen hundert Roſenobel gelegen, gebracht hat,

16. Ob Becker nicht die colloquia und familiaritatem spirituum gerühmet und ſich deren gebrauchet.

Specialia ad causam.

1. Ob Tranſaeus alle die Briefe, welche Frau Chriſtine und ihre geweſene Kammer-Jungfrau Anna Maria von Sterſan vom Anfang bis zu Ende ihrer unter einander habenden Kundſchaft an H. B. geſchrieben, bekommen habe ꝛc.

2. Ob Zeugin nicht den HE. Schwed. Agenten damals, als er das Haus, darinnen ſie wohnet, beſehen wollen, ungefähr mit dieſen Worten gebeten, weil ſie wüßte, daß er mit dem Königl. Dänem. Commissario Tranſaeo wohl ſtünde, daß HE. Agent doch für den Becker intercediren wolle, damit er aus der Haft kommen möchte,

3. Ob nicht darauf HE. Schwed. Agent Montags den 14. December jüngſtverwichen (als man Sonntags vorher die 4 Schreiben dem Tranſaeo verſiegelt und mit ſonderbarem Gepränge eingeantwortet gehabt) Nachmittags zu ihr kommen und referiret, weil die Briefe und Haare da ſein müßten, könnte Becker nicht eher loskommen, man ſchaffte denn ſolches Alles mit einander wiederum herbei, und ob nicht HE. Agent daneben verwarnet, ſich in dieſe Händel nicht zu miſchen, ſondern die Briefe und Haare alle entweder von ſich zu geben, oder zu entdecken, wo dieſelben hingekommen,

4. Ob ſie nicht demſelben HE. Agenten damals ungezwungen und ungedrungen bekannt habe, daß der Stadiſche Reſident Boppius die Briefe und Haare mit guten Worten von ihr abgelockt, und ſie überredet hätte, daß ſie in ſeinem Hauſe die Haare als nämlich der Kön. Majeſtät eigene, der Frau Ellen und des Rheingrafen Haare an einem Lichte verbrennet,

10. Was Becker mit den dreierlei Haaren thun ſollen,

12. Wo Becker den Tag über geweſen, als man ihn am Abend beim Kopf gekriegt.

Digitized by Google

14. Was das für Schriften geweſen, welche ihm die Rathsdiener beim Angriff abgenommen, darüber der Becker ſehr gewehklagt, und nicht eher zufrieden ſein wollen, bis die Diener ſolche auf dem Pferdemarkt in dem Hauſe, da man ihn erſt hineingebracht, von ſich geben müſſen,

15. Wer dieſelben Schriften zu ſich genommen, und wo ſie hernach hingekommen,

16. Ob Heinrich Becker nach der Zeit, als ihm das Geleit letztmals aufgekündigt geweſen, zu Altona oder wo er ſich ſonſt aufgehalten, wie der Hauswirth heiße, der ihn aufgenommen und beherbergt,

18. Wie lange Becker allbereit gefangen geweſen, als man die Haare, wie obgemeldet, verbrennet,

20. Wer Heinrich Beckers Pettſchaft zur Zeit ſeiner Gefängniß in Verwahrung gehabt,

21. Wo Heinrich Beckers Briefe und Schriften alle miteinander nach ſeinem Tode hingekommen und jetzt ſein,

27. Ob Zeuge nicht allerhand ſeltſame Künſte wüßte, ſonderlich wie man Schlöſſer nur mit Worten ohne Schlüſſel öffnen könne, und ob er es nicht auf die Weiſe nach Dänemark practiſirt, da er das Schloß, ſo vor der kalten Küche gehangen, alſo eröffnet, im Angeſicht etlicher allhier in Hamburg vorhandener Leute,

28. Von wem er die Künſte gelernt.

Digitized by Google

III.

Rechtshiſtoriſche Aphorismen

in Veranlaſſung von Lappenberg's Hamburgiſchem Urkundenbuche (Bd. I).

Vorträge in der juriſtiſchen Section des geſchichtlichen Vereins

am 4. Juli und 12. September 1843.

Inhalt.

Einleitung § 1.
Weiderecht. Fiſchfang § 2. 3.
Justitia Lubecensium § 4.
Märkte § 5.
Handelsverhältniſſe § 6.
Geldwechſel § 7.
Strandrecht § 8.
Gefahren des Handelsverkehrs § 9.
Seeräubereien § 10.
Sicheres Geleit § 11.
Erläuterung von Stadtr. von 1270 VII, 9, 6 und XII, 6. § 12.
Innung der Krämer und Concursverfahren § 13.
Lootſengeld, Anſeglung, Connoſſemente § 14.
Sitten. Muſik § 15.
Die Urkunde 818 § 16.
Die Urkunde vom 20. März 1272 § 17.
Das Stockhaus § 18.
Regierungsverhältniſſe §. 19. 20.
Weichbildsrecht § 21. 22.
Römiſches Recht § 23.
Riga § 24.
Stade § 25.
Lübiſches Recht § 26.
Billwärder Landrecht § 27.
Die Form der älteſten Teſtamente § 28.
Die Form der Traditionen daſ.
Gerichtsweſen § 29. 30.
Verfahren, Zeugenverhör in Rechtsſtreitigkeiten § 31.
Schriftliches Verfahren § 32.
Aſylrecht § 33.
Gerüfte § 34.
Gottesurtheile § 35.
Urkunden § 36.
Eid auf die Heiligen § 37.
Vare § 38.
Urfehde § 39.
Verfeſtungen § 40.

Digitized by Google

Rechtshiſtoriſche Aphorismen
in Veranlaſſung von
Lappenberg's Hamburgiſchem Urkundenbuch (Bd. I).

§ 1.

Es ſcheint mir in vielfacher Beziehung eine Pflicht zu ſein, auch in unſerer Section das neueſte Werk umſtändlich zu beſprechen, welches unſer hiſtoriſcher Verein und überhaupt die Literatur der raſtloſen Thätigkeit, dem unermüdlichen wiſſenſchaftlichen Eifer und den ausgebreiteten Verbindungen und Verhältniſſen des Mannes verdanken, den wir die Ehre haben an der Spitze unſeres Vereins zu erblicken. Der erſte Band von Lappenberg's Hamb. Urkundenbuchs (Hamburg 1842. 4.) erfordert freilich für die Hebung der rechtshiſtoriſchen Ausbeute, falls ſie auf Vollſtändigkeit Anſpruch machen will, andere Kräfte und Muße, als ſie mir zu Gebote ſtehen. Allein ich hoffe mit meinen unbedeutenden Reflexionen Befähigtere zu gediegeneren Leiſtungen anzuregen, und ſomit wenigſtens zu dieſem Zwecke einigermaaßen legitimirt zu ſein.

Das treffliche Werk, welches billigerweiſe in den Händen eines jeden Mitgliedes unſeres Vereins ſich befinden ſollte, hat leider den Gegenſtand einer ganz neuen buchhändleriſchen Schadens-Erſatz-Theorie abgeben müſſen, und kann ſomit vor der Hand wegen des unbillig hohen Preiſes nur das Eigenthum reicher Privatgelehrte werden; bis vor Kurzem hatte die Verlagshandlung nicht einmal gegen die Stadtbibliothek ihre Verbindlichkeit erfüllt, ſo daß ich nicht von daher ein Exemplar geliehen bekommen konnte. Um ſo mehr laſſen Sie mich hier die Güte des Herrn Dr. Geffcken anerkennen, der mir auf einige Wochen das ſeinige überlaſſen hat. Es iſt mir auf ſolche Weiſe erſt ganz kürzlich [1]) ein Genuß zu Theil geworden, nach dem ich mich längſt ſehnte. Nichts-

1) Seitdem hat auch die ungemeinen Nutzen ſtiftende hieſige Juriſtiſche Leſegeſellſchaft ein Exemplar angeſchafft.

Digitized by Google

deſtoweniger eile ich, Ihnen von meinem vorläufigen Studium des Werkes einen Bericht abzuſtatten, der auch deshalb Ihre Nachſicht ſich erbitten muß.

Im Allgemeinen iſt zu erwähnen, daß das Buch nahe an Eintauſend Urkunden aus dem Zeitraum von 786, dem Jahre des Stiftungsbriefes Königs Karl des Großen für das Hochſtift Verden, bis 1300, enthält, alſo aus einem Zeitraum von fünf Jahrhunderten, zum Theil bisher ungedruckt, zum Theil mindeſtens hier mit einer diplomatiſchen Genauigkeit wieder abgedruckt, welche einen etwanigen künftigen Verluſt, ſelbſt der Originale, verſchmerzen läßt. Es ſind dabei die Schätze zunächſt unſeres Stadtarchivs, aber auch Mittheilungen aus anderen Archiven, am ſeltenſten gedruckte Werke benutzt. Der Gewinn für die allgemeine Geſchichte, und insbeſondere für die Kirchen-Geſchichte und Geſchichte des Kirchenrechts iſt am beträchtlichſten. Allein auch den Studien, welchen unſere Section und insbeſondere ich mich zunächſt zugewandt habe, iſt ebenfalls ihr Antheil geworden.

§ 2.

Zunächſt iſt uns das Bild von dem ſtädtiſchen Treiben und den Verhältniſſen unſerer Vaterſtadt vervollſtändigt worden aus der Zeit, welche theils unſeren älteſten Statuten vorherging, theils dieſelben entſtehen ſah. Zu einem richtigen Verſtändniß unſerer älteſten topiſchen Rechtsdenkmäler ſcheint aber ein tieferes Eindringen in die allgemeine Sitten- und Rechtsgeſchichte jener Zeit unerläßlich. Hätte man dies bisher nicht verſchmäht, ſo würden viele faſt herkömmlich gewordene Irrthümer in der Beurtheilung und Auslegung unſerer Stadtrechte vermieden, und denſelben in der Deutſchen Rechtsgeſchichte früher der ihrer Selbſtſtändigkeit gebührende Rang angewieſen worden ſein.

Hierher Gehöriges laſſen Sie mich in einzelnen Zügen, wie ich es gerade fand, zuſammenſtellen.

Man muß ſich die Verhältniſſe unſerer ſtädtiſchen Altvorderen ſelbſt in den Zeiten, welche dem mächtigen Hanſabündniß naheliegen, ganz anders denken, als wir etwa jetzt uns eine beginnende Handelsſtadt vorſtellen. Aus der bereits ſonſt [1]) be-

1) Lamb. Origg. 1, 83.

kannten Urkunde Kaiſer Friedrichs I. vom 7. Mai 1189 (Num. 286), erſieht man, daß es für unſere Vorfahren noch ſelbſt damals einen beſonderen Werth hatte, ihr Vieh, was ſie in der Stadt hielten, auf die Weide treiben zu dürfen[2]). Allein das Weiderecht ward dahin beſchränkt, daß ihr Vieh früh Morgens hinaus- und Abends ſpät wieder in die Stadt geſchafft werden müſſe: weiter von der Stadt abwärts das Vieh zu treiben war nicht verſtattet. Es wirft dies auf die Stelle des Statuts von 1270 VI, 19 ein beſonderes Licht, wo angenommen wird, als etwas Gewöhnliches und Erlaubtes, daß das Vieh auf den Straßen ledig umher lief. Mit jener Urkunde von 1189 iſt in Beziehung auf das Weiderecht die Urk. 606 der Grafen Johann und Gerhard von Holſtein vom 10. Aug. 1256 zu vergleichen, wo es heißt: „Desgleichen haben wir die zwiſchen den Dörfern Eillenbeke und Hamme belegenen, gegenwärtig durch Gräben abgeſonderten Ländereien, und diejenigen, welche wir in Papenhudhe [jetzt Kuhmühle] hatten, mit dem uns zuſtehenden Eigenthumsrechte den Bürgern zur Weide und Benutzung gegeben. Ebenſo haben wir ihnen die Güter übertragen, welche die Stadt Hamburg von den Rittern, Herrn Hermann von Zeſter und Herrn Hartwig Stormarn gekauft hat, und das Eigenthum, belegen in Heimehuhde [Gegend zwiſchen dem neuen Jungfernſtieg und dem alten Raben] zur Stadtweide.“ So ſcheint bis 1269 die Stadt nicht einmal über den Stadtwall ausſchließliche Aufſicht, und ebenſo wenig die Schlüſſel der Stadtthore gehabt zu haben; denn es heißt in der Urk. 740, Vergleich des Domkapitels mit dem Rathe vom 8. Nov. 1269, der Stadtwall ſoll der Stadt frei verbleiben, und wenn einer der Geiſtlichen daſelbſt gräbt oder ihn beſchädigt, ſo ſoll er ihn ſofort wiederherſtellen. Desgleichen ſoll an den beiden äuſſerſten Enden des Walls Ein Thor ſein, wozu die Consules die Schlüſſel zu eigenem beliebigem Gebrauch erhalten

---

2) Das kann uns um ſo weniger Wunder nehmen, da wir durch die fleiſſigen Arbeiten des Herren Dr. Laurent (vergl. unſere Zeitſchr. I, 1, 146) erfahren haben, daß Hamburg 1311 approximativ nur 7000 E. hatte (alſo nicht viel mehr, als jetzt etwa Harburg), und ſelbſt 1452 nicht über 22000 E. Es zählte 1376 erſt 2641 Bürger.

Digitized by Google

werden. Es iſt auch für dieſe Verhältniſſe zu bedauern, daß uns die Urkunde 195 fehlt, die bulleta Adolphi comitis de Scouwenburg de castro et vallo Hamburgensi. Lappenberg verlegt ſie in die Zeit einer der erſten drei Schauenburgiſchen Grafen in Holſtein, ſie wird angeführt in einer Handſchrift von 1555 auf dem Hamburgiſchen Stadt-Archive.

§ 3.

Einen beſondern Werth ſcheint damals noch das Recht des Fiſchfangs gehabt zu haben, weshalb man wohl unſerer Stadt den urſprünglichen Namen einer Fiſcherſtadt, aber ungenau, neuerdings hat beilegen hören. So heißt es in der Urkunde des Grafen Gerhard von Holſtein vom 22. Jul. 1266 (702) über den Verkauf der neuen Mühle an Heynen, Bürger in Hamborch, genannt Reſe: Auch ſoll ebenſo Heyne und deſſen Erben den Aalfang unterhalb der Stelle haben, die Werck gemeinlich genannt wird. Schon früher ertheilt Graf Johannes von Holſtein in einer beſonderen Urkunde von 1247 (539) dem Heil. Geiſt Hoſpital in Hamburg zum Unterhalte ſeiner Armen „in unſerem Gewäſſer Eylenbeke„ die Fiſchereigerechtigkeit, doch ſo daß ſie nur Einen Fiſcher halten können, der nur für den Bedarf der Armen fangen darf. So verkaufen Heinrich und Meinrich, Brüder, Edle, genannt von Heynbroke, dem Kloſter Herwerdeshude (damals vor dem Mildradis-Thor (nicht zu verwechſeln mit der porta Militis, vgl. Urk. 535 und 541 mit lib. Resign. d. a. 1261. 1267. 1269 und 1271) wo jetzt die Kirche St. Pauli auf dem Hamburgerberg liegt) für Ciſtercienſerinnen 1275 (759) zwölf Maaß Neunaugen in der Bille. Hierher gehört auch die Urkunde Giſelbrechts, Erzbiſchofs von Bremen, vom 14. April 1286 (821) über eine mit den Herzogen von Sachſen, ſo wie mit den Städten Bremen, Stade und Hamburg getroffene, auf den Fiſchfang bei Hadeln und auf die Feuerbake an der Stelle, die O heißt, bezügliche Vereinbarung, worin Lappenberg (S. 677) die älteſte Spur einer Niederlage für den Fiſchfang am Ausfluſſe der Elbe und den Anfang unſerer Beſitzungen im Amte Ritzebüttel findet. In dieſem Sinne iſt es aufzufaſſen, wenn Kaiſer Friedrich I. in ſeinem erwähnten Freibriefe für unſere Vaterſtadt vom 7. Mai

Digitized by Google

1189 (286) ausdrücklich den Bürgern bewilligt: Und ſollen ſie in dem Gewäſſer, Elbe genannt, von beiden Seiten der Stadt bis zwei Meilen hin den Fiſchfang haben. Gleichergeſtalt ſollen ſie in dem kleinen Fluſſe, die Bille genannt, die Freiheit genießen, Fiſche in einer Strecke von einer Meile zu fangen.

§ 4.

Es iſt jetzt wohl keinem Zweifel mehr unterworfen, daß die den Hamburgern in andern Urkunden bewilligte iustitia Lubecensium auf den derzeit überaus wichtig erſchienenen Nießbrauch der Weiden, Waldungen, Flüſſe u. dgl. zu beziehen iſt, nicht aber beweiſt, was auch ſonſt ſich als irrthümlich ergiebt, als ob Hamburg vor 1270 das Lübiſche Stadtrecht erhalten und gebraucht habe. Bekanntlich hat der Hamburgiſche Syndicus Thraciger (1553 — 1558) in ſeiner Chronik zu dieſer irrigen Meinung Anlaß gegeben, und wenn wir auch von Lappenberg (Vorrede p. XXIX) lernen, daß der Chronik dieſes Syndicus ein größerer Werth, als ihr gewöhnlich beigelegt werde, darum gebühre, weil ſie faſt nur aus Urkunden der Threſe, des alten Schranks und Urſprungs unſeres Archivs, zuſammengeſtellt ſei: ſo läßt ſich dieſer Werth doch gewiß Thracigers Anſichten nicht zubilligen, ſondern vorzüglich wegen des Misverſtändniſſes des Ausdrucks antiqua iustitia Lubecensium nur Hach's Urtheil über Thraciger (das alte Lübiſche Recht S. 24) beipflichten. In dem Urkundenbuche giebt hier die Urkunde des Grafen Albrecht von Holſtein (1216?) 401 noch einen Beleg zu der Erklärung jenes Ausdrucks. Hier beſtätigt er die den Bürgern von Hamburg vom Herzog Heinrich verliehenen Rechte, wobei bemerkenswerth iſt, daß ſie von den Gütern, welche ſie auf dem Fluſſe die Bille zum Zweck des Handels verfahren, Zoll bezahlen ſollen, nur nicht von dem zum Hausbau exportirten Holz[1]). Im Uebrigen ſollen ſie genießen iure Susatensium et Lubecensium, wo es unverkennbar iſt, daß der Ausdruck Privilegien, Vorrechte bezeichnet.

1) Die Stelle iſt wegen des ſpäteren bei Gelegenheit des Brandes von Hamburg im J. 1284 den Herzogen von Holſtein vorgeworfenen Benehmens merkwürdig, und heißt: De lignis autem, quae per aquam eamdem (Bille) deduxerint, ad aedificiorum usus, thelonei non gravabuntur extorsione.

Digitized by Google

§ 5.

Als ein beſonderes Vorrecht wurde derzeit das Recht angeſehen, Märkte zu halten oder zu beſuchen. Albrecht, Graf von Holſtein, erklärt in der Urk. 389 (1212?): Unſern Hamburger Bürgern in der Neuſtadt ſchenken und beſtätigen wir jede Freiheit und Gerechtigkeit, die ſie von unſeren Vorfahren gehabt haben, nämlich daß ſie zweimal im Jahre feierlich Markt halten, — und ſich in allen Dingen nach der iustitia Lubecensium verhalten. So bewilligen Kaiſer Konrad II. 1038 Dec. 10 (69) und König Heinrich III. 1040 Mai 13 (70) dem Hamburgiſchen Erzbiſchofe Bezelin und deſſen Nachfolgern die Freiheit, einen Markt an dem Orte, Heilingen genannt, in dem Dorfe Eilangen, und zwar in der Art zu errichten, daß der Vogt dieſer Kirche an den Tagen, wo der Jahrmarkt dort gehalten wird, und der meiſte Zuſammenfluß von Menſchen zu ſein pflegt, — die Macht habe, mit unſerem Gerichtsbanne Alle, die dort zuſammenkommen, im Zaum zu halten, um das Recht zu handhaben. Ebenſo conferiren ſie ihm das Recht, siquidem rei necessitas exposcat vel utilitas, in loco Stadun nominato, in praedio ecclesiastico mercatum ex integro construendi. Ja Erich V., König von Dänemark, ſcheint es als eine beſondere Vergünſtigung zu betrachten, zu der er ſich nur auf Fürbitte des Grafen Johann von Holſtein und der Gräfin, ſeiner geliebten Schweſter, verſtehe, daß er in einer beſondern Urkunde (806) 1283 den Bürgern in Hamburg einen Platz auf ſeinen Märkten in Schonen bewilligt, auf dem ſie ſich Marktbuden aufſtellen und alljährlich zur Zeit der erwähnten Märkte bewohnen können. In zwei abgeſonderten Urkunden vom Mai 1232 (498 und 499), worin Kaiſer Friedrich II. der alten Stadt Hamburg und der neuen Stadt bei der Alſter die vom Grafen Adolf III. bewilligten Conceſſionen secundum antiquam iustitiam Lubecensium beſtätigt, wird darunter beſonders u. A. hervorgehoben der zweimal im Jahre abzuhaltende Markt. Dies Marktrecht verleiht beſondere Vergünſtigungen, was in Anſchlag kommt, im Stadtrecht von 1270 VII. 9, 5 verbis: ſchall eres ſetteden Markedes geneten (geſetzlichen Marktes), und wohl bei der Interpretation des neuſten Stadtrechts 2, 8, 17 und 4, 35 vergl. 1, 17, 16 ibique Commentatt. zu wenig beachtet iſt. Aus Wilda's

Forſchungen können wir dabei als bekannt vorausſetzen, daß der Markt, nicht die Befeſtigung nach der älteren Deutſchen Vorſtellung das eigentlich Weſentliche, den Grundbegriff einer Stadt (vermuthlich von Statt, Stāte Marktplatz) ausmachte. Vergl. Wilda Diss. de libertate Romana p. 13 seqq. Gildeweſen S. 231. Rheiniſches Muſeum 7, 337 Anm. 66. Der Markt hat namentlich den Vorzug bei uns, daß Injurien daſelbſt um deswillen dem Vogt und Rath Wetten zuführen, Stadtr. v. 1270 IX, 1 (1276 eod. 1292 M, 1. 1497 M, 3 ſelbſt noch 1603 IV, 60). In der Einleitung der Stadtrechte von 1292 und 1497 ſteht neben der für beſonders wichtig gehaltenen, 1270 und 1276 noch fehlenden Vorſchrift, daß nur ein Rathhaus, nur eine Dingbank dabei ſein ſolle, die andere, daß die Märkte bleiben ſollen, wie ſie vordem waren.

§ 6.

Ueberhaupt enthalten die Urkunden über die damaligen Handelsverhältniſſe und Anſichten von Handel, Schifffahrt und Recht Beider merkwürdige und fruchtbare Aufſchlüſſe. Dahin gehört das Privilegium Erich's von Norwegen vom 31. Juli 1296 (892). Er betrachtet es als eine beſondere Vergünſtigung, daß die Bürger von Hamborg von den Arbeiten Behufs Heraufſchaffung eines Schiffes aus dem Waſſer, was gemeiniglich Schiffstracht genannt werde, entfreit ſein ſollen. Er bewilligt dies, „da beſagte Bürger zum Nutzen unſeres Landes mit ihren Waaren unſer Reich bis jetzt zu beſuchen pflegen, und unſern Einwohnern in ihren Gegenden bei dem Geſchäftsverkehr förderſam waren. Sie ſollen, wenn Jemand wegen eines Verbrechens zum Richtplatz hinausgeführt wird, nicht nöthig haben zu folgen. Sie dürfen im ganzen Reiche mit ihren Schiffen ohne eine Buße oder Abgabe bei den Brücken anlegen und löſchen. Sie dürfen ihre Waaren in unſerem Reiche auf ihren Schiffen verkaufen und kaufen, wie ſie wollen, und ebenſo auch auf fremden Schiffen." Es ſind noch mehrere ähnliche Vergünſtigungen ſpecificirt, die ich an Ort und Stelle nachzuleſen bitte, und der mercantiliſchen Section zu weiterer Ausführung überlaſſe. Hier hebe ich noch hervor das Recht, daß unſere Bürger auch auſſerhalb ihrer Stadt, wenn ein Bürger von Hamburg vor das Gericht, das taeset

Digitized by Google

heißt, vorgeladen wird, ſich von jeder Sache durch zwei, nicht rechtloſe Männer reinigen dürfen, es mögen Deutſche oder Normänner ſein [Zeugenbeweis durch zwei Zeugen war damals noch etwas unſerer Stadt Eigenthümliches, die längſt das anderswo noch viel ſpäter übliche Beſiebenen abgeſchafft hatte]; daß ſie ferner angefangene Arbeiten auch nach Einläutung eines Feſtes beendigen, dagegen neue nicht ohne Geldbuße von einem ore anfangen dürfen. Endlich ſind ſie auch vom Strandrecht eximirt, und falls ſie beim Schiffbruch Hülfe benöthigt ſind, iſt das Berglohn auf 6 oras Noricanas für die Laſt beſtimmt. Die erſte Spur vom Stader Zoll enthält die bereits erwähnte Urkunde Kaiſer Konrads II. vom 10. Dec. 1038 (69), worin der Kaiſer nach der Stelle, die des Markts in Stade gedenkt, hinzufügt: Gerichtsbarkeit und Zoll, ſo wie Münzrecht, und was daraus der Stadtfiscus erzielen kann, weiſen wir dem Hamburger Sitze zu. Die Menſchen aber, welche auf dem erwähnten Gute irgend Wohnungen anlegen, ſollen unter der Gerichtsbarkeit des biſchöflichen Vogts und keines Andern ſtehen. Demnächſt gehört hierher das ebenfalls bereits erwähnte Privilegium Kaiſer Friedrichs I. (num. 286) von 1189. Auf Antrag ſeines Grafen Adolph von Scowenburg verleiht der Kaiſer ſeinen Bürgern in Hamburg mit ihren Schiffen, Waaren und Menſchen vom Meere bis nach jener Stadt Freiheit von allem Zoll und Ungelde bei der Ankunft oder beim Abgange. Führen ſie aber fremdes Gut mit ſich, ſo ſollen ſie einen paſſenden Boten nach Stade ſenden, der nach der Quantität der Güter auf ſeinen Eid den Zoll erlegt. Es genügte alſo der Eid des nuncius, übrigens mußte ſchon damals fremdes Gut in Hamburgiſchen Schiffen den Stader Zoll zahlen. Meint aber der Zöllner, daß der Zoll in einiger Hinſicht nicht gehörig berichtigt ſei, ſo ſoll er ihm nach Hamburg folgen, daß er hier nach der iustitia das Erforderliche berichtige. Alſo in Hamburg ſoll die Differenz regulirt werden. Dies kaiſerliche Privilegium beſtätigen 1267 die vornehmſten Miniſterialen des Erzbisthums Bremen (724).

§ 7.

Aus demſelben kaiſerlichen Freibriefe erſieht man, welchen Werth damals das Recht der Geldwechſelei hatte. Der Kaiſer erwähnt

Digitized by Google

ſpeciell: Will Jemand in der Stadt Geld wechſeln, ſo kann er das betreiben, wo er will, nur nicht vor der Münzſtäte. Auch darf Jeder die Münzen wiegen und ihren Gehalt unterſuchen. Aehnlich lauten die Beſtätigungen dieſes Freibriefes abſeiten des Grafen Adolf III. vom 24. December 1190 (292), des Grafen Johannes und ſeiner Brüder vom 16. Auguſt 1239 (516) und des Grafen Adolf vom 15. März 1280 (784). Im Jahre 1268 (727 Urk.) entſcheidet die Gräfin Margaretha von Flandern die zwiſchen ihren Flandriſchen und den Hamburgiſchen Kaufleuten und Bürgern entſtandenen Zwiſtigkeiten in einem Schiedsſpruche dahin u. A., daß die Flandriſchen Kaufleute ihre Waaren in Häuſern oder auſſerhalb derſelben bei Hamburg lagern laſſen dürfen, bis ſie ſie verkaufen oder ſonſt darüber verfügen; nur dürfen ſie nicht in Hamburg gekaufte Waaren dort wieder verkaufen, auch keine Weine dorthin bringen, und Eimer- oder Maaßweiſe verkaufen, noch Leinwand Ellenweiſe, noch ſonſtigen Detailhandel treiben. 1277 bewilligt Graf Florentin von Holland (774) den Hamburgern in ſeinem Lande allerlei Vorrechte in Beziehung auf Strandgüter ꝛc., auf Streitigkeiten auf ihren Schiffen: Und es ſoll deshalb Niemand an Perſon noch an Gütern beſtraft werden, es ſei ihm denn ordentlich der Proceß gemacht worden. Auch kann kein Diener durch Fehde oder Dobbeln die Güter ſeines Herrn veräuſſern.

§ 8.

Wegen des Strandrechts vergleichen ſich 1238 (Urk. 514) Comes, iudices et consules des Landes Wurſten cum civitate Hammenburgensi dahin, daß, ſo lange Einer von der Beſatzung des geſtrandeten Hamburgiſchen Schiffes noch lebe und die Güter bewache, alle Güter ihnen, als ob ſie in ihrer Stadt wären, verbleiben ſollen. Ihre eigenen Kaufleute, wenn ſie nach Hamburg kommen, eadem gratia gaudebunt, et iure quo utuntur Hatheleri. (Man ſieht hier die hier gemeinte Bedeutung des Ausdrucks, welcher in den alten Urkunden mehrere hat, ſehr beſtimmt). Mit einer Klage des Einen von unſerem Lande gegen einen Hamburger und umgekehrt, die er binnen Jahres und Tages nicht angeſtellt habe, ſoll er nach Ablauf des Jahres in keinerlei Weiſe gehört werden. Nur der Schuldner ſelbſt, ſonſt Niemand, ſoll mit der Pfändung moleſtirt werden, und ſehe Jeder zu, wem er ſeinen

Glauben ſchenkt. (Die viel ſpäter vorkommende Wortwendung, z. B. Stadtr. von 1605 2, 8, 8).

Abel, König der Dänen und Slaven, und Herzog von Jütland, concedirt am 11. Nov. 1250 (558) den Hamburgern die Freiheit, wenn ſie an einer der Küſten ſeines Reiches Schiffbruch leiden, was ſie mit eigener Arbeit und Geldaufwand retten können, unbehindert und ungekürzt mit ſich zu nehmen.

Schutz gegen Misbrauch des Strandrechts ſichert den nach Hamburg und den Elbufern Schiffenden des Legaten, Cardinals Guido Schreiben an den Erzbiſchof von Magdeburg vom 21. December 1265 (686) zu, womit deſſelben fernere Urkunden vom 28. Dec. (689) und vom 2. Jan. 1266 (690 und 691) verglichen werden müſſen. In einer Urkunde von Flensburg den 16. Dec. 1282 verſpricht Erich V. König von Dänemark den Hamburgern das Eigenthum an ihren in ſeinem Reiche geſtrandeten Gütern (804), und in einer Urkunde vom 4. Mai 1291 (855) vergleichen ſich die sedecim et universitas terrae Rustringiae mit der Stadt Hamburg über das Strandrecht unter Vermittelung des Bremer Rathes.

§ 9.

Durch die letzterwähnte Urkunde wurden auch alle Differenzen freundſchaftlich beſeitigt, welche bisher zwiſchen den Hamburger Bürgern und jenem Lande wegen verübter Todtſchläge, Beraubungen und Verwundungen obgewaltet hatten. So findet ſich ſchon früher der Fall, daß ausweiſe der Urkunde des Königs von Norwegen Magnus von 1264 (678) ein Todtſchlag von einigen Deutſchen in Norwegen verübt worden war, und hatten ſich zwölf Perſonen aus Hamburg und andern Städten nach den Geſetzen von Norwegen, um ſich von jener Beſchuldigung zu reinigen, zum Schwur verſtehen müſſen, womit die Sache erledigt erklärt wurde. In einem Vertrage abſeiten advocatus, milites, consules et tota communitas terrae Thetmarsiae mit der Stadt Hamburg vom 16. Auguſt 1265 (683) wird ein Beweis durch zwölf oder zwei Zeugen verabredet, je nachdem die Verletzung oder Beſchädigung innerhalb zehn Jahren oder ſpäter geſchehen. Beiderſeits vorgefallene Todtſchläge ſollen auf keinerlei Weiſe, ſei es durch Klagen oder Fehde, wieder aufgerührt werden.

Digitized by Google

Mit welchen Gefahren damals der Kaufmann zu kämpfen hatte, geht aus dieſen Andeutungen, theils aber auch noch aus andern Stellen hervor. Schulz, Rathmänner und Gemeinde der Stadt Soeſt bezeugen (1250?) (Urk. 559) dem Richter, den Schöppen und übrigen Rathmännern und Bürgern in Hamburg, daß ihre Mitbürger Johannes, Renoldus und Rotger de Nuco wegen des ihnen von Herrn Friedericus, Sohn des Hamburgiſchen Rathmannes Beyo, zu leiſtenden Schadenserſatzes auf ihre Klage verzichten. Leider erfährt man nicht den weiteren Inhalt dieſer Sache. So ſah Hamburg ſich genöthigt, beſondere Verträge mit dem Lande Franacker und ferner mit der terra Herlingorum im Mai 1267 (Urk. 899. 900) darüber zu ſchließen, daß nur der Schuldner oder Schuldige belangt und verhaftet werden ſolle, kein Anderer.

§ 10.

Eine beſondere Plage des Handels waren bekanntlich damals die Seeräubereien, welche ſonderbar erſt in einer viel ſpäteren Zeit, und wo ſie bereits die frühere Bedeutung längſt verloren hatten, nämlich im neueſten Statut Gegenſtand unſerer Criminal-Legislation geworden ſind. Was das vorliegende Urkundenbuch über dieſe Seeräubereien enthält, iſt Folgendes, wozu ich mir es vorbehalte, in einer beſondern Abhandlung über dies Verbrechen meine vielen anderweitigen Collectaneen vorzulegen:

In dem Concordate, welches 1241 Vogt, Rath und Gemeine der Stadt Lübeck mit den lieben Freunden, den Bürgern von Hamburg, errichteten, und das gewöhnlich ohne Grund (vgl. Urkundl. Geſch. der Deutſch. Hanſa 2, 45) als der Anfang des Hanſabundes bezeichnet wird, (525, auch ſchon in Klefeker 6, 253 abgedruckt) vereinbaren ſie ſich dahin u. A., daß, „wenn etwa Räuber oder andere böſe Menſchen gegen uns oder ihre Bürger aufſtehen, von der Stelle, wo der Travefluß ins Meer ſich ergießt, bis Hamburg, und ferner die ganze Elbe abwärts bis ins Meer, und über unſere oder ihre Bürger feindlich herfallen, was an Koſten zur Vertilgung ſolcher Räuber aufgewendet wird, wir mit ihnen und ſie mit uns zu gleichen Theilen tragen wollen.“ In der Urkunde, wovon der Biſchof Johann von Lübeck 1259 ein Transſumpt ertheilt (647), beſtätigen consules Lubecenses die von ihren Collegen

Digitized by Google

mit den Hamburgiſchen Rathmännern (consulibus) getroffene Uebereinkunft wegen des Koſtenaufwandes für die an der Elbmündung zur Vertilgung der Räuberpeſt aufzuſtellenden Schiffe. In demſelben Jahre 1259 hatten Johann und Gerhard, Grafen von Holſtein, mit Herrn Otto von Barmeſtede einen Frieden geſchloſſen (648), worin er ſich ſpeciell verpflichtete, den Städten, Bürgern und Fremden von Hamburg und Lübeck, weder auf der Elbe noch auf der öffentlichen Heerſtraße Schaden zuzufügen, auch die Stadt Hamburg nicht darum zu verfolgen, weil ſie uns gegen ihn Hülfe geleiſtet, und wenn er einen Hamburger Bürger *wegen des Todes ſeines Bruders in Verdacht* hat, ſo ſoll dieſer ſich mit ſeinem Eide reinigen, oder die Sache unter unſerer Vermittelung mit einer Geldſumme freundſchaftlich ausgeglichen werden. Allein ſchon unterm 11. Februar 1267 (716) findet ſich ein Vergleich, vermittelt von Gerhard Grafen von Holſtein, zwiſchen unſerem getreuen Ritter Otto von Barmſtede und der Stadt Hamburg wegen der Waaren, die er von den Schiffen auf der Stör weggenommen. Für die Sachen, die der Stadt ſpeciell gehörten, ſoll er 300 ℔ Hamburger Münze bezahlen, die Sachen aber, die Fremden gehörten, ſoll er in natura reſtituiren. Will Otto um einer Sache willen künftig Rathmänner oder Bürger verklagen, ſo ſoll er das binnen der Stadt vor „uns“ und nach dem Stadtrecht[1]) in der Art thun, daß er ſie zum erſten, anderen und dritten Male mit einem Zwiſchenraum von vierzehn Tagen, wie es vorgeſchrieben iſt[2]), vor uns anklage und verfolge. Wollen ſie ihn verklagen, ſo will der Graf dazu den Ort beſtimmen. Dabei wird der frühere Vergleich von 1259 beſtätigt. In dem gegenwärtigen Vergleich ſollen auch Alle begriffen ſein, die den Partheien Beiſtand geleiſtet oder ſonſt Verdacht oder Haß ſich zugezogen haben. Die compositio sive ordinatio iſt in der Eppendorfer Kirche errichtet. Seitdem kommt keine weitere Streitigkeit mit dem Ritter Otto vor.

---

1) Dieſe dreimalige Vorladung war Regel, Stadtr. von 1270 XII, 11. Cropp Crim. Beitr. 2, 2, 389 ff. vgl. mit Stadtr. von 1270 IX, 8 ꝛc.

2) Vergl. Stadtr. v. 1270 VI, 33.

Die Strandfrieſen in Nordfriesland erklären eidlich 1261 April (657) Eintracht mit Allen und beſonders mit den Kaufleuten halten zu wollen, und auf drei Jahre mit den Hamburger Bürgern einen Frieden geſchloſſen zu haben, wobei ſie verſprechen, daß wer den Frieden verletze und die Hamburger Bürger moleſtire, von ihrer Gemeinde auf erhobene Beſchwerde gerichtet werden ſolle.

Ausweiſe der merkwürdigen, Deutſch abgefaßten, ſpäter ausführlicher zu beleuchtenden Beſchwerdeſchrift von 1285 (818) hatte unſere Stadt 1273 hundert Mark Unkoſten davon to ridente unde to varende umme elven rovere van Kedinghen de oppe der Elve den Kopman roveden, de myd der baren ſchuld begrepen wurden, dar ordel vnde recht over ghinc.

In zwei Urkunden vom 14. Juli 1286 (822), von deren jeder zwei Ausfertigungen noch im Originale vorhanden ſind, geloben die Kirchſpiele zu Brunsbüttel und Marne consulibus ciuitatis Hamburgensis, daß ihre Eingeſeſſenen die Bürger von Hamburg und den gemeinen Kaufmann nicht ferner berauben ſollen. Ebenſo findet ſich ein Vergleich von Giſelbrecht, Erzbiſchof von Bremen, vom 19. Juli 1291 zwiſchen den consulibus de Hamborg et iuratis terrae Titmarciae, wegen des von den Ditmarſen verübten Raubes, daß die Räuber lebenswierig des Landes verwieſen werden, und Niemand ſie künftig beherbergen noch beſchützen dürfe [1]).

§ 11.

Vergebens beſtimmten die Statute des päpſtlichen Legaten Johannes, Biſchofes von Tuſculum, vom 18. März 1287 (830) cap. 33, die Straßenräuber ſollten ohne Weiteres auſſer den geſetzlichen Strafen auch excommunicirt ſein. Die bedrängten Kaufleute ſahen ſich genöthigt, mittelſt förmlicher Verträge ſich ein ſicheres Geleite durch fremde Länder ſtipuliren zu laſſen. So beſtimmt Herzog Albrecht von Sachſen durch eine Urkunde vom 2. Januar 1248 (544) genau das Geleitsgeld für die Waaren auf der Straße zwiſchen Salzwedel, Lübeck und Hamburg. So erklären die Grafen von Cleve in einer Urkunde vom 29. Juni

1) Vergl. Stadtr. v. 1270 X, 2.

1251 (560) allen und jeden ſich in Hamburg aufhaltenden Kaufleuten, die den Rhein aufwärts fahren wollen, daß ſie mit Schiffen, Leuten und Waaren durch jenes Land ſicher reiſen ſollen. Aehnliche Zuſicherungen wiederholt Graf Dietrich von Cleve den 21. Mai 1272 (749). Heinrich III., Herzog von Lothringen und Brabant, erklärt am 14. März 1256 (604): Kund und zu wiſſen, daß wir den Bürgern von Hamburg mit ihren Waaren und Effecten für die Hin- und Herreiſe, Aufenthalt und Handel ein ſicheres Geleite bewilligen, bis wir daſſelbe zu widerrufen für gut finden, was aber drei Wochen vorher angekündigt werden ſoll. Ueber dieſen firmum conductum ſtellen Heinrich am 21. Septbr. 1257 (618) und ſpäter deſſen Wittwe Adelheid den 15. Febr. 1266 (697) noch fernere Urkunden aus. Aehnliche Zuſicherungen finden ſich im Urkundenbuche von den Herzogen von Braunſchweig am 13. Auguſt 1258 (625), von der Stadt Cöln den 7. Sept. 1258 (628), von Vogt, Rath und Bürgern zu Bremen den 22. Febr. 1259 (635), von der Stadt Dordrecht den 8. März 1266 (699), von dem Richter, Schöffen und Bürgern von Zierikſee den 15. April 1266 (701), von Albrecht, Herrn von Borne und Caſtellan von Seeland, den 29. Sept. 1266 (705), von Otto, Markgrafen von Brandenburg den 25. Juli 1267 (720)[1].

Welche Bedeutung ſolche Zuſicherungen damals hatten, beweiſt die Beſchwerdeſchrift aus den Jahren 1256 — 61, welche mit mehreren andern Städten in Sachſen Hamburg an die Schöffen von Gent erließ (615), worin darüber geklagt wird, daß ihre Kaufleute dort nicht mit ihren Gütern freien Durchzug hätten, ſondern häufig geplündert würden, und dann die geraubten Güter nicht aus den Händen der Tyrannen wieder erlangen könnten, weil ſie ſich in ihre Burge zurückzögen, die auf den hohen Bergen und an jähen Felsabgründen lägen, und ſo ſtark befeſtigt wären, daß ſelbſt die Fürſten ihre Tyrannei nicht zu bändigen vermöchten noch wagten. Aber auch die Hamburger hinwiederum ihrerſeits ertheilen ähnliche Zuſicherungen: ſo advocatus et consules

1) Vgl. über das von Bremen 1300 zugeſicherte Geleit Cropp Crim. Beitr. 2, 2, 375 Anm. 32.

Hammenburgenses [2]) den consulibus et universis burgensibus in Brunswich am 16. März 1258 (622). So bewilligen ebenfalls advocatus et consules in Hammenborg ganz ähnlich consulibus et communioni in Honovere 1264 plenum ducatum [ſo für ductum] infra nostras munitiones et potestates ad nos veniendi et redeundi (676); ſo den nach Hamburg kommenden Kaufleuten des Markgrafen Otto von Brandenburg 1283 Sept. 17 (807) „unſeren Schutz und ſicher Geleite". Hierher gehört auch der Vertrag des Landes Dittmarſchen und der Stadt Hamburg vom 7. Mai 1281 wegen gegenſeitigen Schutzes und Rechtshülfe (792). Die Exiſtenz eines Vertrages zwiſchen Hamburg und Lübeck über ſicheres Geleit vom J. 1190 bezweifelt Lappenberg (296), und meint, es finde hier eine Verwechſelung mit der Urkunde von 1210 Statt (381), welche jedoch blos gegenſeitige Freiheit und Sicherheit gelobt. Sollte ſich dieſe nicht vielmehr beziehn auf die in dem Segeberger Concordat von 1470 uud in der Conföderation der Hanſeſtädte von 1604 beſtätigte, noch zu Klefekers Zeit (1767) (Samml. Hamb. Geſ. 3, 425) beobachtete, freilich ſchon 1699 (ſ. Präjudicat im Thes. iur. prov. 1, 1058) beſtrittene, aber in einem Handelsgerichtlichen Falle vom 18. Nov. 1841 Horſtmann & Co. c. Albrecht & Dill nachgewieſene Arreſtfreiheit zwiſchen Hamburg und Lübeck?

§ 12.

In Zeiten, wo Zuſicherungen eines ſicheren Geleits einen beſonderen Werth hatten, und wo Raub und Gefahren aller Art den Handel und Verkehr bedrohten, gewinnen theils die Einzelnen zugeſicherten freien Geleite, ſo wie die z. B. 1443 in

---

2) Donandt in ſ. Geſch. des Bremiſchen Stadtrechts 1, 172 zeigt, wie der Rath in unſeren Hanſeſtädten in den Beſitz dieſes Geleitsrechts gelangt iſt. Man ſieht aus unſeren Urkunden, daß er es urſprünglich mit dem gräflichen Vogt zuſammen ausübte. — Ueber die Bedeutung des ſichern Geleites im Criminalproceſſe, wo es nicht blos den Schutz gegen Gewalt, ſondern auch eine Reſtitution gegen die ergangene Acht des ungehorſam Ausgebliebenen begreift, ſ. die ausführliche Abhandlung von Abegg in ſ. Erörterungen I, 152 — 203.

Digitized by Google

Lübeck errichtete Willkühr über Verweigerung des freien Geleits an ausgetretene Schuldner (Hach das alte Lübiſche Recht S. 552) eine beſondere jetzt verminderte Bedeutung, theils begreift ſich erſt jetzt, wie im Stadtr. v. 1270 XII, 6 die in dem Sachſenſpiegel ähnlich vorkommende, und in unſeren ſpätern Statuten wiederholte Vorſchrift den Fall als einen ganz gewöhnlichen, zum Gegenſtand der Legislation ſich eignenden Fall behandelt, daß Dieben oder Räubern Gut abgejagt wird, wo man ſonſt billig fragen würde, was iſt hier unter dieſen Namen zu verſtehen, etwa ungeſtrafte, notoriſche Verbrecher der Art, bei denen alles Gut, welches bei ihnen angetroffen wird, die Präſumtion hätte, daß es Raub oder Diebsgut ſei! Ebenſo verliert es jetzt ſein Auffallendes, wenn im Stadtr. v. 1270 VII, 9, 6 der Fall beſonders entſchieden wird, da Jemand unter eines Herrn Banner im Kriege Etwas findet, und ſich zueignet. Vielleicht dürfte es ſich auch aus dem eigenthümlichen Charakter und Bedürfniß dieſer Zeiten erklären, daß, wiewohl man den Anſpruch des Mannes auf Schutz ſeiner Wehr und der Sachen im Kreiſe derſelben anerkannte, dennoch der Kläger im altdeutſchen Vindicationsproceſſe vom beklagten Beſitzer verlangen konnte, daß dieſer erſt ſich darüber ausweiſen mußte, wie er zu der beweglichen Sache gekommen war, die jener bei ihm fand und anfaßte (anfing, woher die neuere Bedeutung des Wortes Anfang). Weiter wagte man das Recht der Gewalt, das Fehderecht in jenen Zeiten noch nicht zu beſchränken, weil es ſonſt ſich von ſelbſt und trotz Gericht und Geſetz in einem noch gefährlicheren Maaße würde geltend gemacht haben [1]). Damit würde es ſich aber, um dies hier kurz zu berühren, nicht wohl reimen laſſen, wenn man den Eigenthümer andrerſeits in der Wiederherbeiſchaffung des ihm geraubten oder geſtohlenen Gutes ſo beſchränkt hätte, wie das gewöhnlich gelehrt wird, ſo daß, wenn er es Jemandem anvertraut hatte, und dieſem es mit dem Seinigen geſtohlen war, er alſo nach Stadtr. v. 1270 XII, 12 an dieſen ſich nicht halten konnte, er nicht einmal an den Dieb oder Räuber eine Anſprache, ja das bekannte Princip

1) Dieſer Geſichtspunkt iſt bei einer Beſtimmung, wie wir ſie zuerſt im Stadtr. von 1292 A, 11 vgl. 1497 C, 5 antreffen, feſtzuhalten.

Digitized by Google

des Lombardiſchen Rechts in der Lex Liutprandi, ipse fur quamvis malefactor sit, non habeat de una causa duas calumnias, den Sinn ſollte gehabt haben, daß in dem eben erwähnten Falle der Eigenthümer ſich nicht hätte an den Verbrecher halten können. Was ſonſt noch in Beziehung auf das zuerſt im Billwärder Landrecht von 1498 vorkommende Rechtsſprüchwort Hand muss Hand wahren, und auf Raub und Diebſtahl nach unſerem topiſchen Rechte an neuen Geſichtspunkten aufzuſtellen iſt, behalte ich mir für einen beſonderen Vortrag vor, wobei ich die neuſten Anſichten Gaupp's, Brackenhoefft's und Reyſcher's über dieſe Materie ebenfalls einer Prüfung zu unterziehen gedenke.

§ 13.

Ueber die Krämer- und Gewandſchneider-Innung giebt Lappenberg im Urkundenbuche ad 291 und 633 Notizen. Er bezweifelt an ſich, daß die Nachricht, daß Herzog Heinrich der Löwe ſie geſtiſtet, gegründet ſei. Nehme man ſie aber als wahr an, ſo müſſe nicht, wie man gewöhnlich meint, 1152, ſondern zu Ende des Jahres 1189, als Heinrich Bardewik zerſtört, und ſich Hamburgs bemächtigt hatte, das Privilegium ertheilt ſein. Lappenberg meint, daß die älteſten Protocollauszüge des Krameramts, welche er sub 633 giebt, nicht von 1258 und 1263 ſind, ſondern dafür 1458 und 1463 zu leſen ſei.

Ein für alle Fälle geregeltes Concursverfahren gab es ferner derzeit noch nicht. Aus dem Stadtrecht von 1270 erſehen wir, daß man gegen den Schuldner mit perſönlicher Haft, IX, 13 vergl. IX, 8, verfuhr, und ſonſt nur dann, wenn er bei ſchlafender Zeit aus der Stadt zog (? vergl. I, 13)[1]), ein gemeinſchaftliches Einſchreiten in ſein Vermögen kannte VI, 15: welche letztere Vorſchrift ſchon im Stadtr. v. 1292 weggelaſſen iſt. In der Ur-

1) Es iſt nebenher zu bemerken, daß dieſe Phraſe wohl nur ein heimliches Entweichen bedeuten ſoll (ſie kommt auch im neuſten Statut 2, 4, 4 vor). Allein der Gebrauch der Phraſe ſchon an ſich führt zu der Vermuthung, daß es doch möglich geweſen ſein muß, bei ſchlafender Zeit aus der Stadt zu ziehen. Ob das in die Zeit zu verlegen iſt, wo das Vieh Morgens aus der Stadt getrieben, und Abends wieder eingebracht ward?

Digitized by Google

kunde 638 ſichert Bremen 1259 advocato et consulibus et universis civibus in Hammenburg zu, daß wenn ein heimlich entwichener Schuldner in ihrer Stadt ſeine Zuflucht ſuche, er als überführter Schuldner behandelt werden ſoll, wenn die Schuld vor dem Rath durch rechtliche und glaubwürdige Zeugen eidlich bekräftigt iſt.

§ 14.

In Beziehung auf die Handelsverhältniſſe der damaligen Zeit erlaube ich mir noch ſchließlich eine Urkunde hervorzuheben, deren Zeit in die Jahre 1256 — 1261 von Lappenberg geſtellt wird, und die ſowohl hier (616), als ſchon früher in der Urkundl. Geſch. der Deutſch. Hanſa 2, 75 abgedruckt iſt. Hamburg und Lübeck treffen darin eine Vereinbarung über Lootſengeld und Anſeglung. Am Schluß findet ſich eine Beſtimmung darüber, wenn der Kaufmann ſich beſchwere, daß der Schiffer ihm nicht die Frachtgüter geliefert. Es ſoll dann der Schiffer mit ſeiner Erklärung, daß er die Güter zurückgegeben habe, und dies vor Richter und Rathmannen und den Briefen des ganzen Landes bezeuge, allein ausreichen können. Dies wird als unſer Stadtrecht[1]) bezeichnet, quod cum his suo testimonio acceptis, et nequaquam cum duobus aliis seu tribus, debeat iure quo convenit per omnia comprobare. Es ſcheinen alſo damals noch keine Connoſſemente, und die Quitirung darauf noch nicht üblich geweſen zu ſein.

§ 15.

Auch zur Sittengeſchichte jener Zeit laſſen ſich aus dem Urkundenbuche wichtige Beiträge liefern. Die bereits erwähnten Statuten des Cardinals Guido im Concilium zu Bremen vom Nov. 1266 (708) beweiſen, daß (cap. 1 und 5) Geiſtliche ſich öffentlich in ihren eigenen Häuſern Concubinen hielten, daß man keinen Anſtand nahm, Ehen in verbotenen Graden zu ſchließen (cap. 7), daß man in die Kirchen und auf die Kirchhöfe bewaffnet ging (cap. 9), daß Entführung von Nonnen vorkam (cap. 13). — Conrad, Biſchof von Verden, findet ſich veranlaßt,

1) Im Widerſpruch mit Stadtr. von 1270 VI, 1.

Digitized by Google

1287 (826) einen vierzigtägigen Ablaß für den Beſuch der St. Marienkirche in Hamburg an hohen Feſten, namentlich ſelbſt Oſtern, Himmelfahrt, Pfingſten und Weihnacht, zu bewilligen, und daſſelbe verſprechen in beſonderen Urkunden der Erzbiſchof von Cöln (827), der Biſchof von Schwerin (839) und noch ſieben andere Biſchöfe (828). In den Statuten des Päpſtlichen Legaten Johannes von 1287 (830) muß es den Geiſtlichen insbeſondere eingeſchärft werden, das Würfelſpiel und den Beſuch der Wirthshäuſer, ſo wie die unanſtändigen Viſiten bei den Nonnen in deren Zellen zu vermeiden, an Turnierſpielen mit Waffen Theil zu nehmen, öffentlich ſich Beiſchläferinnen zu halten, Kleider von auffallendem Schnitt und Farbe zu tragen. — In ſolchen Zeiten verliert ein Geſetz das Befremdliche, wo, wie im Stadtr. v. 1270 X, 5, der Fall beſprochen wird, daß Jemand eines Mannes Weib oder Nichte, die zur Kirche geht, nachſtellt, um ſie zu entehren (ume to laſterende.) (Vgl. Verdener Statut Art. 142 ibique Pufendorf I append. pag. 123).

Uebrigens iſt es auch charakteriſtiſch für jene Zeit, daß der Propſt Otto zu Hamburg 1277 (769) in einer Urkunde, die ſowohl Staphorſt 2, 15 als Dr. Meyer Geſch. S. 33 als die Stiftungsurkunde der Hamb. Cantorei bezeichnet, damit den nicht geringen Mangel, den die Hamburger Kirche in cantoris officio habe, denkt zu erledigen, daß der zu erwählende Cantor singulis annis de Reylinge VIII marcas denariorum et de reliqua ex tribus ecclesiis, Crimpen, Heiligenstede et Northorp, quae primo vocaverit, XII marcas obtinebit. Der Cantor muß dem Probſt personas sive plebanos in praefatis ecclesiis instituendos präſentiren. Er hat im Capitel weder Sitz noch Stimme ꝛc. Erzbiſchof Giſelbrecht beſtätigt dieſe Einrichtung 1277 (770). Es wird dies ergänzen, was Dr. Meyer in ſ. Geſch. d. Hamb. Schulweſens im Mittelalter S. 24 über den Mittelalterlichen Unterricht im Kirchen-Geſang ſagt, wonach an der hieſigen Domſchule 3 Geſanglehrer angeſtellt waren, die zu den sociis (Schulgehülfen) gehörten. Aus einer Urkunde v. J. 1244, die in G. L. Boehmer Observatt. iuris canonici zuerſt, und daraus in Meyer's Geſch. S. 459 abgedruckt iſt, erfahren wir, was zu den officiis cantoris gehörte.

Digitized by Google

Namentlich hat er bei denjenigen feierlichen Gelegenheiten, wo er mit dem Chorſtock[1]) zwiſchen zwei andern Cantoren zu gehen gehalten iſt, die Direction beim Geſang und bei der Proceſſion, desgleichen auch die Aufſicht über die Orgeln.

§ 16.

Eine ſehr merkwürdige und lehrreiche Urkunde iſt der in Deutſcher Sprache abgefaßte Bericht über die von Hamburg für die Grafen von Holſtein aufgewandten Koſten, deſſen Pergament-Abſchrift ſich hinter einem im vierzehnten Jahrhundert geſchriebenen, hauptſächlich Zunftrollen enthaltenden Bande findet, und von Lappenberg als die Hauptquelle von Thracigers Chronik für den entſprechenden Zeitraum angeſehen wird (818). Lappenberg ſtellt ſie in das Jahr 1285; es liegt aber ein Blatt Papier bei der Handſchrift, deſſen Inhalt er in eine viel ſpätere Zeit verlegt, und worauf ich ſogleich zurückkommen werde. In der Einleitung der Urkunde findet ſich der Ausdruck de raad van Hamborch myd eren wiſeſten. Lappenberg bemerkt dabei, daß die Wittigſten unſerer Stadt ſonſt beinahe nur aus den alten Stadtrechten bekannt ſind. Es ſcheint mir überhaupt intereſſant, aus den verſchiedenen Urkunden zuſammenzuſtellen, wer als die Vertreter des ſtädtiſchen Gemeinde-Intereſſe bezeichnet werden. Es iſt dies bereits bei den Urkunden geſchehen, auf die ich bisher Bezug nahm, und werde ich weiterhin noch Einiges zuſammenſtellen, was dahin gehört, und insbeſondere über die noch dunklen Verhältniſſe des gräflichen Vogts, der Wittigſten ꝛc. Aufſchluß zu geben geeignet iſt.

In der fraglichen Urkunde 818 findet ſich die Notiz: Do Greve Gherd dat vemeding ſat oppe der Store, ſende wi eme umme ſiner bede willen 300 man myd den wapenen. Dat koſtede hundert lodighe mark. Es war alſo der Aufwand eines ſolchen Zuges damals billiger als jetzt. Die Notiz gehört, der Zuſammenſtellung nach mit den vorhergehenden und nachfolgenden, in die Zeit zwiſchen 1250 und 1258, und iſt meines Wiſſens die einzige Erwähnung eines Verhältniſſes Hamburgs zu

---

1) Der Chorſtock iſt die Inſignie des Schulmeiſters im Mittelalter. Vgl. Dr. Meyer S. 161.

den Vehmgerichten, worüber ich heute der Section die von mir genommene Abſchrift aller über dieſelben vorhanden geweſenen Acten unſeres Stadt-Archivs mit den erforderlichen Erläuterungen vorzulegen gedenke. In einer Urkunde vom J. 1211 (384) kommt vor: Placitum legitimum, quod dicitur frigethinc.

In der Urkunde 218 wird uſe olde raadhus erwähnt, vor 1281, wobei Lappenberg bemerkt, daß des Rathhauſes in der Altſtadt auch der liber Resignationum zu den Jahren 1266 und 1272 gedenkt. Es ſcheint ums Jahr 1281 nicht mehr zum Rathhauſe benutzt zu ſein, da damals die Grafen von Holſtein daſſelbe einem Herrn Arnolde van Blomendale, wahrſcheinlich einem Miniſterialen des Erzbiſchofs von Bremen, vorleneden.

§ 17.

Es wird in der Urkunde auch erwähnt, daß do de Stad al verbrand was, die Grafen allen ihren Vögten die Zufuhr von Bauholz nach Hamburg verboten. Lappenberg bezeichnet den 8. Auguſt 1284 als den Tag dieſer Einäſcherung unſerer Vaterſtadt. Bekanntlich iſt ſeit Thraciger Streit über das Jahr, da vor ihm die älteren Chroniken 1281 als das dieſer Begebenheit angeben, und er zuerſt ſie in das Jahr 1284[1]) verlegte. Es ward der Wiederaufbau erſt 1290 (nicht 1292, wie Zimmermann unrichtig angiebt), vollendet, und darauf gaben die Grafen von Holſtein in einer auch früher ſchon durch Lambecius (2, 239 ff.) und Klefeker (3, 203) bekannten Urkunde vom 20. März 1292 (860), worin ſie die älteren kaiſerlichen Privilegien der Stadt beſtätigen, consulibus ac universitati der Stadt ius tale quod vulgo Kore dicitur, statuta mandare et edicta promulgare secundum beneplacitum eorum, pro utilitate et necessitate civitatis praedictae ac eorumdem, & revocare eadem, quotiescumque & quando cumque ipsis visum fuerit expedire[2]);

1) Jetzt auch ohne Weiteres angenommen von Dr. Meyer Geſch. d. Hamb. Schul- u. Unterrichtweſens im Mittelalter S. 9.

2) Da ihnen erſt 1292 dies Recht verliehen ward, ſo läßt ſich das Statut von 1270 als ein zwar von der Stadtgemeine durch ihre Wittigſten zuſammengetragenes Recht betrachten, dem aber die gräfliche Autoriſation fehlte. Nachdem dieſe 1292 erfolgt war, erſchien das Statut von 1292.

ferner das Recht zu ſprechen nusquam alias, id est, foris civitatem, quam in domo consulum ipsius civitatis[3]) secundum scripta libri ipsorum — tali conditione adiecta, quod nec pauperi aut diviti — qui sibi autumaverit et suspicaverit minus iuste esse sententiatum et iniuriam irrogatam, si petierit, ipsius libri copia nullatenus denegetur[4]). Praeterea — potestatem super causis emergentibus, de quibus non est sententiatum in libro praedicto, novum ius creandi et statuendi de communi consensu consulum et praesentia, pro suae libito voluntatis. Ita tamen, ut huiusmodi ius, sic de novo creatum libro praefato inscribatur —. Proviso tamen, ut ipsum ius sive sententia taliter statuta & facta ad detrimentum & damnum sive impugnationem exactionum & iustitiarum, quas in ipsa civitate — habemus, — nullatenus se extendat.

Durch dieſe Umſtände wird über die Entſtehung des Statuts von 1292 ein beſonderes Licht verbreitet, wie dies in der Rechtsgeſchichte weiter zu beſprechen ſein wird, und damit für Hamburg Eichhorn's Anſicht von der Entſtehung wiederholter Reviſionen der Stadtrechte berichtigt.

§ 18.

Es wurde ſchon bemerkt, daß bei der (§ 16 beſchriebenen) Pergamenturkunde ſich ein Blatt Papier findet, worauf eine Be-

3) So heißt es auch zuerſt im Stadtr. von 1292 B, 6 und 1497 B, 3: Dhe meine raet is des to rade worden, dat uſer herren voghet nummendes wort ſpreken ſal, aldewyle dat he in dher vogedie is. Ausnahmsweiſe hat es ſich ſeit 1497 durch die Praxis gebildet, daß Bürgermeiſter und Gerichtsverwalter in ihren Häuſern Gericht gehalten haben. Erſt im Stadtr. von 1605 1, 4, 5 wird dieſes als von Alters her ſittlich bezeichnet; allein wahrſcheinlich hat es erſt im Jahrhundert der craſſeſten Willkühr, im ſiebzehnten, ſich eingeſchlichen, daß nicht blos, wie bis 1605, Sachen unter 30 ℳ, ſondern auch von höherem Belange in den Häuſern abgeurtheilt ſind. Vergl. die abgeſchlagene Senats-Propoſition vom 7. Nov. 1678 in Wygand Nucleus Recessuum s. v. Bürgermeister dass sie.

4) S. darüber unten § 32.

Digitized by Google

ſchwerde aus einer viel ſpäteren Zeit ſteht. Ein gewiſſer Hartwig Klenow, ein Unterthan des Grafen von Holſtein, welchen die Hamburger in einem Rundſchreiben von 1364 (ſ. Urkundl. Geſch. d. Hanſ. 2, 544) als einen von ihren inimici capitales et mortales bezeichnen, die ihre villam dictam Hamme,[1]) sitam prope nostram civitatem, geplündert und verwüſtet, beraubte unſere Bürger up der frygen Strate, und nahm einen Knecht unſerer Bürger gefangen. Den beſchattede he (ſetzte er ins Gefängniß) vnde enen (legendum em) dodede he in deme ſtocke (hier zuerſt für Gefängniß: alſo ein alter Sprachgebrauch!)

§ 19.

Ueber die Regierungs-Verhältniſſe wiſſen wir auch ſonſt, daß das Beſtreben unſerer Vorfahren ſchon frühzeitig ſichtbar war, ſich von der Gewalt der Grafen und ihrer Vertreter, der Vögte, loszureiſſen. Auſſer den bereits erwähnten Urkunden habe ich in den zwiſchen 1220 und 1266 abgefaßten Urkunde (496), worin die Markgrafen von Brandenburg, Johannes und Otto, einen Vertrag ihrer Unterthanen beſtätigen, consulibus & communioni civium in Hamburg; ſo auch in einer Urkunde der Stadt Braunſchweig v. J. 1241 (522) consulibus et universitati burgensium in Hamborch; ferner in der Erklärung der consules de Brunswic über die gegenſeitigen Verhältniſſe beim Ausbruch eines Krieges zwiſchen den Landesherrn, von 1247 (542) gefunden, daß ſie ſie consulibus in Hamborg ertheilen. In der Urkunde 515 (zwiſchen 1238 und 1261) zeigt Mechthildis, Herzogin von Braunſchweig, universis burgensibus in Hamburch an, daß ſie ihnen bei ihren Brüdern, den Markgrafen von Brandenburg, die Elbe auf- und abwärts in der ganzen Mark securitatem conductus ausgewirkt habe für ihren Handel ac alia negotia exercenda. Die Beſchwerde, worin drei hieſige Bürger über ihren Altermann in England ſich beklagen, und die ans Ende des 13. Jahrhunderts gehört, iſt an die proconsules et consules gerichtet. Ueber die in der Urkunde von 1285 (Urk. 818) vor-

1) Beiläufig, warum das Dorf jetzt ſo häufig Ham genannt wird, begreife ich nicht. Urkundlich läßt es ſich wohl nicht rechtfertigen.

Digitized by Google

kommende Stelle: De Rad van Hamborch myd eren wiſeſten habe ich ſchon geſprochen (§ 16). Der Vergleich des Dom-Capitels vom 8. November 1269 (740) iſt ebenfalls cum consulibus Hamburgensibus. Dagegen iſt das bereits erwähnte Schreiben des advocatus Bremensis et consules caeterique burgenses vom 22. Febr. 1259 (635) dem advocato, consulibus et universis civibus in Hamborch zugewandt.

§ 20.

Früher laſſen ſich andere Rechtszuſtände nachweiſen. Ausweiſe des Privilegiums, welches König Otto I. den Klöſtern der Hamb. Kirche am 30. Juni 937 verleiht (31), durfte kein Richter ſich über die Hörigen dieſer Klöſter, die als Liten, Colonen und Jamundlinge bezeichnet werden, den Blutbann wegen eines capitis furtum (todeswürdigen Diebſtahls?) oder ſonſt einen Bann anmaaßen, wenn der Advocatus des Erzbiſchofs ihn nicht, als durch die Kirchenſtrafen unverbeſſerlich, der richterlichen Gewalt übergeben hatte. In der Urkunde Kaiſers Otto II. vom 27. Septbr. 974 (45) heißt es noch beſtimmter, daß nur die Advocaten (Vögte) des Erzbiſchofs, aber keine andere richterliche Gewalt die Hörigen dieſer Klöſter, nämlich litos et colonos atque iamundilingos, wegen capitis furtum banno nostro recte faciendi constringant. Ebenſo die Urkunde von König Otto III. vom 16. März 788 (49) und von dem Römiſchen König Heinrich III. vom 20. November 1014 (61): Ad haec imperiali edicto iubemus, ut nullus dux neque marchio vel comes aut alia quaelibet iudiciaria potestas in supradictorum monasteriorum hominibus, Hammaburg &c. aliquam potestatem sibi usurpet, seu in litis, colonis atque iamundlingis, vel eos aliquis capitis banno ob capitis furtum vel alio aliquo banno constringat aut aliquam iustitiam cogat facere, nisi advocati archiepiscopi praenominati, quos ipse velit & constituat advocatos. Ipsi vero advocati homines praefatos banno nostro constringant ad omnem iustitiam faciendam.

Dagegen ſagt die Urkunde 42, eine Zeugenausſage in dem zu Avignon geführten Proceſſe der Stadt Hamburg mit dem Kapitel um das Jahr 1340 über die Privilegien des nach Ham-

burg verbannten Papſtes Benedict V. v. J. 965, daß der Hamburgiſche Probſt in der Stadt keine Gerichtsbarkeit haben, auch weder der Bremer Erzbiſchof noch ſonſt Jemand Kirche oder Stadt mit einem Bann belegen könne.

Zu den innern Regierungs-Verhältniſſen giebt eine hiſtoriſche Notiz die Bundesacte vom 25. Juni 1255 zwiſchen Hamburg und Lübeck auf drei Jahre (594), wo advocatus, consilium et commune civitatis Hammemburgensis contrahirt. Dort wird eines Beſchluſſes gedacht, den etwa der größere Theil aller Rathmänner beider Städte, ſowohl der neuen als der alten, faſſen würde, der dann auszuführen ſein, und wofür die Rathmänner perſönlich haften ſollen.

§ 21.

In dem Urkundenbuche wird auch des Weichbildrechts gedacht. In der Urkunde vom 10. October 1258 (631) erklären die Grafen Johann und Gerhard von Holſtein den burgenses Hamburgenses: Judicia nostra infra hos videlicet terminos, a porta, quae vocatur Milderedor usque ad rivum Herewardeshuhde (jetzt der Gränzgraben zwiſchen Hamburg und Altona) et descendendo sicut idem rivus influit in Albeam, abinde autem directe trans Albeam: item a rivo Herewardeshuhde ascendendo usque ad rivulum Hemichuhde (Hundebeck), ab illo vero rivulo directe trans Alstriam ad rivulum, qui Scorbeke nuncupatur (Schürbeck), abinde quoque sicut termini agrorum allodii finiunt trans Albeam, ipsis et eorum civitati contulimus et contradidimus eo iure, quod infra muros civitatis habere et hactenus habuisse dinoscuntur, perpetuo possidenda. Concedentes ipsis, ut infra praescriptos terminos iure utantur oppidano, quod wikbelehdes recht vulgariter nuncupatur. Quicquid autem infra eosdem terminos discordiae seu quaestionis motum seu ortum fuerit, infra civitatem debet omnimodis iudicari. In dem Privilegium des Königs Otto IV. für Stade vom 2. Mai 1209 (374) heißt es: Omnes autem areas — libere tradimus burgensibus eisdem sub iure, quod vocant wicbelethe. In einer Urkunde des Erzbiſchofs Hartwig II. vom J. 1206 (355) heißt es in Bezug auf Bremen: — Statuimus, ut cuiuscumque mulier sub

Digitized by Google

iure civili, quod vulgo wycbeleth vocatur, mortua fuerit, muliebres eius reliquias, quae vulgo wifrad nominantur, nullus vir aut mulier auferre de caetero aut requirere praesumat, sed in possessione integraliter reliquiae remaneant. Bekanntlich kommt der Ausdruck wichbeld in unſerem älteſten Statut von 1270 häufig vor. Es iſt darüber zu vergleichen **Wagner** in hist. Stat. Hamb. 2, 8. BM. **Anderſon** ad Stat. d. 1270 1, 4 und **Eichhorn** D. Staats- u. Rechtsgeſch. 2, 342. Mir iſt es am wahrſcheinlichſten, daß Wick recessus von wiken und bild, das Zeichen der Jurisdiction, des Königsbannes, alſo Weichbild den Umfang der **Gerichtsbarkeit** eines Orts bezeichnet, alſo nicht **völlig** das, was jetzt Territorium heißt.

§ 22.

Hierher bemerken wir uns ferner die Urkunde v. J. 1189 (285), worin Graf Adolf III. von Holſtein erklärt, Wiradum de Boyceneburg urbem Hamburg iuxta Alstriam sitam et terram proximam urbi libere incolendam sub **iure fori** usque ad medium rivi Alstriae haereditario iure suscepisse a nobis, ut ibidem ab eo suisque cohabitatoribus, quos illic adduxerit, aptus satis portus hominibus de multis circumquaque locis venientibus efficiatur. Ad hunc itaque locum benevole expetendum liberas areas secundum iustitiam Lubecensium concedimus, cum adiacente pallude et Alstrewerdere, et pascua et fructus arborum silvestrium habendos aeque cum rurensibus. — In delinquentibus vero haec erit iustitia, ut ubicumque quispiam peccaverit, ibi Lubecensi iure emendet. Praeterea omnem iustitiam nostram incolentibus idem castrum tribus annis remittimus, praeter delicta, quae ad manum vel ad collum amittendum cedunt. Tribus annis transactis, omnium, quae illic in iudicio praefatus Wiradus vel successor eius lucratus fuerit, fruatur, exceptis quae ad manum vel ad collum cedunt, de quibus tertiam partem habebit. Vergl. Stadtr. v. 1270 XII, 6 a. E. vgl. IX, 28. Eine Beſtätigung dieſes Privilegiums erfolgte am 14. Dec. 1264 abſeiten des Grafen Gerhard von Holſtein und Schauenburg (681) — privilegium ab avo nostro felicis memoriae bur-

Digitized by Google

gensibus in Hamborch — et civitati ipsorum olim concessum.

In der Urkunde vom 13. December 1264 (680) erklärt Graf Gerhard von Holſtein, unter Bezugnahme auf eine Urkunde gleichen Inhalts der Grafen Johannes und Gerhard von Holſtein v. J. 1246 (Urk. 535): Quod nos — civibus Hammenburgensibus — contulimus spatium illud aquae, quod protenditur a cimiterio fratrum minorum usque ad portam quae Mildradis porta dicitur, ita quod de omni spatio illo sicut de aliis partibus novae civitatis disponendi liberam habeant facultatem. Et si qui intra spatium ipsum aedificaverint, iura novae obtineant civitatis. Sic tamen, ne ipsorum dispositio vel aedificatio impedimentum faciat veteri molendino.

§ 23.

Ueber das Römiſche Recht und deſſen Bekanntſchaft in unſerer Gegend um die hier fragliche Zeit heben wir folgende Urkunden heraus:

In einer Urkunde des Papſtes Innocenz II. vom 27. Mai 1133, worin er Aſcer, den Biſchof von Lund, zum Gehorſam gegen den Erzbiſchof von Hamburg ermahnt, heißt es: Quemadmodum iuris naturalis est alterum non laedere. In dem Regiſter zum Urkundenbuche s. v. Römiſches Recht p. 865 wird in dieſer Stelle eine Bezugnahme auf R.R. gefunden. Allein das dürfte wohl nicht richtig ſein, da die bekannte Inſtitutionenſtelle (1, 1, 3) es als eins der drei iuris praecepta bezeichnet, und was die Römer unter ius naturale verſtanden, nicht, ſondern der moderne Begriff von Naturrecht hier gemeint ſein kann. Wollte man nichtsdeſtoweniger eine Bezugnahme auf R.R. annehmen, ſo würde ſie eine barbariſche Ignoranz deſſelben verrathen. Uebrigens giebt die päpſtliche Urkunde in keinem Fall ein Argument für die Bekanntſchaft unſerer Gegend mit R.R. ab. Ebenſo wenig läßt ſich dieſe in der Urkunde 177 finden, worin König Konrad III. 1145 eine vom Domherrn Hartwig der Kirche zu Magdeburg gemachte Schenkung beſtätigt, und worin auf den Satz hingewieſen wird: Conditionem in omni contractu valere. In einer Urkunde des Landes Wurſten v. J. 1238 (514) heißt es: Legem esse ut humanum genus honeste vivat, alterum non laedat,

Digitized by Google

ius suum unicuique tribuat. Man kann dies nur als ein ſehr oberflächliches Prunken mit einer ganz geringen Gelehrſamkeit abſeiten des Verfaſſers der Urkunde, vermuthlich eines Kloſtergeiſtlichen, betrachten, und unmöglich davon auf eine beſondere Kenntniß des R.R. ſchließen. Endlich heißt es in einer Proteſtation des Kapitels zu Bremen gegen die Veräuſſerung der Stadt Hamburg mit ihren Pertinenzien und anderen Gütern abſeiten der Grafen von Holſtein 1282: Daß ſie dieſe Güter nicht könnten praescribere nullius lapsu temporis, quum ipsis non adsit bona fides nec iustus titulus nec causa legitima, sed tantum bonorum ecclesiae nostrae invasio violenta. Auch dieſe Stelle beweiſt für die Bekanntſchaft mit dem Römiſchen Recht in unſerer Gegend um jene Zeit nichts Entſcheidendes. Die Diſtinction zwiſchen titulus und causa iſt gewiß nicht Römiſch; eine Verjährung, d. h. der Verlauf eines Zeitraums zur Ausſchließung von An- oder Widerſprüchen iſt an ſich Germaniſch ſo gut als Römiſch,[1]) und das Erforderniß von bona fides und iustus titulus iſt ſtreng genommen nicht Römiſches Recht, das bekanntlich auch ſehr wohl eine erwerbende Verjährung (longissimi temporis) kennt, wenn iustus titulus und bona fides fehlen. Daß die Geiſtlichen einige Kenntniß vom Römiſchen Recht hatten, kann übrigens nicht beſtritten werden; aber grade die obigen Stellen beurkunden ihre große Unwiſſenheit, und es läßt ſich ſonſt in unſerer Rechtsgeſchichte vielfach nachweiſen, wie unbedeutend und ſchwierig der Einfluß des Römiſchen Rechts auf unſer topiſches Recht bis 1603 geweſen iſt, und wie ſelbſt noch ſpäter der Widerwille unſerer Bürger gegen das fremde Recht unüberwindliche Hinderniſſe zu deſſen Verarbeitung mit dem unſrigen dargeboten hat. Es wird dies intereſſante Thema, wenn man es wünſcht, von mir als ein nicht unwichtiger Abſchnitt aus meinem Verſuche einer Hamb. Rechtsgeſchichte eine ſpätere Verſammlung unſerer Section beſchäftigen können, und dann beſonders die claſſiſchen Arbeiten Lappenberg's, von denen er zuerſt in der Jen. Allg. L. Z. von 1829 Reſultate veröffentlichte, zu prüfen, und abweichende Geſichtspunkte zu vertheidigen ſein.

---

1) Vergl. Statut ſchon 1270, in einer beſondern Abhandlung.

Digitized by Google

§ 24.

Wichtig ſind die Beziehungen zwiſchen Hamburg und Riga auch für unſere Section wegen des Verhältniſſes der älteſten Statute beider Städte. Aus der Geſchichte (vgl. Eichhorn 2, 193) wiſſen wir ſonſt, daß in Livland und Eſthland ſeit 1158 die Handelsniederlagen Bremer das Chriſtenthum eingeführt, und daß es durch den 1204 von Biſchof Albrecht von Livland geſtifteten Orden der Schwertbrüder verbreitet und das Land unterworfen wurde. Zu derſelben Zeit verfolgte König Waldemar von Dänemark gleiche Zwecke. Allein mit Beiden kämpften die Biſchöfe und die durch den Handel emporblühenden Städte um die Herrſchaft. Aus dem Urkundenbuche heben wir hier zuerſt hervor die zwei Urkunden des Papſtes Innocenz III. vom 5. October 1199 (321) und vom 12. October 1204 (347). In der erſten fordert er alle Chriſten in Sachſen, Weſtphalen, ſo wie im Slavenlande und jenſeits der Elbe auf, den bedrängten Chriſten in Liefland gegen die paganorum incursus Beiſtand zu leiſten. In der zweiten ermahnt er ſpeciell die Bremiſche Kirche zu einem Heereszuge der Gläubigen gegen die Heiden in Liefland. Allein ſchon 1218 mußte der Papſt Honorius III. in einer beſondern Urkunde (415) an den Erzbiſchof von Bremen, der ausweiſe anderer Urkunden (416 und 467), wahrſcheinlich in Veranlaſſung des Bremer Urſprungs der erſten dortigen Niederlaſſungen, ſich über die Kirche des Biſchofs von Liefland die Gerichtsbarkeit anmaaßen wollte, obgleich Innocenz III. bereits 1213 (Urk. 390) erklärt hatte, daß das Bisthum Riga keinem metropolitano unterworfen ſei, das Gebot erlaſſen, die Kreuzfahrer (eos, qui assumto crucis signaculo se ad succursum Livoniae devoverunt,) nicht zu behindern. Die Grafen von Holſtein begünſtigen ihrerſeits die Rigaer. Adolf IV. machte ausweiſe der Urk. 509 den Kreuzzug nach Liefland 1238 perſönlich mit, und die Grafen Johann und Gerhard bewilligten den Rigaern 1251 und 1254 in Hamburg und ihrer übrigen Herrſchaft beſondere Zollbegünſtigungen (Urk. 562 und 584). Auch hat Lappenberg (GGA. v. 1833 St. 1) gezeigt, daß ein Hamburgiſcher Domherr Friedrich 1268 zum Biſchof von Dorpat ernannt wurde. Unter ſolchen Verhältniſſen war es ſehr natürlich, daß Riga unſer erſtes geſchriebenes Stadt-

Digitized by Google

recht. von 1270 annahm (das bei Pufendorf (Obs. T. III Append.) ſteht). Ich werde in einem beſondern Vortrage die ſämmtlichen Gründe dafür zuſammenſtellen, daß dieſe Anſicht die richtige iſt; insbeſondere läßt ſich dies aus dem Inhalt nachweiſen, was man bisher noch nicht verſucht hat.

§ 25.

Ebenfalls enthält das Urkundenbuch mehrere Hinweiſungen auf das Verhältniß zwiſchen Hamburg und Stade, welche bei der Unterſuchung der Frage in Betracht kommen, ob dieſes von jenem, oder jenes von dieſem ſein älteſtes Statut entlehnt hat. Graf Adolf von Schauenburg wurde vom Erzbiſchof Hartwig II. mit der Grafſchaft Stade belehnt, was Kaiſer Heinrich VI. 1195 in der Urk. 307 beſtätigt, und König Philipp verleiht 1199 in der Urkunde 316 der Bremiſchen Kirche die Burg und Grafſchaft Stade. In der Urkunde 348 geſteht der erwähnte Erzbiſchof Hartwig II. von Bremen 1204 den Bürgern von Stade mehrere Begünſtigungen zu, namentlich auch eadem iura, eamdem iustitiam, quam ab antecessoribus nostris hactenus habuerunt. König Otto IV. ertheilt der Stadt Stade 1209 Privilegien in der Urk. 374. In der Urkunde 513, vom J. 1238, wo Graf Adolf von Holſtein den Bürgern von Stade gewiſſe Freiheiten bewilligt, befinden ſich unter den Zeugen vier Hamburger Bürger. Des durch Schiedsrichter entſchiedenen Streits zwiſchen Hamburg und Stade v. J. 1266 gedenkt die Urk. 704. In der Urkunde des Erzbiſchofs Hildebold von Bremen v. J. 1268 (Urk. 730) wird geſagt: Si civitas Stadensis pacem et compositionem per nos cum Hamburgensibus factam ratam habere noluerint cum ipsis Hamburgensibus, sed contendere per modum belli sive guerrae cum eisdem &c. Die Proteſtation des Kapitels zu Bremen wider die von dem Grafen von Holſtein vorgenommene Veräuſſerung der Stadt Hamburg vom 25. October 1282 (Urk. 802) iſt zu Stade errichtet. Uebrigens giebt es viele, auch innere Gründe dafür, daß Pufendorf's Hypotheſe durchaus verwerflich iſt, welcher annimmt, Stade habe das älteſte Statut nicht von Hamburg angenommen, ſondern umgekehrt. Wer dies behauptet, muß die Statute im Detail gar nicht ſtudirt haben. Die Argu=

Digitized by Google

mente dringen ſich ſonſt unzählig auf. Ich werde auch dieſe in einem Vortrage mittheilen, über das Verhältniß unſeres älteſten Stadtrechts zu dem Lübiſchen, Bremiſchen, Stadiſchen und Rigaiſchen ꝛc.

§ 26.

Ueber das Verhältniß zwiſchen dem Hamburgiſchen und Lübiſchen Rechte finden ſich folgende übrigens (durch Weſtphalen monum. ined. Anderſon Hamb. Privatr. und resp. Falck's Staatsbürgerliches Magazin) ſchon früher bekannt geweſene Urkunden: Die Urkunde des Grafen Adolf IV. von Holſtein vom 24. Auguſt 1235 (500) giebt und verleiht „vnſen borgheren, deſto wonaftich willen weſende binnen Oldenborg" dat Lubiſch recht vnde ſteden ene des, dat ſe des vrylicken bruken mogen. Weret et aver, dat wy kriegene worden mit der ſtadt tho Lubeke, ſo vorlehne wy unſen borgheren to Oldenborg vorſcreven, dat zee mogen bruken des rechtes unſer ſtadt to Hamborch. Were ock, dat zee ſick avetliken (legendum aff etliken) ordelen nicht vorweſten, ſo mogen zee an deſſen vorſcrevenen twen ſteden recht ſöken. Buchſtäblich dieſelbe Stelle findet ſich in der Urkunde deſſelben Grafen vom 29. April 1236 für unſe borger deſto wanaftich willen weſen binnen Plone (502), und in der Urkunde des Grafen Johannes von Holſtein vom J. 1242 (527) verleiht er civitati Holsatiae (Kiel) et inhabitatoribus eiusdem, ut tali iure, prout civitas Lubecensis utitur, ita civitas praesens libere et quiete perpetuo perfruatur. Tali tamen adhibita cautione et adiecta, si contingat, nos contra civitatem Lubecensem discordare et civitas antedicta intrinsecus obstruatur, confluant in gratia nostra ad civitatem Hamburgensem, diligenter iura eiusdem perquirentes ac libere sine molestia perfruentes. Es iſt bekanntlich ſtreitig, ob hier iura das Stadtrecht begreifen, und nicht die Privilegien und das Zugrecht an den Rath von Hamburg von den Entſcheidungen des Stadtrathes. Aber ſoviel nehme ich als unbezweifelt an, daß hier von einem geſchriebenen Codex nicht die Rede ſein kann, ſo daß, wenn Hamburg 1235 auch ſchon ſein eigenthümliches Stadtrecht hatte, daſſelbe doch derzeit gewiß noch nicht geſchrieben war.

Ueber das Lübiſche Recht iſt auch die Urkunde 285 zu vergleichen.

Digitized by Google

§ 27.

Für das Billwärder Landrecht, welches in der allgemeinen Deutſchen Rechtsgeſchichte darum eine Bedeutung hat, weil daſelbſt zuerſt das Deutſche Rechtsſprüchwort Hand muss Hand wahren vorkommt, und das für das Studium des neueſten Statuts von 1603 oder 1605 von Wichtigkeit iſt, weil ihm darauf ein Einfluß beigemeſſen wird (ſ. Lappenberg Vorrede zum Billw. Landr. S. 8), bemerken wir uns die Urkunde 360 vom J. 1207, in der Propſt Hermann zu Hamburg der Decanie der dortigen Kirche quae omnibus fraudata erat beneficiis — überträgt bannum Bilnae (Bille) perpetuo iure possidendum. Es ſcheint, als ob Lappenberg (im Geogr. Regiſter) den 1162 (224) vorkommenden Namen Bilnemuthe für den älteſten dieſer Landſchaft hält. Des Namens Bilnawerther wird zuerſt 1251 (561) gedacht.

§ 28.

Zu unſerem älteren Civilrecht iſt das Teſtament des Hamburgiſchen Domherrn Magiſter Dietrich Baur vom 1. Decbr. 1282 (803) merkwürdig wegen der noch jetzt gebräuchlichen Einleitung, die alſo uralt iſt, und übrigens wohl nur deshalb beibehalten wird: Quum morte nihil sit certius, hora mortis nihil incertius &c. Ein anderes altes hieſiges Teſtament v. J. 1434 iſt darum bemerkenswerth, weil es unverkennbar das Urbild der noch jetzt benutzten übrigen Dispoſitionen einer ſolchen letzten Willenserklärung iſt. Es ſteht bei Staphorſt 2, 263. Ein anderes von 1535 ſiehe daſelbſt S. 352 ff. In Bd. 4 S. 343 ff. findet bekanntlich ſich bei Staphorſt eine Sammlung von Teſtamenten von 1339 an.

In den Lappenbergiſchen Urkunden 118 und 119 vom J. 1091, worin Schenkungen von Ländereien beſtätigt werden, kommt bei Ueberlieferung derſelben der Ausdruck vor lignorum et arborum incisiones. Wollte Jemand Bäume und Holz als ſein eigen anerkennen, Beſitz davon ergreifen, ſo wurden ſie von ihm angehauen.

§ 29.

Zur Geſchichte der Gerichtsbarkeit iſt es bemerkenswerth, daß Papſt Innocenz III. in ſeinem Sendſchreiben an den Bremiſchen

Digitized by Google

Prälaten vom 25. Januar 1203 (336), nachdem erſt im J. 1192 der Biſchof von Lüttich, Albrecht, durch Otto de Barchiſten ermordet, und darauf der Biſchof von Würzburg ſchmälich umgebracht und der Leichnam zerſtückelt und verſtümmelt war, dieſe Gräuelthaten nur mit geiſtlichen Strafen belegt, ohne gegen den Thäter wegen anderer Strafen den Arm der weltlichen Gerechtigkeit aufzurufen.

Hierher iſt zu bemerken die auch ſonſt ſehr merkwürdige Urkunde des Erzbiſchofs Siegfried von Bremen aus den J. 1181 — 83 (260), worin er ſeinem Miniſterialen Fritherieus de Magtenſtide einen Moraſt zwiſchen Brinkum, Machtenſtede und Huchtingen zu erkaufen erlaubt, und den Ankäufern das Holländerrecht zugeſteht. Non amplius quam ter[1]) in anno servabunt praetoria. Pro banno iudicis[2]) dabuntur octo nummi. Si quis non venerit ad praetorium tempestive vel sine licentia recesserit, octo nummos dabit. Si quis eorum commiserit capitalem sententiam, secundum legem terrae iudicabitur. Wörtlich dieſelben Beſtimmungen finden ſich in einer Urkunde des Erzbiſchofs Hartwig II. für ein Marſchland bei Brinkum und Grolland von 1201 (332). Aehnliche in einer Urkunde des Erzbiſchofs Siegfried vom 18. Jan. 1181 (249). Man erkennt hier, wie in unſerer Gegend frühzeitig der Beſuch der Gerichtsverſammlungen nicht als ein Recht, ſondern als eine Laſt angeſehen ſein muß, zu der Geldſtrafen erforderlich waren, um ſich nicht davon frei zu machen. Damit hängt auch das bereits frühzeitig ſichtbar werdende Beſtreben zuſammen, ſich von der Klage gegen Verbrecher loszumachen. Unſer Statut von 1270 IX, 3 enthält ſchon Strafandrohungen namentlich für den Fall, wenn die Klage Sachen über 3 Pfund betrifft (der Codex Reinstorp. hat ſogar die Lesart 12 ß.) Da mogen ſe enen Man wol dwingen to der Klage. Die Vorſchrift kommt 1276 IX, 4 und 1292 M, 3 noch vor,

---

1) Auch ſchon in der Carolingiſchen Zeit ſollte das echte Ding des Grafen nach den Capitularien nur dreimal jährlich gehalten werden. Vergl. Eichhorn D. St. u. RGeſch. 1, 694.

2) Das ſind die kleineren Banne, der bannus regalis war 60 solidi in der Regel oder höher. Eichhorn 1, 694.

Digitized by Google

fehlt aber ſchon 1497. In dem Urkundenbuche findet ſich in dem Bündniß zwiſchen Hamburg und Lübeck v. J. 1241 (Urk. 525) folgende hierher gehörige Stelle: Amplius si aliqui eorum burgenses prope nostram civitatem — male tractati fuerint, nos eorum actorem sive actores promovebimus ad huius facti vindictam requirendam et prosequendam, et ipsi nostrum actorem sive actores in communi expensa pariter promovebunt. Man erkennt an dieſen Zügen, wie ſich allmählig das Verfahren durch einen Fiscal vorbereitete, der 1529 bei uns beſtellt, aber erſt in der RG. Findung vom 6. October 1595 genannt wird, während früher es heißt dat Recht und die königl. Gewalt.

§ 30.

In dem Urkundenbuche kommt auch der Unterſchied iudicium maius et minus mehrmals vor. So Urk. 613. 651 (woraus ſich ergiebt, daß der Ausdruck nicht immer blos Gerichtsbarkeit, ſondern oft auch etwa das begreift, was wir jetzt Hoheitsrecht nennen würden) 768. 915. Es ſteht häufig ſo zuſammengeſtellt cum iudicio maiore et minore et omni iure in aquis, pascuis, pratis et terminis z. B. Urk. 674. In der Urk. 805 von 1283 kommt vor cum iudicio maiori et minori, colli videlicet et manus — ac omni iure quod — habuerunt. Dieſelben Worte finden ſich in Urk. 812 v. 1284. In der Urkunde 883, einem Vertrage des Ritters Otto Wackerbart mit dem Hamb. Capitel v. J. 1294 heißt es: Judicium quod dicitur superius, iudicium colli et manus. Dort ſieht man auch, auf welche Weiſe dieſes verliehen zu werden pflegte, ſo wie in der Urk. 602 v. J. 1256 die Gerichtsbarkeit als Lehn unter Garantie conferirt wird. In der Urkunde 728 v. J. 1268 ſind entgegengeſetzt: Judicia excessuum, welche der Käufer Engelbert bis zum Belauf von 60 Solidi haben ſoll — Judicia vero maiora, palmam seu collum tangentia ego Reynerus iudicabo duas partes satisfactionis. Zwei Drittheile Brüche behielt er für ſich, und der Bürger Engelbert ſoll das dritte Drittheil erhalten. So ſoll auch nach der Urkunde des Grafen Adolf III. von Holſtein vom J. 1189 (Urk. 285) Wirad von Boiceneburg für ſich und ſeine Mitbewohner der Stadt Hamburg alle Intraden, quae illic

Digitized by Google

in iudicio lucratus fuerit, ganz genießen, exceptis quae ad manum vel ad collum cedunt, de quibus tertiam partem habebit. Dieſe Eintheilung bei Verleihungen der Art iſt etwas ganz Gewöhnliches geweſen. Man trifft ſie ſchon in dem bei Eichhorn D. St. und RGeſch. 1, 742 abgedruckten Privilegium König Arnulfs von 898 für ſeinen Miniſterialen Heimo. — Was den Unterſchied zwiſchen großem und kleinem Gericht betrifft, ſo waren u. A. in der Stadt Goslar, wie ſich darüber eine umſtändliche Erörterung von Otto Göſchen in deſſen Goslar. Statuten S. 367 — 381 findet, auch ein großes und kleines Gericht, ſo wie der große und der kleine Vogt von einander unterſchieden, doch hatte der Kläger zwiſchen dieſen Gerichten die Wahl, dieſe waren ſo ziemlich gleich competent, die Competenz alſo noch nichts weniger als ſcharf abgegränzt. Nur dies Letztere läßt ſich für Hamburg feſthalten, die Competenzbeſtimmungen haben ſich auch bei uns erſt im Verlauf der Zeit ausgebildet, und für Criminalſachen zuletzt dahin gerichtet, daß der Senat nur in geringeren die Cognition behalten hat, und dem Niedergerichte die erheblicheren überlaſſen mußte. Dies geſchichtlich im Detail zu verfolgen, wird die Aufgabe eines meiner ſpäteren Vorträge ſein.

Göſchen bezieht übrigens auf das erwähnte aus dem Mangel der Competenzbeſtimmung ſich erklärende Wahlrecht des Klägers auch die Ware, als das dem Beklagten vom Kläger der ihn bei einem Gericht verklagt hatte, gegebene meiſt eidliche Verſprechen, ihn vor kein anderes Gericht zu ziehen (S. 376). Dieſe Ware iſt ſehr wohl von der Vare zu unterſcheiden, auf die ich heute noch einmal beſonders zurückkommen werde (vgl. Göſchen a. a. O. S. 376). Die Ware, die ich hier meine, hängt mit der Gewähr ꝛc. zuſammen. Unſere Statute kennen das Wort nur in der Bedeutung wahr machen, weshalb auch der Sinn des Sprüchworts Hand muß Hand wahren, bei uns urſprünglich kein anderer geweſen ſein kann, als daß der Verkäufer des Käufers Behauptung dem Vindicanten (Anfänger) gegenüber wahr machen müſſe, mithin allerdings auf den altdeutſchen Vindicationsproceß Bezug hatte, aber blos inſofern, als der Beklagte, der ſeine Gewehr von einer Uebertragung herleitete, verpflichtet war, in der Regel dieſe durch Ziehen auf den Warand wahr zu machen, und

daher auch das Recht hatte, ſeinen Warand zur Bewahrheitung ſeiner Angabe zu zwingen. Das Sprüchwort war alſo bei uns ſeinem urſprünglichen Sinne nach weder eine Beſchränkung der Vindication noch eine Einrede des Beklagten. Und dies iſt wichtig, weil daſſelbe zuerſt bei uns vorkommt.

§ 31.

Zum Verfahren in Rechtsſtreitigkeiten nicht unwichtig iſt der Schiedsſpruch der vom Päpſtlichen Legaten Guido delegirten Richter vom 7. März 1266 (698) in Sachen quae vertuntur inter capitulum Hammenburgense ex parte una et Hermannum militem dictum de Ziestere et filios suos, Lambertum et Burchardum, ex altera. Es war dies peremtorius partibus praefixus. Comparuit magister Jacobus, procurator capituli Hammenburgensis, parte altera nec per se nec per procuratorem aliquem comparente. Unde ipsum Hermannum et filios suos praefatos per totum diem exspectatos, ad instantiam procuratoris dicti capituli, contumaces iudicavimus et pro contumacia excommunicavimus, iustitia exigente, ipsos nihilominus, sicut iuris est, in expensis legitimis (sic!) condemnando.

Die Urkunde 707 enthält die Verhandlungen vom 28. Nov. 1266 zwiſchen dem Grafen von Holſtein und der Stadt Lübeck vor dem dazu vom Legaten Cardinal Guido delegirten Heinrich, Domprop̈ſt in Hamburg, wo zwei Procuratoren der Stadt Lübeck nichts weiter excipirt haben, als daß ihnen der Ort für die Entſcheidung minus tutus, minus idoneus nec accessibilis erſcheine tum ad ipsos, tum ad alias personas tam de sua civitate quam de aliis civitatibus, quae in dicta causa seu negotio necessariae et utiles, ut sint arbitri eligendi in causa suspicionis, si proponatur ab eisdem &c. Der Propſt erklärt ſich unter Berufung auf Aerzte zu ſchwach und krank, um ſofort zu entſcheiden, und ſetzt daher den Spruch bis zum 27. April 1267 aus, und dagegen appellirt Lübeck (wohin wird nicht geſagt).

Auch iſt uns ein Zeugenverhör vom 23. December 1265 in der Streitſache des Domcapitels zu Hamburg wider die dortigen Dominicaner oder Predigermönche über die Beerdigung cuiusdam

mulieris defunctae, Womele nomine, erhalten, zuerſt bei Staphorſt, jetzt hier 687 abgedruckt. Nach vorheriger Beeidigung deponiren die Zeugen, wie es ſcheint, erſt im Allgemeinen, und dann auf ſpecielle Fragen. Ihre Ausſagen werden nur dann beſonders protocollirt, wenn ſie von denen der vorher Vernommenen abweichen. Sonſt wird regiſtrirt dixit idem quod proximus. Guillelmus de Alisia, publicus sanctae Romanae ecclesiae auctoritate notarius, hat das Protocoll aufgenommen. Er bezeugt: praedictis omnibus interfui et ea de mandato dicti domini Cardinalis (Guido) hic fideliter scripsi et in publicam formam redegi meoque signo signavi. Auſſerdem hängt das Siegel des Legaten Guido an der Urkunde, wozu die Bemerkung: In cuius rei testimonium et perpetuam firmitatem praesentes testium depositiones per Guillelmum, infra scriptum notarium in scriptis redigi fecimus nostroque sigillo muniri.

§ 32.

Zur Geſchichte unſeres ſchriftlichen Gerichtsverfahrens iſt zu erwähnen, daß in einer Urkunde des hieſigen Dom-Capitels vom J. 1290 (853) des registrum civitatis gedacht wird, welches Lappenberg für das Stadt-Rentebuch hält. Es wird häufig angeführt, z. B. im Liber haereditatum Petri a. 1288, und iſt ſeit 1274, mit welchem Jahre unſer älteſtes Stadt-Erbebuch ſchließt, von dieſem getrennt geführt. Dies Stadt-Erbebuch enthielt aber, wie wir aus den in Staphorſt (2, 101 ff.) befindlichen Excerptis ex libro Actorum coram Consulibus in resignatione haereditatum de anno 1248 ad annum 1273 erſehen, nicht blos Reſignationen, welche ſich übrigens auch nicht auf Grundſtücke beſchränkten, und ſogar alle Güter, Servituten, einen Kahn (canem) ꝛc. betrafen, ſondern auch Teſtamente, Willführen, Verträge ꝛc.[1]) Dagegen enthält noch der Liber memorandorum de anno 1369 — 1532 (vgl. Zeitſchrift unſers Vereins

1) Als ich dieſen Vortrag hielt, konnte ich mich nur im Allgemeinen auf die ungemein fleiſſigen und lehrreichen mündlichen Zuſammenſtellungen beziehen, welche Herr Dr. Reimarus unſerer Section von Zeit zu Zeit mitgetheilt hatte. Seitdem verdanken wir ſeiner

I, 1, 54) manche Reſignationen. Hiernach iſt alſo eine Stelle in Eichhorn's D. Staats- und R.Geſch. 2, 671 zu berichtigen, welcher von dem erſten Zeitraum ſeiner dritten Periode, der bis 1272, bis zur Thronbeſteigung des Grafen Rudolf von Habsburg, reicht, unter ſpecieller Bezugnahme auf unſere Statute von 1270 und von 1292 (Anderſon S. 30 und 260) (1270 I, 6. 1292 E, 2) behauptet, die gerichtlichen Auflaſſungen wären ſchon in dieſer Periode in beſondere Gerichtsbücher eingetragen worden. Irgend vollſtändige Gerichtsbücher gab es überhaupt damals bei uns noch nicht. In das Stadtbuch wurden nur auf beſonderes Verlangen oder Belieben einzelne Ordele eingetragen, durchaus noch nicht alle, und am wenigſten Protocolle über die gerichtlichen Verhandlungen, wie ſich dies aus dem Ordelbuche von 1270 ſonnenklar ergiebt. Das älteſte Stadt-Erbebuch wird freilich mit der Erklärung eingeleitet, daß im J. 1248 Alles darin eingetragen ſei, was in Beziehung auf Reſignation von Erben vor den Conſuln verhandelt worden. Allein der Ausdruck darf gewiß nicht urgirt werden.

Ich erlaube mir noch einige hierher gehörige Notizen hier anzuknüpfen. Zuerſt eine chronologiſche Ueberſicht.

Das älteſte Gerichtsbuch iſt in Hamburg eben das erwähnte Stadt-Erbebuch, welches mit 1248 anfängt. 1274 kommt das Stadt-Rentebuch hinzu. Das älteſte Bürgerbuch, überſchrieben liber civium de anno 1278 ad annum 1452, fängt, jedoch unvollſtändig, mit 1277 (nicht, wie es in Lappenberg Feſtprogramm durch einen Druckfehler heißt, 1276) an. Vgl. Herrn Dr. Laurent

Thätigkeit einen ſorgfältigen und vollſtändigen Abdruck des ganzen älteſten Stadt-Erbebuchs und mehrere Bemerkungen in unſerer Zeitſchrift I, 3 und 4 S. 329 ff. und S. 435 ff. Man erſieht aus dieſem Abdruck, daß das Buch auch das Jahr 1274 begreift. Der Anſicht S. 438, als ob die verſchiedenartigſten Erklärungen derzeit darum vor dem Rath abgelegt wären, weil dieſer aus lauter Perſonen von öffentlichem Glauben beſtanden, kann ich nicht beipflichten. Vielmehr iſt hier wiederum die Altſächſiſche National-Anſicht zu erkennen, die nur dem vor Gericht Geſchehenen eine rechtliche Wirkſamkeit einräumte. Auch die Reſignation v. J. 1264 LXVIII, 4 ff. iſt nur in dieſer Weiſe aufzufaſſen, nicht ſo, wie es S. 457 geſchieht.

Digitized by Google

in unſerer Zeitſchr. I, 1, 141 ff. und beſonders 145. Daß ein älteres Bürgerbuch nicht exiſtirt, ſcheint aus Stadtr. von 1270 I, 18. VII, 17 hervorzugehen, indem man an der erſteren Stelle mit der bloßen Erklärung, und an der anderen Stelle mit dem Zeugniß zweier Rathmannen ſich begnügt, daß Jemand hieſiger Bürger ſei. Oder jene Stellen beweiſen auch nur, daß damals die Ertheilung von Extracten aus ſolchen Büchern (anders bei Urtheilsbüchern) nicht gebräuchlich geweſen, ſo wie aus Stadtr. von 1270 I, 17 ſich ergiebt, daß auch aus dem Stadt-Erbebuche keine Extracte gegeben wurden, indem man danach mit der bloßen Erklärung des Zeugen, daß er erbgeſeſſen ſei, zufrieden war[2]).

Unſere älteſten Stadtrechte tragen bekanntlich die Jahreszahlen 1270, 1276 und 1292.

Die Kammer-Rechnungen fangen erſt 1350, die Liber memorandorum ſogar erſt 1369 an.

Uebrigens verdient es noch Erwähnung, daß unſer älteſtes Stadtrecht von 1270, ebenſo wie alle ſpäteren, Deutſch abgefaßt iſt, während alle übrigen älteſten Aufzeichnungen bei uns, Bürgerprotocolle, Kammer-Rechnungen, Hypothekenbücher, ſo wie das älteſte Stadtrecht von Lübeck und mehreren anderen Städten Lateiniſch geſchrieben wurden, und wir auch anderweitig wiſſen, wie verbreitet ſogar unter den Nichtgelehrten in Hamburg ſchon im dreizehnten Jahrhundert der Gebrauch der Lateiniſchen Sprache war[3]).

Was Proceßverhandlungen betrifft, ſo hatte zwar das Niedergericht ſeit 1292 einen Schreiber, der aber (und ſelbſt 1497 noch) nur angewieſen war, die gewetteten Brüche zu notiren, Stadtr. von 1292 B, 8. 1497 B, 5. Daß er keine Protocolle aufzunehmen hatte, beweiſt u. A. die Umſtändlichkeit der Procedur bei dem Beweiſe der Behauptung, daß Jemand verfeſtet ſei, Stadtr. von

---

2) Im Hammerbrook ſcheint ſelbſt noch 1532 nicht anders als durch Zeugniß (der Geſchwornen) eine Verlaſſung erweislich geweſen zu ſein. Vergl. das Weitere in Herrn Dr. Hübbe das Hammerbrooker Recht S. 90 ff.

3) Vgl. Herrn Dr. Meyer Geſchichte des Hamb. Schul- und Unterrichtsweſens im Mittelalter S. 22.

Digitized by Google

1270 VI, 6. 1276 eod. 1292 G, 6. 1497 E, 25. Ordele wurden bis 1529 nicht alle, ſondern, wie es ſcheint, nur auf Verlangen, oder wenn ſie geſcholten werden ſollten, eingetragen. Vergl. Stadtr. von 1270 VI, 3 (1276 eod. 1292 G, 3. 1497 E, 15) VI, 9 (1276 eod. 1292 G, 8. 1497 A, 16, 2) VI, 11 (1276 VI, 19. 1292 G, 10. 1497 A, 22) VI, 30 (1276 eod. 1292 G, 25. 1497 A, 23) VII, 18 (1276 VII, 19. 1292 H, 16. 1497 E, 14) VII, 11 (1276 VII, 12. 1292 H, 9. 1497 E, 17). Nach der bereits (§ 17) erwähnten Urkunde der Grafen von Holſtein vom 20. März 1292 durfte aber dem Beſchwerdeführer eine Abſchrift aus dem Ordelbuche nicht verweigert werden, wenn er beſonders darauf antrug, und es läßt ſich annehmen, daß auf dieſe Beſtimmung das Canoniſche Recht ſeinen Einfluß ausgeübt hat, welches im dreizehnten Jahrhundert über die Gerichtsverhandlungen ſchriftliche Urkunden verlangte. Dieſe Vorſchrift ward durch den Receß von 1529 Art. 13 § 2 beſtätigt, und verſteht ſchon Wygand (im Nucleus s. v. Präjudicate) den Art. 17 dieſes Receſſes davon, daß diejenigen Präjudicate, wonach künftig in andern Rechtsfällen geſprochen werden ſolle, ins Buch zu ſchreiben wären, was denn Alles auf die dunkle Stelle 1270 I init. 1292 A, 9. 1497 A, 19 einiges Licht wirft. Ich verſtehe ſie ſo, daß Niemand bei Verluſt ſeines Erbes und der Stadtwohnung ein Ordel anders ſchelten darf, als wenn Urtheil nebſt Berufung im Buche aufgezeichnet wird.

Erſt das Stadtrecht von 1605 verpflichtete I, 5, 2 in Uebereinſtimmung mit der Gerichtsordnung von 1560 den Gerichtsſchreiber, Verhandlung und Findung in jeder Sache zu verzeichnen. Allein daß der Gerichtsſchreiber das Urtheilsbuch ſchrieb, und darin die Findung, der die Verhandlung allemal kurz voraufgeſchickt wurde, eintrug, war ſchon wieder zu Schlüter's Zeit (im Anfange des achtzehnten Jahrhunderts) auſſer Gebrauch gekommen; vielmehr ſchrieb damals der älteſte Graduirte des Gerichts ins Buch[4]), indem man ſich auch damals davon mochte überzeugt haben, daß den Geſchichtsſchreibern nicht immer das Talent beiwohnt, über die Verhandlung ein zwar kurzes, aber alles Erhebliche umfaſſendes Protocoll aufzunehmen.

4) Vgl. Schlüter ad I, 5, 1. 2. Müller ad I, 5, 1.

Digitized by Google

Das älteſte Ordelbuch des Niedergerichts, welches wir beſitzen, fängt 1589 an. Es läßt ſich jedoch demſelben speciell nachweiſen, daß auch dazumal noch nicht alle Urtheile, daß ſie ferner nicht in chronologiſcher Aufeinanderfolge, und ſelbſt hin und wieder ſogar zweimal dort eingetragen ſind.

Ein Wort hier noch über das Verzeichniß der Verfeſteten. Daß es bei uns 1270 noch nicht exiſtirte, iſt unbeſtritten, und aus VI, 6. 12. XII, 11 gewiß. Auch 1292 kann es noch nicht vorhanden geweſen ſein, indem G, 11 verveſt noch von in dheme breue ſta diſtingirt wird. Uebrigens findet ſich 1497 E, 5 ebenſo **edder** vorveſtet **edder** ſyner undaet haluen beſchreuen vnde angetekent, und ſo auch Stat. v. 1605 I, 34, 9. H. im N.Arch. des Crimr. 6, 426 verſteht unter Breue 1292 den vormaligen liber memorandorum, das Stadt-Denkelbuch. Allein es iſt nicht erwieſen, daß dies ſchon 1292 exiſtirte, ſondern Dasjenige, welches wir noch beſitzen, fängt erſt 1369 an, und es iſt kein Grund zu bezweifeln, daß dies nicht das älteſte geweſen. Cropp Beitr. 2, 2, 401 ff. verſteht unter Breue ein kurzes ſummariſches Verzeichniß aller überführten Verbrechen, Maleficanten-Liſten, wie man ſie auch in andern Städten finde, legt alſo auf jene Diſtinction keinen Werth. Wie ungenau aber dieſe Delinquenten-Regiſter ſelbſt in neuerer Zeit bei uns geführt ſind, darüber laſſen ſich aus den vorhandenen beſten Handſchriften (die gedruckten ſind noch ſchlechter) die auffallendſten Beweiſe geben, und daß ein offizielles nicht mehr exiſtirt, ſcheint zu beweiſen, wie wenig bei uns von jeher darauf geachtet ſein mag. Meine Vermuthung, die ich bei anderer Gelegenheit weiter begründen werde, geht dahin, daß bei uns ein Verzeichniß der Verfeſteten erſt im funfzehnten Jahrhundert angelegt iſt, wie denn auch erſt das Billwärder Landrecht von 1498 Art. 63 dem Vogt die Anlegung eines ſolchen Buches zur Pflicht macht, und erſt die Receſſe von 1458 Art. 45 und 1483 Art. 48 der Urfehdenbriefe gedenken. Das rothe Buch kommt im Niedergerichtlichen Ordelbuche von 1589 erſt am 15. November 1591 vor, und das vom Niedergerichts-Schreiber geführte Urfehden-Protocoll wird von den Commentatoren des Statuts erſt im achtzehnten Jahrhundert erwähnt.

Digitized by Google

Es ſcheint ferner, daß nicht einmal letztwillige Verfügungen urſprünglich bei uns ſchriftlich verfaßt worden ſind, wenigſtens gewiß nicht durchgängig, vgl. 1270 VI, 2 (1276 eod. 1292 G, 2. 1497 K, 1) VI, 7 (1276 eod. 1292 E, 16. 1497 J, 18.)

Um ſo bemerkenswerther würde die Beſtimmung im Stadtr. v. 1270 V, 6 ſein, welche ſich ebenſo im Lübiſchen Recht, Hach III, 294. Rig. 56. Stad. IV, 6, und ferner in unſeren Redaktionen von 1276 eod. 1292 D, 6. 1497 D, 6 findet, wenn dort verleſen wirklich vorleſen hieße. Es ließe ſich denken, daß man die Schrift ausdrücklich in dem Falle vorgeſchrieben hätte, wo es darauf ankam, genau zu ermitteln, was eine abweſende Parthei, die ſich durch einen Bevollmächtigten vertreten ließ, gewollt hatte, und wo nicht, wie in dem Falle, da die Parthei anweſend war, ſie gefragt werden konnte, ob ſie das Vorbringen ihres Vorſprechers genehmige. Allein bei genauerer Unterſuchung ergiebt ſich, daß verleſen in jener Stelle, wie 1270 1, 6 vgl. Hammerbrooker Recht in der Hübbeſchen Ausgabe Art. 46, verlieren heißt. Es läßt ſich erſt in den Vehm-Acten des funfzehnten Jahrhunderts eine ſichere Spur von den Klagzetteln nachweiſen, welche wir im ſechszehnten Jahrhundert durchgängig bei uns im Civil- und Criminalverfahren finden, und welche an die noch jetzt bei den Franzoſen in deren mündlichem Verfahren gebräuchlichen Qualitäten und Concluſionen (Anträge)[5]) erinnern. Der Receß von 1529 Art. 13 § 1 iſt bei uns das erſte Geſetz, welches allemal da, wo es die Partheien begehren, ein ſchriftliches Verfahren anordnet.

Aber dieſes geſchichtlichen Verlaufs ungeachtet, würde man meines Erachtens die Materie von dem mündlichen und ſchriftlichen Rechtsverfahren in unſerer Vaterſtadt geſchichtlich unrichtig auffaſſen, wenn man entweder ſtillſchweigend davon ausgeht, oder es ſelbſt vorausſetzt, oder anzunehmen veranlaßt, als ob bei unſeren Vorfahren die mündliche Procedur etwa aus einer beſonderen Vorliebe für Mündlichkeit oder gar aus Ueberzeugung von den Vorzügen des mündlichen Verfahrens vor dem ſchriftlichen oder

5) Vgl. Feuerbach Betracht. über die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerechtigkeitspflege Bd. 2 S. 124.

Digitized by Google

aus Antipathie gegen das Letztere die Regel geweſen. Das hieße Etwas Unwahres oder doch durchaus Unerweisliches, ja ſelbſt Unwahrſcheinliches annehmen. Vielmehr fand das mündliche Verfahren urſprünglich darum in der Regel Statt, weil man theils das ſchriftliche wenig kannte, theils das Schreiben ſelbſt bei den Gerichtsperſonen noch nichts weniger als allgemein war, und endlich namentlich in den Gerichten nun einmal noch nicht angewandt wurde. Das mündliche Rechtsverfahren fand eben darum damals in einer Ausdehnung Statt, wie jetzt ſelbſt ſeine eifrigſten Verfechter ihm nicht huldigen. Aber die Vortheile der Schrift konnten bei allgemeinerer Verbreitung dieſer Fertigkeit unter allen Ständen, bei den nothwendigen allmäligen Reformen des Gerichtsverfahrens, bei Vermehrung des Verkehrs und darum auch der gerichtlichen Geſchäfte, bei wachſender Bevölkerung und dadurch vergrößerter Mannichfaltigkeit der Streitigkeiten, endlich bei größerer Bekanntſchaft mit der ſchriftlichen Procedur, ſich dem praktiſchen und geſunden Blick unſerer Vorfahren nicht lange verbergen. Zuerſt mußte das Bedürfniß fühlbar werden, da, wo es auf Zahlen ankam, z. B. die Verlaſſungen nicht mehr dem trüglichen Gedächtniſſe Preis zu geben, ſondern durch Niederſchrift Misverſtändniſſen und Streitigkeiten vorzubeugen, danach auch die Ordele in wichtigen, beſonders in ſolchen Rechtsmaterien wieder zuſchreiben, wo es darum zu thun war, die Grundſätze feſtzuſtellen, wenn dabei auch nicht immer vorſchwebte, daß ſie ſinguläres Recht, Abweichungen vom allgemeinen Landrecht, oder gar vom Römiſchen Recht enthielten, das damals noch nicht einmal bekannt ſein mochte,[6]) ſondern wenn man auch nur allgemein fühlte, ſich dadurch am beſten gegen den Einfluß der Praxis der geiſtlichen Synodalgerichte zu verwahren, gegen welche bei uns von jeher Antipathien herrſchten. Es war ſehr natürlich, daß dieſe 1270 veranſtaltete Ordelſammlung und zugleich die Verpflichtung, welche das Privilegium von 1292 nach ſich zog, Veranlaſſung darboten, auch fernere Ordele der Schrift anzuvertrauen, woran ſich denn auch in zeitgemäßem Bedürfniß die Verzeichniſſe der Brüche und der Verfeſteten, vielleicht auch der Verurtheilten in

6) Ich werde bei einer anderen beſonderen Veranlaſſung auf dieſen Gegenſtand ſpecieller eingehen.

Digitized by Google

Criminalfällen überhaupt anſchloſſen. Man wird aber die Schrift bei gerichtlichen Verhandlungen nicht in der Maaße damals zweckwidrig gefunden haben, wie es bei ſeinen heutigen Gegnern der Fall iſt. Vielmehr iſt es geſchichtlich unbeſtreitbar, daß ſich allmälig ſogar das Bedürfniß herausſtellte, die ganze Verhandlung ſchriftlich vor Augen zu haben und zu behalten; dies Bedürfniß zog Protocollirung derſelben[7]), dieſe aber wiederum, bei der Unmöglichkeit, immer fähige oder willige Protocolliſten zu finden, nothwendig den Gebrauch nach ſich, daß Klage und Antwort dem Gericht ſchriftlich behändigt, und nach einem Zettel vorgetragen oder gar verleſen wurde. So hat ſich das Verfahren ausgebildet, wie wir es 1588 im älteſten Niedergerichtlichem Ordelbuche vorfinden.

Bei dieſer kurzen geſchichtlichen Ueberſicht wird es übrigens nicht erforderlich ſein, hier auch in legislativer Hinſicht die Erfahrungen der Geſchichte auszubeuten und anzuwenden. Wer mit der Praxis des mündlichen Verfahrens vertraut iſt, wird ſich beherzigungswerthe Winke ſelbſt abſtrahiren können. Hier muß dieſe Seite der Sache unerörtert bleiben.

§ 33.

Zu dem im damaligen Criminalverfahren eine ſo wichtige Rolle ſpielenden Aſylrechte und in ſonſtiger Hinſicht bemerken wir uns den bereits erwähnten Vergleich des Domcapitels mit dem Rath von Hamburg vom 8. Nov. 1269 (740), worin das Aſylrecht der Kirche aufgehoben wird in den Curien quae ad iurisdictionem oppidi perpetue permanebunt, hoc modo, si aliquis (ſoll wohl nur heißen in his curiis, ſo daß das Aſylrecht in andern Curien verblieb) forefactum fecerit, ab ecclesia non defendetur. Weiterhin werden über die Jurisdiction der Laien gegen Kleriker und umgekehrt Beſtimmungen gegeben, si forefactum fecerit in ecclesia vel cimeterio, und gegen einen Geiſtlichen, canonici modo debito convincant eum. Civilanſprüche gegen Laien ſind coram advocato et consulibus zu

7) Noch in dem Contract des Lübecker Raths mit dem Gerichtsſchreiber Sunten v. J. 1526 iſt unter ſeinen Pflichten nicht die aufgeführt, daß er Etwas über die Parteivorträge oder davon zu protocolliren habe. Hach das alte Lübiſche Recht S. 145.

Digitized by Google

verfolgen. Damit iſt unſer Statut von 1270 IX, 15 und der Sachſenſp. zu vergleichen.

§ 34.

Zur Lehre vom **Gerüfte** findet ſich in der bereits erwähnten Urkunde des Erzbiſchofs Siegfried über den Verkauf des Hollerlandes vom 18. Januar 1181 (249) folgende Stelle: Item si wapenrocht (Waffenruf, Gerüfte) contigit, qui ad hoc supersederit, si liber fuerit, decem solidos vadiabit, ministerialis totidem, si proprius fuerit, crines et pellem vel quinque solidos persolvet. Auch die folgende Stelle iſt in dieſer Urkunde lehrreich: Herestate regia erit, ubi ipsi communiter eam esse decreverint et iudex praeceperit (Raub up der vrygen ſtrate wird beſonders als ein großes Unrecht bezeichnet in der Urkunde 818 pag. 675 in einem Zuſatz von 1364. Vergl. gegen **Cropp**). **Weteringe** autem deducetur quo eis, qui **sworenen** dicuntur, placuerit et iudici.

§ 35.

Zur Geſchichte von den **Gottesurtheilen** gehören mehrere ſonſt ſchon bekannte Urkunden. In einer (363), welche von **Lappenberg** vor 1207 geſtellt wird, und die von Hartwig sanctae Hamenburgensis ecclesiae archiepiscopus an alle Kleriker und Laien gerichtet iſt, heißt es: Ex conquestione et consultatione quorumdam de Hamenburgensi clero accepimus, quod **sacerdotes** plerique a quibusdam **secularibus** iudicibus **cogantur** quoslibet suspicione vel infamia criminis notatos, iudicio candentis ferri vel ignitorum vomerum (auf glühenden Pflugſchaaren gehen. **Lappenberg** weiſt nach, daß dies Beweismittel in Holſtein üblich war) aut quovis alio quod vulgo divinum iudicium appellatur, quasi de iure examinare, nec tamen ipsi iudices volunt aliquam exceptionem non laedendi corporis convictorum admittere, sed divina captos potestate suae potestatis poena volunt quasi de iure affligere. Horum igitur consultationi de sanctorum patrum auctoritate et romanorum pontificum constitutione respondemus, quod sicut nec decet nec licet unius iudicis auctoritate captos, alius potestate in praeiudicium prioris puniri, ita nec divino iudicio convictos, decet vel licet saeculari iudicio torqueri.

Digitized by Google

Quapropter omnibus sacerdotibus nostris auctoritate sanctorum canonum dicimus, et auctoritate Dei et domini papae et nostra praecipimus, nulla umquam necessitate huiusmodi iudiciis aliquos examinare, nisi prius accepta non laedendi corporis convictorum plena cautione. Facilius enim est et esse debet cuilibet constanti viro in manus hominum quam in iudicium Dei viventis incidere. Nec debet aliquis pro conservatione rerum suarum proximum in corporis vel animae periculum tradere.

Die Bulle des Papſtes Alexander IV. vom 1. Juni 1257 ſteht hier num. 617, und zwar nach dem ſehr vermoderten Original, dem das Bleiſiegel des Papſtes anhängt.

Die Urkunde der Grafen Johann und Gerhard von Holſtein vom 29. April 1255 für Ochſenwärder iſt sub 592 nach dem Originale abgedruckt, welchem das gräfliche Reiterſiegel anhängt[1]).

§ 36.

In der Lehre von Urkunden im Proceſſe iſt der Ausdruck intersignum zu bemerken in dem bereits erwähnten Schreiben des Grafen Florentin von Holland vom 21. Septbr. 1277 (774). Das Wort bezeichnet eine Urkunde, weil ein Siegel dazu gehört, nicht allgemein Beweismittel, wie der Index ſagt, da es von testimonium, Zeugniß, unterſchieden wird.

§ 37.

Für die Geſchichte des Eides iſt die num. 118, eine Urkunde v. J. 1091, zu bemerken, worin der Erzbiſchof Liemar von Bremen eine Schenkung von Ländereien beſtätigt, welche Gerhard von Stumpenhuſen als Erſatz für den durch ſeine Raubzüge angerichteten Schaden der Kirche machte. Hier wird es wiederholt als eine Sitte der freien Sachſen bezeichnet, daß die Tradition ſolcher Ländereien per digitorum extensionem super reliquias nostras geſchieht, indem man dabei die cyrotheca (etwa von cera Wachs, Wachsdeckel) sacris reliquiis imposita abnimmt. Bekannt

1) Ueber den Inhalt dieſer Urkunde vgl. jetzt Krabbe in unſerer Zeitſchr. 1, 3, 489 ff. Ich hatte ſchon früher in meinen Vorträgen in der juriſtiſchen Section über das Geſchichtliche der Gottesurtheile bei uns Einiges zuſammengeſtellt, was ich bei einer andern Gelegenheit mir vorbehalte zu größerer Oeffentlichkeit zu bringen.

Digitized by Google

iſt bei uns die älteſte Art der Eidesleiſtung auf die Heiligen d. h. auf die Reliquien derſelben (vgl. unzählige Stellen im Stadtr. von 1270) welche berührt wurden[1]). Noch Klefeker 3, 601 bezeugt v. J. 1767, daß auf dem Bürgermeiſtertiſche in der Rathſtube damals eine Kapſel geſtanden, worin ſonſt die Reliquien der Heiligen aufbewahrt worden wären, um darauf zu ſchwören, an deren Stelle ſpäter das Evangelium Johannis (das Wort) ſeit dem Paſſauer Vertrage von 1552 ſubſtituirt worden[2]).

Zur Unterſuchung, welcher Heiligen Reliquien bei uns berührt worden, Folgendes:

Bederich, Graf von Belſiz, verleiht in einer Urkunde, die in die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts zu ſtellen iſt (933), der St. Marienkirche verſchiedene Reliquien: De ligno crucis Christi. De lacte sanctissimae Mariae virginis et de crinibus ipsius. De crinibus beati Johannis evangelistae. De reliquiis sanctorum apostolorum: Petri et Pauli, Bartholomaei, Jacobi minoris, Matthaei, Matthiae. Item de reliquiis sanctorum martyrum: Stephani protomartyris, sanctorum Johannis et Pauli, Damiani, Hippolyti, Vincentii, Blasii, Dionysii, Florentii de Italia, Sebastiani, Habundi. Item de reliquiis beatorum confessorum: Nicolai, Martini, Brictii, Eustachii, Egidii, Leonis papae, Pantaleonis, Calixti papae, et brachium sancti Sixti papae et martyris. Item de reliquiis beatae Mariae Magdalenae, Agathae, Luciae, Caeciliae, Margaretae. Mehrere dieſer Reliquien werden in dem Corpus bonorum dieſer Kirche um die Mitte des vierzehnten Jahrhunderts als vorhanden aufgeführt, wie bemerkt wird von Lappenberg S. 775.

§ 38.

Zur Geſchichte des Eides ſtelle ich hier auch die Stellen des Urkundenbuches zuſammen, welche der Vare gedenken.

---

1) Eine Sitte, welche vermuthlich aus dem Glauben an die wunderthätige Kraft dieſer Reliquien und an die mögliche Wirkung, daß die göttliche Strafe augenblicklich bei meineidiger Berührung derſelben eintrete, entſtanden iſt.

2) Daher ſchreibt ſich vielleicht die bei uns jetzt noch gebräuchliche Eidesformel: So wahr mir Gott helfe und ſein heiliges Wort (d. i. Logos, der Sohn Gottes oder das Evangelium).

Digitized by Google

Am 8. Juni 1199 (Urk. 320) conferirt der Erzbiſchof Hartwig II. von Bremen privilegium talis libertatis, ut nullus deinceps advocatus nec aliquis advocati vicem gerens in aliquo iudicio vel placito publico vel privato insidiari debet litonibus praedictae ecclesiae Kivena (Kloſter Zewen) ea districtione, quae teutonice vare vocatur.

In der Urkunde 238 v. J. 1170 heißt es: calumnia verborum quae teutonice vare dicitur, mit Bezugnahme auf Eid. So auch sine insidiis verborum quod teutonice vare dicitur in den Urkunden 260 v. 1181 — 83 und 332 v. 1201. Ebenſo erklärt Kaiſer Otto IV. den Stadenſern in dem Privilegium vom 2. Mai 1209, was ſich bei Pufendorf Obs. Tom. 2 pag. 152 abgedruckt findet: Concedimus ipsis et indulgemus ut Burgenses et optimi cives coram advocato vel alio quovis iudice iuricapium, quod vulgariter vare dicitur, in iudicio omnimodis non sustineant.

In dem Privilegium Kaiſer Friedrichs II. für Goslar (in Göſchen's Ausg. p. 115) v. J. 1219 heißt es: Praecipimus ut omne ius absque captione, quod vulgo vare dicitur (unverfänglich, ſonder Gefährde, würden wir ſagen), observetur tam de extraneis quam de burgensibus. In unſerem Stadtr. v. 1270 IX, 26 (vgl. 1276 IX, 27. 1292 B, 2. 1497 B, 8) wird geſagt: Ein Jeder könne ſein eigenes Wort ſprechen ane Vare, und 1270 IX, 30 (1276 IX, 31. 1292 M, 22. 1497 B, 7): Die Rathmänner, welche vor Gericht ſitzen, ſollen bewahren, daß der gräfliche Vogt — nemanden vare.

Bereits von Andern (es ſind die von Lappenberg allegirten von Werſebe Niederl. Kolonien I, 166, von Tzſchoppe und Stenzel Schleſiſche Urkunden I, 267) iſt ermittelt worden, daß im zwölften Jahrhundert unter den Vögten oder advocatis der weltlichen Gerichte ein Verfahren bei der Abnahme eines Eides üblich geweſen ſein muß, wo man den Angeklagten durch die Wortſtellung zu fangen ſuchte. Davon, daß auch bei andern Förmlichkeiten der Eidesabnahme chikanirt ſei, finde ich keine Spur, wiewohl es ebenſo wahrſcheinlich vorgekommen ſein mag. Dies Verfahren muß nicht blos in dem Herkommen einen recht-

Digitized by Google

lichen Schutz gefunden haben, weil es ſonſt undenkbar ſein würde, daß man dagegen beſondere Privilegien, die ſogar bezahlt wurden (was in einem Diplom von 1239 Varſchilling genannt wird), nachgeſucht hätte, und daß auch ein Fall v. J. 1147 vorkommt, wo von der observatio vulgo dicta Vara nur bei geringeren, nicht aber bei größeren Vergehen diſpenſirt wird.

Vielleicht giebt eine Urkunde des Erzbiſchofs Wichmann von Magdeburg v. J. 1188 Aufſchluß, wo es heißt: Ut districtio, quae Vara appellatur, solis iuramentis, quae pro rebus obtinendis vel abdicandis fieri debent, exceptis, perpetualiter postposita sit. Es ſollten alſo nur diejenigen Eide, mit denen man eine Sache ſich zueignete (anfing), oder ihren Beſitz abläugnete, den ſtrengeren Förmlichkeiten unterworfen bleiben. Zur Erklärung der Stelle iſt wohl zuerſt zu bemerken, daß bei Schuldklagen ein anderes Verfahren Statt fand, als bei Sachklagen. Wer eine Schuld forderte, die der Beklagte läugnete, hatte bei Anſtellung der Klage zwiſchen Zeugen und eidlicher Abläugnung zu wählen. Wer eine Sache forderte, deren Beſitz der Beklagte läugnete, konnte Hausſuchung verlangen, oder er mußte ſich mit dem Eide begnügen (vgl. das Detail bei Göſchen S. 493 ff.). Es begreift ſich, daß bei Sachklagen der Eid um ſo ſtrenger zu nehmen war, weil der Kläger nichts hatte als den Eid des Beklagten, wollte er nicht zu der mislichen Hausſuchung ſchreiten, und weil andrerſeits der Kläger, falls es auf deſſen Eid ankam, darthun mußte, ihm ſei die Sache durch Diebſtahl oder Raub, alſo durch ein Verbrechen aus dem Beſitz gekommen. Vergl. Göſchen S. 499 mit Cropp und Albrecht. Man kann alſo, beiläufig geſagt, inſofern dieſe Stelle gegen Eichhorn anführen, welcher ſtandhaft die Anſicht vertheidigt hat, bei der Deutſchen Vindication ſei es nicht nothwendiger Theil des Klaggrundes, ſondern nur zufälliger Zuſatz geweſen, auch die Sache für Duve oder Raub zu erklären (Einl. ins D. Privatr. § 170).

Vermuthlich ging das Beſtreben der Gerichte, und zunächſt ihrer Vorſtände, der Vögte, dahin, dem häufigen Gebrauch und Misbrauch der Eide durch Erſinnung von Schwierigkeiten und durch ſtrenge Beobachtung von Förmlichkeiten Damm und Riegel

Digitized by Google

entgegenzuſetzen[1]). Da ſie ſich hier im Recht bewegten, ſo konnte ein Verbot nicht ausreichen, weshalb eben Privilegien und Diſpenſationen erforderlich wurden. Uebrigens wird man auch hier vielleicht auf das Recht der alten Sachſen zurückkommen müſſen, Alles, was vor Gericht nicht geſchehen war, eidlich abzuläugnen, Sachſenſpiegel 1, 18, 2: ein Recht, das ſich noch in unſerem Statut von 1270 geltend macht, und deſſen Kränkung durch Strenge bei Abnahme der Eide um ſo mehr nur mittelſt beſonderer Privilegien zu vermeiden war, weil die Geiſtlichen ſelbſt den Misbrauch der Eide an ſich nicht billigen konnten, und alſo das Recht der Vögte, einen beſonderen Rigorismus bei Eiden auszuüben, anerkennen mußten.

Vielleicht läßt ſich in dieſer Vare auch die Spur des uralten Strebens nach Buchſtabenjuſtiz finden, das ſich in England noch bis auf die neueſte Zeit erhalten hat. Vielleicht endlich beurkundet die Vare auch das ſchon zeitig aufkommende Bemühen, den Verbrecher im Intereſſe des Gemeinwohls nicht mit dem Eide durchſchlüpfen zu laſſen, ſondern zur Verantwortung zu bringen, nachdem ſich längſt die Idee der Geſammtbürgſchaft, die Ueberzeugung, daß der ganze Stamm die Blut- oder ſonſtige Schuld des einzelnen Mitgliedes rächen ſollte, verwiſcht hatte. In ſofern würde hier alſo dieſelbe Erſcheinung ſich wahrnehmen laſſen, welche wir ſchon früher gefunden haben in der geſetzlich bei Geldſtrafen ausgeſprochenen Pflicht, zu klagen, auf das Gerüft ſich einzufinden ꝛc.

§ 39.

Bemerkenswerth iſt im Urkundenbuche der Gebrauch des Wortes Urfehde. In der Urkunde 407 v. J. 1217, einem Vertrage des Erzbiſchofes Gerhard von Bremen mit der Stadt Bremen, heißt es: Praeterea quicquid quis deliquit contra dominum archiepiscopum G. sub servitio civitatis aut ipsa civitas, facta est securitas quae dicitur orvethe, ne aut ipse dominus — pro damnis et iniuriis illatis — aliquod gravamen — civitati debeat inducere. So ward in der

1) Daß die Vögte auf Genauigkeit bei Eidesabnahmen hingewieſen waren, läßt ſich nach unſerem Stadtr. von 1270 VII, 6. welches Ordel auch ſpäter wiederholt wird, gar nicht beſtreiten. Der Vogt ſoll den Eidespflichtigen ſtaven, die Formel buchſtäblich herſagen laſſen.

Digitized by Google

Urkunde Otto's, Grafen von Oldenburg, vom 19. März 1287 (831) über die Beilegung der Streitigkeiten Hamburgs mit einem verfeſteten Bürgermeiſter Hamburgs, Dietrich von Grove, geſagt: Insuper dicti Th. et filii eius arbitrium, orveyde vulgo dictum, sese in nullum vindicaturos haec, manifestius praestiterunt. Bei uns finde ich zuerſt Erwähnung der Urfehde im Receß von 1483 ad 47: Alle Ohrfeide Breve ſcholen bi dem Rade bliven, ſo dat ſtedes is geholden. Es mag auch bei uns urſprünglich nur ein feierliches Angelöbniß, mit dem erſt ſpäter ein Eid verbunden wurde, geweſen ſein, wegen der Strafe keine Rache nehmen zu wollen; erſt viel ſpäter kam das Verſprechen dazu, den friedloſen Boden nicht wieder zu betreten. Merkwürdig iſt es, daß im Stadtr. von 1603 die Urfehde nur in der jüngſten Bedeutung in Bezug genommen wird.

§ 40.

Daß die Inconvenienzen der Verfeſtungen ſchon damals gefühlt wurden, erſieht man aus der Urkunde 524 v. J. 1241, zwiſchen Lübeck und Hamburg, welche dahin übereinkommen: Quod quicumque in civitate Hammenburgensi pro grandi causa sive modica iusta iuris dictante sententia proscribitur, et si forte idem proscriptus civitatem Lubecensem ingrediatur et actor causae ipsum inveniat et impetat, si proscriptionem suam ipsis consulibus et burgensibus per nostras literas indicaverimus, debet esse adeo ratum ac stabile, ac si eundem maleficum testium civitatis nostrae testimonio vinceremus. Volumus etiam et decrevimus, ut burgenses de Lubeke eodem iure in civitate Hammenburgensi perfruantur. Wie wichtig dieſe gegenſeitige Zuſicherung erſchien, beweiſt die Wiederholung v. 1261 in Urk. 660. So finden wir denn auch im älteren Lübiſchen Recht (Hach IV, 90) ausdrücklich den Grundſatz, daß die Verfeſtung in der einen Stadt auch für die andere gelte. Im Allgemeinen beſchränkte ſich übrigens eine Verfeſtung, wo nicht beſondere Verabredungen Statt fanden, auf das Weichbild, wo dieſelbe geſprochen war, und es iſt wenigſtens nicht unerwähnt zu laſſen, daß von der Reichsacht, oder gar der Oberacht, deſſen z. B. die Goslarſchen Statute ausdrücklich gedenken, weder in unſeren Geſetzen noch in unſerer Criminalpraxis irgend eine Spur auszumitteln iſt. Vielmehr ſcheint aus der umſtändlichen Erörterung, was bei uns to rechte ein vorwunnen man ſein ſoll, die zuerſt 1270 VI, 6 1276 eod. vorkommt, und 1292 G, 6. 1497 E, 25 wiederholt wird, angenommen werden zu müſſen, daß bei uns in der Regel nur der Mann für verfeſtet galt, der bei uns verfeſtet war. Vgl. meinen Vortrag über Vehmgerichts-Acten § 30 Num. 10.

IV.

Die Vehmgerichts-Acten
auf unſerem Stadt-Archiv.

Vortrag in der juriſtiſchen Section
vom 10. October 1843.

Inhalt.

Prolegomena. Einleitung § 1 — 3.
Die altdeutſchen Anſichten von der Gerichts-Competenz § 4. 5.
Vehmgerichtsweſen § 6. 7.
Königliche Gewalt § 8.
Freigerichte § 9 — 12.
Rügegerichte § 13.
Abforderung § 14.
Vehmwrogen § 15.
Fehderecht § 16. 17.
Verfahren gegen Nicht-Wiſſende und gegen Wiſſende § 18. 19.
Reformationen der Vehmgerichte § 20.
Klefekers Irrthümer § 21.
Appellationen § 22.
Notariat in Hamburg § 23 — 25.
Relation aus den Acten § 26 ff.
 Die erſte Acte § 26 — 28.
 Die zweite § 29. 30.
 Die dritte § 31 — 35.
Beilagen
I. Die Acte aus dem Stadt-Archiv Cl. VII Lit. Ma. No. 1 Vol. 5.
II. Die Acte ebendaher Cl. V Lit. B 1. Fol. 40.
III. Die Acte ebendaher Cl. VII Lit. Ma. No. 1 Vol. 4.

Digitized by Google

Die Vehmgerichts=Acten
auf unſerem Hamb. Stadt=Archiv.

Vortrag in der juriſtiſchen Section vom 10. October 1843.

Prolegomena.

§ 1.

Es befinden oder befanden ſich vielmehr vor dem vorigjährigen Brande auf unſerem Stadt=Archive drei Actenconvolute, Vehmgerichtsfälle betreffend, und zwar Class. V Lit. B und Class. VII Lit. M. Sie ſind bis jetzt ungedruckt und unbenutzt. Herr Archivar Lappenberg hat die Güte gehabt, ſie mir vor zwei Jahren mitzutheilen, und mir das Zutrauen geſchenkt, mich zur Herausgabe und Bearbeitung derſelben aufzufordern. Ich habe mir deshalb ſchon vor zwei Jahren davon eine Abſchrift gemacht, die ich jetzt mir erlaube der Section vorzulegen. Allein ſie bedürfen einiger einleitender Worte, welche wohl um ſo umſtändlicher ſein können, da dadurch auch auf manche andere rechtshiſtoriſche Erſcheinungen in unſerer Vaterſtadt ein bisher unbekanntes Licht verbreitet wird. Uebrigens hoffe ich bei einem, wie ſich aus dem Verfolg ergeben wird, ſo äuſſerſt ſchwierigen Unternehmen auf Nachſicht ganz vorzüglich rechnen zu dürfen, welche ich mir deshalb mit Zuverſicht erbitte.

§. 2.

Die erwähnten Acten ſind aus den Jahren 1462, 1467 und 1472. Früher haben höchſt wahrſcheinlich mehrere dergleichen exiſtirt, allein ſelbſt ihre Spur iſt verſchwunden, bis auf eine Appellationsurkunde vom 25. Mai 1474, eine in Sachen der von Johann Hulſchede, Freigrafen des Freien Stuhls zu Brackel[1])

---

1) Dieſes iſt das Brackel bei Dortmund, wo Johann von Hulſchede von 1459 bis 1487 als Freigraf vorkommt. Vgl. Uſener S. 275.

Digitized by Google

vorgeladenen Lübecker auf deren Appellation an den Kaiſer Friedrich III. ergangene Entſcheidung des Hamburger Raths als vom Kaiſer ernannter Commiſſarien und Richter. Dieſe iſt von Berck 1815 in deſſen Geſch. der Weſtphäl. Vehmgerichte 2, 471 ff. (vgl. 2, 378) mitgetheilt. Da er nicht angiebt, wo er ſie gefunden, ſo iſt es blos eine Vermuthung, daß ſie im Bremer Stadt=Archiv ſein dürfte. Bei Vergleichung mit meinen Acten habe ich mich überzeugt, daß der Abdruck ſehr incorrect iſt; nichts deſtoweniger hat er ſich für meine Arbeit benutzen laſſen. Unſere Acten ſind übrigens wegen ihrer größeren Vollſtändigkeit und ihres höheren Alters werthvoller.

§ 3.

Die Acten von 1462 und 1472 betreffen Fälle, wo Lübecker Bürger waren vor ein Freigericht geladen worden. Die Acte von 1467 iſt auch beſonders um deswillen merkwürdig, weil es der erſte bis jetzt bekannte Fall iſt, wo die Ladung eines Freigrafen an Hamburger ergangen iſt. Bisher haben zum Theil zahlreiche Beiſpiele namhaft gemacht werden können, und ſie ſind von Berck 2, 377 ff. ſpecificirt, da, wie Berck es hiſtoriſch wohl nicht ganz richtig nennt, der Evocationsunfug der Freigrafen insbeſondre Städte heimſuchte; allein, während Beiſpiele der Art bisher von Bremen, Lübeck und ſogar Frankfurt am Main[1]), zum Theil ſelbſt zahlreich, aufgeführt wurden, ſchien Hamburg verſchont zu ſein, bis jetzt die Acte von 1467 auch einen Fall wider Hamburg ergiebt.

§ 4.

Es muß nun vor allen Dingen recht ſehr auffallen, theils daß ſich die Freigrafen überall konnten dergleichen herausnehmen,

1) Für dieſe Stadt iſt insbeſondre die ſchätzbare Schrift des dortigen Senator Uſener zu vergleichen: Die Frei= und heimlichen Gerichte Weſtphalens. Nach Urkunden aus dem Frankfurter Archiv Frankfurt am Main 1832 8. — Am Schluſſe findet ſich eine Sammlung ſchätzbarer Urkunden und ein Verzeichniß von Freiſtühlen und Freigrafen, die ich Beide benutzt habe. Frankfurt mit ſeinen Bewohnern iſt übrigens in der Zeit von 1395 bis 1535 von den Vehmgerichten in mehreren hundert Sachen behelligt worden.

Digitized by Google

theils aber vorzüglich, wie in den vorliegenden Acten durchweg im Allgemeinen die Competenz derſelben gar nicht, ſondern nur aus ſingulären Gründen und wegen beſonderer Privilegien der Städte beſtritten wird. Dies führt uns nothwendig zu einer Betrachtung zunächſt der Lehre von der Competenz im altdeutſchen Recht überhaupt.

§ 5.

Man kann es als eine bisher wenig beachtete Eigenthümlichkeit des älteren Deutſchen Rechtsverfahrens bezeichnen, daß troz des Römiſchen und Canoniſchen Rechts ſich Jahrhunderte hindurch für die Competenz der einzelnen Gerichte die Gränzlinien nicht genau gezogen finden. So hielt man es unbedenklich, zuerſt in den neueren Zuſätzen zum Statut von 1292 R, 10 vergl. 1497 A, 15 zu beſtimmen, daß, wenn einer unſerer Bürger oder deren Diener auſſerhalb des Stadtgebiets entleibt wird, ſelbſt der fremde Thäter (Gaſt) hier gerichtet werden ſoll. Man darf hier nicht etwa den modernen Gerichtſtand der Deprehenſion erkennen wollen, da dies dasjenige Gericht iſt, in deſſen Bezirk ſich der Verbrecher nach der begangenen That aufhält und deshalb dort ergriffen werden kann, nach jenen Stellen der Statute aber der hieſige Gerichtsſtand nicht einmal durch das Factum der Ergreifung begründet werden ſoll, ſo daß auch mittelſt Requiſition oder ſonſt der Thäter vor das hieſige Gericht zu ziehen war. Eine andere hierher gehörige Stelle, die ſich in allen Statuten von 1270 bis 1497 findet, nämlich Stadtr. von 1270 IX, 7 1276 IX, 8 1292 M, 6 1497 B, 15 verpflichtet einen Fremden, der ſein auſſerhalb des hieſigen Stadtgebietes belegenes Gut einem hieſigen Bürger verpfändet, dieſem hier vor Gericht Rede zu ſtehen. Es wird dabei nicht einmal angedeutet, daß der Verpfändungscontract hier geſchloſſen ſein müſſe, und etwa alſo das forum contractus hier begründet ſei. Auch läßt ſich noch aus dem ſechzehnten Jahrhundert eine große Anzahl von Criminalfällen herrechnen, wo unſere Gerichte ohne irgend einen modernen Competenzgrund für ſich geltend machen zu können, und oft ſelbſt des Widerſpruchs des Angeklagten ungeachtet ſich eine Dijudicatur erlaubten, und mithin ohne Weiteres auch erlaubt gehalten

haben. Dieſe urſprüngliche Unbegränztheit der Competenz liegt auch wohl vielleicht der Thatſache, wenigſtens theilweiſe, zum Grunde, daß ſelbſt bis in die neueſten Zeiten herab der Senat Criminalſachen aller Art in erſter und letzter Inſtanz entſchieden hat, ſogar nachdem längſt die Geſetzgebung Competenzbeſtimmungen aufgeſtellt und Criminalſachen an das Niedergericht verwieſen hatte. Es iſt ſolches um ſo merkwürdiger, da ſchon 1292 B, 5 (1497 B, 11) eine Strafe dem Vorſpraken angedroht ward, welcher eine Sache op dat hus vor den raet brachte, dhe dair boret vor richte to handelen, ohne daß dort über die Gränze Etwas beſtimmt wäre. In 1270 VII, 3 1292 E, 18 1497 H, 10 iſt zwar geſagt, über ein Schuldverhältniß, worüber vor dem Rathe ein Bekenntniß erfolgt war, dürfe nicht vor Gericht, ſondern könne nur vor dem Rath geklagt werden. Allein es läßt ſich dies nicht als eine eigentliche Competenzbeſtimmung betrachten, wie erheblich ſie auch als ſolche wäre; denn es dürfte die Vorſchrift mit den Grundſätzen der Sachſen von gerichtlichen Bekenntniſſen ꝛc. überhaupt zuſammenhängen. Vergl. Weiteres unten § 22. Noch eine merkwürdige Stelle über Competenz=Unbeſtimmtheit iſt 1270 I, 11, wo ausdrücklich geſagt wird, wenn Jemand ein Erbe in Anſpruch nehme, weil es ihm verpfändet oder verkauft ſei, ſo ſolle der Vogt ihn nicht in den Beſitz einweiſen, he ene wynne id mit Rechte, es ſei denn daß de myne Rad es für Recht erklärte. Dieſe Stelle heißt ſchon 1276 I, 12 ſo, daß dem Rath die Befugniß zuſteht, es zu beſtimmen, ob es Recht ſei, nachdem der Kläger es mit Recht gewunnen, und ebenſo 1292 E, 7, 1 und 1497 B, 4, 1, ohne daß es beſtimmt ausgeſprochen iſt, ob hier der Rath es in erſter oder in zweiter Inſtanz erkenne.[1]).

§ 6.

Dieſe laxen Anſichten von der Gerichts=Competenz würden aber nicht ausreichen, und ſchon an ſich unerklärlich ſein, wenn man nicht aus der Deutſchen Rechtsgeſchichte noch einige andere

1) Ueber die laxen Competenzbegriffe bei den Freiſtühlen ſ. Uſener S. 35 ff.

Digitized by Google

Umſtände hinzunähme, wodurch denn zugleich ebenſowohl das frühere Anſehen der Vehmgerichte als das allmälige gänzliche Zuſammenſinken ihrer Bedeutſamkeit begreiflich wird. Ich darf mich hier wohl im Weſentlichen an die bekannte geiſtreiche und gelehrte Erörterung Eichhorn's über Vehmgerichte 3, 179 — 236 anſchließen, und hebe nur Dasjenige heraus, was mir zur Erläuterung der hieſigen Vehmgerichtsfälle nothwendig, oder ſonſt für unſere ſtädtiſche Rechtsgeſchichte von beſonderem Intereſſe zu ſein ſcheint. Warum ich, beiläufig bemerkt, mit ihm Vehmgerichte ſchreibe, mag man bei ihm a. a. O. S. 202 umſtändlich erſehen. Nach Grimm bedeutet Veme (ſo wird es meiſt in Urkunden geſchrieben) Strafe, die neuere Orthographie ſetzt hier, wie bei nemen ꝛc. ein h zwiſchen, um den kurzen Vocoal zu dehnen[1]).

§ 7.

Man muß hier etwas weit ausholen. Die erſten Germaniſchen Könige betrachteten ſich als Nachfolger der Römiſchen Kaiſer (Eichhorn 1, 170) nicht blos in Beziehung zu den Provinzialen in denjenigen Theilen Deutſchlands, die zum Römerreiche gehört hatten, ſondern auch in dem erſt ſpäter eroberten und dann mit dem Chriſtenthum verſehenen Gegenden. Daher hat ſich u. A. der Ausdruck kaiſerliches Recht für Römiſches Recht ſelbſt noch im neuſten Statut bei uns erhalten. (Epil. Stat. d. 1605). Dieſen Königen ſtand nun auſſer dem Recht der Geſetzgebung, der Militärgewalt und der Befugniß, Auflagen zu erheben, insbeſondere auch die richterliche Gewalt in Civil= und Criminalſachen zu, mit dem Banne (Eichhorn 1, 210 Anm. v) d. h. der Executionsbefugniß, namentlich mit dem Blutbanne (Eichhorn 1, 829) d. h. dem Recht, Lebensſtrafen zu vollziehen. Man betrachtete dieſe Rechte als Attributionen der königlichen Gewalt, und da alle Hoheitsrechte, von denen man urſprünglich die vorgenannten hervorgehoben findet, vom Könige oder Kaiſer abgeleitet wurden, ſo erklärt es ſich, daß, wenn im Verlauf der Zeit zum Beſten der Gemeinheit oder des Staats Inſtitutionen nothwendig wurden,

---

1) Vgl. auch Uſener S. 6 ff.

Digitized by Google

welche früher nicht vorgekommen waren, man ſie ebenfalls als Ausflüſſe der königlichen Gewalt bezeichnete und betrachtete, ſo wie zugleich auch als entſchiedenen Gegenſatz gegen die Attributionen der von unſeren Vorfahren immer mit neidiſchem Auge angeſehenen geiſtlichen Gewalt. Dieſe juriſtiſche Fiction hat ſich namentlich bei uns lange erhalten, wiewohl ſie überflüſſig wurde, als ſpäter durch Juriſten die dem Deutſchen Volk fremde Anſicht aufkam, daß dem Landesherrn oder, wie bei uns, der ſtädtiſchen Obrigkeit, als in ihrem Gebiete dem Princeps im Sinne des R. R., im Zweifel alle Hoheitsrechte zuſtänden. Hiermit war es übrigens im Widerſpruch, wiewohl ganz im Geiſte des alten Volksrechts, das ſich hier fortdauernd geltend machte, wenn es noch in ſpäteren Reichsgeſetzen ausgeſprochen war, daß ſpecielle Hoheitsrechte nur durch Verleihung vom Kaiſer erworben werden könnten (Eichhorn 3, 177).

§ 8.

Ich kann nicht umhin, hier beiläufig (weil ich grade deshalb von denkenden hieſigen Juriſten befragt bin) für Hamburg eine Befugniß dieſer Art hervorzuheben. Im Niedergerichtlichen Ordelbuche von 1589 findet ſich durchweg als königliche Gewalt das Recht bezeichnet, Verbrechen auch da von Amtswegen zu verfolgen, wo kein Privatankläger vorhanden oder zu finden war. Urſprünglich hatte unſere ſtädtiſche Obrigkeit dies Recht nicht gehabt noch geltend gemacht. Es war unter den Rechten nicht, welche ſpeciell dem Könige zugeſchrieben waren, und deren Verleihung daher etwa, wie Zollrecht, Münzregal ꝛc. beſonders nachzuſuchen geweſen wäre, um geltend gemacht und anerkannt werden zu können. Die Verfolgung des Verbrechens war Sache des betheiligten Privatmannes. Von der Geſammtbürgſchaft, dieſer durchweg alt Germaniſchen Anſicht (vgl. Eichhorn 1, 90 ff.), wonach der ganze Stamm für das von einem Einzelnen begangene Verbrechen zu haften hatte, finden ſich bei uns 1270 nur noch einzelne Spuren. Dahin gehört die ſich auch in andern Deutſchen Rechten (vgl. Cropp Crim. Beitr. 2, 2, 371 ff.) findende Vorſchrift IX, 24, daß die Nachbaren, welche z. B. nach der früheren Verfaſſung der Weſtgothen unter gewiſſen Bedingungen neben den Verwandten hafteten, auf erhobenes Gerüfte

ſich einzufinden hatten: eine Vorſchrift, deren Sinn ſchon 1270 bei uns ſo ſehr vergeſſen war, daß eine Geldſtrafe auf ihre Nichtbefolgung angedroht werden mußte, ſo wie zufolge IX, 3 in hohen Sachen über 3 Pfund (Cod. Reinstorp. hat 12 ß) ein Zwang zur Klage eintrat, zum beſten Beweiſe, wie fremd und fern unſeren Vorfahren das alte Deutſche Recht der Geſammtbürgſchaft der ganzen Stadt für das begangene Verbrechen ſchon 1270 ſtand. Im Verlauf der Zeit mag man das Ungenügende ſolcher geſetzlicher Vorſchriften noch mehr erkannt haben, und damit nicht Verbrechen ungeſtraft blieben, ſchritt die Obrigkeit zuerſt unter dem Namen der königlichen Gewalt mit ihrer Thätigkeit bei der gerichtlichen Verfolgung der Verbrecher ein [1]).

§ 9.

Die (§ 7) erwähnte Gerichtsbarkeit haben die Könige aber ſelten perſönlich und unmittelbar ausgeübt, ſondern von jeher meiſt nur durch beſondere Beamte, welche in den Volksrechten Grafen heißen, (Eichhorn 1, 208 ff.), und in ſofern ſie über Freie richteten, ſpäterhin Freigrafen genannt wurden. Eichhorn (1, 692) hält es für möglich, daß dieſe ſpäteren (ſ. § 10) ſogenannten Freigrafen ſchon zu der Carolingiſchen Zeit den Grafen, der ſie an den einzelnen Malſtäten ſeiner Grafſchaft delegirte, vielleicht weil er das Beiſpiel des Königs nachahmte und ſich direct nicht mit der Gerichtspflege befaſſen mochte, mit ſeiner ganzen Amtsgewalt vertreten haben, und ſomit wäre die ſpätere Weſtphäliſche Gerichtsverfaſſung Carolingiſchen Urſprungs, wie denn die Freigerichte von Carl dem Großen ihre Gewalt ableiten, und dies ſelbſt in den Reichsgeſetzen des 15. Jahrhunderts anerkannt wird (§ 20. § 35). Dieſe Freigrafen waren alſo eigentlich nichts mehr als was bei uns die Vögte, uneigentlich advocati genannt [2]).

---

1) Ebenſo dürfte es ſich wohl erklären, die Landſtraßen, nachdem deren Wichtigkeit allmälig allgemein ins Leben und Bewußtſein trat, als unmittelbar der königlichen Gewalt untergeordnet zu betrachten, und als königlich zu bezeichnen.

2) Die Bezeichnung advocatus für den Stellvertreter mit voller gräflicher Amtsgewalt iſt urſprünglich eine ungewöhnliche Benen-

Digitized by Google

§. 10.

Die Weſtphäliſchen Frei= oder Vehmgerichte waren ſomit kaiſerliche Landgerichte, die als Ueberreſte der urſprünglichen Reichsvogteien ſich behauptet hatten, und die in den Zuſtand gewöhnlicher Territorialgerichte zurückzuführen die Landesherren entweder nicht geſorgt oder auch nicht vermocht hatten. Man muß dabei wiſſen, daß in Weſtphalen aus der Gauverfaſſung, d. h. aus der Eintheilung des Landes in Gauen, und dieſer wiederum in kleinere Diſtricte, Freigrafſchaften und Gograf=ſchaften hervorgegangen waren, von denen nur jene vermöge des ihnen vom Kaiſer verliehenen Blutbannes richten konnten, dieſe aber zwar unter den Landesherren ſtanden, allein ſpäter allmälig alle Sachen, am ſpäteſten die eigentlichen ſ. g. Vehm=wrogen (§ 15) an ſich riſſen. Urſprünglich waren auch oft Freigrafſchaft und Gografſchaft mit einander verbunden, wenn der Landesherr, dem die Grafſchaft zuſtand, Beides dem Richter, Dinggrafen (ſeinem Stellvertreter) überließ. Dieſe Richter hießen ſeit dem 12. Jahrhundert Freigrafen, iudices liberorum. Der Landesherr, der das Gericht ſelbſt durch Belehnung empfangen hatte, hieß Stuhlherr. Alle Gerichtſtäten, wo der Graf oder deſſen Unterbeamte in der Carolingiſchen Zeit Gericht hielten, hießen Freiſtühle, sedes liberae, comitiae liberae (comitia wird als Femininum gebraucht). Aus meinem Vortrage über Band 1 des Lappenbergiſchen Urkundenbuchs § 16 iſt übrigens hier zu bemerken, daß in unſeren Urkunden 1211 (Num. 384) der Ausdruck placitum legitimum, quod dicitur frigethinc, und 1285 (Num. 818) ein vemeding vorkommt, welches Graf Gerhard auf der Stör geſeſſen habe.

§ 11.

Schon am Ende des 8. Jahrhunderts findet es ſich aber, daß die Landesherren ſich das Recht beilegten, vermöge ihrer

nung. Im neunten Jahrhundert hießen ſo in der Regel nur die Beamten des Prälaten (Eichhorn 1, 693, Anmerk. k). Bei uns kommt der Ausdruck in den älteſten in Lateiniſcher Sprache geſchriebenen Urkunden vor, in den Deutſchen regelmäßig Vogt.

Digitized by Google

Stuhlherrſchaft auch den von *ihnen* beſtellten Gografen den Blutbann *ohne kaiſerliche Belehnung* zu übertragen. Es können alſo bald nur einzelne Freigerichte übriggeblieben ſein. Warum ſich indeſſen dieſe fortwährend erhielten, das ſucht *Eichhorn* aus der beſonderen Stellung der *Freien* zum Landesherrn zu erklären, als derjenigen Perſonen, über deren Eigen und Leib der Freigraf richtete. In Weſtphalen muß ſich die Landeshoheit erſt ſpäter ausgebildet, und daher auch erſt ſpäter denſelben dieſe Freien ſich unterworfen haben. Das Aufſichtsrecht, welches der Kurfürſt von Köln als Herzog von Weſtphalen ſpäterhin über dieſe Freiſtühle zu haben behauptete, wobei er keinen Widerſtand fand, erklärt ſich aus der urſprünglichen Herzogsgewalt, der dies Aufſichtsrecht zukam. Auch ertheilte ihm König Wenceslaus 1382 (ſ. die Urkunde bei *Eichhorn* 3, 201) allgemeine Vollmacht, den Freigrafen den Königsbann zu verleihen, quatenus — Comites liberos, dictos Frygrauen, — auctoritate regia recipias et admittas, infeudes, et investias omni iure, privilegiis et solennitatibus, quibus per nostram regiam maiestatem hoc fuerit faciendum ꝛc.

§ 12.

Daß dieſe Freigrafengerichte *verbotene* Gerichte (iudicia vetita) genannt wurden, will *Eichhorn* (3, 200 Anm. n) daraus erklären, daß ſie kein echtes Ding (placitum legitimum), wozu ſich alle zum Gerichtſprengel gehörigen Freien von ſelbſt einzufinden hatten, ſondern blos *gebotene* Gerichte (Botding) waren, zu denen der Angeklagte beſonders geladen werden mußte, und auſſer den Urtheilsfindern Niemand als die Partheien mit ihren Zeugen oder Eideshelfern erſchienen (*Eichhorn* 1, 435). Allein ſollte wirklich *verboten* mit *geboten* identiſch ſein? *Uſener* meint den Ausdruck daraus zu erklären, daß den Dingpflichtigen verboten worden, im Stillgericht zu erſcheinen, und ferner, daß die Landesherren ihren Unterthanen zu der Zeit, wo der Name am häufigſten vorkomme, verboten, vor ſolchen Gerichten Recht zu nehmen. Auch will *Eichhorn* (3, 199) den Ausdruck *verbotene* Gerichte mit *Still*gerichten, *heimlichen* Gerichten, iudicia secreta, privata, der, wie jener, gewiß und ſpäteſtens im Anfange des vierzehnten Jahrhunderts urkundlich vorkommt, und in den Reichsgeſetzen

Digitized by Google

denſelben unbedenklich beigelegt wird, gleichſtellen, und nimmt an, daß ſie ſo um deswillen genannt worden, weil ihnen die heimliche Acht anvertrauet war, d. h. (vgl. E. 3, 204) weil nur den Schöffen deſſelben das Geheimniß der Einrichtung dieſes Gerichts und ſeines Verfahrens bekannt gemacht wurde (ſie hießen daher Wiſſende, sciti, Vehmgenoſſen, vemenoti), ſie die Geheimhaltung dieſer Kenntniß eidlich angeloben mußten, und ſich an einer geheimen Loſung erkannten. Wenn aber dies der Sinn der fraglichen Bezeichnungen geweſen iſt, ſo bleibt es noch immer unerklärt, wie ſelbſt in den Reichsgeſetzen des 15. Jahrhunderts den Gerichten dieſe Namen unbeſtritten beigelegt, mithin dieſe Art von Heimlichkeit als etwas völlig Geſetzliches angeſehen worden ſein kann. Eichhorn (3, 220 ff.) giebt hierüber den Aufſchluß: Karl der Große, dem die Freigerichte die Einführung dieſer heimlichen Acht beigeſchrieben hätten (§ 9), habe urſprünglich nur die Rüge der in den Sächſiſchen Geſetzen ſo hoch verpönten Religionsverbrechen in dem Eide der Vehmſchöffen, und zwar darum die Heimlichkeit angeordnet, weil ſonſt bei den geheimen Anhängern des Heidenthums ſolche Verbrechen leicht ſtraflos geblieben wären. Im Verlauf der Zeit habe der Begriff der Vehmwrogen (§ 15) ſich erweitert, nachdem das Heidenthum verſchwunden war, und es ſei dennoch die alte Form für alle todeswürdige Verbrechen beibehalten. Allein, wie ſcharfſinnig auch dieſe Hypotheſe iſt, ſo erklärt ſie doch Manches, und namentlich nicht, wie ſelbſt die Reichsgeſetze dieſe Amplificationen von Exceptional-Einrichtungen ſtillſchweigend als rechtmäßig und unbezweifelbar haben anerkennen, und direct auf Karl den Großen zurückführen können. Dies wird wohl ewig unentſchieden und bloßes Spiel der Conjectur bleiben. Vielleicht haben aber die Reichsgeſetze unter dem Ausdruck heimliche Gerichte nur eben ſolche verſtanden, welche nicht öffentlich, d. h. wozu nur Schöffen, Partheien und Zeugen ſich einzuſtellen hatten. Dann würden ſie mit dem Ausdruck an ſich nichts Beſonderes ſanctionirt haben (Vergl. ferner § 16. 17). Uſener (S. 5) meint, der Ausdruck habe daher gerührt, weil ihre Geſetze geheim gehalten wurden, und die Todesurtheile dem Verurtheilten geheim zu bleiben pflegten. Aber man wird bekennen müſſen, daß auch

Digitized by Google

dieſe Hypotheſe der Einwurf trifft, welchen ich der Eichhorn-ſchen entgegenſetzen zu müſſen meine.

§ 13.

Uebrigens iſt hier von der (§ 12) erwähnten Rügepflicht der Schöffen Einiges im Vorbeigehen für Hamburg zu ſagen. Es iſt bemerkenswerth, daß ſich von dieſer Germaniſchen Einrichtung, welche ſich auch im Sachſenſpiegel findet, vielleicht Karolingiſchen Urſprungs iſt, und ſich in einigen Gegenden Deutſchlands ſogar in beſondere Rügegerichte erweitert hat [1]), in Hamburg in der früheſten Zeit nicht die entfernteſte Spur nachweiſen läßt [2]). Wenn nach dem Sachſenſpiegel bei dem gewöhnlichen Criminalverfahren im echten Dinge Schultheiß oder Bauermeiſter, und ſonſt die Umſtänder alles Ungericht, was an Leib oder Hand ging, zu rügen hatten (Sachſenſp. 1, 2), wenn nur anderer Schaden verſchwiegen werden durfte (Sachſenſp. 1, 62), und nur für ihn der Grundſatz galt, wo kein Kläger, kein Richter: ſo hatte man in Hamburg 1270 keine andere hierher zu beziehende Vorſchrift, als die IX, 3, wiederholt 1276 IX, 4 und 1292 M, 3, aber ſchon 1497 fehlend, daß nur, wenn dem Vogt oder Rathe eine Sache gekündigt oder geklagt iſt, ſie zur Klage in Sachen über 3 Pfund zwingen können (§ 8), alſo ſonſt gar nicht einmal dazu die Macht haben. Man kann dieſen Widerwillen gegen Denunciationen bis in die neuſte Zeit von Periode zu Periode bei uns verfolgen, und er erklärt ſich auch wohl aus dem Umſtande, daß das Inſtitut der Denunciationen, welches übrigens ſeiner Entſtehung nach von jener Rügepflicht unterſchieden werden muß, von den geiſtlichen Synodalgerichten (bei uns Send genannt) herſtammt, und den Widerwillen unſerer Vorfahren gegen dieſe theilte.

---

1) Vgl. Biener Beitr. zur Geſch. des Inquiſitionsproc. S. 134 ff. Eichhorn 2, 756. 3, 210.

2) Selbſt unſer Straßenrecht, vgl. Klef. Samml. Hamb. Geſ. 5, 559 ff. mit S. 279 und 571 ff., enthält zwar das allgemeine Verbot von Unluſt und Unzucht, aber nichts von des Vogts Rügepflicht. Die erſte Spur des Inquiſitionsprincips bei uns iſt in der Befugniß der Prätoren anzutreffen, der das neuſte Statut gedenkt. Vgl. darüber meinen Vortrag vom 17. December 1844.

Digitized by Google

§ 14.

Durch die Reichsgeſetze ward aber den Vehmgerichten nur das Recht eingeräumt, alsdann Jemanden vor ihr Gericht zu ziehen, wenn der Kläger vor dem ordentlichen Gerichte des Beklagten kein Recht erlangen konnte. Es war daher das ordentliche Gericht befugt, ſelbſt bei Vehmgerichten bereits anhängige Sachen abzufordern, wovon in den vorliegenden Acten Beiſpiele vorkommen[1]).

§. 15.

Was vor die Vehmgerichte gehörte, hieß Vehmwrogen. Zu dieſen gehörten nur todeswürdige Verbrechen (Vgl. Eichhorn 3, 204. 212). Es werden Ketzerei, Kirchen- und Straßenraub, Verrath, Diebſtahl und Diebshehlerei, Beraubung von Kindbetterinnen, Nothzucht, Meineid, Mord, Mordbrand, Fälſchung, Beſtehlung der Todten und Sterbenden ꝛc. beſonders namhaft gemacht. Späteren Urſprungs iſt ein Zuſatz, der in einem Arensberger Weisthum ſo lautet: Alle die, die ſich zu Eren vnd recht nit verantworten wöllen, vnd der man nit fürbringen kann. Allein dieſe Ausdehnung, die von Freigrafen ſogar auf bürgerliche Rechtſtreitigkeiten erweitert wurde, hat niemals eine geſetzliche Anerkennung gefunden.

§ 16.

Vielleicht führt aber dieſe Beſchränkung der Vehmgerichtlichen Competenz auf eine Erklärung, warum man ihr heimliches Einſchreiten geſtattete. Es war urſprünglich nach Deutſchem Rechte die Selbſthülfe, Privatrache, (Fehde faida) gegen den Befehdeten (faidosus) wegen Raubes, Mordes oder eines andern wirklichen Friedensbruches, wohin maiores causae gehörten (iudicium maius heißt es in unſern Urkunden, vgl. meinen Vortrag über Lappenbergs Urkundenbuch § 30; ganz genau iſt der Begriff nicht zu be-

1) Vgl. Uſener S. 41 ff. Er theilt auch ein Abforderungsſchreiben des Frankfurter Raths vom 11. Auguſt 1484 S. 167 mit.

Digitized by Google

ſtimmen, vgl. Eichhorn 1, 430) rechtmäßig[1]). Allein man mag frühzeitig Alles aufgeboten haben, das Princip zu entkräften, und dazu gab das Einſchreiten der heimlichen Gerichte Veranlaſſung, weil der Betheiligte hier Hülfe fand, die ihm etwa mehr zuſagen mochte, als das Verfahren vor ordentlichen Gerichten, und andrerſeits es doch immer ein gerichtliches Verfahren war, alſo beſſer, wie die Fehde.

§ 17.

Dies Fehderecht giebt vielleicht noch über eine andere Eigenthümlichkeit des Deutſchen Rechts Aufſchluß. Als die größte Abweichung des altdeutſchen Rechtsverfahrens von dem unſrigen wird es bezeichnet, daß es erſt dann auf den Beweis der Klage ankam, wenn der Beklagte ſie nicht durch den Beweis ſeiner Unſchuld ablehnte (E. 1, 446 Anm. a a). Aber es wird nicht geſagt, warum unſere Vorfahren dieſe Form gewählt, und im Mittelalter beibehalten haben, wie dies namentlich bei der Lehre von der Deutſchen Mobilien=Vindication zu wiſſen nöthig iſt. Vielleicht liegen die Gründe darin, daß man dem Kläger die nicht gerichtliche Verfolgung ſeines Rechts bemüht ſein mußte zu erleichtern, um ſein Fehderecht, ſeine Eigenmacht zu verhüten. Nebenher mag auch der Grundſatz von der Gleichheit der freien Partheien darauf eingewirkt haben, daß der Beklagte eben ſo gut zu beweiſen hatte, als der Kläger. Daß die Vertheidigung des Erſteren auf den Angriff des Letzteren erſt erledigt ſein mußte, ehe der Kläger dieſen weiter begründete, dafür ſpricht eine gewiſſe Conſequenz bei dem Princip thunlicher Erleichterung des Angriffs. Daß dieſe Methode des Proceſſes dem natürlichen Rechtsgefühl unſerer Landsleute ſelbſt noch in unſerer gegenwärtigen Zeit nicht ſo befremdlich iſt, wie man es erwarten

[1]) Selbſt in Hamburg, wo man dies Princip für die Stadt nie anerkannt hat, wagte man es für Nichtbürger 1270 noch nicht zu verwerfen, vgl. 1270 XII, 1 (Hach altes Lüb. R. III, 393) 1276 eod. Doch findet es ſich in dem Stadtr. von 1292 P, 1 bereits durchſtrichen, ſo daß man es gewiß vor 1497 als abgeſchafft annehmen darf.

Digitized by Google

ſollte, nachdem der Römiſche Proceß ſich ſchon ſo lange in den Gerichten behauptet hat, davon kann man in der Praxis täglich Erfahrung machen.

§ 18.

Das öffentliche gewöhnliche Gericht (offenbar Freigericht) war mit dem heimlichen in der Art verbunden, daß nicht Wiſſende allemal erſt auf gehörige Anklage vor dem heimlichen Gericht (wozu die Wiſſenden als Schöffen vermöge der alten Rügepflicht (§ 13) gehalten waren), — vor das öffentliche Freigericht und zwar in einem einzigen Termin von 6 Wochen und 3 Tagen vorgeladen werden mußten, wo denn auf gewöhnliche Weiſe verfahren wurde. Verantwortete der Geladene aber ſich dort nicht, oder wurde die Sache nicht von ſeinem ordentlichen Gericht abgefordert, wozu mindeſtens zwei Freiſchöffen de se ibi sistendo caviren mußten[1]), oder vermochte er ſich der Klage nicht zu entledigen: ſo konnte er auf erfolgten Beweis der Klage durch Eid des Klägers mit 6 Eideshelfern, die aber alle Freiſchöffen ſein mußten, in die heimliche Acht verurtheilt (vervehmt, verführt) werden. Dies Verfahren unterſchied ſich alſo von dem gewöhnlichen hauptſächlich nur darin, daß dieſer Beweis genügte ohne handhafte That, und ohne den Beklagten (der übrigens entweder vor dem offenen Gericht ſchon gehört oder ungehorſam war) zu hören. Der Beklagte konnte ſich aus der Vervehmung herausziehen, wie aus der gewöhnlichen Acht, mithin entweder wenn er ungefangen vor dem offenen Gericht erſchien, oder gehörig von ſeinem ordentlichen Gericht abgefordert wurde. Geſchah dies nicht, ſo ward das Urtheil durch die Freiſchöffen ſelbſt vollzogen[2]). Die Vervehmung wirkte alſo weiter als die gewöhnliche Acht, wenn man annimmt, daß dieſe nur berechtigte, ſich des Verbrechers zu bemächtigen und ihn gefangen vor Gericht zu bringen, und ihn rechtlos machte. Durch die Vervehmung wurde er, wie man es auch von unſerer Verfeſtung behauptet hat, ein überwieſener und verurtheilter Verbrecher.

---

1) Vgl. Uſener S. 41.
2) Cropp Beitr. 2, 2, 367. 68.

Digitized by Google

§ 19.

Gegen Wiſſende wurde gleich vom Anfang vor dem heimlichen Gerichte verfahren; ſie konnten aber erſt nach dreimaliger Ladung in Terminen von mindeſtens 6 Wochen 3 Tagen vervehmt werden, und, erſchienen ſie, durch ihren Eid ihre Unſchuld darthun. Dieſen Eid konnte der Ankläger durch einen Eid ſelbſt Dritte widerlegen, der Angeklagte ſich aber dagegen wiederum mit 6 Eideshelfern, und wenn dagegen 14 Eideshelfer auftraten, mit 21 vertheidigen. Dies war das höchſte Gezeugniß, und bewirkte ſofortige Freiſprechung.

Trafen übrigens 3 oder 4 Vehmſchöffen Jemanden bei einer Vehmwroge auf handhafter That, ſo konnten ſie ihn am Ort ſofort richten, und nur, wenn er entkam, trat das gewöhnliche Verfahren ein. Doch iſt in den Vehmgerichts=Ordnungen von einem inquiſitoriſchen Verfahren, wo etwa das Gericht ſelbſt und nicht der Ankläger die Beweiſe zuſammengeſucht hätte, keine Spur (Eichhorn 3, 211). Endlich waren von der Gerichtsbarkeit der heimlichen Gerichte alle Geiſtlichen, Reichsunmittelbare und wohl auch Juden und Weiber eximirt (§ 31).

§ 20.

Dies ſind im Allgemeinen die Grundzüge, welche die Einrichtung der heimlichen Gerichte im funfzehnten Jahrhundert charakteriſiren. Eichhorn (3, 217 ff.) weiſt nach, was bereits oben (§ 9 und 12) in einzelnen Umſtänden angedeutet iſt, es ſei am natürlichſten anzunehmen, daß dieſe Einrichtung nach und nach aus älteren, etwa ſchon von Karl dem Großen herſtammenden Formen entſtanden iſt. Aber durch den Anſpruch, den die Weſtphäliſchen Freigerichte als kaiſerliche Gerichte auf eine Jurisdiction in ganz Deutſchland machten, und durch die vielfältigen Klagen über ihre Misbräuche ſahen ſich die Deutſchen Könige, welche übrigens wohl nicht ungern ihre eigene Gewalt als in ſolchen Gerichten vertreten annehmen mochten, ſeit dem Anfang des 15. Jahrhunderts auf ihre Reform zu denken gezwungen, und ſo erhielten ſie ſeitdem (1408) geſchriebene Rechtsbücher, die ſich unter dem Namen von Reformationen bis auf unſere Zeit erhalten haben. Die Vehmgerichts=Ordnung von 1408 iſt davon das älteſte, und

Digitized by Google

ein Weisthum, das einige Freigrafen dem König Ruprecht in Heidelberg gaben. Danach ward auf Befehl[1]) des Kaiſers Sigismund unter dem Vorſitz des Erzbiſchofs Dietrich von Köln ein Kapitel der Freigrafen zu Arensberg 1437 abgehalten, welches am 27. April eine Reformation für die Freigerichte beſchloß,[2]) die, wie wir aus unſeren eigenen Acten (§ 34. 35) erſehen, ſpäter in der Reformation des Kaiſers Friedrich III. von 1442 beſtätigt wurde, ohne daß der Kaiſer etwas Neues ordnete[3]). Vorher hatten 1438 die Reichsſtände die Ausdehnung des heimlichen Verfahrens auf nicht in Weſtphalen Anſäſſige, oder auf andere Gegenſtände als Verbrechen verworfen, und Einſtellung des Verfahrens bei Abberufung des Angeklagten durch ſeine ordentliche Obrigkeit auch ohne Verbürgung verlangt, wiewohl wir aus unſeren Acten (§ 26) uns von der Erfolgloſigkeit dieſer Reichsſtändiſchen Remonſtrationen überzeugen werden. Wer ſich vielmehr nicht durch ſein Privilegium de non evocando geſchützt hielt, ließ ſich vom Kaiſer von den Freigerichten ſpeciell eximiren, und auch Hamburg und Lübeck berufen ſich (§ 33) ſpeciell auf ſolche Privilegien, welches die Privilegia der Kaiſer de gemeinen Stede bedrapende von 1442 ſein werden, auf die Herr Reddermeyer mich die Güte gehabt hat aufmerkſam zu machen, und wovon das Weitere ſich in einem geſchriebenen Folianten der Stadtbibliothek hierſelbſt findet, unter dem Titel: Liber extractuum Mstorum verſchiedener Documentorum.

Uebrigens nahm auf ſolche Weiſe die Zahl der Wiſſenden auſſerhalb Weſtphalens von ſelbſt ab, wiewohl hier und da der Vorſicht wegen im Rath der Landesherren oder im Stadtmagiſtrat ſich Perſonen zu Freiſchöffen aufnehmen ließen, um in vorkommenden Fällen das Abberufen der Sachen oder die eigene Vertheidigung zu erleichtern. Ich finde jedoch keine Spur davon, daß Hamb. Rathmänner Wiſſende geweſen wären.

---

1) Nicht blos, wie Eichhorn 3, 231 darſtellt, auf Veranlaſſung. Vgl. auch Uſener S. 14.

2) Vgl. das Weitere bei Uſener S. 14 ff.

3) Ueber die Reformation von 1442 vgl. Uſener S. 17 ff.

Digitized by Google

§ 21.

Es iſt nach dieſen wenigen Zügen beiläufig klar, daß was Klefeker Samml. Hamb. Geſ. 5, 265 ff. Anm. über die Vehmgerichte aus Thomaſius beibringt, meiſt unrichtig iſt. Insbeſondere in folgenden Punkten:

1. als ob dieſe Gerichte den bis ins 14. Jahrhundert üblichen peinlichen Proceß, wie er im Sachſenſpiegel vorgeſchrieben, und durch eine päpſtliche Bulle Gregors verdammt worden, mit Gerüſte, Beſiebenung und Gottesurtheilen (ſogenannten probationes vulgares) abgeſchafft hätten;

2. als ob bei denſelben eine Vermiſchung des Anklage= und Unterſuchungs=Proceſſes Statt gefunden;

3. als ob die Gerichte mehr willkürlich, als nach Vorſchriften der Gerechtigkeit gehandhabt;

4. als ob ihre Misbräuche Karl V. zu der jetzigen Peinl. H. G. O. bewogen, und

5. als ob ſie dadurch aufgehoben worden. In letzterer Beziehung bemerke ich hier nur noch, daß mit Ausbildung der Landeshoheit (vergl. § 7 und 11) unfehlbar die Vehmgerichte ohne irgend ein legislatives Einſchreiten zu bloßen Dorfgerichten herabſinken mußten. 1811 ſoll das letzte Freigericht am alten Malplatze bei Gehmen im Münſterſchen (vgl. über die dortige Freigrafſchaft Berck 1, 216) gehegt, und der letzte Freigraf vor einigen Jahren verſtorben ſein. S. den Artikel Fehme und Fehmgericht in Rotteck und Welckers Staatslexikon, und Uſener S. 5, welcher 1832 behauptete, es lebten dort noch Freiſchöffen im tiefverſchwiegenen Beſitz der Gerichtsheimlichkeit.

§ 22.

Noch iſt zur Erläuterung unſerer Acten über zwei Gegenſtände Einiges zu bemerken. Zuerſt von Appellationen.

Schon in unſerm Statut von 1270 finden ſich mit einigen Modificationen die altgermaniſchen Grundſätze. So war,

1. wenn ein Urtheil gefunden, und nicht auf der Stelle widerſprochen wurde, das Urtheil unumſtößlich. Unſer Statut von 1270 IV, 5 1276 eod. 1292 F, 5 1497 A, 18 ſpricht dies

Digitized by Google

beſtimmt aus. Es war alſo nicht erforderlich, daß die Anweſenden es ausdrücklich vollborteken. Schon ihr Stillſchweigen genügte. Dies Princip ſofortiger Appellation hat ſich übrigens in gerichtlichen Criminalſachen bei uns bis auf den heutigen Tag erhalten, wie ſich denn überhaupt in unſerem Criminalproceß auch ſonſt altdeutſches Rechtsverfahren nachweiſen läßt.

2. Eine alte vor das Jahr 1270 zu ſetzende Willkühr zwiſchen dem Rath und den Wittigſten ſetzte dabei feſt, daß, wenn Jemand ein Urtheil ſchelten wollte, dies nicht anders als in dit Bock geſchehen konnte, und derſelbe Grundſatz ward ſogar auf die älteſte Ordelſammlung von 1270, welche unſer älteſtes Statut ausmacht, und als eine Sammlung von Gemeinen Beſcheiden zu betrachten iſt, angewandt, vgl. 1270 I in. 1276 eod. 1292 A, 9 1497 A, 19.

3. Eine andere Form oder Rechtsmittel gegen eine Gerichtliche Findung als dies Schelten kannte man nicht. Man nannte ſo den Widerſpruch gegen ein Urtheil, ſo daß Schelten die allein erlaubte Form des Widerſpruchs war, vgl. 1270 VI, 10, 1. 1276 eod. 1292 G, 9 1497 A, 20. Dieſer Widerſpruch ſtand Jedermann frei, nicht blos den Partheien, oder einem der Dingleute, ſondern Jedem aus dem Umſtande. (Eichhorn 2, 764) vgl. auch 1292 G, 9. 1497 B, 6. Er durfte beſchelden dat ordeil oppe dat hus vor den raet vgl. 1270 VI, 11. 1276 VI, 19. 1292 G, 10. 1497 A, 22. Allein man betrachtete urſprünglich den Rath nicht als eine zweite Inſtanz, ſondern nur als andere Urtheilsfinder. Der Inſtanzenzug hat ſich erſt ſpäter ausgebildet, vermuthlich nachdem die Würde des gräflichen Vogts bei uns ſchon zu einem Schatten herabgeſunken war [1]). Ebenſo wenig war damals der Begriff einer mit Devolutiv-Wirkung verbundenen Berufung entwickelt (vgl. Eichhorn 1, 455). Uebrigens iſt in dem von Magdeburg

---

1) Hiernach erleidet alſo die Darſtellung des Herrn Dr. Weſtphalen Hamb. Vf. u. Vw. 1, 264, als ob der Rath in allen Sachen, wo das N. G. erkannt, ſchon 1270 das Gericht zweiter und dritter Inſtanz gebildet habe, erhebliche Modificationen.

Digitized by Google

an Görlitz 1304 mitgetheilten Recht Art. 86 die Art des Scheltens näher beſchrieben, und es wird dort ausdrücklich geſagt, daß man das Urtheil unter Königsbann ſitzend finde, aber ſtehend ſchelte. Beiläufig bemerkt, kann ich der Anſicht Lappenbergs nicht beipflichten, der in ſeinen Anm. zum Billw. Landr. S. 18 Anm. 4 in 1270 XIII, 5 und ſonſt die Vorſchrift findet, daß der öffentliche Tadel eines Urtheils unerlaubt geweſen ſei, wenn man es nicht beſcholten und die Succumbenzgelder entrichtet habe. Wenigſtens redet 1270 XIII, 5 nur von den Bedingungen des Scheltens als des einzig bekannten und erlaubten Rechtsmittels gegen ein Urtheil. Ein öffentlicher Tadel kann in Sachſen um ſo weniger verboten geweſen ſein, wo nur was vor Gericht geſchah, rechtliche Folgen hatte, und namentlich in Hamburg dies Princip ſogar auf auſſergerichtliche Verbal-Injurien ſich erſtreckte vgl. 1270 IX, 16. 1276 IX, 17. 1292 M, 13. 1497 M, 1.

4. Wer ſolchergeſtalt das Urtheil des Gerichts geſcholten hatte, mußte dies „zu dem nächſten Dinge wieder abbringen“, „es zu dem nächſten Dinge vorbringen“ 1270 VI, 10 reliq. vgl. mit 1270 VI, 30. 1276 eod. 1292 G, 25. 1497 A, 23. Sonſt iſt he nedervellig ſiner klagh. Man bezeichnete dies mit dem Ausdruck wedder ten an dat Bock vgl. XIII, 5. und vorder then uppe dat Hues. 1270 VI, 11. reliq.[2])

5. Von einem Zwange zum Schelten, von einer Nothwendigkeit der Appellation in Criminalſachen findet ſich urſprünglich keine Spur, und ebenſo wenig iſt man ſich noch im 16. und 17. Jahrhundert dieſes Princips bewußt geworden. Erſt Schlüter ad Stat. v. 1603 I, 37, 1 bemerkt († 1719), damals ſei in causis fiscalibus criminalibus allemal ſowohl vom Fiscal als vom Defenſor appellirt worden. Doch dürfte der Grundſatz von dieſem Appellationszwange vielleicht ſich aus der Vorſchrift, die zuerſt 1292 B, 9 und dann 1497

---

2) Doch heißt then nicht etwa appelliren, ſondern wirklich nur bringen an den Rath. So z. B. 1270 VI, 8. 1276 eod. 1292 G, 7. 1497 A, 17.

B, 6 vorkommt, im Verlauf der Zeit entwickelt haben, obſchon er im 16. Jahrhundert noch nicht befolgt worden iſt.

6. Es wird ſchon 1270 bemerkt und ſpäter wiederholt, daß, wenn das Urtheil vor den Rath gekommen ſei, ſo ſteit id an deme Rade, wanne dat ſe dat Ordeel affſenden[3]) willen 1270 VI, 10, 2. 1276 VI, 18, 2. 1292 G, 9. 1497 A, 20. Allein der Rath hat hiervon ſelten Gebrauch gemacht, und insgemein im 16. Jahrhundert, ja ſelbſt noch 1702 am Freitag die Mittwochsfindung erledigt, vielleicht im dunkeln Rechtsgefühl von der abſoluten Rechtskraft der letzteren.

7. Viele dieſer alten Grundſätze waren ohne Zweifel auch bei den Urtheilen der Vehmgerichte in Uebung. Allein daß Berufungen an den Kaiſer, als oberſten Lehnsherrn und Verleiher der Grafengewalt, überhaupt in Gang kamen, und insbeſondere dann Geltung hatten, wenn die Competenz der Freigerichte in Frage ſtand[4]), läßt ſich ſpeciell aus unſern Vehmgerichtsacten nachweiſen[5]), und war dieſe Praxis eine ganz natürliche Folge des Urſprungs dieſer Gerichte. Bei ſolchen Appellationen fand aber ſchon die neuere gemeinrechtliche Art der Interpoſition, der Apoſtel, der Inhibitorien ꝛc. Statt, und es pflegte dann der Kaiſer einem oder zweien Gerichten oder Stadtmagiſtraten die Entſcheidung commiſſariſch zu übertragen.

---

3) Der Ausdruck beſtätigt das sub 3 Geſagte. Es wurde nicht als die Entſcheidung einer höhern Inſtanz betrachtet, ſondern die neuen Urtheilsfinder ſandten ihre Findung zurück an das Gericht, welches daſſelbe publicirte und exequirte. Als der Rath ſich das Recht der Execution zueignete, bildete ſich daraus auch das Recht der Appellation, wie denn Beides zuſammengeſtellt zu werden pflegt. Vgl. z. B. die Urkunde der Grafen zu Schauenburg vom 20. März 1292 (Lappenb. No. 820, vgl. meinen Vortrag über dies Urkundenbuch § 17 und ſ. auch Donandt 1, 157 Anm. 232 b).

4) Wigand das Vehmgericht Weſtphalens, Ham 1825 8., der ebenfalls die Rechtsmittel gegen freigerichtliche Urtheile S. 462 ff. ausführlich beſpricht, beruft ſich wegen der im Context aufgeſtellten Thatſache auf die Hamburger Acte bei Berck 2, 471 ff. (§ 2). Ueber die Rechtsmittel gegen Erkenntniſſe der Freiſtühle ſ. auch Uſener S. 73 ff.

5) Vgl. Berck, 2, 336 ff.

Digitized by Google

§ 23.

Zur gründlichen Kenntniß der vorliegenden Vehmgerichts=Acten iſt es noch nothwendig, über die Notariatsurkunden, aus denen ſie zumeiſt beſtehen, und in beſonderer Rückſicht auf die dritte Acte auch über Notare, Protonotare, und Secretare unſerer Stadt Einiges zu ſagen[1]).

Es läßt ſich annehmen, daß, wie im übrigen Deutſchland, auch bei uns zuerſt das Synodalgericht Notare adhibirte, die aber erſt mit der Einführung des Röm. R. öffentliche Autorität erlangten, und daher bei uns, wo das Röm. R. im Volksgeiſte Widerſtand fand, erſt ſpät öffentliche Perſonen wurden. Bei geiſtlichen Gerichten bediente man ſich ihrer als Gerichtsſchreiber, ohne immer einen und denſelben zu adhibiren. Daß der 1292 B, 8 erwähnte Schreiber im Vogtgerichte ein Notar geweſen, iſt um ſo weniger wahrſcheinlich, weil er damals nur angewieſen war, die Brüche zu notiren, und weil, ſelbſt nachdem die Gerichtsordnung von 1560 und das neuſte Statut verlangten, daß der Actuar des Niedergerichts Notar ſei, ſchon ſeit 1645 nicht mehr darauf geſehen worden iſt, vgl. Anderſon Hamb. Privatr. 4, 38. Allein es iſt zu vermuthen, daß zu Raths=Secretaren in den früheſten Zeiten nur Notare genommen worden ſind. Aus dem älteſten Bürgerbuche (ſ. unſere Zeitſchr. 1, 1, 141 ff.) erſehen wir, daß 1278 ein Raths=Secretar unter der Bezeichnung Notarius noster vorkommt, ferner 1257 und 1264 der erſte notarius Consulum, notarius Civitatis. Die drei älteſten dem Namen nach noch bekannten Secretare des Raths wurden 1351 gewählt und hießen ausweiſe (V. P. Möllers) Chronol. Verzeichniß der Mitglieder des Raths ꝛc. Hamb. 1820. 4: Johann Everhardi de Wuſtorpe, Hartvicus de Salina und Alanus Bosmann. Bei M. Thidericus de Gheynſen, der 1409 Secretar wurde, heißt es, daß er 1426 als Protonotar ſtarb, und daraus mag Herr Dr. Weſtphalen Hamb. Verf. u. Verw. 1, 36 die Notiz geſchöpft haben, daß der erſte Secretar ſchon im Anfang des 15. Jahr=

---

1) Vgl. im Allgemeinen Oeſterley das deutſche Notariat. Erſter Theil. Geſchichte. Hannover 1842. 8.

Digitized by Google

hunderts Protonotarius geheißen. Allein Herr Dr. Buek bemerkt in ſeinem mir gütigſt geliehenen Exemplare von Möllers Verzeichniß bei dem 1384 zum Secretar erwählten Hinrich Schreyge, daß 1392 Dnus. Hinricus Screye Protonotar. vorkomme. Auf den in den Vehmgerichtsacten genannten Secretar M. Johann Rempſtede werde ich ſpäter zurückkommen (§ 30).

Der Geſchäftskreis dieſer Secretare war urſprünglich weniger genau beſtimmt, als jetzt. So finde ich lib. memor. fol. 53, daß 1440 in Gegenwart des Rathmannes Dethlef Bremere in das Memorandenbuch die Verhandlung vor dem Rath auf dem Rathhauſe auf des Raths Befehl eingetragen ward, ohne Erwähnung eines Secretars. Rempſtede wurde zu auswärtigen Miſſionen verwandt (§ 30 No. 9).

Schon Oeſterley hat aus Urkunden nachgewieſen, daß in Deutſchland das Notariat nicht erſt, wie Eichhorn 3, 466 Anm. b annimmt, unter K. Karl IV (1346 ff) mit dem Amt der kaiſerlichen Pfalzgrafen bekannt geworden iſt, und wir ſehen aus obigen Notizen, daß Notare bei uns ſchon vor dem Anfang des 14. Jahrhunderts, als wohin Oeſterley den Zeitpunkt ſetzt, vorkommen. Doch kann ich nicht ſagen, von welchem Datum die älteſte bekannte Notariats-Urkunde bei uns iſt. Da ſich nachweiſen läßt, daß bei uns auf Privatſiegel noch ſpäthin ein großer Werth gelegt worden iſt, und das Siegelrecht, welches anderswo nur dem Einfluß des demſelben fremden R. R. wich, und bei uns eben deshalb um ſo länger ſich behauptete, die Publicität neuerer Notariatsurkunden entbehrlich machte: ſo iſt wohl nicht wahrſcheinlich, daß unſere frühſten Notariatsurkunden älter ſind, als die von Oeſterley (S. 404) als die älteſte bezeichnete von 1292 zu Mainz. In unſeren alten Statuten wird der Notare gar nicht gedacht, und wenn auch 1588 bei uns der erſte notarius publicus et immatriculatus vorkommt (Zeitſchr. 1, 1, 159), ſo iſt es merkwürdig, daß ſelbſt das neuſte Statut nur dreimal der Notare gedenkt, 1, 28, 28 wonach Notariats-Zeugen-Ausſagen nicht zu attendiren (eine ſonderbare, durch die Praxis frühzeitig nach dem Concept der Gerichts-Ordnung von 1711 27, 22 modificirte, in neuſter Zeit mehrmals misverſtandene und unrichtig angewandte Beſtimmung); 3, 1, 3, eine

Digitized by Google

Inſtruction für Notare wegen Teſtamente, wobei auf die Notariats=Ordnung Kaiſer Maximilians I von 1512 (bis 1815 die hieſige alleinige Richtſchnur für Notare) Bezug genommen wird, und 3, 7, 7 gelegentliche Vorſchrift für Inventuren. Auſſerdem ward ein (auch von Oeſterley S. 541 beiläufig erwähnter) Befehl vom 16. Auguſt 1653, erneuert den 6. Sept. 1676 (vgl. Mandatenſamml. 1, 333 ff.) erlaſſen, daß die hieſigen Notare nicht, wie ſie bisher gethan, Citationen ꝛc. fremder Obrigkeiten ohne Vorwiſſen des Raths inſinuiren dürften, fremde Notare überall nicht.

§ 24.

Dieſe geringe Sorge unſerer Legislation um das Notariatsweſen verliert alles Auffallende, wenn man erwägt, daß urſprünglich der Kaiſer ſelbſt Notare creirte, und wenn auch freilich ſchon im 14. Jahrhundert päpſtliche Notare ebenfalls anderswo in Deutſchland fungirten, dergleichen bei uns doch nicht vorkommen, daß vielmehr unſere hieſigen Notare ſich als unmittelbar unter dem Kaiſer oder unter deſſen Erzkanzler, dem Erzbiſchof zu Mainz, der vom Kaiſer das Recht erhielt, Notare zu creiren, ſtehend betrachteten, ſelbſt wenn ſie ſeit dem 15. Jahrhundert regelmäßig nur von Kaiſerlichen Hofpfalzgrafen, comites palatini, die ebenfalls berechtigt waren, Notare per totum imperium Romanum zu creiren, ihre Autoriſation herleiteten. Die in Italien gebräuchlichen Matrikel und Corporationen der Notare kamen in Deutſchland erſt ſpät auf; bei uns, wie erwähnt, iſt der erſte notarius immatriculatus v. J. 1588.

§ 25.

Ueber die Form der älteſten Deutſchen Notariatsurkunden iſt zu bemerken, daß ſie auch bei uns in der Regel in Lateiniſcher Sprache abgefaßt waren, welche Sprache aber ſchon im 15. Jahrhundert bei uns auch in Notariatsurkunden, alſo früher als irgendwo anders, von der Mutterſprache verdrängt zu werden anfing. Die einzelnen Theile des Inſtruments ſind in Deutſchland wie die Italiäniſchen diſponirt, ihre Vorbilder. Anrufung des Namens Gottes, ſeltener der Dreieinigkeit, häufiger des Heilandes. Zeit und Ortsangabe oft erſt am Ende, Angabe

Digitized by Google

der Partheien und ihrer Verfügungen, die überhaupt zur Rechtsbeſtändigkeit der Acte unentbehrlich erachtete Rogation des Notars und ſeiner Zeugen, über deren Zahl nichts beſtimmt geweſen zu ſein ſcheint, wiewohl man häufig die Römiſche Zweizahl überſchritt, und auf die größere Anzahl Werth ſcheint gelegt zu haben. In der Regel bemerkt der Notar, daß er nach einer scheda hoc publicum instrumentum verfertigt habe, doch exiſtirten urſprünglich weder in Deutſchland überhaupt noch bei uns neben den Imbreviaturen beſondere Protocollbücher.

Zur Zeitangabe war das Jahr nach Chriſti Geburt, der Monat, die Indiction, der Tag, das Regierungsjahr des Papſtes oder Kaiſers, je nachdem die Urkunde unter weltlicher oder geiſtlicher Jurisdiction errichtet wurde, erforderlich. Die Tageszeit wird mit vel quasi oder vel circa angegeben. Uralt iſt die bis auf den heutigen Tag übliche Proclamationsformel: Omnibus praesens publicum instrumentum intuentibus notum fecimus. Die Notare bemerken, ob ſie apostolica oder imperiali auctoritate creirt ſind, welches Erſtere auch dann geſagt wird, wenn ſie ihre Beſtallung vom Erzbiſchof von Mainz herleiten.

Wurde die Urkunde Namens einer Behörde ausgefertigt, welche ein Siegel hatte, ſo wurde dies angehängt. War dies nicht der Fall, ſo erſchien weſentlich des Notars eigenes signum, auch signetum, chirographum, Zeichen, Marke genannt. Dieſe signa waren willkürlich gewählte Figuren. Von einem Notariatsſiegel findet ſich auch bei uns im 15. Jahrhundert keine Spur. Wie weſentlich man aber für die Beweiskraft einer Urkunde ein Siegel erachtete, beſtätigt der Ausdruck intersignum in einer Urkunde von 1277 (774 im Lappenbergiſchen Urkundenbuche), was eben eine Urkunde, und nicht, wie der Index ſagt, allgemein ein Beweismittel bezeichnet, da es von testimonium unterſchieden wird. Vgl. meine Aphorismen über Lappenbergs Urkundenbuch § 36.

Wenn ſchließlich Oeſterley S. 480 bemerkt, daß man ſchon 1498 vor Notaren Appellation eingelegt, und ſich von ihnen Apoſtel erbeten habe: ſo kann ich aus den vorliegenden Acten dergleichen ſchon v. J. 1467 aufweiſen.

Digitized by Google

§ 26.

Die erſte Acte.

Es würde für einen mündlichen Vortrag unangemeſſen ſein, die ſämmtlichen Actenſtücke zu verleſen. Erlauben Sie mir Auszüge des Weſentlichen mit Notizen, auch zur Beſtätigung oder zur Ergänzung meiner Prolegomenen.

Die älteſte Acte in unſerem Archiv iſt v. J. 1462. Sie beſteht aus zwei zierlich geſchriebenen, in Deutſcher Sprache verfaßten Urkunden von Pergament: einer Vollmacht und einem Ausſpruch der Bürgermeiſter und Rathmannen zu Hamburg über einen Lübecker Rechtsfall. Der einfache Fall iſt folgender: Michel Heyder hatte einen Bürger von Lübeck, Namens Claus Münther, ſammt deſſen Bruder Reymers Münther beſchuldigt, ihm etliche Güter entfremdet zu haben, und desfalls Beide zuerſt vor Schöffen und Rath zu Magdeburg[1]), darnach vor dem Rath zu Lübeck, und zum dritten Mal vor Schulzen und Schöffen der Stadt Nürnberg verklagt. Reymer Münther war für ſich und ſeinen Bruder Claus von zodaner toſprake vor ſchulte vnde ſchepe to Nurenberge myt ordele vnde rechte ghantz leddich vnde loos ghedelet. Nichtsdeſtoweniger hatte Michel Heyder den Claus Münther vor mehrere andere Gerichte ferner vorladen laſſen, und in große Unkoſten dadurch gebracht, bis er zuletzt ſich an den vrienſtoel Reghenhart Laurendin vriegreuen tom Vrienhagen wandte.

Um jene Zeit gab es zwei Freyenhagen, wo Freiſtühle waren, vor deren Verwechſelung ſchon Berck 1, 213 warnt. Das eine Freyenhagen lag im Hochſtift Münſter, und kommt ſchon in einer Urkunde von 1451 vor. Das andere, Freyenhagen unter der Linde genannt, lag in der Grafſchaft Waldeck[2]). Berck 1, 227 bemerkt, Letzterer ſei der berühmteſte Freiſtuhl in

1) Wie die Klage in Magdeburg und Nürnberg angebracht werden, und wenigſtens an dem letzteren Orte entſchieden werden konnte, erklärt ſich wohl nur aus dem oben § 5 über die laxen Begriffe unſerer Vorfahren von Competenz Geſagten.

2) Nur dieſes Freyenhagen gedenkt Uſener S. 278.

der ganzen Grafſchaft, und überhaupt eins der berühmteſten Weſtphäliſchen Freigerichte geweſen. Kopp (über die Verfaſſung der heimlichen Gerichte in Weſtphalen. Göttingen 1794. 8. S. 144 ff.) handelt davon ausführlich, und theilt (S. 373 ff.) mehrere Urkunden darüber mit, wovon die älteſte v. J. 1371 iſt.

Es iſt um ſo wahrſcheinlicher, daß in unſerer Acte das Waldeckſche Freigericht gemeint iſt, nicht blos weil es weit und breit bekannt und berühmt war, ſondern weil es in der Acte mit dem Beinamen under der Linden vorkommt, und der Münſterſche Freiſtuhl dieſen Beinamen meines Wiſſens nicht führte. Uſener erhebt dies dadurch über allen Zweifel, daß er dort 1466 einen Freigrafen Regenhard Laurend nennt.

Als nun Claus Münſter vor dieſen Freiſtuhl geladen wurde, appellirte er von dieſer Ladung an Kaiſer Friedrich III. Das darüber errichtete openbar inſtrument iſt uns nicht erhalten, wird aber eine Notariatsurkunde geweſen ſein (§ 25 a. E.). Dieſer inhibirte das fernere Verfahren des Freigrafen in einer Urkunde zu Grätz vom 2. September 1461,[3]) worin er zugleich Bürgermeiſter und Rath der Stadt zu Hamburg (Erſamen, vnſe vnde des Reychs lieben ghetreuwen) mit der Entſcheidung der Sache beauftragt, indem Claus Münther ſich beſchwert habe, es ſei die Procedur Heyder's wider die Ordnungh vnde Ghesetze vnſer gemainen Kuniclichen Reformacien zu Frankfort, und es ſei die Sache vor ſeinen ordentlichen richter nie vorghewesen, noch er von Heyder dort vorgefordert[4]).

§ 27.

Münther beſtellte in einer beſonderen, bei den Acten befindlichen, und wegen des weitſchweifigen Kanzleiſtils und der Clauſeln merkwürdigen Vollmacht zu ſeinem Vertreter in Hamburg

3) Wir haben von einem beſondern Mandat des Kaiſers Siegmund vom 28. Jan. 1420 an einen Freigrafen, nicht weiter zu verfahren, ein Beiſpiel unter den von Uſener mitgetheilten Urkunden S. 150, ſo wie S. 248 ff. 251 ff. beſondere Inſinuations-Inſtrumente ſolcher Inhibitorien.

4) Es ſcheint alſo von Heyder ſeine obenerwähnte Procedur in Lübeck nicht gehörig verfolgt zu ſein.

Digitized by Google

den beſchedenen Gherardum Redborch 1462 am Denndaghe na Scholaſticae Virginis (10. Februar). In den Acten kommt auſſerdem auch de Erſame Meſter Herman Heren van Dasle vulmechtige procurator Clawes Munthers vor. Es heißt den deſulue Clawes Munther ertides perſonlick vor vns darto gheſettet ghekorn vnde erwelt hadde. — Es ſcheint, daß ein Procurator, gerade wie jetzt die auſſergerichtlichen, einer ſchriftlichen Vollmacht nicht bedurfte. Später kamen dieſe bekanntlich auf, und wegen der vorgefallenen Streitigkeiten über die Clauſeln wurde der Rath veranlaßt, in der Gerichtsordnung von 1622 3, 2 die Verfertigung eines beſtimmten Formulars zu verſprechen, aber erſt in einem Gemeinen Beſcheide des Obergerichts vom 11. Mai 1676 wird eines nach des Raths Vorſchrift gedruckten Befehls gedacht[1]). Bemerkenswerth iſt es, daß Münther ſelbſt, und nicht ſein Bevollmächtigter Gherard Retborg dieſen Procurator beſtellt hatte. Uebrigens kommt Meſter Herman Daſſel als anwalt, ſchaffer vnde procurator auch in der Appellationsurkunde von 1472 bei Berck 2, 477 vor. Weiteres weiß ich nicht von ihm. Das Verzeichniß bei Anderſon 4, 107 ff. fängt erſt mit 1605 an.

§ 28.

In Gemäßheit der kaiſerlichen Commiſſion erließen nun Borghermeſtere vnde Ratmanne to Hamborgh Richter der zake vnde Commiſſarien auf Bitten des Claus Münthers vnſe ſchrifftliken vorſegelden Citacien vnde ladebreue, worin ſie den Michel Heyder auf den 18. Gerichtstag nach dem Tage, da dieſe Ladung ihm kundgemacht wurde, eſchen, perſönlich oder durch einen Bevollmächtigten vp vnſe rathues to Hamborgh to richteyt dages ſich einzufinden, um ſich auf die Klage des Claus Münther und deſſen Procurators zu verantworten, zugleich aber auch allen Unterthanen des heiligen Römiſchen Reichs, vnde ſunderges deme vpgenanten Reghenhart Laurendin frygreuen by ſware pene vorboden nichtes to beghinnende, to vorvange zodanen vor vns hangendem rechte.

1) Das Detail und Weiteres ſ. Anderſon Hamb. Privatr. 4, 192 ff.

Am achtzehnten Tage, Freitag vor Jubilate, ſaßen ſie darauf tor Tercien tyt zu Gericht vp vnſem rathues, und erklärte vnſe gheſworn bode auf ſeinen Eid, daß er die Ladung Mychel Heyders husvrouwe to baneberge in er hues vorkundiget ghewiſet vnde er copie daraff ghegeuen, vnde vort deme rade darſulues to banebergh dat witlick gedaen hadde.

Meſter Herman Heren van Dasle erſchien, und klagte Heyders Ungehorſam an.

Darauf achteden vnde reputerden ſie den Michel Heyder als ungehorſam, und ließen auf ferneres Anhalten des Meſter Hermans denſelben Heyder vnde ſynen vulmechtigen openbarn van vn vor vnſem Rathhues to Hamborg alſe vnſes rathuſes dorne gheopent were, vnde wy to gherichte ſeten, dorch vnſen gheſworen ſchenken auf Mittwoch nach Sankt Peter und Pauls Tage (29. Juni) abermals eſchen, rufen nnd laden, um die Klage Münthers zu hören.

Am beſagten Mittwoch to der tercien tyt ſaßen ſie wieder zu Gericht, und da wieder Niemand für Heyder erſchien, ſo achteden vnd reputerden ſie auf Meſter Hermans Anhalten den Heyder auer unhorſam, und erlaubten nun dem Meſter Herman ſyne clage vnde toſprake vorzubringen. Dies geſchah, und es kamen nur die bereits erwähnten Thatſachen vor. Ueber die Freiſprechung producirte er eynen openen beſegelden pergament breue myt des gherichtes ſeghele der ſtadt Nurenberghe, und bat den dicke gnt. Mychele auf eine beſtimmte Zeit wieder zu citiren, um ihm vppe alle vorſcreuen ſtucke eyn ewich ſwigent aufzuerlegen, und ihn in de penen der gemeyne reformacien lateſt to Francfort (von 1442 ſ. oben § 20) [1]) ſo wie in die dem Mynther durch die Appellation erwachſenen Koſten vnde theringe zu verurtheilen.

So eſchen, laden und rufen ſie ihn wiederum, wie das Mal vorher, auf den Freitag vor des Apoſtels Matthäus Tage (21. Septbr.), um in der Sache dat entlike ordel vnde ſentencien anzuhören.

---

1) Dieſe Pön iſt, ſoweit ſie in Geld beſteht, laut § 18 dieſer Reformation (ſ. unten § 34) hundert Mark löthig Golds, halb in des Reichs Kammer, und halb dem Kläger oder Beſchädigten.

Digitized by Google

Als dann Heyder auch ausblieb, wurde auf Anhalten Meſter Hermans durch den Bürgermeiſter Herrn Detleff Bremer das Urtheil publicirt, welches die Ladung des Freigrafen für vreueliken, vnrechtuerdigen, vnde van eyghener vormetenheit gheſcheyn, die Appellation für begründet, und den ganzen Proceß Laurendins ghantz kraftloes, doet vnde aue erklärte, dem Heyder ein ewig ſwigen auferlegte, und ihn ſowohl in die dem Münther verurſachte koſt vnde theringe, welke wy vns beholden hernamals to taxerende, als auch vmme de vorberorde ſyne vnbillike vornemynge Clawes Munthers in die erwähnte Pön condemnirte.

Da nun hiervon nicht appellirt wurde, ließen ſie auf weiteres Anhalten den Heyder auf Sonnabend vor Lucas dem Evangeliſten (18. October) to ueſper tyt vorladen, um die Koſten und theringe zu taxiren. Sie ſchätzten Beides zuſammen auf 70 Rheiniſche Gulden, nachdem es Meſter Herman procurator vnde in namen Clawes Munther myt ſyneme ede in de zele ſynes houetmans alſo beholden vnde beſworen hefft.

Auf endliches Betreiben erkannten ſie in einer Urkunde vom Jahre 1462, die eben das zweite Actenſtück iſt, als Processus executorialis auf dem Rücken bezeichnet wird, und den früheren Hergang ſo, wie hier, erzählt, auf Execution, ſo daß Heyder binnen zwanzig Tagen dem Erkenntniß zu geleben habe. Widrigenfalls fordern ſie männiglich auf, daß ſie denſuluen Michel Heyder, wor vnde wanneer gy ſyne perſonen edder ghuder bewechlik vnde vnbewechlik bebinden edder bekomen konen effte mogen, vpholden, touen, arreſteren, hinderen vnde bekummern ꝛc.

§ 29.

Die zweite Acte.

Dieſe zählt auſſer zwei Zetteln von Schreibpapier, von denen der eine eine faſt unleſerliche Notiz, der andere mehrere Allegate aus dem R. R. über die Verbindlichkeiten der Schiffer enthält, zehn zum Theil corrigirte, und ſehr unleſerliche Actenſtücke resp. auf Pergament und Schreibpapier. Ich gehe ſie hier in der Reihfolge durch, wie ſie auf dem Archiv liegen.

Digitized by Google

1. Ein weitſchweifiges Notariats=Inſtrument[1]) vom Donnerstage, den 26. November 1467, in Lateiniſcher Sprache, darüber, daß an jenem Tage, zehn Uhr Vormittags vel quasi vor dem Notarius publicus und den unterſchriebenen Zeugen, ſämmtlich ſpeciell dazu aufgefordert, erſchienen ſei: Magiſter Johannes Hollendorp, Procurator, honorabilis nec non discretus vir, Namens Ericus de Tzeuen[2]), Albertus Schilling[3]), Henricus Lopoaw[4]), und Henricus Murmeſter[5]), Bürgermeiſter[6]), Johannes Gerwer, Helmicus de Rentelen, Pardaun Lutteken, Godfridus Thoden, Henninghus Groten und Herman Kroger, Consules, Meyno de Ollenſen, Euerhardus Duderſtad und Henricus Middesborg, Kaufleute, tamquam seniores partes opidi Hamburgensis Bremensis dioeceseos. Aus gerechter Furcht und weil er keinen Procurator habe bekommen können, der es gewagt, habe er, ausweiſe einer in Händen habenden papiernen Schedul, die er vorlas, nicht appellirt und die Appellation interponirt oder intimirt vor dem Sitz und Ort des Freigerichts (liberum

---

1) Mit dieſer Urkunde kann das Appellations=Inſtrument von 1487 verglichen werden, welches Uſener S. 244 ff. mittheilt.

2) Erich de Tzevena im W. P. Möller'ſchen Verzeichniß R. 1451. B. 1464 † 1478.

3) Albert Schilling R. 1450. B. 1464 † 1480.

4) Hinric. Lopow R. 1437. B. 1451 † 1470.

5) Hinr. Murmeſter, Legum Doctor, R. 1464. B. 1466 † 1481. Er hat der Stadt und allen Deutſchen Kaufleuten viele Dienſte geleiſtet, und den Kaufleuten den Stahlhof in England mit vielen Privilegien ausgewirkt. 1473 war er der Heerführer der Stadt gegen die aufrühreriſchen Bauern in Holſtein, die ſich an Grafen Gerhard gegen König Chriſtian zu Dänemark angeſchloſſen hatten.
Johann Gherwer R. 1436 † 1473.
Helmer de Rentelen R. 1442 † 1478.
Perdamus Lütke R. 1447 † 1484.
Godekinus Thode R. 1447 † 1496.
Henning Grote R. 1450 † 1481.
Herm. Krogher R. 1459 † 1468.

6) Die Bürgermeiſter Erich von Tzeven, Albert Schillingk und Hinrich Murmeſter kommen auch in dem Proceſſe des Scholaſticus Duker c. den Prieſter Bremer 1472 vor. S. Herrn Dr. Meyer's Geſch. des Hamb. Schulweſens S. 146.

Digitized by Google

iudicium) in Berchuelde und einem Hinricus tom Buſche, der ſich nenne Freigraf des Freienſtuhls zu Berchvelde und der Grafſchaft zu Ravensberge, weshalb er vor den Notar vnd apenbary ſcriuere vnd den tügen provocirt, appellirt, und Apoſtel gebeten habe, Namens und von wegen der Ehrſamen vorſichtigen Herren Bürgermeiſter, Rathmannen und Gemeinheit zu Hamburg, an den Stuhl zu Rom [7]) oder an Kaiſer und Reich, indem jener Freigraf und Johann Becker ſonſt Smedinck genannt, Niemand an dat hemelike richte eſchen dürfe, der ſich vor ſinen naturliken Hern ofte geborliken Richters edder jenigen ſinen lantlopige gerichte rechtes erbode vnd ſodaniges den vrygrenen to weten dede vnd afforderde mit twen unbeſprocken mannen (§ 14), daß vielmehr alsdann ſolche Ladung, unbeſchadet der ſonſtigen Gerechtſame des Freigrafen und heimlichen Gerichts genslich aue ſei, und dann der Sache nachgegangen werden müſſe vor dem Richter ofte Hern dar he henne hörde vnd wat dar enbouen geſchege gensliken craftloes, machtloes vnd van vnwerde, vnd dan deſelue Frygreue vnd clegere in ſware poene voruallen ſyn, wie ſich das aus der Reformation Kaiſer Friedrichs von Frankfurt ergebe. Danach habe ſich auf Vorſtellung Johan Becker und ſine toſtender bewegen laſſen, die Bürgermeiſter und Rathmannen zu Lübeck in der Sache zu Schiedsrichtern zu erwählen, ſo daß das heimliche Gericht ſolle aue ſyn, und der Proceß nur dann vor demſelben fortgehen, wo de Erſame van Lubeke de zake nicht annameden vnd vorſchededen. Die Herren von Lübeck hätten das Compromiß übernommen, dar denne Johan Becker Anders Smedingk, vulmechtich ok ſyner beyder brodere, wykaftich vnd vorvluchtich dem rechte is geworden, worauf vpp des gehorſamen — deel procederet vnd na beſcreu. Keyſerrechte vullenfaren hebben denſuluen Johannem mit ſinen toſtenderen der zake genßlich vellich mit richtinge aller Koſte vnd ſchaden gewyſet vnd eme vnd ſinen toſtenderen dar en ewich ſwygen vpgeboden by pene bothe vnd broke in dem Compromiſſe vthgedruckt vnd de Borgermeiſter Raed vnd gemeinheit to Hamborg genßlichen quyt lediget vnd

---

7) Dies war offenbar unrichtig. Vergl. § 22 Num. 7.

Digitized by Google

abſolueret hebben. Dieſer Ausſpruch der Compromiſſarii vnd ſchedesrichtere iſt dem Freigrafen Hinrich tom Buſche bygebracht vnde vorkundiget. Dieſer habe ihn aber nicht geachtet, ſondern vnborliken procederet, vnd na ſynen vnd des clegers vormeteliken willen vallefaren, Des doch teyn dage noch nicht vorleden en ſyn. Er appellire deshalb gegen den Freigrafen, gegen Becker, deſſen Brüder vnd alle der deß zake in jenigerwiize mochten to donde hebben ofte krygen. Dies geſchah in der Stadt Münſter im Hauſe des dortigen Bürgers Johann Plonyes, und Hinricus Valcke de Lippia Clericus Coloniensis dioeceseos ꝛc. ſ. das Weitere in der Acte ſelbſt.

In der Grafſchaft Ravensberg gab es drei Vehmgerichte, wovon eins zu Ravensberg, wovon Hinrich zu Busſche 1470 auch in einer andern Urkunde als Freigraf vorkommt. Davon wird aber der Freiſtuhl zu Berchfelde im Hochſtift Osnabrück unterſchieden. Kopp S 135 und 140. Berck 1, 208. 9.

§ 30.

2. Eine andere von dem Notar Podendorp auscultirte Abſchrift von einem Inſtrument von Mittwoch den 2. December 1467, das die Inſinuation durch Hermannus Venro von zwei Abſchriften der erſten Urkunde atteſtirt in die Hände des Becker in deſſen Wohnhauſe in der Stadt Osnabrück am Sonntag Abend, und am Montag Abend in der Stadt Bylfeld im Hauſe, das gegenwärtig der Freigraf Heinrich tom Buſche bewohnt, und wo eine Magd das Inſinuatum entgegengenommen.

3. Eine Citation vom 1. Juli 1467, de men ancleuen ſchal an dat Raed Hues vnd vnſe leuen vruwen Kerken vnder godesdenſtes tyden, wodurch der Erbarn Hans Becker, clegher, vnd alle, de deſſer zake menen to doende hebben vnd ere procuratores ofte welke van erer wegen ſint ofte erſchinen in deſſer Stadt Lubeke vorgeladen werden, am nächſten Freitage 8 Uhr in Lübeck auf dem Rathhauſe in der Compromißſache, worin er ſich beklagt, daß ein Schiffer, genannt Henning Buſch, ihm ſein Schiff ſoll auf dem Strome zwiſchen Stade und Hamburg überſegelt haben, und damit ſein und Gerd Beckers van Glandrope Kram, Safran und Gut, mit ſammt dem Gerd

untergegangen, und einer ſeiner Finger gebrochen ſei. Unter dem Secret. der Stadt iſt die Citation ausgefertigt, und der Notar Marcus Melman hat ſie unterſchrieben.

4. Eine Notiz über die Klage Beckers (wahrſcheinlich den im 16. Jahrhundert ſogenannten Klagzettel vertretend), woraus auſſer den eben erwähnten Umſtänden zu erſehen iſt, daß Buſch als dener der Stadt Hamburg mit anderen knechten vnd deneren derſelben Stadt der Ueberſegelung beſchuldigt wird, obwohl die Becker mit ihren medeweſenden im Schiffe mit lauter Stimme gebeten und angerufen hätten, daß der Stadt Hamburg Diener ſie nicht beſchädigen möchten. Die Uebelthäter wären nach der Geſchichte wieder nach Hamburg eingekommen. Wahrſcheinlich um den Fall als eine Vehmwroge (§ 15) zu characteriſiren, wird hervorgehoben, die Ueberſegelung ſei tiegen god, ere vnd recht, was eine übliche Formel geweſen zu ſein ſcheint für Vehmwrogen.

5. Dies iſt ein unausgefülltes Formular einer Citation abſeiten Otte Grafen zu Schauenburg, ebenfalls an Johan Becker ꝛc., um bei Vernehmung von mehreren genannten Zeugen zugegen zu ſein.

6. Dies iſt offenbar ein hin und wieder corrigirter Entwurf einer Deutſchen Vollmacht für den Syndicus N. abſeiten Bürgermeiſter und Rathmänner der Stadt Hamburg, um vor allen Behörden, namentlich vor Allen Erbaren Erſamen Geſtrengen vnd Vorſichtigen Vrygreuen vnd echten rechten vrygſchepenen, vnd ſunderges vor dem Erbaren Henrike tom Buſche de ſik nomet der vrigenſtole[1]) der herſchope Rauensberge vrygrauen, edder vor eynem anderen vrygreuen de vpp den dingsdach na Martini dat gherichte beſitten werd zu erſcheinen.

7. Das Deutſche Concept einer Appellation vor Notar und Zeugen wider eine Vorladung des Freigrafen auf Montag nach St. Jürgenstage (23. April) abſeiten Hinrik Lopouw, Erick van Tzeuen und Albert Schillingh, Bürgermeiſter, Johan Gherwer, Helmich van Rentelen, Paridom Lutke, Godke Thode, Henningh

1) NB. alſo aller drei Freiſtühle in der Grafſchaft (§ 29).

Digitized by Google

Grote, Hinrik van Dulmen, Hermen Krogher, Diderik Luneborg, Johan Mayer, Clawes Remſtede, Meyno van Eitzen, Hermen Bekendorp, Jacob Strime, Hinrik Murmeſter und Johan Hughe, Raedman[2]) to Hamborg, vor vns vnſe mede Kumpane Borger vnde Inwoners, de bouen xij Jare vnd beneddeu ſouentich Jaer old ſyn. (NB.) ꝛc.

8. Ein an mehreren Stellen corrigirter Entwurf eines Schiedsſpruches von Borgermeiſter vnd gantze Raed der Stad Lubeck als Schedesrichter vnd Compromiſſarii, wovon es beſonders hervorzuheben iſt, daß er ſich bei der hieſigen Acte findet, weshalb es den Anſchein gewinnt, als ob der Verfaſſer deſſelben hier im Rath geweſen.

9. Das vielfach corrigirte Concept der Deutſchen Compromißacte vom 16. Juni 1467 vor Notar und Zeugen zwiſchen Herrn Hinrik Burmeſter Doctor in keyſerliken rechten Borgermeiſter und Meiſter Johan Rempſtede Secretarius der Stad Hamborg als Bevollmächtigten der Bürgermeiſter, des Raths und der Stadt, an Einem, und Johan Becker ꝛc. am andern Theile, um ihre Streitſache durch den Lübecker Rath entſcheiden zu laſſen.

10. Dies iſt eine gar nicht in dies Convolut gehörige Urkunde. Ein Schreiben des Kaiſers Friedrich III. vom 27. Auguſt 1465, an Bürgermeiſter und Rath der Stadt zu Brundgen über eine Acht und Oberacht, ausgeſprochen, wie es ſcheint, gegen Dietrich von Hackolm. Auch der Name van Grandje oder von Grangen kommt darin vor, aber in einer nicht ganz verſtändlichen Beziehung, vermuthlich als der Ankläger des Hackolm. Man erkennt hier, wie ſchwer es dem Kaiſer ward, ſeinen Achts-Erklärungen im Reich Geltung zu verſchaffen, und vielleicht mag auch der Umſtand, daß ſich das Actenſtück in unſerem Archiv an dieſen Ort verirrte, beſtätigen, wie wenig man bei uns auf Dergleichen gab und achtete. (Vergl. meine Abh. über das Urkundenbuch § 40).

---

2) Funfzehn.

Digitized by Google

§ 31.

Die dritte Acte.

Sie ſcheint bei Weitem von allen am intereſſanteſten, namentlich auch weil freigerichtliche Urkunden ſich dabei befinden. Herman Reyncken der Jüngere hatte im J. 1472 den in Lübeck wohnhaften Marckwart Saligen [1]) vor Heinrich Schmidt Freigrafen zu Volkmerſen belangt, weil er ihn injuriirt [2]) und ihm nach dem Leben getrachtet. Saligen appellirte von ſolcher Ladung an den Kaiſer, dieſer ernannte den Grafen Moritz von Pyrmont und den Rath von Hamburg zu Richtern und Commiſſarien, welcher Letztere, da jener es ihm überließ, die Sache entſchied. Die Acte enthält 13 Actenſtücke, deren Reihfolge auf dem Archiv ich mit eingeklammerten Zahlen bemerkt habe; ich habe ſie chronologiſch und ſonſt zweckmäßiger geordnet, und werde in dieſer Ordnung daraus referiren. Vorher bemerke ich, daß des vrygen ſtoels to Volkmerſchen und des heymeliken geſloten richtes to Volkmarſen Urkunden v. J. 1489 gedenken in Bruns Beitr. z. d. D. R. im M. A., S. 294. Kopp, auf den Berck S. 225 ſich bezieht, giebt an, daß vom Amt Volkmarſen im Kölniſchen Herzogthum Weſtphalen Henrich Smydt Freigraf 1470 in einer Senkenbergſchen Urkunde vorkommt. Uſener führt in ſ. Verzeichniſſe S. 287 ebenfalls Heinrich Schmid (Smed) als Freigraf von Volkmarſen 1468 — 1488 auf, vgl. daſ. S. 302, und finden ſich unter den von Uſener mitgetheilten Urkunden drei von dieſem Freigrafen, der ſich in der Num. 61 (S. 210) Heynrich Smehyt, in Num. 62 (S. 213) Henrich Smeth, in Num. 66 (S. 219) Heinrich Schmid nennt. Die Urkunden ſind alle drei v. J. 1469. Dieſer Smede iſt unter den 3 Freigrafen, die es wagten, 1470 den Kaiſer Friedrich III. ſelbſt mit deſſen Kanzler vorzuladen (vgl. Uſener, S. 35), und es iſt alſo nicht zu ver-

---

1) Dies iſt offenbar der Geſchlechtsname.

2) In dem Urtheil des Freigrafen Beckmann zu Medebach vom 25. Febr. 1523, welches Uſener S. 139 ff. urkundlich mittheilt, geht man ſchon ſo weit, bloße Scheltworte für feym wrogig (§ 15) zu erklären.

wundern, daß er kein Bedenken trug, gegen alles Vehmrecht ſelbſt Iſraeliten vor ſeinen Freiſtuhl zu fordern (Uſener S. 33 ff.). — In einer Urkunde von 1514, die Kopp S. 393 ff. mittheilt, ſo wie in einer andern von 1513 daſelbſt S. 396 ff., wird der Erzbiſchof zu Cöln und Herzog zu Weſtphalen und Engern als Stuhlherr der freien Gerichte zu Volkmarſſen bezeichnet. (Vgl. § 11).

§ 32.

Num. 1 (5), eine Urkunde auf Pergament mit drei Wachs-Siegeln vom Montage nach St. Margarethen (13. Juli) 1471, ausgeſtellt von Hinrik Grymolt, Hans Velt und Jacob Richerdes, erffbeſetenen Borger to Lubeke, welche ſich gegen den Freigrafen dafür verbürgen[1]) (§ 18), daß unverzüglich de erſamen vnd vorſichtigen Hern Borgermeiſter vnde Rade to Lubeke als ordentliche Richter des Lübecker Bürgers Marqward Salige in der Klage des ehemaligen Knechts deſſelben Herman Reyneken Recht pflegen werden. Die Urkunde iſt nicht von ihnen unterſchrieben, ſondern nur mit ihren Siegeln verſehen (§ 23). Ausweiſe einer Notiz auf der Rückſeite von der Hand des Notarius Jo. Remſtede hat Proc. H. de Daſſel am Mittwoch den 2. Debember 1472 dieſen geloues breff producirt, und ſowohl die Handſchrift als die Siegel durch Jo. Berſenbruggen recognoſciren laſſen.

Num. 2 (1), ebenfalls ein Document in Deutſcher Sprach auf Pergament, die von Notar Henrich Lorredde, Clericus Mogunt. imperiali auctoritate Notarius, concordirte Abſchrift einer Urkunde von 1472, worin Henrich Smed, von kaiſerlicher Macht und des Erzbiſchofs von Cöln wegen (§ 11) friegreue der keſerlichen frygreueſchop to Volkmerſen beurkundet, daß er auf die Klage des Erßamen Herman Reyncken des Jüngern, eines echten, rechten Freiſchöffen des heimlichen Freigerichts[2]), vor den Freiſtuhl

1) Zwei Bürgſchafts-Urkunden der Art von Freiſchöffen hat Uſener S. 163 u. 164.

2) Dieſer ſcheint von ſeiner Stellung und ſeiner Rügepflicht (§ 12) als ehemaliger Knecht ſeines Herrn gegen dieſen einen unrühmlichen Gebrauch gemacht zu haben.

vor Volkmerſen vp dem Rede[3]) ins offene Gericht (§ 18) den Marckqwort Saligen, wohnhaft in Lübeck, geladen habe, um ſich darauf zu verantworten, daß er dem Kläger an Leben, Glimpf und Ehre geſprochen, und ohne Urſache nach Leib und Leben getrachtet habe, wider Gott, Ehre und Recht. Die Umſtänder des Gerichts hätten dieſe Sache vor ihm mit Urtheil und Recht für vehmwrogiſch erkannt, worüber ein Freigraf zu richten habe (§ 15). Marckqwart habe Siegel und Brief an ihn geſandt, doch die Umſtänder des Gerichts hätten mit Urtheil und Recht dies Schreiben für werthlos und unmächtig erachtet (§ 18). Darauf habe der Kläger Herman vor dem Gericht am Freiſtuhle durch ſines gewunnen vorſpreken ſeine Sache wahrgemacht, und für Koſten, Zehrung, Verſäumniß und Schaden 170 Rheiniſche Gulden liquidirt. Er ſei in letzter Sentenz befugt worden, des Markqwort vnd der von Lubeke[4]) Leben und Gut, überall wo er es träfe, und bei dem nächſten Gericht zu bekümmern, feſtzuhalten und anzutaſten, bis ihm wegen ſeiner Sache gute Gnüge geſchehen ſei. Wider ſelbe keſerliken kummer (§ 10) ſolle kein Privilegium ꝛc. ſchützen. Er entbiete alſo allen Fürſten ꝛc., danach zu verfahren, dem Kläger und den jhenen den duſſe breff tor tyd toſthande worde, nicht hinderlich, ſondern behülflich zu ſein, und zwar dejhene, de frieſcheppen ſin, bi eren eiden gelaueden, de ſe to dem heymeliken friengerichte gedaen hebben (§ 12), und denjenigen, die nicht Freiſchöffen ſind, bei der ſchweren Pön von 50 Pfund feinen Goldes königlicher Buße, bis Markqwort, de von Lubeke ere eruen vnd nakomen von dieſer Sache, und von den Brüchen und Bußen, darin ſie mynen ſtolheren vnd my wegen Verſäumniß des Gerichtes verfallen ſind, nach Freiſtuhls Recht abſolvirt ſein werden. Wer darin mir oder einem andern Freigrafen ſäumig und ungehorſam gemeldet wird, gegen den ſoll myt ſwarer folge nach Freiſtuhls Recht procedirt werden. Die Freiſchöffen werden am Schluſſe der Urkunde namentlich aufgeführt mit dem Zuſatz vnd anders ſele mer frierſcheppen. Unterſchrieben iſt das Original nicht,

3) Uſener hat Volkmarſen auf dem Ried S. 287.

4) Ein Zuſatz, der an die Geſammtbürgſchaft erinnert.

Digitized by Google

aber Siegel des Henrich Friegrebe angehängt. Datirt iſt es vom J. 1472, Quinta Feria proxima (Donnerstag) nach Antonii (17. Januar).

§ 33.

Num. 3 (12). Eine in Lateiniſcher Sprache abgefaßte Notariats-Abſchrift auf Pergament von einem Lateiniſchen Notariats-Inſtrument über die Deutſche Appellations-Interpoſition des providus vir Arnoldus Pekelhering[1]) laycus, Paderburnensis dioeceseos procurator, Namens des Lübecker Bürgers Marquard Saligen, vom 1. Auguſt 1471 vor Notar und Zeugen zu Lemgo. Das Original iſt von dem Kaiſerlichen Notar Johannes de Berſenbrugge, und präſentirt in der Kaiſerlichen Kanzlei den 14. Mai 1472. Auſſer dieſer Notiz bemerkt Notar Joh. Rempſtede auf der Kehrſeite, daß das Document in der Lübecker Appellationsſache von Herman am Freitage den 31. Juli 1472 producirt ſei.

Num. 4 (9) iſt die Deutſche Ausfertigung der Kaiſerlichen Commiſſion vom 15. Mai 1472, worin Kaiſer Friedrich III. Mauritium, Grauen zu Perimont und Burgemeiſter vnd Ratte der Statt Hamburg beauftragt, dieſe Appellationsſache zu entſcheiden, worin Arnold Pekelhernick als Procurator des Lübecker Bürgers Marquart Salig ſich namentlich darüber beſchwere, daß der Freigraf Smede das Privilegium verletzt, womit der Kaiſer die Stadt Lübeck und die Ihrigen hochbegnadigt, zumal da Bürgermeiſter und Rath zu Lübeck den Marquart abgefordert und dem Kläger zu ſeinem Recht zu verhelfen ſich erboten haben. Der Kaiſer delegirt dieſe Richter, da er yetz mit anndern vnſen vnd des Reichs mercklichen geſchefften beladen ſei. Die Urkunde ſtimmt in den allgemeinen Förmlichkeiten ſo genau mit derjenigen gleichen Inhalts überein, die Berck 2, 472 ff. mittheilt, daß dieſe nach der meinigen vielfach berichtigt werden kann, zumal da Letztere Num. 5 abermals vorkommt. Auf der Kehrſeite bemerkt Rempſtede, daß Magiſter Jo. Arndes Procurator am Freitage

1) Ein Cord Pickelhering kommt als Freigraf der Herrſchaft zur Lippe in einer Urkunde von 1458 vor, die in Bruns Beitr. S. 306 ff. ſteht. Vergl. Berck 2, 378.

den 26. Juni 1472 in theatro producirt, und Citation cum inhibitione gebeten und erlangt habe.

Num. 5 (3). Ein Document auf Pergament, mit dem Hamb. Stadtſiegel in Wachs, Deutſch abgefaßt, vam Freitag den 26. Juni 1472, in Gegenwart der Eraftigen manne Herren Johann Meſtwerten und Laurencius Rodtydken vnſer geſworen Scriner, deſſen zum Zeugniß geeſcht und gebeten, ausgefertigt von Johannes Remſtede, Kaiſerlichem Notar und geſchwornem Secretarius der Erſamen Mannen Hern Borgeremeiſter vnd Raedmann to Hamborg. Derſelbe kommt auch in dem bereits (§. 29) erwähnten Proceſſe des Scholaſticus Herman Duker c. den Prieſter Bremer als Bremer's Procurator vor, und iſt in dem W. P. Möllerſchen Verzeichniß der 27. Secretar 1464 — 1474. Es iſt eine von Bürgermeiſtern und Rathmannen von Hamburg als Richtern und Commiſſarien in jener Sache, an Herman Reyncken den Jüngern auf Anhalten Johan Arndes, Procurator von Marquard Zaligen, erlaſſene Ladung. Es wird auf die buchſtäblich mitgetheilte Kaiſerliche Commiſſion (Num. 4) Bezug genommen, ſo wie auf eine ebenfalls buchſtäblich mitgetheilte Acte vom 23. Juni 1472, in welcher der Graf Moritz den Bürgermeiſtern und Rathmannen zu Hamburg dieſe Entſcheidung allein überläßt, wante wy denne van mennichvoldigen eeliken noedzaken vns anliggende ſolcher Commiſſion nicht genugthun und nachkommen können.. Demgemäß laden Bürgermeiſter und Rath von Hamburg den Reyneken zu Greuenſtein, oder wo er ſonſt wohnhaft ſei, ſich verkehre oder wankende, ene werff ander werff drudde werff und peremtoriſch, auf den achtzehnten Tag nach Ueberantwortung oder Verkündigung dieſes Briefes, nämlich 6 Tage für den erſten, 6 für den zweiten und 6 für den letzten Termin, oder wenn der Tag kein Gerichtstag ſein würde, auf den nächſten Gerichtstag danach, auf dem Rathhauſe zu Hamburg zur Gerichtszeit, perſönlich oder durch einen bevollmächtigten Procurator zu erſcheinen, unter dem Präjudiz (mit zodaner zekeringe), daß widrigenfalls verfahren würde, und zwar ohne weitere Ladung, anders dan vp der dore vnſes Raedhuſes. Sie verbieten zugleich männiglich, gegen dieſen Befehl zu handeln, und dem Marquard irgend zu ſchaden

oder zu bekümmern, bei Strafe von 50 ℔ löthigen Goldes, halb dem Reichskammergericht, halb unſrer Stadtkammer verfallen. Gegeben und geſchehen zu Hamburg vp vnſem Raedhuſe to Richtetyddages dar wy in vnſen Raedſtolen rechte to delende vnd zake to horende ſeten. Dieſe Formel ſcheint damals bei uns üblich geweſen zu ſein. Sie kommt auch bei Berck 2, 471 vor.

§ 34.

Num. 6 (11). Die Vollmacht in Deutſcher Sprache von Marquard Salige an Johannes Arndes, Secretär des Raths in Lübeck, vom Sonntag den 21. Juni 1472, ausgefertigt vom kaiſerlichen öffentlichen Notar Laurencius Roſendal, Clericke des Stifts to Halberſtad. Ausweiſe der Regiſtratur Rempſtede's auf der Rückſeite producirt[1]) von Arndes in iudicio am Freitage den 26. Juni 1472.

Num. 7 (7). Ein Oktavblatt Papier, die Vollmacht, Deutſch verfaßt, von Reincken auf Hans Hoppener, geſchwornen Boten der Herren van Heſſen vnde der van Greuenſtein, ohne Unterſchrift, blos vp ſpacium deſſes breues myn merke gedrukt (§ 25). Datirt von St. Marien=Magdalenen Abend (21. Juli) 1472. Auf der Rückſeite bemerkt Jo. Rempſtede, Hoppener habe die Vollmacht am Mittwoch den 29. Juli producirt, und Jo. Berſenbrugge habe am Mittwoch den 11. Dec. ſie gefordert.

Num. 8 (10). Der von Hoppener in Deutſcher Sprache abgehaltene ſchriftliche Receß, auf Papier klein und flüchtig geſchrieben. Rempſtede bemerkt auf der Rückſeite, Hoppener habe dieſe Exceptiones am Mittwoch den 29. Juli abgegeben. Es verdient das Document ganz geleſen zu werden. Wenn darin der Reformation Kaiſer Friedrichs III. von Frankfurt 1442 (ſ. oben § 20) der Werth abgeſprochen wird, ſo mag ſich dies daraus erklären, daß ſie, wiewohl ſie dem Inhalt nach mit den früheren Reformationen der Freigerichte übereinſtimmt, dennoch von Wiſſenden nicht anerkannt wurde, weil Friedrich III nicht wiſſend, und dieſe Reformation ohne Wiſſen und Willen der Wiſſenden errichtet war Berck 2, 411. Allein wenn in dieſen

1) pel. dt. vielleicht perlustrandum dedit.

Exceptiones ſpeciell auf die Reformacie geſcheyn to Arnßburg Bezug genommen wird, ſo iſt es unſtreitig diejenige, welche der Erzbiſchof Dietrich von Köln in einem am 7. April 1437 unter ſeinem Vorſitz zu Arensberg gehaltenen General-Capitel nothgezwungen beſchließen ließ, nachdem in dem Ausſchreiben des Reichstags unter Kaiſer Sigismund nach Eger vom J. 1437 die Verbeſſerung der an öffentlichen und heimlichen Gerichten vorhandenen Misbräuche empfohlen war. Allein ſonderbar iſt es, daß Hoppener hier, wo gar kein erheblicher Unterſchied zwiſchen den beiden Reformationen zu finden iſt, der einen dennoch vor der anderen den Vorzug zueignet.

Num. 9 (8). Ein Blatt Papier, enthaltend ein ſchriftliches Maturationsgeſuch des Procurators von Marquard Saligen, von Herman Daſſel am Freitag den 31. Juli 1472 ausweiſe einer Rückbemerkung von Remſtede producirt.

Num. 10 (6). Die Antwort des Herman auf die Vollmachtübergabe abſeiten Hans Hoppener vom Freitage den 31. Juli 1472.

§ 35.

Num. 11 (2). Ein Document auf Pergament mit angehängtem Wachsſiegel. Eine vom Notar Hinrich Veeregge[1]) concordirte Abſchrift eines von Volkmarus de Anderten Decretorum Licentiatus, Geiſtlichen der Lübecker Kirche und General-Offizial des biſchöflichen Sitzes daſelbſt, auf Antrag des Venerabilis Utriusque iuris Doctor Johannes Oſthuſen, Syndicus und Procurator der Bürgermeiſter und des ganzen Raths der Kaiſerlichen Stadt Lübeck, gemachten Auszugs der Kaiſerlichen Reformation vom 31. Juli 1472 (vgl. § 20 u. 34). Ich habe dieſe Urkunde genau mit dem Abdruck der Reformation in der Neuen Samml. der Reichs-Abſchiede Fol. Frankfurt a. M. 1747 1, 172 verglichen, und bis auf unerhebliche Abweichungen übereinſtimmend geſunden. Wir ſehen hier übrigens, daß der Kaiſer erklärt, es ſolle nach Vorſchrift der Arensberger Reformation gehalten werden, wobei es bemerkt zu werden verdient, daß dieſe Arensberger ſich auch im Bremiſchen Raths-Denkelbuche, wonach Berck

1) Ueber das Siegel deſſelben vgl. oben § 25.

Digitized by Google

2, 491 ff. eben einen neuen Abdruck derſelben veranſtaltet hat, vgl. dazu Berck 2, 407 Anm. 917, und ferner, merkwürdig genug, ſogar in zwei Ausfertigungen im Archiv der Stadt Frankfurt am Main befindet, welche Urkunden beide von Uſener veröffentlicht ſind S. 114 ff. und 124 ff.

Num. 12 (4). Das Concept des Schluß-Erkenntniſſes in dieſer Sache. Eine Handſchrift auf Papier, vielfach corrigirt, allem Anſchein nach das Concept des Referenten im Rathe. Es enthält ſelbſt den Entwurf der Beglaubigung durch Remſtede. Die Urtheilsformel ſtimmt buchſtäblich mutatis mutandis mit der in Bercks Urkunde 2, 483 ff. überein.

Num. 13 (13) iſt auf Papier geſchrieben, das ziemlich unleſerlich geſchriebene eigenhändige Manuale von Rempſtede.

Beilagen.

I.

Acte aus dem Stadt-Archiv.

Cl. VII. Lit Ma No. 1. Vol. 5.

1.

(Pergament.)

Jw. Erſamen vnd vorſichtigen wiſen mannen Heren Borghermeſtern vnd Raedmannen to Hamborch vnſen beſunderen guden frunden. Doen wii Borghermeſter vnd Raedmanne der Stad Lubeke witlik vnd opembar betughende in vnd myt deſſem breue. Dat vor vnß is ghekomen de beſchedene Clawes Munther vnſe medeborgher. vnd hefft vnß to erkennende gheuen. wo dat he in vortyden van enes weghen ghenomet Michel Heyder gheheſſchet vnd gheladen ſy myn den myt rechte, vor enen frygreven ghenomet Reghenhart Laurindin in dat hemelyke gherichte. Des ſick denne deſulue Clawes Munther hefft beropen An vnſen den alreduvlufftigeſten vnd homethigeſten forſten vnd heren Heren Fredereik van Godes gnaden Romiſchen Keyſere to allen tyden merer des Rykes to Hunghern Dalmacien Croatien Konungk Hertogen to

Oſterrick ꝛc. Vnd to ſynen keyſerliken Gnaden geappelleret Vnde alsdenne van dem ſuluen vnſem Gnedigeſten Heren Romiſchen Keyſer zodane ſake der appellacien vnd beropinge iuwen Erſamheyden beuolen is Na inholde der Keyſerliken Commiſſien dar vp gegeuen Vnde deshaluen dem ſuluen Clawese Munther vor ewen Geſamheyden behoret to vorderende vnd to proſequern Des he doch vmme anderer anliggende ſelwe ſake dorch ſik ſuluen nicht ghewarden kan Dar vmme ſo hefft he in der beſten formen vnd wiſe alze he ſcholde vnd mochte dar ſulues vor vns gheſettet vnd ghekoren in ſynen vulmechtign vorweſere vnd procurator den beſchedenen Gherardum Redborch wiſer deſſes breues ieghenwardich to erſchinende vor iuwen Geſamtheiden in gherichte Vnd zodane ſake der Appellacien to vorvolgende to klagende vnde klaghe myt ſcrifften edder worden to gheuende klaghe vptonemende vnde darweder to ſprekende Eyde der waerheit to nemende vnde to doende in des ſuluen Claweſes ſele Artikele to ghevende vnd to nemende vnd den artikelen to antwordende Tuchniſſe to vorende vnder weder ſynes wederparts tuchniſſe to ſprekende Vnd de tughe to vorachtende vnde to Rigge to domende Ordele to biddende vnd horen to gheuende vnde enen anderen procurator offte mer an ſine ſtede to ſettende vnd weder to ropende vnde alle andere dinck in deſſer ſake vorderinghe not vnd behoff to doende offt ſe ok alzodanich weren dat ſe eſſcheden eynen beſunderen machtes breff edder groter beuel dan hir ynne vtgedrucket ſteit Vnd de deſulue Clawes Munther ſulueſt darby doen mochte offte he perſoneliken dar by were Stede vnd vaſt by macht vnd vullekomene werde to holdende allet wes de gntl. Gherardus Redborch edder de he vordan mechtigende wert dar by donde werden ſunder arghelist In tuchniſſe der warheit is vnſer ſtad Secretl. riggelinges ghedrucket vppe doſſen breff na xpm. ghebort veerteynhundert am Twe vnd Sostigeſten iare Am Denndaghe na Scholaſtice Virginis.

2.

(Ebenfalls auf Pergament zierlich geſchrieben auf einer Seite eines Folioblattes.)

Allen vnde igliken des hillighen Romeſchen Rykes Korfurſten Furſten Ertzebisſchoppen Bisſchoppen Hertoghen Marchgrauen

Lantgrauen Prelaten Grauen Frygen Rittern Knechten Borghermeſtern Amptluden Richteren Rederen Borgheren Ghemeynden vnderdanighen vnde ghetruwen in wat werden ſtate edder weſende de ſyn vnde ſunderghes Mychele Heydere vnde ghemeynliken allen vnde igliken den deſſen vnderſcreuen gheſcheffte anroret edder enygherleyewiß anroren mach to kunfftigen Enbeden wy Borghermeſtere vnde Ratmanne to Hamborgh Richter der zake vnde parte vnderſcreuen Heyl in den heren vnde vnſen vele warafftiger den Keyſerliken gheboden horſam to ſynde, vnde begheren iuw allen vorſcreuen weten dat wy langhe hyr beuorum des allerdorchluchtigeſten grotmoghenden furſten vnde hern her Frederikes van Godes Gnaden Romeſchen Keyſers to allen tiden merer des Rikes to Ungheren Dalmacien Croacien ꝛc. Konnighes, Herthoghen to Oſterick to Steyr, to Kornten vnde to Crayn, vnde Grauen to Tyrol ꝛc. vnſes gnedigeſten Hern Commiſſien myt ſynem Keyſerliken rugkelinges vpgedruckeden Ingheſeghele vorſeghelt ghantʒ heel vnde aller vordechtniſſe anich vns dorch den beſchedenen Gherardum Rethborgh vulmechtigen Procurator des vorſichtigen Clawes Munthers Borghers to Lubeck in derſuluen Keyſerliken Commiſſien benomet ouergheantwordet, myt ſulker zo ſik dat temede werdicheyt hebben entfangen aldus ludende **Wyr Friderich** von gottes gnaden Romiſcher keyſer zu allen ʒeitten merer des Reichs zu Hungern Dalmacien Croacien ꝛc. Kunig Hertʒog zu Oſterreich vnde zu Steir ꝛc. Entbietten den Erſamen Vnſen vnde des Reychs lieben ghetrewen Borghermeiſter vnd ratte der Stat zu Hamburgh vns gnad vnde alles gutt Erſamen lieben ghetrewen Sich hat Clawes Muntʒer burgher zu Lubeck von zolichen furladunghen vrteiln vnde proceſſen vnde beſwerungen, zo durch Reghenhard Laurindin der ſik nennet freygrefe zu freyenhage vor denſuluen freyenſtul vnder der Linden auff vermeinte clag vnde furbringe Michel Heyders wyder die Ordnungh vnde gheſetʒe vnſer gemainen kuniclichen Reformacien zu Frankfort beſloſſen, Auch uber das er demſelben Mychel Heyder vmb ennch ſeine clag vnde ſpruch, ob er der icht zu jm zu haben het vermaint einlendiſcher rechten vor ſeinen ordenlichen richter nie vorghewesen noch darvon im erfordert ſey. Vnd ober das die ghemelt ſache fur den vbgenanten freygrefen zu rechtuerdigen nit gehor noch

oder jn zu richten habe, für den yetzgenanten Mychel Heyder vnd wider jn ergangen vnd geſprochen ſeyn ſollen vnd der benant Michel wyder in vermeint erlanngt zu haben als beſwert an vns berufft vnde geappellirt nach Innhalt ains Inſtruments derſelben appellacion vns dar vmb furbracht vnd in meynung ſolicher appellacion vns vmb notdurftig hilff des rechtens demutichlich anruffen vnd bitten laſſen, Wann wir nu nyemand der vns vmb recht anrufft des verſagen ſollen, Darumb vnde zu furderlichen austrag der ſachen Auch dye partheyen mer coſt mue vnd zerung zu vertragen So empfelhen wyr euch, ſolich egemelt zache an vnſer ſtat geben euch auch hiemyt ganntzen vollen ghewalt myt deſſem brieff ernſtlich gebietende, das ir beid obgenant partheyen auff ainen benanten tag rechtlich fur euch heyſchet vnd ladet, vnd Sy alsdann beyderſeitt, der gemelten zachen halb, eigentlich vnde nach notdurfft verhoret, vnde Als ir die in recht erfindet euch mytſambt erklerung der pene vnſer kunichlichen Reformacion dar uber erkennet vnde myt ewrm rechtlichen ſpruch entſcheydet vnd ob einicher kuntſchafft oder getzeucknuß in den zachen zu verhoren begert vnde notdurftig ſein wurde, die auch rechtlich verhoret vnde ſolich perſon ſo in den ſachen zu getzeugen benennet, ſich jrer kuntſchaft edder ghetzeuckniß darum zu geben oder zu ſagen ſperren edder wideren wurden in welhem ſcheyn das beſchehe bey zimlichen vnd pillichen penen der Rechten darzu zwinget vnde halltet dat ſy dem rechte vnd der warhait zu hilff er gheſwore kuntſchaft vnde getzeucknuß darum gheben vnde ſagen als recht iſt vnd ob einicher teil auf ſolich ewr furheyſchung vor ew alsdann rechtlich nit erſchin nichts deſtmynder auf des anderen gehorſamen teils oder ſeins anwalts anruffen vnd eruordrung im Rechten volfaret vnde procediret, vnd ſuſt alles das hierum hanndelt tut gebietet vnd verpiettet das ſich in ſolichem nach ordenung des rechtens ze tunde geburet vnd notdurfftig ſein wirdet, Daran tut Ir vnſer ernſtlich meynung vnd gut geualle Geben zu Gretz am andern tag des monads September Nach xpi geburds viertzehenhundert vnd am Ainsundſechtzigiſten vnſer Riche des Romiſchen im zweyundtzweyntzigisſten des Keyſerthumbs im zehenden vnde des Hungeriſchen im dritten Jaren vnde benedden ſulber Commiſſien ſtoden van eyner anderen hant

gheſcreuen deſſe latynſchen wort ad mandatum Dni. Imperatoris Vlricus Weltzli Cancell **na welker** keyſerliken Commiſſion ouerantwordinghe vnde entfanghinge vns vnde dorch vns gheſcheen worden wy dorch den vpgent. Gherardum Retborg procurator Clawes Munthers vorſcreuen gheeſſchet anghelanget vnde ghebeden, dat wy to der execucien vnde vorvolghinge der vorſcreuen Commiſſion nach der formen vns vam keyſerliken ſtole beuolen procederen vortghan, vnde eme vnde ſynem parte Clawes Munther nottrofftige citacien vnde ladinge wedder ſyn wedderpart Mychel Heyder in zodaner keyſerliken Commiſſion benomet, vnde des ghelikes Inhibicien vnde vorbedinghe in wontliker formen gheuen vnde decerneren wolden vnde wente wy Borgermeiſter vnde Ratmanne to Hamborgh Richtere vnde Commiſſarien vorſcreuen erkanden dat zodane eſſchinge bede vnde vorderinge redelick weren vnde medeludende der vornufft Nachdem wy ock zodaner keyſerliken Commiſſien ghenoch doen vnde de vullenboren wolden zo wy ſchuldich weren Hyrvmme van Romiſcher keyſerliker gewalt vnde macht vns in deſſeme dele ghegeuen vnde beuolen decernereden vnde gheuen wy, dem vpgemelten Gherardo Retborg procurator vnde im namen Clawes Munthers vorſcreuen vp zodane ſyne vorderinge vnde vlitigen bede vnſe ſcrifftliken vorſegelden Citacien vnde ladebreue In welken wy den vorgent. Michel Heyder vp eynen zekeren dach in derſuluen vnſer ladinghe vtghedrucket namelike vp den achteynden gherichtes dach na deme dage alſe vnſe ladinghe em vorkundiget worde de negeſt volgende, vor vns perſonlick edder ſynen vulmechtigen vp vnſe rathues to Hamborgh to richtetyt dages to komende, vnde ſik vppe clage Clawes Munthers vnde ſyns procurators to uorantwordende, citerden eſſcheden vnde loden In welker ladinge wy ock allen vnde iglicken des hilgen romiſchen rikes ghetruwen vnde vnderſaten vnde ſunderges deme vpgenanten Reghenhart Laurendin frygreuen by ſware pene vorboden nichtes to beghinnende to vorvange zodanen vor vns hangendem rechte in formen zo vnſe ladinge dat vnder andern ynhelt, Vnde alſe wy Borgermeiſter vnde Ratmanne to Hamborgh richter vnde commiſſarien vorſcreuen am vorſcreuenen Achteynden dage de namelike was de vridach vor deme zondage alſe me in der hilligen kerken ſinget Jubilate negeſt vorleden tor

Tercien tyt vp vnſem rathues to Hamborgh to gherichte ſeten vnde van der Execucien vnde vorkundinghe der erſcreuen ladinge dorch vnſen gheſworn boden, de de ladinghe Mychel Heyders husvrouwe to baneberge in er hues vorkundiget ghewiſet vnde er copie dar aff ghegeuen, vnde vort deme rade darſulues to banebergh dat witlick gedaen hadde vp ſynen eyt ſo recht was vnderwiſet vnde nochaftich vorſeckert wer **Irschen** vor vns de Erſame Meſter Herman Heren van Dasle vulmechtige procurator Clawes Munthers vorſcreuen den deſulue Clawes Munther ertides perſonlick vor vns dar to gheſettet ghekorn vnde erwelt hadde, vnde vorclagede den vnhorſam des wedderdeyls Mychel Heyders vorſcreuen vnde bat vns dat wy denſuluen Mychel, nachdeme noch he noch yemat anders van ſynen wegen vulmechtich irſchene, vnhorſam achten vnd contumaciam imputeren, vnde ene vnde ſyne vulmechtige vpp eynen ſekeren gherichtes dach noch vor vns to komende vnde zodane clage vnde to ſprake alſe he van ſynes hovetmans wegen Clawes Munthers wedder en vormeynde to hebbende to horende vnde vurder to ſeende dat zodane breue vnde inſtrumente de eme van ſynes hovetmannes wegen to der vullenvoringe ſulber clage vnde toſprake denen mochten vorgebracht worden Eſſchen ropen vnde citeren laten wolden alſe des rikes recht were, Des achteden vnde reputerden wy Borgermeiſter vnd Ratmanne to Hamborgh richter vnde Commiſſarien vorſcreuen den ergenanten Michele Heyder deſulues vnhorſam alſe he ock bilben na rechte vnhorſam to achtende was, vnde leten vort torvorderinghe vnde vlitigen bede des ergnt. Meſter Hermans procurator vnde jm namen Clawes Munthers vorſcreuen, Denſuluen Michel Heyder vnde ſynen vulmechtigen openbarn van vn vor vnſem Rathues to Hamborg alſe vnſes rathuſes dorne gheopent were, vnde wy to gherichte ſeten dorch vnſen gheſworen ſchenken vor vns vp eynen ſekeren dach namelike den mydweken na ſunten peter vnde pauwels dage der werden apoſtele negeſt vorleden to komende vnde de toſprake vnde clage des vorgnt. Meſter Hermens van ſyns houetmans wegen Clawes Munthers tohorende vnde breue vnde Inſtrument der em to vullenvoringe ſulber toſprake vnde clage behoff worden to ſeende to horende vnde vortobringende eſſchen ropen vnde laden alſe des rikes recht was

Vnde alſe wy Borgermeiſter vnde Ratmanne to Hamborgh richter vnde commiſſarien vorſcreuen am bouengheſcreuen midweken to der tercien tyt vppe vnſem rathues to Hamborgh auer to gherichte ſeten erſcheen vor vns de ergnt. Meſter Herman procurator vnde in deme namen vorſcreuen vnde vorclagede auer den vnhorſam Mychel Heyders vnde bat vns nach dem noch Mychel Heyder noch iemat anders van ſynet wegen vulmechtich erſchene, dat wy ſyne clage vnde toſprake ſo he van Clawes Munthers wegen ſyns houetmans wedder Mychel Heyder hadde horen vnde ſyne breue vnde Inſtrumente der em in ſodan ſake behoff wen. entfangen vnde vns dar vth voryndern vnde informeren wolden, des achteden vnde reputerden wy den upgnt. Mychel Heyder auer vnhorſam, vnde erloueden deme ergnt. Meſter Herman procurator vnde Imm deme vorſcreuen ſyne clage vnde toſprake to openende vnde ſyne Inſtrumente vnde breue vorgerort vortobringende, Welke Meſter Herman procurator vnde Imm namen Clawes Munthers vorſcreuen Do van Stund an vorgaff zede vnde clagede wodanewys dat w. in vorledene tiden gheſcheen were dat Mychael Heyder Claweſen Munther ſynen houetman vnde Reymer Munther ſynes houetmans broder ert vor Schepen vnde Rade to Magdeborgh Dar na vor deme Rade to Lubek vnde tom drudden male vor ſchulten vnde ſchepen der ſtad Nurenberge van itliker guder wegen de Mychel to Lubeke van demeſuluen Clawes Munther vnde Reymers Munthers ſynes broder wegen entvromedet weſen ſcholden vorgenomen beſchuldiget vnde beclaget hadde, des were Reymer Munther vor ſik vnde ſynes broders Clawes Munther wegen van zodaner toſprake Mychel Heyders vor ſchulte vnde ſchepe to Nurenberge vorſcreuen myt ordele vnde rechte ghantz leddich vnde loos ghedelet na inholde eynes openen beſegelden pergamentes breues myt des gherichtes ſeghele der ſtad Nurenberghe verſegelt den Meſter Herman vor vns in gherichte lede, vnde bouen zodane entlik aftgherichtet[1]) recht vnde ende de ſake hedde Mychel Heyder Clawese Munther in menigen enden vnde gherichten borghenamen vmedrens citeret

1) Von hier an wird die Handſchrift flüchtiger und unleſerlicher.

Digitized by Google

vnde laden laten vnde vp grote koſt vnde ſchaden ghebracht vnde hadde en nu vp dat lateſte vor den vrienſtoel Reghenhart Laurendin vriegreuen tom Vrienhagen vorghenomen vnde dur gheeſſchet vnde ghebeeden laten, van welker ladinge Clawes Munther alſe beſwaret an den alderdordhluchtigſten furſten vnde heren Hern Frederike Romeſchen keyſer na inholde eynes openbaren inſtrumentes dat Meſter Herman vor vns desghelikeu in gherichte lede appelleret hedde, welke here Romeſſche Keyſer deme vorgnt. vrygreuen inhiberet vnde vns zodane zake der appellacien beualen hadde, vnde deſſe vmedringhe moyeniſſe vnde allent dat vorgheroret is hadde Mychel Heyder Clawese Munther ghedan wedder god affghericheit recht vnde de gemeyne reformacien lateſt to Francfort van deme vpgenanten vnſem Heren deme Romeſſchen Keyſere ghemaket, vnde bat vns wanner wy ſulber vorſcreuen dinghe vnde der vnbillike vornemynghe Mychel Heyders zo vele des noet vnde behoff were vnde wyrt were dat wy dene deme dicke gnt. Mychele vp eyne zekere tyt vor vns to komende ropen citeren vnde laden laten wolden, vnde eme vppe alle vorſcreuen ſtucke eyn ewich ſwigent wolden beden vnde anleggen vnde in de penen der vorſcreuenen reformacien erkennen, vnde Clawes Munthers appellacien vorſcreuen rechtesdige myt condemnacien vnde vorordelinge koſt vnde theringe dar vmme gheſcheyn vnde gedan in formen zo Meſter Hermans bede vnde begherte de wy vmme der korte willen hyr vorhalet willen hebben, dat vnder anderen inholt Des leten wy Borgermeiſter vnde Radmanne to Hamborgh richter vnde Commiſſarien vorſcreuen dorch bede vnde vlitige begehrte Meſter Hermans procurator vnde im namen Clawes Munthers vorſcr. den dickegnt. Mychel Heyder vnde ſynen vulmechtigen auer van vnde vor vnſem radhues to Hamborgh dorch den vorgnt. vnſen ſworen ſchenken vor vns up eynen ſekeren dach namelike vp den vridach vor mathei des werdigen apoſtels negeſt vorleden tokomenden vnde dat entlike ordel vnde ſentencien in der dicke gherorden ſake vnde toſprake alſe des rikes recht was openbar vnde alſe vnſes radhuſes dorne opent weren eſſchen laden vnde ropen vnde alſe wy an deme vorſcreuenen vridage vor mathei tor tercien tyt vppe vnſem vorſcreuen radhues to Hamborgh auer to richte ſeten, Irſcheen vor vns de ergnt. Meſter Herman procurator im

namen vorſcreuen vnde vorclagede den manichuoldigen vnhorſam Mychel Heyders vnde bat vns myt gantzem vlite nachdeme wy nu vulbemeldte in der zake vorgheroret muntlike vnde ſcrifftlike vnderwiſet weren, dat wy d' zake eyne ende gheuen vnde dar ynne entliken beſluten ordelen vnde ſentencieren wolden. Des erhorden wy do zodane vlitige bede Meſter Herman procurator vnde im namen vorſcr. vnde na vlitiger ouertrachtinge vnde vorhoringe aller ſcriffte vnde breue vor vns in gherichte ghelecht beſloten concluderden wy in der zake vnde ſentencierden in formen vnde maneren zo hyr na volget **Wy Borgermeſter** vnde Ratmanne to Hamborgh ſittende to gherichte vnde allene god vor ogen hebbende na rade vnde vulbort der de ſick rechtes vornemen dorch deſſet vnſe entlike ordel dat wy im namen godes in deſſen ſcrifften vtſpreken erkenen ordelen vnde ſentencieren Dat zodane errige meyninghe vnreſte vordret vermedringe vor eſſchinge vnde ladinghe Clawes Munther van wegen Mychel Heyders itliker tohopedichteden clachte vnde toſprake haluen vor deme vrienſtole Regenhart Laurendin vrigreuen tom vrienhagen vnde anden enden mannigerleyewys gheſcheyn vreueliken vnrechtuerdigen vnde van eyghener vormetenheit gheſcheyn ſyn, vnde ſyn an em ſulues alle vreuel vnrechtuerdig vnde vormeten vnde dat Mychel Heyder ſulbe dingk vortonemende, nicht hebbe ghetemet noch teme, vnde dat Clawes Munther van ſulber vornemynge errighe Citacien ladinghe deme vpghemelten vrigreuen vnde vrienſtolen vnſen aldergnedigeſten Hrn Hern Frederike Romiſſchen keiſere vnde ſynen keyſerliken maieſtaed ſtole wol hefft mogen appelleren vnde appelleret hefft Vnde dat de ghantze proceß Reghenhardes Laurendin vrigreuen vorſcreuen wedder Clawes Munther gheſcheen ghantz kraftloes doet vnde aue ſyn ſchulle, zo wy de ock yeghenwardigen ghantz doet crafftloes vnde aue deylen vnde erkennen, vnde dat Mychel Heyder vp allet vorſcreuen eyn ewich ſwigen to bedende vnde antoleggende ſy, So wy em dat ock yegenwardigen beyden vnde anleggen, vnde dat deſulue Michel Heyder Clawes Munther koſt vnde theringe dar vmme gheſcheyn vnde ghedaen ſchuldich ſy, vnde is to betalende vnde weddertoleggende, welke koſt vnde theringe wy vns beholden hernamals to taxerende, vnde to deſſer vorſcreuenen vnſer entliken ſentencien in ſcrifften ghegheuen, Declarerde vnde

vtſpreken wy vorgnt. borgermeſter vnde ratmanne to Hamborgh Commiſſarii vnde richter vorſcreu. dorch den erſamen Hern Detleff Bremer vnſen borgermeſter den gnt. Mychel Heyder vmme de vorberorde ſyne vnbillike vornemynge Clawes Munthers in de pene der ghemeynen reformacien lateſte von deme vorgnt. vnſem gnedigeſten Hern Keyſer do in konichliker werde ſynde to Francford ghemaket in welke pene wy denſuluen Mychel yegenwardigen declareren vnde ſpreken in krafft deſſes breues vnde na der tyt dat zodane vnſe vorſcreuen entlike ſentencie vnde declaracie vthgheſproken were vnde darvan to rechten tyden nicht appelleret was, leten wy Borgermeſter vnde Ratmanne to Hamborgh Richter vnde Commiſſarien vorſcr. to vorderinghe eſſchinghe vnde bede Meſter Hermans procurator vnde im namen vorſcreu. den ergnt. Mychel Heyder vnde ſynen vulmechtigen vmme vor vns vp den zonauent vor Luce evangeliſte negeſt vorleden to ueſper tyt Dages to komende vnde to horende dat de vorſcreuen koſt vnde theringe in deſſer zake ſcheen, dorch vns tareret, vnde de erſcreuene vnſe ſentencie vorvolget vnde excipieret, vnde nottrofftige breue vnde proceſſe dar vp ghegeuen vnde decerneret worden alſe des rikes recht was vnde in formen ſo bauen gheroret is eſſchen ropen vnde laden, vnde nachdeme wy vp den vorſcreuen. zonauent tor veſper tyt vp vnſem radhues to Hamborgh to gherichte ſeten vnde Mychel Heyder vnde ſyn vulmechtige auer vnhorſamlike vthebleuen vnde nicht irſchenen So tarerden wy de erſcreuen koſt vnde theringe dar ane Mychel Heyder in der vorſcreuenen vnſer entliken ſentencien condempneret vnde Clawes Munther ſchuldig is to betalende na redeliker metinghe vppe lxx rynſche gulden Do wy ock yeghenwerdigen alſo tareren, Na deme Meſter Herman procurator vnde im namen Clawes Munther vorſcr. de myt ſyneme ede in de zele ſynes houetmans erſcreuen alſo beholden vnde beſworen hefft vnde to vordereme vnhorſame Mychel Heyder vnde ſynes vulmechtigen vorſcreuen vnde vppe vordere bede Meſter Herman procurator vnde im namen vorſcr. anſeende vnde ouertrachtende, dat it wenich vorſleyt ordele vnde ſentencien to gheuende id en ſy dat me de exequere vnde vorvolghe, Decernerden wy do vnde decerneren yegenwerdige van romiſſcher keyſerliker ghewalt vnde macht vorſcreuen dat de vorſcreuen. vnſe

entlike ſentencie were ſy vnde is billike to exequerende vnde to vorvolgende, vnde dat darup nottrofftige proceſſe vnde breue were vnde ſynt to gheuende, zo wy ock deſſen yegenwardigen proceſſ vnde breff vnder vnſem anhangende inghesegele vorſegelt erlouet vnde gheuen hebben **welke vorſcreuene Dingk** alle ſametlik vnde itlik beſunderes vnde deſſen vnſen proceſſ vorkundigen wy borgermeſtere vnde ratmanne to Hamborgh richter vnde Commiſſarien vorſcreuen iuw alle vnde igliken des hilligen romeſſchen rikes vorben. ghetruwen vnde vnderſaten, vnde ſunderges Mychel Heyder dickegnt. vnde beyden juw alle vnde eyneme igliken beſunderen van romiſſcher keyſerliker walt vnde macht boueſcreuen by des hilligen rikes horſam vnde by pene teyn mark goldes der keyſerliken kameren vnuorlatlike to betalende waner gy vnde eyn jewelk van iuw dorch Clawese Munther vnde ſynen vulmechtigen vormiddelſt deſſeme yegenwardigen proceſſe vnde breue gheeſſchet vnde manet werden vnde wert, Dat gy denne dar na bynnen ſees Dagen alſo gy erſt mogen, Der ergnt. Mychel Heyder perſonliken vorſoken eme deſſen yeghenwardigen proceſſ vorkundigen vnde witlik doen vnde darmede eſſchen vnde requireren welken Mychel Heyder wy yeghenwardige in Krafft deſſes breues, ock alſo eſſchen vnde vormanen, dat he bynnen twintich dagen na ſulber vorkundige vnde eſſchinge der erſcreuen vnſer entlike ſentencien horich vnde horſam ſy degher genoch do vnde van der vermedrynge moyeniſſe erringe perturbacien vnde veracien Clawes Munthers vorſcr. vorbat ghentzlike late vnde demeſuluen Clawese Munther zodane taxerde koſte vnde theringe namentlike ſeuentich rynſche gulden vorſcreuen ghentzlike betale edder ſik myt eme edder ſynem vulmechtigen procurator darvmme fruntlike vordrege, Weret auer dat Mychel Heyder ſik in uordere vnhorſam des hilligen rikes ſettede vnde nicht en dede alſo vorſcreuen ſteyt denne eſſchen vnde beden wy juw allen vnde igliken vorſcreuenen van vorgherorden keyſerliken ghewalt vnde macht vnde by horſame vnde pene vorgherort Dat gy denne denſuluen Michel Heyder wor vnde wanner gy ſyne perſonen edder guder bewechlik vnde vnbewechlik bebinden edder bekomen konen effte mogen vpholden touen arreſteren hinderen vnde bekummeren vnde de ock alſo arreſteret vnde bekummert holden zo langhe he deme hilligen

Digitized by Google

romeſſchen rike vnſen geboden vnde vns horſam werde, vnde der vorſcreuen. vns. entliken ſentencien ghenoch do, vnde dat gy vnde eyn itlik van iuw Dar aff nicht enlate id en ſy dat gy van der keyſerliken maieſtaed edder vns anders was beualen effte gheboden edder ſcreuen werde. **In orkunde** aller deſſer vorſcreuen. dinghe hebbe wy borgermeſter vnde ratmanne to Hamborgh richter vnde Commiſſarien dicke ghenomet vnſer ſtad inghesegel beneddene an deſſen breff vnde proceſs heten hangen De ghegeuen vnde ſcreuen is na der bort Xti vnſes Hern Duſentveerhundert un twe vnde ſoſtigeſten Jare des Vridages na luce des werdigen ewangeliſten.

In dorso dieſer Urkunde ſteht:

Processus executorialis quae (senatus?) ex commissione imperiali pro Nicolao Munster et contra Michaelem Heyder. Anno 1462.

II.

Acte aus dem Stadtarchiv.

Cl. V Lit. B1 F. 40.

Hamb. Appellation ad Caesarem vel Sedem Apostolicam
a
Frigravio Bergfeldensi (in der Herrſchaft Ravensberg)
in causa
Johan Beckers alias Smedincks. Ao. 1467. 26. Nov.

Conf. Cl. VII. Lit. Ma No. 1 Vol. 5.

Act. 1.

In nomine Domini amen. Per hoc praesens publicum Instrumentum pateat cunctis audientibus quod anno a nativitate eiusdem millesimo quadringentesimo sexagesimo septimo Indictione quintadecima Die vero Jovis vicesima sexta mensis Novembris hora decima ante meridiem uel quasi, Pontificatus sanctissimi in Christo patris et Domini nostri Domini Pauli Diuina providentia papae octaui anno quarto. In mei notarii publici et testium infrascriptorum ad hoc vocatorum specialiter et rogatorum praesentia personaliter constitutus Honorabilis

necnon Discretus vir Magister Johannes Hallendorp procur. et eo nomine prudentum virorum Erici de Tzeuen Alberti Schilling Henrici Lopoaw et Henrici Murmester Burgimagistrorum Johannis Gerwer Helmici de Rentelen Pardaun Lutteken Godfridi Thoden Henninghi Groten Hermanni Kroger Consulum Meynonis de Ollensen Euerhardi Duderstad et Henrici Middesborg mercatorum tamquam seniorum partium opidi Hamburgensis Bremensis dioeceseos, De cuius procurationis mandato mihi Notario publico infrascripto hinc constabat prout et constat procuratorium dicte ciuitatis habens et tenens in suis manibus, quando papiri cedulam, notam cuiusdam procuracionis appellacionis et protestacionis in se continens Infra scripti tenoris, quam in medium produxit et legi peciit, protestabatur primo et ante omnia quod propter iustum metum qui causa caderet in constantem virum non audeat neque habere possit procuratorem qui audeat appellare et appellacionem interponere, siue intimare coram sede et loco liberi Judicii in Berchuelde et quodam Hinrico tom Busche Vrygrauio ibidem Quo circa omnibus meliore modo via jure circa formam et effectum quibus melius potuit et debuit pro se dictisque ciuitate singulisque expressis eisque adherens et adherere volens eorumdem procuratorio nomine coram me Notario publico et testibus infrascriptis prouocauit appellauit ipsamque appellacionem interposuit apostolosque testimoniales et alios qui sibi de iure debeantur peciit protestatus fuit et alia fecit quemadmodum in ipsa cedula lacius continetur. Cui sic prouocanti appellanti et apostolos petenti Ego Notàrius publicus apostolos tales quales de iure dare potui videlicet testimoniales dedi, Super quibus omnibus et singulis praemissis praefatus Magister Johannes Hallendorp Procur antedictus petiuit sibi a me Notario publico infrascripto fieri unum vel plura publicum seu publica instrum ut Instra. Tenor vero dictae appellacionis cedule de qua supra fit mencio sequitur de verbo ad verbum et est talis. In den Namen vnd in de ere der hilligen Dreuoldicheit des allmechtigen ewigen Godes vnd dorch des rechten willen, wante denne twe ſwerde dat geiſtlike vnſern hilligen Vadere, dem Paweſte vnd Stole to Rome, vnd dat werldlike dem grotmechtigeſten vnuor-

winlikeſten Romiſchen Keyſer van dem almechtigen gode ſint beuolen, dem rechte hulpe vnd byſtand to donde, vnd allen de vnrecht ſyn wedderſtand to done mit der rechticheid, hyr vnd vor Juw van keyſerliker gewald notario vnd apembary ſcriuere vnd den tügen hyr jegenwardich, Jck meiſter Johan Hallendorp in namen vnd van wegen alſo een vulmechtich procur der Erſamen vorſichtigen Hern Borgeremeiſtern Radmann vnd gemeenheid to Hamborg, In dem ſynne vnd in menynghe to appeleren beſchweringe des Rechten des Stoles to Rome ofte des grotmechtigeſten Hern Romiſchen Keyſers vnd des hilligen Romiſchen Rykes antoropende Apoſtele mit vlite to biddende vnd to entfangen, der vorbenompten myner Heren ere lyff geruchte vnd gud mit den eren vnder ſekere vryheid vnd beſcheringe des Hilligen Romiſchen Rykes to ſettende vnd fort alle des nageſcreuen ſtrit to donde, So ſegge ik vnd vorbringe aldus, Waldan Hinrik tom Buſche des vrygenſtoles to Berchuelde, vnde der Herſchop to Rauensberge ſik nomende vrygreve, Johan Becker Anders Smedinck ofte jenich der zake toſtender by truwe vnd geſworn eeden, denſuluen vnſen allergnedigeſten Heren dem Romiſchen Keyſer vnd dem hilligen Romiſchen Ryche ſunderlinges to der hilligen hemeliken achte Rechte gedaen wol plichtich weren to achtende vnd to weten, Dat ſe an dat hemelike richte numende eſchen, noch vnd zake ſcolden vorbaden laten denne de, vnd vmb zake darna Rechte geborden, vnd ofte dar Jemend hen vorfordert worde, de ſich vor ſinen natürliken Hern of geborliken Richters edder jenigen ſinen lantlopige gerichte rechtes erbode vnd ſodaniges den vrygreuen toweten dede vnd afforderde mit twen vmbeſprocken mannen troſtung to den eren mit velicheiden des clegers dat alsdan ſolike ladinge vnd vorderinge ſunder jenige Jndracht des vrygreue ofte hemeliken Rechte ſcolde genslich aue ſyn, vnd dan der zake nagegangen werden vor dem Richter ofte Hern dar de henne hörde, vnd wat dar enbouen geſchege gensliken craftloes machtloes vnd van vnwerde, vnd dan deſelue Frygreue vnd clegere in ſware poene voruallen ſyn, So men hyraff egentlike bewiſinghe hebben vnd vinden mach in der Reformation van wegen Hern Frederichs jegenwardiges Romiſchen Keyſers mit Rade vnd byweſend des hilligen Romiſchen Rychs Koerfurſten bynnen

Digitized by Google

Ffrancford vnder andern Ordeningen vnd geboderen geſat vnd gegeuen, vnd wo wol myne Hern vnd de ere ne to jenigen tyden dem clegere ere oft rechts vor eren naturliken geborliken Heren noch jenich ſiner gnaden lantlopigen gerichten geweigert oft vthgegeuen hebben ſunder deshalven ne voruolget noch vorclaget vnd ok den vrygrau vnd cleger in maten vorſcrew na lude vnd geſette der Reformacien geborlichen affgefordert des he vnd Johan Becker vnd ſine toſtender alle nicht geachtet ſunder vorſlagen hebben, Waldan dorch myner Procurator. Hern vnd der erer vulmechtigen ouernutzlaſtigen arbeyde vnd vnderwiſinge dartogebracht vnd gerichtliken vorhandelt vnd beſloten was, ſo dat Johan Becker vnd de ſyne ſodan ere toſprake vnd de van Hamborg der zake geliken ſolden vnd wolden vorbliuen, by den Erſamen vorſichtigen Hern Borgermeiſtern vnd Radmann to Lubeke, alſo, wolden de van Lubeke dat annemen vnd de parte bynnen achte dagen in frundlicheit ofte in dem beſcreuen Keyſerrechte de zake bynnen veerteyn nachten darna wan Johan cleger dat an ſe brachte vthſpreken vnd ſcheden vnd de frundlike ſcheit mit beyder parte weten ſolde geſcheen des wolden beyde parte vreden vnd darmede geſcheden ſyn vnd wan alſulk vthſproke gheſchen vnd vullentogen were dan ſolde dat ſulue hemelike gerichte aue ſyn, vnd wo de Erſame van Lubeke de zake nicht annemeden vnd vorſchededen, dat ſolde men dat gerichte continueren ſo de proceſſ van deſulue frygreue in mathen vorgeſcr. vorhandelt vnd beſegeld clarliken Inneholt vnd vthwyſet vp wellicherem proceſſ de beyden parte unbedwungen mit vryen willen vnd wolbedachten mode hebben compromitteret vnd der zake genzlich tom gantzen ende mit allen dat daran cleuen vnd inuallen mach vorbleuen by eyner pene van duſent Rinſchen gulden, darby to latende wes de Erſame van Lubeke vor vrundſcop ofte recht erkanden, wellicheren vthſproke vnd ſchedinge deſelue Johan Becker louede horich vnd horſam to weſende by bote vnd pene vorgeſcr. vnd vorder beyde parte in demſuluen compromiſſe mit wolbedachtem mode vnd vryen willen renuncieret ouergegeuen quytgeſculden ſik begeuen vnd vorlaten hebben alle exceptien in ſprake hulpe wedderrede aller peweſtliken vnd keyſerliken rechte wonheide geſcreuen vnd vngeſcreven aller byſprake vnd ok des keyſerliken vnd vryſchepen

gerichtes it were hemelich oft apenbar, So men dijt vnder lengeren in dem Inſtrumento compromiſſ. begrepen mach bewyſen vnd betugen, vp wellicher vorſcr. deſeluen Erſamen Hern van lubeke ſchedesrichter und compromiſſarii de vrundlicheit ſo vorſcreu. is vorſocht hebben de ſich dan nicht heft mogen vinden, woldan ſodanes in derſeluen myner procurator. heren gebrek nicht geweſten is nadem ſe em ok van rechtes vnd godes wegen nicht ſculdich vorhopeden to ſynde ſo de ſchichte doch ſunder eren heten weten willen vnd vulbord geſcheen van ſtorme weders vnd windes wegen ſunder en ſodans leid were ſo men uterliken in erer antwerde articulos vnd tuchniſſe in den proceſſen begrepen wol mach vornemen, vnd na ſodanem vorhandele de Erſamen vorſichtigen van lubeke, de zake vordan na beſcreuen keyſerrechte na lude des proceſſ vnd compromiſſ dorch begerte der beyder parthye hebben vorgenamen, dar denne Johan Becker Anders Smedingk vulmechtich ok ſyner beyder brodere wiikaftich vnd vorvluchtich dem rechte is geworden, So dat de Erſame van Lubeke nichtesdemyn na vorbliuinge vnd na lude des Compromiſſ vpp des gehorſamen nemptlich myner procurator Heren vnd der eren deel procederet vnd na beſcreu. keyſerrechte vullenfaren hebben denſulven Johannem mit ſinen toſtenderen der zake genßlich vellich mit richtinge aller koſte vnd ſchaden gewyſet vnd eme vnd ſinen toſtenderen dar en ewich ſwygen vpgeboden by pene bothe vnd broke in dem compromiſſe vthgedruckt vnd de Borgermeiſter Raed vnd gemeinheit to Hamborg genßlichen quyt lediget vnd abſolueret hebben ſo men wol to rechte mach want vannoden is betugen, wellicher alle vorſcr. mit vmbſtandicheit der zake des proceß compromiſſ articule tüchniſſe vor wilkore vnd renunciacien des hemeliken ofte openbaren vryen gerichtes mit ordele vorhandelinge vnd uthſproke der Compromiſſarii vnd ſchedesrichtere vorbenompt denſuluen Hinriche tom Buſche vrygreuen bygebracht vnd vorkundiget is Des he alle tegen God ere und recht vormeteliken vppebegerte vnd geſynnent Johan Beckers vnd der ſyner bouen ſodan vorwillekoret affgerichtet entlich recht, waldan dat hemelike gerichte affgeſtalt was nicht geachtet ſunder heſt vmborliken procederet, vnd na ſynen und des clegers vormeteliken willen vullefaren, Des doch teyn dage noch nicht vorleden en ſyn, Darmede myne

Digitized by Google

Hern vnd ich vnd de ere groſliken ſint beſweret vorkortet vnd vorvnrechtet tegen Reformacien geſette vnd gebodere des hilligen Rychs ock tegen geiſtlich wertlich ofte keyſerrechte ſo men de weigeringe vnd affſtellinge ſunder vorder jenigerleye wys to forderende vanwegen des vilgen. Johans vnd der ſyner nicht heft affſtellen willen, Alſo denne de erbenompten Hern Borgermeiſter Raed vnd gantze gemeynheit to Hamborg vorgen. vnd ich hyrmede merkeliken ſint beſweret vorkortet vnd vorvnrechtet bouen vnd tegen recht ſo vorſcrew ſteit befruchtende vthe merckeliken zaken vnd kentliken warteken vorder beſweringe en vnd my mochten beſchein, Darvmb beholclich nullitaten craftlosheit vnd machtlosheit der alingen forderinghe des hemeliken gerichtes vnd rechten vthgenomen den proceſſ dar beyde parthe der zake by dem Erſamen Rade van lubeke anne vorbleuen ſyn, Darvmb de peene der Reformacien vnd Compromiſſ mit richtinge vnd condempnacien der koſte vnd ſchaden na lude der Sentencien to forderen vnd to bemanen vnuorſumelich, So vele my des im rechten to donde is, na geſette vorgeſcr. van allen vnd etliken beſwaringen vnd laſt vte duſſen vorgeſcrew to vorgadderende So appellere ick meiſter Johan Hallendorp in namen vnd van wegen myner heren vnd der erer vorbenompt tegen den genanten Hinriche tom Buſche vrygreue tegen den vormeten Johan Beckere anders ſmedingh genompt tegen ſine brodere vnd alle der deß zake in jenigerwiize mochten to donde hebben ofte krygen, vnd berope my dorch geborlicher ſcheldinge wedderſprake vnd wedderachtent in vnd ouer mitz Duſſer ſcrift an vnſen hilligen vader den Pawes vnd an den Stoell to Rome ofte an den alderdorchluchtigeſten grotmechtigeſten Romiſchen Keyſer an ſyner keyſerlichen gnade Camergerichte Hoffgerichte vnd an dat hillige Romiſche Ryche dar my na rechte Reſcripten Priuilegien ofte na older gewonte geborlich is to appelleren vnd de vorbenompten belaſtinge vnd beſwaringe to vordedingen vnd de pene to bemanen vnd ick bidde ene worue anderworff vnd derdeworff anſtentlich anſtentlicher vnd alleranſtentlicheſt tüchlike Apoſtele na eſchinge vnd gebore duſſer Appellacien, vnd ſette myne Hern vnd de ere vnd myſulues, er vnd myn vnd alle der ghener De duſſer Appellacien adhereren werden lyff ere geruchte vnd gud, vnder vrygheit vnd beſcheninge des

Stoles to Rome vnd vnſes allergnedigeſten Hern des Romiſchen Keyſers, vnd des Hilligen Romiſchen Rychs, Ock proteſtere vnd beuorworde ich duſſe jegenwardigen appellacien to mogen vorbeteren vormeren vormynneren toſetten vnd afnemen vorkundigen vnd voruolgen mit penen des Rechten geſatt tegen de ghene de vorſmaen Appellacien an dat Hillige Romeſche Ryche vnd vord alles rechten behelp vnd gnade Beholtlich ſo ſich van rechte ofte na gemeyner gewonte in des Hilligen Romeſchen Paweſtliken eder Keyſerliken gerichten ſal mogen geboren, Vnd eſche Juw apenbaren Notar. dat gy my hyr vpmaken een edder mere apenbar. Inſtrumente vnd de Erſamen manne hyr jegenwardich duſſes vortüge Dechtich to bliuende, Acta fuerunt hec in Ciuitate Monasteriensi in Domo Johannis Plonyes ciuis Monasteriensis Sub anno Dni die mense hora et Indictione ac Pontificatu quibus supra Praesentibus Ibidem Honorabilibus et discretis uiris Dno Hermanno Pape Psbro. Colon. dioc. et Johanne Plonyes Ciue predicto Testibus ad praemissa vocatis specialiter et rogatis. Et ego Hinricus Valke De Lippia Clericus Coloniensis dioceseos publicus Imperiali auctoritate Notarius Quia Prouocacioni Appellacioni Apostolorumque peticioni et dacioni Protestationique necnon omnibus aliis et singulis dum sic ut premittitur fieret et ageretur unacum prenominatis testibus praesens interfui eaque sic fieri vidi et audiui Ideoque praesens publicum Instrumentum per me manuque mea propria conscriptum exinde confeci subscripsi publicaui et in hanc publicam formam redegi quod signo nomine et cognomine meis solitis et consuetis signavi rogatus et requisitus in fidem et testimonium omnium et singulorum premissorum.

Darunter ſteht von anderer Hand:

Auschultata est praesens copia per me Johannem Podendorp clericum Verdensis dioceseos Imperiali auctoritate notarium et concordat. cum suo vero originali quod manu mea protestor propria.

In dorso ſteht von neuerer Hand:

Hamb. Appellation ad Caesarem vel Sedem Apostolicam a Frigrauio Bergfeldensi (in der Herrſchaft Ravensberg) in causa Johan Beckers alias Smedincks.

Nebſt anliegenden Actis.

Digitized by Google

2.

In nomine Domini amen. Per hoc praesens publicum Instrumentum cunctis pateat audientibus Quod anno a Natiuitate Dni millesimo quadringentesimo sexagesimo septimo Indictione decima quinta, Die vero mercurii, Secunda mensis Decembris, hora vesperorum uel quasi, Pontificatus sanctissimi in Christo patris et Domini nostri Domini Pauli Diuina Prouidentia pape anno Quarto ac Serenissimi et Inuictissimi Principis et Dni nostri Domini Friderici Romanorum Imperatoris semper Augusti Regni Romanorum Vicesimo octauo Imperii Quinto decimo et Vngariae nono annis. In mei Notarii publici et testium infra scriptorum praesentia personaliter constitutus Prouidens uir Hermannus Venro Venerabilium et religiosorum virorum Commendatorum et Ordinis Dominorum Theutonicorum Convent. mon. fidelis nuntius et Juratus ut asseruit, Et ad Instantiam Honorabilis viri magistri Johannis Hallendorp procuratoris prudentum virorum Burgmagistrorum et Scabinorum Opidi Hamburgensis Bremensis dioeceseos, In virtutem fidelitatis debitae et iuramenti suorum Dominorum praestiti monitus et requisitus dicere et attestari veritatem super executione insinuatione notificacione et tradicione certorum duorum Instrumentorum quando notam appellacionis in se continentium, Quorum quidem Instrumentorum vnum tradere et insinuare deberet cuidam Johanni Beckere alias Smedingk Secundum cuidam Hinrico tom Busche Frygrauio Sedis liberi to Berchfelde, Quorum Instrumentorum principia erant In nomine Domini amen, finis vero, Domino Hermanno Pape Presbytero Coloniensis Dioeceseos et Johanne Plonnyes ciue predicto Testibus ad praemissa vocatis specialiter et rogatis, Vnde idem Hermannus praenominatus respondens publice dixit recognouit et attestatus fuit, se facto recepisse a Dicto Honorabili viro magistro Johanne Hallendorp procuratore prefato Duo Instrumenta publica notam appellacionis in se habencia, quorum fines et principia superius notata, Quae quidem Instrumenta publica omnibus melioribus modo via Jure forma et effectu quibus id melius et efficacius fieri et facere potuit ac debuit vimtalium Die Solis hora vesperorum uel circiter proxime

transacta ad manus praefati Johannis Becker alias Smedingk in domo habitacionis sue in ciuitate Osnaburgensi execut. fuisset insinuasset notificasset et in suis propriis manibus reliquisset et iuxta omnem vim formam et tenorem, Quod Instrumenti publici praefati omnibus melioribus modo via iure et forma quibus potuit monuisset et requisisset Sicque ab eo abiisset Deinde Die huic immediate subsequenti Idem Hermannus ut asseruit in Opido Bylfeldensi hora vesperorum uel quasi dixit fuisse in domo praedicti Hinrici tom Busche Frygrauii quam in dicto opido ad praesens inhabitat, et quod ab ancilla domus praedicto vrigrauio domestico vbi esset inquisivisset, quae sibi respondit ipsum non fore remote, et quid sibi vellet quaesivit, Cui ipse, Quod quando amicabilem literam sibi nomine magistri Johannis Hallendorp tradere deberet respondit, quam ipsa ei literam porrigere velle promisit, Et sic huiusmodi appellacionis Instrumentum publicum aliud, vnde supra est mencio principii eius et finis ad manus ancille domus hocmodo dimisit de domestico suo videlicet Hinrico tom Busche Vrygravio prefato consequenter tradendum fideliter commisit. Et pro ampliore fide credulitate et testimonio omnium premissorum omnia hocmodo premissa fore vera et sic esse ut prenotatur ipse Hermannus mediante suo Juramento coram me Notario publico et testibus infra scriptis desuper corporaliter praestito confitebatur deposuit et affirmauit, Super quibus omnibus et singulis praemissis prememoratus Honorabilis vir magister Johannes Hallendorp peciit sibi fieri a me notario publico infra scripto vnum uel plura publicum seu publica instrumentum seu instrumenta. Acta fuerunt hec in ciuitate monasteriensi in domo Johannis Plonnyes Sub anno Dni Indicacione mense die hora et pontificatu quibus supra praesentibus ibidem discretis viris Johanne Plonnyes ciue monasteriensi et Jacobo de Vladetacken layco leodicensis dioeceseos Testibus ad praemissa vocatis et rogatis. Et ego Henricus Valke de Lippia Clericus Coloniensis dioeceseos publicus sacra Imperiali auctoritate Notarius Quia predictis omnibus et singulis dum sic ut premittitur fierent et agerentur unacum prenominatis testibus praesens interfui, Eaque sic fieri vidi et audiui,

Digitized by Google

Ideoque praesens publicum Instrumentum propria mea manu conscriptum exinde confeci Quod signo nomine et cognomine meis solitis et consuetis signaui rogatus et requisitus in fidem et in testimonium omnium premissorum, Rasuram vero illorum quatuor nominum virorum Hermannus in Instrumento non vicio seu omissione „eius rasura“ approbo.

Auschultata est praesens copia per me Johannem Podendorp clericum Verden. Dioec. publica Imperiali auctoritate Not. et concordat. cum suo vero originali protestor manu mea propria.

3.

Borgermeiſter vnd gantze Raed der Stadt Lubeke laten laden mit kraft deſſer Citacion de men ancleuen ſchal an dat Raed Hues vnd vnſe leuen vruwen kerken vnder godesdenſtes tyden, vnd laden den Erbarn Hans Becker, clegher vnd alle de deſſer zake menen to doende hebben vnd ere Procuratores ofte welke van erer wegen ſint ofte erſchinen in deſſer Stad Lubeke, dat ſe komen vnd erſchynen am negeſten vrygdage to achte uhren to Lubeke vp dem Raedhuſe, to andwerdende vnd inſeggende vnd excipieren tiegen de ſcriftlike biddinghe vnd begheringe ſodene vor vns ouergeuen is van der Borgermerſter Rades vnd Stad van Hamborg tiegen den vpgen. Hans Becker vnd de des menen to doende hebben in der zake des Compromiſſ an vns van den vorben. Borgermeiſtern Raed vnd Stad van Hamborg vp de ene vnd denſuluen Hans Becker, van zake wegen ſo he ſik beclaget dat eyn ſchipher gheheten Henningh Buſch ſchole em ſyn ſchip vp dem ſtrome twiſchen Stade vnd Hamborg ouergheſegeld hebben vnd in dem ſchole ſines vnd Gerd Beckers van Glandorpe Gud mit dem ſulue Gerde vordrunken ſyn, vnd dem Hanſe eyn ſiner vingher tobraken ſy vnd ander ſullike dingh zake vnd punte in dem proceſſe vnd Compromiſſe meer vthgedrucket gheſcheen vnd daen, wat ſe dar inſegghen, entiegenſegghen edder excipieren mit worden ofte mit ſchriften, wat ſe willen, vnd dat ſe ok komen horen vnd zeen enen Richter gheuen de tüghe vnd bewiſinghe in derſulnen zake neme vnd vorhore vp de ſtucke vnd voergeuinghe der van Hamborg, vnd iſſet dat deſuluen ſo gheladen komen edder nicht ſo willen wy doch in deſſer zake vordvaren vnd

proceberen in macht vnd kraft des Compromiſſ in vns van den parten ghedaen alſo wy alderbeſt konen vnd mogen, vnd des to oerkunde hebben wy deſſe Citacion dar ouer gheuen am midweken des erſten Dages Julii in dem Jare na Christi gebord MCCCCLXVII vnder vnſern Secret.

Marcus }
Melman } notarius ppt.

4.

Dosulues verd Johan Becker Kleger opende vnd repeterede ſine clage vp vnd tiegen de van Hamborg in deſſer wyſe, wo he in enem ſchepe vp den vrigen keyſerliken ſtrome twiſchen Stade vnd Hamb. were ghewesen dar mit ſik gehad enen ſinen gebor. macch vnd vedderen gheheten Gerd Becker van Glandorpe eicy kräm ſafferan vnd gud bouen VI^c rinſche gulden gud mit ſik in dem ſchepe hadden. dar een genomed Henningh Buſch ſchipher vnd dener der vorg. ſtad mit anderen knechten vnd deneren der vorg. ſtad Hamb. wo wol de vorg. Johan Becker vnd zelige Gerd Becker mit eren medeweſenden de in dem ſchepe luder ſtempne gebeden vnd anropen hadden de vorben. der ſtad Hamb. Deno. ſe nicht beſchedigene, doch tiegen god ere vnd recht ere ſchip vnd ſegels, dar de vorgefarn Gerd vordrunken ward in waters noed doed bleff, de vorgen. Johan Kleger ſik bergede, inder van Hamb. ſchip quam, eyn ſiner vinger entwey brak, ſyn vnd ſines vedders gud vorloren ward, den doed ſines mages, lemeniſſe ſines ledes aurt ſines liues vnd vorluſt ſines gudes vnd nen gud wolde hebben leden, Alſodan de vorgeſchichte van deneren der van Hamborg mit erem ſchepe vth vnd in ere ſchip vnd veſteniſſe were geſcheen of de ouelbeder na der geſchichte wedder to Hamborg ingekomen weren vnd ny toncern vp geborliken dagen de van Hamb. dem Kleger des geandwordet hadden.

5.

Wy Otte Greue to Schouwenborg laten laden mit kraft deſſer Citacien de men ancleuen ſchal an de porten ofte döre
nominetur parochia der kerſpelkerken to vnd laden den Erbarn Johan Backer anders ghenomed Smedingh vnd alle de deſſer zake menen

to doende hebben vnd ere Procuratores oft welke van erer wegen ſint ofte erſchinen in deſſen kerſpele vnſes ghebedes dat ſe komen vnd erſchinen vor vns am negeſten am tyd dages to in edder jegenſeggende dem bede breue vnd ouerandwerdinghe deſſer naſcrew. zake vnd erer artikele vnd de to opende vnd to zeende idlike tughe by namen Tideken Reigerbeken Karſten van Ryne Hinrik Vruchtenicht Tydken Raſchen vnd olden Clawes Witten to Zuldorpe, de wy ok in kraft deſſer ſchrift tor vorberorden ſtede vnd tyd ok laden vnd laten laden to ſwerende vnd geuende tüchniſſe der warheid vp de vorberorden zake vnd artikele allent worumme ſe in derſuluen zake ghevraget vnd vorhoret werden, vnd na entfanghinghe vnd cede der obgen. tüghe to gheuende vraghe vnd vthhoringhe dar ſe dr vorben. tughe in deſſer naſcreuen zake vp ſullike zake vnd artikele willen vorhoren vnd vragen laten alſe in der zake des Compromiſſes an den Erſamen Borgermeiſter vnd den Raed to Lubeke twiſchen den Borgermeiſtern dem Rade vnd der Stadt van Hamborgh vp ene vnd Johan Beckers vnd aller de der zake menen mede to doende hebben vp claghe vnd ouerſeghelinghe enes ſchepes, vordrenckinghe Gerd Beckers, eres gudes vorleſinghe vnd ouer des vorben. Johans vingers lemynghe vnd alle ander ſullike dingh zake vnd punte in enem proceſſe vnd compromiſſe vthgedrucket, vp de anderen ſyden, Edder dat ſe komen vnd ſeggen redelike zake worume deſſe vorberorden ſtucke nicht ſcheen ſcholen ofte mogen vnd iſſet dat deſulue gheladen komen edder nicht 2c. nominetur locus.

6.

Vor allen dengennen de deſſen breff zeen edder horen leſen bekennen Wy Borgermeiſter vnd Radmannen der Stad Hamborg, dat wy in der beſten wiſe forme vnd rechte ſo wy beſt vnd kreftigeſt mochten, hebben vor vns vnſe Borger Inwoner vnd gantzen Stad, gheuoget gekoren gheſettet vnd ordineret, voghen koſen ſetten vnd ordineren Gegenwardigen in kraft deſſes breues an vnſen waren procuratoren anwalde vnd Sindicus Den vorſichtigen N. togen. deſſes breues em gheuende ganſe vnd vullekomende macht vor allen Inluchtigen Hochgebornen Furſten geiſtliken vnd werdliken Hertogen, Greuen Banroſſen Ritteren Knechten Allen Erbaren Erſamen Geſtrengen vnd vorſichtigen Vrygreuen

Digitized by Google

vnd echten rechten vrygſchepenen vnd ſunderges vor dem Erbaren Henrike tom Buſche de ſik nomet der vrigenſtole der herſchope Rauensberge vrygrauen #° vor dem vrigenſtole to berchuelde vnd in allen anderen enden vnd ſteden bynnen vnd buten richtes to komende erſchinende vnd comparerende, dar, enen proceſſ vp ene entliken afgerichtede zake in kraft enes angeſtelleden vnd vor dan vullentogens vorblives vnd bepeneden compromiſſes vor den Erſamen Borgermeiſtern vnd Rade der Stad Lubek twiſchen vns vnd vnſer Stad vp ene vnd Hanſe Becker anders genomed Smedingh van vnd vppe vornamene vmmeſeghelinge enes ſchepes vordenckinge Gerd Beckers ſynes vedderen, lemynghe enes ledes deſſuluen Johans vorluſt erer guder de vp dem elueſtrome twiſchen Stade vnd Hamborg ſcholde gheſcheen weſen vppe de anderen ſyde richtliken ghemaket vnd geholden to wiſende vorbringhende vnd toghende V, vp Sodan proceſſ vnd ordele ofte Sentencie dar inne entholden vor dan voruolgh vnd execucien jegen den obgen. Hanſe van vorſchreuen vnd allen anderen gheiſtliken vnd werdliken richteren to biddende vorwernende vnd to beholdende, van ſodanes Proceſſ Sentencien vnd ordels vorwiſinghe vornichtinghe vorlegghinghe oft de by euenture van jemende ſchege ſik to beropende vnd to vnſem alderhilgeſten Vader dem Paweſte vnd ſinem peweſtliken ſtole edder vnſem jnedigeſten Hern dem Romeſchen Keyſer edder to dem gemenen ofte generale Capittele dat hilge hemlike ghericht eder de kayſerlike hemliken Cameren, to appellerende apoſtelbreue darouer to biddende vnd ſodan beropinghe vnd appellacion to vorkundigende openbarende vnd to voruolgende Enen edder meer Procuratores vordan to ſettende vnd in ſine ſtede ſubſtituerende den edder de to wedderropende vnd de laſt der procuracion wedder an ſik to nemende wonaken em dat behaget vnd nutte dunket weſen, vnd gemeneliken dar by to donde vnd latende allent wat wy alle vorſcreu. vnd vnſer jewelck beſunders doen vnd laten mochten, wan wy perſoneliken jegenwardich weren, vnd wy louen ſtede vaſt vnd vnuerbroken to holdende allent wat in vnd by den vorberorden vnſen weruen vnd zake vormiddelſt dem vpgen. N. vnd dem edder den, den ofte de, deſulue N. in ſine ſtede vordan ſettet vnd ſubſtitueret in guden truwen ſunder argeliſt.

#° edder vor eynem anderen vrygreuen de vpp den dingsdach na martini dat gherichte beſitten werd.

V openbarende vnd inſinnerende vp

Das Document iſt offenbar ein hin und wieder corrigirter Entwurf der Vollmacht, auf Schreibpapier, wahrſcheinlich von der Hand des Referenten im Senat.

7.

Vor Juw Notario vnd tughen hyr jeghenwardich ſeggen vnd voregene wy Hinrik Lopouw Erick van tzeuen vnd Albert Schillingh Borgermeiſter Johan Gherwer Helmich van Rentelen Paridom Lutke Godke Thode Henningh Grote Hinrik van Dulmen Hermen Kroger Diderik Luneborg Johan Mayer Clawes Romſtede Meyno van Eytzen Hermen Bekendorp Jacob Strime Hinrik Mürmeſter vnd Johan Hughe Raedman to Hamborg vor vns vnde medekumpane Borger vnd Inwoners, de bouen xjj Jare vnd benedden ſouentich Jaer old ſyn am ſynne to appellerende, wowol de gheſette des hilligen beſcrew rechtes claerliken betüghen vnd inholden, dat nemend andworden dorue edder to rechte ſtaen vor den de ſyn richter nicht en is, vnd desgeliken nemend richters voged van echgeliker wald jeme de jemende eſchen vnd vor ſik in gherichte to ladende, noch ſynes gerichtes heft to deende, id en zy in etliken zaken de in ſyn gherichte horen, edder ok dat em ſulliken van dem, de des van rechte macht heft, worde beuolen vnd beſcheen dar enbouen jenighe ladinghe de ſyn machtloes am rechte, vnd an dem wy Borgermeiſters vnd Radmann erben vnſe borgher vnd Inwoner vnderſaten ſyn der Greueſchop to Holſten vnd vnder dem Greue derſuluen Heerſchop alſe vnſem natuerliken Hern vnd geborliken richter ſyn beſeten, welliken wy ok to allen tyden geborliken ſyn horſam ghewesen, vnd wy alſe de Raed vor ſynen gnaden, vnd vnſe Borger vnd Inwoner vor vns dem Rade to Hamborgh, vnd anders nenen werliken richter in werliken zaken to rechte andworden doruen, So vnſe Stad wy vnſe Borger vnd Inwoner darmede van vnſem aldergnedigeſten Hern Romiſchen Keyſer gnedichliken ſyn ghepriuilegieret, vnd beghiftiged, vnd billiken dar enbouen van enem jeweliken anderen vthwendigen richter vnghemoiged bliuen ſcholden So heft vns doch een ghenomed Hinrik ton Buſche een vormeten fryggreue, der Herſchup to Rauensberghe gheſcirw eſched vnd laden, Dat wy vnſe Borger vnd Inwoner vor frigenſtoel to Berchuelde twiſchen dem ſtichte

Digitized by Google

to Ozenbrugghe vnd der Heerſchup to Rauensberge belegen vp den negeſten Dingedach na ſehrl. in pincl. to rechter richtetyd dages komen vnd vns dar jegen claghe Johan Beckers vorandwerden ſcholden, vnd wowol wy vnſe Borger vnd Inwoner dorch vnſe bodeſchup vnd ſchrifte vnſer Stad frigheid vnd ok dat wy vnd ſe weren vnd ſyn ouerbodich rechtes to pleghende, dar id ſik na gemenem rechte vnd vnſer Stad frigheid gheborede, vnd ok der keyſerliken reformacion am lateſten to Frankforde ghemaked witlik ghedaen vnd ermanet hebben. Begherende he vns daren bouen moige vnd vnreſte vordreghen mochte, Nochtan x daghe nicht vorleden heft vns deſulue Hinrik ton Buſche erben ouer mank anderen gheſcrew vnd laden. Dat wy up den maendagh na ſunte Jurgens daghe erſtkomende vor den frigenſtoel to Berchuelde komen vnd dar vp claghe Hans Beckers andworden in maten ſo des vorſcrew friggreue breff vnd citacio dat inholdet, dar vns doch um zake willen vorberord vngudliken ane ſchuet, wente de vorſcrew friggreue nach Inſettinghe vnd ordeninge ſynes hemeliken gherichtes angezeen de keyſerliken reformatien lateſt to Franceforde ghemaket, vns edder Jemende anders nicht mach eſſchen ofte laden de bynnen den enden vnd ſteden ſynes frigen ſtoles nicht is beſeten vnd de vor ſynem geborliken richter ouerbodich is rechtes to pleghende, vnd hyrumme komen wy vns van dem ſuluen friggreue beſwared, vnd bevruchten vns dat wy in tokomenden tyden vurder mochten beſwaret werden, hyrumme wy Borgermeiſter vnd Raedmann vor vns vnſe Borger vnd Inwoner van demſuluen Hinrike ton Buſche frygreuen ſynem frigenſtole ſinen ſchriften citacien vnd ladingen vnd allen anderen beſwaringen de vns van em ſcheen ſyn edder noch in tokomenden tyden ghedaen mogen werden appelleren in deſſer ſchrift to dem alderdurchluchtigeſten furſten vnd Hern Hern Frederike Romiſchen Keyſer vnſem aldergnedigeſten leuen Hern vnd ſiner keyſerliken maieſtaten ſtole, Biddende vns to dem erſten tom anderen vnd tom drudden male riſch riſcher vnd alderriſcheſt vnd mit ſodanem flyte alſo ſik van rechte gheblored Apoſtele oft we ſy de vns de geuen moge vnd wille und ſunderges van Juw Apenbaren Notario tüghlike Apoſtele to geuende, vnd vnderleggen vns vnd al vnſe biliggers der beſchernynghe des obgen. alderdorchluchtigeſten furſten Romiſchen Keyſers vnd ſines keyſer=

liken ſtoles, Beholdende vns deſſe appellacien to vullenuorende vorkundigende voruolgende to corrigerende vnd to vorbeterende in tyden vnd ſteden ſo vns behuff ſynde werd vnd nach rechte geborlik is, des wy vns mit deſſen vorworden willet vorwaret hebben, vnd bidden ok Juw apenbaren Notarium vns des orkunde Inſtrumente vnd bewiſinge to geuende ſo vele vnd vakene des noed vnd behuff werd.

8.

(Dieſe Schrift iſt an mehreren Stellen corrigirt.)

Wy Borgermeiſter vnd gantze Raed der Stadt Lubeck Schedesrichter vnd Compromiſſarii van wegen der Erſamen vorſichtigen Hern Borgermeiſter des Rades vnd der gantzen Stad to Hamborg up ene, vnd van dem Erſamen Johann Becker, anders ghenomet Smeding, van ſiner egen, ſiner twier broder der een genant is meſter Hinrik Becker in einem edder in beyden rechten licenciate, vnd ſines vedderen Gerdes Beckers wegen van Glandorpe vnd ere eruen vp de andern ſyden in deſſer zake ghekoren nach dem de vorſcrew Johan Becker ſine claghe zake vnd toſproke vormiddelſt enem proceſſe, ſchriftliken van dem Erbarn Hinrik tom Buſche, vrygreuen der vrigenſtole, der Graueſchop Rauensberge, ghemaket vnd ok mundliken vnd vormiddelſt worden vns ghebracht gheopnet vnd vorgegeuen, vnd in ſodaner zake, keyſerlik recht dar vp van vns# to ſprekende heft beghered, vnd vor vns van wegen der vorſcrew Borgermeiſter des Rades vnd der gantzen Stad to Hamborg vp ſodan zake claghe toſprake vnd begheerte ſchriftlike andworde, Inſaghe wedderrede Poſicien puncte vnd artikele vormiddelſt erem Procurator vnd Sindicus ouerghereket vnd gegeuen ſint, vppe welkere poſicien puncte vnd artikele, wy natydes beuolen in der beſten forme vnd wiſe, ſo wy beſt konden vnd mochten, idlike tüghe to vorhorende der wy ere tüchniſſe vor vns hebben laten openen vnd publiceren, vnd to allen vnd isliken ſodanen dinghen den vorſcrew Johan Becker, ſo vaken des van noden is gheweſen, na ſchickinghe des rechten, hebben laten laden vnd citeren welkere vnſe citacien de gheſechte Johan heft nicht gheachtet vnd vns vnhorſam gheworden is, ſo dat wy vm ſines vnhorſames vnd ſines wedderpartes recht-

vor dem Sonauende elften dage des maentes Julii des jegenwardigen jares alſe de tyd van beyden parten bewillet beleuet vnd beuulbordet is mit beſchede vorworden beholdinge vnd proteſtacien dat nenerlave tyd dages edder termines vorlenghinge (mit der Hinweiſung auf die weitere Randnote.)

Digitized by Google

ofte prorogatio bette an duſſen vorſcrew Sonauend dem Proceſſe vnd compromiſſe in allen ſinen anderen puncten vnd Capittel ſcholde vnuornengklick weſen, vnd nichtes demyn in vuller macht vnd kraft bliuen.

uerdiger bede willen int lateſte hebben in deſſer zake ſluten vnd concluderen laten, vnd na allem flyte zeende vnd horende rechtſcheide bewys probacien vnd allegacien der vorſcrew van Hamborg mit vullenkomener erkenteniſſe vnd eruaringhe deſſer zake vnd ok mit flitigher betrachtinghe vnd wolbedachtem rade der rechtgheleerden, Den namen Chriſti angerhopen, alſo wy den ergen. Johan Becker hebben citeren laten to horende vnſe ſchedinghe bod ordele vnd Sentencie in deſſer zake, de ſik vnhorſamliken affweſende maket, welker ſyn affweſent de jeghenwardicheit Godes ervullet, alleyne God vnd rechtuerdicheit vor oghen hebbende, vormiddelſt deſſem vnſem vthſproke na beſchreuen keyſerlikem rechte, vinden ordelen vthſpreken affſegghen vnd ſcheden in deſſen ſcrifften, dat ſodan claghe anſprake vnd vorenement ſo de vorgen. Johan Becker anders gheheten Smedingh van ſiner Gerd Beckers van Glandorpe ſiner beyden vorberoerden broder wegen, jegen de Borgermeiſter den Raed vnd de Stadt van Hamborg vor dem vorgen. Hinrike tom Buſche vrygreuen in keyſerliken vrygen gherichte, to Berchuelde vnd vor vns ghedaen heft, vanwegen ſo he ſecht voreghift vnd klaget dat Hennyngh Buſch eyn ſchipher ſchole vp dem vrygen keyſerliken ſtrome twiſchen Stade vnd Hamborg een ſchip dar de vakenomede Johan Becker mit ſinem vorberoerden veddere Gheerde Becker van Glandorpe ſo he ſecht vnd ſik beclaget mit erem krame Safferane vnd gude dat he achtet bouen VI^c rinſche gulden ſchole jnneghewe ſt hebben vmmeſchole gheſegeld hebben, vnd deſulue Gerd Becker dar vordruncken ſchole weſen vnd de vilben. Johan Becker een ſiner vingher ghelemet, vnd ſyn vnd ſynes vedderen gud ſo he voreghift vnd ſik beclaget ſchole dar vorloren weſen mit alledeme dat dar ancleued vnd anhanghen mach, dat ſodan ſine claghe vnd toſprake ſint vnthemelik vnd vnborliken gheſcheen angheuanghen vnd voreghenomen, vnd deelen ofte ſcheden to leddigende vnd abſoluerende, vnd leddighen vnd abſolueren de vorſcrew Borgermeiſter den Raed vnd de Stad to Hamborg van ſodaner Klaghe anſprake vnd voreneminghe gansliken quyth leddich vnd loes, Inſetten ok vnd beden dem vorgen. Johan Becker vor ſik vnd Gherde ſinem vedderen vnd ſinen vorſcrew. beiden broderen de ene deshaluen in deſſer zake vulmechtigh ghemaket vnd de zake em vpgedregen hebben vp ſodan zake een ewich ſwigent by pene

van duſent rinſchen gulden in dem Compromiſſo beroret vnd vthgheſproken, vnd vordelen ofte condempneren den vorgen. Johan Becker in koſten ſchaden vnd theringe van den vaken. Borgermeiſtern Rade vnd der Stad Hamborg wegen in deſſer zake ghedaen vnd gheloden.

9.

Das Document iſt auf Schreibpapier und vielfach korrigirt.

In Godes namen amen, na deſſuluen bort veerteynhundert am ſoven vnd ſestigeſten Jare, der Indicaen ofte der Romere tynſes am veerteynden in dem ſesteynden dage des mantes Junii vnd des Biſchopdomes des alderhilgeſten vaders vnd vnſes Hern Hern Pawels van godliker vorſichticheit Paweſts des anderen am veerden Jare vor den Erſamen vnd wiſen Hern Borgermeiſtern vnd ganſem Rade der Stad Lubeke vnd in myner openbaren Notarii vnd tügen dar ſunderges to gheeſched vnd beden nagheſcreuener Jegenwardicheit weren de Erſamen Her Hinrick Murmeſter Doctor in keyſerliken rechten Borgermeiſter vnd meiſter Johan Rempſtede Secretarius der Stad Hamborg vulmechtige andwalde Sindici vnd Procuratores der Erſamen Borgermeiſter des Rades vnd der Stad Hamborg vnd erer jewelck in ganſer nogaftiger macht alſe dat my witlik vnd warghemaket was mit enem open beſegeldem louenwerdigen breue, up ene, vnd Johan Becker anders ghenomet Smedinghes vor ſik vnd ſine broder zeligen Gerd Beckers vnd erer erue alſe he na jnholde enes open beſegelden breues vor dem Erbarn Hinriko tom Buſche vrygrau der vrigenſtole der Graueſchop Rauensberge rechtes wiſe to Berchuelde deſſer nageſcrew zake vulmechtich ghemaket in em deshaluen alle recht transfereret vnd ouerghangen is, vp de ande ſyde. Deſſe beyden parte vngedwungen mit willen wolberadem mode vnd vth enkener wetenheit hebben dat vorbliff vnd Compromiſſ, dat in des erſcrew. Hinrikes vrigreuen breue angheſtalt vnd anghenamen was, deme vordan natogande voruolget vnd vullentoghen, vnd ſint der zake van wegen ſo ſik deſulue Johan van ſiner vnd der wegen der he vulmechtich was vnd is, ſick beklagede der omiſegelinge enes ſchepes vordrenkinge Gerd Beckers van Glandorpe, lemynghe enes ledes des ergen. Johans Beckers, vnd vorluſt eres krames Safferans vnd Gudes vnde alle andere ſullike dingh zake vnd puncte

Digitized by Google

de dar vntſprungen ſint de dar ancleuen vnd anhanghen vnd vorbot ancleuen vnd anhanghen mogen in jeniger wiſe, by dem Erſamen wiſen Borgermeſtern vnd ganſem Rade der Stad Lubeck alſo by vrundliken middeleren, Irkenners, vnd wilghekorede ſchedesrichteren van dem hogeſten to dem ſideſten ganslifen to ende ghebleuen vnd in der alderbeſten formen, wiſe, ſchickinghe, rechte vnd zake, ſo ſe kreftigeſt vnd beſt konden ofte mochten natogande vnd volgende doch dem vorberorden beſegelden breue offte Proceſſu Hinrikes tom Buſche vriggreuens dar ſe in beyden ſyden nicht dachten ofte wolden afftreden des ſe ſik ſo mit vorworden behelden in deſulue Borgermeiſter vnd des Rad compromitteret alſo dat de ergen. beyde parte alle vorſcrew twiſtige zake anſprake vnd claghe twiſchen en beyden weſende vnd noch deshaluen tokomende hebben bewillet beleuet vulbordet vnd gheſtellet vnd beleuen bewillen vulborden vnd ſtellen mit kraft deſſ Inſtrumentes in de Erſamen Borgermeiſter Radmann vnd Raed der Stad Lubeck alſo in ere willekorede vrundlike middelers, erkenners vnd ſchedesrichters, Gheuende en vrige vnd vullekomende macht, alle vorſcrew zake vnd puncte in vrunſchop alſe vrundlike middelers ſchedeshernn vnd tohopeſetters bynnen achte dagen darna wan en ſullike zake clage ofte anſprake gheopent vnd vorgegeuen were, vnd wan ſik by euenture ſullik vrundlik ſlete tohopeſate vnd ſchedinge nicht en vunde, denne dar na bynnen veerteyn dagen na beſcrew keyſerliken rechten ſimplike kort vnd ſlicht ſunder vortreckinge vortogeringe vnd figuren enes gherichtes ſullike vorberorden zake vorhoren erkennen ſcheden vnd to enem ganſen ende bringhen tughe laten vorhoren vnd bewiis nemen, deſſer zake parte, to horende ere ſchedinghe affſegghent ordele vnd Sentencien edder eren willen oft bod edder to anderen dinghen laden, vnd den dach ofte tyd to ſodan vorſcrew ſtucke vthgeſaket to doende vorlenghen, vnd dat vnhorſame deel ofte part to pinenghende ofte broke affnemen, vnd vormiddelſt enem der ergen. Borgermeſters to Lubeke vor ſe alle alſe vor den ganſen Raed darſulues in beyder parte affweſinghe ofte bywiſinghe, edder enes affweſinghe vnd des anderen partes jegenwardicheit ofte byweſinge erkennen ſcheden delen affſegghen ordelen ſentencieren, beden vnd dat hogeſte mit dem ſideſten alſe id denſuluen ſchedesrichteren behaget vöghen ſchicken vnd endegen,

eens edder meer, ſamptliken edder beſundergen, vp alle vorſcrew ſtucke toſamende edder vp etlike beſunderen, den orden efte rechtlike proceſſ des rechten gheholden edder vngheholden, ordinarie edder extraordinarie vp werkel ofte richtdage vnd vp hilghedage ofte andere neene richtedage ſittende, edder ſtande, in ſcrifften edder ane ſcrifte vnd anders jenigerleige wys vnd wanner id en beſt nütte dunket edder behaget, vnd nenerleyge dar ane jegenſtaen ſcholde, vnd dat ſe eens edder meer to allen tyden ere ordel Sentencien afſſegghent vnd ſchedinghe mogen duden declareren corrigeren vnd vorbeteren wan id en gheleuet, vnd ofte bynnen edd vnd enem vthgeſtickeden daghe, tyd, ofte termyne alle vorſcrew edder etlike ſtucke nicht gheendighet vnd vullebracht weren den termyn tyd ofte dach dar to vorlenghen, vurder loueden vorheteden ofte promittereden beyde parte ſik vnder anderen in myne apenbares Notarii hand alſo Johan Becker vor ſik ſine broder vnd ghorde vnd ere erue vnd de ergen. Hern Hern Murmeſter vnd meſt. Johan Rempſtede vor ere Borgermeſter Radman ere nakomelinge vnd Stad Hamb. dat ſe wolden vnd ſcholden ſtaen vnderdanich vnd horſam weſen dem afſſegghende delinghe vthſproke vnd ſchedinge der ergen. Hern Borgermeſter vnd Rades to Lubek gans vnd all by pene vnd büte van duſent rinſchen gulden der en drudden deel ſcholde vorvallen der keyſerliken kameren ofte fisco, dat ander drudden deel dem horſamen vnd vnderdanigen parte, vnd dat lateſte druddendeel den vorſcrew Irkennern vnd ſchedesrichtere van dem vnhorſamen parte deſſet Compromiſſ gans edder en deel inbrekede ofte nicht holdende edder dar entiegen komende id were in wat wiſe edder mate id were mit worden edder werke dor ſik edder ander lude vnuorlateliken to geldende vnd betalende, vnd wonaken vnd wanner deſſe vorſcrew pene vnd büte vorbroken worde, vormiddelſt vnhorſam edder jegenkomynghe aller edder etliker ofte eenes der vorſcreuen ſtucke zake punte des Compromiſſ, edder der ſchedinghe delinghe afſſegghinghe ordele edder ſentencie, ſcholden vnd wolden ſe de pene gans vnd al betalen vnd wan Er betalet edder ok noch vmbetalet were nichtesdemyn ſcholde deſſet vorbliff Compromiſſ vnd vthſproke ſchedinghe delinghe aſſegghinghe ordele vnd Sentencie in al eren puncten artikel vnd capittel vngheſcreged

Digitized by Google

vullenkomen in erer macht vnd kraft bliuen, vnd dat vnhorſam part dem horſamigen deele allen ſchaden koſte vnd theringe wedder vprichten vnd betalen, Vnd bouen dit vp dat alle deſſe vorſcrew ſtucke vnd en islik beſundern ſtede vaſt vnd vnuorbroken gheholden worden hebben de vorſcrew beyde parte renuncieret mit vrigen willen vnd wolbedachtem mode vnd von ergeuen quyth geſchulden nnd ſik begeuen vnd vorlaten aller Exceptien Inſprake hulpe wedderrede aller peweſtliken vnd keyſerliken rechte wonheide geſcrew vnd vngeſcrew vnd aller biſprake vnd ok des keyſerliken vnd vrygſchopen gerichtes id ſy hemelik ofte openbar.

10.

Sehr unleſerlich.

Wyr Friedrich von Gots gnade Romiſch keyſer zu allen zeiten merer des Reichs zu Hungarn Dalmacien Croacien u. kunigl. Htzog zu Oeſterreich vnd zu Steir u. Conbictor der genadigen Hochgeporn vnd vnſer lieben getreuwen Standen zu Vtrich u. zu Munſter Biſſthoffen, Vnd Karll zu Burgundien u. Hertzog Auch Burgmeiſter Reten vnd goingreven der Stett Vtrech Deuenter Campon Smollen vnd ſunſt allen anden vnſen vnd des Reichs vntertane vnd getreuwe In was wirden ſtatus eder weſens die ſein den diſſe vns bref vorkompt getzeuget wirt oder damit ermant werden, Vns gnad vnd allgud genadigen Hochgeboren, Lieben Oheme Furſten andachtigen vnd des Reichs getreuwen. Wann vns vnd des Reichs liben getreuwen Burgermeiſter vnd Ratt d. Stat zu Brundgen auff vnſe kaiſerlichen Ladungbrief, damit wyr Ditrichum von Hackolm von einer clag wegen zu recht fur vns gehoiſthon vnd geladen haben, Vmb das er ſie mit woſtneliſtliem gerichte furgenomen vnd itzlich vrteilen vnd proceſſ wider ſie dingne erlangt zu haben, vmb ſachen die daſelbſthin zurechuertigen nit gehend. Auch wes de ordeningh vnd ſattzung vns gemeine kuniglichen reformacien vnd obm das ſie jm vmb ſin klag vnd ſpruch ob er da echt an jn zu haben dmeine Rette etwa vnd rechts fur ein ordenliches vnd einlandiſches richt ny worgeweſt noch das von Im ervordert ſein, jr clag vnd puncte das all vnd jeglich obgemelt furgenomen weſtueliſch ladung vrteiln vnd proceß vnd was deshalb wid. ſie die jren od. jr gut ergangen

Digitized by Google

wer od. darvß erwachſen mocht gantz craftloß vnecht vnd vntuglich auch der itzgnan. Ditrich vmb ſein whandel vnd vberfarn jn pen vnd buß der vberorten vnſer kunighlichen reformacien vuallen ju. In vnſem keyſerlichen kamergericht durch & von vulmechtige anwalt mit vrteiln vnd recht widd. den benannten Hackeln behobpe vnd erwunnen haben, nach Inhalt unſes keiſerlichen vrteilsbrieffs danvber außgegangen Darvff ſyt jw alle vnd jede beſund den obgenan. van grandje wedd. den itzgenan. Ditrichum alſo vnſe vnd des hilligen Reichs offenbare acht vnd aberacht In dem gemelten vnſem Camergericht zu Schirmern vnd Executoren auch mit ortel vnd recht gegeben vnd irkant werden. Darweile ſo gebieten wyr auch allen vnd jeden beſonders vor vns des heiligen Reichs gericht vnd rechtens wegs vnd Romiſch keyſerlichen macht ernſtlich vnd veſtlich nur deſſen briffe das jr duabgem . . ſteht vnd abmacht furbaß in enlbw Steten Sloſſen merckten dorffern gerichten bannen vnd gebiete nicht enthalts Hanſen hofen Ektzen tangken malen bachn. kauffen verkauffen oder ſonſt in einig weg gemeinſchhaft mit jin haben, od. de enlbw. haben laſſen heimlich noch offenlich vergonnen od. geſtaten & midid den egenan. von Grandjen jren anwalts vnd dan ſy daß vm iren weges zuthing beuollen worden. Wann vnd alßofft jr darvmb mit deſſem vnſem breff angelangt vnd eruordert werden gegen vnd wider de obgenan. acht vnd aberacht ſeinem libe vnd all ſiner habe vnd gud woran vnd an welchem ende er das hat. Es ſen tzuf Remth nutz gult geldſchuld ligund varend oder and gut nichts ußgenomen getreuwlich vnd ernſtlich behelffen ſert das jn allen ſteten ſloſſen Gerichten gebieten vnd allen enden wo er oder and von ſeinem wegs de ankomen vnd betreten mugen zu waſſer vnd zu lande anzugreiffen anzutasſthen zuvabren vffzuhalten niderzulegen zur hefft hintzufuren vnd zu zuhanden vnd gewaltſam zunemen vnd damit ane alle ferner erlabinge anordninge nach der agnan. clagers willen noch wolgeuallen vnd als mit vnſer vnd des heiligen Reichs offenbaren acht vnd aberacht handeln thun vnd laſſen vnd zuthun ergungen vnd geſtatten on alles muchlichs irrung verhinderung vnd widerredt. So lang vnd vil biß die obgen. acht den obgemelten geſprochen vrteiln vnd erlangten rechten gegen den upgen. clager ganz getan har vnd mid zuwen des heiligen reichs vnd des rechten gehorſam

gebracht worden iſt vnd der prolenhalben vnſer vnd des reichs huld vnd gnade erlangt dann was an des obgen. acht vnd aberacht ſein leib vnd gud beſchicht vnd begangen werden, damit ſoll nicht gefreuelt oder wider vns vnd das hillige Reich getan ſein. Wir ſetzen vnd wollen auch von keyſerlicher Römiſcher macht das der obgen. acht vnd aberacht ſein leib vnd gud welcherlege das is nicht feiden feſten helffen noch beſchweren ſoll durch recht geſatzt gewonheyd freyheyd gnade privilegia landfred burgfrede puntniß vennge obergericht Stattrecht Landrecht ſtolzheyd vnd geleit ſo von vns von vnſern vorfarn am Reich Romiſchen keyſer oder konigen oder andern furſten vnd hoien geiſtlichen vnd werdlichen gemacht gegeben oder verlihen ſein, oder werden vnd ſonſt gar nicht, das derſelben acht oder aberacht oder jemand jm zu gunſt vnd hilff hinwider furzehen oder erdenken konnte oder mochte vnd das auch oulb dheyn auff den andern der gemelten ſachen dhein worgetung vtzehen vnd hunderniſſ noch aufſzug thun oder ichtwas dawider zu word habe ſuche oder furnamen jn jenige weiß dar welhe diſſes vnſer keyſerlich gebot freuenlich überfüren die nicht holten vulfurten oder dar wider teten der oder die ſollen alle wer oder die werden ſollen dan alß itz vnd itz alß dan jn vnſer vnd des heiligen Reichs acht verfallen ſein Man wird auch damit vnd in andern weg gegen jn handeln furnemen vnd thun alß ſich gegen ſulchen vnſer vnd des hilligen reichs vngehorſame gepurt darnach wiſſe ſich ejn yeder anrichten. Mit orkunde deſſen bil. rel. datl. mit vrteil vnd noulle ſtud ICXXVII August deco. LXV° Regor. Rom. XXVI° Imperii XV° Vngarn. VIII°.

Noch liegen bei den Acten zwei Zettel, der erſte eine faſt unleſerliche Notiz, der andere mehrere Stellen aus dem Römiſchen Recht allegirend über die Verbindlichkeiten der Schiffer.

Digitized by Google

III.

Acte aus dem Stadt-Archiv.

Cl. VII. Lit M[a] No. 1. Vol. 4.

ex

Lit. M n f 1.

1. (5.)

(Ein Blatt Pergament mit drei Wachsſiegeln.)

Wy Hinrick Grymolt Hans Velt wonafftich in der viſchſtrate vnde Jacob Richerdes erffbeſetenne borger der keyſerlichen Stad to Lubecke Doen witlick iuw Erſamen manne Hinricke Smede Vrigreuen to Volckmarſen vppe den Rede Dat vns de beſchedenne Marqward ſalige ock der vorberorten Stad Lubecke borger eyne citacien vnde ladebreff hefft entoget dar jnne gy ene van anbringent vnd clage Herman Reyneken deſſuluen Marqwardes knecht vortydes vor juw vor den obgemelten vrienſtole to Volckmarſſen vppe den negeſten Dinredach na ſunte Jacobidage erſtkomende to rechter richtetyd dages to irſchinende gheeiſſchet hebben, ſick vmme ſake willen men na lude iuwes breues villichte vorgeuende wart to vorantwordende ſo iuwe breff dat breder inneholt. Vnde dar ane ſo wy vnderwiſet ſyn demſuluen Marqwarde vngutlichen ſole ſyn beſcheen Jodoch begeren wy iuw eder eynen andern vrigreuen de vppe tyd vnd ſtede vorgeſcreuen denſuluen vrienſtoill wart becledende, hyr vpp gutliken to wetende, dat vns de obgemelte Marqward hefft berichtet vnde tor kennende gegeuen dat he dem obgemelten ſynem knechte Hermen Reyncken doen wille, vor den Erſamen vnd vorſichtigen Hern Borgermeiſtern vnde Rade to Lubeke alſe vor ſynen ordentliken richteren dar vor he ne gehorlike voruolget ere vnde rechtes hebbe geweygert, ſunder alletyd ouerbodich ſy geweſen, ſo he noch is, jn vruntſchupp offte rechte ſo vele he ſodaner ſaiche mit allen dat dar ane kleuen mach van ſyner ere wegen ſchuldich vnde plichtich mach ſyn, to doende, Jn maten de Erſamen Hern de Raid to Lubecke dusdanes vnderlengern, myt rechtesuorbedinge deſſuluen Marqwardes ock troſtinge to den eren na lude vnde inholt der keyſerlichen Reformacien

Hern Frederikes yegenwordiges Romiſches kaiſers vterlichen heben vorboden vnde vorſcreuen, in maten deſuluen ſcryffte dat ock breder vtwyſen vor welcker alle bouengeſcreuen dem alſo vnuortogert ſchall beſcheen Wy Hinrick Grymolt Hans Belt vnd Jacob Rycherdes erffbeſetenen borger to Lubeke vorg. louen vnd gudſeggen by vnſen truwe vnde eren, alſe rechte borgen, jn krafft deſſes vnſes breues. Bidden vnd begern deger vruntlichen gy de ſake aldar remitteren vnd wederwyſen ſo ſyck na lude derſuluen Reformacien billiken ſal mogen geboren vordeynen wy vmme Juwe Erſamheid mit vlite yerne. In tuchniſſe der waerheit hebbe wy vnſe Ingeſegele na eynander witliken nedenne an deſſen breff gehangen De gegeuen is jn den jaere vnſes Hern duſent veerhundert eyn vnde ſeuentich am mandage na ſunte margreten dage der hilgen iuncfrouwen.

In dorso befinden ſich die Worte:

Anno MCCCCLXXII

In causa Lubecensi appon. geloues breff.

Die mtl. secunda Decembr. produxit H. de Dassel proc. et fecit recognosci per Jo. Bersenbruggen tam manum quam sigilla.

Jo. Remstede notarius sst.

2. (1.)

(Ein Document auf Pergament.)

Ich Henrich Smed von keſerliker Macht des Heiligen Romeſchen Riches cygeordent Richter vnde des Erwerdigſten vnde Hoichgeboren Forſten In got de Vaders cond. Heren Hern Ropprachts ertzebiſchoppes to Collenn koerforſte paltzgreue bie Ryne in Beyern to Weſtuale vnd Engern Hertogen des Hilgen Romeſchen Riches In Italien ertze Centzeler vnd ſtaidhelder ze Myns Gnedigen Lieuen Heren cy gewerdeget frigreue des keſerliken frygreueſchop to volkmerſſen Bekenne vnd do kunth oidmodichlichen vnde denſtlichen dem Allerhoichmechtigſten vnd dorluchtegeſten Forſten vnd Heren Hern Frederich Romeſchen Keyſere alletyd merer des Rikes to Ungern Dailmacien vnd Croacien konigl. Hertoge to oſterich to ſtire to kernetein vnd to krayn vnd Graue to Tirol myne Gnedigen leuen Heren vnd forderal des rikes leuen getruwen Ertzebiſchoppen vnd Biſchoppen Hertzogen Lant-

grauen Markgrauen Borgrauen Grauen Baronen Rittern vnd knechtin Amptluden Schultheißen Richtern Steden Dorpperen Marcketen Flecken Alle gewertege Friegreuen vnd Frieſcheppen des heymeliken frien Gerichtes, vnd forder allen luden die duſſe breff adder ſine ware copien ſehen adder horen leßen dat ik na ſwarer clage wegen des Erßamen Herman Reyncken des Jungern Echte rechtin frienſcheppe des heymeliken Friegerichts to geborliker tyd vnd gericht rechte vorderinge geeiſchet vnd geladen hebbe an den frienſtol gelegen vor Volkmerſen vp dem Rede In dat oppen gerichte mit namen Marckqwort ſaligen wonhafftig to Lubecke Inhalt der Citacien darjn de vorgeſcr. Marckwort ſumich geworden iß, vnd ſich tegen den vorgnt. Hermann myt Rechte nicht vorantwortet hefft de vorgeſcr. Herman hefft der gerichte to geborlich tyd gewardet 2c. nicht anderß begherede dann Ere vnd Rechts vnd haid ſine clage dorch ſinen gewunnen vorſpreken vor my in Gerichte an dem vorgeſcr. frienſtole geoppent alßuo ludende, wie de vorgeſcr. Marckqwort eme geſproken habe, den ſin lieff gelimp vnd Ere vnd geſtan na ſyme lieffe vnd leuende vnuorſchulter zake geweldichlichin mit der got ere vnd recht wie dann dauon ſine clage forder geludet hefft Inhalde Segel vnd breffs, ſines entſl. angeſ. breffs 2c. Welke zake vnd clage dann vor my im gerichte ſlzemwrogich an dem vorgeſcr. frienſtole mit ordeil vnd rechte dorch de vmbſtender des gerichtes gewiſet vnd erkanth iſt myr vnd eynem itczlichen gewerdigen friegreuen darober geborlich to richtende 2c. die ergeß. Marckqwort haid itczliche ſegel vnd breffes vor mich an den ergeß. friegeſtol geſant de dann dorch die Vmſtender des gerichts mit ordeil vnd Rechte vor vngewerde vnd vnmechtig erwiſet vnd erkant iſt keyne rechte vnd geborlike aneforderinge to ſende na frieſtols rechte 2c. Alſo hait de cleger Herman vorgnt. vor my jn gerichte an dem vorgnt. frienſtole dorch ſines gewunnen vorſpreken mit ordeil vnd Rechte ſine ſake vnd clage vp den beclageten Marckqwarde erwunnenertige de bewert vnd war gemaket vnd vor koſt teringe vorſumniſſe hinder vnd ſchaden byt vppe duſſe tyd ſiner ſake haluen genomen to gebracht vnd behalden Seuentich vnd hundert Rinſche guldenn na lude ſines behaldes breffs 2c. Vort hefft de vorgenant. Herman vor my jn gerichte an dem vorgeſcr. frieſtole dorch ſinen gewunnen

vorſpreken myt ordeil vnd Rechte affgewunnen ſo dat ik eme ſolde gedan hebben ouer des ergent. Marckqwards liueffs vnd hoeſten ere, de ſekeren hoeſten Richte vnd leſte Sentencien der verforinge na frieſtols rechte dauor de vmbſtender des gerichtes vmb gotdes vnd waldateß willen gebeden hebben vppe dat mail vnd ich von gerichtis Amptswegen den ſuluen marckqwarde vpgenomen hebbe doch mit beheltniſſe dem Clegere Hermannen ergnt. eme ouer des ergnt. marckqwardes lieff vnd hoeſten ere ſolliche ſware hogeſte Achte vnd leſte Sentencien der vorforunge to donde na frienſtols rechte eme des forder nicht to weygernde wan he des begherde, Dar vp ſo hefft vort de vorgnt. Herman dorch ſinen gewunnen vorſpreken vor my jn gherichte an dem vorgnt. frieſtole mit ordeil vnd rechte ſo Recht iß, na frieſtols rechte erewunnen erſtanden ſo dat he mach des vorgnt. Marckqwardes vnd der von Lubeke de dann ok jn duſſe ſake mit ordeil vnd rechte erwunnen vnd gekomen ſin ſo hoe alſe de vorgent. Marckqwort lieff vnd gude kummern vphalden vnd antaſten In holt in ſelde Stede dorpern marcketen fllecken vp water landen ſtraten ſande vnd vort jn vnd vp allen ſtetden wor he ſolke ere lieff vnd gude angekomen vnd hauen kan vnd furen ſolke ere lieffe vnd gude ouch gewelbichlichen aff eme des noid ſinde worde an dat negeſte gerichte henghehauen mach edder an eyne andere ſtetde de eme darto bequeme ſinde worden vnd halden ſolke ere lieff vnd gude ſo lange dat eme vmbd ſolke ſine erwunnene erſtandene ertugeden wargemakede to gebrachten vnd behalden ſake vorgerort eyn gud gnoge vnd wille gemaket vnd geſcheen were witder ſelbe keſerliken kummer dann keyne priuilegia frieheit gnade ſtatut geleide edder fretde von de gegeuen ſin odder werde noch nymands geiſtlich wertlich noch ſus in keyne wieß myt rechte wetderſtand edder indracht don, noch macht vnd krafft hebben ſollen adder mogen ſunders aller menlich de hyr to ſolken keſerliken komende eiſchende anropende vnd virmanende wert de ſint van Rechte plichtig eme dar to ghonnende to ſtadende byſtant hulpe raid vnd dait to donde eme des in keynewieß to weygernde de jhenne de emme in ſotdannen keyßerlichen kummer wetderſtand vnd jndracht deden vnd ermanten hulpe vtghinge So iß vor my myt ordel vnd rechte dorch recht, an dem vorgeſcrev. frieſtole gewyſet vnd erkand, dat de ſo

fullenkomen vnd hoich erwunnen erlanget erſtanden ſollen ſin jn aller maiße alſe de vorgent. Marckqwort Duck iſt dem vorgeſcr. Hermann ſunderliken vor my jn gherichte an dem vorgeſcr. frigeſtole myt orteile vnd rechte dorch Recht gewyſet vnd erkant ſo dat he vnd de jhene de he darto eiſchende vnd krigende wert des ergeß. Marckqward vnd der von Lubeke ſampt adder beſundern wen he beſt gehauen kan jn vnd vp allen ſtetden neyne vtgenomen den taſten ſhan vnd ſlan mach ſunder alle ſunderlich ſchede vorwaringe vmb ſolke ſine erwunnen ertugeten togebrachten vnd behalden ſake, vnd wat he des vort to ende der ſake kuntlichen ſchaden nemende wert dar vmb vnd vannen he vnd de eme darto helpende worden nymandes jn rechte to den ere noch ſus andes in keynewieß plichtig ſint to antworten, vnd konde de cleger eenen ſynen witderſaken vorgeſcr. jn ſolker vorgeſcr. mate nicht erlangen vnd erfordern, ſo mach he ſe forder mit ander forderinge geiſtlich adder wertlich wu he beſt kan ſienden vnd erlangen vnd duſſe breff mit alle ſinen puncten vnd articlen ſal allen des ergen. Hermans erben vnd alle dejhene de he adder ſine erben dyſſen breff gebende ufflatzende vnd beuelende worden vppe Markqwarde vnd de von Lubeke ergeß. vp Marckqwarde alle erben vnd der von Lubeke nakomelinge ſo fullenkomen wantig macht vnd krafft haben in aller maiße alſe duſſe breff dem cleger Hermannen vp den beclageden Marqwarde vorgent. erwunnen erſtanden ok ſolke des ergeß. Hermans erwunnene vnd erſtandene ſake duſſes breffs en ſal noch en mach eme nu forder nymant myt rechte nummez to ewigen tyden to witderbringen wetderlegen noch wetderſpreken in keyne wieß Alle duſſe puncte vnd article ſampt vnd byſunders duſſes breffs ſint vor my jn gerichte an dem vorgntn. frieſtole myt gefrageden vnd gewiſeten orteilen vnd rechten dorch recht na ennander erwunnen erſtanden togelaten vnd gefulbort my ſelbigen der fulbort der vmbſtender des gerichtes to geſlotten vnd ich myne geborlike orkunde dar vp entphangen hebbe alle na frigeſtols rechte Hyr vmb ſo gebiede ich Henrich fryeeybe ergen. von keyſerlicher gewalt vnd macht allen forſten vnd heren Ertzebiſchoppen vnd Biſchoppen Hertogen Lantgreffen Markgreffen Borgkgreffen Grauen Baronen Rittern Knechten Amptluden vnd Schultheten Richteren Steden Dorppern Marketen

Digitized by Google

flecken vnd forder allen luden de duſſe breff adder ſine ware Copie ſeheen adder horen leßen, vnd de to duſſe ſake vnd keyſerliken kummer geeiſchet vnd vormanet werden dat ſe dem vorgnt. cleger vnd den jhenen den duſſe breff tor tyd to ſthande worde jn ſolken keyſerliken kummer vnd duſſen dießes breffs wie vorgeſcr. ſteit in keynewieß wetderſtat jndracht noch hinderniſſe thon ſunder eme darto ghunnen geſtaden hulpe byſtand rait vnd dait don eme des nicht to weygernde alſe ſe dann von Rechte plichtig ſin von gehorßame vnd vnderdenicheit weghen des heiligen Romeſchen Richeß heymelichen friengerichtes vnd vormane des dejhene de frieſcheppen ſin bie eren eiden vnd gelaueden de ſe to dem heymeliken friengerichte gedaen hebben, vnd de nicht frieſcheppen ſin by der ſwaren peyne viefftich phud fyneß goldes konigliker bote to vormydende dyt allet in keynewies anders to haldende So lange daz ſe erſt war blig vnd ſchin ſegel vnd breffe geſehen vnd gehort hauen dat de ergeß. Marckqwort de von Lubecke ere eruen vnd nakomen van duſſen ſaken Hermans adder mitdebeſcr. vnd von brocken vnd bote dar jn ſe mynen ſtolheren vnd my von vorſumeniſſe des gerichtes vorfallen dorch Recht na frienſtols Rechte geabſolueret vnd geqwitert ſin, de jhene de my adder eyme andern gewerdegen frigreben dar jnne ſumich vnd vngehorßam vermeldet vnd vorclaget worden De moſte men darvmb forderen, en de bote vpſlaen vnd vp ſe procederen myt ſwerer folge na frigeſtols rechte dat en dann to ſwor komende worde Eyn itzlich witize ſich hyr wißlich vnd geborlich to haldende iſt my Raid vmbſtender des gerichts ſin geweſt de veſte vnd Erßame frienſcheppen Hertug von Lengefelt, wetderolt wetderolden Jmne haue Hildebranth Rickharßen vppe duſſe tyd in ſtetde des Vagedes tom Kogelnberge Johan Tyeß Hein. Knoffeler Albertus Scroder Corte Johan, Gyſeler van Snehern Cord Hoedewelker Cort Rades de Frone vnd Anders Fele mer Frierſcheppen dieſſzes alle to kuntſchaff der worheit habe ich Henrich Friegrebe ergnt. myn Jngeß. veſtliken an duſſen breff gehangen Datum Anno Dm. millesimo Quadringentesimo Septuagesimo Secundo Quinta Feria proxima post diem Beati Anthonij Confessoris.

Unten ſtehen die Worte von anderer Hand: Auscultatum a collacione est xwz. Copia per me Henricum Lorredde clericum

Digitized by Google

Mogunt. Imperiali autt. Notar. z. concordat cum originali mandat. de verbo ad verbum quod protest. manu propria.

3. (12.)

(Eine Urkunde auf Pergament.)

In nomine Domini Amen Per hoc praesens publicum Instrumentum cunctis pateat euidenter et sit notum EIS Anno a natiuitate eiusdem Millesimo quadringentesimo septuagesimo primo Indictione quarta prima die mensis Augusti hora vesporum vel quasi pontificatus sanctissimi in Christo patris et domini nostri domini Pauli diuina prouidentia pape secundi Anno septimo In mei Notarii publici testiumque infrascriptorum ad hoc vocatorum specialiter et rogatorum praesentia personaliter constitutus prouidus vir Arnoldus Pekelhering laycus paderburnensis dioceseos procurator et eo nomine Spectabilis viri Marquardi Saligen Ciuis inclite Imperialis ciuitatis Lubicensis prout et sue procurationis mandato michi Notario publico infrascripto licentiam fecit fidem habens et tenens in suis manibus quandam appellacionis papiri cedulam quam in medium produxit atque exhibuit protestando expresse et protestabatur primo et ante omnia quod propter iustum metum qui etiam in constantem cadit virum non audeat per se neque per alium coram sede et in loco liberi iudicii in Volgmarssen vpp dem rede vulgariter nuncupato et praesertim coram prouido Hinrico Smede ibidem Vrigrauio et in causa seu causis infrascriptis appellare et appellacionem interponere siue intimare. Qua propter omnibus melioribus modis via iure causa et forma quibus melius potuit et debuit iuxta ipsius appellacionis vim formam continenciam et tenorem primo secundo et tertio ac instanter instancius et instantissime prouocauit et appellauit apostolos peciit et protestatus fuit alios et alia fecit pro ut et quemadmodum in eadem cedula plenius continetur et habetur Cuius tenor de verbo ad verbum sequitur et est talis: Na deme dingen vnde appelleren noittrufftelich van vnſen oltuaderen Paweſten keyſeren vnde ſetteren geiſtlicher vnde ock wertlicher rechte geordent geſet gemaket vnde togelaten is, dem bedruckten vnd beſwerden to troſte vnde to hulpe Vnde alſe dan de vorgerorte

groetmechtigeſte Romiſche keyſer in aller wertlicheit godes ſtadholder vppe erden is. de aller hogeſte richter ouer all. Hyr vmme vor iuw van keyſerlicher gewalt Notario vnd openbaren ſcriuer vnde den tugen hyr yegenwordich Jck Arend Pekelherinck procurator Marquard Saligen borgers to Lubeke. Jn dem ſynne vnde meyninge to appellerende beſchermynge des allerdurchlufftigeſten Forſten vnſes allergnedigeſten Heren des Romiſchen Keyſers ꝛc. vnde des hilgen Romiſchen Rykes antoropende Apoſtele mit vlite to biddende vnde to entfangende myn vnde ſyn lyff ere vnd gherochte vnder ſchuerer vrigheit vnde beſchermynge des hilgen Romiſchen Reichs to ſettende. vnde vort alle des nageſcreuen ſteit to doende. So ſegge ick vnd vorbringe aldus. Waldan Hinrick Smed ſyck nomende Vriggreue to Volckmarſen. des erwerdigeſten Hern Biſſchuppes to kollen. Hermen Reyncken offte yenich ſyn procurator by truwe vnde geſwoernen eeden dem vorgeſcreuen vnſem allergnedigeſten Heren dem Romiſchen Keyſer vnde dem hilgen Romiſchen Ryke ſunderlinges to der hilgen heemelichen achte rechte gedaen. vnde to ſynem ampte wall plichtig weren to achtende vnde to wetende. dat ſe an dat heemliche gerichte neyne ſake offte lude ſcholden heiſſchen laden offte vorderen denne de vnd vmme ſake dar myt rechte geboerden. Vnde offte yemand dar heen gefordert worde. des ſyn lanthere offte borliche richter mechtich were eder ſyn mochte. vor eme eder yenigen lantlopigen gherichten to den eren to plegende. Vnde ſodanes den vrigreuen to wetende dede. vnd myt troſtung vnd velicheit des klegers affgefordert worde Alſo dat dem klegere vorwiſſinge were gedaen dat em vmme ſyne clage ere vnde recht offte antworde ton eren wedderfaren mochte dat alsdan de ladinge des heemelichenn gerichtes gensliche ſall aue ſyn. vnde der ſake nagegaen werden. vor dem hern offte richtere. dar de ſake heen gehoert. ane yenige indracht des vrigreuen eder heemlichen gherichtes. War auer deme alſo nicht nagaengen worde ſo ſolden alle proceſſ vorvolginge vnd gherichte. de dar ouer gheſcheen weren. offte geſcheende worden gans crafftloeſſ machtlois doet vnde aue ſyn. vnde de Vrigreue vnde Kleger in ſwaere pene vorfallen weſen. So men hyr aff egentlike ſcriffte vnd bewiſinge vinden vnde hebben mach. Jn der koninckliken Reformacien des hilgen Rykes

to Vranckfort vortydes van dem allerdurchlufftigeſten mynen allergnedigeſten leuen Hern Hern Frederiche yegenwordigen Romiſchen Keyſer myt rade vnd bywesent des hilgen Rykes korforſten geſat. Wo wal Marquart vorg. ouerbodich is geweſen, ſyck to eren vnd rechte hebbe erboden. ſo dat dorch de ſuluen ſyne hern vnd geborlichen richter an den obgemelten frigreuen vorſcreuen. vnd in bouenſcreuenen mate na derſuluen Reformacien inholt myt louenwerdigen mannen vorborget. vnde affgefordert is. ſo men wal na bringen mach. des deſulue kleger vnd vrigreue alle nicht en hebben geachtet. ſunder tegen recht reformacien geſette vnde gebodere mynes gnedigeſten Hern des romiſchen Keyſers vnde des hilgen Rykes hebben vullenfaren. de affſtellinge der heemlichen gherichte vnd ladinge vreuelikem vnd vormetelikem hebben geweygert des doch noch nyne teyn dage ſynt geleden. he vppe begerte vnd geſynnent Hermen Reyneken ſole hebben vullenfaren. Wantmen gelouen vnd vorwyſſinghe van vromen luden beſcheen vnde vorſegelt. nicht en wolde vppnemen. ſunder vorder in der ſake dar en bouen procederen ock bouen dat demſuluen Marquarde ſodane ladinge nicht ſo recht is wordenn vorkundiget. Alſe Marquart vorg. denne merckeliken hyr mede vorſnellet vnde vormeteliken beſweret vorkortet vnd vorunrechtet is. bouen vnd tegen recht vnd reformacien vorberort. my bevruchtende vte merckeliken ſaken vnde kentliken waertekennen he forder beſwert mochte werden. dar vmme beholtlich nullitaten crafftloſheit vnd machtloesheit der ladinge vnd alinge vorforderinge des heemlichen gherichtes vnde rechten vorberort. dar vmme deſſe ſake to vordedingende vnde de pene der Reformacien des hilgen Romiſchen Rykes to vorforderende vnd to erhalende vnuorſumelich. ſo vele des in dem rechten to doende is. na geſette vorg. vnd nicht vorder. van der vnhorſamen vreuelen affſtellinge des gelouen vnd troſtinge ere vnd rechtes laſt vnde van allen beſwaringen vte den vorgeſatten to vorgadderende. So appellere ick jm namen Marqward vorgeſcreuen van dem genanten Hinricke Smede vrigreuen van ſynen vrienſtoilen vnde alingen heemlichen gherichten, tegen denſuluen vrigreuen tegen den vormetennen Hermen Reyneken vnd tegen alle de ſyck deſß ſake to trecken offte de yenigerwyſe to doende mogen hebben offte krigen, vnd berope my dorch gebor-

Digitized by Google

licher ſcheldinge wederſprake vnd wederachtent jn vnd ouermiddeſt deſß ſcryfft an den allerdorchlufftigeſten groitmechtigeſtenn forſten mynen gnedigeſten leuen Hern Hern Fredericke romiſchenn keyſer vnd an ſyner keyſerlichen gnade Camerghherichte hoffgerichte offte an dat hilge Romiſche Ryke eder an alle vnd etlike dar ick my na rechte reſcripten vnd priuilegien offte na older gewoente des hilgen Rykes behorlich to appellerende vnde de vorberorten belaſtinge to vorbedingende. Vnde ick bidde eyne warue anderwarue vnde derdewerue ryſch ryſſcher vnd aller ryſſcheſt tuchlike Apoſtele na heiſſchinge vnde geboer deſß myner appellacien Vnde ſette myn vnd aller der jenner de deſſer appellacien werden adherende vnde byvallende lyff ere gerochte vnd gud ick deſulue Marqward vnde ſe alle nu hebben offte krigende werden vnder ſchuerer vrigheit vnde beſcheruwge unſes allergnedigeſten Hern des Romiſchen Keyſers vnd des hilgen romiſchen Rykes Ock proteſtere vnde bevorworde ick deſſe yegenwordigen appellacien to mogen vorbeteren vormeren vormynneren toſetten vnd affnemen. vorkundigen vnd vorvolgen myt penen des rechten geſat yegen de jenne de Appellacien vorſmaen an dat hilge Romiſche Ryke, vnd vort alles rechten behelpp, vnd gnade beholtlick ſo van rechte offte ghemeyner ghewoente des hilgen Rykes ſall mogen geboren, vnd ick heiſſche iuw openbaren Notarium dat gy my hyr vpp maken na behoerliker wyſe eyn eder mer openbaere Inſtrumente vnde de Erſamen Manne hyr jegenwordich deſß vor tuge vordechtich to bliuende. Hac siquidem prouocationis et appellationis cedula sic vt permittitur exhibita, atque porrecta ac iuxta et secundum ipsius vim formam continenciam et tenorem prouocato reclamato et appellato Ego Notarius publicus infrascriptus dicto Arnoldo appellanti Apostolosque debita cum instantia petenti et protestanti testimoniales apostolos tradidi et assignaui De et super omnibus et singulis idem Arnoldus nomine quo supra sibi a me Notario publico infrascripto vnum vel plura publicum seu publica confici peciit Instrumentum et Instrumenta Acta sunt hec Lemego In domo Conradi Hardemaen Judicis Sub Anno Indictione et aliis quibus supra praesentibus idem honorabilibus viris Conrado Hardemaen Remberto raithusen et Bertramo

Digitized by Google

Muntser laxcis et scabinis testibus ſide dignis ad hoc vocatis specialiter et rogatis.

(L S / scripti) Et Ego Johannes de Bersenbrugge clericus Osnaburgensis dioceseos publicus sacra Imperiali auctoritate Notarius Quia prouocationi protestacioni interposicioni apostolorumque peticioni et dacioni omnibusque aliis et singulis praemissis dum sic ut premittitur fierent et agerentur vnacum praenominatis testibus praesens interfui eaque sic fieri vidi et audiui Ideoque praesens publicum Instrumentum exinde confeci conscripsi manu propria et subscripsi et in hanc publicam formam redegi quam signo nomine proprio et cognomine meis solitis et consuetis signaui roboraui In fidem euidensque testimonium omnium et singulorum promissorum, Rogatus et requisitus.

In dorso ſteht:

Praesentata est praesens appellacio ad Cancell. Imperialem decima quarta die mensis maij IXIZ

Joh. Kroneuberger Notarius Judicii
Camere imperialis subscripsit.

Anno MCCCCLXXII

In causa Lubicensis appellationis die veneris vltima Julii produxit Herman de Hern procl.

Jo. Rempstede Notarius sszt.
R.

4. (9.)

(Ein Document auf Papier, mit einem Siegel von rothem Lack.)

Wir Friderich von gottes gnaden Römiſcher keyſer zu allenn zeiten Merer des Reichs zu Unngern, Dalmacien Croacien ꝛc. kunig, Hertzog zu Oeſterreich vnd zu Steir ꝛc. Einbietten den Edeln vnd Erſamen vnſern vnd des Reichs lieben getrewen Mauricio Grauen zu Periment. Vnd Burgemeiſter vnd Ratte der Statt Hamburg. Vnſer gnad vnd alles gut Edler vnd Erſamen lieben getrewen Sich hat Arnold Pekelhernick als volmechtiger procurator vnd Anwalt weilent Marquarts ſalig Burger zu Lubeck von ettlichen vermeinten vrteilen proceſſen vnd beſwerungen ſo durch Heinrichen Smede der ſich nennet Freygrene zu Volk-

Digitized by Google

merßen an dem Freyenſtule daſelbſt in verachtung der Privilegi gnaden vnd freyheit damit die Statt Lubeck vnd die Jren von vns hochbegnadet vnd gefreyet ſein Auch wider ordnunge vnd ſatzung vnſer gemeinen kuniglichen Reformacion zu Frankfort außgegangen vnd vber das Burgemeiſter vnd Ratte zu Lubeck den obgemelten Marquart auf die oberurt freyheit vnd nach laut vnſer kuniglichen Reformacion abgefordert vnd dem clager Een vnd Rechtens auf voligen, ſichern tagen zu uerhelffen ſich erpotten haben, wider denſelben Marquart vnd fur Herman Rieneckeu den Jungern geſprochen vnd ergangen ſein ſullen mit ſonnderlicher vorbehaltnuß jrer nullitet vnd vntuglicheit als beſwert an vns berufft vnd geappellirt nach laut eins jnſtruments derſelben Appellacion vns darumb furpracht vnd in meynung ſolcher appellacion vnd ſachen rechtlich nachzekomen vns vmb notdurfftige hilff des Rechtens demuttiglich anruffen vnd bitten laſſen wannen wir nu nyemands der vns vmb Recht anrufft das verſagen ſollen vnd aber yetz mit anndern vnſen vnd des Reichs merclichen geſchefften beladen ſein Darumb vnd zu furderlichem außtrag der ſachen auch die partheyen mer mue koſten vnd ſchaden zu uerheben, So emphelhen wir euch beyden ſamentlich vnd yeglichem beſonnder ſolich oberurt Appellacion vnd ſachen an vnſer ſtatt, geben euch auch gemeinlich vnd ob jr des in gemeine vnd ſamentlich nit gewartten mugt yeglichem beſonnder ganntzen vollen gewalt mit diſem brieue ernſtlich gepietunde, daz jr in gemeine oder ſonnderheit beyde obgemelten partheyen auf einen benannten tag rechtlich für euch heiſchet vnd ladet Sy alsdann in der obeſtimpten Appellacion vnd ſachen gegeneinander eigentlich vnd nach notdurfft verhoret, vnd wie jr die in Recht erfindet euch darüber erkennet vnd mit ewerm rechtlichen ſpruch entſcheidet Sonnderlich ſo emphelhen wir euch ſo jr auß beiderteil furpringen erfinden wurdet, das die obgemelten vrteil proceſſ vnd hanndlung wider den benanten Marquart vber vnd nachdem Er ſich dem clager Eren vnd Rechtens vor ſeinen ordenlichen einlendiſchen Richtern nach laut vnſer kuniglichen reformacion Auch der oberurten von Lubeck priuilegien gnaden vnd freiheit zu ſein nit gewidert ſonnder ſich des gegen im als ſich gepurt erpotten, vnd darauf abfordern laſſen hett außgangen weren, das jr alßdann

dieſelben vermeinten vrteil proceß vnd erlangung nachdem die an jn ſelbs crafftloß vnd vntuglich ſein, mit recht erclert vernicht vnd abtut, auch den obgenanten Rieneck vmb ſolich ſein vngehorſam vnd vberfarung vnſer kuniglich Reformacion vnd der von Lubeck angetzogen freyheit in pene vnd puß darjnn begriffen verfallen ſein ercleret vnd erkennet, Ob auch einich kuntſchafft oder getzeugnuß in ſolichen obgemelten ſachen zu uerhoren begert vnd notdurfftig ſein wurde, die auch rechtlich verhoret vnd aufnemet vnd ob die perſonen darjnn zu getzeugen benennet ſich jr kuntſchafft oder zeugnuß darjnne zegeben oder zu ſagen widern oder ſperren wurden in welichem ſchein das beſchech, die bey zymlichen vnd pillichen penen des Rechtens dartzu zwinget vnd haltet daz Sy dem Rechten vnd warheit zu hilff jrer geſwornen kundſchaft vnd zeugnuß darjnn geben vnd ſagen als Recht is vnd ob einich parthey auf ſolich ewer furheiſchung vor euch alsdann rechtlich nicht erſchine nichtz deſtmynder auf des anndern gehorſamen teils oder ſeines volmechtigen Anwalts anruffen vnd erfordern im Rechten volfaret vnd procediret, auch ſuſt alles das darjnne hanndelt tut gepietet vnd verpietet daz ſich in ſolichen ſachen nach ordnung der Recht zet vnd gepürt vnd notdurfftig ſein wirdet, daran tut jr vnſe ernſtlich meynung vnd wolgefallen, Geben zu der newenſtat am funffzehenden tag des monets may nach Criſti gepurd virtzehenhundert vnd im zwey vnd ſibentzigiſten Vnnſer Reiche des Romiſchen im dreyunddreiſſigiſten des Keyſerthumbs im ains vnd zweintzigiſten vnd des Hungriſchen im viertzehennden jarem.

Ad mandatum Dni
Imperatoris

In dorso ſteht:

In causa appellationis Lubecensium

Anno &c. lxxii praesentata per magistrum Jo. Arndes procuratorem qui peciit et obtinuit ss. decerni citationem cum inhibicione d. in theatro die veneris xxvj Junii praesentibus sociis.

Jo. Remstede notarius subscripsit

R.

5. (3.)

(Auf Pergament und mit einem Stadt Hamburger Wachsſiegel.)

Wy Borgeremeiſter vnd Raedmann to Hamborg Richtere vnd Commiſſarii deſſer naberorden beropinge vnd Appellacien zake vnd Partyen mit dem Eddelen vnd wolgebornen Hern Mauricio to Perimont greuen mit der clauſulen, Geben euch auch gemeinlich vnd ob jr des in gemeine vnd ſamentlich nit gewartten mugt yeglichem beſounder ganntzen vollen gewalt mit diſem brieue ꝛc. van Romiſcher keyſerliker gewald ſunderges geſettet vnde gedeputeret, Embeden Hermen Reyneken dem Jungern Vnſen grut, vnd deſſen vnſen, doch warafftiger vnd meer den keyſerliken geboden horſam to ſynde, Gude vrund des Alderdurchluchtigeſten vnd grotmechtigeſten hochgebornen Furſten vnd Hern Hern Friderikes van godeß gnaden Romiſchen Keyſers to allen tyden meerer des Rykes to Vngern Dalmacien Croacien ꝛc. Koninges, Hertogen to Oſterryk to Styr to Kärnnten, to Crayn vnd to Tyrol Greuen ꝛc. vnſes aldergnedigeſten leuen Hern Commiſſienbreff mit ſinem keyſerliken ruggelinges vpgedruckeden jugeſegel vorſegelt gans heel vnd aller vordechtniſſe vrich vns dorch den vorſichtigen Meiſter Juhann Arndes dar to gantzen vnd vulmechtigen Procuratorem des Erſamen mannes Marquard zaligen Borgers der Statt Lubeke, jn dem ſuluen beueel breue vnd Commiſſien ſunderges vthgedrucket vnd benomed, ouergeandwerdet, hebben Wy mit ſulliker alſo ſik themede reuerencien vnd werdicheit entfangen, ſodanes ludes, alſe van worden to worden hyr nageſcreuen ſteit[1]) **Wyr Friderich** von gottes gnaden Romiſcher Keyſer zu allenn tzeiten Merer des Reichs zu Hungern Dalmacien Croacien ꝛc. Kunig Hertzog zu Oſterrich vnd zu Steir ꝛc. Embietten den Edeln vnd Erſamen vnſern vnd des Reichs lieben getrewen Mauricio Grauen zu Perimont vnd Burgemeiſter vnd Ratte der Statt Hamburg Vnſer gnad vnd alles gut. Edeler vnd Erſamen lieben getrewen, Sich hat Arnolt Pekelherinck als volmechtiger procurator vnd Anwalt weilent Marquarts ſalig Burger

1) Dieſe Urkunde, welche mit der vorhergehenden 4 (9) gleichlautet, ſtimmt in den allgemeinen Förmlichkeiten ſo genau mit derjenigen gleichen Inhalts, die Berck 2, 472 ff. mittheilt, überein, daß dieſe nach meinen Abſchriften vielfach berichtigt werden kann.

Digitized by Google

zu Lubeck von ettlichen vermeinten vrteilen proceſſen vnd beſwerungen ſo durch Heinrichen Smede der ſich nemet Freygreue zu Volkmerßen an dem freyenſtull daſelbs in verachtung der priuilegi gnaden vnd freyheit damit de Statt Lubeck vnd die jren von vns hochbegnadet vnd gefreyet ſein Auch wider ordnunge vnd geſatzung vnſer gemeinen kuniclichen Reformacien zu Frankfort außgegangen vnd vber das Borgermeiſter vnd Ratte zu Lubeck den obgemelten Marquart auff die obernrt freyheit vnd nach laut vnſer kuniglichen Reformacien abgefordert vnd dem clager Eren vnd Rechtens auff veligen ſichern tagen zu uerhelffen ſich erpotten haben, wider denſelben Marquart vnd fur Herman Rienecken den Jungern geſprochen vnd ergangen ſein ſullen, mit ſonnderlicher vorbehaltnuſſ jrer nullitet vnd vntuglicheit als beſwert an vns berufft vnd geappellirt nach laut eins Inſtruments derſelben Appellacion vns darvmb furpracht vnd in meynung ſolicher Appellation vnd ſachen rechtlich nachzekomen, vns vmb notdurfftige hilff des Rechtens diemuttigclich anruffen vnd bitten laſſen, Wannen Wir nu nyemands der vns vmb Recht anrufft das verſagen ſollen, vnd aber yetz mit andern vnſern vnd des Reichs merclichen geſchefften beladen ſein, darumb vnd zu furderlichen außtrag der ſachen auch die partheyen mer mue koſten vnd ſchaden zu uerheben So emphelhen wir euch beyden ſamentlich vnd yeglichen beſonnder ſolich oberurt Appellacion vnd ſachen an vnſer ſtatt, geben euch auch gemeinlich, vnd ob jr des in gemeyne vnd ſamentlich nit gewartten mügt yeglichen beſounder ganntzen uollen gewald mit diſem brieue ernſtlich gepietende, daz jr in gemeine oder ſounderheit beyde obgemelten partheyen auf eynen benanten tag rechtlich fur euch heiſchet vnd ladet, Sy alsdan in der obeſtimpten Appellacion vnd ſachen gegeneinander eigentlich vnd nach notdurft verhoret, vnd wie ir die in Recht jrfindet, euch daruber erkennet vnd mit ewren rechtlichen ſpruch entſcheidet Sonnderlich ſo emphelhen wir euch ſo ir auß beiderteil furpringen, erfinden wurdet, das die obgemelten vrteil proceſſ vnd handlung wider den benan. Marquart vber vnd nach dem Jr ſich dem clager Eren vnd Rechtens vor ſeinen ordentlichen einlendiſchen Richtern nach laut vnſer kuniglichen Reformacion auch der oberurten van Lubeck puiuilegien gnaden vnd freiheit zu ſein nit gewidert, ſounder ſich

des gegen jm alß ſich gepurt erpotten vnd darauf abfordern laſſen hett, außgangen weren, das jr alßdann dieſelben vermeinten vrteil proceſſ vnd erlangung nachdem die an jnſelbs crafftloſſ vnd vntuglich ſein, mit rechte erklert vernicht vnd abtut[2]), auch den obgenanten Reineck vmb ſolich ſein vngehorſam vnd vberfarung vnſer kuniglich Reformacion vnd der van Lubeck angetzogen freyheit in pene vnd puſſ darjnn begriffen verfallen ſein ercleret vnd erkennet, Ob auch einich kuntſchafft oder getzeugnuſſ in ſolichen obgemelten ſachen zu uerhoren begert vnd notdurfftig ſein wurde die auch rechtlich verhoret vnd auffnemet Vnd ob die perſonen darjnn zu getzeugen genennet ſich jr kuntſchafft oder tzeugnuß darjnne ze geben oder zu ſagen widern oder ſperren wurden, in welichem ſchein das beſchech, die bey zimlichen vnd pillichen penen des Rechtens dartzu zwinget vnd haltet, daz Sy dem Rechten vnd warheit zu hilff Erer geſworn kuntſchafft vnd zeugnuſſ darjnn geben vnd ſagen als recht iſt, Vnd ob einich parthey auß ſolich ewer furheiſchung vor euch alsdann rechtlich nicht erſchine, nichtz deſtmynder auf des andern gehorſamen teyls oder ſeines volmechtigen Anwalts anruffen vnd erfordern im Rechten volfaret vnd procedirt, Auch ſuſt alles das darjnne hanndelt, tut, gepietet vnd verpietet, daz ſich in ſolich ſachen nach ordnung der Recht zetund gepurt vnd notdurfftig ſein wurdet, dar an tut jr vnſer ernſtligh meynung vnd wolgefallen. Geben zu der Newenſtat am ffunfzehenden tag des monets May nach Criſti gepurd virtzehenhundert vnd im zweyvndſibentzigiſten, Vnnſer Reiche des Romiſchen im dreyvnddreiſſigeſten, des Keyſerthumbs im ainsvndzweintzigiſten vnd des Hungriſchen im viertzehennden jarenn.

Nedder vnder vpt ſpacium deſſer voringeſcreuen keyſerliken Commiſſion ſtunden van ener andern hand geſcreuen deſſe word: **Ad mandatum Dni Imperatoris**,

Darto hebben wy ok entfangen van dem guten Meſter Johan Arndes Procuratore enen andern des obgemelten Hern Mauricii Greuen to Perimont mit ſinem angedruckeden jngeſegele

---

2) Die Stelle von Sonderlich ſo — hierher iſt unſerer Urkunde eigenthümlich und fehlt in der oben angeführten Berck ſchen S. 473.

vorſegelt entſchuldigendes breff ludende van worden to worden alze hyr nauolget **Wy Mauricius** Greue van Pirmont Embeden juw Erſamen Hern Borgeremeiſtern vnd Radmann to Hamborg vnnſen vrundliken grut, witlik donde vnde apembar betügende in vnd mit deſſem breue, dat de beſchedene Marquard ſalige Borger to Lubeke vns mit ener keyſerliken Commiſſion, de wy mit ſodaner werdicheit ſo ſik behoret hebben entfangen gheuen vp den vefteynden dagh des manen May negeſt vorleden, heft requireret vnd angelanget, darjnne vnſe gnedigſte Here Romiſche Keyſer juw vnd vns heft beualen ene zake denſuluen Marquarde vnd enen genant Hermen Reyncken belangende, ſo dat de keyſerlike Commiſſio breder vorclaret, vnd wante wy denne van mennichvoldigen eeliken noedzaken vns anliggende, ſulliker keyſerliken Commiſſien nicht genuch doen vnd naghan konen, Darum wy alle vnſe macht vns darjnne gegeuen Juwen Erſamheiden beuelen vnd overgeuen in kraft deſſes vnſes breues Gheuen vnder vnſem vnderangedruckeden Jngeſegel na der bord Criſti vnſes Hern Duſendveerhundert jaer, dar na jm tweundſoventigeſten am auende Sunte Johannis Baptiſte ſiner gebord to middenſomer **na welkerer** voringeſetteder keyſerliken Commiſſion vnd entſchuldigendes breue, worden wy dorch den vorgenten Meſter Johann Arndes Procuratorem des vorgeſcreu. Marquardes ſaligen mit Rechten anlanginge geeſſchet vnd gebeden dat wy ein ladinges vnd vorbedinges breue vnd proceſſe to vorderinge deſſer zake noed vnd behuff weſende gheuen vnd decerneren vnd vord meer na aller formen vnd wyſe in demſulnen breue van keyſerliker wald vns beuolen vnd gegeuen procederen vnd dem keyſerliken beuele genuch doen wolden Darumme wy Borgermeiſter vnd Raedmann to Hamborg Richtere vnd Commiſſarii vorſcreu. Anzeende dat ſullike eſſchinge vnd biddinge recht weren vnd medeludende der Redelicheit, willende ok ſodan keyſerlike geboden genuch doen, vnd dat alſe wy ſchuldich ſint vulforen van Romiſcher keyſerliker gewald vns in deſſem deele ſo vorſcreu. ſteit beuolen vnd gegeuen, So eſſchen laden citeren vnd vorboden wy dy Hermen Reyncken den Jungern to Greuenſteyn efte eynandernwech wordu wonaftich vorkerende edder wankende biſt enewerff anderwerff druddewerff vnd peremptorie mit deſſem vnſem breue ernſtlik gebedende dat du vp den

Achteynden dagh na auerandwerdinge efte vorkundeginge deſſes vnſes breues welkerer achteyn dage, wy dy Soſſe vor den erſten, Soſſe vor den andern vnd de leſten Soſſe vor den drudden vnd leſten dach vnd termyn ſetten peremptorie vnd geuen, Edder oft deſulue dagh nicht zynde wurde eyn gerichtes dagh, denne vp den negeſten Rechtsdagh dar negeſt uolgende vor vns vp vnſem Raedhuſe to Hamborg to gerichtetyddages perſönlike edder dorch einen vulmechtigen procurator komeſt vnd rechteswyſe erſchineſt mit allen vnd isliken ſcriften breuen vnd inſtrumenten, der du in deſſer zake denkeſt to brukende, vnd dy mede beſchermen willeſt ſodan vorſcreuen zake der beropinge vnd Appellacien to rechtuerdigende to vorlutterende vnd to vorhorende, vnd vord alſe recht is na gelegenheid der zake vnd na lude vnd Inholde der keyſerliken Commiſſion vorſcreuen wente to dem entliken ordele vortgegaen vnd procederet werde, mit zodaner zekeringe eft du to deſſer ladinge eſſchinge vnd citacion in dem termyne vnd rechtdage dy alſe vorgeroret is van vns geſatt vnd aſſigneret komende werſt edder nicht nichtesdemynner werden wy mit dem parte dat denne vor vns in Richteswyſe erſchinende werd procederen, vnd des vorben. aldergnedigeſten Hern Romiſchen Keyſers beueel breuen genuchdonde vnde in dem Rechten vullenfarende alze ſik dat geboren ſunder vurder meer ladinge anders dan vp der dore vnſes Raedhuſes **Vurder meer** wy Borgeremeiſter vnd Raed Richtere vnd Commiſſarii obgemelt, Betrachtende, dat in ſodaner zake de wyle de van keyſerliker beuelinge vor vns in gerichte henget vnuorſcheden dorch nemende ichteswes ſy to vornygende ofte vortonemende, Hyrumme van derſuluen keyſerliken gewald vns in dem deele ſo bouengeſcreuen is gegeuen vnd beuolen, inhiberen vnd vorbeden allen vnd isliken Furſten Hern Grauen Fryen Rittern Knechten Frygreuen der fryenſtole Vryenſchepen Landrichtern Richtern Vogeden Amptluden Houedluden Borgeremeiſtern Redern vnd intgemeyne vnd beſundern allen andern des hilligen Romiſchen Rykes vnderdanen vnd getruwen, vnd nemliken, den dyt jegenwardige geſchefte anroren, edder jenigewyß tokunfftigen anroren mach ernſtlik vnd vaſtlik in vnd mit deſſem vnſem breue, dat ſe dorch ſik ſulues edder yemande anders, apenbar efte heymliken, edder jenigewyß to vorfange

ſodanem vor vns hangenden rechte, vnd der keyſerliken gewald vns in deſſem deele beuolen to vornichtinge vnd vorſmahinge, vnd des erſcreu. Marquardes ſaligen hinderinge ſchaden vnd beſwaringe nichtes vornyen efte begynnen, vnd ſik mit der zake darjnne to richtende ſlichtes nicht bekummeren, By pene der keyſerliken maieſtat vnhulde vnd ok veftich pund lodigen Goldes De helffte des hilligen Romiſchen Rykes keyſerliken Camern vnd de andern helffte vnſer Stad Hamborg Cameren vnuorlateliken to betalende, jn welkere pene ſe vnd en jewelik de dar jegen deſſe vnſe jnhibicion donde werden vnd werd van ſtund ſcholen vnd ſchal ſyn voruallen, Vnd dar to denken wy allent dat tiegen ſullike vnſe vorbedinge geſchud vnd gedaen werd to vornichtende vnd de zake wedder in eren erſten ſtaet vnd weſend to vorende, vnd de yennen de hyr tiegen doen in voruallinge der pene vorgerort de declarerende mit rechte vnd dorch recht, Ok ſo beden wy in kraft vnd macht bouenſcreuen allen des vorben. hilligen Romiſchen Rykes getruwen apenbarn Notarien vnd Scriveren de mit deſſer vnſer Citacien vnd inhibicion vorſoecht geeſſchet edder requireret werden by hulden des obgemelten hilligen Romiſchen Rykes dat ſe allent dat in der voruolginge vnd Execucien ſodaner vnſer vorſcreuen Citacien vnd jnhibicien ſchud vnd gedaen werd, vns laten werden ſcriftlike bewiſinge dorch ere apenbar jnſtrument dar wy vns na mogen weten to richtende. Jn **Aller** vnd isliker vorſcreuen ſtucke louen vnd tuchniſſe hebben wy deſſen breff ofte apenbar jnſtrument deſſe vnſe citacien vnd jnhibicien in ſik holdende darvan heten maken, vnd dorch den neddengeſcreuen Notarium vor vns in deſſer zake apenbarn Scriuere vnderſcriuen vnd tekenen vnd mit vnſer Stad anhangenden Secreto beueſtigen vnd vorſegelen laten Gegeuen vnd geſcheen to Hamborg vp vnſem Raedhuſe to Richtetyddages dar wy in vnſen Raedſtolen rechte to delende vnd zake to horende ſeten[3]) na der bord Criſti vnſes Hern veerteynhundert ind twe vnd ſouentigeſten jare jn der veſten

3) Dieſe Formel ſcheint damals bei uns üblich geweſen zu ſein. Auch in der von Berck 2, 471 mitgetheilten Hamb. Appellations-Urkunde heißt es: Vor vns ſo wy up unſer Stad Radhuſe ſake to horende vnde recht to ſprekende ſeten.

Digitized by Google

jndiccien am vrydage den Sesvndtwintigeſten dach des manes Junij, des Pawesdomes vnſes alderhilligeſten in Gode vaders vnd vnſes Hern Hern Sixti van godliker vorſichticheit Paweſtes jm erſten jare jn jegenwardicheit der Eraftigen manne Hern Johann Meſtwerten vnd Laurencii Rodtydken vnſer geſworn Scriuer deſſes to tughe geeſchet vnd gebeden.

Vnde ik Johannes Remſtede[4]) Clerick Bremeſches Stichtes van keyſerliker macht apenbar notarius vnd vor den Erſamen Mannen Hern Borgeremeiſtern vnd Raedmann to Hamborg Richtern vnd Commiſſarien in deſſer zake Scriuer vnd ere geſworen Secretarius, wente ik denn deſſer voringeſcreuener Keyſerliken Commiſſien vnd entſchuldigendes efte exoneracien breue ouerandwerdinge entfanginge der Citacien vnd Inhibicien breue biddinge vnd geuynge vnd allen andern vnd isliken vorgeſcreuen ſtucken ſampt mit den vorgeſcreuen tugen jegenwardich mank was vnd de alle zach vnd horede alſe vorberort werd, ſcheen vnd handelen, Hyrumme van beuele der genennten Borgermeiſter vnd Radmann myner Hern hebbe ik deſſet apenbar dudeſche jnſtrument dar ouer gemaket, vndergeſcreuen, in deſſe apenbar formen vnd wyſe geſettet vnd mit mynem wondliken tekene vnd namen getekent vnd mit der Stad Hamborg anhangenden Secreto vorſegelen laten in louen vnd tuchniſſe aller vorſcreuen punte, ſunderges dar to gebeden vnd geeſſchet.

6. (11.)

(Eine Urkunde auf Pergament.)

In deme Namen des Hern amen In dem jare der gebord deſſuluen duſeſten veerhunderſten twey vnd Souentigeſten jn der vefften Indictien am Sondage des Eynvndtwintigeſten dages des Manen Junii tor Tertien tyd edder darby des Biſſchopdomes vnſes allerhilgeſten in Gode vaders vnd Hern Hern Sixti van

---

4) Magiſter Johannes Remſtede als Hamb. Rathsſecretär kommt auch 1472 in dem Proceß des Scholaſticus Herman Duker c. den Prieſter Bremer als Procurator des Bremer vor in Dr. Meyer Geſch. d. Hamb. Schulen S. 146. Er iſt in dem W. P. Möllerſchen Verzeichniß der 27. Secretär, und war es 1464 — 1474.

Digitized by Google

gotliker vorſichticheit des verden paweſtes jn zinem erſten jar By ſunte Jurigen kerken buten der Stad Lubeke belegen jn myner vndergeſcreuen openbaren Notarii mit den tugen beneden geſcreuen darto ſunderges geeſſchet vnd gebeden iegenwordicheit jß perſonlyk geweſen der Erſame Marquard ſalige Borger to Lubeke hefft geſettet vnd gemaket jn der beſten wiße wege formen vnd manneren alze he van Rechtenwegen konde vnd mochte zinen warhaftigen procurator vnd anwald den Erſamen Meſter Johannes Arndes Secretarium des Erſamen Rades to Lubeke van zinem wegen vnd namen vor dem Eddeln vnd Wolgebornen Hern Mauricio Grauen to Periment vnd den Erſamen Borgermeſtern vnd Rade to Hamborch mit eynem keyſerliken Commiſſie vnd breue van dem Allerdorchluchtigeſten Hochgebornen furſten vnd Hern Hern Fredericke Romiſchen Keyſer ꝛc. Welker zin gnaden breff vnd Commiſſio js gegeuen worden tor Nuweſtad am veſteynden dage des Manten May na Chriſti gebord veerteynhundert vnd jm twey vnd ſoventigeſten jar ꝛc. jn zake eyner appellacien alzo de obgnt. Marquard vormiddelſt Arnold Peckelheringe zinen procurator van etwelken vermeynten ordelen proceſſen vnd beſwaringen dorch Hinrike Smede de zyk nomet Vrygreuen to Volkmerßen tegen en vnd vor Hermen Reyncken den jungern geſproken vnd ergangen alze he my berichtede. Samptliken vnd enen jewelken beſundern to erſchinende en ſodannen Commiſſio vnd breff ouer to antwordende. ze darmede to requirerende Citacien vnd ladebreff tegen den gnt. Hermen to biddende vnd to nemende vnd ſus alle andere ding wat van Rechten wegen darby vnd vmme geborlyk is to donde vnd to vorderende jn aller mathe alze he ſulues perſonlyk ſcholde vnd wolde my opembaren Notario alle ſodanes ſtede vnd vaſt to holdende vnd darwedder nicht to komende effte to donde vppe welkent alle vnd beſundern vorſcreuen de erben. Marquard ſalige bath van my vndergeſcreuen Notario, em darup to makende vnd to geuende eyn edder meer jnſtrument offte jnſtrumenta ſo vele em deren nod vnd behoff zinde wurde Dyt vorſcreuen alle js beſcheen vppe ſtede jar jndictien dage mante ſtunde vnd Bisſchopdomes bouenſcreuen Dar ſint iegenwordich geweſt de vorſichtigen mannen Titke Grote vnd Albert Weghener leygen Lubeſches Sticht. tughe to deſſen bouenſcreuen geeſſchet vnd gebeden.

Digitized by Google

Vnde ik Laurencius Roſendal Clerick des Sticht. to Halberſtad van keyzerliker macht wegen openbar Notarius wente ik dennen in deſſen bouenſcreuen ſaken mit ſampt den tughen bin bygeweſen de alſo to beſcheende geſeen vnd gehoret darumme hebbe ik dyt iegenwordige opembare inſtrument dorch my ſüluen geſcreuen daruan to ſamende geſath vnd in deſſe opembare formen gebracht myt mynen wontliken namen tonamen vnd tekenn in geloue vnd tuchniſſe aller vorſcr. dinge geeſſchet vnd gebeden.

In dorso ſteht:

In causa Lubec. appon. Anno MCCCClxxij die veneris xxvi Junii Jo. Arnd. pel. dt. in judicio

Jo. Rempstede notarius subscripsit die mt. secunda Decembr. Jo. Bersenbrugge et Sixtus Spenger rogauerunt. R.

7. (7.)

(Ein Octavblatt Papier.)

Jck Hermen Reincken bekenne openbar to betügen vormyddels deſſem myneme breue dat ik mechtige Hans Hoppener myner gnedigen leuen Heren van Heſſen vnde der van Greuenſtein geſworen bode etlike breue van dem vrigreue vnde copie ener ſentencien vnde ok exceptien jn vnde vor gerichte to Hamborch vp dat rathus vor de Erſamen Borgermeſter vnde ratmanne dar ſulueſt to ſen vnde horen, handel vnde ſake van my vnde mynen wedderparte Marquart ſaligen borger to Lubeke, vnde jnſage to donde formiddels der vorgerorden ſchryft vnde breue dat dar van vormelden vnde jnholden, wulſtan wil gelick ik dar perſonlick jegenwardich were, vnde de vor gemelte jnſage dede dit to mer kunſchop med myr eyenhant geſchreuen hebbe vnde vnden vp ſpacium deſſes breues myn merke gedruckt Anno Dni LXXII vp ſunte Marien Madalenen auent

(L S)

In dorso ſteht:

In causa lubicensi appon. Anno &c. lxxii die mt. xxix Julii Hans Hoppener pdt.

Jo. Remstede nots.

die mt. 11 Decemb. Jo. Bersenbrugge rogavit mandatum. R.

Digitized by Google

8. (10.)

(Ein Document auf Papier, klein und flüchtig geſchrieben.)

Vor juw Eirbaren Erßamen vorſichtigen wießen vnd beſcheiden mannen Burgermeſtern vnd Raydmannen to Hamborg leuen Heren vnd gunſtigen guden frunden thegen Inhalt eyner vormethen vnmechtigen vnbilliken vnwaren commiſſion die denne myd vnwarheid bedraidlicheit vnd freuele van Marquarde ſaligen burger to Lubecke van allerdurchluchtigeſten vnd gnedigeſten vnſen lieben Herren Herren Frederiche Romeſchen Keyſer altyd vormeher des richs durch vnbillicheit vngeborlicheit thegen goid ere vnd reicht thegen my Herman Reyncken van Grebenſtein erlanget iß in bedröchniſſe deß allergnedigeſten vnſes lieben Herren deß Romeſchen keyſers vnd mynen hinder vnd merkliken ſchaeden thegen gerichtz dingk vorhandel ordel vnd Sentencien vnd genonnen recht of aen der konengliken dyngkſtede des frienſtols vp dem frede vor Volkmeiſſen na frienſtols rechte als eyn frighgeboren eichte rechte ſcheppe thegen den gemelten Marquarde erwunnen vnd behalden habe welke myne ordel vnd gewißet recht in gerychtz dingk ghegangen iſt alſo dat die Commiſſie erer nulliteten halff vorbeſcheiden nu vnd in tokomenden thyden neynſtedde noch macht haben kan ſunder js allerdynghe vnmechtyg voraichtet vornichtet vorvnwerdet thegen dat hyllige godlike geiſtlike vnd wertlike naturlike Recht vnd vart thegen dat hyllige hemelike kuninglike frye gerychte vnd alſo gedaen dat Juw Erbaren Erßamen vorſichtigen mannen Burgermeſter vnd Raydmannen to Hamburg in der ſake twyſchen Marquarde obgemelt vnd my Hermann Reynecke to rychtende vnd to erkennende neyn rechtlyck maicht noch gewolt toſteyd noch in yeniglighe wyß in rechte geburen magh vmme nicher merckliker trifftliker krefftiger reichtliker ſake wyllen hyr na geſcreuen ſtaen.

To dem erſten js die vormethen Commiſſie erworben vnd erlanget myd vorſweghener warheit vnd vtgeſproichener vnwarheit weliche warheit vorſweghen hedde luyd geworden vnd vnwarheit hedde vorſwegen bleben hedde vns gnedigeſte lieue Herr der Römiſche Keyſer der vormethenen Commiſſien nicht ghegeben by namen als Marquard hefft myd clage vorbracht thegen priuileigia fryeheiden vnd keyſerlike gnade dar medde die Eirbaren Erßamen

Digitized by Google

vornunfftigen Burgermeſter vnd Rayd to Lubecke vnd die ere hoich begnadiget vnd befryet ſyn vnd die den thegen die gemeyne ordenunghe vnd geſette der koniglike Reformacien to Franckfurd geſchen vnd bouen die fullegeboide die gemelten Eirbaren Herren van Lubecke Marquardi op velighen ſichern daghe to eren vnd to rechten ſtellen wolden vnd erboden beſweret ſy ſo dene die vermethen Commiſſie dar furder van meldet ꝛc. Hedde he dar die warheit ynne vthgedrucht by namen dat ſodan ſyne vornemen nicht fullenkomen na fryenſtols rechte erkant wurden comme opinbar gebrecke ſyn ſegele bricke vnd erbedinghe vnd die Reformacie to Frankfurd geſcheyn neyne maicht hefft thegen die Reformacie geſcheyn to Arnßburg hedde vnß gnedigeſte Here der Romeſche Keyſer myd der warheyd der rychtliken vorhandelinge deß proceſſes geſcheen vor dem fryenſtole na fryenſtols rechte beweged worden hedde ſulke vormethen Commiſſien nicht ghegeben ſunder is ſyn keyſerlike gnade durch vthgeſproken vnwarheit bedrogen wurden als ſych in warheyd fryenſtolsrecht gericht vnd vorhandel fullenkomen erfinden ſail.

Item bewiſet vnd ertheget ſeck vnmechtyg jnholt der vormethen Commiſſien na dem die Geiſtliken myd anhanghe der wertliken rechten geſanget hebben neymant vyß ſyn lantſchaff bouen eyn daghe reyße geeſchet ſal werden myd paweſtliken vnd keyſerliken Commiſſien vnd off dat geſchege ſam ſundlinge vthgedruchte maicht in den beuel breuen edder Commiſſien ſolden ſodan beuel breue vnmechtiget ſyn vnd neyne maicht edder beſtand haben So iſt die warheyd Hamborgh van Geeveſte dar ik Herman Reyncken wonhafftig, been fullenkomen ſeuen daghe reiße gelegen iß vnd die Eirbar ſtaid Lubecke noch vorder vnd wydergelegen darynne nütte thyd Die Eddele vnd wolgeborn Junckh. Mauricius Graue von Perment ſyne ſteden woninghe hefft dem denne de vormethen Commiſſie medde ſal beuolen vnd togeſcreben ſyn wo mig Herman obgemelt vaſte bequemliker geweſt der ſake to volgende in des Keyſers hoff, denne aen ſolken genannten ſtedden to gewarden wen er die vormethen Appellacie vnd Commiſſie von werden geweſt were daß ße doich nicht en ſyd.

Item erfindet ſijck war clar vnd opinbar na geſette der Reichte Geiſtlik vnd wertlik So wannen der Appellacien ingeſa-

tigede ſcheen vnd reichten thyden nicht gefolget werd myd verbindichunghe vnd geſynnunge to eſchende vnd biddende Apoſtele ſo iß de appellacie deſſen vorlathen vorlorn vnd vorſumed vnd vorunmechtiget de to vorfolgen ſo in duſſen vormethen Appellacien geſcheen iſt were wen ſolke vorkundichunge geſcheen na gebore deſſ rechten vnd jn geſatigeden daghen Die Apoſtele ye gebeden vnd eſchet wurden ſunder twyuel wer den Marquard obgemelt van vorſichtigen Henrike Smede frychgreuen yerghen ſyne beſwert worden wolde to der as he doich nicht in want wolde he to der thyd der Apoſtele wol beßunnen hauen vnd die beſwerniſſe wedderropen vnd myd rechte furdtgefaren edder ſuß ſych denne tom goidliken geburliken rechten gekert vnd darynne gedaen wat recht geweſt were ꝛc.

Item de wylt de goidliken rechte nicht vorhenget yenigh vordechtlicke richter noch partichlick magh geſatiget edder geordinert werden mercket eyn yslyck vorſtendige frome maen wol die vornunfft vnd verſtendniſſe hefft Na dem die eddelle vnd wolgeboren Junckherr Mauricius Graue obgemelt nu tor thyd eyn hoibet mann is zöldener vnd diener der Eirbaren vnd Erßamen Burgermeiſter Raides to Lubecke vnd der iren wo moichlycken rechtliken vnd geburliken ſyn wolde vnſſem gnedigeſten Hern dem Romeſchen Keyſer enne Commiſſien vnd beuel to ſchigkende thegen my Herman Reyncken edder yemandes to der van Lubecke edder der iren behoiff ſunder twyuel gebuert yn rechte nicht vnd hedde die furſte darynne nicht vorleet worden vnd bedrogen in meynunghe he in ſyn Herſchop wonende were hedde ſodane Commiſſie die vormethen vnd vnbylke iſt nicht ghegeuen hyrvmme iß ſe maichtloiß vnd nicht von werden ꝛc.

Erffunde ſeck nu in warheit duſſe ſake die maicht der vormethen Commiſſien vorbeſcheiden eere nulliteten vnd vngeformeden vngeborlicheit ſo ſych doich in der warheid erfindet hyr medde die vormethen Commiſſie vornichtiget vnd vordempt iß vnd Juw Erßamen vnd Erbaren Herren Burgermeſter vnd Raytmannen to Hamburg neyne maicht behaulden magh ſy thegen mek Herman Reyncken edder myn gewunnen recht vnd gerichte de dyngk to procederende edder vormyddelſt ſulker vormethen Commiſſien vor-

haulß halff vurdt to farende y doich So oiſchet die noittrufft gantz krefftiger jnſaghe to geſcheende vp dat gy Smed anen twiuel merclich moghen Juw hyr themelyck iß yenigl. gerichtliken vorhandelß gy mercket y wol we eyn rycht ſyn ſal vnd gerychte vorhandel beuele an ſych nemen die moit bequeme ſyn vnd fullenkomen ſunder gebrecke ſyn perſonen gerichtz vorhandel to ſych to nemende Dewylt nu duſſe ſake jn hemliker konigkliker richte durch fryghe heymlike gerychte na frygeſtols rechte vorhandelt iß wo moichte nu die hemliken fryen gerychte vpgedaen vnd vormeldet werden den yennen die nicht der fryen hemliken hilligen gerychte wetten ſyn beuolen worden to vorhandelen rychtliken vorhandelß Nadem Juw endeils ſunder twiuel nicht wettende ſyn juw moghen ok ytzwelke villichte wettende ſyn ſolde gy nu wettende vnd vnwettende na lude der Commiſſien vormethen ſametliken die hemliken hylligen gerichte vorhandlung were gar ſorchlick ſwar vnd vngebörlick Juw den wetten thegen Juwe ede vnd ere den vnwettenden thegen juwe liff vnd ere to rychtende na fryenſtols rechte Hyrvmme eſche ek Juwe leue vnd wyßheit gy duſſer ſake vnd Commiſſien Juw durch recht entſlaeen furder hyr ynne nicht begynnen ſund. die vm Juw wießen aen ſtedde vnd richter wol temlyckl. vnd geborlickl. iß na gelegenheit to vermydende die ſwaren aichte hyr vp geſatiget Sunder geſelle Juw edder den Juwen vor edder beduchte Marquarde obgemelt he jn duſſem vorhandel beuoidiget were moichte he bringen aen vnd Jy dat Capittel to Arnßburg vnd folgen der Reformacien ſo de dar von inholdet vortwießen ordelen vnd delen Marquarde myne Hermanß obgemelt wedderphart in die koiſt vnd geleden ſchaden angeßen ſyner vnbilken anfals vnd forderniſſe Eſche ik vnd bidde von Juw to doinde jn den beſten rechten formen wieße vnd gewonde dat geſcheen mogh ꝛc.

In dorso ſteht:

In causa Lubicensis appellacionis Anno &c. lxxii Hans Hoppener dct. exceptiones quod q^or. stol. die mercurii xxix Julii.

Jo. Rempstede Notar. sszt.

R.

9. (8.)

(Ein Blatt Papier.)

De procurator vnd im namen des Erſamen Marquard ſaligen Borgers to Lubek proteſteret ſecht biddet vnd gift vore, Dat gy Erſamen Wyſen Manne Hern Borgermeſter vnd Raedmannen der Stad Hamborg in deſſer zake van keyſerlicker macht Richtere am Dingesdage vnd am Donnerdage negeſt vorgangen vp Juwem Raedhuſe mit apener doere jenige zake to horende nicht to gerichte ſethen, Vnd alſe denn dat jaer, ſodan appellacien zake na rechte to voruolgende bynnen vnlanger tyd vorglid vnd hennegeid Ok by dem guten procuratore vnd ſinem parte nicht geſtaen heft ok nicht enſteit, Dat demyn ſodan appellacien zake bynnen dem erſten fatali vnd jare to ende voruolged ſy ofte werde Sunder merkeliken by der langen vortogeringe etlikes vrundliken vorrameden vpſlages dorch ſomige Hern vrunde vnd middelere vnd vorhopinge vnd beſokinge vrundliker ſchedinge vnd ſletes ok dorch lange vortogeringe der Execucien van der citacien dorch den geſworen bode beſcheen, vnd by juw guten. Hern Richtern vnd Commiſſarien dorch belaſteder vnleddicheid vnd ſcheften juw Stad vnd vorluſt etliker Richtedage, ſodan voruolg bynnen rechter tyd vorbliuen mochte, Hyrvmme in der alder beſten wyſe wege rechte vnd formen ſo he beſt mach behold vnd vorwared ſik de vilgeſechte procr. im namen vorſcreuen dat ſodane vorſcreuen ſtucke em vnd ſinem parte in erem rechte vngeuerlik vnſchedelik vnd nicht to voruange ſcholen noch mogen weſen, vnd eſched begered vnd biddet ene werue ander werue vnd drudde werue, anſtendlik anſtendliker vnd alder anſtendlikeſt gy de zake vorenemen entrichten vnd ſcheden, em gunnende oft des noed worde der hulpe vnd gnade des beſcreuen rechtes, dat men nemende weygern ſchal, ſine vorſcreuen appellacien zake bynnen dem negeſten andern fatale ofte jare to voruolgende vnd proſequerende ofte anders tom mynſten to gelyker des vpſlages vnd execucien vorbeму roreden vorgleden tyd wedderſteden vnd ganslikeu reſtitueren, Vnd behold ſik dat he hyr na wil vnd moge to bequemeliker ſtede vnd tyd vor juw voruolgen de zake der vnduchtlicheid kraftloſicheid vnd nulliteten der proceſſ vnd ordele im hemeliken gerichte to Volkmerſen gehaed gedaen vnd geſcheen vnd der invallinge

des wedderpartes in de pene dar de vorberorde keyſerlike Commiſſio van junneheft, Dar nicht jnne vorhinderen edder jegenſtaen ſchal de togeringe des voruolges der zake der vorlutteringe vnd vorclaringe deſſer vorſcreuen appellacien, dar de gnte. procurator in anwaldliken namen vorberored apembar van proteſteret.

Mit vormeringe vormynneringe corrigeringe ꝛc. Vnd proteſteret ſo id wondlik vnd recht is.

In dorso ſteht:

In causa lubicensi appll. Anno mccccلxx secundo Die ve'l vltl Julii Hermann Dassel procur. dct. pt. fco. obtinens fatale 2m. et in integrum restitution. st. et petit de iure

Jo. Remstede not.

(Handzeichen desſelben R.)

10. (6.)

(Ein Blatt Papier.)

Entiegen vnd wedder de vormetener vnd etliker vornamener ſcrifte auerandwerdinge juw Erſamen wyſen mannen Hern Borgermeiſtern vnd Radmannen der Stad Hamborg van keyſerliker macht in deſſer zake Richtere dorch enen vormetenen Hans Hoppener de ſik ſecht to weſende een vulmechtich des wedderpartes procurator geſcheen vnd ok jegen de auerandwerdeden ſcrifte proteſteret de procurator des Erſamen Marquarts ſaligen vnd ſecht, oft ſodan comparicie vnd irſchinynge vnd ſulliker ſcriffte auerandwerdinge vnd in ſodan ſcriften jenige puncte weren ſyn edder entholden worden de vor ſyn part vnd jegen ſyn wedderpart weren deden edder jenigewys doen gezeen worden dat he de derwegen nicht wedderſprikt noch wedderſpreken gedenket, ſunder de in ſulliker mate vpnympt vnd toleth in kraft vnd wyſe ener vorborgen bekanteniſſe vnd in dem alſe de ſyn doen edder doen geſeen werden vor ſyn jegenpart vnd wedder ſyn part, denne excipieret de gente. procurator vnd ſecht, dat ſodaner ſcrifte ouergeuynghe ſy ydel vorgeues nicht vnd van vnwerde buten vnd eer dem rechten termyne vnd vormiddelſt nenem parte ofte vulmechtigen procurator ouergeuen, ſinem wedderparte nicht helpende, vnd ſinem parte in rechte nicht ſchadende,

vnd ſint vreuelik vnwaer dunkel vnclaer, vmbehorlik vntolatelik, vnd anders ſodanich dat to en neen loue to ſettende is alſe dat clare blyket vth erem jnholde enem jeweliken, vnd anders in worden vnd in ſcriften to borliker bequemer tyd vnd ſteden breder vnd wyder ſchal geſecht werden, dar deſulue procurator van proteſteret.

Vnd intſunderge excipieret de gente. procurator in anwaldlikem namen vorſcreuen jegen dat vornomede vermetene papirene macht cedeleken, vnd ſecht dat ſodan ſcrift nicht inneholdt de ſtucke de een vulkomen macht breff in ſik hebben ſchal, alſe dat he ſyn van permynte vnder enem bekanden jngeſegele edder na apenbares jnſtrumentes wyſe vnder enem handteken vnd ſcrift enes apenbaren bekanden louenwerdigen Notarii vnd ſcriuers ꝛc. Nicht jnholdende de macht de gantzen zake to beſchermende, eede to ſwerende, ordele vnd ſentencie to biddende vnd to horende, jn dem gerichte to ende to ſtande vnd wat gerichtet werd to geldende vnd betalende, dar wiſſinge vor to doende vnd is anders mennigerleye wys vnnogaftich, to enem jeweliken dat kendlik is vte dem jnholde derſuluen macht cedeleken

Item alle vorſcreuen ſtucke ſint waer witlik vnd apembar

Hyrvmme biddet de procurator in anwaldlikem namen vorſcreuen, dat gy gnten Richtere den bouenſcreuen Hans Hoppener vragen wer he in deſſem gerichte vor enen beſchermer vnd procurator des erben. Hermen Reynckens ſtaen, vnd de ſake in deſſem gerichte to ende vorderen vnd wat gerichtet werd gelden vnd betalen vnd nogaftige vorwiſſinge mit borgen edder panden doen wil, vnd oft he des weigert, dat gy ene denne vellich delen ſcheden vnd condempneren in koſten ſchaden vnd theringen, de van eme in deſſer zake georſaket ſyn

Mit vormeringe vormynneringe voranderinge ꝛc. Vnd proteſteret ſo id wondlik vnd recht is.

In dorso ſteht:

In causa Lubecensi appon. anno lxxij die ven'l. vbc. Julii herman de Hern procurator dedit excipor. fec.

Jo. Rempstede nots. sszt.

Digitized by Google

11. (2.)

(Ein ſehr ſchlecht geſchriebenes Document auf Pergament mit angehängtem Wachsſiegel.)

In nomine Dni. Amen. Vniversis et singulis praesentes literas siue praesens publicum jnstrumentum visuris lecturis seu legi audituris Volkmarus de Anderten Decretorum Licenciatus Ecclesiae Lubicensis Canonicus et eiusdem episcopalis Civitatis officialis generalis Salutem in Dno. et praesentibus fidem in dubia adhiberi Non cit. q. nup. die dat. pntin. coram nobis pro tribunali seden. in dicte civitate publici Notarii Scribeque nec ac testium infrascriptorum ad hoc specialiter vocatorum et rogatorum praesentia personaliter constitutus Venerabilis vtriusque juris Doctor Dnus. Johannes Osthusen Spectabilium et prudentum virorum Dnorum Proconsulum ac tocius Consulatus jnclite Imperialis Ciuitatis Lubecensis Sindicus et procurator qualis et eo noie. praesentium de huiusmodi Sindicatus et Procuratorii mandato nobis sufficienter et legitt. fides facta extitit Ornanda Illustrissimi et Serenissimi Principis ac Dni Dni Friderici Divina fauente clementia tunc Romanorum Regis nec non Austrie Styrie Karinthie et Carniole Ducis Comitis Tyrolis etc. nunc vco. eorumdem Romanorum Imperatoris semper Augusti Eius Regio magno vco. et rotundo Sigillo pnt. prima facie videbatur et lrc. in circumferentiis posite cum adiacentibus armorum suorum insigniis praecipue illis interclusa forma seu figura cuiusdam aquile ad volandum alas extendentis de rubra cera alie cod. glauce cere ac quodam puo. Secreto a tergo eiusdem Sigilli impress. In pergameni pressulam more auestie drpendente satis evidenter ostenderunt Magnam et patentem pergameni cartam siue literam. Sic incipientem: Wir Friderich von gotts gnaden Romiſcher Künig zu allen zeitten merer des Reichs Hertzog ze Oeſtreich ze Steyr ze Kerndten vnd ze Crayn Graue ze Tyroll ꝛc. Talemque habentem finem: Geben zu Frangkfurtt verſigel mit vnſerm kuniglichen anhangenden Inſigel nach Criſti gepurde vierzehenhundert Jar vnd darnach jn dem zway vnd nirtzigiſten jar an vnſer lieben frawen abent Aſſumptionis Vnſers Reichs in dem dritten jar, Sigillatam sanam atque integram non viciatam seu cancellatam rasam uel abo-

litam aut in aliqua sui parte suspicandam sed omnino prorsus vicio et suspicioni carentem facto et realiter in medium produxit et ad manus nostras exhibuit atque praesentauit asserens se pro parte praefatorum Dnorum suorum ciuium et incolarum atque subditorum eorum et aliorum inhabitatorum ciuitatis supradicte nonnullis capittulis et articulis postpositis loquentibus, de Judiciis vulgariter heymlich gericht nuncupatis jnter cetera in eadem carta siue litera content. aliunde et alibi necessario indigere jpandque totam originalem literam propterea de loco ad locum deferri propter imminencia pericula incautum fore et esse, Vnde fuimus per supradictum Doctorem Sindicum atque procuratorem et eis nominibus quibus supra debit. ad jnstanciam requisiti crtus de et ex praefata originali litera praesentattos articulos et capittula duntaxat ad perpetuam rei memoriam transsumi copiari et exemplaribus Transsumptisque copiatis et exemplatis collacionari et auscultari Auscultat. vco et collacionat. in publica et authentica forma cum mea auctoritate judiciade rpiter et decreti interpositione redigi madac. dignac. mur, Nos igitur Volkmarus Canonicus et officialis supradictus postquam huiusmodi cartam siue literam ad manus nostras accepimus et diligenter inspeximus ac per dictum publicum notarium infrascriptum nobis legi fecimus. Intelligentes omnia et singula in eadem contenta per supradictum Serenissimum Dominum nostrum tunc Romanorum Regem de suorum Reuerendissimorum et jllustrium Dnorum Electorum et aliorum principum spnalium atque secretarium Comitum procerum et comitatum maturo et bene deliberato comitato consilio pro vtilitate et conservacione Reformacioneque tocius Romani Regni Racionabiliter et legitime sanctita ordinata et Reformata Ac denuo tamquam pragmaticam sanctionem per vniuersas eiusdem Imperii partes promulgatam fuisse et esse adeo patenter et notorie ut de eis aut eorum aliquo ullus ignorantiam praetendere possit uel debeat seu ecl. quolibet allegationem, Attendentesque requisitorum huiusmodi justam foc. et consonam ratorum neque propter solam hmodi capittulorum et articulorum tumsupcorum. praeiudicium alicui gnari. vocat. punit. atque rite et ltis citat. de nostris voluntate et consensu ad dicti Doctoris Sindici et

procuratoris instanciam per nostras patentes literas valuis Ecclesiae Lubecensis publice affixas iuxta morem et consuetudinem per nos constanter in huiusmodi fact. sznai. solitos omnibus et singulis sua coniuncta uel diuis. in hac parte jnteresse cedentibus eorumque procuratoribus si qui in eo loco fuerit ad certos diem et horam competentem et peremptorium terminum ac locum inscius descriptos ad supradicta omnia et singula et alia quecumque que circa aa quolibet necessario facienda forent videnda et audienda aut alleganda et probanda racionabilem caussam quae non fieri debeat jpsisque huiusmodi aduedente termino postquam per eundem Doctorem Procuratorem et Sindicum coram contumacia accusata fuerat pro contumacibus per nos reputat. praefatoque Regali Sigillo tamquam publico et authentico prout iuxtra applicata Sigilla videlicet bullas plumbeas Dni nostri pape consuetum est feci per nos pro cognito habito pmc. conatos articulos et capitula ad continuam supradicti Doctoris Sindicatus et procuratorio quibus supra nom.bus instanciam iussimus et fecimus per publicum supradictum ciuem notarium ac coram nobis scribam infrascriptum ex vnica originali litera supradicta fideliter et legaliter post finem praesentis publici instrumenti de verbo ad verbum transcribi transsumi copiam et exemplar Transsumptisque copiat. transscript. et exemplat. collacionat. et auscultat. juxta totales cpor. formam et tenorem Et q. collacionatorum et auscultatorum Dcorum capitulorum et articulorum jn ipsa originali litera positorum cum eorum transscripto transsumpto siue copiis subjnsztl. per dictum infrascriptum notarium diligenter fcas. primus. Ac ipsas copias transscriptum et transsumptum viceuersa cum originalibus huiusmodi capitulis jn omnibus et per omnia prorsus concordac. in utto. penitus discrepac. Idcirco ad perpetuam rei memoriam dictique Doctoris Johannis Osthusen nominibus quibus supra diligentem instanciam et requisitionem supradictos articulos et capitula tali modo jn hanc praesentem publicam transscripti sine transsumpti formam redigi et per infrascriptum Notarium atque Scribam judicialiter subscribi et publica vna cum nostre auctoritatis jnterpositione pct. et decreti mandauimus nostrique Sigilli Officialatus jussimus

Digitized by Google

et fecimus appensione communiri. Volentes nihilominus et eadem auctoritate decernentes quod huic praesenti nostro transscripto et transsumpto vbicumque locorum et terrarum jn judicio et extra vbi ipsum productum fuerit debeat plenaria et integra talisque et tanta adhiberi fides qualis et quanta adhiberetur supradicte originali litere quam ad huiusmodi capitula et articulos s. ibidem facto et realiter in medium producentur Datum et actum Lubeck jn Ciuia. nostra ibidem nobis hora vespor. et causarum consueta ad jna. edend. et causam audiendam pro tribunali seden. Sub anno a nativitate Domini millesimo quadringentesimo septuagesimo secundo Indictione quinta die vco. veneris ultima mensis Julii pontificatus Serenissimi jn xpo. prioris et domini nostri domini Sixti diuina prudentia pape Quarti Anno primo. Praesentibus ibidem Hinrici Sorge et Laurencio Rosendal Clericis Halberstadensis dioeceseos testibus ad praemissa vocatis petitis et rogatis Tenores prefatorum vcol. capitulorum articulorumque de quibus supra fit mencio sequuntur et sunt tales

Item von der heymlichen gericht wegen nach dem vnd dieweil ſich vil unpurlicher ſachen die da nicht daran gehoren an denſelben gerichten verlauffen vnd biß her maniguaſticlichen gemacht haben, dadurch, wo das lenger beſteen ſolt, ghemainer nutz vnd frid in dem heiligen Reich nit wenig gekrenkt vnd geirret werden möcht, Vnd darumb ſolich vnrat zufurkomen: So haben wir mit rate, als obengeſchriben ſteet, vnſer vnd des heiligen Reichs kurfurſten furſten Stett vnd ander obgemelt, geſetzt vnd geordnet, ſetzen, ordnen vnd gebieten von Romiſcher kuniglicher macht in krafft diſes brieues, daſſ ſolich heymlich gericht furbas mit frumen verſtendigen vnd erfaren luten beſetzet. Vnd nit durch Banniſch verachtet vneelich geborn meyneidig oder aigen lute gehalten werden, vnd das es damit dieſelben anders nit halten dann als das von anbegynne durch den heiligen Kaiſer Karl den groſſen vnſern vorfarn am Reich, auch durch die Reformacion, So der Erwirdig Dietrich Ertzbiſſchoff zu Collen vnſer lieber Neue vnd Kurfurſt Als jm das durch Kaiſer Sigismund loblicher gedechtnüſſ vnſerm vorfarn beuolhen was, zu Arensperg in beiweſen vil Grauen, Freyen, Hern, Ritterſchafft, Stulherren Freygreuen vnd Freyſchephen gemacht hatt, geordnet vnd geſetzt iſt. Beſunder

daſſ man niemant dahin vordere heiſch oder lade, dan die vnd vmb die ſachen die dahin gehorn oder der man zu den eeren nit mechtig ſein mochte. Wannen aber yemand dahin geuordert wurde, des ſein Herren oder Richter mechtig were zu den eren vor jm oder andern landleufftigen gerichten, vnd da derſelb Herre oder Richter dem freygrauen oder Richter ſoliches ze wiſſen tette oder ſchrib, einen ſolichen abuorderte, vnd er mit zweien oder dreyen andern vnuerſprochen mannen dem freygreffen oder Richter troſtung zu den eren obgemelter maſſ vnder jren Sigeln zuſchriben: So ſol alsdann ſolich ladung abſein, vnd der ſachen nachgangen werden, vor dem Herren oder Richter, da die ſach hingehoret vnd geuordert wurde, one intrag des Freygreuen oder haimlichen Richters. Wo aber dem nicht alſo nachgangen wurde, ſo ſollen all proceſſeruolgung vnd gericht, die daruber geſcheen weren oder geſchehen wurden, gantz krafftloſſ tod vnd ab ſein, die wir auch yetzund als dann vnd dannen als yetzund von Romiſcher kunig=licher macht krafftloſſ ſprechen vnd vrtailn. **Es ſoll auch** kain Freygreue kainen Freiſchepen machen, dann die, die das von Rechts wegen werden mögen, vnd die ſolich jr tüglicheit durch genugſame kuntſchafft furbringen. Nemlich ſollen Sy keynen zu Schephen machen, der vneelich geborn, yemands eygen oder ſunſt verpunden oder zugehorig ſey, die auch jn des heiligen Reichs Acht Aberacht oder bannen gheiſtlichen oder werntlichen ſein, ſollen Sy auch keinſſwegs zu Schepen machen. Solichs, ſo von dem heimlichen gerichte oben geſchrieben ſteet, wollen wir von meniglich veſticlich vnzerprochenlich gehalten werden. Vnd ge=bietten darvmb allen vnd iglichen Stulherren, Freigreuen vnd allen andern, in welichen weſen oder ſtatt die ſint, ernſtlich vnd veſticlich mit dieſem brieue, das Sy ſolichs auf jren Stulen vnd gerichten beſtellen ordenlich gehalten werden. Wann wo icht da=wider oder anders geſchee. So ſolt der Stulher zehen marck goldes in unſre kuniglich Camer unleſſlich zu bezalen, vnd der Freigraff ſein Ampt der Freigraffſchafft verfallen ſein. Auch der, der alſo vnrecht vordrung oder verpotung erwurbe, ſich ſelbs ver=vrtailt vnd ſein leib verwurkt, Vnd jr iglich wider ere getan haben, vnd ſol manglich zu jn richten als ſich gepuret **Item wer der vorgeſchrieben ſtuck** ains oder meer vberfure,

Digitized by Google

dawider tette, oder darzu hülff, das dawider getan würd, oder der dieſelben, die dawider tetten, mit willen, wiſſen oder geuerden huſſede, hovede hielde oder jn zuſchübe, der oder die ſullent wider ere vnd Recht getan haben. Auch in vnſer vnd des Reichs ſwere vngnade vnd dazu eyn pen, nemlich hundert marck goldes, halb in vnſer vnd des Reicks Camer vnd halb dem cleger oder beſchedigten vnleſſlich vnd on genad zu bezalen verfallen ſein. Vnd ſol dan zu jnn nach des Reichs recht gericht werden. Es ſullen auch die zu uerlieren hetten als jr lehen vnd fryhait, ſo ſy von vns vnd dem Reich oder andern gheiſtlichen oder werntlichen herſchefften oder perſonen hetten, zuſampt der obgenan. pene gantz, als ob ſolichs mit Recht verfolget were, verloren haben. Vnd ſullen auch der oder die ſolichs tetten, oder Sy geuerlich Huſeten, jn zulegten oder Sy zuſchüben, keinerley tröſtung frid oder gelaitt haben an keinen ſtetten oder enden. Sunder es ſol vnd mag menigklich zu dem oder denſelben macht han, Sy an leib vnd gut anzugreiffen, vnd daran nicht gefreuelt haben, gleicherweiſſ vnd in aller der maſſe, als ob Sy mit des Reichs hoffgericht oder andern zimlichen gerichten geiſtlichen vnd weltlichen mit Rechten vrtail verachtet vnd in die Acht vnd Aberacht getan weren. Vnd darzu ſo ſol derſelben leib vnd gut nyemant verantwurtten noch beſchirmen in keinen wege. Vnd in welichen gerichten Sy begriffen werden, So ſol man Sy an allen Jntrag behalten, vnd vber Sy Richten, alles bey der pene, vnd wie vorgeſchriben ſteet.

(Von anderer Hand.)

(Ein geſchriebenes Siegel, unten der Name Veeregge.)

Et ego Henricus Veeregge clericus Verdensis dioec. publicus sacra Imperiali auctoritate notarius Ac causarium Curie Lubicensis et Hmoj. negocii coram venerabili et circumspecto viro Dno. Magistro Volkmaro De Anderten Officiali Lubecensi praefato Scriba Quia praefatarum Designatarum Imperialium originalium literarum productioni et exhibicioni Recepcioni et Inspectioni ac capittulorum et Articulorum eca. designatorum et p. insertorum Designacioni Auctisque et Decreti peticioni et Interposicioni omnibusque aliis et singulis praemissis Dnm.

sic vt p. mittitur coram eodem Dno. officiali et per eum fieret et ageretur vnacum testibus praenominatis praesens mcsm. eaque sic fieri vidi et audiui Ideo praesens publicum transsumpti jnstrumentum per alium fidelem me interim aliunde occupato tunc conscriptum et per me diligenter et fideliter cum praedictis literis originalibus ac capittulis et articulis suprascriptis designatis insertis collacionatum et auschultatum, exinde confeci subscripsi publicam et in hanc publicam formam redegi Signoque nomine et cognomine meis solitis et consuetis vnacum Sigilli dicti officialatus c. qpeusion. consignaui jn fidem et testimonium omnium singulorum praemissorum rogatus et requisitus.

12. (4.)

(Eine Handſchrift auf Papier, vielfach corrigirt, dem Anſchein nach vielleicht das Concept des Referenten im Senate.)

In Godes Namen Amen Vortydes alſe clage vnd zake buten landes vor enen Hinrich Smed de ſik nomede Vrygreue to Volkmerſen twiſchen dem Erſamen Marquard ſaligen Borger to Lubek in deſſer nageſcreu. keyſerliken Commiſſien vnd Sentencie zakeweldichliken benomet vp en vnd Hermen Reyncken dem Jungern van Greuenſteen, van vnd vp etlike vormeende vngerichte vnd van andern dingen in den geſcheften der zake wyder vthgedrucket vnd erer orſake vp dat andere deel irreſen weren vnd de gente. Hinrick ſik nomende vrygreue vp etliken ſinen gebodes vnd ladinges breff wedder den genten. Marquart nicht na rechte voruolget, ok dorch jenigen em nicht bynnen rechter tyd gebracht vnd preſentert, ſunder waerloes to Lubek vp dem wandhuſe liggende gevunden waerd, in ſulliker zake, bouen dat, dat de Erſame Raed der keyſerliken vryen ſtad Lubek dat de Marquarts eres Borgers vorberord to den eren vnd rechte mechtich was mit dren vromen vnuorſprochen mannen by namen Hinrik Grymolt Hans Velde vnd Jacob Richerdes erfſſetene Borger darſuluest vnder eren jngeſegeln troſtingh vnd vorſekeringe to eren vnd rechte dem ergen. Hinrik geſechten vrygreuen nach lude vnd mate der naberorden koningliken vnd des hilligen Romiſchen Rykes reformacion to ſcreuen vnd to wetende deden, ſodan vorberurde to den eren

vnd rechtes vorbedinges vnd geloues breue van ſik wiſende vnd vorleggende, de affſtellinge der hemeliken gerichte und ladinge, vormeteliken vorweygerende vnrichtigen vorduarende vnd procederende, van welliker vormetene vorweygeringe vnd des glouen vnd troſtinge ere vnd rechtes vorwiſinge, vnde andern beſwaringen was vnd is van des erben. Marquarts wegen to dem alderdurchluchtigeſten furſten Hochgeborn vnd Hern Hern Friderike Romiſchen Keyſere geappelleret vnd Apoſtele gebeden vnd beholden Vnd darna hebben wy Borgeremeiſtere vnd Raedmanne der Stad Hamborg Bremeſches Stichtes des gnten. unſes allergnedigeſten Hern Hern Friderikes Romiſchen Keyſers Commiſſien mit ſinem keyſerliken ruggelinges vpgedruckeden jngeſegel vorſegeld gans heel vnd aller vordechtniſſe anich ſampt mit enem entleddinges ofte eroneracien des eddelen Wolgeborn Hern Mauricij to Peremont Greuens breue, vns van wegen Marquarts vorben. gebracht vnd preſenteret, mit themeliker erebedinge vnd werdicheid entfangen, ludende van worden to worden ſo hyr na geſcreu. ſteit **Wyr Friderich etc. Dorch** welker Commiſſion kraft alſe ſik de gente. Herr Mauricius vmme mannichuoldiger zake em anliggende ſulliker Commiſſien nicht bekummeren vnd de voruolgen mochte, vns al ſine macht derwegen beuolen vnd gegeuen hadde, vnd ene eelike citacie vnd ladinges breff wedder den genten. Hermen Reyncken van vns in wondliker wyſe uthgegaen vnd dor vnſe geſworen boden jnderges dar to geuoges richtigen voruolget vnd exequert was, irſcheen vor vns vp vnſem Raedhuſe des morgens to tercien vnd wondliken richtetyd dages zake to horende in vnſem Raedſtole vor gerichte ſittende de vorſichtige Meiſter Hermen Hern de Daſſel dorch Marquarde erben. vor vns to agerende clagende vnd beſchermende ofte defenderende nogaftigen gemechtiget vnd geconſtituert, vnd brachte wedder vnd vmdte de exequerden vnd richtlike voruolgeden vnſe citacienbreue beclagende Hermen Reynckens des wedderpartes vnhorſam vnd contumacien vnd bad denſuluen Hermen dorch vns contumacem achten vnd reputeren Darwedderich irſcheen do Hans Hoppener ſik nomende procurator und anwald Hermen Reynckens togende vnd vorebringende ene apen papiren vormeynden procuratorii cedelken vnd etlike excepcien jegen de keyſerlike Commiſſion vnd ene copie etlikes proceſſ

Digitized by Google

breues bouen vorberorde appellacien van dem benanten Hinrik Smede vrygreuen utgegangen mit enen beſloten ſendebreff an vns

Criſti namen angeropen. Wy Borgeremeiſtere vnd Raedmann der Stadt Hamborg van keyſerliker gewald Richtere vnd Commiſſarii in vnſen Raedſtolen vor gerichte ſittende vnd allene god vor ogen hebbende na rade der rechteseruaren dorch deſſet vnſe entlike entſchedende ordele vnd ſentencie, de wy geuen in deſſen ſcriften vthſpreken pronuncieren ſcheden decerneren erclaren ofte declareren wy, dat ſodan anlanginge eruolg vnd proceſſ vor Hinrik Smede de ſik nomed vrygreue to volkmerſſen an dem vryenſtole darſulueſt nach vorderinge Hermen Reyncken des Jungern van Greuenſteen, wedder den Erſamen man Marquard ſaligen Borgere to Lubek anghehauen vnd voregenomen ſyn vnthemeliken vmborliken vnd vnrechtuerdigen geſcheen, und van des guten. Marquarts wegen mit beholteniſſe aller nullitet vnduchlicheid vnd krafftloſicheid was vnd is wol vth eeliken vnd rechtuerdigen zaken geappelleret, vnd ſodane anlanginge ladinge proceſſ eruolg vnd ordel des genten. hemeliken gerichtes weren vnd ſyn wedder de koningliken vnd des Hilligen Romeſchen rykes gemeyne reformacion to Frankford am jare na Xti gebord veerteynhundert im twevndtwintichſten an vnſer leuen vruwen auend erer hemeluard gegeuen, vnrichtigen vnd vmbilliken angehauen voregenomen vnd beſcheen vnd derwegen in enſulueſt kraftloes vornicht ydel vnduchlik van vnwerde vnd vnuaſt vnd ſetten vnd doen de aff Ok erkennen erclaren vnd declareren wy den obgnten. Hermen Reyncken vnd ſolliken ſinen vngehorſam vnd ouerſaringe der vorberorden koningliken reformacien in de pene vnd bute darjnne begrepen weſen eruallen, vnd ene in koſten vnd theringen in deſſer zake des vorſcreuen hemeliken gerichtes haluen vnd vor vns gedaen vnd beſcheen vellich delen vnd condempneren welker koſte vnd theringe metinge achtinge vnd taxacien hyrnamaels wy vns vorwaren vnd beholden.[1])

geſcreuen, jegen alle ſodan vorberorde wedderpartige ſcrifte excipierede vnd replicerede de erben. Meſter Hermen procurator

1) Dieſe Formel ſtimmt buchſtäblich, blos mutatis mutandis, mit derjenigen in der von Berck mitgetheilten Urkunde vgl. S. 483 ff. überein.

Digitized by Google

in anwaldlikem namen vorgeſcreu. jntgemeyne mit worden alſe he of natydes jntſunderge mit ſcriften to borliker tyd dede allene, vnd dorch gebrek der vorberorden procuratorien cedelen, achteden vnd reppteredeu wy Hermen Reynekeu erben. vngehorſam vnd contumacem, vnd tiegen ſinen vnhorſam nach bode meſter Hermens procur. in andwaldliken namen vorberored, heten vnd boden wy den benanten Hermen Reyncken vnd alle de deſſer zake meenden mede to donde hebben vnd ere procuratores ofte der welk vor en weren in vnſer Stad, eſchen vnd mit vnſem citacien papiren vorſegelden apenen breue laden vp der doere vnſes Raedhuſes To excipierende vnd jnſage to donde wedder de keyſerliken commiſſion citacien executien vnd appellacien, wat men in worden edder ſcriften excipieren wolde, vnd mundlike edder ſcriftlike clage vnd anſprake antohorende edder to entfangende To enem bequemen vnuortogelikem ofte peremptorium termyne jn welkem do de anquam erſcheen vor uns in gerichte de ergeſechte meſter Hermen procur. in andwaldlikem namen vorberoret wedderbringende vnd reputerende vnſe beſegelden citacien cedele eeliken voruolged vnde beclagede Hermen Reynckens vnd der geciteredeu vnhorſam vnd wedder den vngehorſam vnd contumacien in jegenwardicheid des erben. Hans Hoppener vormeynden procur. Hermen Reynckens dede he mundliken vor vns ene clage in deſſen edder geliken worden. Erſamen leuen Hern jegen Hermen Reyncken vnd enen jeweliken eelike vor em erſchinende geue ik juw clegeliken vore dat deſulue Hermen den Erſamen Marquard ſaligen Borger to Lubeke vnrichtigen ſunder redelike zake in een hemelik gerichte to volkmerſen hadde getogen vnd voruolged dar denne van geappelleret is, vnd ſodan appellacien vnd andere zake ſint Juw Heren Borgermeiſtern vnd Radmanne to Hamborg van vnſem gnedigeſten Hern dem Keyſere beuolen Bidde hyrumme demodigen Gy de zake annemen vnd na lude der keyſerliken Commiſſion erkenneu vnd entſcheden willen, Dar do de geſechte Hans Hoppener vormoende procurator in andwaldlikem namen vorberort richteswiſe erſchinende vp andwerde in deſſen nageſcreu. worden Erſamen leuen Hern gy mogen ſodan affgerichtede zake im hemeliken gerichte dorch de weten gehandelt nicht richten, vnd unſe Her de Keyſer heſt nicht geweſen to Dortmunde, vnd is ok neen vryſchepen

geworden vnd ock neen weſen, vnd heſt nene macht ſodan hemelike gerichte afftoſcriuende edder neddertoleggende Dar de obgnte. Meſter Hermen proc. to hand wedder vp zede vnd replicerede dat de hemeliken gerichte alle ere krafft vnd macht ſunder twiuel jo hadden van dem Hern Romiſchen Keyſer ꝛc. alſe dat breder in den actis vnd regiſtro deſſer zake geſcreuen ſteit, Dar ok doſulues dorch vorderinge des erben. Meſter Hermen procurator de ergemelte Hans Hoppener gevraged waerd, wer he in deſſem gerichte vor enen beſchermer vnd proc. des erben. Hermen Reynckens ſtaen vnd de zake in deſſem gerichte to ende vorderen vnd wat hyr gerichtet worde, gelden betalen holden vnd dar vore nogaftige vorwiſſinge mit panden edder borgen doen wolde Dar de gente. Hans Hoppener vp andwerdede in deſſen worden, he wolde ſik der zake nichtes meer bekroden bekummeren edder vndernemen vurder dan allene ſo vele alſe ſyn macht ofte procuratorii breff jnheelde Do dorch vorderinge vnd vlitigen bede des vilbnt. Meſter Hermen Procurator achteden vnd reputeerden wy billiken Hermen Reyncken vngehorſam vnd contumacem, vnd wedder den vnhorſam nach vlitiger vorderinge des geſechten Meſter Hermens heteden vnd boden wy den gnten. Hermen Reyncke vnd alle de deſſer zake meenden mede to don de hebben vnd ere procuratores eft vor en welke weren in vnſer ſtad to inſage to donde vnd to rechtuerdigende allent wat men mit worden edder ſcriften der vorberorden proceſſ edder appellacion haluen jmpugneren ofte juſtificieren wolde vnd to articulerende vnd poſicien to geuende vnd to horende vnd zeende ſullikent to doen vnd ſchoen, to enem bequemen peremptorium termyne dorch vnſe beſegelden vnd vnderſcreuen citacien cedule vp der dore vnſes Raedhuſes werden geeſched vnd geladen, den vorſcreuen termyn datſulue ok to donde wy dem erben. Meſter Hermen procurator vthſtickeden vnd geuen, Do de termyn quam, erſcheen in gerichte vor uns de gente. Meſter Hermen Daſſel procur. in anwaldlikem namen vorben. vnd brachte wedder vnd repreſenterede vnſe vorberorden eitacien cedelen richtliken voruolged beclagende der geciteredeu vnhorſam alſe de mit rechte van vns contumaces billiken gereputeret worden vnd jegen den vnhorſam genochdonde dem termyne gaff he in ſcriften ouer etlike artikele vnd poſicien vnd jmpugnerede den proceſſ in dem

vpgemelten hemeliken gerichte des vryen ſtoles to Volkmerſen gedaen vnd geholden vnd iuſtificerede vnd makede rechtuerdich ſynes partes appellacien biddende wy darna of vnſe ordel vnd ſentencie na maken vnd vp praeiudicieren wolden vnd nach ſiner vorderinge heten vnd boden wy, dat gnte. wedderpart vnd alle deſſer zake meenden to donde medehebben vnd ere procuratores oft vor en welke weren in vnſer ſtad to excipierende vnd jnſage to donde wat ſe jn worden edder ſcriften wedder de artikele vnd geſette excipieren wolden vnd to denſuluen geſetten efte poſicien mit ja edder neen nogaftigen to andwerdende vnd to horende vnd zeende dat men zodan artikele tolethe vnd günnede dat men ſe warmaken vnd bewiſen mochte Edder to geuende redelike zake worumme ſo dant nicht ſcheen ſcholde jnterſte to enem, vnd to vorebringende vnd ertogende vnd to zeende vnd horende vorebringen vnd overgeuen alle breue rechticheide ſcrifte priuilegia were beſchermynge proceſſ vnd andere apembare jnſtrumente der men in deſſer zake geneten vnd bruken wolde, vnd of louenwerdige tuge voretobringende, vnd to zeende vorebringen entfangen vnd to zwerende togelaten werden, vnd to geuende tuchniſſe der warheyd, ſo wol van vnd vp de recognicien ofte bekenninge der jngeſegele tekene ſignete vnd handſcrifte apembarer ſcriuer vnd notarien der ſcrifte in deſſer zake ouergegeuen vnd vorgebracht, of der de noch tokumpftigen vns vorgebracht vnd auergegeuen werden, tom anderen, vnd to excipierende jegen den vorgebrachten ſcrifte vnd tuge wat man in worden edder ſcriften excipieren wolde, vnd to zwarende vnd wondlike eede to donde von vreuelike modwillige vnrichtige clage vnd vnware andwerde to vormydende mit allen puncten vnd capitteln na rechte vnder ſodan wondliken eede de calumpnia genomed entholden vnd begrepen, vnd to zeende vnd horende ſodan eed na rechte werden gedaen Ok to erclarende vnd declarerende wat men in worden edder ſcriften van beyder deele wegen declareren wolde Edder to ſeggen redelike zake worumme ſodant nicht ſcheen ſcholde Ok to anderen peremptorien vnuortogeliken termynen, Dorch vnſe apenen beſegelden citacien breue vp der dore vnſes Raedhuſes, werden geeſched vnd geladen, De vorſcreuen termyne, alſe alle were ſcrifte breue tuge vnd bewys vortobringende, Den wondliken eed de

calumpnia to donde vnd to declarerende, Wy dem guten. meſter Hermen Procuratori vtſtickeden vnd geuen, jn welken termynen alſe de na vorlope nogaftiger dilacien vnd tyd naenander quemen, irſcheen vor vns in gerichte de vilben. Meſter Hermen wedderbringende vnd repreſenterende vnſe vorberorden citacien breue rechtliken exequert vnd voruolged vnd beclagede der geciteerden vnhorſam vnd contumacien alſe de mit rechte in allen vorſcren. termynen van vns vngehorſam vnd contumacen exputert woerde, vnd deſulue Meſter Hermen procur. enem jsliken vthgeſtickedem termyne genochdonde, in vnd wedder den vnhorſam ſines wedderpartes brachte he vor vns alle bewys. ſcrifte. were. breue. beſcherunge, vnd erbare vrome louenwerdige tuge, de van vnſem gebode lyffaftigen to den hilligen ſworen vnd ere tuchniſſe in ſcherper hemeliken vorhoringe ouer deſſe gantzen zake deden, vnd ſodan vorberorde ſcrifte tekene vnd notarien vor vns recognoſcereden vnd bekanden, vnd zwor ok ſulueſt lyffaftigen in ſyne vnd ſines houedmans ſelen he vnrichtige vreuelike clage vnd vnware andwerde in deſſer zake vormeden hadde vnd vorbath vormyden wolde mit allen puncten vnd capittelen vnder wondlikem eede de calumpnia begrepen, vnd dat he vurder in deſſer zake nichtes erclaren ofte declareren wolde, Vnd nach ſiner vlitigen vorderinge boden vnd heten wy, dat gente. wedderpart, vnd alle de deſſer zake meenden mede to donde hebben, vnd ere procuratores vnd anwalde, oft vor en welke weren in vnſer ſtad, To ſlutende oft concluderende vnd was vurdermeer in deſſe zake theen ofte vorbringen ſik to begeuende vnd renuncierende, und ſodant to ſcheende to horende vnd to zeende, Vnd to horende ordel vnde ene entlike entſchedende ſentencien in deſſer zaken ſpreken in ſcriften geuen vnd pronuncieren edder to ſeggende redelike zake worumme ſodant nicht ſcheen ſcholde a b, to enem bequemen vnuortogeliken peremptorium termyne alſe to dem dage vnd der ſtunde hyr nageſcreu. a dorch vnſe apene beſegelden citacien breue vp der dore vnſes Raedhuſes, werden geeſched vnd geladen b Jn welken do de anquemen, jrſcheen vor vns in gerichte Meſter Hermen Daſſel procur. in anwaldlikem namen vorben., wedderbringende vnd reputerende vnſe beſegelden citacien cedule eeliken voruolget, beclagede he des wedderpartes vnd der geciterten vngehorſam vnd contumacien,

biddende de vngehorſam dorch vns werden gerekent, vnd wedder eren vnhorſam vnd contumacien ſo vele in em was concluderede vnd ſluth he in deſſer ſake vnd bad mit vlitiger vorderinge dat men in deſſer zake vor em vnd ſyn part vnd jegen ſyn wedderpart ene entlike entſchedende ordel vnd ſentencie nach der wyſe inholde vnd lude in ſiner bede ofte peticien int ende ſiner vorberorden artikele vnd poſicien hyr beuorn. ouergeandwerdet, in ſcrifte wolde geuen vnd promulgeren, Wy Borgeremeiſter vnd Raedmann to Hamborg Richtere vnd Commiſſarii vorben. achteden vnd reputereden do dat vorſcreu. wedderpart vnd de geciteredn alſe id na eſchinge der rechtuerdigheid was vngehorſam vnd contumaces vnd wedder den vnhorſam vnd contumacien ſloten vnd concludereden wy do ſampt mit Meſter Hermen procur. vilben. in deſſer zake vnd wolden vorbathmeer de vor ene togeſlaten zake gehad vnd geholden hebben, Vnd de bede ofte peticio vorberoret, js van worden to worden deſſe **Worvmme** biddet ꝛc. Darna alſe dorch Meſter Hermen Daſſel proc. vorben. yns ſiner vnd ſines partes ſcriftliken bede vnd peticien hyr vore jngeſcreu. ermanet was, vnd wy touorn. vlitigen angezeen hadden, alle acta. geſchefte. ſcrifte. breue. priuilegie. jnſtrumente proceſſe were vnd beſchirminge, in deſſer zake gehad ertoged vnd voregebracht vnd de mit vlite vnd wolberadem mode dupliken ouergeweget na rade vnd vulborde der rechteswuaren, den wy van deſſer zake legenheid truwe entdeckinge vnd rede deden, mit denſuluen vp deſſe vorberorden ſtucke mit riper betrachtinge erkanden wy, dat to vnſer entliken entſchedende ſentencie vordtofarende were, vnd dorch de dinge de wy gezeen vnd erkand hadden geuen vnd promulgereden vnd in deſſen jegenwardigen ſcriften geuen vnd promulgeren wy dorch den Erſamen Hern Johan Meiger vnſes Rades Borgermeſters eendrachtigen darto ſunderges vth vns gevoged vnſe Sentencie in deſſr nageſcreu. wyſe Xti. **namen** angeropen ꝛc. Welker Sentencie, van egener Hand des geſechten Hern Johan Meigers ſus is vndergeſcreuen, Alſe pronuncierede de Erſame Raed to Hamborg dorch my Johann Meiger Borgermeiſter, **Geleſen** gegeuen vnd in ſcriften vorkundiget was deſſe vnſe voerjngeſcreu. entlike entſchedende ſentencie dorch vns Borgermeiſtern vnd Raedmann to Hamborg vp vnſem Raedhuſe dar

men recht plecht horen vnd zake ſcheden des morgens to tercien tyd dages in vnſen ſtolen vnd wondliken ſteden vor gerichte ſittende na Xti. gebord veerteyn hundert jm twevndſouentichſten jare in der veſten Judicien am midweken dem ſesteynden dage des maentes Decembr., Des Biſchopdomes des alderhilligeſten in God vaders vnd vnſes Hern Hern Sixti van godliker vorſichticheid Paweſtes des veerden jm andern jare, in bywesende der beſcheidenen manne Eggerd Krants vnd Hinrik Mollers vnſer Stad borger tuge des dechtich to weſende ſunderges geboden vnd geeſched. Do deſſe vnſe Sentencie dorch vns ſo voreboret is in ſcriften gegeuen vnd geſpraken was to vlitiger vurderer vorderinge des vilgeſechten Meſter Hermen Daſſels procurator in anwaldlikem namen vorberoret boden vnd heteden wy dat vorgeſechte wedderpart vnd alle de deſſer zake meenden mede to donde hebben vnd ere procuratores edder anwalde eft welke vor en in vnſer Stad weren, To zeende vnd horende alle koſte vnd theringe in deſſer zake, ſo wol buten landes der hemeliken gerichte haluen, alſe hyr to lande vor vns Borgermeſtern vnd Raedmann vorben. van wegen des geſechten Marquarts ſaliken eeliken. geſcheen werden gemetiget geachtet vnd taxeret Edder to ſeggende redelike zake worumme ſodant nicht ſcheen ſcholde, dorch vnſe apene beſegelden citacien cedele vp der dore vnſes Raedhuſes werden geeſched vnd geladen, to enem bequemen vnuortogelikem peremptorium termyne, alſe to dem dage vnd der ſtunde hyr nageſcreu., jn welken do de quemen, irſcheen in gerichte vor vns de vakenomede Meſter Hermen Daſſel procurator in anwaldlikem namen vorben. wedderbringende vnd repreſenterende vnſe beſegelden citacien cedele eeliken voruolged beclagede he des wedderpartes vnd der gecitereden vngehorſam vnd contumacien, biddende, dat men de vngehorſam achten vnd reputeren wolde, vnd wedder den vnhorſam alle vnd jewelike vorberorde koſte vnd theringe vor vns in ſcriften vortekent dorch vns getaxeret vnd metiget werden, Wy Richtere vnd Commiſſarii vorben. achteden do vnd reputereden de vorſcreu. gecitereden billiken mit rechte vnhorſam vnd contumaces vnd wedder eren vnhorſam vnd contumacien alle vnd jewelike vnkoſte ſo wol in dem hemeliken gerichte alſe vor vns geſcheen in ſcriften vns ertoget, mit vor=

ſichtiger metinge achteden vnd taxereden wy vppe Achtentich Rinſche gulden rechtuerdiger gewicht vnd gudes goldes dem guten. Marquarde zakewolden edder ſinem vulmechtigen procuratori ſunderges darto geſettet vnd mechtiged, dorch Hermen Reyncken jegenzakewolde, to geuende vnd to betalende, vnd achten vnd taxeren de ſo jegenwardigen mit deſſen ſcriften, nichtesdemyn nach vnſem gebode ſwoer lyffhaftigen mit vthgeſtreckedem arme vnd vpgerichteden vingeren de gente. Meſter Hermen Daſſel procur. vp de ſele ſines zakewolden dat Marquard vorben. ſo vele vnd meer in voruolge des kynes vnd deſſer zake vthgegeuen hadde edder by noed noch vthtogeuende plichtich vnd ſchuldich were, **In welkerer** aller vnd isliker vorberorder ſtucke louen vnd tuchniſſe hebben wy deſſe vnſe breue ofte apenbare inſtrument deſſe vnſe entlike entſchedende ordel vnd ſentencie vnd der koſte vnd theringe metinge vnd achtinge in ſik holdende, dar ouer heten maken, vnd dorch den apenbarn notarium vnſem vnd deſſer zake vor vns Scriuere vndergeſcreuen vnderſcriuen vnd publiceren geboden, vnd mit vnſer Stad anhangendem Secreto laten beueſtigen, **Geachtet vnd taxeret** weren deſſe vorſcreu. koſte vnd theringe dorch vns Borgeremeſteren vnd Radmannen Richteren vnd Commiſſarien vorben. vp vnſem Raedhuſe in vorgeſcreuener wondliken ſtede to gerichte ſittende an den jaren der bord Xti. der indictien ofte Romeſchen talles vnd des pawesdomes vorgetekend am vrygdage dem achteynden dage des maentes Decembr. Dar an vnd ouer weren de beſcheden manne Hinrik Kruſe ok borger vnſer ſtad vnd Eggerd Krans vorben. ſunderges ſik deſſes to vordenkende vnd to tuge geeſched vnd gebeden.[2])

Vnde ik Johannes Remſtede Clerik Bremeſches ſtichtes van keyſerliker wald apenbar Notarius vnd der Erſamen wiſen Manne Hern Borgermeiſter vnd Raedmann to Hamborg Richtere vnd Commiſſarien vorben. Secretarius vnd deſſer zake by en Scriuer, want ik by ſulliker Sentencien biddinge inſcriften genoge vnd

2) Auch in der Urkunde bei Berck S. 490 findet ſich, daß bei der vnderſcrivinge und ſigneringe unſes in der ſake Notarius vnde ſcriver zwei beſcheden manne, inwaner der Stad Hamborg, als tugeslude beſonders geeſcht gegenwärtig waren.

Digitized by Google

vthſprekinge vnd der koſten vnd theringe metinge vnd achtinge vnd allen vnd isliken anderen ſtucken alſe ſe ſo vorberoret is ſchegen geſecht vnd gedaen worden, ſampt mit den vorben. tugen jegenwardich mede was vnd de ſo ſcheen zach vnd horede, vnd in mine ſcrifte genamen hadde, Hyrumme van beuele der genten. myner Hern Borgermeiſter vnd Raedman vnd dorch vlitige bede Meſter Hermen Daſſels procurator. erben. hebbe ik deſſet apenbare inſtrument darvthgetagen gemaket vndergeſcreuen vnd in deſſe apembare formen vnd wordliken wyſe geſettet vnd mit mynen wondliken teken vnd namen getekent vnd mit der Stad Hamborg anhangendem Secreto beueſtigen vnd vorſegelen laten in louen vnd tuchniſſe aller vorſcreuener ſtucke ſunderges darto gebeden vnd geſcheed.

13. (13.)

(Eine Urkunde in Oktav geſchrieben auf Papier, ziemlich unleſerlich.)

In causa Lubicensis appellacionis manuale

Anno domini MCCCClxxij indictione quarta die veneris vel. xxvi Julii Jo. Arndes proc. praesentat fco et exho. nova^{o} nobilis Mauricii Comitis de Perimund et mandato procuratorio obtinend. dec. cit. cum inh^{oc} iszta Act. in theatro[1]) praesentibus sociis

Anno &c. die Mercurii Dni. deputarunt iudicem Conrad eluen clericum lubicensem ad exequendam citationem et copiam praesentandam ex^{o} puli. Qui iurauit in forma

Die Mercurii xxix Julii qt. Marquardus salige constituit procuratorem Herman Dassel ad agendum &c. cum potestate substituendi praesentibus Bernd Bokholt et Jo. Wittehemde Dem. R.^{t} Cord eluen nuntius iuratus se die veneris post visitationem citasse Hermen Reyncken &c. pnd^{le} in greuenstein hora vesporum in domo praesentem app. Henpn et praesentat praesentibus Herman Hazeke et Henrico Stede Laicis

1) Nachher kommt mehrmals auch der Ausdruck vor ad valvas und in valvis theatri, ſo daß hier unzweifelhaft mit dieſem Ausdruck das Rathhaus bezeichnet wird. Meines Wiſſens kommt er ſonſt in dieſem Sinne bei uns nicht vor.

magun[t.] dioc. p. copiam citationis citans &c. Dominum q[t] Herman Dassel proc. et reputa. citationem per nuncium executam. Demm. q[t] Hans Hoppener proc asstq. et pd. citatas sop. turas Dem. Herman Proc. replicat. p[m] mandatum et obtinuit in qt. citat. ad Dominorum q. commission citat. et executionem et oppos. etc. Dno. Jo. Hoppener asszto procur. perfigi ti[m] ad idem faciendum et ad audiendum q[m] producta opponi ad i. d.

Die Jouis xxx Julii ad jnstanciam Hermanni Hern proc. affixi citationem ad dd[m] q. commiss. cit. 2 exc. ac app. ad id. et exequebar praesentibus.

Die Veneris ultima Julii q[t] Herman proc. dem. jdem H. excep. fco. et dat, cit. executa accept. qt. ult. dant. q. g. cit. exc. et appos. Dom. qt. Hans Hoppener et qdt. qd. dns. Impr. non fuisse in dottum. de nec vrigschepe effca. vnde neen wetende of nene macht hebbe ſodanne hemelike gerichte aff to ſcriuende vnd nedder to leggende Dem. replicat Herman et refert se ad literas Judicii vetiti quibus consit. auctoritat. Imperiali processisse Dem. iterum rot. nuncius iuxta petitionem exceptionalem dicebat se decem uel pluries intermittere q. cedula procu[on] extendit, Demceps.

Herman proc. obti[t] produxit instrumentum app[on] et obt. appell. Jo. Barsebrugge ad recognitionem manus ppay. Rem qpuls. rogt. Dem. Herman Dct pton. petens secundum fatale qui qresserut. et pnt. De Jure pnte. Jo. ex[c] pol. asszt[o] Demum obt. cit. ad impugn[d] et iusti[d] &c. Ad Jan. it od. po. 2 arti. q. eccl. ibi obt. pfigi. praesentibus Wnckens. Vamlo et Egg[do] Kirms.

No. xxv auensz. augusti menc. aug. pont[q] anno &c. Die veneris septima mensis Augusti ad Instanciam magistri Hermanni de Dassel excuta c. in ualuas theatri citaci ad impugnandum et iustificandum &c. ad primam.

Die hinc x mensis augusti fuit festum beati Laurencii martir. &c.

Die mercurii xij Augusti no. audiuerat causas ppt. exequas. magistri Hinrici steen cirurgici et extunc Commissarii propter mei Notarii affuturicierum donec reuerterer de Luneborg in

causa scolasteriae Hamburgensis missus et respexi causam vsque diem Mercurii xxviii octobris[2]).

Die Jouis xxix octobr. exequebar in valuis iterum citationem ad jmpugnandum et iustificandum necnon ad art. ad i d. praesentibus Jo. Grote et Jo. Moller.

Anno &c. MCCCClxx secundo Jnd. quarta die vco. ve^{r} xxx mens. Octob. Pont^{9} S^{mi} Dni. nri. Dni. Sixti pape quart. anno secundo comparet H. Dassel proc. et citationem executam praesentat et in qcl. dct. articulos sco. Impugnas. processum et iustificationem app^{on} et obt. at. a. dd^{m} q et ad audiendum articulos ad probandum admitti testes produci et recipi vel dd^{m} &c. ad p^{dam}.

---

2) Es iſt ganz intereſſant, aus dieſer Stelle die Erzählung des Herrn Dr. E. Meyer in ſ. Geſch. des Hamb. Schulweſens im Mittel-Alter S. 145 ff. von dem ſ. g. Dukerſchen Streit zu ergänzen. Dort wird blos allgemein geſagt, ums Jahr 1472 habe der Scholaſticus Herman Duker gegen den Prieſter Henning Bremer und zwei Laien wegen Errichtung deutſcher Schreibſchulen in Hamburg mit Nichtachtung der Privilegien des Scholaſticus bei Arnold zu Lüneburg, dem Generalofficial der Verdenſchen Curie, der vom Abt Conrad zum Sub-Conſervator der Rechte des Hamburger Scholaſticus ſubdeputirt war, Klage erhoben, und der Generalofficial unter Bezugnahme auf frühere ähnliche Fälle die Angeklagten aufgefordert, bei Strafe der Excommunication ihre Schulen zu ſchließen und innerhalb eines beſtimmten Termins in Lüneburg zu erſcheinen. Der Hamburger Rathsſecretär Mag. Johannes Remſtede, als Procurator von Bremer, habe Exceptiones producirt, und ſei darauf in Perſon nach Lüneburg citirt, dort erſchienen, ſo auch der Scholaſticus, die Sache gerichtlich verhandelt, und das Endurtheil erfolgt, das Bremer und Conſorten excommunicirt und in die Koſten condemnirt, gegen welches aber von ihnen an den päpſtlichen Hof appellirt wurde, welcher Appellation ſich die Hamburgiſchen Bürgermeiſter von Tzeven, Schillingk, Murmeiſter und Meyger nebſt dem ganzen Rath anſchloſſen. Man erſieht nun aus unſerem Manuale, daß Remſtede zwiſchen dem 12. Auguſt und 29. October 1472 in Lüneburg wegen jener Sache geweſen iſt, und wenn in den Kammer-Rechnungen von 1472 43 t. 19 s. 6 d. pro diversis expositis in causa scholarum teutonicarum et scriptoralium contra D. Herm Duker, quibus consulatum privare conabatur, aufgeführt werden: ſo mögen dies meiſt die von Remſtede in jenen Monaten aufgewandten Reiſe- und ſonſtigen Koſten geweſen ſein.

Anno et pontificatu. sbq. sup. Die vero Mart. 2ª nouembr. citaº pliem. decretam in valuis theatri cam affigendo exequebar praesentibus Jo. Langenbeke et Wernero Buncken laicis Bremens dioec.

Die mercurii 1ª Nouembr. comparet Hermannus Dassel procur. et repraesentat citacionem executam et articulos ad probandum admitti saluo iure iptmen. in qt. obtinuit citationem ad producendum omnia et testes produci vi^d ad i. d. que et p^q ob^t praefigi ad eccl. ad i d.

Anno &c. Die martis prima Decembr. exequebar citationem ad producendum omnia &c. praesentibus Jo. Groten et H. Biter.

Die Mercurii Secunda mensis Decembr. comparuit H. de Dassel proc. et repraesentauit citationem executam in cont^c produxit quemdam vim vz. certorum capitulorum seu articulorum ex literis Imperialibus reformacionis Franckfordensis scriptorum et aliud transsumpti cuiusdam priuilegii Imperialis civitatis Lubicensis publica Instrumenta per discretum Jo. Veereggen Notarium vt prima facie apparuit subscripta et signata et sigillis rubris oblongis in capsa cere glauce jmpressis in filo rubro cericeo jmpenden. sigillata Necnon literam patentem fideiussionis pro stando iuri 1 pm. Marquard saligen tribus sigillis de cera viride capsis cereis glauc. in pressulis pergameneis jmpenden. jmpressis sigillatas et publicam vim vz. cuiusdam litere atque alterius missiue consulatus Lubicensis coram Hinrico Smyt vryggrauio in Judicio vetito to Volkmersen, praesentacio. instrum. per Jo. Bersebruggen Notarium subscriptum et aliud repercio. su. incucio. citationem papiri cedule sigillo ipsso Hinrico Smedes sigillate, p. cu. d. Jo. et Jo. Arnoldi Notarios publicos jnstrumenta subscripta et signata vt prima facie apparebat et duas vnam percepti Dco. Marquardo facti de se componendo cum H. Reyncken et aliam sclis. percepti et iniunctam citationem papiri cedulas Dco. Hinrici vryggreuii sigillo ipsso signatus sco. produxit Idem H. proc. in continenti obt. citationem et produxit testes viz. Jo. de Oldensen Johan Meiger opidanos Hamburgenses scr. to ca. nec non Bersenbruggen et Sixtum Spenger tam scr. recog^eoc qd. to ca. Qui citati iurauerunt ifor. et ousz. iuribus dicti Jo. Bersenbruggen recognouit omnia sigilla et subscriptionem et signeta et cedulam

procuratorii H. Reyneken sz. signum ipssum non recognouit Sixtus sclr. omnia recognouit except litera fideiussionis z^bq sigillis et cedulis percepti et citacio. qs. et car. sigilla et cedulam procuratorii H. Reyncken &c. non recognouit et dm. deferebatur praefato H. Dassel procuratori iuramentum in supplementum probacionis et instan. eod. h. pere. hebant recognita pro recognitis Dem. jd. H. proc. obt[t] citationem ad dandum qd. producta et testes et ad iurandum de calumpnia necnon ad declarandum uel dandum &c. ad id. praesentibus Eggerdo Krans et Laurencio Snydker eadem die hora vesporum affixa citatio ad dandum &c. ad horam et diem &c.

Die Jouis tercia Decembr. exequebar citacionem ad dandum qd. producta et testes, et ad iurandum de calumpnia et declarandum in valuis praesentibus Jo. Groten et Nicolao Tangermunde.

Die Veneris quarta Decembr. comparuit H. Dassel proc. et in continenti iurauit de calumpnia et se uel declarare velle allegauit obtinens citationem ad concludendum &c. et audiendum ferre sentenciam sentenciam ad p^ca praesentibns ibidem Jo. Krans et Bernardo Bokholt

Die Martis quintadecima Decembr. citatio ad concludendum et audiendum ferri senam. hora vesporum fuit per me executa praesentibus Jo. Grote et Wernero Buncken

Die Mercurii Sextadecima Decembr. comparuit H. Dassel proc. et citationem ad concludendum et audiendum ferri smam. executam repraesentavit in continenti obtinens ferri diffumtum senam. et citacionem ad audiendum taxari expensas decerni in valuis Sr. q. &c. praesentibus Eggardo Krans et Hinrico Moller testibus.

Die Jouis Decima septima Decembr. citatio ad audiendum taxari expensas fuit per me executa in valuis theatri hora vesporum praesentibus ibidem Dno Jo. Groten et Wernero Buncken.

Die Veneris Decima octaua Decembris comparuit H. Dassel proc. et citatione repraesentata in continenti obtinuit expensas taxari ad lxxx florenos Renanos iurans tact. &c. in forma Sr. q. &c. praesentibus ibidem Eggardo Krans et Bernardo Bokholt testibus.

V.

Die Lehre von der Zurechnung,

nach altdeutſchem, insbeſondere nach Hamburgiſchem Recht.

Ein rechtshiſtoriſcher Verſuch.

Vorträge in der juriſtiſchen Section des Hamburgiſchen geſchichtlichen Vereins. 1843.

Inhalt.

Einleitung. Neueſter Begriff von Imputation und Imputativität. § 1.
Zurechnung als allgemeine geſchichtliche Bedingung jedes Strafrechts. § 2.
Sprachbemerkungen. § 3.
Dogmengeſchichte für die Zurechnung im altdeutſchen Rechte. § 4.
Allgemeine Einwürfe gegen Wilda's Hypotheſe. § 5.
Uebergang zum Hamburgiſchen Recht von der Imputation. § 6.
Dieſe Lehre ſowohl im Civil= als Criminalrecht. § 7.
I. Allgemeine und ſpecielle Beſtimmungen der Zurechnung bei Beſchädigungen auſſer dem Strafrecht. § 8.
1. Die allgemeinen § 9 — 12.
2. Die ſpeciellen. § 13 — 52.
A. In contractlichen Verhältniſſen § 13 — 21.
a. Beim Depoſitum. § 14 — 17.
b. Beim Leihcontract. § 18 — 20.
Exegeſe von 1270 IX, 21. § 19.
c. Beim Pfandcontract. § 21.
B. Im Schiffrecht § 22 — 26.
C. In ſonſtigen auſſercontractlichen Verhältniſſen. § 27 — 52.
a. Schaden durch Hängeruthe, Holz, Schiff, Haus, Brücke. § 27 — 31.
Specielle Fälle. § 32 — 34.
b. Schaden durch einen Wagen § 35 — 41.
c. Schaden durch Thiere. § 42 — 52.
Grundſätze der Civil=Imputation. § 53. 54.

II. Criminal=Imputation. § 55 — 107.
Vom vorſate. § 55 — 67.
Begriff. § 57 — 62.
Beweis. § 63.
Strafe. § 64 — 67.
Von der handhaftigen That. § 68 — 73.
Begriff. § 69 — 73.
Von der Verfeſtung. § 74 — 77.
Vom Todtſchlag. § 78 — 80.
Zauberei, Vergiftung, Verrath, Ketzerei. § 81.
Injurien. §. 82 — 86.
Nothwehr, Jugend, Geiſtiges Leiden. § 87.
Speciell von Nothwehr. § 88.
Jugend und Geiſtesleiden. § 89.
Caſuiſtik. § 90 ff.
Fälle von beſtraften Minderjährigen. § 90 — 94.
Fälle von beſtraften geiſtig Schwachen oder Kranken. § 95 — 100.
Fälle von Beſtrafung Todter § 101 — 103 und Selbſtmördern. § 104 — 106.
Grundſätze der Criminal=Imputation. § 107.
Schluß. Praktiſches Reſultat für die künftige Legislation. § 108.

Digitized by Google

Die Lehre von der Zurechnung

nach Altdeutſchem, insbeſondere nach Hamburgiſchem Recht.

Ein rechtshiſtoriſcher Verſuch.

§ 1.

Einleitung. Neueſter Begriff von Imputation und Imputativität.

Aus der allgemeinen Geſchichte des Strafrechts iſt hier als bekannt vorauszuſetzen, daß erſt mit dem, häufig als das philoſophiſche bezeichneten achtzehnten Jahrhundert die Rechtsphiloſophie ſich auch in die Behandlung des Strafrechts Eingang verſchafft hat. S. darüber das Detail vorläufig in Henke Geſch. 2, 293 ff. Ein tieferes Eindringen in das Weſen der Verbrechen, in den Grund und Zweck ihrer Beſtrafung vom philoſophiſchen Standpuncte aus führte ſeitdem allmälig zu einer vollſtändigen Conſtruction des Begriffs der Verbrechen[1]), und man iſt endlich auf dieſem Wege dahin gelangt, das Verbrechen als die widerrechtliche und ſtrafbare Handlung eines freien Menſchen aufzufaſſen, der den widerrechtlichen Erfolg **wußte** und **wollte**. Man unterſcheidet alſo rationell und jetzt auch praktiſch und legislativ allgemein im Verbrechen nicht blos eine äuſſere, ſondern auch eine innere Richtung; in der letzteren Beziehung erkennt man es als ein weſentliches Merkmal des Verbrechens an, daß dem Thäter der widerrechtliche Erfolg bekannt und von ihm gewollt war. Die Ausmittelung dieſes urſächlichen Zuſammenhangs zwiſchen dem äuſſeren Erfolg und der Geiſtesthätigkeit des Menſchen nennt man Zurechnung, Imputation, und man erkennt es jetzt all-

---

1) Es kann natürlich nicht der Zweck dieſer Einleitung ſein, nachzuweiſen, wie die Elemente zu dieſem vollſtändigem Bau bereits im Römiſchen, und ſelbſt unter Modificationen im Attiſchen, und früher ſchon im Indiſchen Recht gelegen haben.

Digitized by Google

gemein als ein weſentliches Erforderniß der Strafbarkeit eines Menſchen an, daß ihm der äuſſere Erfolg **zuzurechnen** iſt, daß alſo die Zurechnungs**fähigkeit** erwieſen werden muß. Für den gegenwärtigen Zweck mag es dabei unerörtert bleiben, wie Doctrin und Legislation allmälig dieſe Lehre weiter nüancirt, und die Diſtinctionen, nicht ohne Abweichung in den Anſichten Einzelner, feiner ausgeſponnen haben.

§ 2.

Zurechnung als allgemeine geſchichtliche Bedingung jedes Strafrechts.

Es begreift ſich nach dem immer nur ſtufenweiſe fortſchreitenden Gange der menſchlichen Cultur und nach dem Geſetze der körperlichen und geiſtigen Natur, das keine Sprünge oder Lücken geſtattet, von ſelbſt, daß die erwähnten letzten Ergebniſſe des gereifteſten Nachdenkens nicht gleich bei jeder Nation auf den **erſten Stufen** ihrer rechtlichen Entwickelung ins Bewußtſein haben treten können. Dagegen iſt aber auch andrerſeits kein **Strafrecht** gedenkbar ohne die (mehr oder minder klare und bewußte) Annahme der fraglichen **nothwendigen** Merkmale eines Verbrechens.

Aus dieſen unbeſtreitbaren Vorderſätzen ergiebt ſich **a priori** ein Beweis für die Richtigkeit derjenigen Auffaſſung unſeres typiſchen und zugleich auch Germaniſchen Strafrechts, welche ich demnächſt mir vorgenommen habe näher zu erörtern und geſchichtlich zu begründen.

§ 3.

Sprachbemerkungen.

Vorher einige Sprachbemerkungen. Es kann im Allgemeinen nicht geläugnet werden, daß wohl jede, insbeſondere aber unſere Sprache die Geſchichte erläutert, und mindeſtens die herrſchende Volksanſicht aufdeckt.

Der jetzt herrſchende Kunſtausdruck für criminell ſtrafbare Handlungen iſt auſſer dem vagen Ausdruck Vergehen (Irregehen, Irrweg), der offenbar einer Zeit, wo begrifflich Moral und Recht noch weniger getrennt waren, als jetzt im Volksleben,

Digitized by Google

angehört, Verbrechen. Dies Wort bezieht ſich nur auf eine einſeitige Richtung des Thäters, auf den von ihm begangenen Bruch des Rechts, des Friedens oder allenfalls, was aber freilich in der Etymologie des Wortes noch nicht enthalten iſt und nach dem Rechtszuſtande der Vorzeit nicht konnte, eines beſtimmten Strafgeſetzes. Der Ausdruck kommt ſchon im Statut von 1605 einigemal vor (IV, 3. 8. 63. 65), dem aber die allgemeinen Ausdrücke Mißhandlung (daſſelbe, was Miſſethat,) und beſonders Verwirkung, welcher Ausdruck auf die Strafbarkeit Bezug nimmt, geläufiger ſind. Unſere älteren Statute haben dagegen die Ausdrücke: Friedensbruch — Ungericht — Unthat, wovon der erſte nur den rechtswidrigen Erfolg, der zweite die Rechtsverletzung, und der dritte das Rechtswidrige der Handlung berückſichtigt, ſo daß ſie alle eine einſeitige Auffaſſung, nämlich die der Auſſenſeite des Verbrechens, repräſentiren. Auch die Terminologie giebt daher ſchon die Vermuthung an die Hand, es werde urſprünglich in unſerem älteren Volksrecht der Begriff des Verbrechens nicht erſchöpfend aufgefaßt, und der ſubjective Thatbeſtand, die Umſtände, welche der Gegenſtand der Zurechnung ſind, nicht ſcharf ins Auge gefaßt.

§ 4.

Dogmengeſchichte für die Zurechnung im altdeutſchen Recht.

In neueſter Zeit erſt iſt die Lehre von der Zurechnung im altdeutſchen Rechte ein Gegenſtand geſchichtlicher Forſchung geworden. Zuerſt ward die Anſicht aufgeſtellt, als ob im Germaniſchen Strafrecht nur der äuſſere Schaden, die Rechtsverletzung in Betracht gezogen ſei. Man hat wohl Rogge als Verbreiter dieſer Anſicht bezeichnet, aber darin dieſem ſcharfſinnigen Forſcher Unrecht gethan, indem er ganz ſo ſchroff ſich nicht ausgeſprochen hat. Er macht in ſeinem äuſſerſt ſchätzbaren, 1820 erſchienenen Verſuch über das Gerichtsweſen der Germanen dieſen nur einen „Geiſt der Rückſichtsloſigkeit auf pſychiſche Verhältniſſe“ (S. 34) und ſpeciell zum Vorwurfe (S. 31), man habe bei unſeren Vorfahren „oft ohne das allermindeſte, auch noch ſo entfernte Verſehen eben ſo ſchwer büßen müſſen, wie wenn man mit böſem Willen gehandelt hätte.“

Digitized by Google

Cropp in ſeinen lehrreichen Unterſuchungen über die Lehre vom Diebſtahl nach dem älteren Recht der drei freien Norddeutſchen Städte (1826) bemerkte gelegentlich: „Es habe das Germaniſche Recht weniger zwiſchen culpoſen und doloſen Delicten unterſchieden. (Crim. Beitr. 2, 1, 10.)[1]) Der unvergeßliche Gelehrte wollte mit dieſen etwas ſehr nach Römiſchem Recht und Sprachgebrauch gewählten Ausdrücken, wohl ſagen: Es finde ſich im Germaniſchen Rechte weniger ausgebildet der Unterſchied, welchen die neuere Jurisprudenz zwiſchen ſolchen Handlungen mache, denen ein rechtswidriger Vorſatz (dolus)[2]) voranging, bei denen alſo der Handelnde die erreichte rechtswidrige Wirkung wußte und wollte, und ſolchen Handlungen, wo entweder der Wille oder die Kenntniß, oder Beides dem Handelnden abging.

Die meiſten anderen bedeutenderen Rechtslehrer haben ſich ſeitdem in ähnlicher Weiſe ausgeſprochen.[3]) Der neueſte, Wilda in ſeinem fleiſſigen Werke: Das Strafrecht der Germanen 1842, ſtellte an die Spitze ſeiner Unterſuchungen S. 146 den Satz, bei den Germanen habe der widerrechtliche Wille zunächſt den Begriff des Verbrechens beſtimmt, und nimmt als Reſultat S. 155 an, der widerrechtliche Wille ſei die eigentliche Grundlage alles ſtrafbaren Unrechts bei ihnen geweſen, was er S. 544 ff. „weiter zu begründen, zu begränzen und in ſeiner wahren Bedeutung zu erkennen“ ſucht.

---

1) Er ſetzt hinzu: Wenn nicht vom Fehderechte und vom Friedensgelde die Rede iſt, behandelte es Den, der culpoſe ſchadete oder verletzte, meiſt eben ſo ſtreng, als Denjenigen, der vorſätzlich delinquirte.

2) Logiſch unterſcheiden ſich bekanntlich Vorſatz und Abſicht, wiewohl ſie factiſch oft zuſammen fallen, und daher auch ſprachlich verwechſelt werden dürfen und werden. Vorſatz iſt das Wollen eines Erfolgs, Abſicht das Wollen eines Zwecks.

3) Auch Sydow Erbr. nach dem Sachſenſp. Berlin 1828. 8. S. 363 drückt ſich dahin aus, daß dem ältern deutſchen Rechte ſtrenge Unterſcheidung des dolus und der culpa bei der Imputation fremd geweſen.

Digitized by Google

§ 5.

Allgemeine Einwürfe gegen Wilda's Hypotheſe.

Mir ſcheint dieſe Auffaſſung unhaltbar. Es iſt freilich nach den Allegaten Wilda's aus der Graugans, aus den Weſt- und Oſtgothiſchen Rechtsbüchern, aus Angelſächſiſchen und Deutſchen alten Rechtsquellen (S. 545 ff.) gar nicht zu beſtreiten, und auch wohl eigentlich niemals beſtritten worden, daß die Germanen den Unterſchied zwiſchen böswilligen und abſichtloſen Rechtsverletzungen gekannt haben. Allein Wilda weiſt nicht die Strafloſigkeit der letzteren nach. Die Stellen aus den Ripuariſchen, Sächſiſchen und Saliſchen Geſetzen weiſen Compoſitionen für nicht böswillige Thaten nach, wo es Wilda nicht gelingen dürfte, zu deduciren, daß dabei nur Schadenserſatz, nicht Strafe berückſichtigt worden wäre. Vielmehr läßt es ſich in den S. 548 aus Nordiſchen Rechten angeführten Stellen nicht verkennen, daß das Verhältniß des Thäters zu dem Beſchädigten oder zu deſſen Angehörigen gleich behandelt wurde, der Erfolg der That mochte dem Zufall oder dem Vorſatz beizumeſſen ſein, und daß (vergl. Schoniſches und Erichs Seeländiſches Geſetz a. a. O.) der Beweis der Abſichtloſigkeit dem Thäter auferlegt, und zwar ſehr erſchwert wurde, was ja eine Abſurdität geweſen ſein würde, wäre Wilda's Hypotheſe richtig. Die Ausnahmen, welche Wilda S. 549 ff. ſelbſt einräumt, laſſen ſich viel natürlicher und einfacher begründen, und verlieren dann ihren exceptionellen Charakter. Man ſtößt übrigens in Wilda's Buch mehrmals auf Aeuſſerungen, welche mit ſeiner hier angefochtenen Anſicht nicht übereinſtimmen. So leitet er z. B. S. 870 die Arten der Diebſtähle damit ein: „Da im Germaniſchen Strafrecht überall zunächſt der Schaden, den der Verletzte durch eine Miſſethat erlitten, die Kränkung, die ihm zugefügt worden, in Betracht kommt ꝛc.“ Eben ſo muß er bei der Lehre vom Betruge einräumen, daß dabei zunächſt die Beeinträchtigung des Eigenthums im Altgermaniſchen Recht in Betracht gekommen ſei.[1])

1) Um dies hier vorweg zu nehmen, hat Wilda ſelbſt das Characteriſtiſche des Altgermaniſchen Strafrechts darin finden müſſen,

§ 6.

Uebergang zum Hamburgiſchen Recht von der Imputation.

Es iſt aber nicht eine Aufgabe, die ich mir hier geſetzt habe, die Wilda'ſche Anſicht zu widerlegen, oder die mir richtiger ſcheinende zu begründen, aus allgemeinen Gründen und Rechtsquellen. Vielmehr will ich mich darauf beſchränken, das topiſche Recht von dieſer Seite möglichſt vollſtändig zu entwickeln, wodurch man vielleicht für das gemeine Altdeutſche Recht, aus dem Mikrokosmus heraus, zuverläſſigere Reſultate gewinnt, und an einem einzelnen Beiſpiele zugleich gezeigt wird, welche Vorzüge die Methode hat, aus einzelnen Stadt- oder Volksrechten deren Principien über Gegenſtände und Verhältniſſe des Rechts zuſammenzuſtellen, und namentlich ſo bei einem Rechte zu verfahren, deſſen Werth bisher in dieſer Hinſicht viel zu wenig von den Germaniſten anerkannt worden iſt, d. h. bei unſerem Hamburgiſchen.

§ 7.

Die Lehre ſowohl im Civil- als Criminalrecht.

Um hier ein um ſo zuverläſſigeres Syſtem zu ermitteln, und die Zuhörer auf den Standpunkt eines ſelbſtſtändigen, nicht durch Voranſtellung meiner ſubjectiven Anſicht etwa beſtimmten Urtheils zu führen, werde ich die Rechtsſätze zuvörderſt ſelbſt zuſammenſtellen, wie ſie theils in den Stadtbüchern und Receſſen ausgeſprochen, theils in der Praxis angewandt ſind, und dann erſt die ſich daraus ergebenden letzten Gründe dieſer Sätze nachzuweiſen ſuchen. Zugleich ſcheint es mir zur Gewinnung feſter Reſultate unerläßlich, die Trennung zwiſchen Civil- und

---

daß es die Verbrechen des Betrugs und der Fälſchung aus dem Geſichtspunkt von Vermögensbeeinträchtigungen und Eigenthumsverletzungen behandelt, alſo weſentlich vom Römiſchen Recht abweicht, das den Betrug durch alle Stufen bis zu der magna et evidens calliditas des Stellionats aus dem Geſichtspunkt der böſen Intention beſtrafte, alſo ſchon dann, wenn auch daraus noch kein reeller Schaden für Andere hervorgegangen war. Offenbar haben unſere heutige Praxis und Geſetzgebung in Hamburg ihre Wurzel in der altgermaniſchen Auffaſſung, die auch wohl praktiſcher iſt, zumal in einer Handelſtadt.

Digitized by Google

Criminalrecht hier aufzugeben, und die Lehre von der Hamburgiſchen Zurechnung in dieſer zweifachen Hinſicht zu beleuchten, da ich mich davon überzeugt habe, daß in beiderlei Beziehung die Rechtsſätze auf dieſelben Gründe zurückgehen, und es keinem Zweifel unterliegt, daß, wenn es gelingt, dies zu zeigen, die daraus hergeleitete Anſicht um ſo zuverſichtlicher als die richtige angeſehen werden muß. Ja es ſcheint mir am richtigſten, wenn ich zuerſt die civilrechtlichen Beſtimmungen aufführe, weil die daraus ſich ergebenden Reſultate ein neues Licht über unſer Strafrecht in Beziehung auf die hier verſtandene Lehre verbreiten werden.

§ 8.

Allgemeine und ſpecielle Beſtimmungen der Zurechnung bei Beſchädigungen auſſer dem Strafrecht.

Die civilrechtliche Zurechnung[1]) kommt ſpeciell in dreifacher Hinſicht hier zur Sprache. Einmal, ſofern contractliche Verhältniſſe zwiſchen dem Thäter und dem Verletzten beſtehen. Hiervon handelt unſer Stadtrecht von 1270 VI, 13, 3 (vgl. 1276 VI, 21 a. E. 1292 G, 12 a. E. 1497 E, 6 a. E.) IX, 21 (vgl. mit 1276 IX, 22. 1292 M, 17. 1497 L, 11. 1605 2, 2, 7) und XII, 12 (vgl. 1276 eod. 1292 P, 12. 1497 L, 9 und 10. 1605 2, 3, 2 u. 2, 2, 3 u. 4). Sodann unterſcheidet es die Lehre vom Schaden im Schiffrecht 1270 VI, 13, 2 (1276 VI, 21. 1292 G, 12. 1497 E, 6.) vgl. mit 1270 XIII, 21. (1276 Schiffrecht 19. 1292 Schiffrecht 21. 1497 P, 47. 1605 2, 17, 6—8. Aſſecuranz und Havarie-Ordnung von 1731 Tit. VIII, Art. 1. 2). Auſſerdem erörtert es einige auſſercontractliche Beſchädigungen, und zwar ſpeciell, wenn ein niederfallendes Gebäude, ein Schiff auf dem Helgen, Holz,

1) Die neueſte Monographie über dieſen Gegenſtand iſt von Profeſſor Hepp die Zurechnung auf dem Gebiete des Civilrechts. Tübingen 1838. 8. Eine andere erſt kürzlich erſchienene Monographie über die Imputation kann hier nicht in Betracht kommen, weil ſie ſich auf die rein philoſophiſche Begründung der Materie und zwar nur auf das Strafrecht beſchränkt. Ihr Titel iſt: Berner Grundlinien der criminaliſtiſchen Imputationslehre Berlin 1843. 8.

Digitized by Google

eine Hängelruthe, eine Brücke ꝛc. (1270, IX, 17. 1276 IX, 18. 1292 M, 14. 1497 L, 17. 1605 IV, 66), wenn ein Wagen oder Karrn alias Karre (1270 VI, 20. 1276 VI, 13. 1292 S, 17. 1497 L, 18. 1605 IV, 67), endlich wenn ein Thier beſchädigt (1270 VI, 19. 1276 VI, 12. 1292 S, 16. 1497 L, 16. 1605 IV, 68. 69). Ueber andere auſſercontractliche civilrechtliche Beſchädigungen findet ſich in unſeren Stadtrechten nichts zur Imputation Bezügliches, es ſei denn daß man das Verhältniß zwiſchen Herrſchaft und Geſinde bei Beſchädigungen des Letzteren hierher ziehen wolle, die ich im Verlauf meines Vortrags gelegentlich beſprechen werde (§ 37.).

Allgemeine Beſtimmungen auſſer dem Schiffrecht enthalten für Beſchädigungen 1270 VI, 13, 1 (die Parallelſtellen ſ. oben vgl. 1605 I, 34, 17) u. VI, 33 (1276 eod. 1292 A, 10. 1497 B, 17. 1605, I, 19, 1). Damit wird zu verbinden ſein, was ſich aus der Anordnung der Materien in den verſchiedenen Stadtrechten ergiebt.

§ 9.

1. Die allgemeinen Beſtimmungen.

Um dieſe allgemeinen Beſtimmungen (§ 8 a. E.) vorher zu erledigen, iſt die Bemerkung voraufzuſchicken, daß ſchon unſer älteſtes Stadtrecht von 1270

1. unter ſeinen Rubriken eine beſondere von Schuld (VI), von Schlägen (IX), von Ungericht (X), von Vorſate (XI), von Duve und Raub (XII) hat. Allein, wenn es hier offenbar Civilrecht und Criminalrecht in Beziehung auf Zurechnung unterſcheidet, ſo läßt es im Inhalt den Unterſchied wieder fallen, indem im Titel von Schuld ſtrafrechtliche Beſtimmungen (VI, 5. 12.) und unter den erwähnten criminalrechtlichen Rubriken Beſtimmungen vorkommen, die zur civilrechtlichen Zurechnung gehören (IX, 17, 21. XII, 12). Es würde freilich dieſer Umſtand weniger erheblich erſcheinen, wenn man ſich den Urſprung des älteſten Stadtrechts ſo vorſtellt, daß man unter den vorher beſtimmten Rubriken allmälig die einzelnen Findungen oder Ordele in das Buch eintrug, wie ſie vorkamen, und dabei Willkühr und einſeitige Anſichten oder auch der ſonſtige

Digitized by Google

Inhalt der Findung oft entſchieden, ob man es unter dieſe oder jene Rubrik ſtellte.[1] Jedenfalls dürfte es anzunehmen ſein, daß der Unterſchied nicht in das allgemeine Rechtsbewußtſein als unabweichlich eingedrungen ſein kann. Daher hat auch wohl das Regiſter zum Stadtrecht von 1292, welches bekanntlich eine andere Material-Eintheilung hat, als das Stadtrecht ſelbſt, einen Titel von Schuld (V), einen von Brüchen und Beſſerung, ſo wie von Ungericht (IX) und einen von Duve und Raub (X). Aber hierher gehörig wird im Titel von Schuld nur der Fall aufgeführt, da ein verpfändetes Pferd oder Vieh ſtirbt (P, 12); dagegen IX, der Schaden durch Thiere oder Wagen (G, 16. 17) durch Haus oder ander Ding (M, 14). Das Stadtrecht von 1497 hat endlich die Rubriken von allerhand Pflichten und Schulden (L), von Wedde und Buße (M), von Vorſate (N), und von peinlichen Sachen, das Höchſte belangend (O), von einander abgeſondert, und Hierhergehöriges theilweiſe in der Rubrik L, durchaus aber nicht in den andern Abſchnitten verhandelt, was dann meine Anſicht von dem nur allmäligen Eindringen des Unterſchiedes zwiſchen Civil- und Criminalrecht in das Rechtsbewußtſein zu beſtätigen ſcheint.

§ 10.

Fortſetzung.

2. Unſer älteſtes Stadtrecht ſchon mißt VI, 13, 2 dem Schiffrecht, welches bekanntlich älter iſt, als jenes, eine beſondere Lehre vom Schaden bei, und dieſelbe Bemerkung iſt in den Stadtrechten von 1276, 1292 und 1497 wiederholt, aber erſt 1605 weggeblieben[2]. Nach dem Zuſammenhange mit der vorhergehenden und nachfolgenden Beſtimmung (VI, 13, 1 u. 3) läßt ſich aber der Unterſchied zwiſchen dem Recht vom Schaden im Schiffrecht und in anderen Verhältniſſen ſehr wohl auf den Beweis beſchränken, der hier und ſonſt zu führen iſt, ſo daß der Bemerkung ungeachtet an und für ſich kein Unterſchied in

1) Ich werde dieſe Anſicht in einer Abhandlung über unſere älteren Stadtrechte weiter ausführen.

2) Vgl. die Parallelſtellen zu 1270 VI, 13, 2 oben § 8.

Digitized by Google

Beziehung auf die **Zurechnung** des Schadens ſelbſt nothwendig angenommen werden muß. Dieſer Umſtand wird bei der Erörterung des Schadensersatzes im Schiffrecht erheblich ſein.

§ 11.

Fortſetzung.

3. Es wird der gerichtlichen Verfolgung eines Schadensanſpruches auſſer Schiffrecht das alte nationalſächſiſche Princip[1]) zum Grunde gelegt: Was man nicht vor Gericht thut, dem kann man mit ſeinem Eide ſich entziehen, und es gilt kein Zeugniß wider dieſen Eid. So kann auch, wer gerichtlich wegen eines Schadens angeſprochen wird, den Schaden läugnen (vorſaken mit dem Genitiv VI, 17 VII, 7 IX, 16 XII, 4 hat den Nebenbegriff, [vielleicht vor Gericht] läugnen Etwas, was wirklich geſchehen iſt, vgl. 1270 IX, 16) (ſ. unten § 83)), und er entgeht mit ſeinem

1) Die Hauptſtelle iſt hierzu im Sachſenſpiegel I. 18, 2, womit die Stellen I. 7 III, 4, I. 32, 2 verglichen werden können, die auf daſſelbe Princip ſich lehnen. Aber ich kann nicht umhin zu erwähnen, daß **Mittermaier** in der neuſten (6.) Ausgabe ſeines Deutſchen Privatrechts II, 271 wegen dieſes Princips auch Bezug nimmt auf das Stader Statut VII, 2 (**Pufend.** I append. p. 208) und auf das Lübecker, wozu **Weſtphalen** monum. III p. 619 übrigens ein gar nicht hierher gehöriges Citat iſt. Das Stader Statut wird von dieſem großen Germaniſten ebenſo wie von **Maurenbrecher** (ſ. unten § 14 Anm. 3) leider da häufig allegirt, wo es lediglich mit dem unſrigen übereinſtimmt, ohne daß dies erwähnt, und ſo alſo, daß zu der Annahme verleitet wird, als ob das Stader als Quelle zu betrachten wäre, was doch keineswegs der Fall iſt. Vgl. vorläufig meine Aphorismen über **Lappenbergs** Urkundenbuch § 25 und ſpäter meinen beſonderen Vortrag über dieſen Gegenſtand. Die erwähnte Stelle VII, 2 war überdies um ſo weniger hier zu allegiren geweſen, theils weil dort das Stader Statut viel incorrecter iſt als das unſrige von 1270 VII, 3, theils weil die Stelle nicht etwa auf das Princip des Sächſiſchen Volksrechts, ſondern darauf zunächſt ſich gründet, daß ein **Zeugniß** gegen Schuldbekenntniſſe vor dem **ganzen Rath** und **auſſerdem** ins Schuldbuch der Stadt **geſchrieben**, nicht ſtatthaft ſei. Vgl. übrigens über unſer Statut von 1270 VII, 3 in Hinſicht auf die **Competenzbeſtimmung** meinen Vortrag über die hieſigen Vehmgerichts-Acten § 5.

Digitized by Google

Eide dem Anſpruch. Nur wenn er vor zwei Rathmännern den Schadensersatz versprach, iſt ſein Eid unſtatthaft. Aus dieſer alten Vorſchrift iſt 1605 I, 34, 17 hervorgegangen, wo denn freilich der derſelben fremdartige Zuſatz des Römiſchen Rechts, daß der Kläger (mit allen gewöhnlichen Beweismitteln) beweiſen kann, er habe den Schaden gelitten, das nationale Gepräge ganz verwiſcht, und einen ganz anderen Rechtsſatz erzeugt hat.

In den älteren Rechtsſatz würde eine durchaus ſchielende Anſicht hineingetragen werden, wenn man den Eid des Beklagten, deſſen VI, 13, 1 u. 3 gedacht wird, für einen Reinigungs- oder einen deferirten Eid in dem Sinne des modernen Proceſſes anſehen wollte. Es muß bemerkt werden, daß der Erſtere ſowohl den altdeutſchen Rechtsbegriffen überhaupt, als unſeren älteren Hamburgiſchen insbeſondere fremd war. Der Beklagte war nicht verpflichtet, ſondern, wenn er unberüchtigt war, berechtigt zu ſchwören. Rohe Begriffe von einer Eideszuſchiebung dagegen dürften unſeren älteſten Rechten weniger fremd geweſen ſein. Weiteres behalte ich einer beſonderen Abhandlung über den Eid nach Hamb. Recht vor, wo ebenfalls die zuerſt in der Legislation von 1605 vorkommenden, auch auf den Criminalproceß anwendbaren, zwei Klagearten, Klage auf Beweis und Klage auf Eid, näher hiſtoriſch zu erörtern ſein werden.

Man mag übrigens annehmen, der Eid in VI, 13, 1 habe ſich auf die Exiſtenz des Schadens überhaupt beſchränkt, oder auch auf die Schuld erſtreckt: ſo beſtätigt auch dieſe Beſtimmung, wie wenig man die Imputation und noch weniger die verſchiedenen Abſtufungen vom Zufall bis zum Vorſatz berückſichtigte, und den des Schadens Geſtändigen ohne Weiteres ſofort haften ließ: Bekennet he emme den Schaden, he ſchall en eme to Rechte beteren. Dieſe Anſicht hat ſich ſogar noch im neuſten Statut geltend gemacht.

§ 12.

Beſchluß.

4. Die allgemeine Regel, daß wer Jemanden vor Gericht beſchuldige, die Schuld benennen ſoll, wird ſowohl generell, als

Digitized by Google

ſpeciell für Schaden von 1270 VI, 33 bis 1497[1]) eingeſchärft. Allein wenn 1605 I, 19, 1 dem Kläger zur Pflicht gemacht wird, wahrhaftiglich zu erzählen, warum und aus was Urſachen er klage; ſo würde man zu weit gehen, in den früheren Stadtrechten vorauszuſetzen, der Kläger habe bei Schadensklagen mehr leiſten müſſen, als die allgemeine Behauptung aufſtellen, er fordere vom Beklagten den Erſatz des Schadens, ohne genauere Nachweiſung des Grades des beklagtiſchen Verſchuldens. Hatte der Beklagte den Schaden angerichtet, ſo mußte er, — mehr läßt ſich nicht aus 1270 VI, 33 ſchließen — dafür aufkommen, ohne daß in der Regel ihm die Ausflucht zu Statten kam, es ſei von Ungefähr geſchehen, oder gar es ſei ihm die Schuld aus perſönlichen und ſubjectiven Gründen nicht zuzurechnen.

§ 13.

2. Specielle Beſtimmungen.

A. in contractlichen Verhältniſſen.

Einige Modificationen giebt freilich das Detail der Lehre von der Civilzurechnung auſſer dem Schiffrecht an die Hand, was jetzt zuerſt in contractlichen Verhältniſſen zu beleuchten ſein wird.

Hier wird

1. ſchon 1270 VI, 13, 3 die allgemeine Regel aufgeſtellt, und in den Stadtrechten bis 1495 (vgl. § 8 u. 12) wiederholt, daß, wenn ein Mann, den Andern ſchadlos auszunehmen, vor zwei Rathmännern willkührt, van welcken Stücken dat ſy, er danach nicht mit dem Eide ſich davon losmachen kann, is id den Radmannen witlik. Durch dieſe Beſtimmungen wird der Zuſatz 1270 XII, 12, 3 a. E. modificirt: ere Vorwort de ne ſy anders weſen. Es ward ſchon bemerkt (§ 11), daß nur eine gerichtliche Vereinbarung der Art bei unſern Sächſiſchen Vorfahren Gültigkeit hatte. An die Stelle der gerichtlichen Beſtätigung iſt bei uns als topiſches Recht diejenige vor (zwei)

1) Die Parallelſtellen zu 1270 VI, 33 ſ. oben § 8.

Rathmännern getreten[1]). Doch mußten ſie es wiſſen, d. h. ſich erinnern, und bezeugen: dies iſt der Sinn des Zuſatzes is id den Radmannen witlik, der öfter im Stadtrecht vorkommt (1270 III, 7. 8. VI, 7. 23. VII, 14 und dazu die Parallelſtellen der ſpäteren Statute[2])), und von Cropp Crim. Beitr. 3, 2, 386 — 388 commentirt iſt.

§ 14.

Fortſetzung.

2. Für die übrigen ſpeciellen Contractsverhältniſſe iſt die Hauptſtelle 1270 XII, 12[1]) welche weſentlich vom Sachſenſpiegel 3, 5, 3 — 5 abweicht. Es werden drei Contracte von einander unterſchieden, der Aufbewahrungsvertrag (ſo welck man deme anderen Gud deit to holdende), das Commodat (ſo wat ein man dem anderen lenet) und der Fauſtpfand-Contract (Selingbe, leg. Sattinghe van Weddeſchatte). Bekanntlich iſt daraus die allgemeine Regel für das altdeutſche Recht, das dieſelben Unterſcheidungen hat, gebildet worden[2]), daß daſſelbe bei Contracten in Beziehung auf die Frage, wer den Schaden trage, unterſcheide, wer bei dem Vertrage den Genuß und Gebrauch der Sache habe. Wer die Sache blos für den Andern aufbewahre, ohne allen eigenen Vortheil, wie der Depoſitar, ſei anders angeſehen worden, als wer als Commodatar die Sache gebrauche, oder endlich als Fauſtpfandgläubiger ſich an dieſelbe wegen ſeiner Forderung halte, und für den Betrag dieſes Anſpruchs an dem Gegenſtande ein eigenes Intereſſe habe. Unſer Statut[3]) hat bis 1495 indeſſen einige ſchärfere und ſpeciellere Unterſcheidungen:

---

1) Das Zeugniß der Rathmannen iſt erſichtlich eine ſo uralte Sitte, daß man in der Beſtimmung bei Hach Lüb. R. IV, 43, es ſollen Rathmannen nicht mehr zeugen, den jüngeren Urſprung nicht verkennen kann.

2) Vgl. § 62.

1) Die Parallelſtellen der ſpätern Statute ſ. § 8.

2) S. das Weitere bei Hepp S. 128 ff.

3) Es iſt merkwürdig, daß Albrecht die Gewere S. 134 und nach demſelben Hepp a. a. O. zweimal S. 132 und S. 148 das

Digitized by Google

a. Speciell beim Depoſitum.

a. Beim Depoſitum unterſcheidet es vor Allem zwiſchen Thieren und anderen Gütern. Wem Vee ofte Quick to holdende dahn was, ſoll, wenn es ſtirbt, keine Noth darum leiden (das iſt der übliche Ausdruck für: er ſoll dafür nicht haften[4]) falls er ſchwört, daß es ohne ſeine Schuld todt geblieben. Thut Jemand ihm aber Gud to holdende, und dies wird geſtohlen, geraubt oder verbrannt, ſo muß er nicht nur ſchwören, daß dies ohne ſeine Schuld geſchehen ſei, ſondern auch daß er das Seinige damit verloren habe. Der letztere Umſtand iſt gewiß um ſo erheblicher, da, wenn ſich auch ähnliche Beſtimmungen in andern älteren Deutſchen Rechten finden, der Sachſenſpiegel ihn nicht hat. Kann der Depoſitar übrigens den Schwur nicht leiſten, ſo haftet er unbeſchränkt, ſeine Schuld wird allemal ohne Gradationen oder Limitationen angenommen. Auch werden wohl bei einer Verſchlechterung des Depoſitums dieſelben Grundſätze gegolten haben, die hier für den Untergang, für den totalen Verluſt aufgeſtellt ſind. Im Fall des Depoſitums erleidet es zugleich keinen Zweifel, daß der Deponent gegen den Dritten, Dieb oder ſonſt Beſitzer, ſein Klagrecht auf die Sache hatte, weil die Beſtimmung IX, 21 nur auf Commodat und Pfandcontract geht.

§ 15.

Fortſetzung.

Dieſe Beſtimmung (§ 14) gilt aber nur für das reine Depoſitum, wo der Empfänger die Sache oder das Vieh unent-

---

Rigaſche Statut (bei Pufendorf Tom. 3 append. p. 272) Art. 155 als das Hamb. aufführt, da dies XII, 12 doch nur die Quelle von jenem iſt. Man vergl. meine Aphorismen über Lappenbergs Urkundenbuch § 24. Zu der oben § 11 Anm. 1 erwähnten Verkennung unſeres topiſchen Rechts findet ſich ein Beiſpiel auch in Maurenbrechers Lehrb. des Deutſch. Privatr. (Zweite Ausg. 1840. 8) der S. 500 Anm. 5 zum Sachſenſpiegel 2, 60 das Stader Statut 6, 18 allegirt, ohne zu erwähnen, daß das Hamb. von 1270 VII, 21 die Quelle deſſelben iſt.

4) Vgl. 1270 VI, 3.

Digitized by Google

geltlich aufbewahrt. Andere Grundſätze[1]) kommen zur Anwendung, wenn dem Empfänger als Handwerker (Ammetmann, Amtsmeiſter würden wir jetzt ſagen) für Lohn Jemand ſin Gud deyt to makende 1270 VI, 16 (vgl. 1276 VI, 24. 1292 G, 14. 1497 L, 15. 1603 II, 9, 18), oder ſo we deme anderen Kledere, braſen, ſpanghen, knope, edder ienigherhande ghud deyt vmme loen to perkopende edder to bewarende. Für den letzteren Fall findet ſich erſt 1292 H, 23 vgl. 1497 L, 8 die ausdrückliche Vorſchrift, daß wenn es, deme dat ghedaen wert, geſtohlen wird, oder er es verliert, ſo muß er es zu Recht gelten, d. h. bezahlen, nach Abzug des ihm kommenden Lohns. Cropp[2]) geht übrigens ſo weit, zu behaupten, daß auch in einem ſolchen Falle des Depoſitums, wo der Empfänger einen Vortheil bei der Sache hatte, dieſe, ſobald er ſie ſich dieblich zugeeignet, eine Duve ebenſowohl geworden ſei, als in dem Falle des reinen Depoſitums: ein Satz, den wir erſt in der Lehre vom Diebſtahl prüfen wollen, um hier nicht zu weit von unſerem Hauptgegenſtande abzuſchweifen.

§ 16.

Fortſetzung.

Für dieſen iſt es aber allerdings wichtig, noch einmal darauf zurück zu kommen, daß der Empfänger im Fall des Verluſtes auch den des ſeinigen mit dem Depoſitum, falls dies kein Thier war, beſchwören mußte, um vom Erſatz frei zu ſein (§ 14). Mir ſcheint es unrichtig, wenn man dieſe Beſtimmung aus dem Geſichtspunkte der Römiſchen diligentia in concreto, des in eigenen Angelegenheiten angewendeten Fleiſſes, auffaßt, wie Hepp (S. 132) thut, oder gar daraus die Bekanntſchaft unſerer Vorfahren mit dem Römiſchen Recht und Spuren deſſelben in unſeren älteſten Statuten nachweiſen wollte. Wir werden in einem beſondern Vortrage die Lieblings-Hypotheſe Lappenbergs widerlegen, und vielmehr darthun, daß die ſchriftliche Sammlung der Ordele von 1270 dem Widerſtreben unſerer Vorfahren gegen Römiſches und Geiſtliches Recht weit eher ihre Entſtehung verdankt, als

1) Vgl. Hepp S. 139 ff.

2) Crim. Beitr. 2, 1, 72.

daß ſie dieſen Rechten irgend einen Einfluß eingeräumt hätten. Ich finde in jener Beſtimmung eine Beſtätigung der Wahrnehmung, die ich im Verfolge dieſes Vortrags auf dem ganzen Gebiete der Zurechnung nach topiſchen Rechtsbegriffen nachweiſen kann, daß nur bei äuſſerlich wahrnehmbaren Kennzeichen überhaupt auf die ſubjectiven Verhältniſſe Rückſicht genommen, daß ein Verſchulden namentlich hier nur darum ſtatuirt ſei, weil es daran erkennbar geweſen, daß ſeine eigenen Sachen nicht geſtohlen, geraubt oder verbrannt worden. Wie wenig ſubjectiv dieſer Umſtand aufgefaßt worden iſt, ergiebt ſich namentlich auch daraus, daß darauf, ob etwa die anvertraute Sache einen beſondern Werth für den Dieb oder Räuber hatte, oder etwa leichter geſtohlen, geraubt werden oder verbrennen konnte ꝛc., gar nicht geachtet iſt, geſchweige denn daß desfalls Unterſcheidungen gemacht wären. Andrerſeits iſt es doch auch nicht zu überſehen, daß die Beſtimmung nur bei Sachen, nicht bei Thieren gemacht iſt, offenbar weil das Crepiren der Letzteren ſchon an und für ſich als ein hinreichendes äuſſeres Kennzeichen des für den Depoſitar obwaltenden Zufalls galt. Ich bin daher aber auch gar nicht der Meinung Hepps (S. 136), wenn er vermuthet, das älteſte Germaniſche Recht habe den Grundſatz gehabt, daß der Empfänger allemal den casus tragen müſſe, und die Rückſicht auf die Natur des Vertrags ſei erſt im, wie er es nennt, mittleren Recht hervorgetreten. Denn mir ſcheint gerade die zwar nicht ganz fehlende, aber doch allemal nur geringe Rückſicht auf die Perſönlichkeit, die größere auf die äuſſeren Umſtände, wie zufällig dieſe auch ſein mochten, in der Lehre von der Zurechnung auf ein urſprüngliches, durch alle Zeiten hindurch hervorblickendes und bewußtlos beibehaltenes Altgermaniſches Princip ſelbſt hinzuweiſen. Allgemeiner Beweis dafür iſt das Anhalten an demſelben mit einer faſt ſtarren Conſequenz. Die beſonderen Beweiſe werden ſich im Verfolg dieſes Vortrags noch ferner ergeben.

§ 17.

Beſchluß.

Hepp hat S. 131 in Veranlaſſung des Sachſenſpiegels I, 11 und 23, 1 für das gemeine Altdeutſche Recht den fraglichen

Digitized by Google

Grundſatz des reinen Depoſitums auf den Fall der Vormundſchaft angewandt, wenn der Vormund durch Unglück und ohne ſeine Schuld Gut ſeines Pflegbefohlenen verloren hatte, oder es ihm geraubt worden war. Für unſer Stadtrecht bemerke ich darüber nur im Allgemeinen, daß in einer rechtshiſtoriſchen, nicht auf Hypotheſen zu bauenden Forſchung ſolche Analogien mir überhaupt bedenklich ſcheinen, und daß namentlich die Anwendung eines in der beſondern Natur eines Vertrages ſich gründenden Princips auf ein ſolches Verhältniß ſeine beſonderen Bedenken hat, welches, wie die Vormundſchaft, ein gezwungenes (1270 V, 1. 2) und ganz ſingulären topiſchen Rechten unterworfen iſt (vgl. 1270 V).

§ 18.

b. Beim Leihcontract.

Was ein Mann dem Andern leiht, d. h.[1]) hingiebt, damit dieſer es für ſich benutzt, ſei es nun ein Commodat, Precarium, Miethe- oder dergleichen ſonſtiges Contract-Verhältniß, daß muß er zufolge 1270 XII, 12, 2[2]) entweder unverderbt herausgeben, oder, wenn es verloren ging, nach ſeinem Werth bezahlen[3]). Auch unſere Statute machen durchaus keinen Unterſchied, ob das Hergeben nicht unentgeltlich, oder ob es ohne Lohn aus Lieb geſchah[4]). Wer den Nutzen der Sache hatte, trug auch den Zufall, oder den unverſchuldeten Schaden. Ebenſo wenig wird hier zwiſchen Thieren und anderen Gegenſtänden unterſchieden.

---

1) Vergl. Cropp a. a. O. S. 71. Man nennt das im Germaniſchen Recht wunderlicher Weiſe jetzt Commendiren, und die dabei vorkommenden Perſonen Commendant und Commendatar.

2) Die Parallelſtellen ſ. § 8.

3) Gelden heißt in Geld bezahlen. Das iſt in unſeren Statuten ein ganz conſequenter Sprachgebrauch, vgl. 1270 IX, 18. XI, 2, 3. (ſ. unten § 64), und daher darauf nicht anwendbar, was Hepp S. 136 als Altgermaniſches Volksrecht bezeichnet, und wonach der Schuldner auch damit ſoll frei kommen können, wenn er aliam rem eiusdem meriti leiſte.

4) Vgl. Hepp S. 137.

Digitized by Google

§ 19.

Exegeſe von 1270 IX, 21.

Damit wird eine kurze Exegeſe von 1270 IX, 21[1]) zu verbinden ſein. Es kann hier nicht meine Abſicht ſein, die Materie von der Altdeutſchen Vindication nach Anleitung des Sachſenſpiegels 2, 60 und nach den vielen Hypotheſen, wozu dies Geſetz neuerdings Anlaß gegeben hat, irgend zu erſchöpfen. Ich muß dies für eine beſondere Abhandlung aufſparen, wo ich die Lehre von der Alt-Hamburgiſchen Gewehre an Mobilien vollſtändig geben werde. Hier iſt vor allen Dingen hervorzuheben, daß in unſerem Artikel das nene **Vorderinge vppe hebben** und **vorderen vppe ſinen Erven** im Sprachgebrauch unſerer Statute nirgends beſtimmt für die Criminalklage, ſondern nur für Civilklage vorkommt. Vergl. 1270 V, 3. VI, 31. IX, 13 und die Parallelſtellen, ferner 1292 A am Schluß (1497 C, 5) G, 29 (1497 E, 24) P, 15 (1497 M, 7). In der letzten Stelle ſteht es in ſeiner urſprünglichen Bedeutung von vorladen, vor Gericht laden, weshalb es auch unrichtig iſt zu ſchreiben „fodern". Es muß mindeſtens heißen fordern, wenn man nicht etwa gar zu der alten Schreibart vordern zurückkehren will[2]). Der Sinn der Stelle würde ſomit der ſein, daß der Commendant die aus den Wehren freiwillig gelaſſene Sache nur von dem Commendatar mit einer Civilklage fordern kann, die ihm, auch falls der Commendatar geſtorben iſt, gegen deſſen Erben zuſteht, wenn dieſer die Sache nicht mehr in ſeinen Wehren hat, ſei es daß ſie ihm geſtohlen oder geraubt ſei, oder daß er ſie verkauft oder verſetzt habe. Die Criminalklage bleibt ihm ſowohl gegen den Commendatar als gegen jeden Andern unbenommen, wenn ſie übrigens ſonſt nur ſtatthaft iſt.

---

1) Die Parallelſtellen ſ. § 8.

2) Vgl. Grimm Deutſche Rechts-Alterthümer S. 600, mit deſſen Behauptungen ich mich aber nicht durchweg einverſtanden erklären kann. Uebrigens giebt dieſer klaſſiſche Gewährsmann ſelbſt an, daß Forderung die aus der Obligation entſpringende actio bezeichne. Die Stellen im Sachſenſpiegel, wo das Wort vorkommt, 2, 15, 1. 2, 60, 1. 3, 6, 1 und 2 ſind meiner Auslegung, die ich im Context gebe, nicht entgegen.

Digitized by Google

§ 20.

Fortſetzung.

Mit dieſer Interpretation ſtimmt auch die Inhalts-Angabe der Stelle in den Regiſtern zu 1270 und 1276 überein, wo es heißt: Dat ein Man ſin gud, dat he utgelenet hefft, van enem andern nicht krigen ne mach, he en ſpreke idt Dave offte Roeff an. In dieſem Falle alſo kann er allerdings, wie der Epitomator hier zugiebt, einen Andern darum anſprechen. Dieſelbe Ueberſchrift hat der Lübiſche Cod. III Hach art. 372.

Ein anderes Argument giebt Cropp Beitr. 2, 2, 249 (der übrigens dem Eigener die Criminalklage aus andern, mir unhaltbar ſcheinenden Gründen abſpricht) ſelbſt an die Hand, daß es nämlich unbillig gegen den Eigener geweſen ſein würde, der ſich bei dem Beſtohlenen ſeines Verluſtes wegen nicht erholen konnte, ihn von der Klage gegen den Dieb auszuſchließen. Hieraus folgt, daß, wenn der Beſitzer in den Fällen von 1270 XII, 12, 1. 3 nicht brauchte, oder in dem Falle XII, 12, 2 nicht vermögend war, Erſatz zu leiſten, der Eigener doch billiger Weiſe müßte haben direct gegen den Hehler oder Dieb klagen dürfen, um nicht in die Nothwendigkeit verſetzt zu ſein, die Verfolgung des Diebes oder Hehlers von der Thätigkeit des Commendatars oder Depoſitars abhängen zu laſſen: ein Verhältniß, das zu abſurd wäre, um anzunehmen, unſere alten Statute, welchen ſchon die Nothwendigkeit einleuchtete, in wichtigen Criminalſachen eine gerichtliche Verfolgung von Amtswegen zu erzwingen (1270 IX, 3. 1276 IX, 4 1292 M, 3 [1])), wären dem Recht des Eigners, eine Criminalklage anzuſtellen, hier entgegen geweſen.

§ 21.

c. Beim Pfandcontract.

Für den Fall des Pfandcontracts hat 1270 XII, 12, 3 bei Vieh die ausdrückliche Beſtimmung, daß, falls daſſelbe beim Pfandgläubiger ſtirbt, er es nicht zu erſetzen braucht, aber durch

---

1) Die Beſtimmung fehlt 1497. Vgl. Cropp Beitr. 2, 2, 376.

Digitized by Google

Zeugen darthun muß,[1]) daß es ohne ſeine Schuld todt ſei, und überdies ſeine Forderung an den Pfandſetzer verliert[2]). Es iſt bemerkenwerth, daß dieſe Beſtimmung ausdrücklich auf Vieh beſchränkt iſt, wiewohl ſie in dem Artikel vorkommt, der im § 1 auch des Falles gedenkt, wo ſonſtige Gegenſtände verloren gehen. So viel iſt übrigens gewiß, daß nach dieſer Vorſchrift der Zufall von einem jeden der Contrahenten ſoweit getragen wird, als ſein Intereſſe reicht: der Pfandſetzer büßt ſein Vieh ein, der Pfandgläubiger ſeine Forderung, als den Werth, den daſſelbe für ihn hatte. Weitere Conſequenzen aus der Beſtimmung, die auch Sachſenſp. 3, 5, 4 zu leſen iſt, muß ich Andern überlaſſen[3]). Statt deſſen will ich einer hierher gehörigen Vorſchrift gedenken, die 1270 1, 14 vorkommt, aber ſchon 1276 1, 15. 1292 E, 10 und 1497 H, 9 verändert iſt, wobei es bemerkenswerth erſcheint, daß ſie im Stat. Stad. 1. 10 (Puf. I. App. p. 175) und Rig. 13 (Puf. III. App. p. 229) in dem hier hervorzuhebenden Punkte, das ganze Ordeel aber mit Cod. Lub. Hach III, 255 übereinſtimmt. Danach war es 1270 bei uns Rechtens, daß bei einem jeden Pfand, es ſei beweglich oder unbeweglich Gut, der Gläubiger zwar daſſelbe zu verkaufen befugt war, aber, wie es heißt, breke em wat, de Schade is ſin, während ſpäter, und zwar ſchon 1276 er wegen des Reſiduums ſein Recht an den Schuldner behielt[4]).

1) Ich finde, daß unſer Statut das Wort tüghen immer nur vom Zeugenbeweis braucht. Doch läßt ſich auch annehmen, daß es hier zeugen in eigener Sache, alſo ſchwören heißt.

2) Im alten Lübiſchen Recht (Hach IV, 98) findet ſich die Vorſchrift, daß der Pfandgläubiger, falls das Pfand van vorſümeniſſe vmmegekamen, nach ſeinem Werthe es gelden, und überhaupt vnuordoruen weddergeuen müſſe. Hier iſt neueres Recht und Einfluß des Römiſchen zu erkennen. Dagegen möchte ich die darauf folgende Beſtimmung Hach IV, 99, wonach der Verkäufer den Schaden trägt, der dem verkauften Gute zuſtößt, (ſo lange er es in ſeinen Wehren hat) als uraltes Germaniſches Recht, und als Conſequenz der alten Theorie vom Tragen des Schadens anſehen.

3) Vergl. Hepp S. 129 f. und 142 ff.

4) Es iſt dies eins von den bedeutenderen Argumenten dafür, daß das Statut von 1276 nicht blos von demjenigen von 1270 unterſchieden, ſondern auch jünger iſt, als dieſes.

Digitized by Google

Am Schluſſe des Ordels von 1270 ſteht die Beſtimmung: were over Jaer vnd dag gelegen, vnd wollde ein Man dem andern Schuld geven vme weddeſchatte, alſe hier vorbeſchreven is, de ander ſchall up den Hilligen ſchweren, dat he darmede hebbe gevaren, alſo Recht ſy: vnd ſchall nene Nod van eme liden. Dieſe Beſtimmung trifft mit der im XII, 12, 3 inſofern zuſammen, daß der Pfandgläubiger nicht erſatzpflichtig iſt, wenn er ſchwört, daß er mit dem Pfand verfahren, wie Recht iſt, und läßt unerwähnt, was ſeine Forderung für ein Schickſal hat, ſo wie auch die Vorausſetzung dem XII, 12, 3 fremd iſt, daß das Pfand über Jahr und Tag kann geleden (gelitten oder gelegen?) haben. Sie findet ſich wörtlich ſo 1276 I, 15. 1292 C, 10. Aber ſie iſt 1497 H, 9 weggelaſſen, und es iſt beſonders deshalb auffallend, daß ſie im Stad. Statut I, 10 ſchon ebenfalls fehlt, wiewohl das Rigaer und der fragliche Lübecker Codex ſie haben[5]).

Ich beſchränke mich übrigens für die gegenwärtige Abhandlung auf das Reſultat, daß auch hier unſerem Rechte Abſtufungen der Schuld unbekannt ſind, und es den Pfandinhaber ohne allen ſubjectiven Unterſchied, wenigſtens in einem Falle gewiß, ſeine Forderung einbüßen, oder gar, falls er ſeine gänzliche Unſchuld nicht beeidigen kann, unbedingt haften läßt.

§ 22.

B. Im Schiffrecht.

Im Schiffrecht, das nach der Aeuſſerung unſerer Stadtrechte eine beſondere Schadenslehre haben ſoll (vgl. § 10), findet ſich vor 1270 ſchon die Beſtimmung XIII, 21 für den Fall der Anſegelung oder Antrifft. Geſchah ſie von Ungefähr[1]), ſo ſoll zuerſt die Thatſache ſelbſt bezeugt werden[2]),

5) Man darf dieſen Umſtand gewiß auch dazu benutzen, zu beweiſen, daß das Stader Statut von 1279 jünger iſt, als das unſrige von 1270.

1) Mit Unrade, ſonſt auch mit ungerade, vgl. XI, 1. 2, 2 u. 4. S. unten § 56.

2) Hier iſt es auſſer allem Zweifel, daß tüghen einen wirklichen Zeugenbeweis bezeichnet, weil es von Schwören unterſchieden wird.

dann aber de deme anderen den Schaden deit, ſchwören, dat it eme ane ſinen dank (willen) ſy geſcheen, und die **Hälfte** des Schadens erſetzen. Man erkennt das Alterthümliche dieſer Vorſchrift an ihrer Einfachheit eben ſo ſehr, als an ihrer Uebereinſtimmung mit den bisherigen Grundſätzen von der Civil-Imputation. Es genügt zur Zurechnung ein einfaches äuſſeres Factum als poſitives Merkzeichen der Verſchuldung; es wird dabei nur der höchſte Grad der Verſchuldung, die gewollte und beabſichtigte, ausgezeichnet, weiter herab aber werden gar keine Gradationen der Schuld ſtatuirt. Wer den fraglichen Schwur nicht leiſtete, mußte unſtreitig den Schaden ganz tragen, ſonſt die Hälfte als Wirkung ſeiner Thätigkeit, bei der ebenfalls nicht einmal auf die Größe dieſer Thätigkeit, nicht darauf geſehen wird, ob er ſegelte oder trieb. Uebrigens kann es nach der Faſſung der alten Vorſchrift als zweifelhaft angeſehen werden, ob der Thäter dem Beſchädigten **deſſen** Schaden zur Hälfte erſtatten mußte, ohne daß etwa allemal der beiderſeitige Schaden aufgemacht und nach dem Werth der Schiffe auf Beide gleichmäßig vertheilt wäre. Doch ſchließt die alte Faſſung dieſe Art der Ausgleichung des Schadens keineswegs aus.[3]) Darin, daß der Thäter nicht mit ſeiner Beeidigung der Abſichtloſigkeit ganz von **allem** Schadensersatz frei kommen konnte, ſondern **jedenfalls** die Hälfte zu tragen hatte, war das Schiffrecht von anderem Rechte abweichend (§ 10). Daß dem Beſchädigten der halbe Schaden zur Laſt blieb, daß, wie es heißt, den ſchaden ſchal de ander half ghelden: mochte in der Vorausſetzung ſeinen Grund finden, daß er den Schaden mit veranlaßt, beweiſt aber eben den **Mangel** an **einer gehörigen Rückſicht**, auf die mannichfaltigen Abſtufungen auch in **ſeiner Perſönlichkeit** vom Zufall bis zum Vorſatze. Meines Erachtens würde man hier den richtigen Geſichtspunkt verfehlen, wenn man die Vorſchrift als ein Schnitterurtheil betrachten wollte, welche Annahme überhaupt ſich niemals ohne Weiteres verantworten läßt, ferner mit ſeiner, Jahrhunderte

3) Das Princip halbſchiedlicher Theilung für den Fall, daß zwei Ochſen einander verwunden, findet ſich übrigens ſchon in den Fränkiſchen Capitularien und im Schwabenſpiegel. Vgl. **Hepp** S. 166. 67.

Digitized by Google

dauernden Geltung ſich nicht vereinigen, und ſich auch ſonſt auf hiſtoriſchem Wege nicht rechtfertigen würde, indem dann nicht der Zuſammenhang mit dem weiteren geſchichtlichen Fortgange dieſer Lehre abzuſehen wäre, wo man bei ſpäterer Entwickelung derſelben darauf verfiel, die bisherige Modalität nur zu modificiren. Je weiter endlich ſich hier das, ſonſt ſo häufig Römiſches Recht enthaltende Schiffsrecht von demſelben entfernt, deſto gewiſſer läßt ſich hier alt Germaniſches Rechts-Element annehmen.

§ 23.

Fortſetzung.

Bei der erwähnten Beſtimmung iſt es buchſtäblich bis 1497 geblieben[1]), und ſelbſt 1605 iſt ſie nicht verändert, auſſer daß es hier für den Fall heißt den Schaden ſollen beide Schiffe zur Hälfte gleich tragen, was, wie bemerkt, ſich nur als eine, vielleicht ſelbſt blos beſtimmter ausgeſprochene, und ſchon in der alten Faſſung des Ordels enthaltene Modalität der Indemniſation nach einem und demſelben Imputations-Princip betrachten läßt. Auch noch Senator Langenbeck in ſeinen Anmerkungen über unſer Schiff- und Seerecht (1727) S. 241 bemerkt, daß ſich das Tragen des Schadens lediglich und ohne weitere Rückſicht auf andere Umſtände der Verſchuldung nach dieſem richte, und wenn z. B. A 700 ℔, B 300 ℔ Schaden hatte, B in A 350 ℔, und A in B 150 ℔ zu tragen habe. Uebrigens erkennt man in den weiteren Bemerkungen dieſes Commentators ſchon den Einfluß der ſpäteren Praxis, welche den Schwur des Geſetzes nicht mehr als das Altſächſiſche Vorrecht, ſondern als ein Suppletorium, als einen Pflichteid nach geführtem Beweiſe betrachtete.

§ 24.

Fortſetzung.

Dagegen finden ſich erſt nach 1292[1]) andere Beſtimmungen, welche das älteſte Schiffrecht weder vor 1270 noch vor 1292

1) Vergleiche auch hier die Parallelſtellen § 8.

1) Aus der Bemerkung Andersons zu 1292 Schiffrecht 33 S. 347 ergiebt ſich als unzweifelhaft, daß die im Text oben erwähnten Beſtimmungen ſpäter ſind als 1292. Weitere Aufſchlüſſe wird die längſt gehoffte neue kritiſche Ausgabe unſerer alten Statute an die Hand geben können.

kannte, und in denen ſich gleichwohl die alten Anſichten von der Zurechnung noch geltend gemacht haben. Es ſind die Vorſchriften 1292 Schiffrecht 36 und 37, 1497 P, 48 und 49, 1605 II, 17, 7. 8. Darin werden die Fälle aufgeführt, da ein Schiff an das andere ankampt, ſo daß dieſes entweder ganz untergeht, oder doch nur durch Werfen von Gut bauen deme water beholden werdt. Wenn es

a. untergeht, ſo muß welck ſchip dat bouene blift dem andern Schiff und Gut vollen Schadenserſatz leiſten, oder, wenn der Schiffer mit Steuermann und Schiffsvolk ſchwört[2]), dat id zynes vndankes gheſcheen is, ſo erſetzt er nur die Hälfte, das Frachtgut nichts; aber er haftet nicht weiter als mit Schiff und Zubehör.

b. Hält ſich das zerbrochene Schiff nur durch Werfung über dem Waſſer, ſo gelten im Weſentlichen, ſo weit es hier zu erwägen iſt, gleiche Grundſätze.

Man ſieht alſo auch in dieſer Materie unſchwer die alte Germaniſche Vernachläſſigung der perſönlichen Verhältniſſe, der vielen Zwiſchenſtufen von der Schadensabſicht bis zur Verſäumung der gewöhnlichſten Aufmerkſamkeit, und wieder von da bis zum Zufall herab. Der Schiffer muß für den halben Schaden mit ſeinem Schiffe und deſſen Zubehör, als dem handelnden Princip, haften, er mag auch noch ſo unſchuldig an dem Ereigniß ſein, das Ereigniß ſelbſt iſt das äuſſere und poſitive Erkennungszeichen der Imputativität; ja er muß bis zum Werth von Schiff und Zubehör den ganzen Schaden erſtatten, wenn er nicht ſchwören kann, daß der Schaden ſines vndankes d. h. ohne ſeinen Willen geſchah, worin immer ſeine Schuld beſtanden haben mag. Aber auch

---

2) Sweren wille, ſagt das alte Ordel. Es iſt alſo dieſer Eid wiederum rein facultativ. Will er nicht ſchwören, ſo muß er ſofort den ganzen Schaden erſtatten. In die weitere Caſuiſtik vertieft das Ordel ſich nicht, überläßt alſo der gerichtlichen Entſcheidung den Fall, wo das Schiffsvolk nicht ſchwören will, und der, wenn man Sächſiſches Recht zum Grunde legt, dahin entſchieden werden muß, daß ſchon die Verweigerung des Eides abſeiten eines einzelnen Matroſen den Schiffer erſatzpflichtig macht. Vgl. über das Sächſiſche Recht Cropp Crim. Beiträge 2, 2, 406.

nur bis zum fraglichen Werth: perſönlich und mit ſonſtigem Vermögen weiter nicht. Endlich muß er in dieſer Art haften, er mag nun darin thätig geweſen ſein, daß er an das geſunkene Schiff, ſei es von Elementen gezwungen oder aus Unvorſichtigkeit, angeſegelt oder angetrieben, oder er mag mit demſelben ſonſt blos zuſammengekommen, andererſeits der Andere in gar keinem oder in irgend einem Grade ſelbſt an dem Unglück Schuld ſein.

§ 25.

Fortſetzung.

Recht intereſſant iſt die Langenbeckſche Gloſſe zum Statut von 1497 [1]): — Jedoch is in Tyden düſſer Geſette allene achtet de Daet begahn vam Schepe, gelieck van Wagen unde Perden, de böten möten, unde nicht de Güdere darup geladen, wo baven L. 18. Es wird ſich weiter unten (§ 38) Gelegenheit finden, dieſe alte Anſicht vom Haften lebloſer Gegenſtände näher zu beſprechen, die vollends den Grundſätzen von der Imputation des Römiſchen Rechts diametral widerſtrebt, und alle Subjectivität ausſchließt.

§ 26.

Beſchluß.

Gewiß ſehr auffallend iſt es, daß man ſich ſelbſt noch 1731, als in der Aſſecuranz- und Havarie-Ordnung vom 10. September 1731 im Tit. VIII. Art. 1 u. 2 der Fall eines Schadens durch An- und Ueberſegeln [1]) einer neuen Legislation unterzogen

---

1) Vgl. Langenbeck S. 243. Das übrige, was L. aus dieſer Gloſſe hier und S. 246 mittheilt, iſt werthlos. Ebenſo wohl Alles, was die neueſte Ausgabe unſeres Statuts von 1605 aus Commentatoren giebt. Es dient nur zur Beurkundung, daß man die alten Grundſätze völlig vergaß, wiewohl ſie unbewußt verſtanden haben, ihre Geltung in vielen einzelnen Fällen zu behaupten.

1) So roh wurde hier die Materie aufgefaßt, daß man nur den Fall hervorhob, wo das active Schiff ſegelt, nicht alſo wo es blos trieb oder ſonſt „ankam." Die alten Diſtinctionen wurden ganz verwiſcht.

Digitized by Google

wurde, vielleicht unbewußt[2]) von der bisher angedeuteten Altgermaniſchen Auffaſſung nicht hat losmachen können[3]). Sonſt würde es unerklärlich bleiben, wie namentlich u. A.,

1. ungeachtet die Fälle des Ungefährs und des mit Fleiß oder vorſetzlich zugefügten Schadens unterſchieden ſind, nicht der mannichfaltigen Fälle der Verſchuldung ohne Vorſatz, und des auch den Beſchädigten treffenden Vorwurfs ſolcher ſeinſeitiger Verſchuldung irgend berührt ſind,

2. in dem Falle des dolus der Schiffer doch nicht weiter perſönlich für den Schaden aufkommen ſoll, ſondern nur

3. ſo weit der Werth ſeines Schiffes, das den Schaden gethan hat, und der inhabenden Güter ſich erſtreckt, ſo daß ſelbſt die Güter mithaften ſollen, was ſogar noch über die alten Beſtimmungen hinausgeht (§ 25).

Es würde übrigens hier zu weit führen, nachzuweiſen, wie unſerer Praxis dieſer rechtshiſtoriſche Standpunkt unſerer Legislation von 1731 unbekannt geblieben, und ſie wohl meiſt lediglich rationellen Inſpirationen gefolgt, und dadurch aus der richterlichen Stellung unvermerkt in die einer ſchwankenden und willkührlichen Autonomie übergegangen iſt. Die umfaſſenderen doctrinirten Anſichten der Gegenwart über die Materie finden ſich brauchbar zuſammengeſtellt in Pöhls Seerecht 3, 777 ff.

Wenn man mit den gehörigen geſchichtlichen Kenntniſſen ausgerüſtet die bisherige topiſche Legislation prüft, ſo iſt das Bedürfniß einer neuen auf die Grundlage der bemerkten doctrinären Anſichten unabweislich.

---

2) Dies iſt um ſo auffallender, da Langenbeck in ſeinen allegirten Anmerkungen S. 244 ff. theilweiſe die alten Anſichten hervorgehoben hatte, und man ſeinen Anmerkungen gewöhnlich einen großen Einfluß auf die vier Jahre ſpäter erſchienene Aſſecuranz-Ordnung zuſchreibt.

3) In einer ganz ſpeciellen Beziehung hat ſelbſt noch die neueſte Praxis dieſe uralte Auffaſſung des hier fraglichen Rechtsverhältniſſes beibehalten, in ſo fern nämlich noch heutiges Tages das hieſige Diſpache-Comtoir bei An- und Ueberſegelungs-Fällen nur den Schaden berückſichtigt, der unmittelbar ſich in dem Moment des Zuſammentreffens der Schiffe ereignet, nicht aber die ſpäteren Folgen, ſelbſt nicht einmal die unmittelbaren.

Digitized by Google

§ 27.

C. zu ſonſtigen auſſercontractlichen Verhältniſſen.

a. Schaden durch Hängeruthe, Holz, Schiff, Haus, Brücke.

Von den übrigen auſſercontractlichen Beſchädigungen, ſo weit ſie nicht in Verbrechen übergehen, werden in unſeren alten Rechten nur drei namhaft hervorgehoben und unterſchieden.

Der erſte Fall iſt zuvörderſt darin bemerkenswerth, daß die älteren Statute von 1270 bis 1497 ihn allgemeiner auffaſſen als das Statut von 1605[1]). Die Ueberſchrift von 1270 IX, 17 lautet ganz allgemein: Effte Schade ſchût van jenigerlei hande Dinghe dat ville. Auch das Regiſter von 1292 M, 14 giebt den Inhalt der Vorſchrift (Anderſon S. 246) dahin an: Oft en hus oft andere dhink dhat unbeſculdiget is, vallet unde ſchaden deit, dhat en darf nicht beteren. Allein 1497 hat ſchon im Regiſter L, 16 (Anderſon S. 375) die Berichtigung: Wome (legendum fortassis: wo men) ſchaden betere, den eyn hengelrode, eyn holt, eyn ſchip, eyn huſſ. edder des gelick doet. Nach dem Inhalt, der in allen Redaktionen bis 1497 gleichmäßig bleibt, werden eine Hängeruthe, Holz, ein Schiff, das aufgerichtet wird (vermuthlich auf den Helgen gebracht oder vom Stapel gelaſſen wird) [2]) ein Haus, „efte wat id were" und weiterhin eynes mannes brugghe erwähnt, welches Letztere ſich auf die Zeit bezieht, da die Brücken über unſere Kanäle noch von den Anwohnern erbaut und unterhalten wurden[3]). Im neuſten Statute von 1605 IV, 66 iſt nur eines niederfallenden Gebäudes gedacht; allein es läßt ſich dieſe Diſpoſition wohl nicht als eine abſichtliche Reſtriction

---

1) Die Stellen ſind ſchon oben § 8 allegirt.

2) Man kann die Worte dat upgherichtet were entweder zu Holz oder auf alle vorher genannten Gegenſtände, ſo weit es paßt, beziehen, und nicht blos auf Schiffe. Zu beiden Conjecturen enthalten die Varianten des Lübiſchen Rechts (Hach p. 527) Gründe.

3) Aus dieſer Zeit ſtammt die Vorſchrift, daß nach des Raths Denkelbuch viele Anwohner von Brücken noch heut zu Tage verbunden ſind, zur Reparatur derſelben beizutragen, oder Pfeiler derſelben auf ihre Koſten aufzurichten.

Digitized by Google

der älteren Statute behandeln, welche überdies mit der bereits (§ 11) erwähnten ganz allgemeinen Regel 1, 34, 17 nicht wohl vereinbar ſein würde, wonach wer eines Schadens beſchuldigt wird, ihn zu beſſern hat, und bei der das Auffallende der Wortfaſſung dadurch gehoben wird, daß man dieſe als mangelhaft betrachtet, wie dies ſchon frühzeitig gerügt iſt (von Schröttering [1686] ad h. a.).

§ 28.

Fortſetzung.

Wenn nun von einem dieſer Gegenſtände oder von ähnlichen ein Schaden entſteht, ſo macht unſer Stadtrecht von der älteſten Zeit bis auf die neuſte die Pflicht deſſen, des id were, oder, wie 1605 es heißt, des Eigenthumsherrn, dieſen Schaden zu erſetzen, davon abhängig, daß er id were vore beſchuldiget van dem Rade[1]), und 1605 davon, „wofern ihm zuvor, ſolchen ſorglichen Schaden zu beſſern, iſt denuncieret". Auch Gries (2, 355) erachtet darnach die vorhergegangene Aufforderung, der drohenden Gefahr abzuhelfen, als eine Bedingung der Schadensklage, wie dies auch im Rev. Lüb. Recht IV, 3, 5[2]) angeordnet

---

1) Alle Stadtrechte bis 1497 leſen ſo. Dagegen hat das Bremer Ordel 86 bei Pufendorf II Append. pag. 61 die Lesart: vor dem Rade, welche ebenfalls in dem dieſelbe Vorſchrift enthaltenden Verdener Statut 108 (Puf. I Append. pag. 112) und im Rigaer Stadtrecht Art. 119 (Puf. III Append. pag. 262) ſich findet, (die Vorſchrift fehlt im Stader Statut ſonderbarer Weiſe ganz). Bei Oelrichs iſt die Lesart unſerer Statute Stat. d. 1303 Art. 95 (pag. 122) und Stat. d. 1433 St. 86 (pag. 487); allein Stat. d. 1428 1, 50 (pag. 343) finder ſich vor deme rade, und es leſen vore auch einige, freilich nicht die beſten Handſchriften desjenigen Lübiſchen Rechts, welchem das Hamb. Recht beigefügt iſt Hach III, 368 Vid. Hach pag. 527. Das vore hat den kritiſchen Grund für ſich, daß es denkbarer iſt, wie Abſchreiber zur Vermeidung des zweimaligen vore dies für das zweite von, als daß ſie ſollten ſtatt von zweimal vore geſchrieben haben.

2) Der Commentar von Mevius iſt hier eben ſo unbrauchbar, wie Hepp ihm S. 138 auch bei einer anderen Stelle „Interpretations-Sünden" vorwirft.

Digitized by Google

ſei. Aber freilich weiſt weder er noch ſonſt ein Commentator den Grund dieſer Bedingung nach. Ich glaube ihn in folgenden Umſtänden zu finden. Aeltere und mit unſeren älteſten Statuten gleichzeitige Altdeutſche Rechtsanſicht war es [3]) in einem ſolchen Falle, wo ein lebloſer Gegenſtand Schaden zugefügt hatte, denſelben ohne Weiteres dafür haften zu laſſen, oder ſeinen Eigenthümer, falls dieſer ihn nicht Preis geben wollte. Unſtreitig trat in unſerem Stadtrecht aber ſchon mehr die ſubjective Rückſicht auf die Verſchuldung des Eigners hervor, doch, ganz im Altgermaniſchen Geiſte, nur ſo weit, als ſie in einem äuſſerlich ſichtbaren poſitiven Umſtande zu erkennen war. Dafür ward die vorherige Warnung als geeignet erachtet. Wenn dieſe vor oder von, wie man immer leſen wolle, dem Rathe geſchehen ſollte, ſo wirkte hier unſtreitig die Altſächſiſche Anſicht mit von der Nothwendigkeit einer gerichtlichen Intervention für die Rechtsbeſtändigkeit irgend einer Verbindlichkeit (§ 11)[4]). Ich würde auch deshalb der Lesart vor dem Rade den Vorzug geben, ſo daß das neuſte Statut vor 1605 darin, daß auch die Warnung irgend einer Privatperſon danach genügt, mit den früheren übereinſtimmt, und etwa nur darin abweicht, daß nach dem neuſten die Warnung nicht grade vor dem Rathe erforderlich iſt.

§ 29.

Fortſetzung.

Vielleicht läßt ſich aber unſer älteres Recht noch etwas anders auffaſſen [1]). Wenn man nämlich unſere Vorſchrift bis 1497

3) Vgl. die Allegate bei Hepp S. 164 ff.

4) Dieſe alte Nationalanſicht iſt viel zu wenig bisher bei der Exegeſe unſerer alten Rechtsquellen in Anſchlag gebracht worden. Nur daraus erklären ſich z. B. Vorſchriften, wie 1270 VI, 14. VIII, 2, 1, die nach unſeren Rechtsanſichten ſich von ſelbſt verſtehen, aber als Ausnahmen von jener alten Nationalanſicht einer ausdrücklichen Beſtimmung allerdings bedurften.

1) Es empfiehlt ſich dieſe andere Auffaſſung auch dadurch, daß es keine Analogie für ſich hat, dem Rath die Pflicht aufzuerlegen, Warnungen der Art, die doch auch nur meiſt in dem ſpeciellen Falle ſchadhafter Gebäude einigen Sinn haben würden, ergehen zu laſſen. Es ließe ſich weit eher annehmen, daß Warnungen der Art Sache des Waltboten waren.

Digitized by Google

mit der bereits früher commentirten 1270 VI, 13, 1 (vgl. oben § 11) zuſammenhält, ſo gewinnt es einen gewiſſen Grad von Wahrſcheinlichkeit, daß nach älterem Recht jeder Schadensanſpruch gerichtlich oder etwa vor dem Rathe hat ausgemacht werden müſſen, daß mithin die Verbindlichkeit zum Erſatz von der derartigen Beſchuldigung abhängig war. Vielleicht erklärt ſich daraus, daß noch 1605 I, 34, 17[2]) geſagt wird: Beſchuldigt Jemand den Andern um Schaden, und der Beklagte deſſen geſtändig, ſo iſt er denſelben zu beſſern ſchuldig: wonach alſo nicht die wirkliche Schuld zum Schadenserſatze führte, ſondern ſchon die bloße Beſchuldigung und des Beklagten Geſtändniß, es habe ein Schaden Statt gefunden, ſogar zu deſſen Verurtheilung genügen würde. Eine ähnliche Beſtimmung, läßt ſich in der, grade der hier commentirten vorhergehenden, Vorſchrift 1270 IX, 16 (1276 IX, 17. 1292 M, 13. 1497 M, 1), die in einer Abhandlung über die Injurien nach Hamb. Recht zu erörtern ſein wird, nachweiſen.

Geht man hiervon aus, ſo wäre der Sinn von 1270 IX, 17 nicht, der Eigener ſolle vorher, d. h. vor dem geſchehenen Schaden gewarnt worden ſein, ſondern er ſolle vor dem Rathe vorher, d. h. vor der Erſatzforderung, aber nachdem ſich der Schaden bereits ereignet hatte, förmlich beſchuldigt werden, ehe er erſatzpflichtig erachtet werden kann. Freilich hätte dann auch hier wieder, wie öfter, das neuſte Statut die älteren unrichtig aufgefaßt, da daſſelbe offenbar eine Warnung ausbedingt, indem es den Schaden als einen ſorglichen, alſo künftigen, bezeichnet, und von einer Denunciation[3]) ſpricht. Allein nichtsdeſtoweniger hat meine Hypotheſe auch auſſerdem den weiterhin (§ 31) noch zu beſprechenden Umſtand für ſich, daß die ältere Vorſchrift nicht blos den Schadenserſatz, ſondern auch eine beſondere Strafe

2) Merkwürdiger Weiſe hat man ſich ſelbſt 1711 von dieſer Faſſung der Vorſchrift ſo wenig losmachen können, daß man ſie vielmehr in dem Concept der Gerichtsordnung von jenem Jahre 33, 19 buchſtäblich beibehielt.

3) Dieſer Ausdruck iſt wiederum ſonderbar, da er im gewöhnlichen Sprachgebrauch nur bei einer bereits geſchehenen Contravention vorkommt.

Digitized by Google

androht, deren weſentliche Bedingung die förmliche Beſchuldigung, die Anklage, iſt, wiewohl man freilich auch andrerſeits wiederum ſagen kann, daß eben dieſe Strafe eine Folge der vernachläſſigten Warnung abſeiten oder doch vor der Obrigkeit geweſen ſein dürfte.

§ 30.

Fortſetzung.

Wie man aber immer das ältere Recht verſtehen mag, ſo iſt ſo viel auch hier klar, die Pflicht zum Schadensersatz wird hier wiederum von einem zufälligen Umſtande abhängig gemacht. Tritt derſelbe ein, oder war er eingetreten, ſo ſollte der Eigner unbedingt haften, ihn mag gar keine oder ein noch ſo geringer Grad von Schuld treffen, und in den Fällen, wo nicht der Eigner, ſondern ein Anderer, z. B. der Handwerker, Arbeitsmann, Schiffbauer, den Schaden verſchuldet hatte, ſollte nicht dieſer, ſondern eben der Eigner verantwortlich ſein, offenbar darum weil man den lebloſen Gegenſtand als haftend betrachtete, und auf die Thätigkeit der Perſonen gar keine weitere Rückſicht nahm.

§ 31.

Fortſetzung.

In allen älteren Statuten bis 1497 heißt es: he ſchal beteren to rechte vnde den ſchaden vprichten. Zu Recht beſſern iſt der Ausdruck für Buße und Wette in unſeren älteren Statuten [1]). Uprichten, aufrichten, könnte freilich nicht blos herſtellen oder erſetzen, ſondern, auf ein Gebäude bezogen, den Sinn haben, das ſchadhafte baufällige Gebäude wieder ausbeſſern. Allein theils würde dafür der Ausdruck ſelbſt unpaſſend ſein, theils haben die älteren Statute ja, wie bemerkt (§ 27), andere Gegenſtände genannt, deren Reparatur nicht immer nöthig oder möglich, oder gar etwa, wie bei Gebäuden, im öffentlichen Intereſſe erfindlich wäre. Somit iſt früher neben dem Privat-Schadensersatz auch eine öffentliche Strafe ausdrücklich vorgeſchrieben, was zwar im neuſten Statut nicht ausdrücklich beſtätigt, aber durch den Ausdruck „dazu zu antworten ſchuldig" auch keineswegs ausgeſchloſſen iſt.

1) Vgl. 1270 IX, 1. 2. 4. 5. 8. 10. 11. 12. 15. 16 ꝛc.

Digitized by Google

§ 32.

Fortſetzung. Specielle Fälle.

Zur Geſchichte der Praxis iſt zu bemerken, daß ſchon lange vor Mevius[1]) der Syndicus Möller († 1625, Mitglied der Reviſions-Commiſſion für das neueſte Statut) bemerkt hat, daß es der Denunciation nicht bedürfe, wenn die Baufälligkeit des Gebäudes und die Beſorgniß, es könne daraus Schaden entſtehen, notoriſch, und dem Eigner bekannt war oder ſein mußte. Man ſieht alſo, wie wenig die Warnung ſchon damals als weſentlich betrachtet worden iſt, und das dürfte für die oben § 29 aufgeſtellte Anſicht ein Argument mehr abgeben.

Der intereſſante Fall von 1617, wo ein Schiffbauer A. Möller ſein Schiff vom Brooke vom Stapel hatte laufen laſſen, wobei die Laube der Bierſpunder beſchädigt war, wird von Clan nicht zu dieſem Artikel, ſondern zum folgenden (ſiehe darüber § 35 ff.) erwähnt, obſchon er doch wohl nicht blos wegen Erwähnung des Schiffes in den älteren Statuten (ſ. § 27) bei der Beſtimmung des Art. 66, ſondern auch darum hierher gehört, weil es bedenklich iſt, die ganz ſingulären Verhältniſſe eines Wagens oder einer Karre auf andere in Bewegung geſetzte Gegenſtände auszudehnen. Uebrigens ſcheint auch hier die unterbliebene Denunciation keinen Anſtoß gefunden zu haben, die ohnehin in ſolchen Fällen ziemlich unthunlich geweſen wäre.

§ 33.

Fortſetzung.

Vielmehr waren in dieſem Falle Bürgermeiſter Möller und der damals noch Senator geweſene Clan aus ganz anderem Grunde differenter Meinung. Letzterer hat zweimal, nämlich ad IV, 67 und ad I, 34, 17 den Fall umſtändlich beſprochen. Den Bierſpündern, welche den Schaden an ihrer Laube von Möller forderten, wurde vom Rathe den 17. (18.) October 1617 der Beweis auferlegt, daß der Schaden durch Fahrläſſigkeit des Beklagten geſchehen. Dieſe Anſicht hatte Bürgermeiſter Möller durchgeſetzt, indem er auf das Römiſche Recht

1) Vgl. Comment. in Jus Lubec. IV, 3/5.

Bezug nahm, und davon ausging, der Schiffbauer ſei in ſeinem Rechte geweſen, als er das Schiff vom Stapel laufen ließ. Dagegen hatte Elan, der in der Minorität blieb, nicht etwa das alt Hamburgiſche Zurechnungs-Princip ſelbſt geltend gemacht, deſſen Kenntniß auch ſchon damals beſondere hiſtoriſche, ihm wohl ziemlich fremde Studien vorausſetzte, ſondern nur im gewöhnlichen praktiſchen Verſtande gemeint, dem Beklagten liege der Beweis ob, daß er alle Sorgfalt beobachtet, weil in der Regel immer dabei Schuld obwalte, wenn beim Ablaufen eines Schiffes vom Stapel Schaden entſtände. Der Kläger habe nur den Schaden, der Beklagte, wenn er behaupte, daß der Schaden durch Zufall und ohne ſeine Schuld ſich zugetragen, dieſe poſitive Behauptung als Einrede zu beweiſen. Man ſieht, daß auf dieſe Anſicht übrigens das alte vergeſſene Hamburgiſche Recht noch ſeinen Einfluß, ohne daß dies mehr zum Bewußtſein kam, ausgeübt hat, indem nach dem alten Princip eben ſo wohl wie in conſequenter Verfolgung der Elanſchen Anſicht dem Kläger nur der Beweis des Schadens zugemuthet werden durfte. Das Beweis-Interlocut des Senats war übrigens gewiß verwerflich, weil es ganz vom Statut abwich. Nach dieſem hätte, wenn man von der Denunciation oder Warnung abſtrahirt, dem Beklagten nicht einmal der Elanſche Beweis nachgelaſſen werden können. Auch läßt es ſich wohl nicht läugnen, daß ſich das alte Princip, das die Pflicht zum Schadenserſatz in einem ſolchen Falle nicht von der Fahrläſſigkeit abhängig macht, auch praktiſch empfiehlt, indem man damit den Schwierigkeiten entgeht, mit welchen die praktiſche Anwendung der Römiſchen geiſtreichen Subtilitäten zu kämpfen, und die die gemeinrechtliche Praxis beſonders in älterer Zeit bei ſtarrer Anerkennung der Suprematie des R.R. und in Vernachläſſigung des vaterländiſchen Rechts ſich durch die Erfindung von drei laxen und eben ſo unpraktiſchen Gradationen ſo wenig vermieden hat, daß doch dann am Ende Alles auf richterliche Willkühr angewieſen iſt.

§ 34.

Beſchluß.

Im Archiv für das Handelsrecht (1, 475 ff.) werden zwei Fälle v. J. 1818 erzählt, die im Handelsgericht vorgekommen

Digitized by Google

ſind. In dem einen war durch das Reiſſen des Taues, in dem andern durch das Brechen des Hakens an der Bodenwinde Waare beſchädigt. In dem Erkenntniſſe vom 22. Januar ſprach das Handelsgericht mit Unrecht, und zwar, ebenfalls mit Unrecht, auf das R.R. Bezug nehmend, nur dem Miether in einem ſolchen Falle eine Klage gegen den Vermiether zu, da offenbar, wie auch Lappenberg bemerkt, nach unſerem Artikel der Everführer wegen des ihm erwachſenen Schadens, und wer ſonſt Schaden erlitten, direct gegen den Eigner der Bodenwinde klagen, und auch dann nur ſeinen Schaden zu beweiſen hatte.

Wenn nach Gries ad art. 67 (2, 356) die eigene Schuld des Beſchädigten den Eigner von der Erſatzpflicht entfreien ſoll, und dieſer ſie als Einrede beweiſen muß: ſo ſind dies wiederum Diſtinctionen, die unſer Vaterſtädtiſches Recht ſtreng genommen nicht kennt.

§ 35.

b. Schaden durch einen Wagen.

b. Der zweite Fall auſſercontractlicher Beſchädigungen iſt beſonders in der alten Auffaſſung für unſere Materie wichtig. Der Schaden, den ein auf der Straße fahrender Wagen verurſacht, ſoll entweder von dem Fuhrmann oder, wenn dieſer entkommt, von den Pferden erſetzt werden. So lautet die Vorſchrift übereinſtimmend von 1270 bis 1495[1]. Wiewohl nun das Stadtrecht von 1605 in mancherlei Punkten von dem älteren hier abweicht, worauf ich noch (§ 39 ff.) ſpeciell zurückkommen werde; ſo ſtimmen alle doch darin überein, daß irgend eine Verſchuldung des Fuhrmanns gar nicht in Betracht kommt, der ſogar nach den ältern Statuten auch eben ſpeciell dann verantwortlich iſt, wenn er auf der öffentlichen Straße, alſo da fährt, wo er dazu berechtigt iſt,[2] daß eben ſo wenig die etwanige

1) Die Stellen ſind § 8 erwähnt.

2) Daß der Fuhrmann unbedingt aufkommen muß, wenn er begriffen wird, darin ſind alle unſere Statute übereinſtimmend. Der Syndicus Möller bringt einen unrichtigen Geſichtspunkt durch ſeinen Zuſatz hinein, wonach der Knecht daran ſchuldig ſein müſſe. Gries ſagt vielmehr 2, 356 ganz richtig, daß die Schuld des Fuhrmanns an dem Unglücke nicht erfordert werde.

Digitized by Google

Schuld des Beſchädigten in Anſchlag gebracht wird, und daß ferner der Eigner des Fuhrwerks nur dann, wenn der Fuhrmann nicht begriffen wird, aber dann auch ohne Rückſicht auf die Verſchuldung des Eigners, ſei es bei der Wahl des Knechts oder ſonſt, für den Schaden, und zwar in einer weiterhin (§ 38. 41.) zu beleuchtenden Weiſe, aufkommt. Wir begegnen hier alſo wiederum denſelben Grundſätzen von der Zurechnung, die wir conſtant in den bisher erörterten verſchiedenen Fällen angetroffen haben.

§ 36.

Fortſetzung.

Ebenfalls findet ſich darüber in allen Redaktionen des Stadtrechts eine Uebereinſtimmung, daß ausdrücklich nur der zwei Fälle gedacht wird, da der Fuhrmann entweder mit Pferd und Wagen ergriffen wird, oder da er allein entkommt, und Beides im Stich läßt, nicht aber des Falles, da er mit Pferd und Wagen entkommt. Ein hieſiger ausgezeichneter Rechtsgelehrter hat in neuſter Zeit gegen mich die Vermuthung geäuſſert, welche ſich bei keinem der Commentatoren findet, daß das Geſetz nur die Selbſthülfe regulire, nicht aber die gerichtliche Entſcheidung eines ſolchen Schadens. Ich kann dieſer Anſicht darum nicht beipflichten, weil die hier aufgeſtellten Grundſätze im Weſentlichen weder in Beziehung auf die Zurechnung (§ 35) noch in Beziehung auf die Regulirung des Schadenserſatzes etwas Singuläres beſtimmen (§ 38). Vielmehr iſt anzunehmen, daß der Fall, da der Fuhrmann mit Wagen und Pferden entkommt, ebenſo behandelt werden muß, als wenn er Beides im Stich ließ. Wenn er entkommt, ſagt die Vorſchrift in den älteren Redaktionen ganz unbeſchränkt und ohne alle Rückſicht darauf, ob Wagen und Pferde mit ihm entkommen oder nicht: de Perde ſcholen dat beteren, und das Statut von 1605 eben ſo unbegränzt, aus Wagen und Pferden werde der Schaden erſtattet.

§ 37.

Fortſetzung.

Ferner treffen auch darin alle unſere Statute zuſammen, daß ſie dem Eigner keinen Rückgriff auf ſeinen Knecht aus-

Digitized by Google

drücklich zuſprechen, wenn dieſer den Schaden verſchuldet hat, der, weil er entkam, aus Wagen und Pferden erſtattet werden muß, und alſo dem Eigner derſelben zu Laſten kommt. Es iſt dies um ſo auffallender, da ſich durch alle Statute 1270 VII, 5. 1276 eod. 1292 K, 5. 1497 F, 7, 1605 II, 9, 9 der umgekehrte Fall ſpeciell erwähnt findet, wenn nämlich Jemandem in ſeines Herrn Dienſt ein Unglück an ſeinem Leben oder an ſeiner Geſundheit geſchieht. Aber ſo wie dieſer Fall wiederum ganz allgemein ohne alle Diſtinctionen dahin entſchieden wird, daß der Herr ihm ſeinen vollen Lohn geben muß, übrigens aber ohne Schaden bleibt; ſo beweiſt auch wiederum jenes Stillſchweigen, wie wenig die ſubjectiven Verhältniſſe in unſeren topiſchen Rechten ſo lange von Einfluß geweſen ſind, als das Römiſche Recht ſich noch nicht geltend gemacht hatte, und daß dies ſelbſt 1605 nicht zu der Alleinherrſchaft gelangt war, die es ſich durch die ſpätere Praxis ſo ſehr verſchaffte, daß dieſe faſt allein darauf ſeine Entſcheidungen begründete, und das alte topiſche Recht verlernte und vergaß.

§ 38.

Fortſetzung.

Auch darin ſtimmen unſere ſämmtliche Statute überein, daß aller Schaden erſtattet werden ſoll, er mag nun in Körper-Verletzung oder in Eigenthums-Beeinträchtigung beſtehen, daß hingegen die aufgeladenen Güter nicht aufkommen[1]). Eben-ſo läßt ſich in allen Statuten das gleichförmige Alt-Germaniſche Grundprincip nicht verkennen, welches darauf hingeführt hat, die Pferde, oder, wie das neueſte Statut beſtimmt, das Fuhrwerk nebſt den Pferden haften zu laſſen. Dies Grund-princip iſt ſchon darin ausgedrückt, daß es in allen Redaktionen bis 1497 heißt. de perde ſcholen dat beteren, ohne des Eigen-

1) Schon Scheele bemerkte dies ad h. a. ausdrücklich, und beruft ſich auf die Analogie von U, 17, 7 und auf die Gloſſe zu 1497 L, 18. Uebrigens kann es ſein, daß bis 1605 auch noch Brüche gezahlt werden mußten, was man aus dem Ausdruck beteren folgern kann.

Digitized by Google

thümers zu erwähnen[2]). Das Stadtrecht von 1605 gedenkt freilich des Eigenthümers auch nicht, legt aber auf das Anhalten ein Gewicht, ſo daß dadurch die Grundidee einigermaaßen verſchoben wird[3]). Nach dieſer haftete der leb- oder willenloſe Gegenſtand für den Schaden, den er verurſacht hatte; er hieß darum, und noch jetzt heißt er im Engliſchen Rechte, Deodand, weil es Alt-Germaniſcher, übrigens ſich auch bei andern Völkern, namentlich bei den Griechen findender Grundſatz war, wenn durch einen ſolchen Gegenſtand ein Menſch getödtet ward, omnia quae movent ad mortem Deo danda esse[4]). Dieſes Princip des Haftens eines willenloſen Gegenſtandes, welches mit der rationellen Lehre von der Imputation im directen Widerſtreit ſteht, hat ſich beſonders in den älteren Redaktionen unſeres Statuts dadurch geltend gemacht, daß dort nur die Pferde für den Schaden haften, offenbar weil ſie den Wagen in Bewegung geſetzt haben, und mithin das thätige, wiewohl willenloſe Princip, der Wagen aber nur das Mittel oder Werkzeug ihrer Thätigkeit war.

§ 38 a.

Intereſſant dürfte es hier ſein, mit der Legislation vor 1605 aus dem hieſigen liber memorandorum fol. 73, 2 den

2) Der Zuſatz, den zwei Codices des Lübiſchen Rechts bei Brockes hier (Hach III, 315 vgl. pag. 496) haben, und wonach, wenn man des Treibers nicht habhaft werden kann, ſo mot dejenne den ſchaden bereren, dem pagen vnde wagen hort, iſt daher offenbar viel ſpäteren Urſprungs. Das alte Princip findet ſich ſogar noch im Billwärder Recht v. J. 1498, wo es Art. 67 (Ed. Lappenb. p. 41) heißt: Dede ein Hundt efte ein ander Deerte Schaden, dat Deerte ſchal dat ſuluen (legendum den ſuluen) beteren.

3) Es wird allerdings dadurch der von mir § 36 erwähnten und verworfenen Conjectur ein Haltpunkt verſchafft. Dies kann uns aber nicht veranlaſſen, die Conjectur für mit dem alten Recht übereinſtimmend anzuſehen.

4) Vgl. für das Altgermaniſche und Engliſche Hepp S. 165 ff. Ich habe aus der neuſten Engliſchen Rechtspraxis mir viele Beiſpiele vom Deodand geſammelt, und früher die Abſicht gehabt, die Materie zum Gegenſtande einer Diſſertation zu machen, wozu ſie ſich ſehr eignet und zu empfehlen iſt.

Digitized by Google

folgenden Fall zu vergleichen, der aus dem Jahre 1451 iſt. Es heißt daſelbſt buchſtäblich ſo:

Witlik ſy dat Hans Smyd wonafticht in deme kerſpelle to der Haſelouw Corde to dem vorhope, ſinen Knecht, mid enem wagbene vnd mid veer perden into Hamborgh gheſand hadde, vnde darſulues wurden de perde van wanſchichten lopende (d. i. ſcheu und gingen durch) dorch de Langhenbrugghet ſtraten[5]) ſo dat van perden vnde waghenen Hanſe Landkouwen ſin Kind ouerlopen, vnde alſo van deme leuende to dode gebracht ward. Alſo hebben vs de Erbaren her Diderik Luneborgh vnd her Dethleff Bremer Borghermeiſtere twiſchen den uorben. Hanſe Smede vnd Corde to deme vorehope uppe ene, vnde Hanſe Landkouwen uppe de anderen ſide vrundliken deghedinghed, dat de erben. Hans Smyd vnd Cord to deme Vorehope, deme uorgen. Hanſe Landkouwen XXX mark penninghe vor ſodanne vorſc. ſchicht gheuen ſcholen, vnde de ok deſulue Hans Landkouw to ſiner genoghe heft entfanghen vnde hirup heft deſulue Hans Landkouw, vor den Borghermeiſteren vnde Radmannen der Stad Hamborgh, ghemenliken uppe deme Radhuſe vorſameld, den ergenom. Hanſe Smede vnde Corde Vorehope van aller Anſprake de he vnde ſine Eruen ofte jemend van ſiner vnd ſiner Eruen wegen, van des vorberorden kindes wegen to en vnde eren Eruen ghehad hebben, edder jenigherleiewys hebben moghen, gentsliken quyt leddich vnd los gelaten: ſo dat he, ſine Eruen, vnd ok nemend van ſiner vnd ſiner Eruen wegen, dar meer upſaken willen in jenighen tokomenden tiden. Actum Anno Domini XIIII^{C}L primo des Frigdaghes na der hilligen driger Koninghe daghe. Man erſieht hier auch den Knecht mit ſeinem Herrn zugleich mit dem Beſchädigten einen Vergleich abſchließen, ſo daß es ſcheint, als ob dieſer auch an den Knecht einen Anſpruch erhoben hatte und zu erheben befugt erachtet war. Wie Smyd und ſein Knecht ſich unter einander verſtändigt, erſieht man nicht. Da der Fall nicht genauer erzählt iſt, ſo bleibt es unentſchieden, ob der Knecht

5) Dieſe längſt nicht mehr exiſtirende Straße kommt auch im älteſten Erbebuch vor iuxta Longum Pontem LXXXI, 10 vgl. CIII, 10. CXXIX, 16.

ſelbſt angehalten, oder entkommen war. Es iſt hiernach nicht unwahrſcheinlich, daß, wenn der Verletzte den Knecht nebſt Wagen und Pferden ergriff, er ſich alsdann an Beide halten durfte, an den Knecht und an die Pferde.

§. 39.

Fortſetzung.

Wir wenden uns jetzt zu den Abweichungen zwiſchen der Redaktion von 1605 und den früheren. Die alten Statute reden nur von Wagen; das neuſte fügt die Karre hinzu, welcher Ausdruck denn wohl nicht blos von einem zweirädrigen, aber dagegen nur von einem ſolchen mit Pferden beſpannten Fuhrwerk verſtanden werden kann, weil die Vorſchrift ganz ausdrücklich Pferde vorausſetzt, und das eben (§ 38) erwähnte Princip ſeiner Grundidee nach es nicht wohl geſtattet, auf eine von Menſchen allein in Bewegung geſetzte Karre, z. B. eine Schiebkarre, eine Krahnzieherkarre, angewandt zu werden. Wenn von der Fecht äuſſert, wegen Gleichheit des Grundes gelte die Vorſchrift auch vom Ueberreiten, ſo kann ich dieſer Anſicht nicht beipflichten. Dieſer Fall gehört offenbar zu Art. 68, ſo wie denn Vegeſack dort auch den Fall des Cornet Mörner von 1729 erzählt (ſ. § 50). Noch weiter geht Elan, der, wie bereits (§ 32) erwähnt ward, ſelbſt das Ablaufen eines Schiffs vom Stapel hierherzieht, und alſo das eigentliche Kriterium des gegenwärtigen Falls, ein mit Pferden beſpanntes und von denſelben in Bewegung geſetztes Fuhrwerk, überſah.

§. 40.

Fortſetzung.

Die früheren Statute beſchränken die Vorſchrift auf den Fall, wenn ein Wagen auf der Straße fährt, wogegen darunter im neuſten Statut alle Fälle begriffen werden, wo das Fuhrwerk nur getrieben wird, es mag nun auf der Straße ſein oder ſonſt irgendwo. Man wird aber nach der Faſſung des neuſten Statuts, wo ausdrücklich vorausgeſetzt wird, daß es nicht nur mit Pferden beſpannt war, ſondern auch daß es getrieben ward, alſo in Bewegung ſich befand, den Fall nicht hierher beziehen können, der vor etwa 12 bis 15 Jahren bei der Prätur vorkam, wo

man einen ausgespannten Wagen bei der Mühlenbrücke hatte ſtehen laſſen, derſelbe durch das Anſtoßen eines andern ins Treiben gekommen, und dabei mit dem Deichſel die zum Verkauf ausſtehende Galanteriewaare ruinirt war.

§ 41.

Beſchluß.

Des erheblichſten Unterſchiedes zwiſchen den verſchiedenen Statuten iſt bereits gedacht, indem nämlich bis 1605 nur die Pferde, aber ſeit 1605 Wagen oder Karren mit den Pferden haften ſollen. Der Syndicus Möller unterzieht das Haften der Pferde beſonderen Reſtrictionen, indem er mit Unrecht auf die Römiſche pauperies erſichtlich fußt, die hier durchaus nicht influirt hat, und ſich grade durch die Rückſicht auf die Verſchuldung der Menſchen bei durch ein Thier verurſachter Beſchädigung characteriſirt. Es ſoll nach Möller nämlich darauf ankommen, ob der Schaden durch ihre „gemeine Art," d. h. wohl durch ihre gewöhnliche Natur, oder dadurch entſtanden ſei, daß Andere ſie dazu „angetrieben oder verurſacht" haben. Dieſe Diſtinction iſt, abgeſehen von der allgemeinen Faſſung des Statuts, eben darum nicht zu beachten, weil darin das Charakteriſtiſche der Vorſchrift durch alle Jahrhunderte beſteht, daß nicht auf irgend eine Verſchuldung, und eben ſo wenig darauf einige Rückſicht genommen iſt, ob oder wie weit die Pferde dabei thätig geweſen ſind. Sie haften als die Urheber des Schadens vielmehr ohne Weiteres und unbedingt (§ 35).

§ 42.

c. Schaden durch Thiere.

c. Der letzte Fall außercontractlicher civilrechtlicher Schadens-Erſatzpflicht iſt der durch Thiere unmittelbar[1]) zugefügte Schaden. Ich werde hier einige kritiſche und exegetiſche Bemerkungen über die einſchlagenden Stellen der älteren Statute[2]) voranſchicken müſſen. Das Stadtrecht von 1270 VI, 19 hat zuvörderſt offenbar einen verſtümmelten Anfang. Dieſer iſt nach

1) Dadurch unterſcheidet ſich dieſer Fall namentlich von dem vorhergehenden.

2) Vgl. § 8.

Digitized by Google

Cod. Hamb. III, 314. Stat. Stad. V, 18 (Pufend. I, App. p. 195). Stat. Rig. 76 (Puf. III, App. p. 247). Stat. Verd. 111 (Puf. I, App. p. 113) Bremer Stat. von 1433 Ordel 93 (Puf. II, App. p. 100 Oelrichs p. 544) vergl. mit unserem Stadtr. von 1276 VI, 12 urſpünglich geweſen: So wor ein quick leddig lopet ꝛc. Die im Anderſonſchen Manuſcripte vorhergehenden Worte: tagbe over jenich Man em ſick dat (leg. pro d a s) Quick to, wo der Nachſatz fehlt, ſind als ein ſpäter hinzugeſchriebener Zuſatz anzuſehen, der hier unrichtig hingeſchrieben iſt, und ans Ende von § 1 geſchoben werden muß, wo ſtatt de ſchall darvor antworden zu leſen iſt: den ſchall idt beteren (myt ſynem lyve). t a g b e o v e r j e n i c h m a n e m ſ i c k d a t Q u i c k t o, d e ſ c h a l l d a r v o r a n t w o r d e n. Dieſer ganze Zuſatz, wie er hier geſperrt gedruckt iſt, muß für jünger als 1276 gehalten werden, da er hier fehlt, und iſt alſo als ein Einſchiebſel anzuſehen, das etwa urſprünglich an den Rand geſchrieben ſich in den Inhalt der Abſchrift eingeſchlichen hat. Hingegen findet er ſich ſchon 1292, und giebt einen abermaligen Beweisgrund dafür ab, daß das Stader Statut, welches dieſen Zuſatz bereits hat, nicht die Quelle unſeres Statuts ſein kann, ſondern jünger iſt, als unſere beiden von 1270 und 1276, wie es denn auch die Jahreszahl 1279 trägt. Dagegen beweiſt unſer Artikel, daß die Statute von 1270 und 1276 ſich keineswegs als Eine Redaktion betrachten laſſen. Denn nicht blos, daß 1276 bei Quick § 1 den 1270 fehlenden, erläuternden und deshalb nach den Regeln der Kritik als ſpäter anzuſehenden Zuſatz hat it ſy pert it ſy oſſe it ſy ſwyn, der ſich übrigens auch in den andern oberwähnten Städterechten findet, ſondern es hat 1276 den Schluß von § 3 ſo: den ſchall dat perd ofte dat quick beteren vnde nicht de Man, wofür 1270 mit den andern Städterechten übereinſtimmend den unſtreitig jüngern und darum ebenfalls für eine ſpätere Interpolation zu erachtenden Schluß hat den ſchal de man beteren de daruppe red, vnde nicht dat perd, wobei noch zu bemerken iſt, daß ſowohl 1270 als 1276 § 3 vor perd die für den ganzen Inhalt des § 3 nicht ganz paſſenden und daher vermuthlich auch von einer ſpäteren Abſchreiber-Corruption herrührenden Worte voranſchickt e i n q u i c k o f f t e e i n p e r d,

Digitized by Google

der 1292, 1497 und ſelbſt in den erwähnten vier andern Städte-rechten fehlt. Daß ich jenen Zuſatz von 1270 als den jüngeren bezeichne, rechtfertige ich damit, daß das Princip, das Thier für den Schaden haften zu laſſen, den es anrichtet, als den unmittelbaren Urheber des Schadens, und nicht Den, der es ritt, älter iſt, und auch anderweitig als ächt altdeutſch ſich ausgewieſen hat (§ 25. 38). Das Thier muß den Schaden beſſern, und zwar ſelbſt der Eber (ſ. § 44) mit ſeinem Leben. 1276 heißt es ſogar von den Thieren des § 1, daß ſie den angerichteten Schaden mit dem Leben beſſern ſollen, welchen Zuſatz weder Cod. Lub. III, von Hach, noch die vier erwähnten Städterechte, und 1292 und 1497 mehr haben. Dieſe Beſtimmung iſt ein viel älteres Deutſches Recht, als Sachſenſpiegel und Schwabenſpiegel, und liegt demſelben ein gänzliches Ignoriren der Imputation, deren Bedingung freier Wille, zum Grunde [3]). Das willenloſe Thier iſt eben ſo wohl ein Gegenſtand des Alt-Deutſchen Strafrechts, wie der freie vernünftige Menſch [4]).

---

3) Ich kann hier weder die Anſicht von Grimm Deutſche Rechts-Alterthümer S. 664 ff. noch diejenige von Hepp S. 155 theilen, wenigſtens nicht unbedingt.

4) Es iſt hier u. A. auf ein kleines Buch von Berriat-Saint-Prix (Paris, 1829. 47 S. 8.): Rapport et recherches sur les Procès et Jugemens relatifs aux animaux zu verweiſen, wo viele Rechtsfälle über das Criminal-Verfahren gegen Thiere mitgetheilt werden. So wurde 1266 ein Schwein, das ein Kind gefreſſen, bei Paris verbrannt, 1386 zu Falaiſe einem Andern um deſſelben Grundes willen Kopf und Beine abgehauen, und es dann gehenkt. Das Henken blieb nachmals die übliche Strafe; Erkenntniſſe von 1394, 1408, 1447, 1494, 1527 weiſen dies aus. Ein Ochſe wurde 1405 pour ses demerites gehenkt, ein anderer 1499 zum Galgen condemnirt pour avoir par furiosité occis un joine fils de 14 à 15 ans. Ein Pferd, das einen Menſchen erſchlagen, wurde 1389 zum Tode verurtheilt. Merkwürdig iſt eine Sentence du Magistrat de Bâle, qui condamne un coq d'être brûlé pour avoir fait un oeuf. Thiere, mit denen Sodomie getrieben, mußten mit dem Verbrecher ſterben. In einer Unterſuchung wider die Ratten wurde der berühmte Chassanaeus, von dem wir ein Consilium de excommunicatione insectorum beſitzen, zum Vertheidiger der armen Thiere beſtellt.

Digitized by Google

§ 43.

Fortſetzung.

Was nun den Zuſatz zu § 3 betrifft, ſo iſt es merkwürdig, daß zufolge Anderſon S. 294 dieſer Zuſatz in der Faſſung wie er ſich 1270 und in den übrigen erwähnten fünf Städterechten findet, im Statut von 1292 verſchiedene Male, ohne daß etwas Anderes an die Stelle geſetzt wäre, durchſtrichen worden, dann aber 1497 ganz ſo aufgenommen iſt. Man darf daraus wohl vermuthen, daß man ſich lange und vermuthlich noch im vierzehnten Jahrhundert nicht hat entſchließen können, die alte Theorie von der Verbindlichkeit des Pferdes aufzugeben, bis dann endlich vielleicht einiger Einfluß des R.R. ſich dahin in der Praxis geltend machte, dennoch den Reiter verantwortlich zu erachten, und wiewohl noch 1497 in ſo fern das alte Princip durchblickt, daß der Eber ſelbſt noch damals mit dem Leben büßen mußte, was 1605 wegblieb, ſo ward § 3 doch der Reiter und nicht das Pferd in Anſpruch genommen, was denn 1605 dahin modificirt wurde, daß es von der Wahl, und zwar des Beſitzers des Thiers (nicht Herrn deſſelben, wie Nürnb. Ref. XXVII, 2) abhängig gemacht iſt, ob er das Thier für den Schaden laſſen, oder dieſen gegen Zurücknahme des Thiers erſtatten will. Dagegen hat ſich die Herrſchaft des Altdeutſchen Rechts in der Art ſtandhaft behauptet, daß bis 1605 die Schuld des Reiters oder des Beſchädigten gar nicht in Anſchlag gebracht wird. Selbſt 1605 findet ſich für die Zurechnung nur in zwei Beziehungen eine Einwirkung des R.R., indem bei zahmen Thieren vorausgeſetzt wird, daß die Beſchädigung ohne Urſache geſchehen ſei, alſo ohne Schuld des Beſchädigten, und der Schadensersatz bei wilden Thieren demjenigen, dem das Thier gehörig, ſeiner Verwahrloſung halber imputirt wird. Allein weiter ging der Einfluß des R.R. auf die Legislation ſelbſt damals noch nicht, und die detaillirteren Diſtinctionen deſſelben bei der pauperies, in wie fern bei dem Schaden irgend einem Menſchen ein Verſehen zur Laſt zu legen iſt oder nicht, haben nicht dem alten Recht den Rang ſtreitig zu machen vermocht. Es iſt dies gewiß in einer Materie um ſo merkwürdiger, in welcher für die neueſte Legislation ſich übrigens der Einfluß des R.R. gar nicht verkennen läßt.

Digitized by Google

§ 44.
Fortſetzung.

Um das alte Hamburgiſche Recht gehörig zu würdigen, wird es ferner erforderlich ſein, zu unterſuchen, was für Thiere genannt und gemeint werden. Ich glaube, um hier einen ſehr gewöhnlichen, gleich näher zu erörternden Irrthum zu vermeiden, wird es nöthig ſein, darauf zu recurriren, daß ſchon in den älteſten deutſchen Rechtsquellen [1]) caballus, porcus und bos bei dieſer Materie ſpeciell erwähnt werden. Es ſcheint mir, daß man deshalb bis 1605 auch bei uns ſich auf die Erwähnung dieſer drei Hausthiere beſchränkt hat. Unſere Statute von 1270 und 1276 haben für den Artikel die nämliche Ueberſchrift: van Scaden den en Quick deit; 1292: oft en perd oft en beer oft en andere Quick ſcadhen deyt; 1497: wo me ſcaden bothe den eyn quick doet. Quick bezeichnet zahmes Vieh, wie dies der ſich ſeit 1276 in den ältern Statuten findende Zuſatz (§ 42) yd ſy perd, oſſe edder ſwyn (1497) beſtätigt [2]). Beer iſt Eber, männliches Schwein [3]). Man würde alſo ſich irren, und offenbar unſer neueſtes Recht hereinmiſchen, wenn man in dem alten Artikel, wie er ſich noch 1497 findet, die Diſtinction zwiſchen zahmen und wilden Thieren vorausſetzen wollte. Es iſt in der ganzen alten Beſtimmung nur von Hausthieren die Rede, und zwar ſpeciell von den drei von Altersher zum Gegenſtand der Legislation erhobenen oder vielleicht damals allein bei uns zu dem ſtädtiſchen Betriebe der Landwirthſchaft benutzten und unentbehrlich erachteten Hausthieren: Ochſe, Schwein und Pferd.

§ 45.
Fortſetzung.

Geht man von dieſer unbeſtreitbaren Interpretation aus, ſo ergiebt es ſich, daß der Gegenſatz in den drei Beſtimmungen des

---

1) Vergl. die Allegate in Grimm D. R.A. S. 664 ff. und Hepp S. 151 ff.
2) Vergl. Anderſon zu 1270 VI, 19 S. 63 Anm. Hepp S. 158. 59.
3) Vergl. Anderſon daſ. S. 64.

Digitized by Google

Artikels, den ich desfalls in 3 Paragraphen abtheile[1]), nicht darin gefunden werden kann, daß etwa der Eber böſe Wapene[2]) in dem Munde dreget, oder gar in ſeiner wilden Natur. Vielmehr iſt der Gegenſatz offenbar zwiſchen ſolchen zahmen Thieren, welche leddig lopen up oder uppe de Straten, und denjenigen, de bunden ſtunden. Bei den erſteren wird dann wiederum unterſchieden zwiſchen ſolchen, die es erlaubt iſt frei auf der Straße laufen zu laſſen[3]), und ſolchen, wovon dies ro (lies: in) der Burſprake vorlovet is. Es iſt zu beklagen, daß die Burſprake, worauf hier Bezug genommen wird, und welche älter ſein muß als 1270, nicht mehr exiſtirt. Denn die wir haben, von 1594 und 1596, ſo wie der Extract aus einer älteren enthalten nichts von Ebern oder ſolchen Thieren, de böſe Wapene in dem Munde dregen[4]).

§ 46.

Fortſetzung.

Dieſe Gegenſätze beweiſen dann, daß auch hier wiederum nur in ſo fern eine Verſchuldung des Menſchen bei der Zurechnung von Civilſchäden im älteren Recht in Betracht kam, als dieſelbe

1) Es iſt überhaupt bei einer neuen Ausgabe unſerer alten Statute zu wünſchen, daß manche Artikel in §§ abgetheilt werden, als namentlich, wie ich es in meinem Exemplar bereits gethan habe, 1270 VI, 10 in 2, VI, 13, in 3, VI, 27 in drei, VI, 29 in zwei, VII, 7 in zwei, VII, 8 in drei, VII, 9 in ſechs, VII, 13 in drei, VIII, 2 in drei, IX, 1 in drei, IX, 2 in drei, XI, 2 in drei, XII, 5 in drei, XII, 12 in drei §§.

2) Der Ausdruck kommt auch in Eggewapen vor, und es beweiſt unſere Stelle, daß er nicht auf Waffen im heutigen Sinne zu beſchränken iſt (§ 172).

3) Man vergleiche § 2 meiner Aphorismen über Lappenbergs Urkundenbuch.

4) Wie gedankenlos die anderen Stadtrechte, deren §. 42 gedacht iſt, unſer Statut recipirten, beweiſt der Umſtand, daß ſie auch dieſe Bezugnahme auf die Burſprake aufnahmen, es ſei denn daß man annehmen wollte, in allen ſechs Städten habe eine Burſprake exiſtirt, welche das Laufenlaſſen von Vieh, de böſe Wapene in dem Munde dreget, verboten gehabt.

Digitized by Google

unzweifelhaft und ohne Geſtändniß des Beſchuldigten äuſſerlich erkennbar und ſpeciellen geſetzlichen Verboten zuwider war. Denn daß derjenige, des de Beer is, falls das Thier genigen Schaden thut, es mit 3 Pfunden beſſern ſoll[1]), beruht erſichtlich darauf, daß damit, daß der Eber auf der Straße umhergelaufen, das Verbot der Burſprake übertreten war. Allein wie wenig dabei an die philoſophiſche Imputation gedacht wurde, ergiebt ſich daraus, daß der Eignet beſtraft werden ſoll, ohne daß geſagt wird, er müſſe daran Schuld geweſen ſein, daß das Thier auf der Straße umhergelaufen iſt[2]). Ebenſo wenig iſt es ſelbſt bei der neueren Faſſung des § 3 (vergl. § 43), wo der Reiter haften ſoll, irgend berückſichtigt, daß er möglicher Weiſe an dem Schaden völlig unſchuldig war, gleichwie die frühere Faſſung das Pferd in Anſpruch nahm, mithin deſſen Eigner, der, nach der Vorausſetzung, es gebunden hatte ſtehen gehabt, und nicht deſſen Reiter geweſen war. Für Denjenigen, dem die alten Deutſchen Begriffe von der Zurechnung unbekannt ſind, oder dem ſie in der Wildaſchen Auffaſſung (§ 4) erſcheinen, müſſen die Beſtimmungen von 1270 VI, 19 lauter Räthſel und Unbegreiflichkeiten ſein.

---

1) Es war dies das gemeine Sächſiſche Gewette, da drei Pfunde ſechszig Schillinge ſind, und auch in Hamburg gewöhnlich vergl. Cropp Crim. Beitr. 2, 2, 357 und die in Anmerk. 15 daſelbſt citirten Stellen unſeres Statuts von 1270. Drei Pfund ſind aber circa ſechszig Mark heutiger Münze. Vergl. jetzt Herrn Dr. Reimarus in unſerer Zeitſchrift 1, 3, 454.

2) Intereſſant iſt es, hiermit das Billwärder Recht von 1498 Art. 67 zu vergleichen, wo zu der bereits oben § 38 Anm. 2 angeführten Stelle hinzugeſetzt wird: Idt en were dat idt dem Werde baden were van dem Vagede, dat he dat nicht holden ſcholde, ſo ſchal de Werdt dat ſulven beteren, alſe de Sake lopen mach. Dagegen enthalten die Art. 41 u. 42 offenbar ſpäteres Recht neben älterem, ſofern vom vorſetzlichen Treiben des Viehs in fremdes Getraide beſonders gehandelt wird. Auch die Diſtinction der Fälle, wenn das Vieh einen Schaden von 6 Pfenningen, und einen größeren verübte, und die desfalls in den Gosl. Statuten vorkommenden Beſtimmungen (vgl. Göſchen S. 410 ff. 448) enthalten jüngeres Recht.

Digitized by Google

§ 47.

Fortſetzung.

Wenn es allerdings ermittelt iſt (§ 42), daß man 1270 VI, 19 § 1 urſprünglich geleſen hat, den ſchall idt beteren myt ſynem lyve, und daß erſt ſpäter zugeſetzt wurde: Taghe over jenich man em (ſick) dat Quick to, de ſchall darvor antworden: ſo iſt doch auch in dieſem Zuſatze altes Recht enthalten, wiewohl daſſelbe nicht älter iſt, als der Sachſenſpiegel (2, 40, 1. 2)[1]). Es iſt nach dieſem Recht, welches Hepp nicht ganz genau als das mittelalterliche bezeichnet, der Eigenthümer nur dann für den Schaden, den das Vieh verurſachte, verantwortlich, wenn er ſich zu demſelben zog: alter Ausdruck für: daſſelbe als ſein Eigenthum in Ausſpruch nahm[2]). That er dies nicht, ſo muß das Vieh den Schaden beſſern, d. h. der Beſchädigte mußte im Vieh ſelbſt ſeine Entſchädigung ſuchen. Man ſieht bei dieſer Beſtimmung deutlich den Unterſchied derſelben von dem Röm. Recht der noxae datio, wo von einer Thätigkeit des Eigners ausgegangen wird, der das Thier ſtatt des Schadensersatzes zu geben berechtigt war, ſelbſt nachdem er es ſich wieder zugeeignet hatte. Es iſt faſt überflüſſig, dabei wiederholt darauf aufmerkſam zu machen, daß unſer altes Recht auch hier auf die Schuld des Eigners, des Beſchädigten oder eines Dritten keine Rückſicht nahm, ſondern allemal dem Beſchädigten das Thier, oder, falls der Herr deſſelben es beanſpruchte, dieſen für den Schaden haften ließ.

§ 48.

Fortſetzung.

Die Legislation von 1603 hat nun freilich in vieler Hinſicht das alte Recht abgeändert. Dennoch muß man daſſelbe fortwährend als Quelle betrachten, und es iſt gewiß, daß die Urheber des Statuts von 1603 IV, 68 und 69 ſich nicht ganz haben von dem Einfluſſe des alten Rechts losmachen können.

1) Vgl. Hepp S. 158 ff.

2) Es iſt bemerkenswerth, daß dies in unſeren Statuten die einzige Stelle iſt, wo dieſer Ausdruck für die alte Vindication von beweglichen Sachen vorkommt.

Mit Unrecht und offenbar der Wieder-Entdeckung [1]) zu Liebe wird in Gries Commentar 2, 356. 357 bei beiden Artikeln geſagt, ſie ſeien faſt oder größtentheils wörtlich aus der Nürnberger Reformation genommen, und dieſe in der neuſten Ausgabe des Statuts Einl. p. LVIII ſogar als die einzige Quelle unſerer Artikel aufgeführt. Ueber das wörtlich iſt es überflüſſig zu ſtreiten, da die bloße Vergleichung dies widerlegt. Die Uebereinſtimmung in den Grundſätzen kann Niemandem auffallen, oder ihn verleiten, unſer Statut aus der Nürnb. Ref. entſpringen zu laſſen, weil dieſe Grundſätze theilweiſe im Römiſchen Recht wurzeln, ſoweit ſie nicht in unſeren älteſten Statuten ſich finden. Daß bei der Redaktion die N.R. oder eine gemeinſchaftliche ältere Arbeit der Art, ſei es Geſetz oder etwa Vorleſung eines Docenten, vorgelegen hat, läßt ſich dagegen allerdings aus den zwei, beiden eigenthümlichen Stellen ſchließen, nämlich Art. 68 „die ihrer Eigenſchaft nach nicht wild ſein" und Art. 69 die Schlußbeſtimmung, im Fall der Beſchädigte ſtirbt. Es iſt übrigens hier wohl bemerkenswerth, daß bis auf die beiden Artikel 68 und 69 weder im vierten Theil, noch in dem von der Ehe handelnden Theil II, 11 bis auf den dritten Artikel eine Benutzung der N. R. behauptet worden iſt, ſo daß dem Rathmanne Eberhard Tweſtrenge Lic., welcher dieſe Abſchnitte bei der Redaktion des neuſten Statuts zu bearbeiten hatte (vgl. Vorrede zur neuſten Ausgabe deſſelben S. VIII), nicht blos die Verſchmähung des ärgerlichen Plagiats [2]) im Allgemeinen, ſondern auch die Art und Weiſe, wie er in jenen ſpeciellen Artikeln die N. Ref., wenn er ſie überall benutzte, zu Rathe zog, beſonders nachgewieſen werden muß.

§ 49.

Fortſetzung.

Es iſt ſchon (§ 44) angedeutet worden, daß unſer Statut von 1605 zuvörderſt darin von ſeinen Vorgängern abweicht, daß

---

1) Schon B.M. Anderſon allegirt zu Art. 68. 69 Ref. Noric. Tit. 27.

2) Es würde hier zu weit führen, eine Hypotheſe von der Uebereinſtimmung der Nürnberger Reformation mit mehreren Stellen unſeres neuſten Statuts ohne Annahme des ärgerlichen Plagiats näher zu begründen. Dies wird der Gegenſtand eines beſondern Vortrags ſein müſſen.

Digitized by Google

es zwiſchen Thieren unterſcheidet, die ihrer Eigenſchaft nach wild ſind oder nicht. Merkwürdig genug iſt dieſe Diſtinction nicht aus dem R. R. entlehnt, welches bei der pauperies den Unterſchied darauf ſtellt, ob das Thier naturgemäß oder gattungswidrig ſchadete, ſondern aus dem Sachſenſpiegel 2, 40, 1 und 2, 62, 1. Daraus erklärt es ſich auch, daß es unter den wilden Thieren beiſpielweiſe den Bären aufführt, wie der Sachſenſpiegel 2, 62, 1, weshalb es vollends unerlaubt ſein würde, hier ein Misverſtändniß des alten in den früheren Statuten vorkommenden Ausdrucks anzunehmen. Der Commentator von der Fecht hat den Zweifel aufgeworfen, ob im Art. 68 Hunde gemeint ſein können. Ich möchte aus mehreren Gründen dies beſtreiten. Denn einmal ſagt der Artikel: Pferd, Ochſe oder **dergleichen** Thiere, die ihrer Eigenſchaft nach nicht wild ſind, wo dieſe Appoſition wohl nicht mit dergleichen tautolog, ſondern dieſes Adjectiv jene beſchränkt, und der Artikel nicht von allen zahmen Thieren, ſondern nur von ſolchen zu verſtehen iſt, die mit Pferd und Ochſe auf gleicher Linie ſtehen. Dieſe Interpretation wird dadurch unterſtützt, daß ſowohl in der Aufſchrift, als im Artikel ſelbſt noch zweimal Pferd und Ochſe vorzugsweiſe genannt werden. Auch muß ein Thier hier gemeint ſein, welches einen im Allgemeinen angemeſſenen Werth und Marktpreis hat, weil ſonſt des Beſitzers Wahlrecht eine zu große Härte für den Beſchädigten unter den Umſtänden enthalten würde (man denke z. B. an eine Gans ꝛc.) Ueberdies hat das Sächſiſche Landrecht (2, 40, 1 und 2, 62, 1) für Hunde beſondere Beſtimmungen, und unterſcheidet hier zwiſchen zahmen und wilden Hunden, weshalb, da ſich unſer neuſtes Statut an den Sachſenſpiegel anlehnt, es um ſo bedenklicher iſt, im Art. 68 ſtillſchweigend Hunde mitzubegreifen. Schon **von der Fecht** hat übrigens die Anſicht, die man alſo als **alte Hamburgiſche** Praxis anſehen kann, daß für Hunde bei **uns das** ſubſidiäre Röm. Recht von der pauperies gelte.

§. 50.

Fortſetzung.

Sehr bemerkenswerth iſt es, daß auch unſer neueſtes Statut hier von der Zurechnungslehre gar keine Notiz nimmt, und

Digitized by Google

man kann ſagen, noch weniger als die älteren, indem es ſogar den Unterſchied aufgegeben hat (§ 45), ob das Thier ledig läuft oder angebunden war, ob alſo in dieſer Hinſicht einen Menſchen ein Vorwurf trifft oder nicht. Nur in Hinſicht auf den Beſchädigten ſcheint hervorgehoben zu werden, daß der Schaden, um ſich an das Thier oder deſſen Beſitzer halten zu können, ohne Urſache vom Thier zugefügt ſein muß. Aber ſelbſt der Umſtand, daß es einigermaaßen zweifelhaft iſt, ob dieſer Zuſatz nicht auch auf den dolus eines andern Menſchen bezogen werden muß, dieſe Unbeſtimmtheit in einem weſentlichen Punkte beurkundet die uralte Vernachläſſigung der Imputation. Bei dieſer Gelegenheit iſt denn auch die Frage aufzuwerfen, wer iſt Art. 68 unter dem Ausdruck Beſitzer zu verſtehen. Wenn in Gries 2, 357 desfalls auf R.R. recurrirt, und in der Anmerkung Cropp's Abh. (Abh. 1, 415 ff), die wegen des Retentionsrechtes an einer res nocens ganz auf R.R. gebaut iſt, in Bezug genommen wird: ſo iſt das wohl verfehlt. Zunächſt iſt vielmehr zu bemerken, daß der Ausdruck der Nürnb. Ref. „Herr des Thiers" vermieden iſt, was um ſo mehr auffällt, da der Sachſenſpiegel nur den Eigenthümer im Auge hat, da auch unſere älteren Statute denſelben ſowohl beim Quick überhaupt als beim Eber verantwortlich erachten (§ 46), und da die noxae datio und das desfallſige Wahlrecht beim Nichteigenthümer zu ganz beſonderen Complicationen führt. Die Praxis ſcheint den Ausdruck, vielleicht nach Analogie des Falles 1270 VI, 19, 3, ſchon früher auf Denjenigen bezogen zu haben, welcher das Thier ritt, oder in dem Augenblick des Unfalls ſonſt detinirte. Wenigſtens decretirte der Senat in dem von Vegeſack erzählten Falle des Cornet Mörner auf das Factum, daß er das Kind übergeritten, den 5. Auguſt 1729 ganz einfach auſſergerichtlich, wenn die Gefahrtage vorbei und vom Barbier die Gefahr abgeſchrieben, ſo ſei Mörner nach bezahlten Atzungs- und übrigen Koſten des Arreſtes zu entlaſſen. Verſteht man übrigens den Ausdruck Beſitzer vom Eigner: ſo erſcheint offenbar die Nichtachtung der Imputations-Verhältniſſe in einem noch auffallenderen Grade.

Digitized by Google

§ 51.

Fortſetzung.

In dem Falle des Art. 68 ſoll das Thier, das den Schaden gethan, dem Beſchädigten hingegeben werden dürfen, ohne daß der Werth des Thiers weder überhaupt noch für den Beſchädigten in Anſchlag gebracht werden darf. Der Beſitzer iſt zu dieſer noxae datio ohne alle Rückſicht auf ſeine größere oder geringere Verſchuldung befugt. Wenn Vegeſack und Schröttering die Vorſchrift für den Fall, da das Thier nicht ſo viel werth iſt, als der Schaden beträgt, oder gar dem Beſchädigten läſtig iſt, unpaſſend erachten: ſo iſt es ihnen entgangen, daß die Vorſchrift, wie dies ihre Unbedingtheit für alle Fälle beſtätigt, ganz offenbar in dem alten Princip wurzelt, das der Beſchädigte nicht etwa durch das Thier entſchädigt werden, ſondern daſſelbe berechtigt ſein ſoll zu tödten und dadurch zu beſtrafen.

§ 52.

Beſchluß.

Zum Art. 69 iſt noch zu bemerken, daß in dem Falle, wenn Jemand von eines Andern Bär, Hirſch, oder Dergleichen wildem Thiere verwundet wird oder ſonſt Schaden leidet, Derjenige, dem das Thier gehörig, ſeiner Verwahrloſung halber den Schaden beſſern und erſtatten, d. h. auſſer dem Schadenserſatz auch eine Criminalſtrafe erleiden ſoll. Wird hier nun freilich unverkennbar der Grad ſeiner Verſchuldung in Anſchlag gebracht, ſo iſt es andrerſeits doch wieder merkwürdig, daß in dieſem Falle der alte Unterſchied, ob ein ſolches Thier auf der Straße oder anderswo war, als es den Schaden zufügte, aufgegeben, und die Verantwortlichkeit blos des Eigners ausgeſprochen iſt, während für den gleich darauf erwähnten, wohl aus der Carolina Art. 136 entlehnten, aber ſehr roh aufgefaßten Fall der Tödtung eines Menſchen wiederum der Beſitzer haften ſoll. Uebrigens bemerken von der Fecht und Wagner (der namentlich das Beiſpiel von Schlangen anführt), daß in einem ſolchen Falle auch die Praxis die Beſtrafung lediglich vom Ermeſſen des Gerichts abhängig mache, wie dies die Carolina für den Herrn des Thiers ausdrücklich anordnet.

Digitized by Google

§ 53.

Grundſätze der Civil-Imputation.

Nachdem im Vorhergehenden (§ 8 bis 52) unſere alten Rechte in Beziehung auf die Civil-Imputation beleuchtet ſind, wird es geeignet ſein, hier diejenigen Reſultate zuſammenzufaſſen, welche denſelben in allen Fällen gemeinſchaftlich ſind, über die ſie in dieſem Betracht ſpeciell diſponirt haben.

a. Im Allgemeinen mußte nämlich der Schaden erſtattet werden ohne qualitative oder gar quantitative Rückſicht auf die Verſchuldung ſelbſt, weder abſeiten des Thäters noch abſeiten des Beſchädigten noch irgend eines andern Menſchen. (§ 11. a. E. 22. 35. 37. 41. 43. 46. 50.)

b. Nur wenn die ſubjectiven Beziehungen des Menſchen zu dem Schaden, ſei es nun durch die ſchädliche That oder durch andere Umſtände, äuſſerlich erkennbar, insbeſondere wenn ſpecielle Verbote übertreten waren, kam die Verſchuldung regelmäßig in Betracht (§ 16. 28. 46).

c. Allein beſondere Abſtufungen dieſer Verſchuldung werden auch dann nicht in Anſchlag gebracht (§ 21. 22. 26. 30).

d. Selbſt willenloſen Thieren und lebloſen Sachen werden Beſchädigungen zugerechnet, falls ſie dieſelben hervorgebracht haben. (§ 24. 38. 42. 47. 51).

§ 54.

Fortſetzung.

Hier wird der geeignete Ort ſein, ſchon einer Merwürdigkeit zu gedenken, welche im Criminalrecht weiter zu beſprechen iſt, und die dann freilich bei den eben ermittelten Reſultaten ihr Auffallendes verliert, indem ſie eigentlich als ein Corollarium des letzten Satzes (d) erſcheint. Es findet ſich nämlich in keinem unſerer Statute, ſelbſt in dem neuſten nicht, bei der Civilzurechnung, weder allgemein noch in einem einzigen ſpeciellen Falle in Anſchlag gebracht, ob der Urheber des Schadens minderjährig, geiſteskrank oder geiſtesſchwach, wein- oder ſchlaftrunken war. Es wird dieſer Zuſtände auch nicht mit einer Sylbe gedacht, ſondern die Verantwortlichkeit, für den verurſachten Schaden aufzukommen, ausgeſprochen, ohne ſolcher

Digitized by Google

pſychiſcher Zuſtände auch nur mit einer Sylbe, geſchweige denn ihres gedenkbaren Einfluſſes zu erwähnen. Hier aber laſſe ich es bei dieſer allgemeinen Erwähnung bewenden, und gehe jetzt zur Criminal-Imputation über.

§ 55.

Die Lehre von der Zurechnung im Strafrecht. Vom Vorſate.

In dieſer Beziehung ſcheint es mir eben ſo intereſſant als für die folgenden Erörterungen fruchtbar, eine, wiewohl ſchon an ſich äuſſerſt ſchwierige, und überdies bisher noch von keinem Rechtshiſtoriker näher beachtete Materie vorweg zu verhandeln.

Es iſt nämlich durch alle vier ältere Statute hindurch nicht blos in mehreren beſonderen Beſtimmungen vom Vorſate die Rede, ſondern ſogar ganze Rubriken, nämlich 1270 und 1276 XI, 1292 L und 1497 N demſelben gewidmet, zum beſten Beweiſe, welch eine Wichtigkeit unſere Vorfahren dieſem Gegenſtande beigelegt haben. Dabei iſt der Ausdruck eins der wenigen ſingulären, in unſeren Statuten regelmäßig gebrauchten Kunſtwörter, die ſich ſelbſt in der Praxis ſo lange erhalten haben, daß es ſogar im Statut von 1605 (z. B. IV, 52 § 2 verbis „ſolchen Vorſatz") noch vorkommt, wiewohl dort die Sache ſelbſt zum Theil in den Römiſchen Rechtsanſichten von dolus untergegangen iſt, oder bis zur Unkenntlichkeit ſich damit amalgamirt hat.

Man würde aber recht ſehr irren, wenn man unter Vorſate ſchlechtweg „Vorſatz" oder dolus verſtehen wollte, wiewohl es ſein mag, daß eben die Verwechſelung beider Begriffe Veranlaſſung geweſen iſt, warum bisher vom Vorſate in keinem rechtshiſtoriſchen Werke beſonders gehandelt wurde.

§ 56.

Fortſetzung.

Zuvörderſt iſt es ſprachlich zu erinnern, daß das Wort erſt 1605 (IV, 52) in Uebereinſtimmung mit unſerem heutigen Sprachgebrauch als masculinum vorkommt; 1270, 1276 und 1292 iſt es generis neutrius, 1497 generis feminini[1]). Schon dieſer

1) Auch in den Goslar. Stat. p. 91, 33.

Digitized by Google

Umſtand kann uns als Warnungszeichen dienen, nicht den Ausdruck im neueren Sinne zu nehmen. Aber es tritt noch die Thatſache hinzu, daß alle vier älteren Statute auch in einem Falle, wenn Jemand von Ungefähr (mit angerade 1270 und 1276 XI, 2, 2. 1292 L, 2. 1497 N, 3[2]) in Brüche verfällt, ſagen, de ſchall der Stad dat Vorſat beteren. Ferner kommt dort der Ausdruck niemals bei andern Vergehen vor, als bei Schlägen und Schimpfwörtern. Ja es wird die Redensart gebraucht ein Vorſat ſlagen 1270 und 1276 XI, 2, 1 und 3. 1292 L, 2. 1497 B, 13 und N, 3. Auch iſt es hier hervorzuheben, daß in einem beſondern Falle unſer älteſtes Statut einen Unterſchied blos darauf ſtellt, ob der Thäter in der Wehre behalten wird, oder aus der Wehre kommt. In dem erſteren Falle ſoll er es mit ſeinem Halſe beſſern, in dem letztern ein ganz Vorſate XI, 1, ſo wie denn ein ganz Vorſat noch einmal vorkommt XI, 3, und zwar gleichförmig (nicht mit 1276) mit 1292 L, 3 und 1497 N, 4. Dazu kommt, daß im Lübiſchen Recht ſchon in der Handſchrift von 1294 (Hach Cod. II, art. 87) in einem ſpeciellen Falle geſagt wird: de is der ſchult uerwunnen de vorſate heten, vnde ſchal dat beteren mit tein marken ſulueres vnde mit eneme vodere wines. Ja es heißt im darauf folgenden Artikel 88 gradezu — de ſchal wedden vorſate, dat ſint tein marc ſuluers vnde en voder wines, dar ne nimpt men nicht min vore den ſes marc ſulueres. Damit iſt denn zu verbinden die Stelle in der Lateiniſchen Handſchrift des Lübiſchen Rechts (Hach I, 122): Vorsate probari non potest de aliquo, nisi baculi vel arma ibi visa fuerint et apportata.

§ 57.

Fortſetzung. Begriff.

Aus dieſen einleitenden Bemerkungen würde ſich ein ſicheres Reſultat ſchwerlich gewinnen laſſen, wenn wir nicht bereits aus den bisherigen Erörterungen (§ 53) über die Imputationslehre des Alt-Hamburgiſchen Rechts einige zuverläſſige Geſichtspunkte ermittelt hätten. Somit ergiebt ſich aber mit hiſtoriſcher Gewißheit:

---

2) Vergl. oben § 22 Anm. 1.

Digitized by Google

vorſate iſt ein Vergehen, welches zunächſt bei Schlägen vorkommt, und daſelbſt zwar eine Geſinnung bezeichnet, eine ſubjective Beziehung zum Thäter, aber nur inſofern dieſelbe ſich in äuſſerlichen, genau beſtimmten Merkzeichen kundgiebt (vergl. § 53 lit. b.) Es geht mit dem Worte ebenſo, wie mit dem Ausdruck freuel. Göſchen Gosl. Stat. S. 296 zu Not. g behauptete freuel bezeichne in den Gosl. Stat. immer nur die Geſinnung, und geht darin zu weit. Unter den Stellen, welche er allegirt, befindet ſich eine p. 47, 2, wo es heißt: „da er Frevel daran gethan." Vorſate und Frevel bezeichnen allerdings die Geſinnung, aber nur ſo fern ſie äuſſerlich beſtimmt erkennbar iſt.

§ 58.

Fortſetzung.

Dieſe äuſſeren Kennzeichen von vorſate ſind in unſerem Stadtrecht

1. Wenn Jemand mit berademe mode ofte mit beladenen vrunden an des anderen weren gheit und ihn dort ſchlägt 1270 und 1276 XI, 1. Seit 1292 und 1497 wird der Fall dahin erweitert, wenn er auch nicht den Andern, ſondern nur ſyn ghesynde geſchlagen hat, und id ſy taverne edder neen. Sitzen aber Leute und trinken oder ſpielen in eyner taverne, und ſchude dar eyne ſchelinge, ſo iſt das kein Hausfriedensbruch, noch Befechtung der Wehre, d. h. ein gewaltſamer Angriff auf dieſe, alſo viel weniger ein vorſate 1270. 1276. 1292. 1497. Das äuſſere Kennzeichen oder überhaupt das Kriterium der vorzüglichen Strafbarkeit dieſes Falles iſt das Dringen in die fremde Wehre[1]), um zu ſchlagen (alſo nicht etwa, um ſich

1) Von jeher hat man bei uns auf Heilighaltung der Wehre gehalten, man kann es als ein beſonders ſtrenges Hausrecht bezeichnen, wenn man mit dieſem Ausdruck in das Verhältniß nur nicht ungermaniſche Anſichten hereinträgt. Aus dieſer Heilighaltung erklärt es ſich, daß in den Fällen des älteſten Statuts von 1270 I, 10. 11. IX, 5, die Rathmänner mit dem gräflichen Vogt zu den Wehren des Widerſpenſtigen zu gehen beſonders autoriſirt werden müſſen, und daß die Befugniß der Gerichtsdiener dazu, welche zuerſt im Stadtrecht von 1605 IV, 30 vorkommt, ſo ſehr verclauſulirt wird.

Digitized by Google

zu Trunk und Spiel niederzuſetzen). Aus der ſpäteren Faſſung der Vorſchrift erſieht man, daß das mit beradenem Mode nicht anders als in dieſem Sinne aufzufaſſen iſt, und bedarf ſolches ſomit keines weiteren Beweiſes.

2. So welck man den anderen ſleit mit einem Stocke ofte mit eineme Steene vnd ene vngewarnet anlopet 1270 u. 1276 XI, 3. — 1292 L, 3 iſt von anderer Hand am Rande zu Steene beigeſchrieben edder des gelik, und ſo lautet die Vorſchrift 1497 R, 4, die in dieſer Erweiterung alſo jünger iſt als 1292.

3. Es ſcheint dabei weſentlich zu ſein, daß Jemand einen Andern ſleit blauw vnde blot, d. h. blutrünſtig 1270 und 1276 XI, 2, 1 [2]). Doch wird dies dadurch zweifelhaft, daß dieſe Beſtimmung 1292 L, 2 und 1495 R, 3 nicht hinzugefügt iſt [3]).

§ 59.
Fortſetzung.

Eine ſehr merkwürdige hierhergehörige und unter dem Titel van Vorſate 1270 und 1276 XI, 4. 1292 L, 4. 1497 R, 2 vorkommende, aber in den Handſchriften des Lübiſchen Rechts, welche das Hamburger enthalten (vergl. Hach p. 537 zu 390 Anm. 1), fehlende Vorſchrift [1]) beſtimmt, wenn eine Schelinghe

---

2) Vergl. § 67. 79. Es iſt hier die beabſichtigte Vereinbarung zwiſchen den Grafen von Holſtein und dem Rathe vom 21. März 1292 (Lappenbergs Urkundenbuch I, 861) nicht unwichtig, wo unſere Stelle freilich nicht allzuſehr präcis ſo überſetzt wird: Qui aliquem ad Sanguinis effusionem vel livorem, vulgo blawe dictum, laeserit.

3) S. übrigens § 65 Anm. 2 a. E., wonach dies Kriterium nur dann in Betracht kam, wenn den Schlägen kein Streit vorhergegangen war. War ein Raufhandel vorher geweſen, ſo war es ein vorſate, wenn auch der Schlag keine ſichtbare Spuren zurückgelaſſen hatte.

1) Sie iſt ebenfalls in der § 58 Anm. 2 erwähnten Urkunde vom 21. März 1292 enthalten, und lautet die ganze Stelle daſelbſt ſo: Insuper si quis praemeditatus et cum amicis conuocatis hospitium alterius violenter intraverit et domesticum domini laeserit, si deprehensus in domo fuerit, vita privabitur pro delicto. Si vero gratiam consequetur, quicquid inde derivatur,

auf der Straße von Ungefähr entſteht, und Einer dem Andern in ein Haus, wohin ſich dieſer flüchtet, nachfolgt und ihn dort ſchlägt, ſo ſoll er es mit 3 Mark Silber beſſern und dem Gericht die gebührenden Brüche erlegen. Man ſieht alſo hier eine Beſtätigung des von mir § 58 sub 1 Geſagten. Das Verletzen der fremden Wehre, deſſen Abſichtlichkeit aus einem äuſſeren Umſtande, nämlich der Schelinghe erkennbar iſt, wurde darum als vorſate angeſehen, nicht aber die zufällige Verletzung der Wehre, und die Schläge in fremder Wehre waren nicht an ſich, ſondern nur dann als vorſate qualificirt, wenn damit abſichtlich das Hausrecht verletzt war. Wenn alſo auch die Vorſchrift in dem Lübiſchen Rechte fehlt, ſo dürfen wir ſie gleichwohl als eben ſo alt betrachten, wie die übrigen Beſtimmungen über vorſate.

§ 60.

Fortſetzung.

Der Kreis dieſer äuſſeren Kennzeichen mag im Verlauf der Zeit erweitert ſein. Hierher iſt die Beſtimmung in mehreren Handſchriften des Lübiſchen Rechts (vergl. **Hach** zu II, 88 pag. 288 oben) zu rechnen, wonach Niemand dem Andern vorſate zeugen kann, wenn er nicht auch vórdrowe zeugen kann. Ferner: Bekennt Jemand vórdrowe und kann man ihm Schläge bezeugen, ſo iſt er der vorſate überwunden. Endlich: Legt man Jemandem vorſate zur Eideshand, ſo braucht er nicht

---

medietas huius cedet dictis dominis nostris (den Rathmännern) et altera medietas cedet nobis. Si vero evadens domum exiverit, is et omnes sui complices, quivis eorum convictus decem marcas argenti pro delicto dabit, quarum medietas etc. Item si duo vel plures ad invicem contenderint, et unus eorum ob pacem et gratiam domum aliquam intraverit et alter hostiliter insecutus, ibidem ipsum laeserit, convictus cum tribus marcis argenti emendabit, quarum medietas etc. Insuper si inter nostros burgenses congregatio violenta vel dissensio fuerit, ad quam duo vel plures consules venerint, et pacem servari praeceperint vel treugas, quomodo, qua poena vel emenda, vita scilicet vel pecunia hoc praeceperint, quicumque huius praecepti violator convictus extiterit, is secundum quod praeceptum fuerat, emendabit, cuius medietas emendae cedet etc.

Digitized by Google

zu ſchwören, wenn man ihm nicht durch Zeugen beweiſen kann, daß er vorher gedroht hat. Man ſieht hier alſo ein unſtreitig ſpäteres Recht, wonach vorherige Drohung (vòrdrowe) das Kriterium der vorſate ſein ſoll. — Eine andere, vermuthlich weit ältere, vielleicht aus einer Burſprake entlehnte Vorſchrift, die ſich Cod. Hach I, 66. II, 87 findet, bezeichnet es als vorſate, wenn Jemand Nachts einen Andern auf der Straße anhält, und um ihn loszulaſſen, ſich von ihm Geld geben läßt, ohne dem Rath und Gericht es anzuzeigen. Es erklärt ſich dies aus einer Zeit, wo es verboten war, ſich Nachts ohne Leuchte auf der Straße blicken zu laſſen. — Nach einer beſondern Willkühr vor dem Rath zu Lübeck (Hach p. 288) ward dagegen ausdrücklich erklärt, es ſei nicht vorſate, wenn ein Laie eynen Papen, oder ein ſolcher einen Laien ſchlage (Hach II, 89. III, 171). Geiſtliche Uebergriffe mögen etwa dieſe ausdrückliche Beſtimmung nothwendig haben finden laſſen, wonach in dem Stande kein äuſſeres Kennzeichen der vorſate angenommen werden ſolle. — Endlich wird es noch 1605 bei uns IV, 52 erſichtlich unter Bezugnahme auf die ältere § 59 erwähnte Vorſchrift ausgeſprochen, daß es allerdings ein Vorſatz ſei, wenn Jemand mit wehren oder Eggewapen den Andern auf der Straße überfällt, und ſich dadurch dieſer zur Flucht in ein Haus gezwungen ſieht, und hier geſchlagen wird. Aber das Alterthümliche der Vorſchrift iſt auch dadurch vollends ſchon verwiſcht, daß auch der Fall der Verwundung hier mit hereingezogen wird, während vorſate im ältern Recht bei Verwundungen niemals vorkommt (§ 57).

§ 61.

Fortſetzung.

Noch einige andere merkwürdige alte Vorſchriften ſind hier zu erwähnen:

In dem Falle § 58 num. 1 ſollen alle de darmit eme ſind geweſen, er jewelck alſo vele beſſern, als der Thäter 1270, 1276, 1292 und 1497. Daß die Theilnehmer eben ſo ſtreng angeſehen werden, als der Thäter, iſt ein conſequent beobachtetes, und abermals die Vernachläſſigung der Abſtufungen der Verſchuldung beurkundendes Princip vergl. 1270 und 1276 IX, 1, 3. 1292

M, 1. 1497 M, 3., ferner 1270 und 1276 X, 7. 1292 N, 7. 1497 M, 8., 1270 und 1276 XII, 3. 1292 P, 4. 1497 O, 20: ein Princip, das auch auf die Vorſchrift 1270 und 1276 X, 1. 1292 N, 1. 1497 O, 22. eingewirkt hat[1]).

§ 62.

Fortſetzung.

Intereſſant iſt die in unſeren vier älteſten Statuten wiederholte Beſtimmung 1270 XI, 2, 1: Is id dem Rade witlick[2]) dat id ein Slager unde Vechtere is, unde deit weldelicke[3]) broke, ſo ſchall he ſine valbote (volle Buße) geven. Es findet ſich hier Gelegenheit für einen Nachtrag zu Lappenberg's lehrreichem Aufſatze über die älteſten Schauſpiele in der Zeitſchr. unſeres Vereins 1, 1 S. 132 ff. Die Stelle erklärt ſich, wie mehrere andere[4]), aus der Rückſicht, welche unſere alten Statute auf anderswo geltende Deutſche Rechtsgewohnheiten nahmen und zum Theil wohl nehmen mußten, die bei uns ſchon auſſer Gebrauch gekommen, oder vielleicht niemals gebräuchlich geweſen waren. So hatten ſie keine Ordalien mehr, namentlich keine gerichtliche Zweikämpfe, zu denen anderswo oft gedungene Fechter, Fechter und Schläger von Profeſſion, genommen wurden. Nichtsdeſtoweniger geſtattete man XI, 2 für ſolche Perſonen, die vielleicht bei uns, eben weil der gerichtliche Erwerb hier fehlte, ſonſt ihre Kunſt für Geld ſehen ließen, und dafür Brüche erlegten[5]), die

---

1) S. unten § 76 a. E. Vergl. § 79.

2) Vgl. § 13.

3) Vergl. zu dieſem Ausdruck die Parallelſtellen 1270 IX, 4. (§ 76) X, 1 gewaltſam mit 1270 III, 7. Wertlick (weltlich) iſt nicht damit zu verwechſeln 1270 IX, 15.

4) So rechtfertigt die Fehdeankündigung unter Fremden einen Todtſchlag, ſelbſt wenn dieſe Ankündigung in unſerer Stadt geſchieht, ungeachtet dem Bürger gegen den Bürger dies nicht mehr geſtattet war 1270 XII, 1. So mußte der Fremde in Criminalſachen noch diesmal geladen werden XII, 11 (vergl. § 75 Anm. 3). Es läßt ſich ſelbſt davon, daß ein Ritter mit Mannſchaft auf Verbrechen ausging, noch eine Spur in XI, 1 finden.

5) Es werden in unſerer Stelle Schläger, welche mit der Fauſt kämpften, alſo etwa Boxer, von Fechtern unterſchieden, die ſich des Schwertes oder anderer Eggewapen bedienten.

Digitized by Google

Ausnahme, daß ſie nicht wegen vorſate beſtraft werden ſollten: eine Ausnahme, die ſich übrigens nur dann begreifen läßt, wenn man die rein formellen, äuſſeren Merkmale der vorſate, nicht aber die ſubjective Abſichtlichkeit, die ja eben ſo gut bei einem Klopffechter von Profeſſion zutreffen kann, in Anſchlag bringt.

§ 63.

Fortſetzung. Beweis.

Mit dem Beweiſe dieſer vorſate wird es ganz beſonders ſtrenge genommen. Was 1270 XI, bis 1497 unter dem Ausdruck vnde werd he des vorwunnen verſtanden iſt, ergiebt ſich aus XI, 2, 1, wo nach dem älteren Rechte allemal beſeten Lůden, de Erve hebben, ame ein Vorſate ſcholen tůghen, id ſy geſcheen by Nacht offt by Daghe. Dieſe Beſtimmung iſt um ſo merkwürdiger, da ſelbſt bei Wyff Nod (stuprum) bei Nacht auch unbeſeſſene Leute zeugen dürfen. Allein ſie ſtimmt völlig mit der Strenge des Lübiſchen Rechts überein, wonach Zeugen über vorſate ohne Ausnahme, ſelbſt wenn es Rathsherren ſind, beeidigt werden müſſen Cod. Hach. II, 214. III, 170. So findet ſich jene Beſtimmung auch noch 1292, L, 2, ungeachtet nebenher das andere Ordel erwähnt 1270 und 1276 XI, 3. 1292 L, 3. 1497 N, 4, daß, wenn das Vorſat Nachts geſchehen ſei, id moghen wol tůghen allerhand Lůde, de gude Lůde ſyn, vnde vnſe Borgere ſyn offte Borgher Knapen, oder, wie 1292 am Rande, und 1497 im Contert hinzugefügt wird (mithin ein Zuſatz, der jünger iſt als 1292) offte hyr bynnen wonachtich ſyn.

§ 64.

Fortſetzung. Strafe.

Nicht minder ſtrenge iſt unſer Recht in Beſtrafung der vorſate, und beſonders bei der Vollſtreckung der angedroheten Strafe. Es iſt dieſer Geſichtspunkt vorzüglich bei der ſpäteren analogen Anwendung der Grundſätze von der vorſate feſtzuhalten. Man hatte dabei weniger die Abſicht des Thäters, als die Verſchärfung der Strafe, weniger die Strafbarkeit als die Strafe im Auge. Man erkennt dies ſchon an dem hier beſonders eigenthümlichen Zuſatz zur Strafandrohung, der zweimal vorkommt

1270 XI, 3 XII, 13 (ſo auch in den übrigen drei Statuten): Vnde des ſchall men eme nicht laten[1]).

Die Strafe eines ganzen Vorſate iſt 1270 XI, 2, 1 in Uebereinſtimmung mit den übrigen drei alten Statuten wie im Lübiſchen Recht ein Voder Wynes van 6 Amen vnde 10 Mark Sülvers, auſſerdem für Brüche 3 Pfund an Vogt, Rath und Kläger[2]).

Um aber gewiß zu ſein, daß der Thäter ſich wegen Unvermögens dieſer Geldſtrafe nicht entzog, ſo wurde hier die eigenthümliche Beſtimmung getroffen, deren Eigenthümlichkeit noch im Statut von 1605 IV, 64, 1. unverwiſcht iſt, 1270 u. 1276 XI, 2, 3. 1292 L, 2. 1497 B, 13, wer ein Vorſat ſchlage, und kein Geld habe zu beſſern, 12 Wochen Waſſer und Brot im Gefängniß (in der Hechtniſſe[3])) in des Waltboten Haus für ſeine Brüche eſſen, und die Stadt die Koſt gelten d. h. bezahlen[4]) ſoll. Ja ſchon 1292 und ſo auch 1497 u. 1605 wird hinzugefügt, daß er alsdann aus der Stadt fahren, und nicht eher zurückkommen darf, als bis er ſeine Brüche bezahlt hat. Uebrigens findet ſich eine ähnliche allgemeine Beſtimmung von 4 Wochen Gefängniß, wenn Jemand ſonſt in Brüche von 3 Pfund verfällt, die er nicht bezahlen kann 1270 IX, 2, 3. 1276 IX, 3. 1292 M, 23. 1497 B, 14. 1605 IV, 64, 2.

§ 65.

Fortſetzung.

Was nun die Erweiterung der Grundſätze von vorſate betrifft, ſo findet ſich ſchon 1270 u. 1276 XI, 2, 1, und ſo auch noch 1292 L, 2 in Uebereinſtimmung mit den Codices des Lübiſchen Rechts, welchen das Hamburgiſche beigefügt iſt (Hach III, 391) die Vorſchrift, daß Erbgeſeſſene vme ein Vorſat zeugen ſollen,

1) Vgl. unten § 85 Anm. 2.

2) Alles Gewette verfiel bei uns an Kläger, Rath und Vogt, und zwar in dieſer Reihfolge 1270 und 1276 IX, 28. 1292 M, 21. 1497 M, 20.

3) Vgl. über das Wort Cropp Crim. Beitr. 2, 2, 331 Anm. 52.

4) S. § 18 Anm. 3.

Digitized by Google

beide vor Schelinghe[1]) vnde vor Schlege. Es ließe ſich hieraus ſchließen, daß auch bei ſonſtigen Streitigkeiten, wo es nicht zu Schlägen gekommen war, ein vorſate angenommen worden ſei, und ſich derſelbe alſo nicht auf Schläge beſchränkte (§ 57). Allein der Zuſatz beide ꝛc. iſt ſchon 1497 N, 3 weggelaſſen, und ſomit anzunehmen, daß er ein Redaktionsfehler in der Faſſung der früheren Ordele war, da ein anderer haltbarer Grund der Weglaſſung nicht wohl denkbar iſt[2]).

§ 66.

Fortſetzung.

Doch ward die Strafe von vorſate, ſchon frühzeitig auf andere Verhältniſſe angewandt, und da tritt es denn noch klarer hervor, daß dabei an Vorſatz oder dolus nicht gedacht wurde. So findet ſich ſchon 1270 XII, 13 ausgeſprochen und 1276 eod. 1292 P, 13 1497 M, 4 wiederholt, daß Schimpfwörter vppe dem Hus vor deme Rade gebeſſert werden ſollen mit enen Vorſate mit 12 Mark penningen.[1]) Es iſt bemerkenswerth, daß dieſe Vorſchrift in den Codices des Lübiſchen Rechts, welchen das

---

1) Streit 1270 X, 7. XI, 4.

2) Ich beſchränke mich hier zunächſt auf unſer topiſches Recht, und führe daher nur gelegentlich an, daß im Lüb. Recht (Cod. Hach I, 91) der Fall vorkommt: Uorsate probari potest, ubicumque aliquis alii insidiatur in platea, et si aliquem ibidem capillauerit, vel pugnis uerberauerit, calcauerit, uel presserit uel in luto traxerit, si ante discordauerunt — inde uadiabit is, qui fecit, plaustratam uini & 10 marcas argenti. Es ſcheint hiernach den Schlägen ein Streit allemal vorhergegangen ſein zu müſſen. Vielleicht ward dies erfordert, wenn der Schlag keine blutrünſtige Stellen zurückgelaſſen hatte, und ſo fiele auf § 58 Num. 3 ein neues Licht.

1) Vermuthlich iſt hier nicht von einem ganzen vorſate die Rede; denn ſonſt müßte man den Fuder Wein (plaustrata vini), welcher in Lübeck zu nicht weniger als 6 ℔ Silber angenommen wurde (II, 88), hier auf 2 ℔ Silber beſtimmen, was unwahrſcheinlich iſt. Auch in dem Falle XI, 2, 2 wird dat Vorſat gebeſſert mit 10 Mark Pfenninge.

Digitized by Google

Hamburger angehängt iſt, (Hach III,) im Stader Stadtrecht, endlich auch im Rigaer fehlt, was einen Beweis mehr dafür abgiebt, daß wir hier nicht dem älteſten Hamburgiſchen Recht begegnen, und iſt vielleicht die Conjectur nicht zu gewagt, auch hier eine Vorſchrift der älteſten Burſprake (§ 45) anzunehmen, wo denn grade darin das eigentlich Strafbare dieſer Injurie liegen würde, daß ſie ſpeciell geſetzlich ausgezeichnet iſt. Man würde alſo gewiß Unrecht thun, wenn man etwa in dem Gebrauch der Schimpfwörter an ſich den animus iniurandi vorausſetzen, und daher das Vorſate in dieſem bloßen Gebrauch finden wollte. Auch darf man nicht überſehen, daß nicht die Privatgenugthuung, ſondern die Criminalſtrafe hier beſtimmt wird. In wie fern ſich übrigens dieſe Vorſchrift von der in 1270 u. 1276 IX, 1, 1. 1292 M, 1. 1497 M, 3 unterſcheidet, wo Schimpfwörter vor Gerichte, dat id horet de Vaget unde Rat unde de Dinglůde, oder uppe dem Marke geringer beſtraft werden, und bei ihnen von einem vorſate nicht die Rede iſt, läßt ſich freilich leicht dahin beantworten, daß die Vorſchrift 1270 XII, 13 von ſolchen Schimpfwörtern vor dem Rathe handelt. Allein daß eben in dem einen Falle ein vorſate angenommen wird, nicht aber in dem andern, beſtätigt es, daß das Kriterium deſſelben nicht in der Geſinnung, ſondern in der objectiven Strafbarkeit und in den äuſſeren Umſtänden, weil die Injurie nämlich vor dem Rath geſchah, und vielleicht ein beſtimmtes Verbot verletzte, geſucht werden muß. Mehr ausgebildet, wiewohl erſichtlich nicht vom Einfluſſe des ältern Rechtes abgetrennt lautet im Receß von 1529 Art. 21 § 2 die Vorſchrift: worde averſt jemand beklaget, dat he mit Vorberath vn bedachtem Mode jemand alſo im Gerichte vor dem Raede, offte in Tagenwordigheit anderer framer Lůde, ſcheldende, bedrauende, offte miſſhandelnde worde, vnd darna ſůlkent allenthalven mit der Dadt vullenbrachte, de ſchall dat wedden alſe eine vorſate.

§ 67.

Beſchluß.

Noch iſt es merkwürdig, daß in dem 1270 u. 1276 IX, 1, 3 1292 M, 1. 1497 M, 3 erwähnten Falle, wenn Jemand

Digitized by Google

den Andern vor Gericht ſchlägt dat he blod ofte blau hadde[1]), die Strafe auf 10 Mark Silber und 3 Pfund Brüche geſetzt wird, mithin wie bei einer vorſate, wenigſtens größtentheils, ohne dies dabei zu bemerken, und daß die Strafe hier nicht gröſſer iſt, ungeachtet der Schlag vor Gericht geſchah, der doch auſſergerichtlich ſchon für eine vorſate galt (§ 58). Man ſieht alſo, daß der Umſtand der vor Gericht geſchehenen Verunglimpfung gar nicht in Anſchlag kommt, daraus alſo nicht etwa auf eine gröſſere Gefliſſentlichkeit und Strafbarkeit des böſen Willens geſchloſſen worden ſein kann. Es ſind auch hier eben wieder nur äuſſere geſetzlich oder herkömmlich qualificirte Umſtände, welche beſtimmten, in dem einen Falle ein vorſate anzunehmen, in dem andern aber nicht, ohne daß etwa jene als Indicien von der ſtrafbaren Geſinnung, wie wir das jetzt nennen würden, gegolten hätten. Man räſonnirte nicht: Weil Jemand vor dem Rath geſchimpft hatte, ſo wird daraus eine beſonders ſtrafbare Abſicht angenommen, und dieſe dann eben ausgezeichnet beſtraft; ſondern das Schimpfwort vor dem Rath wird beſonders beſtraft, und gilt daher als vorſate[2]).

§ 68.

Handhaftige That.

Iſt nun in der bisherigen Unterſuchung (§ 55 — 67) das Reſultat gewonnen, daß vorſate im ältern Hamb. Recht ein beſonderes Verbrechen oder, wie auch wohl bei uns (§ 3), wie anderswo, geſagt wird, ein Friedensbruch an ſich war, bei dem die Geſinnung gar nicht, oder doch nur ſoweit ſie in die äuſſere Sinnenwelt durch geſetzlich beſtimmte Kennzeichen heraustrat, in Betracht kam, und wo ebenſo wenig Gradationen angenommen worden ſind, wie ſonſt: ſo iſt es vielleicht zweckmäßig, jetzt hieran eine andere Unterſuchung zu knüpfen, die uns die allgemeinen Anſichten von der Criminal-Imputation bei unſeren Vorfahren noch zuverläſſiger nachweiſen wird.

---

1) Vgl. § 58 Num. 3.

2) Vgl. unten § 85.

Digitized by Google

Es iſt die Lehre von der **handhaftigen That** in unſeren Rechten bisher faſt lediglich von dem Standpunkt des gerichtlichen **Verfahrens**, und wegen der daraus für den Thäter hervorgehenden **Folgen** erörtert worden[1]. Man hat jedoch bisher den Urſachen, warum das Verfahren auf dieſen Begriff geſtellt, warum von den Merkmalen der Handhaftigkeit die Beſtrafung abhängig gemacht wurde, nicht nachgeforſcht. Grade hier aber wird es ſich eben herausſtellen, wie weit weſentlicher Alles, was zur **äuſſern** Erſcheinung des Verbrechens gehörte und für den Verbrecher in zufälligen **mit ſeinem verbrecheriſchen Willen** auſſer allem, wenigſtens auſſer allem weſentlichen Zuſammenhange ſtehenden Umſtänden, in unſerem alten Strafrecht erſchien, als was mittelbar oder unmittelbar als das Ergebniß ſeiner Willensrichtung betrachtet werden konnte.

§ 69.

Begriff.

Wie wichtig der Begriff unſeren Vorfahren erſchien, beweiſt ſich ſchon dadurch, daß er ſie zu der einzigen Definition veranlaßte, der wir in unſeren Statuten begegnen, und daß man noch 1605 ſie aufnahm, und ſich von ihr nicht trennen konnte, wiewohl ihre **proceſſualiſche** Bedeutung ſchon angefangen hatte, in den Hintergrund zu treten. Die allgemeine Stelle ſteht 1270 und 1276 XII, 4. 1292 P, 4. 1497 O, 20. 1605 IV, 45. Beſondere für Todtſchlag und Verwundungen 1270 und 1276 VI, 5. 1292 G, 5. 1497 E, 18; für Nothzucht 1270 und 1276 X, 3. 1292 N, 3. 1497 O, 10 vgl. mit 1270 X, 5. 1276 eod. 1292 N, 5. 1497 O, 12; für Diebſtahl 1270 und 1276 XII, 7. 1292 P, 7. 1497 O, 17; für Zauberei und Vergiftung 1270 und 1276 XII, 8. 1292 P. 8. 1497 O, 19; für falſches Maaß und Meſſen 1270 IX, 22. 1276 IX, 23. 1292 M, 18. 1497 O, 15. Das allgemeine, dem Begriff zum Grunde liegende Princip iſt die Beſtrafung des Thäters, ſofern ſeine That **handgreiflich** war, er das ſtrafbare Object in der **Hand** hielt, ſo

---

1) Sehr erſchöpfend bei **Cropp** Crim. Beitr. 2, 2, 366 — 383.

Digitized by Google

daß, wenn man dieſe Hand feſthielt,[1]) er zugleich ſich ſelbſt überführt hatte. Dieſer äuſſere, in den meiſten Fällen vom Thäter nicht beabſichtigte, ja mit ſeinem Willen im Widerſpruch befindliche, Umſtand beſtimmte nicht blos die Beſtrafungsweiſe, ſondern auch, wenigſtens ſo weit die alten Ordele ſich ausſprechen, die Strafbarkeit des Individuums. Es wurde nicht in Anſchlag gebracht, ob er die That ſelbſt gewollt, was er für Mittel mit Bewußtſein in Bewegung geſetzt, um die That zu vollenden, welche Abſicht ihn dabei geleitet, geſchweige denn daß man die verſchiedenen Grade der Verſchuldung irgend berückſichtigt hätte.

§ 70.

Fortſetzung.

Dieſer allgemeine Begriff von der Handhaftigkeit findet ſich nun in unſeren Statuten in ſeiner ganzen einſeitigen Richtung, nämlich von aller Subjectivität des Verbrechers entfernt, ausgebildet. Zuerſt gilt es für ein ſolches durchaus äuſſeres Merkmal, ſo wor ein Man mit der apenbaren Schuld verwunnet oder wie man auch ſagt (VI, 6. X, 6. XI, 1. XII, 3. 11.) vorwunnen[1]) werd d. h. überführt, überzeugt, nicht blos angetroffen wird. Der Ausdruck apenbare Schuld, der auch 1270 VI, 12, und zwar ſo gebraucht wird, de mit der apenbaren Schuld begrepen is, und wofür 1292 G, 11 hat baren ſcult, kann um ſo weniger auf die Imputation bezogen werden, da das Wort Schuld auch in unſerem Statut[2]) in der Regel für Civilſchuld vorkommt. Unverkennbar bezieht es ſich auf die äuſſere Thatſache des Ergreifens auf friſcher That, auf friſcher That beſchlagen, wie es 1605, begrepen ſyn mit der Daet, wie es 1270 VI, 5, oder mit der verſchen Daet begrepen, wie es XII, 8 heißt, und

---

1) Hier hat die Hand, wie auch ſonſt im Statut eine rechtliche Bedeutſamkeit vgl. 1270 I, 19. VII, 9, 4 und im Billwärder Landrecht von 1498, wo es zuerſt vorkommt, das Sprüchwort handt ſchal handt waren Art. 69, d. h. Hand ſoll Hand wahrnehmen, ſich daran halten, als Gewährsmann, als warant ſtellen.

1) IX, 4 vorwunden muß wohl vorwunnen geleſen werden.

2) So auch in den Gosl. Stat. Vgl. Göſchen S. 297 oben.

Digitized by Google

ſpeciell mit Duve begrepen XII, 7, darmede (nämlich in dem Verfolgen eines Frauenzimmers vme to laſterende) begrepen, X, 5, begrepen mit tween Schepeln ofte mit tween Verderen IX, 22. Nach allen dieſen Beiſpielen läßt es ſich ebenſo wenig annehmen, daß hier apenbar etwa, wie IX, 23, den Gegenſatz zu vnvorhalen bilden, und etwa die Frechheit des Thäters bezeichnen ſollte, der kein Hehl aus ſeinen Verbrechen macht. Dieſe ſubjective Beziehung iſt ſowohl mit dem allgemeinen Begriff der Handhaftigkeit (§ 69), als mit den übrigen, lediglich der Auſſenwelt anheimfallenden Umſtänden, in denen das Geſetz dieſe Handhaftigkeit gefunden haben will, unvereinbar.

§ 71.

Fortſetzung.

Ein zweites Kennzeichen der handhaften That wird darin geſetzt, ſo wor ein Man mit der vorvlüchtigder Daat, wie es 1270 und 1276, oder myt vorflucht der daet, wie es 1292 und 1497 ähnlich dem Sachſenſpiegel heißt, vorwunnen wert. Es muß alſo von Zeugen geſehen ſein, daß er ſich auf flüchtigem Fuß befunden, oder er muß gar, wie das Statut von 1605 beſtimmt auf flüchtigem Fuß betreten ſein, was aber wohl nur ein ungenauer, nicht zu preſſender Ausdruck iſt. So heißt es ſpeciell bei Wunden und Todtſchlag 1270 VI, 5[1]) magh he des vullenkamen[2]) mit tween erfhafftigen Lüden, dathedar — beſehen ſy mit vlüchtigen Voten[3]). Damit ſtimmt auch das Hamburgiſche Rechts-Sprüchwort überein, was wir im N. G. Ordelbuche von 1589 häufig antreffen: flüchtige Foot handhaftige Daet, und was freilich dort in einem weiteren Sinne gebraucht wird. Die zufälligen Umſtände der Flucht und des Geſehenſeins auf derſelben, welche ganz auſſerhalb der Gewalt des Thäters liegen, und bei denen er nicht blos die Abſicht, ſich der Strafe zu entziehen, ſondern andere mit der That auſſer allem Zuſammenhang ſtehende hegen kann, beſtimmen alſo die Handhaftigkeit. Hier wird demnach dem Thäter aus äuſſeren Umſtänden die That zugerechnet, die von ſeiner Subjectivität möglicher Weiſe gar nicht getroffen werden.

1) Die Parallelſtellen ſ. oben § 69.

2) Vollſtändig beweiſen VI, 3. XII, 1.

3) Auch Cropp erſtreckt dieſe Vorſchrift auf Diebſtahl Beitr. 2, 2, 382.

Digitized by Google

§ 72.

Fortſetzung.

Ein ferneres Merkmal der Handhaftigkeit ſetzen die alten Stadtrechte in das mit deme Eggewapen[1]) beſeen vnd begrepen werden, wofür es 1605 heißt „wenn Einer bei einem Todt- oder Niederſchlage mit bloßer Wehre oder Eggewapen wird behardet oder befunden.“ In der Stelle 1270 VI, 5 heißt es noch ungenauer beſeen mit Eggewapen, ſo daß das Zeugniß, daß Jemand damit geſehen ſei, genügen würde. Nirgends iſt bei dieſem Umſtande bemerkt, daß man ihm am Orte der That ſo geſehen haben müſſe. Auch hier iſt die weite Entfernug zwiſchen dem Führen ſolcher Inſtrumente und dem Gebrauche derſelben oder der Möglichkeit, damit den Tod oder die Verwundung herbeigeführt zu haben, und der Wirklichkeit, ſo wie von da zur eigentlichen Zurechnung der That kein Anſtoß geweſen, von einem ſolchen zufälligen und unweſentlichen Umſtande die raſche Procedur abhängig zu machen, wo ſchon 1270 der Vorſpraken untdeelt[2]), und nach einer ſpätern Praxis bei uns ohne Weiteres die Tortur angewandt wurde.

§ 73.

Beſchluß.

Specielle Beſtimmungen für Diebſtahl und Raub beſchließen die allgemeine Vorſchrift. Nach den vier älteren Statuten war es genügend, um die Handhaftigkeit der That anzunehmen, wenn Jemand in ſeinen Wehren Duve oder Raub hat, und ſelbſt den Schlüſſel dazu trägt, ohne es gleichwohl zu geſtehen, wenn er gefragt wird[1]). Auch hier wird die Möglichkeit überſehen, daß man entweder nicht weiß, es ſei Duve oder Raub, was man unter Verſchluß hat, oder daß Andere heimlich dergleichen dahin geſchafft haben können. Auſſerdem bleibt es für die Zurechnung der

1) Scharfes Werkzeug, nicht blos ſcharfe Waffe, § 45 Anm. 2. Vgl. ſonſt Anderſon zum alten Statut S. 57. Cropp Beitr. 2, 2, 365.

2) Vergl. deshalb Cropp a. a. O. S. 379 Anm. 40.

1) Dieſelbe Beſtimmung findet ſich noch allgemeiner im alten Lübiſchen Recht Hach IV, 53.

That ſelbſt allemal ein gewagter Schluß, und es mag ſolchen Bedenklichkeiten das neuſte Statut ſeine Entſtehung verdanken, die jedoch bei der Faſſung nicht durchaus gehoben ſind. Es kann aber unter ſolchen Auffaſſungen äuſſerer Umſtände gar nicht als hart erſcheinen, wenn Jemand für den Schaden verantwortlich gemacht und als Dieb angeſehen wird, der binnen 14 Tagen[2]) nicht ſeinen Gewährsmann dafür ſtellen kann, daß ihm das Gut geſchenkt ſei 1270 XII, 5, 3. 1276 eod. 1292 P, 5. 1497 D, 14. Und eben ſo wenig alle die Conſequenzen, welche für Jemanden daraus hervorgehen, daß ein Anderer Gut, was er unter jenem findet, als Duve oder Raub anſpricht, vergl. 1270 VII, 9. 1276 VII, 9. 10. 1292 H, 7. 1497 E, 11. ferner 1270 XII, 5. 1276 eod. 1292 P, 5. 1497 D, 14, und 1270 und 1276 XII, 6. 1292 P, 6. 1497 D, 13[3]). Man würde aber alle dieſe Conſequenzen unerklärlich finden müſſen, wenn man davon ausginge, daß der widerrechtliche Wille unſerem alten Strafrecht zum Grunde gelegen habe, ohne feſtzuhalten, daß nur aus äuſſerlich erkennbaren Merkzeichen das Vorhandenſein dieſes Willens geſchloſſen worden iſt.

§ 74.

Verfaſſung.

Es würde nach dieſen allgemeinen Erörterungen überflüſſig ſein, die Lehre von der Imputation bei allen einzelnen, in den alten Statuten vorkommenden Verbrechen zu verfolgen. Ich beſchränke mich auf einige beſonders intereſſante Beobachtungen.

Hierher gehört die von Alters her bei uns ſehr ſtreitige Materie von den Folgen der Verfeſtung. Hätte man ſie unter den Geſichtspunkt, den wir hier feſthalten, gebracht, ſo würde manche in derſelben auffallend erſcheinende Beſtimmung ſich ungezwungen in die Geſammt-Auffaſſung ſtrafrechtlicher Verhältniſſe bei unſeren Vorfahren haben einreihen laſſen, während ſie bis jetzt iſolirt und unmotivirt daſtand.[4])

2) Modificirt durch 1270 VII, 15. 1276 VII, 16. 1292 H, 13. 1497 E, 10. Vgl. 1605 I, 28, 15.

3) Man vergl. Cropp Beitr. 2, 2. 396 ff.

4) Ein anderer Geſichtspunkt für die Lehre von der Verfeſtung wird in meinen Vorträgen über Strafen nachgewieſen, kommt aber für die Imputation nicht in Betracht.

Digitized by Google

§ 75.

Fortſetzung.

Es ſind hier zunächſt zwei Stellen unſeres topiſchen Rechts, welche uns beſchäftigen müſſen: 1270 VI, 6 1276 eod. 1292 G, 6. 1497 E, 25 und 1270 XII, 11. 1276 eod. 1292 P, 11. 1497 D, 2. Sie handeln von dem Falle, daß Jemand mit der openbaren Schuld nicht begrepen war (vergl. 1270 VI, 12 a. E. 1276 VI, 20. 1292 G, 11. 1497 E, 5 mit 1270 VI, 5. 1276 eod. 1292 G, 5. 1497 E, 18). Dann wird unterſchieden, ob er Rof edder enen Mord gedan hedde, edder enen Kerkenbroken, edder einen Mordbrand gedan hevet 1270 VI, 6, ähnlich der Beſtimmung des Sachſenſpiegels 1, 68, 1: Umbe anders cheine clage ſal man den man verveſten, ane umbe die, die an den lib oder an die hant get[1]). In einem ſolchen Falle erhob der Ankläger das Hülfsgeſchrei, welches allemal zur Eröffnung des Criminalverfahrens erforderlich war[2]), und ließ

---

1) Göſchen Gosl. Stat. S. 298 meint freilich, es ſei nur ſcheinbar, als wenn die Verfeſtung nur möglich wäre, ſobald die Klage an Leben oder Hand gehe, alſo allein bei erheblichen Friedbrüchen; allein wie er dieſe Anſicht aus Sachſenſpiegel 1, 68, 1. 4. vergl. mit 1, 67 rechtfertigen will, begreift ſich nicht. Daß die Verfeſtung mit ihren Folgen auch bei kleineren Friedbrüchen Statt finde, iſt nirgends beſtimmt ausgeſprochen. Die allgemeine Beſtimmung 1, 67, 2 erhält offenbar durch die darauf folgende 1, 68, 1 ihre Modification, ebenſo wie unſer Statut XII, 11: So we verclaget werd ume Roff offte vmme jeniger hande Undath durch VI, 6.

2) Es heißt im Lübiſchen Rechte ganz beſtimmt Cod. Hach. I, 87: — Coram iudice super casu suo clamorem publicum suscitauerit vgl. II, 94: vnde he come — vor den Richtere vmme ſine claghe vnde openbare gheſchrichte dhut. Cropp, der dieſen Abſchnitt überhaupt mit geringerem Fleiße bearbeitet, und auch ſonſt wichtige Stellen, wie z. B. S. 380 Anm. 64 unſern 1270 VI, 6 ganz überſehen hat, muß an dieſe Stellen des Lübiſchen Rechts nicht gedacht haben, wenn er für unſeren Fall S. 389 bemerkt: „Der Ankläger durfte in einem ſolchen Falle ſeine Klage nicht mit dem Gerüfte beginnen." Die Stelle Sachſenſpiegel II, 64, 4, welche er dazu anführt, ſagt blos, daß, wer bei nicht handhafter That mit Gerüfte klage, und niederfällig werde, dem Ange-

Digitized by Google

dem Angeklagten, je nachdem er ein Fremder (Gaſt) oder ein vnſer Borghere war, dreimal oder einmal[3]) Dingdag leggen (d. h. vorladen), wo dann in jedem Termine dreimaliger Aufruf erfolgte. Es iſt dabei ganz intereſſant, in den von Hach Lüb. R. zu Cod. II, 95 mitgetheilten Varianten zu ſehen, wie die Ladungen an den Fremden notificirt wurden, nämlich in ſyne herberge, heft he nene herberge, men ſchal dat kundighen in der kerſpelkerken, oder, wie es anderswo heißt, vormanen laten van deme predikſtole[4]). Erſchien der Angeklagte dann nicht, men ſchal ene vorfeſten oder fredelos leggen[5]).

---

klagten ſchadenspflichtig ſei. Das aber war er nach unſerem Rechte auch dann, wenn er den Angeklagten auch ohne Gerüfte angeſprochen hatte, vgl. 1270 und 1276 XII, 10. 1292 P, 10. 1497 O, 1 vgl. Cropp S. 395. Aus der Stelle 1270 und 1276 X, 3. 1292 N, 3. 1497 O, 10 geht hervor, daß das Geſchrei auch bei nicht handhafter That Statt finden konnte. Vergl. hierzu den Fall aus unſerer Praxis v. J. 1662 § 104.

3) Daß gegen den Fremden eine dreimalige Ladung vorgeſchrieben war, ſchreibt ſich aus einer auch ſonſt ſichtbaren Berückſichtigung des Deutſchen gemeinen Rechts (vergl. § 62 Anm. 3)) her. S. Sachſenſpiegel I, 67.

4) In meinem Vortrage über Vehmgerichtsacten § 30 num. 3 findet ſich nachgewieſen, daß im J. 1467 eine Ladung in unſerer Marienkirche (bekanntlich der Doms- und Hauptkirche) unter währendem Gottesdienſt angeſchlagen wird.

5) Ich habe es in meinen Aphorismen über Lappenberg's Urkundenbuch ausgeführt § 32, daß man urſprünglich bei uns eben ſo wenig Ordelbücher als Regiſter von Verfeſteten führte. Daher wird XII, 11 und VI, 6 ein umſtändlicher Beweis für die Verfeſtung vorgeſchrieben, wobei eben Cropp S. 390 Anm. 64 zu berichtigen iſt, weil auch unſer Recht in allen vier älteren Statuten zum Beweiſe der Verfeſtung 6 Radmanen vnde dat Gericht, und mach men des rechtes (Richters, Gerichts) nicht hebben, ſtatt deſſelben twee gude man, de beſeten ſyn (sic legendum etiam 1270) ute deſſem Wicbelde, VI, 6 erforderte, falls es ein Fremder war, während gegen einen hieſigen Bürger nach XII, 11 tween gude mannen genügten. Man ſieht eben auch hier bei der Beſtimmung für den Fremden eine Rückſichtsnahme auf fremdes Recht, wie Anm. 3.

§ 76.
Fortſetzung.

Beide Stellen erklären für einen ſolchen Fall, der Angeklagte ſolle dann to rechte ein vorwannen man weſen. Sie ſind alſo weit ſtrenger als das Sächſiſche Landrecht[1]), aber in Uebereinſtimmung mit dem Lübiſchen Cod. Hach. I, 77. II, 94. III, 224, und er mußte alsdann, wenn man ſeiner habhaft wurde, die auf die That, der er eben überwieſen galt, geſetzte Strafe erleiden. In unſeren Statuten läßt ſich keine Spur davon nachweiſen, daß es ihm verſtattet geweſen wäre, wie anderswo, ſich aus der Acht zu ziehen, etwa mittelſt des Beweiſes einer ehrhaften Noth, wie Cropp annimmt.[2]) Eben ſo wenig durfte Jemand ihn hier beherbergen oder ſpeiſen, bei Strafe von 3 Pfunden 1270 und 1276 X, 2. 1292 N, 2. 1497 M, 15.

Ja noch mehr! Wenn ſelbſt der Angeklagte vor Gericht erſchienen, aber aus dem Gerichte eigenmächtig (weldichliken[3])) fortgegangen, und ding vluchtig geworden war, vnde he is beclaghet vmme Ungerichte, dat eme an ſin Lyff offte an ſin Sund (Geſundheit) geit, men ſchall eme to hand vorveſten 1270 IX, 4. 1276 IX, 5: eine Beſtimmung, welche übrigens 1292 und 1497 ſonderbarer Weiſe fehlt[4]).

Endlich wenn Jemand einen ſolchen Angeklagten gewaltſam aus dem Gerichte entführte, und man ſeiner habhaft wurde, he ſchall lyke Pyne dragen deme miſſedadegen Manne, kumpt he over en weg, men ſchall ene vorveſten, alſe den ſchuldigen 1270 und 1276 X, 1. 1292 N, 1. 1497 O, 22[5]).

---

1) Vergl. Cropp S. 391.

2) S. Cropp S. 390. Eine andere Frage iſt es und anderswo zu erörtern, ob man etwas Aehnliches nicht auch bei uns annehmen muß, ſelbſt wenn die Statuten nichts darüber beſtimmen.

3) S. oben § 62 Anm. 2.

4) Auch Cropp S. 392 ſcheint dieſe ſpätere Weglaſſung nicht erklären zu können.

5) Das Lübiſche Recht würde ähnlich disponiren nach Cropp S. 393 Anm. 68. Allein aus Hach III, 382 ibiq. varietat. lectionis ergiebt ſich dies eben nur als Hamburgiſches, in Lübeck recipirtes Recht. Ueber die gleiche Strafe des Begünſtigers mit dem Thäter ſ. oben § 61, vergl. auch meinen Vortrag über Tortur § 31 Anm. 6 und das Präjudicat daſelbſt.

Digitized by Google

§ 77.

Beſchluß.

Es iſt, wie geſagt, bisher nie verſucht worden, dieſe ſtrengen Strafverfügungen zu erklären, ſo unbegreiflich es auch iſt, daß in allen dieſen Fällen eine lebenswierige Stadtverweiſung ohne Unterſchied verhängt, und die Strafe der That angewandt werden konnte. Allein erwägt man, daß ſich unſere Vorfahren überall zunächſt mit der äuſſern Auffaſſung der Thatumſtände begnügten, und weniger auf die inneren Lebensverhältniſſe und Beziehungen der Angeſchuldigten zu dem Ereigniſſe der That eingingen: ſo verliert ſich das Auffallende, und es kann die Gleichförmigkeit der Strafe nicht Wunder nehmen, welche eintrat, es mochte nun der Entwichene am Erſcheinen vor Gericht verhindert oder an der That unſchuldig und aus andern Gründen weggeblieben ſein[1]). Der nächſte Geſichtspunkt des alten Strafrechts war eben die Strafe, und die Zurechnung derſelben in Beziehung auf eine beſtimmte Perſon kam viel weniger in Betracht. Wiewohl nun die Geſetzgebung von 1605 durch allerlei Modificationen IV, 6 und 19 einzuſchreiten ſuchte, ſo behauptete ſich dennoch das alte Recht noch ſo ſehr in ſeiner Herrſchaft, daß dem neuen Statut zum Trotz in den drei von Schreining ad IV, 6 aufbewahrten Präjudicaten von 1605, 1622 und ſogar 1680 wegen Wiederbetretung des friedloſen Bodens die auf die That ſtehende Lebensſtrafe erkannt und vollzogen, ja ſogar in einem von Scheele erwähnten Falle von 1611 ein Gleiches gegen Jemanden, der ſich freiwillig ſtellte, alſo wirklich aus der Acht zog, verhängt wurde, wobei Scheele vorſichtig bemerkt: Sed de hac sententia peritis et doctis iudicare relinquo. Uebrigens ſcheint man mit der Verfeſtung es um ſo ſtrenger genommen zu haben, weil ſie nur für unſere Stadt und deren Gebiet galt, aber weiter nicht in Betracht kam, wenn nicht etwa mit anderen Städten desfalls beſondere Conventionen getroffen waren[2]).

---

1) Vergl. unten § 106.

2) Vergl. meine Aphorismen über Lappenbergs Urkundenbuch § 40, und meinen Vortrag über die hieſigen Vehmgerichts-Acten § 30 num. 10.

Digitized by Google

§ 78.

Todtſchlag.

Es iſt ſchon von Andern bemerkt worden, daß insbeſondere das Verbrechen des Todtſchlags im altdeutſchen Strafrecht einer eigenthümlichen Behandlung unterzogen wurde. Wir heben für unſern gegenwärtigen Zweck nur einige Beſtimmungen heraus, welche fruchtbare Ergebniſſe für die Lehre der Zurechnung darbieten. Zunächſt iſt es die Vorſchrift 1270 IX, 29, welche buchſtäblich 1276 IX, 30. 1292 N, 8 und 1497 D, 9 wiederholt, und erſt 1603 IV, 48 modificirt iſt. Hiernach darf ein Mann ſein Weib [1]) ſchlagen, wenn ſie es verſchuldet hat; ja, er muß es wohl thun [2]), ſagt das Geſetz, ohne übrigens darauf weiter einzugehen, worin die Verſchuldung beſtanden, oder wie weit es gekommen ſein müſſe, wenn der Mann es zu thun verpflichtet ſei. Dennoch ſoll er unbedingt mit dem Leben büßen, wenn er ſie todtſchlägt, alſo ſelbſt wenn er in der Erfüllung ſeiner Pflicht, oder, wenn man es nicht ſo nehmen will, doch mindeſtens in der Ausübung ſeines Rechts einen, vielleicht gar nicht von ihm beabſichtigten, vielleicht ſogar durchaus auſſerhalb des Bereichs ſeiner Kräfte liegenden Erfolg der Art herbeiführt, und unter gänzlicher Nichtbeachtung der übrigen Umſtände, namentlich der Gegenwehr ſeiner Frau.

Weniger beſtimmt ſpricht ſich 1270 VIII, 6 aus, welcher Artikel ebenfalls buchſtäblich 1276 eod. 1292 K, 6. 1497 F, 8 wiederholt iſt, indem es heißt, daß wer Dienſtboten mit Eggewapen [3]) verwundet oder todtſchlägt, es beſſern ſoll, wie Recht iſt. Allein ſo viel iſt auch hier gewiß, daß auf den Willen des Thäters und auf die zahlloſen Abſtufungen ſeiner Strafbarkeit gar keine ausdrückliche und beſondere Rückſicht genommen iſt.

---

1) Wyff Ehefrau: ſo auch X, 8 vergl. zu X, 3.

2) Darf ſagt das Statut nicht, wiewohl es den Ausdruck kennt IX, 10 (1292 M, 9. 1497 E, 9), und buchſtäblich ſo in den Bremer, Stader und Verdener Statuten. Vergl. die Citate bei Cropp Crim. Beitr. 2, 2, 284 Anm. 29.

3) Vergl. oben § 72 Anm. 1.

Digitized by Google

§ 79.

Fortſetzung.

Eine andere Beſtimmung, welche zu dem fraglichen Verbrechen zunächſt gehört, iſt beſonders deshalb merkwürdig, weil ſie freilich wiederum beſtätigt, daß auch in Beziehung auf die verſchiedenartigen Verhältniſſe der Theilnahme an einem Verbrechen die Lehre von der Imputation bei unſeren Vorfahren ſehr wenig ausgebildet war (vergl. § 61), aber andererſeits doch auch beweiſt, daß allerdings die verſchiedenen Abſtufungen der Verſchuldung nicht ganz unberückſichtigt blieben, wiewohl nur in ſoweit als ſie äuſſerlich erkennbar waren, und in beſtimmten Merkzeichen ſich nachweiſen ließen (vergl. § 53 lit. b). Es iſt zu erinnern, daß dieſe Beſtimmung zwar in allen unſeren älteren Rechtsbüchern übereinſtimmend lautet, aber äuſſerſt incorrect, und erſichtlich von Abſchreibern verſtümmelt, insbeſondere 1276, am beſten noch 1270 erſcheint, wenn man daſelbſt für ſpreken lieſt beſpreken [1]), was man als den Kunſtausdruck einer peinlichen Anklage bei uns betrachten kann [2]). Die Beſtimmung ſteht XII, 3. 1276 eod. 1292 P, 3. 1497 O. 6. Sie kommt 1605 IV, 24 in einer kaum mehr erkennbaren Geſtalt vor, und zwar an einer auch dadurch berühmten Stelle, weil ſie die einzige Stelle unſerer Geſetze iſt, welche der peinlichen Frage gedenkt [3]). Uns intereſſirt natürlich blos die alte Auffaſſung. Nach dieſer wird der Fall angenommen, daß binnen unſeres Weichbildes, d. h. innerhalb der Gränzen unſerer ſtädtiſchen Gerichtsbarkeit [4]) Jemand todtgeſchlagen wird, wobei mehrere Perſonen zugegen waren. Alle de darmede ſyn, heißt es von dieſem Falle, ſcholen dat beteren mit ereme Lyffe, de des mit

1) So leſen auch Cod. Hach. III, 395, ferner Stat. Stadens. XI, 3 (Pufendorf I append. p. 225) und Stat. Rigens. 146 (Puf. III. append. p. 269.)

2) Anderswo ſteht auch anſprecken z. B. 1270 VII. 1, I. 6. XII. 10.

3) Vgl. meinen Vortrag über die Geſchichte der Tortur in Hamburg § 7.

4) Vgl. Aphorismen über Lappenberg's Urkundenbuch § 21.

Digitized by Google

Rechte vorwunnen werd. Wer alſo vor Gericht überzeugt, überführt wird[5]), daß er damit geweſen, d. h. doch offenbar nicht, daß er grade dabei thätig geweſen, daß er an dem Todtſchlage directen Theil genommen, ſondern nur, daß er dabei gegenwärtig war, gilt blos ſchon dadurch für des Todtſchlages ſchuldig, und muß ihn mit dem Leben büßen. Hier bleibt ſomit Niemand der Anweſenden verſchont, und es macht durchaus keinen Unterſchied, welche Rolle er dabei geſpielt hat. Daß dies die Meinung der alten Vorſchrift geweſen iſt, beſtätigt ſich nicht blos daraus, daß ſie noch auf den Syndicus Möller ihren Einfluß ausgeübt hat, wie man dies an ſeinen Zuſätzen zum neuſten Statut erkennt, ſondern insbeſondere noch aus dem Gegenſatz zu Verwundungen. Haben dieſe Statt gefunden, ſo unterſcheidet das Geſetz, ob eine oder mehrere vorgekommen ſind, und ſtellt das entgegengeſetzte Princip auf, indem eine Wunde, wenn auch Mehrere zugegen waren, dennoch nur immer einem Thäter imputirt werden ſoll (toſeggen). Dies Princip wird denn nun aber ſo ängſtlich feſtgehalten, daß man eben ſo viel Anweſende, als der Verwundete Wunden hat, darauf anklagen ſoll. Hier iſt es denn unverkennbar, daß eine praktiſche Anwendung des Princips unmöglich iſt, wenn man nicht unter den Anweſenden Unterſchiede gemacht, und entweder dem beſonders oder dem allein Schuldigen die Wundenzahl zugerechnet hat, es ſei denn, wozu gar kein Grund vorhanden iſt, man wollte annehmen, das alte Ordel habe den Urtheilsfindern überlaſſen, willkührlich aus dem Haufen der Gegenwärtigen die Strafbaren auszugreifen.

Daſſelbe Princip wird auf den Fall ausgedehnt, wenn der Mann Blauwe, d. h. blutrünſtige Flecken (§ 58 Anm. 3) erhalten hat. Auch hier ſollen ſo viele der Anweſenden haften, als die Zahl dieſer Blutſtellen beträgt[6]). **Unde nenen mer**, fügt das Ordel hinzu, um ſeinen entſchiedenen Willen auszuſprechen, die Zahl der Straffälligen wegen ſolcher Blauwe ſelbſt dann damit

5) Vgl. oben § 70.
6) Vgl. 1270 IX, 1, 3.

Digitized by Google

abzuſchließen, wenn auch erweislich mehrere Thäter ſollten vorhanden geweſen ſein.

Um aber die übrigen Anweſenden nicht leer ausgehen zu laſſen, wird, ſowohl für den Fall der Verwundungen als für den der blutrünſtigen Stellen, hinzugeſetzt: men de anderen Man magh man ſchuldighen vme Slåghe [7]). Hier wird alſo nicht einmal mehr Rückſicht genommen auf erkennbare Spuren der Thäterſchaft, ſondern ohne Weiteres gilt die bloße Anweſenheit für genügend, um Jemanden wegen Schläge zu beſtrafen, die gar keine ſichtliche Zeichen nachgelaſſen haben, ſondern fingirt werden [8]). Uebrigens ergiebt ſich aus der ganzen Conſtruction des Falles in den alten, und aus der Auffaſſung deſſelben im neuſten Stadtrecht, daß das alte Ordel von einem abſichtlichen oder zufälligen Zuſammenlauf mehrerer Menſchen handelt, deſſen Veranlaſſung oder auch nur Folge Todtſchlag, Wunden, blutrünſtige Flecken geweſen ſind. Aber grade darin, daß urſprünglich der Fall durchaus gleichförmig aufgefaßt und behandelt worden iſt, es mochte nun Zufall oder Vorſatz die Menſchen zuſammengeführt, und die traurigen Folgen verurſacht haben, erkennt man wieder die hinreichend beſprochene alte Theorie der Zurechnung. Wie ganz anders iſt die Lehre von dem Todtſchlage im Raufhandel in der Carolina (Art. 138 bis 150) ausgebildet worden, die hier weit höher ſteht als ſelbſt das Römiſche Recht!

---

7) Eine andere Rückſicht, die man in dieſen ängſtlichen Beſtimmungen, einen jeden bei einem Todtſchlag Anweſenden zu beſchuldigen, finden muß, weiſt mein Vortrag über Friedensgebote nach § 7.

8) Nur der Wirth ſcheint, wenn in ſeiner Herberge das Verbrechen geſchah, frei ausgegangen zu ſein, wenn dat Ungerichte darinnen ane des Werdes Sculd ſchüt, wiewohl dieſe in allen vier älteren Statuten 1270 u. 1276 X, 2. 1292 P, 2. 1497 O, 5 wiederholte und ſelbſt 1605 IV, 49 beibehaltene Beſtimmung auch ſo aufgefaßt werden kann, in Zuſammenſtellung mit X, 3, daß wenn der Wirth dabei war, ohne Weiteres auch ſeine Schuld angenommen wurde, eben ſo gut als wenn er den Vredenbreker (ſo muß geleſen werden vgl. Cod. Hach III, 391 u. Sachſenſp. III, 91) hätte aufhalten können und nicht aufgehalten hat. Auch dieſe Beſtimmung würde unbegreiflich ſein, wenn man die Wildaſche Anſicht feſt hielte.

Digitized by Google

§ 80.

Beſchluß.

Endlich gehört zur Lehre vom Todtſchlage noch eine andere alte Beſtimmung, welche ſich zuerſt 1270 XII, 9 findet, und zwar buchſtäblich 1276 eod. 1292 P, 9 u. 1497 O, 4, 1 wiederholt wird, aber hier mit einem Zuſatze, und liegt offenbar die hier aufgeſtellte Theorie dem Statut von 1605 IV, 40 — 42 zum Grunde, welches ſich hier von dem Einfluſſe der Carolina Art. 147 freigehalten hat, und ſonderbarer Weiſe von Klefeker noch 1768 (Samml. Hamb. Geſch. 5, 470) gerühmt wird, daß es nicht „in das Gewirre von kritiſchen und Gefahrtagen, von abſoluter oder nur accidenteller Tödtlichkeit im Geringſten ſich eingelaſſen, und dadurch den Gerichten Qual erſpart, und verhindert habe, durch eine unnöthige Verwickelung der Begriffe manchen boshaften Todtſchläger von der verdienten Strafe zu befreien!“ Nach dieſer Beſtimmung hängt es lediglich von dem äuſſern und häufig ganz zufälligen Umſtande, ob der geſchlagene Mann, wenn er ſtarb, nachdem er legeraftig geworden, aufgekommen und nach der Zeit geſehen worden iſt von guten Leuten in der Kirche, auf dem Markt oder in der Badſtube[1]) ab, Diejenigen de ene ſlaghen,[2]) wegen Mord oder wegen Slaghe offte Wunden, offte he de hadde, zu beſtrafen. Man ſieht alſo auch hier ganz deutlich, daß unter ſolchen äuſſeren Verhältniſſen ſelbſt der vorſätzliche Todtſchläger mit der desfalſigen Strafe verſchont wurde, und man darf die Beſtimmung durchaus nicht als etwa einen Ausweg betrachten, den kitzlichen Fragen nach dem Cauſalitäts-Nexus zwiſchen Schlag oder Wunde und Tod auszuweichen, ſondern lediglich aus einer Geringſchätzung des ſubjectiven Verhältniſſes des oder der Thäter zur That, wenn daſſelbe nicht in äuſſerlich erkennbaren Umſtänden zu Tage lag.

---

1) Dieſe wurden für öffentliche Verſammlungsörter angeſehen, ebenſo wie die Mühlen, vgl. 1270 IX, 23 und die Parallelſtellen, und erklärt ſich dieſe Anſicht daraus, daß damals das Baden muß eine ſehr allgemeine und unter allen Ständen verbreitete Sitte geweſen ſein, wie es das jetzt erſt wieder ſeit einigen Jahren geworden iſt.

2) Es muß hier entweder mit 1276 u. 1292 ſloghen geleſen werden, oder mit Hach Cod. III, 401 gheſlagen.

Digitized by Google

Daß man vielmehr kein Bedenken trug, Aerzten die kritiſche Unterſuchung der Beziehung der Wunden oder Schläge zu dem darauf erfolgten Tode anzuvertrauen, beweiſt der erwähnte 1497 zuerſt vorkommende Zuſatz, wo ſie in dem Falle ausdrücklich angeordnet wird, wer de wundede man nicht legheraftich ghe= worden. Uebrigens beſtätigt auch dieſer Zuſatz, daß der Umſtand der Bettlägrigkeit als ein kritiſches geſetzlich beſtimmtes äuſſeres Kennzeichen der Zurechnung des Todes angeſehen worden iſt.

§ 81.

Zauberei. Vergiftung. Verrath und Ketzerei.

Durch dieſe Auffaſſung wird nun auch über ein anderes altes, freilich ſchon in der Praxis des 16. Jahrhunderts völlig misverſtandenes Ordel Licht verbreitet, das in den vier älteren Statuten 1270 und 1276 XII, 8. 1292 P, 8. 1497 O, 19 mit dem Cod. Hach III, 400. Stat. Stad. XI, 8 (Puf. I append. p. 226) Stat. Verdens. 151 (ibid. p. 125) Stat. Rigens. 151 (Puf. III, append. p. 271) Stat. Bremens. d. 1433 Stat. 88 (ed. Oelrichs p. 488) gleichlautend beſtimmt, daß, welcher Chriſt, Mann oder Weib, ungläubig iſt, oder mit Zauberei um= geht oder mit Vergiftung, unde mit der verſchen Daet begrepen werd,[1]) auf dem Scheiterhaufen verbrannt werden ſoll. Das Ordel ſchließt mit den Worten: Unde ſo ſchall men ock don enen Vorreder, wozu eine Handſchrift, nämlich die Bremerſche, von der Richey bemerkt, ſie ſei venerandae prae caeteris antiquitatis[2]), den höchſt merkwürdigen Zuſatz hat, der in allen andern, für ſpäter gehaltenen Handſchriften fehlt: unde eneme Kettere, de mit der ſchult begrepen **werden**. Es iſt ohne Weiteres klar, daß hier die beiden Zuſätze mit der verſchen Daet und mit der ſchult begrepen werden, das=

1) Hierin ſtimmt unſer Statut mit vielen andern alten Germaniſchen Rechten überein. Vgl. die Stellen bei Wilda Strafr. der Germanen S. 967. Uebrigens beziehe ich mich auf meinen aus= führlichen Vortrag über die Hamburgiſchen Hexenproceſſe.

2) Hist. Stat. Hamb. im Thes. iur. prov. I, 18 coll. 15. Man erſieht aus Anderſon Hamb. Privatr. I, 6 nicht, ob der Coder noch exiſtirt, und wo?

ſelbe ſagen (§ 70), und daß ſonach damit die äuſſere That, und nicht etwa die innere Verſchuldung gemeint wird, als in welcher der Angeſchuldigte begriffen ſein ſoll. Die Beſtimmung erklärt zur Beſtrafung der hier zuſammengeſtellten Verbrechen erforderlich, daß der Thäter unmittelbar bei Verübung der That muß angetroffen, und ergriffen ſein. Darin beſteht das für uns Bemerkenswerthe, daß die Verbrechen, bei welchen dies äuſſere geſetzliche Kennzeichen der Strafbarkeit angeordnet iſt, eben in ſolchen beſtehen, die ſich zunächſt durch eine innere Geſinnung oder Richtung, nämlich entweder gegen den chriſtlichen Glauben oder gegen die Gottheit oder gegen die Vaterſtadt und die Mitbürger, charakteriſiren, und bei denen daher die ſubjective Seite ihres Begriffs weſentlich hervortritt. Unſere Vorfahren blieben ſich alſo auch hier darin conſequent, daß ſie nur dann, wenn dieſe ſtrafbare Richtung mittelſt eines beſonderen und beſtimmt vorgeſchriebenen äuſſeren Erkennungszeichens in die äuſſere Welt hinaustrat, wenn das Verbrechen ſich darin gleichſam verkörperte, ſie mit einer Strafe belegten, und keine Abſtufungen weiter ſtatuirten. Das freilich blieb den Urtheilsfindern überlaſſen zu ſuchen, was in dem concreten Falle als eine ſolche That anzuſehen war, von welcher auf die ſtrafbare Geſinnung zu ſchließen, und welche darum als das Verbrechen zu betrachten war. Auch ſieht man hier deutlich in der Zuſammenſtellung, daß der Ausdruck Vergiftung nicht etwa für Giftmord zu nehmen iſt, ſondern vielmehr für Giftmiſcherei mit der Abſicht, Jemandem zu ſchaden oder gar nach dem Leben zu trachten. Uebrigens iſt es bei dieſen Verbrechen charakteriſtiſch, ſie mit dem Feuertode zu beſtrafen, wo vielleicht in der Strafe ſelbſt die Rückſicht auf die beſonders ſtrafbare Geſinnung angedeutet ſein mag. Von der neuſten Geſetzgebung im Statut von 1605 über dieſe Verbrechen IV, 2 und 3 genügt es hier zu bemerken, daß unverkennbar von den Redaktoren die Grundſätze der alten Beſtimmungen mehr in einem dunkeln Takt und blinden Gefühl getroffen, als in ihr Bewußtſein getreten ſind. Dann zwar verlangen ſie, daß durch die verbotenen Mittel von den Zauberern und Zauberinnen Menſchen oder Vieh an Leib und Leben ein wirklicher Schaden müſſe zugefügt, und durch den Verrath des Herrn, der Obrigkeit

oder überhaupt des Nächſten kundbar Unglück, hochſchädlich Unheil wirklich verurſacht ſein. Allein offenbar laſſen ſie ſich dabei wiederum von anderen, damit unverträglichen Theorien verleiten, dort das Abtreten von Gott und ſeinem heiligen Wort und das ſonderbare hochärgerliche Bündniß mit dem böſen Feinde ebenfalls als ſtrafbar zu erklären, wo man denn nicht weiß, worin die äuſſeren Erkennungszeichen dieſer inneren Geiſtesrichtungen gefunden werden ſollen, um nicht das Strafrecht in ein demſelben nothwendig verſchloſſenes Gebiet eindringen zu laſſen, hier aber die Strafbarkeit des Verraths von dem boshaftigen Gemüth und von dem wiſſentlichen Verhängen des Unheils abhängig zu machen, wodurch das Verbrechen faſt in das Gebiet derjenigen Thaten zurückgewieſen wird, welche ſtraflos bleiben müſſen, weil ſie entweder gar nicht zu erweiſen, oder doch faſt unmöglich ſind.

§ 82.

Injurien.

Es iſt noch eine Gattung von Verbrechen, welche in ihrer eigenthümlichen Behandlung von unſeren älteren Statuten beurkunden, daß nur dann die Geſinnung dem Strafrecht anheimfiel, wenn ſie in beſtimmten geſetzlichen äuſſeren Merkmalen ſich manifeſtirte. Dieſe Verbrechen kann man freilich mit dem Römiſchen Ausdruck der **Injurien** bezeichnen; nur darf man für die richtige Auffaſſung dieſer Ungerichte im alt Hamburgiſchen Rechtsſinne nicht dabei überſehen, daß theils hier der Begriff enger iſt, und namentlich Real-Injurien ausſchließt, welche vielmehr in einen ganz anderen Kreis (vergl. § 55 ff.) verwieſen werden, theils nicht an die Römiſchen Begriffe vom dolus und animus iniuriandi und an die darin enthaltenen Diſtinctionen irgend gedacht werden darf. Um mich nun unter dieſer Verwahrung des Ausdrucks zu bedienen, ſo enthält das alte Recht bis 1605 nur drei Ordele für Verbal-Injurien,

nämlich 1270 u. 1276 IX, 1, 1 vergl. 1292 M, 1. 1497 M, 3.
„ IX, 16. 1276 IX, 17 „ „ M, 13. „ M, 1.
und „ u. 1276 XII, 13 „ „ P, 13. „ M, 4.

Erſt im Statut von 1292 kommt noch ein viertes Ordel hinzu, nämlich M. 27 vergl. 1497 M, 2. Dieſe vier Ordele finden

Digitized by Google

ſich im Statut von 1497 als die erſten vier in dem Titel: van wedde vnde bote (Buße) zuſammengeſtellt, und beſtätigen die diesſeitige Anſicht, daß die Geſetzgebung unſerer Vorfahren die Verbalinjurien als beſondere Ungerichte behandelte.

§ 83.

Fortſetzung.

In dieſen Ordelen ſind mehrere äuſſerſt eigenthümliche Beſtimmungen enthalten, deren Charakteriſtiſches ſich jedoch leicht verwiſcht, wenn man ſie mit einem nur etwa durch das Römiſche Recht gebildeten Auge betrachtet. Uebrigens aber trifft auch hier alles Beſondere wieder in den allgemeinen Geſichtspunkten über Zurechnung zuſammen, die wir bisher in unſerem ganzen alten topiſchen Recht, gewiß auch zur Aufklärung des allgemeinen Nationaldeutſchen Rechtsgefühls, ermittelt haben.

Wir müſſen hier zuvörderſt wieder auf ein altes Nationalſächſiſches Princip recurriren, welches auf mehrere Beſtimmungen unſeres Stadtrechts ſeinen Einfluß ausgeübt hat, und deſſen ſchon oben einmal gedacht wurde (§ 11). Bei unſeren freien Vorfahren hatte eine auſſergerichtliche Aeuſſerung oder Zuſage gar keinen rechtlichen Werth. Es iſt ſchon von anderen Germaniſten befriedigend ausgeführt worden, daß die alten Germanen den im praktiſchen Leben und Verkehr aus mündlichen Verabredungen und Aeuſſerungen hervorgehenden, faſt unüberſteiglichen Schwierigkeiten, welche die Römer durch die ſtrengen Formen namentlich in ihren Stipulationen zu umgehen ſuchten, durch das einfache Princip auswichen, wonach auſſergerichtliche Verhandlungen an ſich unverbindlich waren. Mochte es auch noch ſo bekannt ſein, daß Jemand Etwas auſſer Gericht gethan oder geredet hatte, er hatte das Recht, mit einem Eide vor Gericht die Folgen davon abzuwenden, und wie groß auch die Zahl der Zeugen geweſen wäre, die man ihm gegenübergeſtellt hätte, ſie vermochten gegen dieſen ſeinen Eid nichts. Es war übrigens dies eines der drei Rechte von denen es noch im Sachſenſpiegel grade an der Stelle, die dieſe drei Rechte aufzählt (I, 18) heißt, daß die Sachſen dieſes dreifache Recht wider Karls des Großen Willen, und man kann aus ſpäterer Zeit hinzufügen, päpſtlichen Bullen zum Trotz, behauptet haben.

Dieſes Princip ward aber ganz insbeſondere bei ſolchen ehrenrührigen Aeuſſerungen mit großem praktiſchem Erfolge angewandt, welche nicht vor Gericht vorgekommen waren. Sie ſollten ſtraflos und überhaupt ohne rechtlichen Werth ſein. So ward denn 1270 IX, 16 und ſo gleichförmig durch alle vier älteren Statute (vgl. auch Cod. Hach III, 367) beſtimmt: Wenn Jemand über den Andern Nachtheiliges (Quad) hinter dem Rücken ſprechen, und dies vor ſeinen Augen nicht Wort haben[1]) würde, ſo ſoll er gar nicht in Anſpruch genommen, nicht einmal zu einem Eide gezwungen werden können. Bekennt er es aber, ſo ſoll er es beſſern durch Wette an das Gericht und Buße an den Kläger. Man verſteht dieſes Ordel unrichtig, wenn man meint, das Nicht Wort haben und das Bekennen ſei etwas Auſſergerichtliches geweſen. Wie würde man zu einer ſolchen Aeuſſerung Jemanden auſſer Gericht haben zwingen können? Vielmehr beſtimmt das Ordel, daß nur wenn Jemand etwas Nachtheiliges über den Andern vor Gericht demſelben ins Angeſicht ſagt oder wiederholt und beſtätigt, er, wie wir es nennen würden, zu Strafe und Erſatz angeſtrengt werden ſoll. Aeuſſert ſich Jemand beleidigend über einen Andern auſſer Gericht, ſo wird ein Unterſchied gemacht, ob er es ihm ins Geſicht, oder hinter deſſen Rücken geſagt habe. In dem erſteren Falle ſtand es zwar dem Beleidigten frei, ihn vor Gericht zu ziehen; allein er konnte ſich durch einen Eid, deſſen Inhalt übrigens nicht näher angegeben iſt[2]), von der Anſchuldigung und ſomit von aller Verantwortung losmachen. In dem letzteren Falle aber brauchte er nur ganz einfach zu erklären, er wolle es nicht geſagt haben, und es bedurfte für ihn nicht einmal eines Eides, wie doch in dem erſteren Falle.

---

1) Vorſaken vgl. § 11.

2) Es iſt möglich, daß in der Formel deſſelben die erſte Spur der ſpäteren Ehrenerklärung gefunden werden muß, wo denn die Wendung, die das neuſte Statut IV, 58 dafür vorſchreibt: „Daß er von dem Andern nichts Anderes, als was den Ehren gemäß, wiſſe zu achten und zu halten, nicht blos ihre Ineptheit verlieren, ſondern eine ganz vernünftige Bedeutung gewinnen würde.

Digitized by Google

§ 84.
Fortſetzung.

Dies Princip der Unverantwortlichkeit für auſſergerichtliche Aeuſſerungen war aber ebenſo gut wie das Recht, mit ſeinem Eide einer jeden nicht auf Handhaftigkeit beruhenden Anklage ſich zu entziehen (1270 VI, 12. 1276 VI, 20. 1292 G, 11. 1497 E, 5. vgl. mit 1270 VI, 5. 1276 eod. 1292 G, 5. 1497 E, 18[1]) nur das Vorrecht eines unberopen mannes. Wer verfeſtet oder ſeiner Unthat wegen beſchrieben und angezeichnet war[2]) hatte dies Vorrecht nicht. Daraus erklärt ſich denn eben die Vorſchrift 1292 und 1497, von der ſchon (§ 82) geſagt wurde, daß ſie 1270 und 1276 noch nicht, und die übrigens ſchon 1605 nicht mehr vorkommt, und auſſerdem gewiß auch jünger iſt, als das Statut von 1292, da der Artikel zu demſelben von einer anderen Hand hinzugeſchrieben iſt (vgl. Anderſon S. 322) und in dem Regiſter zu 1292 (vgl. Anderſon S. 233 — 251) fehlt. Hiernach ſoll eine leichtfertige, berüchtigte

---

1) Vgl. Cropp Crim. Beitr. 2, 2, 385. 400.

2) Vgl. darüber Cropp S. 401 ff., der aber in ſo fern die Sache unrichtig darſtellt, als er dieſe beiden Momente nicht für Kennzeichen der Berufenheit ſelbſt, ſondern als Umſtände neben dem üblen Rufe behandelt. — In dem Ausdruck beſchrieben würde man das Signalement unſerer Steckbriefe finden können, wenn es nicht auſſer allem Zweifel iſt, daß die Steckbriefe viel ſpäteren Urſprungs ſind, und die Signalements darin wiederum aus einer noch weit jüngern Zeit ſtammen. Ich habe in der hieſigen Criminal-Praxis eines Stockbriefes (sic) und zwar aus dem Kirchſpiel Vorſtell im Altenlande erſt v. J. 1607 Erwähnung gefunden, in einem zu Art. 17 P. IV Stat. gehörigen Falle einer Tödtung. Daß ſie aber derzeit noch nicht häufig in Uebung geweſen, beweiſt u. A. ein zu Art. 34 gehöriger Fall vom 9. Mai 1608, wo der Angeklagte, ein Hieſiger, in Lüneburg bleibt, um den Ausgang der Sache abzuwarten. Vgl. übrigens Mittermaier Deutſches Straf-Rechtsverfahren 1 § 72, der jedoch nur wenig für die Rechtsgeſchichte giebt. Biedermann im alten Archiv für Crim. Recht (Bd. 3 St. 3 S. 34) leitet den Urſprung der Steckbriefe aus Deutſchem Gerichtsgebrauch her, ohne die Zeit zu beſtimmen. Er derivirt den Ausdruck von Einſtecken, Verhaften, was mir nicht ganz wahrſcheinlich vorkommt.

Digitized by Google

Frauensperſon (vrouwens name) für unzüchtige Worte, die ſie gegen die Ehre und das gute Gerüchte einer ehrbaren Jungfrau, Wittwe oder Ehefrau (echten vrouwe) ſpricht, ganz beſonders beſtraft werden. Sie ſoll die Stadt verſchwören, nachdem ſie beſonders beſchimpft worden, doch wird dem Rath die Begnadigung ganz ausdrücklich hier vorbehalten, und ein Beweisverfahren geſtattet [3]).

§ 85.

Fortſetzung.

Bei gerichtlichen Aeuſſerungen beleidigender Art wurden jedoch noch weitere Unterſcheidungen gemacht. Zunächſt ſcheint man von Altersher die Beleidigungen vor dem Rath ſtrenger geahndet zu haben, als die vor dem Gericht oder auf dem Markte. Wenigſtens werden die Beſtimmungen von 1270 IX, 1, 1 u. 2 und XII, 13 in dem Regiſter zu 1292 (Anderſon pag. 245 und 248) ſo rubricirt: Wo en beteren ſcal dhe den anderen ſleit ofte vorachtet vor richte und oft en man dhem anderen ſprikt in ſine ere vor dheme rade, und 1497 nicht blos zuſammengeſtellt, ſondern auch ſo epitomirt: Wo jemande ſchendet int hogeſte vor gherichte, wo de betere und we jemande ſchendet int hogeſte vor deme rade, wo de beter. Allein darauf hat ſich der Unterſchied wohl nicht beſchränkt. Wir haben (§ 83) geſehen, daß unter Umſtänden ſchon das quad ſpreken gebeſſert werden ſoll, und ſo findet ſich auch 1270 und 1276 IX, 1, 2 die Vorſchrift, So we over [1]) untoghene Worde ſpreket vor Gerichte, de ſchall dat beteren mit 12 ß. Allein ſchon 1292 und ebenſo 1497 ſteht dafür ſceld wort, und in der erwähnten Epitome zu 1497 wird der Inhalt dieſer Vorſchrift ſo angegeben: Scheldinge vor gherichte ſcheen, beterd me myt twolf ſchillingen. Wenn man damit die bereits erwähnten Rubriken die von ſchenden int hogeſte reden, verbindet, ſo iſt nicht etwa der Unterſchied darin zu ſuchen, ob man ſich Schelt-

3) Die Vorſchrift iſt auch um deswillen merkwürdig, weil in derſelben des Kaaks und des Frohnen (nicht mehr Gewaltboten) Erwähnung geſchieht. In meinen Delinquentenliſten kommt der Kaak erſt 1576 vor.

1) Forſan legendum aver.

Digitized by Google

worte bedient habe, oder etwa gar, ob man ſich beſtimmter Scheltworte bedient habe (gegen eine ſolche Annahme ſtreiten die Inhaltsangaben und der ſchon 1270 vorkommende Zuſatz XII, 13 ofte jennigke Sake dergelyk, oder wie er 1292 P, 13 und 1497 M, 4 lautet ofte jenigher hande ſhake dhe an ſin ere ghinghe), oder ob man ſonſt etwas Ehrenrühriges gegen Jemanden geäuſſert habe, ſondern vielmehr darin, daß man ſich ſo ſtarker Ausdrücke zur Verunglimpfung eines Menſchen bedient habe, welche nach dem herrſchenden Sprachgebrauch die höchſte Ehrenkränkung enthalten, nämlich den Vorwurf unehelicher Geburt (Horen Sone), den der Unwahrheit (legen heet), den eines der größten Ungerichte (Deef, Mordere, Mordbrennere, Rovere, Velſchere, Meen Edere) ſich erlaubt, oder daß man nur gewöhnliche, weniger bedeutende Scheltworte ausgeſtoßen hat. Auch ſcheint dabei noch der Unterſchied gemacht zu ſein, daß vor Rath auf dem Hauſe jede ehrenrührige Aeuſſerung die höchſte Injurien-Strafe, nämlich die einer vorſate mit 12 Mark Penningen (vgl. § 67), und zwar unabweislich (vnde des en ſchall men eme nicht laten (vgl. § 64)[2]) traf, dagegen vor Gericht und auf dem Markte zwiſchen den Injurien die zwei Abſtufungen beobachtet worden ſind. Daß der Unterſchied vor Gericht gewiß gemacht wurde, beſtätigt ſich noch aus einer andern Beſtimmung, die gleichförmig 1270 und 1276 XII, 10. 1292 P, 10. 1497 O, 1[3]) wiederkehrt, und wonach gerichtliche Anſprache auf Duve, Raub, Mord oder ſonſtige Verbrechen, die an Leben oder Geſundheit gehen, für den niederfälligen Kläger mit drei Pfunden

2) In der Zuſammenſtellung dieſer Worte mit denen in 1292 M, 27. 1497 M, 2, wo ausdrücklich das Begnadigungsrechts des Raths gedacht wird, läßt ſich etwa annehmen, daß in dieſem beſondern Falle dies allgemeine, zuerſt 1292 und zwar für alle Rechtsſachen A, 5 vgl. 1497 A, 16 vorkommende, erſt durch den Receß von 1529 Art. 18 auf Criminalſachen beſchränkte Begnadigungsrecht des Senats ausgeſchloſſen ſein ſollte. Daß urſprünglich vom Rath dies Recht nicht in allen Fällen geübt werden konnte, beſtätigt ſich in ſo fern, als hin und wieder ausdrücklich daſſelbe geſtattet wird, wie z. B. in dem Falle § 84 a. E.

3) Vgl. Cropp Crim. Beitr. 2, 2, 395.

Digitized by Google

geſtraft wird, alſo der IX, 1, 1 auf ſolche Injurien auſſer dem den Rade to deſſer Stad Kore zu erlegenden 3 Mark Silber geſetzten, dem Vogt, dem Rath und dem Injuriaten zu zahlenden Strafe.

§ 86.

Beſchluß.

Es liegt über die Gränzen des gegenwärtigen Vortrages hinaus zu zeigen, wie unſere Geſetzgebung in der Lehre von den Injurien, namentlich in dem Receß von 1529 Art. 21 und ferner durch das Statut von 1605, in die alten Grundſätze weniger Römiſches Recht, als vielmehr die herrſchenden Anſichten, auch namentlich in Beziehung auf die Strafarten von Ehrenerklärung, Abbitte und Widerruf, eingemiſcht und verarbeitet hat. Für den vorliegenden Zweck genügt es jetzt noch hervorzuheben, wie die bisherige Darſtellung unſeres älteren, übrigens von andern Deutſchen zum Theil abweichenden Rechts ergeben hat, daß ſelbſt in dieſer Materie auf Abſicht oder Uebereilung gar keine beſondere Rückſicht genommen worden iſt, ſondern daß die, wiewohl ſich blos als eine öffentliche, charakteriſirende Strafe nur den Ort und den Umfang der Aeuſſerungen an ſich in Anſchlag brachte, und ſonſt auſſerhalb dieſer förmlich beſtimmten äuſſeren Umſtände keine Unterſchiede anerkannte. Jedoch braucht es damit gar nicht abgewieſen zu werden, daß bei dieſen Umſtänden einige allgemeine Rückſicht auf die Frechheit und Gefliſſentlichkeit genommen worden ſein kann, die darin liegt, daß Aeuſſerungen der Art eben auf dem Markt, vor Gericht, auf dem Rathhauſe vor dem Rath geſchehen, daß nicht einmal die Scheu vor der Würde des Orts oder der Anweſenden oder vor der Oeffentlichkeit davon zurückhielt. Allemal tritt auch hier wieder das alte Princip erkennbar hervor, das ſubjective Verhältniß nur in beſonders beſtimmten äuſſeren Merkmalen in Anſchlag zu bringen.

§ 87.

Nothwehr. Jugend. Geiſtiges Leiden.

Könnte nach den bisherigen Erörterungen noch ein Zweifel über unſere Auffaſſung der Lehre von der Zurechnung bei unſereren Vorfahren erhoben werden: ſo würde er vollends ver-

Digitized by Google

ſchwinden müſſen, wenn man erwägt, welche Behandlung bei uns Legislation und Praxis den Lehren von der Nothwehr, von der Unzurechnungsfähigkeit der Jugend und von gewiſſen geiſtigen Zuſtänden hat widerfahren laſſen. Wir werden in ſolcher Abſicht die topiſche Rechtsgeſchichte dieſer Lehren, ohne ſie irgend hier erſchöpfen zu wollen, etwas näher ins Auge faſſen müſſen.

Vor allen Dingen muß es da denn wohl ſehr auffallend erſcheinen, daß in keinem unſerer Stadtrechte vor 1605 eine Beſtimmung über Nothwehr oder über die Imputation der Kinder und Geiſteskranken oder Geiſteſchwachen vorkommt. Insbeſondere iſt dies Stillſchweigen in den beiden letzten Beziehungen gewiß nicht als bedeutungslos anzuſehen, da ſich im Sächſiſchen Landrecht ſchon derartige Beſtimmungen finden. Bekanntlich ſoll nach Sachſenſp. II, 65, 1 ein Kint binnen ſinen iaren niemals ſein Leben verwirken können, und iſt es ferner daſelbſt (III, 3) ausdrücklich verboten, über rechten toren vnd ſinneloſen man weiter zu richten, als hinſichtlich des von ihnen angeſtifteten Schadens. Freilich wenn man dieſe letzte Beſtimmung des Sächſiſchen Landrechts genauer ins Auge faßt, und alsdann unfehlbar darin eine Rückſicht auf Geiſtes- und Gemüthskrankheiten oder gar auf vorübergehende derartige oder verwandte Zuſtände des Gebundenſeins von Vernunft und Willen vermiſſen muß; wenn man ferner erwägt, daß Kinder nach dem Sächſiſchen Landrecht keineswegs als ſtraflos betrachtet worden ſind: ſo erkennt man, wie wenig auch nach den allgemeinen Volksbegriffen, die der Anhaltiſche Ritter auffaßte, die ſubjectiven Verhältniſſe des Thäters in Anſchlag kamen. Wilda, der in ſeinem Strafrecht der Germanen S. 644 ff. einen beſonderen Abſchnitt von den Wahnſinnigen hat, unter welchem concreten Begriff er die ſämmtlichen Geiſtesleiden und Geiſtesmängel zuſammenfaßt, kann ſelbſt nicht verkennen, daß man in dieſer Hinſicht in den alten Germaniſchen Satzungen, namentlich in der Graugans, „einer überraſchenden Rohheit“ begegne, deren Grund er freilich nicht darin, daß die Lehre von der Imputation bei ihnen noch nicht völlig in das rechtliche Bewußtſein eingedrungen war, ſondern in ihrer Anſicht von dem Wahnſinn ſucht, als

einer durch eigenes Verſchulden herbeigeführten Krankheit. Ebenſo wenig weiſt Wilda S. 640 ff. aus den alten Germaniſchen Rechten für die Strafloſigkeit von Kindern etwas weiter nach, als daß namentlich nach der Graugans der Todtſchläger unter 12 Jahren zwar nicht friedelos gelegt werden kann, aber für ihn doch Buße und Wette erlegt werden müſſen. Sehr charakteriſtiſch iſt in dieſer Beziehung unſer Ordel von 1270 V, 3[1]), welches mit 1276 V, 3. 1292 O, 3. 1497 D, 3 buchſtäblich übereinlautet, und nur verbietet, daß ein mannes hovet dhe neddem 18 Jaren is, keine Sache vor Gericht fordern noch antworten noch Gut auflaſſen noch vergeben kann ohne Vormund. Daß für Ungerichte und Friedensbrüche ein ſolches Manns-Haupt nicht hafte, davon findet ſich kein Wort.[2])

§ 88.

Strafloſigkeit. Speciell von Nothwehr.

Nicht minder bedeutungsvoll würde unſer altes Recht in ſeinem gänzlichen Ignoriren der Nothwehr ſein, wenn man die Stellen im Sachſenſpiegel (II, 14 u. 69) davon verſtehen, und alſo auch von dieſer Lehre im Sächſiſchen Landrecht eine Spur finden wollte, was man nicht kann, ſobald man die Stellen genauer prüft, und ferner wann man Wilda beiſtim-

---

1) Sonderbarer Weiſe fehlt dieſes Ordel im Rigaer Stadtrecht, kommt dagegen Stad. IV, 3 vor, wo es (Pufendorf I append. p. 189) mit dem unſrigen übereinſtimmend lautet.

2) Wenn für die Zuſtimmung zu einer erſichtlich auch vor Gericht oder doch vor Rathmannen geſchehenen Erbtheilung 1270 u. 1276 I, 12 unſere von Anderſon benutzten Handſchriften leſen neen Kind, dat benetten 20 Jaren is, ſo betrachte ich das als einen Schreibfehler, da ſowohl 1292 C, 8 als 1497 K. 11 dafür 18 Jare leſen, wiewohl Hach Cod. III, 253 Stat. Stad. I, 8 (Puf. I, app. p. 174) und Rig. 10 (Puf. III, app. p. 227) auch 20 haben. Wenigſtens ſcheint mir Homeyers Hypotheſe in unſerer obigen Geſetzſtelle gar keinen inneren Anhalt zu haben und auch an ſich zu ſpitzfindig zu ſein. Freilich erklärt ſich von der hier von mir vertheidigten Anſicht abweichend Lappenberg zum Billw. Landr. Art. 48 Anm. 35.

Digitized by Google

men wollte, welcher Strafr. der Germanen S. 564 meint, überhaupt habe auch dies Strafrecht die Nothwehr gekannt und kennen müſſen, was Beides nicht wohl einzuräumen iſt. Mir ſcheint vielmehr richtiger und conſequenter die Annahme, daß überhaupt unſern älteſten Vorfahren in Deutſchland, nebſt allen ihren Germaniſchen Stammverwandten ſtolz, muthig, rachſüchtig, unverſöhnlich, den rechtsphiloſophiſchen Fall der eigentlichen Nothwehr, d. h. die genau nach dem Grade des Angriffs abgemeſſene, alſo auf eine kaltblütige Berechnung beruhende oder doch zurückzuführende Vertheidigung in rechtlicher Beziehung nicht gekannt haben, weil ſie ſie undenkbar gefunden haben würden. Wer ihren Haus- oder ihren Stammfrieden zu ſtören, ihr Gut und Blut anzutaſten wagte, gegen den kannten ſie keine Gränzen der Rache und des Zorns, und ſomit trat hier jedesmal, wenn eine Tödtung geſchah, der Fall ein se defendendo oder necessitate cogente, wovon Wilda S. 231 Anm. 2 S. 563 ff. die Geſetzesſtellen[1]) nachweiſt, und mit Recht von Abegg, der daſelbſt in ſ. Unterſ. aus dem Gebiete der Strafr. W. S. 379 ff. beſonders S. 284 blos Fälle einer reinen Nothwehr finden will, abweicht, allein darin eben Unrecht hat, wenn er es undenkbar erklärt, die Germanen ſollten Tödtungen aus Nothwehr beſtraft haben. Daß ſogar in weit ſpäteren Zeiten, als bereits das Chriſtenthum ſeine Segnungen verbreitet hatte, und das Volk in Städte gezogen war, noch von keiner Strafloſigkeit der Nothwehr in den Geſetzen und wohl auch in der Gerichtspraxis die Rede iſt; daß ſich hier die feinen Diſtinctionen des Römiſchen Rechts, ja ſelbſt der Carolina keinen Eingang verſchaffen konnten, daß ſich die Geſetzgebung von 1605 nach dem Vorgange der damaligen hieſigen Praxis[2]), ſelbſt noch begnügt,

---

1) Namentlich nach Pertz, heißt es in einer Handſchrift der Capitularien a. 805 in Theod. villa c. 5: Et si aliquis post pacificationem alterum occiderit, componat illum, si se defendendo fecerit vgl. L. Luitpr. c. 20.

2) Ich kann davon mehrere Fälle aufweiſen, die übrigens manches Eigenthümliche darbieten. Der mir bekannte älteſte Fall, wo die Einrede der Nothwehr geltend gemacht worden iſt, hat das Merk-

Digitized by Google

nur einer von den verſchiedenen Arten einer rechtmäßigen Vertheidigung, eben der Nothwehr, und ſelbſt dieſer nur in zwei Fällen, nämlich bei Tödtungen und gegen den Dieb, und ferner nur als einer Einrede zu gedenken: das Alles weiſt auf die Allgewalt des urſprünglichen Charakters unſerer Volksrechte hin, und man darf noch jetzt ſagen, daß jene feinen Diſtinctionen, über welche die Doctrin mit ſich heutiges Tages im Klaren iſt[3]), noch immer nicht in das Bewußtſein des Volks ein-

---

würdige, daß der Angeklagte Tewes Bone ungeachtet des verübten Todtſchlags nicht verhaftet, auch die Sache wie eine Civilſache im N.G. Ordelbuche rubricirt wurde. Die N.G. Findung vom 13. Oct. 1589 erklärte, er habe des 140. Artikels der Carolina zu genießen, ſolle jedoch den Rechten ſchlechtinge vnd Wunden beſſern. Sie ward von der königl. Gewalt an den Rath geſcholten, der am 17. ſtatt der Geldſtrafe auf dreijährige Verweiſung aus Stadt und Gebiet erkannte. In der Sache von Rotger Stridtholdt ward dagegen die N.G. Findung vom 4. Auguſt 1591 vom Rath am 6. confirmirt, und dieſer Todtſchläger von der Todesſtrafe wegen bewieſener Nothwehr abſolvirt, aber ſchuldig erklärt, „das Wehrgeld zu erlegen und zu bezahlen." Ein anderer Todtſchläger, Otto Freſen, ward in der N.G. Findung vom 15. Nov. 1591 nach Carolina Art. 139 wegen Nothwehr abſolvirt, allein nachdem vom Rath am 3. Dec. auf lebenswierige Verfeſtung unter Androhung der Lebensſtrafe bei Wiederbetretung des friedloſen Bodens erkannt worden, am 4. Decemb. verläutet. Von dem Falle von Jürgen Wolters beſitze ich nur die N.G. Findung vom 2. Auguſt 1598, welche wegen Nothwehr den Todtſchläger Schlachten und Wunden zu beſſern verurtheilte. Eben ſo die Findung vom 22. März 1596 wider Peter Gerdouw, confirmirt vom Rath am 30. April, vom 27. Auguſt 1599 wider Claus Wreden, vom 10. Dec. 1599 wider Hinrich von der Hülde, vom 14. April 1600 wider Hans Ratkens. Dieſe Praxis iſt ſich auch noch 1605 gleich geblieben, wie ich dies mit ſpeciellen Findungen, z. B. wider Hans Nollen vom 9. Februar 1609, wider Frederich Meyer vom 18. April 1610, wider Matthias Wieſen vom 3. Sept. 1610 nachweiſen kann. Die ſpeciellere Ausführung dieſer auch ſonſt intereſſanten Rechtsfälle, ſo wie anderer, wo die Einrede der Nothwehr verworfen wurde, muß ich einen beſondern Vortrage vorbehalten.

3) Mir ſcheint die Behandlung dieſer Materie in Wächter's Lehrb. d. Strafr. Th. 1 S. 83 ff. beſonders zweckmäßig und erſchöpfend.

gedrungen, ſondern das Reſervat der Gerichtsperſonen und Anwälde bis zur Stunde geblieben ſind. Um ſo weniger kann es befremden, daß im ſechszehnten Jahrhundert in unſerer Praxis mehrere Fälle vorkamen, wo über Nothwehr von Niedergericht und Rath durchaus widerſprechende Entſcheidungen ausgegangen und zum Vollzug gekommen, allemal aber es feſtgehalten iſt, daß die Nothwehr nur eine Einrede begründe, welche von dem Angeklagten ausdrücklich vorgeſchützt werden muß, und deren factiſche Grundlage ſonſt unbeachtet bleibt [4]).

§ 89.

Jugend und Geiſtesleiden.

Eben ſo wenig hat ſich das neuſte Statut über die althergebrachten Anſichten erheben können, indem es nur beim Todtſchlag für den „Unſinnigen oder den Minderjährigen, der 14 Jahre ſeines Alters noch nicht erreicht", und nichts weiter als die Beſtimmung hat, daß ein ſolcher „aus bewegenden Urſachen" mit der ordentlichen Strafe des Todtſchlags verſchonet werden ſoll. Unmöglich kann man Gries (2, 336) beipflichten, wenn er als die Quellen dieſer Beſtimmung l. 12 D. ad l. Corn. de sicariis (48, 8) und die Carolina (Art. 150 § 2. 164) angiebt, und mit Recht hat die Concordanz in der neuſten Ausgabe des Statuts dieſe Quellenhäſcherei verſchmäht. Die Praxis ſowohl derjenigen Zeit, welche dem neuſten Statut zunächſt fällt, als der ſpäteren und ſpäteſten hat die Beſtimmung ſo aufgefaßt, daß keineswegs wegen Unzurechnungsfähigkeit eine Strafloſigkeit, ſondern nur eine Strafmilderung eintrat, und daß allemal ein gerichtliches Erkenntniß die Maaßregeln verfügte, welche zur Verhütung ferneren Schadens abſeiten Geiſteskranker ꝛc. erforderlich erachtet wurden: zum beſten Beweiſe, daß auch hier die alten Anſichten von der ſubjectiven Seite des Verbrechens ſich bis in die neuſte Zeit behauptet, und das Statut eine denſelben entſprechende Auslegung fortdauernd erfahren hat. Klef. Samml.

4) So auch im alten Lübiſchen Recht Hach IV, 51. In dieſer Hinſicht giebt jetzt Zöpfl umſtändliche Details Arch. d. Crimr. 1842 S. 118 ff.

Hamb. Geſ. 5, 447, der übrigens den ungewöhnlichen Ausdruck Zueignung für Imputation gebraucht, ſcheint gar nicht daran zu zweifeln, daß in ſolchen Fällen ſelbſt eine „ſichere Verwahrung“ von unſeren Gerichten erkannt werden müſſe.

§ 90.

Caſuiſtik. Fälle von beſtraften Minderjährigen.

Zur Minderjährigkeit habe ich in meiner Sammlung über den älteſten Fall nur die dürftige Notiz in einem Delinquenten-Regiſter: 1576 d. 5. Auguſt wurden zwei Jungens, das waren Diebe, am Kaak geſtrichen und verwieſen. Nach Stelzner 2, 392 ward ferner am 8. Auguſt 1581 einem Jungen Hans Tolch beim Strohhauſe der Kopf abgeſchlagen, weil er dem Rathmann Gevert Delmhorſt die Fenſter eingeworfen. Man ſtrafe dies, bemerkt Stelzner, darum bei uns ſo ſtrenge, weil von Auſſen keine Fenſterladen, und alle Glasfenſter nach der Straße freiſtänden, deshalb die Miſſethat ſo leicht verübt werden könne. Der nächſte Fall iſt v. J. 1590. Nach dem Delinquenten-Regiſter ward ein Holländiſcher Junge in der Hecht geſtäupt und verwieſen. Dazu gehört vermuthlich das Senats-Erkenntniß vom 8. Mai 1590, welches die N.Gerichtliche Findung vom 6. dahin reformirt, daß der Knabe David Peterſen auf 5 Jahre aus der Stadt verwieſen werden ſoll. Doch nach dem älteſten N.G. Ordelbuche, das wir noch haben, lautete die N.G. Findung vom 4. Mai, indem ſie bemerkte, er ſei wegen mehrerer Diebſtähle mit ſeinen Mithelfern gefänglich eingezogen, und führe für ſich an, daß er erſt 15 Jahre alt, dahin, weil er der That geſtändig, und ſein Bekenntniß nicht benenet (sic),[1] ſei er in der Frohnerei zu züchtigen, und dieſer Stadt auf 5 Jahre zu verweiſen. Sonderbar iſt es, daß Joachim Berckhane von wegen der Königl. Gewalt, nicht aber der Ang. dieſe Findung an den Rath ſchalt[2]).

Gegen Michael Locher (ein junk Bent, heißt es in der Findung) erkannte das Niedergericht am 1. Juni 1590 der begangenen Duffte halber auf Züchtigung mit Ruthen am Pranger

1) Soll wohl heißen: nicht läugnet, nicht verneinet.

2) Vgl. meinen Vortrag über unſere Vehmgerichts-Acten § 22 Num. 5.

und Stadtverweiſung. Er war wegen hier und an andern Orten begangener Diebſtähle angeklagt, und, weil ſie von ihm zu verſchiedenen Zeiten begangen, und über 16 ß betragen, auf Anwendung der im Art. 162 der Carolina und Stadtrecht O, 17 angedroheten Strafe (Strang) gegen ihn angetragen, vom Vertheidiger aber nur die Jugend des Verbrechers vorgeſchützt worden. Auch hier ſchalt nur die königliche Gewalt die Findung an den Rath, welcher mittelſt Erkenntniſſes vom 5. Juni 1590 die N.G. Findung vom 3. (sic) reformirte, und den Angeklagten zur Ruthenzüchtigung in der Frohnerei und „Verfeſtung aus dieſer Stadt und Gebiet zu ewigen Zeiten" verurtheilte.

§ 91.

Fortſetzung.

Noch findet ſich im Deliquenten-Regiſter die Angabe: „1595 Dec. 1 wurden Hans Ehlers und Chriſtoph Richters, das waren zwei Jungens, enthauptet. Sie hatten auch zwei Jungens todtgeſtochen." Allein es fragt ſich, ob dieſer Fall hierhergehört. Wenigſtens wird es durch einige Umſtände zweifelhaft, wiewohl er für unſeren Gegenſtand im Allgemeinen nichtsdeſtoweniger ſein Intereſſe behält. Die Original-Erkenntniſſe des Senats vom 28. November, wo der eine Chriſtopher Writer heißt, confirmiren die Nieberg. Findung vom vorigen Mittwoch. Nach dem N. G. Ordelbuche war Ehlers angeklagt, Lorenz Peterſen neulich binnen dieſer guten Stadt ermordet zu haben, er ſei in Haft gerathen, und habe ſich auf dem gehaltenen Straßenrechte zu dieſer That bekannt. Der Angeklagte bat um ſeines armen Weibes und Kinder willen (!) Gnade, indem er ſich auf ein zu verlaſſendes Zeugniß bezog, um eine Nothwehr darzuthun. Der Entleibte und deſſen Bruder hätten ihm heftig zugeſetzt, auch einmal durch die Hand geſtochen, und zweimal am Kopf verwundet, des Entleibten Bruder habe die Mishandlung angefangen. In der Replik heißt es, hier fehlten die Art. 139. 140 erforderten Requiſite der Nothwehr. Die N. G. Findung vom Mittwoch den 26. November 1595, am 28. vom Senat lediglich confirmirt, lautete wegen des begangenen Todtſchlags auf das Schwert nach Stadtrecht (von 1497) O, 6. Chriſtopher

Writer war angeklagt, Andern das Ihrige geſtohlen zu haben, deshalb er auch vor dieſer Zeit zu zwei unterſchiedlichen Malen mit Ruthen in der Frohnerei gezüchtigt, und aus Stadt und Gebiet verwieſen ſei[1]). Danach habe er Hieronymus Schmidt bei dem Strohhauſe mit einem Meſſer verwundet, davon er alsbald geſtorben. Er entſchuldigte ſich mit Minderjährigkeit. Die N. G. Findung vom 26. November 1595, confirmirt vom Rath am 28., ging wegen ſeiner Mishandlung und begangenen Todtſchlags auf Schwert nach Stadtrecht O, 6.

§ 92.

Fortſetzung.

Julius Oſs, vom Fiscal angeklagt, neulich Chriſtoffer Lange in Hans Luders Schiffe, welches auf dem freien Elbſtrom neben Freiburg auf den Wind gelegen, jämmerlich verwundet zu haben, daß dieſer etliche Tage danach geſtorben, wandte ein, die Verwundung ſei nicht aus Vorſatz, Eifer, Haß oder Neid geſchehen, ſondern aus Scherz. Es hätten die beiden minderjährigen Knaben, die ſich auf dem Schiffe als Brüder gehalten, mit den Meſſern zuſammen geſcherzt, und der Eine dem Andern in das Meſſer gehauen, der Entleibte hätte geſeſſen, und der Gefangene vor ihm geſtanden. Als der Gefangene

1) Zufolge des älteſten vorhandenen N. G. Ordelbuches war er früher ebenfalls angeklagt worden, zu vielen unterſchiedlichen Malen andern ehrlichen Leuten das Ihrige geſtohlen und entwandt zu haben, wie ſolches ſeine Urgicht, zu der er ſich im Gericht freiwillig bekannt, beweiſe, ſo wie er auch vor dieſer Zeit allhier wegen Diebſtahls gefänglich eingezogen, und damals in der Frohnerei mit Ruthen gezüchtigt, auch angelobt, ſich der Stadt und deren Gebiets, bis er ſich beſſern würde, zu enthalten, ſolches nicht geachtet, und ſich wieder in dieſe Stadt begeben. Nach der N. G. Findung vom 22. Januar 1595 ſollte er am Kaake mit Ruthen gezüchtigt, und danach dieſer Stadt und derſelben Gebiets zu ewigen Zeiten verwieſen, und da er hernachmals auf dem friedloſen Lande betreten würde, an ſeinem freien Höchſten geſtraft werden. Die Findung ward von Verkhan wegen des Rechten ſofort an den Rath geſcholten, welcher auf Züchtigung in der Frohnerei am 24. Januar, ſonſt Verfeſtung mit dem Anhange der Strafe am freien Höchſten bei nachmaliger Betretung auf friedloſem Lande erkannte.

Digitized by Google

mit dem Meſſer zugehauen, ſei der Entleibte aufgeſprungen, und ſo habe ſich der Unfall begeben. Die N. G. Findung vom 20. November 1598, welche im Namen der königlichen Gewalt ſofort an den Rath geſcholten ward, lautete wegen ſolcher Mishandlung auf zehnjährige Verweiſung aus Stadt und Gebiet. Das Weitere von dieſem Falle fehlt mir.

Anneke Jenſen, welche als Magd bei Falſchmünzern gedient, ward peinlich angeklagt, die falſchen Markſtücke auf ihrer Frau Angeben nicht allein beſchnitten, ſondern auch unter die Leute gebracht zu haben, wie ſolches ihr Bekenntniß ausweiſe, wozu ſie ſich gerichtlich bekannt. Sie entſchuldigte ſich damit, daß ſie von ihrer Frau dazu gezwungen worden, das Geld auszugeben; ſie habe das Geſchen Mollers und noch einer Frau zu Oldeslo geklagt, wodurch es ausgekommen, ſie habe keine Kleider oder Schuhe davon gehabt, und ſei minderjährig. Die N. G. Findung vom 6. Auguſt 1599 ging dahin: Daß die Angeklagte wegen ihrer Mishandlung zuerſt in der Frohnerei gezüchtigt, und danach dieſer Stadt und Gebiet verwieſen werden ſolle, es wäre denn daß der Rath ſie begnadigen wolle. Dieſer reformirte die Findung am 5. October, und erkannte, daß die Angeklagte von der angeſtellten Klage zu entfreien.

§ 93.

Fortſetzung.

Claus up dem Have ward vom Fiſcal Berckhan im Namen der königlichen Gewalt und der verordneten Landherren des Billen- und Oſſenwerders zu Recht peinlich beklagt, daß er andern ehrlichen Leuten das Ihrige geſtohlen und entwendet, wie ſolches ſeine Urgicht und Bekenntniß beweiſe, wozu er ſich freiwillig bekenne. Sein Procurator wandte ein, daß er leider durch den Satan und von ſeinem Vater und Mutter verführt, ein armer wahnſinniger Menſch, der noch unmündig, und Alles, was er gethan, aus Armuth geſchehen, auch geringſchätzige Parcelen, auch wenig davon genoſſen. Die N. G. Findung vom 14. Jan. 1600 beſtimmte, daß der Angeklagte wegen ſeiner Mishandlung mit Ruthen in der Frohnerei gezüchtigt, und danach dieſer Stadt und Gebiet verfeſtet und verwieſen werden ſoll. Dieſe Findung

Digitized by Google

ſchalt Berckhan Namens ſeiner Herren Principalen ſofort an den Rath, welcher am 18. übrigens ſie confirmirte, und nur die Züchtigung am Kaak anordnete.

§ 94.

Beſchluß.

Von Fällen nach 1605 will ich nur drei hervorheben. Ausweiſe des alten N. G. Ordelbuches von 1589 ward Joachim Wullenwever peinlich beklagt vor etlichen Jahren Paul Abraham in dieſer guten Stadt mit einem Meſſer jämmerlich vom Leben zum Tode gebracht zu haben, ausweiſe des gerichtlich zu verleſenden Klagzettels. Er wurde von ſeinem Procurator damit vertheidigt, daß der Balbier den Klagzettel ſchreibe, wie ihm berichtet werde, der Angeklagte habe dem Entleibten die Wunde nicht gewrogt, er ſei damals übrigens ein Knabe von 14 Jahren geweſen, und habe mit dem Entleibten in Ungutem durchaus nichts zu thun gehabt.

Procurator Jante zeigte Namens Jacob Kopken wegen ſeines Sohnes Bartold Kopken an, dieſe Sache ſei vor dieſer Zeit hier gerichtlich diſputirt, damals habe der Angeklagte die Sache auf Kopken, weil er mit dabei geweſen, bringen wollen, weshalb Kopken ein Zeugniß führen laſſen und zu verleſen gebeten, woraus zu erſehen, daß Kopken den Stich nicht gethan, weswegen er ſich verhoffen wolle, daß Kopken von der angeſtellten Klage zu entfreien, und ſei er erbötig, ſich mit den Gerichtsverwaltern in Gnaden abzufinden.

M. Peter Moring berichtet, daß er aus des Entleibten Munde gehört, daß Joachim Wullenwever ihm den Stich gethan, deswegen er den Klagzettel ſo geſchrieben.

Der Fiſcal replicirte, der Balbierer habe es aus des Todten Munde gehört, daß der Angeklagte ihm den Stich gethan, und ſei dieſer auch alsbald nach geſchehenem Niederſchlage weichhaftig geworden, und wäre wickafftig foeth handtafftige thadt, und weil da nicht mehr Perſonen als drei zuſammen geweſen, und davon der Eine entleibt, und der Entleibte auch nicht mehr als einen Stich gehabt, und der Balbierer Zeuge, daß er von dem Stich geſtorben, als wolle er priora repetirt haben.

Des Angeklagten Procurator brachte dagegen vor, der Angeklagte ſei aus Furcht weichhaftig geworden, und habe mit Bartold Kopken nichts zu ſchaffen. Er beklage auch denſelben nicht, und ſei kein Zeuge dabei geweſen, der ſagen könne, daß der Angeklagte den Stich gethan.

Die N.G. Findung vom 24. Januar 1610, die der Fiſcal ſofort an den Rath ſchalt, ging dahin: Daß der Angeklagte darthun ſolle, daß er damals, als die Entleibung geſchehen, ſein 14. Jahr noch nicht erreicht, und ſoll auf den Fall Stadtr. 4, 22 und 24 § ult. zu genießen haben, und dieſer Stadt und deren Gebiet auf 5 Jahre lang verwieſen werden. Weiter kommt der Fall nicht vor.

Das Deliquenten-Regiſter erzählt: 1676 den 16. März, an einem großen allgemeinen Buß- und Bettage, recht während der Nachmittagspredigt begab es ſich, daß einige Jungen beim Dovenfleth mit Löpern ſpielten. Als ſie ſich mit einander erzürnen, zieht der eine Schelm ein Meſſer aus, und ſticht es dem andern Jungen in die Bruſt, daß er davon ſtarb. Weil der Thäter nun noch gar jung und unverſtändig war, ſo ward er von der Wache ergriffen, und auf Befehl des Richters nach dem Zuchthauſe gebracht, um Zeit Lebens allda zu bleiben.

K l e f e k e r (Samml. Hamb. Geſ. 5, 337) berichtet von einer ganzen Bande von Jungens unter 14 Jahren, die unter einem älteren Heerführer in neueren Zeiten (1768) ſich im Stehlen verſucht, und die Erfahrung bis zum Einſteigen und Einbrechen getrieben hatte, und von der dieſer zum Galgen, jene zum Spinnhauſe condemnirt worden. Dagegen behauptet er von ſeiner Zeit (ſ. S. 447), von Todtſchlägen durch Minderjährige trügen ſich bei uns keine Exempel zu.

§ 95.

Fälle von beſtraften geiſtig Schwachen oder Kranken.

Von beſtraften Verbrechen g e i ſt i g S ch w a ch e r und K r a n k e r finde ich aus älterer Zeit folgende Beiſpiele. Vor 1605 nur dieſen: Thomas Meyer war vom Fiſcal Namens ꝛc. peinlich angeklagt worden, freventlicher muthwilliger Weiſe nicht allein zwei Frauensperſonen gewagt zu haben zu jagen, und mit ihnen

ſeine Unzucht treiben zu wollen, ſondern auch ein junges Mädchen in der Kirche St. Nicolai genothzüchtiget und damit ſeine Schande getrieben und alſo das Gotteshaus verunreinigt zu haben. Der Fiſcal bat um Lebensſtrafe nach Stadtrecht O, 10. In der Defenſion ward bemerkt, der Angeklagte ſei ein vnwitziger armer alferer minſche, der ſeiner Sinne ſelbſt nicht mächtig, und verſtehe nicht, was er rede und thue. Es erfolgte ohne Weiteres die N. G. Findung vom 5. Mai 1600 dahin: Daß der Angeklagte wegen ſolcher Mishandlung acht Tage mit Waſſer und Brot auf „Renßborch" gezüchtigt, und danach in der Frohnerei mit Ruthen geſtrichen werden ſolle. Der Fiſcal ſchalt die Findung an den Rath, welcher auf Ruthen-Züchtigung am Pranger und Verfeſtung aus dieſer Stadt und deren Gebiet zu ewigen Zeiten am 9. Mai erkannte.

§ 96.

Fortſetzung.

Weit größer iſt die Zahl ſolcher Beſtrafungen nach Publication des Statuts von 1605. Schon der Bürgermeiſter Möller erwähnt in ſeinem Commentar zu dieſem Statut IV, 23 eines Falles von der Gretke Segers, wovon ich das Senats-Erkenntniß vom 1. April 1614 beſitze, das ſo lautet: Auf angeſtellte Peinliche Klage des Rechtens g. u. w. dieſe Gefangene und Angeklagtin erkennt E. E. Rath allein beſchehenen Vorbringen nach zu Rechte, daß die am 16. März im N. G. ergangene Findung aus bewegenden Urſachen zu declariren ſei, als ꝛc., dergeſtalt und alſo, daß die ꝛc. ihrer begangenen Mishandlung halber mit dem Schwerte am Leben geſtraft, der Leib unter ein Rad begraben, und der Kopf darüber auf eine Stange geſteckt werden ſolle. Bürgermeiſter Möller bemerkt, ſie habe ihre Mutter getödtet, ſei aber ſo glimpflich beſtraft, ex causis iudicem moventibus, quia saepe mentis non fuit compos. Man hatte hier alſo das Geſetz (IV, 22) dahin berückſichtigt, daß die Muttermörderin nicht, wie es Art. 23 vorſchreibt, mit glühenden Zangen gezwickt und lebendig gerädert worden war! Das Urtheil ward am 4. April an der Magd vollzogen.

Digitized by Google

Vermuthlich gehört hierher auch ein älterer Fall von 1608. In dem alten N.G. Ordelbuche von 1589 heißt es: Gretken Siuers ward vom Fiſcal peinlich angeklagt, vor dieſer Zeit in Hurerei und Unzucht gelebt zu haben, darüber ſie denn geſchwängert worden, und habe die Angeklagte ſolches Alles verhehlet, und nicht, wie ſich es gebühre, eine Bademutter beſtellt. Alſo ſei durch der Beklagtin Verwahrloſung das Kind ums Leben und todt zur Welt gekommen. Unter Bezugnahme auf Art. 132 der P. H. G. O. bat der Fiſcal Ruthenzüchtigung und lebenswierige Verfeſtung.

Ihr Procurator wandte ein, daß es nicht zu erweiſen ſei, daß ſie das Kind ums Leben gebracht. Es ſei ihr als einer jungen Perſon, die unerfahren vnd faſt nicht Sinrick, ungerade gegangen, und das Kind, wie die Bademutter ſolches gezeugt und ausgeſagt, todt zur Welt gekommen.

Procurator Mengart zeigte im Namen der Verwandten der Beklagtin an, daß ſie als eine junge Perſon ſolches Alles nicht verſtanden, ſie habe in einem Brauhauſe gedient, und ſchwere Arbeit gethan, dabei einen Anſtoß bekommen, und ſei das Kind zu früh zur Welt gekommen.

Der Fiſcal replicirte, ſie habe das Kind genommen und in die Lade gelegt, wo es auch gefunden worden. Daraus gehe ihr halsſtarriges Gemüth genugſam hervor.

Gefunden, daß die Angeklagtin wegen ihrer Mishandlung mit Ruthen am Pranger gezüchtigt, und danach dieſer Stadt und deren Gebiet zu ewigen Tagen verwieſen werden ſoll.

Dieſe Findung ſchalt der Angeklagten Procurator ſofort an den Rath. Actum 1. Juni 1608. Reformata: Und ſoll zu ewigen Tagen verwieſen werden, 3. Juni 1608.

Wegen des Falles der Anneken Cordes, welche vom Rath am 24. April 1635 auf Rath der Leipziger Juriſtenfacultät zu Ruthenzüchtigung und lebenswieriger Verfeſtung wegen Kindesmordes verurtheilt ward, ungeachtet ihr Defenſor F. Barſoenius furorem mentis in partu allegirt ſ. Vegeſack ad 1605 IV, 23. Ueber dieſen Franciscus Barſoenius ſ. Anderſon Hamb. Privatr. 4, 96 u. 110. Man muß den Vornamen bemerken, weil die hieſige Geſchichte mehrere Barſoenius kennt, vgl. daſ. S. 106. 110.

Digitized by Google

§ 97.

Fortſetzung.

Den nächſten hierher gehörigen Fall habe ich mir aus Stelzner notirt, und kann ich nur auf dieſen verweiſen 3, 933 ff. Am 15. Juni 1668 ward hier ein Studiosus Theologiae, des Boten aus Kopenhagen Sohn Hieronymus Schulte, von einem andern Studioso, der eines vornehmen Mannes Sohn aus Kopenhagen, aber nicht allzu richtig im Kopfe war, erſtochen. Der Thäter wurde auf den Baum, und nach der Zeit ins Zuchthaus gebracht. Seine Eltern bezahlten alle Koſten.

Aus den Spinnhaus-Protocollen habe ich folgenden Fall entnommen: „Am 28. März 1682 ward N. N. aus Hamburg, alt 34 Jahr, von E. E. Rath laut Urtheil condemnirt, Zeit ſeines Lebens in dieſem Hauſe zu ſitzen, weil er auf dem Peſthofe Jemanden erſtochen.“ Es heißt, um dies recht auffallend erſcheinen zu laſſen, unterm 2. Nov. 1685: „Er iſt, weil er ganz unſinnig, wieder nach dem Peſthofe gebracht.“

Aber der folgende Fall von 1687 muß ſchon zu ſeiner Zeit viel Aufſehen erregt haben, indem ich ihn mehrerwärts erwähnt finde. Schreining zum Stat. IV, 23 gedenkt deſſelben mit unrichtiger Zeitangabe. Das Urtheil des Raths gegen Catharina Steinhäuſerin aus Hambnrg, alt 33 Jahr, des Procuratoris (das Spinnhausbuch ſagt Obergerichts-Advocaten[1]) Steinhäuſer Ehefrau, iſt vom 19. Juli 1687. Schreining bemerkt, ſie habe ihr Kind grauſam ermordet (ihm die Kehle abgeſchnitten), und melancholiam hernach probiret, testantibus physico et subphysico; auf Verſchickung der Acten nach 3 Univerſitäten ſei ſie unanimiter von allen dreien am Leben pardoniret, propter delirium melancholiae (?) aber ad dies vitae ins Spinnhaus condemniret, ne noceret sibi vel aliis. Nach dem Spinnhaus-Protocoll lautete das Straferkenntniß dahin, daß ſie in dieſem Hauſe auf ihre Unkoſten in einer Kammer apart Zeit ihres Lebens ſitzen ſolle, und ſie ward durch den Scharfrichter ins Gefängniß gebracht.

---

1) Es wird dies der 1676 beeidigte advocatus ordinarius Albert Georg Steinhäuſer ſein. Vgl. Anderſon Hamb. Privatr. 4, 105.

Digitized by Google

1707 am 12. April, nachdem ſie ſo faſt 20 Jahre geſeſſen hatte, iſt ſie vermöge Senats-Decret vom 8. April freigegeben, nachdem laut Extractus Cautionis Protocolli vom 9. April drei Bürgen ſich verſchrieben, daß die Steinhäuſer vor der Hand bis auf weiteres Decretiren des Raths in des einen Bürgen Behauſung unter genauer Aufſicht bleiben, und ſich auſſerhalb des Hauſes auf der Gaſſe nicht ſehen laſſen ſolle. „Sie ward demnach auf Anloben und Verſprechen, ſolchem nachzukommen, nach abgeſtatteter Urphede (!) entlaſſen.“

§ 98.

Fortſetzung.

1718 den 31. Januar kam ein nach den neueren pſycholo-giſchen Erfahrungen wegen der Pyromanie äuſſerſt bedenklicher Fall vor. Es ward damals eine junge Dirne, 18 Jahr alt, Cathrin Dorthe Tiegers, weil dieſelbe zum dritten Male auf Brandſtiftung in ihres Herrn Hauſe begriffen worden, enthauptet und darauf der Körper zu Aſche verbrannt.

Den Fall des Krämers Daniel Sottmann, der zuweilen traurigen und tiefſinnigen Gemüths geweſen war, und plötzlich ohne alle Veranlaſſung ſeinen vierjährigen Stiefſohn mittelſt eines Meſſers tödtete, erzählt Kleſeker Samml. Hamb. Geſ. 5, 447 ff. Ungeachtet der Defenſor ausdrücklich die exceptionem melancholiae opponirte, ward derſelben im O. G. Urtheil vom 12. December 1725, welches übrigens die N. G. Findung vom 10. reformirte, nicht einmal Erwähnung gethan, ſondern „aus gemildertem Rechte“ auf die Schwertſtrafe erkannt.

Ein anderes Senats-Erkenntniß vom 2. November 1736 lautet dahin: In Peinl. Sachen des Rechtens Fiscalis in Criminalibus ex officio inquirentis und Peinl. Anklägers entgegen und wider N. N., Gefangene, Inquiſitin und Peinlich Angeklagte, erkennt E. E. Rath auf vorhin genommenen Schluß der Acten zu Recht: Daß die im N. G. am 1. October jüngſthin abgegebene Findung zu confirmiren, folgendergeſtalt und alſo, daß die Angeklagte wegen der an einem fünfjährigen Knaben aus ſchwerer Melancholie begangenen Entleibung vorkommenden Umſtänden nach zwar mit der Todesſtrafe nicht zu belegen, gleichwohl aber,

Digitized by Google

damit ſie künftighin weder ihr ſelbſt noch Andern Schaden zufügen möge, in hieſiges Spinnhaus auf Lebenslang bewahrlich zu ſetzen ſei. Wie ꝛc.

Ein fernerer Fall vom J. 1737 iſt von Klefeker 5, 460 ff. mitgetheilt. Ein ehemaliger wohlhabender Kaufmann, Nicolaus Lipſtorp, von Jugend auf an Melancholie leidend, hatte in dieſem Gemüthszuſtande einen Bettler mit einem Hirſchfänger tödtlich verwundet. Er ward durch das Senats-Erkenntniß vom 17. Mai 1737, welches die N. G. Findung vom 15. confirmirte und extendirte, in die Gerichts- und andere verurſachte Koſten, und zu ſeiner Bewahrung auf dem hieſigen Peſthofe verurtheilt, wo er aus ſeinen eigenen Mitteln zu verpflegen ſei. Doch ward dieſe Verfügung auf Interceſſion von Frau und Kindern deſſelben am 11. October zur Zeit ſuſpendirt, und eine umſtändliche Anweiſung ertheilt, wie er in ſeinem eigenen Hauſe unter Aufſicht aufbewahrt werden ſollte.

Am 10. Juli 1739 confirmirte und extendirte der Rath in einer andern Sache die N.G. Findung vom 25. Mai dahin, daß Gefangener ſeiner in actis zur Genüge beſcheinigten „vieljährigen Schwermuth und tiefen Melancholie" halber mit der vom Fiscal gebetenen Todesſtrafe zwar zu verſchonen, jedoch derſelbe zur allgemeinen Sicherheit und Verhütung anderweitigen Unglücks auf Lebenslang in hieſiges Spinnhaus in ſichere Verwahrung zu ſetzen ſei. Er iſt daſelbſt 1748 verſtorben.

Der Fall von Lucas Wiegers, einem Fourier, der mittelſt Piſtole und Brodtmeſſers ſeinen Bruder Chriſtoph Wiegers, einen Theologen, ermordet, und das Responsum einer mediciniſchen und juriſtiſchen Facultät wegen Strafloſigkeit um ſeines Gemüthszuſtandes willen, ſo wie die entſprechende N. G. Findung vom 13. Nov. 1747 für ſich hatte, aber vom Rath am 11. Dec. zur Schwertſtrafe verurtheilt wurde, iſt umſtändlich von Klefeker 5, 449 ff. erzählt, der die Relation des Raths-Referenten mit bloßem Votum consultativum (vielleicht ſeine eigene Arbeit) und das danach erwirkte Urtheil des Raths mittheilt.

Digitized by Google

§ 99.

Fortſetzung.

Ebenfalls liefert die letzte Hälfte des vorigen Jahrhunderts mehrere hierhergehörige Fälle. Den der Engel Sellenſchloen, welche ihr jüngſtgebornes Kind im Tiefſinn mit einem Meſſer umbrachte, erzählt wiederum Klefeker 5, 462 ff. Das N.G. erkannte am 27. Jan. 1755 auf das Schwert, aber das Obergericht ſprach ſie am 6. Juni von der Todes-, wie auch ſonſt von einer Leibesſtrafe los, und verfügte ihre Verwahrung auf dem Peſthofe für Rechnung des Mannes, wo ſie nach einigen Jahren verſtarb.

In einem andern Falle wurde vom Rathe am 6. Juli 1759 die am 11. Juni abgegebene N.G. Findung resp. confirmirt und reformirt, und erkannt, daß, „da ex Actis hinlänglich erhelle, daß die Gefangene und Angeklagte nicht aus einem böslich gefaßten Vorſatze, ſondern vielmehr bei einer völligen Unſinnigkeit und durch ſchwermüthige und ängſtliche Gedanken geſchwächten Gemüthskräften ihr uneheliches Töchterchen entleibt, ſie zwar mit keiner Strafe zu belegen, jedoch aber zur Verhütung alles ferneren, ſowohl für ihre Perſon als Andere zu beſorgenden Unglücks, in dem hieſigen Spinnhauſe, bis ihre Gemüthsbeſchaffenheit ſich erweislich völlig geändert haben wird, aufzubehalten ſei." Sie ward demgemäß ins Spinnhaus geſchafft.

Am 17. Juli 1778 confirmirte der Rath in einem andern Falle die N.G. Findung vom 3., daß die Gefangene als Mörderin ihres leiblichen Kindes in Betracht ihrer zur Tiefſinnigkeit und melancholiſchen Stille geneigten Gemüths-Beſchaffenheit mit der vom Fiscal gebetenen Todesſtrafe zwar nicht zu belegen, jedennoch aber, da dieſelbe aus Verzweiflung zu ſolcher unnatürlichen Miſſethat ſich hinreiſſen laſſen, daß ſie mit Vorſatz ihrem halbjährigen unmündigen Sohne mit einem Meſſer über den Hals und ſolchergeſtalt die Luftröhren abgeſchnitten, auf Lebenszeit ins Spinnhaus zu ſetzen ſei. Dies geſchah, und am 5. April 1787 ward ſie nach Ableiſtung der Urfehde und Stadtverſchwörungseid mit Capitän N. nach Philadelphia transportirt.

Hierher wird auch der Fall zu rechnen ſein, wo der Rath am 11. Juni 1779 die N.G. Findung vom 7. Mai dahin resp.

confirmirte und reformirte, daß die Angeklagte zwar ihrer ſchweren epileptiſchen Zufälle halber mit der verdienten Leibesſtrafe nicht zu belegen, dagegen aber, da ſie ſich die bereits zu dreien Malen erfolgte Beſtrafung ihrer Diebereien und die ihr zugleich zuerkannt geweſene Verfeſtung ſo wenig zur Warnung dienen laſſen, daß ſie vielmehr ſchon des nämlichen Tages, da ſie die Urfehde abgeſchworen, und nachher verſchiedentlich den friedloſen Boden wiederum meineidiger Weiſe zu betreten, und von Neuem zwei Diebſtähle auf hieſigem Gebiete auszuüben ſich erfrecht, auf 25 Jahr ins Spinnhaus zu ſetzen, und nachmals Zeitlebens zu verfeſten ſei.

In einem ſpäteren Falle ward am 15. Mai 1789 vom Rath die N.G. Findung vom 4. März dahin confirmirt und extendirt, daß der Gefangene wegen des im Anfall eines vorübergehenden delirii melancholici an einem ſechsjährigen Knaben verübten Todtſchlags zwar weder mit der vom Fiscal gebetenen Todes- noch auch ſonſt mit einer Leibesſtrafe zu belegen, jedoch theils zur Sicherſtellung des Publikums, theils auch in Betracht, daß er zu der Zeit, da er die Gefährlichkeit ſeines Gemüthszuſtandes noch zu beurtheilen fähig war, nicht nur keine Mittel zur Verhütung unglücklicher Wirkungen deſſelben angewandt, ſondern vielmehr letztere durch den befolgten Hang zur Trunkenheit noch befördert und beſchleunigt, mithin wenigſtens in ſofern alle Zurechnung und Strafbarkeit ſeiner That nicht elidirt (!) werden mögen, derſelbe zur ſicheren Verwahrung und bei mäßiger Arbeit auf Lebenszeit in das Spinnhaus zu ſetzen ſei. Dies geſchah; aber in der Nacht auf den 30. October 1790 erhängte er ſich in ſeiner Schlafkoje, und ward in der Stille danach beerdigt.

Das letzte mir bekannte Urtheil der Art im vorigen Jahrhundert gab der Rath am 13. Septbr. 1793 ab, indem er die N. G. Findung vom 10. Juli vorkommenden Umſtänden nach dahin reformirte, daß die Angeklagte, obwohl ſie ihre ihr wohlbewußte Schwangerſchaft verheimlicht, und den Tod des von ihr gebornen Kindes durch deſſen Behandlung veranlaßt, dennoch in Rückſicht auf die in den Acten vorkommenden, ihren körperlichen Zuſtand ſowohl als ihre Geiſtesſchwäche betreffenden beſonderen Umſtände, und bei daher nicht Statt findender Zurechnung dieſer

Handlungen mit der Todesſtrafe nicht zu belegen, ſondern zur ſicheren Verwahrung auf Lebenszeit in das hieſige Spinnhaus zu ſetzen ſei.

§ 100.

Beſchluß.

Es wird angemeſſen ſein, nicht die Fälle der Art aus dem jetzigen Jahrhundert hier aufzuzählen. Als Beweis aber, wie wenig man ſich bei uns auch ſelbſt in neuerer Zeit zu einer klaren Anſicht von der Zurechnungslehre hat erheben, und von den älteren Grundſätzen losreiſſen können, mag ein Extract des Raths-Protocolls vom 5. März 1819 dienen, worin dem damaligen Polizeiherrn aufgetragen wird, den Arreſtaten N.N., da er durch ſein gewaltthätiges Betragen als ein höchſt gefährlicher Menſch erſcheint, vorgängig auf ein Jahr zu mäßiger Arbeit ins Zuchthaus zu ſetzen, jedoch ihn von dort nicht eher zu entlaſſen, als bis aufs Neue ein Gutachten der Herren Physici über ſeinen Gemüthszuſtand ad Acta gebracht worden.

Wer mit der Rechtsgeſchichte unbekannt, und nicht aus den hier gegebenen Erörterungen darüber aufgeklärt iſt, wie man von Altersher bei uns gewohnt geweſen iſt, die Zurechnungslehre aufzufaſſen, der muß die ganze hier (§ 90 ff.) gegebene Caſuiſtik unbegreiflich finden. Sie würde unſtreitig noch auffallender ſein, wenn nicht, wie von mir ſchon früher einmal[1]) gerügt wurde, bis auf die allerneuſte Zeit herab ebenſo wenig Adminiſtration und Juſtiz überhaupt von einander getrennt gehandhabt, als insbeſondere das Begnadigungsrecht in einem von der Rechtspflege durchaus abgeſonderten Acte ausgeübt worden iſt.

§ 101.

Beſtrafung todter Menſchen.

Unmöglich kann dieſe Darſtellung geſchloſſen werden, ohne zu zeigen, zu welchen enormen Extravaganzen noch in einem ganz ſpeciellen Punkte die Art und Weiſe geführt hat, wie unſere Vorfahren die Materie von der Zurechnung auffaßten. Wir haben uns zwar davon überzeugt (§ 25 und 38), daß man auch an

1) Meine Beiträge zur Rechtsphiloſophie § 86.

willens, ja an lebloſen Gegenſtänden ein Strafrecht ausübte. Allein jetzt werden wir hier einige Fälle erfahren, wo mit einer uns empörenden Conſequenz ſich daſſelbe an Leichnamen von Menſchen geltend gemacht hat. Es verdient bemerkt zu werden, daß meine derartige Sammlung die erſten Fälle nicht früher als aus dem ſechszehnten Jahrhundert aufweiſen kann, alſo wiederum aus einer Zeit, welcher die willkührlichere Anwendung der Tortur und die blutigen Hexen-Verfolgungen bei uns zum Vorwurf gereichen [1]). Indeſſen hat die gerichtliche Verfolgung der Todten ganz unſtreitig ſchon im dreizehnten Jahrhundert Statt gefunden [2]).

Unterm 12. oder 18. September 1573 bemerken meine Delinquentenliſten, man habe den Capitän der damals hingerichteten Seeräuber, Rode Clauß, der ſich der Strafe dadurch entzogen, daß er bei Wegnahme ſeines Schiffes über Bord geſprungen, todt vor das Gericht geführt, und ſeinen Kopf ebenfalls, wie den der übrigen, in der Reihe auf einen Pfahl genagelt.

In der einen dieſer Liſten wird erzählt: 1578 den 14. Januar ward Cordt Boſche in einem Sarge todt vor das Gericht geführt, und ward über ihn die Sentenz gefällt, ward alſo von da ab hinaus unter den Galgen gebracht, aus dem Sarge genommen, und mit dem Laken darin gehenkt. Die Handſchrift fügt hinzu: „Andern zum Exempel.“ Stelzner 2, 383 bemerkt, des Scharfrichters Knecht habe die Execution beſchafft.

Beide Manuſcripte haben einen ferneren Fall der Art: 1585 den 12. November des Morgens um 9 Uhr ward Jochim Schutte in ſeinem Sarge todt aus ſeinem Hauſe geholt auf einer Schlöpe von den Büttelknechten, und vor das Niedergericht geführt, da ward ihm ſeine Sentenz geſprochen. Von da ward er auch vor das oberſte Gericht geführt, und in die Audienzſtube gebracht vor den ganzen E. Rath, und ward daſelbſt das Ordel confirmirt. Er ward des folgenden Montags heute bei dem Gerichte geführt

---

1) Man vergl. meine Vorträge über dieſe Gegenſtände.
2) Vergl. Cropp Crim. Beitr. 2, 2, 329 und 383.

recht auf den Mittag, und daſelbſt mit dem Sarge auf das Feuer geſchmiſſen und verbrannt. „Urſache war, daß er Münze verfälſcht hatte.“

Von einem andern Falle beſitze ich noch die Original-Urtheile des Raths. Auf angeſtellte Klage des Rechten gegen und wider Wilcken Vetten den Gefangenen und Angeklagten, erkennt E. E. Rath zu Recht: Daß die am jüngſtverwichenen Mittwoch im Niedergerichte ergangene Findung billig zu reformiren und zu erklären, als E. E. Rath dieſelbe hiermit ꝛc. dergeſtalt und alſo: Daß der Gefangene ſeiner Mishandlung halber mit Feuer am Leben geſtraft und verbrannt werden ſoll. V. R. W. Pronunciatum Veneris 7. Mart. 1589. Dieweil auch aus den gerichtlich producirten und verleſenen Urgichten und Bekenntniſſen erfindlich, daß des Gefangenen Wilcken Vetten geweſene und verſtorbene Hausfrau ſich dieſer ſtrafbaren Mishandlung vornehmlich theilhaftig gemacht, ſo ſoll derſelben todter Körper wiederum ausgegraben und mit Feuer verbrannt werden. V. R. W. Pronunciatum Ven. 7. Mart. 1589.

Das geſchah denn auch am 11. März. Das eine Delinquenten-Verzeichniß ſagt: „Das Weib ward mit dem Sarge auf das Feuer geworfen. Vette das war ein Hexenmeiſter.“

§ 102.

Fortſetzung.

Ueber einen ſpätern Fall variiren die Zeitangaben. Da ich aber das Original-Erkenntniß des Raths beſitze, ſo kann ich beſtimmt behaupten, daß er in das Jahr 1589 gehört [1]). Daniel Holſten, ſonſt Boje genannt, ein Schreiber auf dem Rathhauſe, hatte Schmähbriefe gegen den Rath als ſeine ordentliche Obrigkeit an unterſchiedliche Herren und Fürſten geſchrieben, war auch mit verrätheriſchen Werken umgegangen. Er ward deshalb in die Frohnerei geſetzt, woſelbſt er ſtarb. Man führte ihn, wie eins meiner Delinquenten-Regiſter ſagt, todt aus der Hechte vors Gericht, und wurde dort das Urtheil über ihn gefällt. Auch

1) Auch Stelzner 2, 393 theilt die Umſtände in Uebereinſtimmung mit den Delinquenten-Regiſtern mit.

confirmirte der Rath am Mittwoch den 8. October 1589 die N. G. Findung dahin, daß dem todten Körper deſſelben vorerſt die rechte Hand abgeſchlagen, und an den Kaak genagelt, und imgleichen der Kopf abgehauen und auf einen Staken genagelt, und der Körper in vier Theile getheilt, und an unterſchiedliche Oerter vor dieſer Stadt Thore geſetzt, und danach das Eingeweide mit Feuer verbrannt werden ſollte. Dies ward zufolge der Delinquenten-Liſten in der Art ausgeführt, daß der todte Körper am 11. October nach dem Kaak gebracht, dort die rechte Hand abgehauen, und an den Kaak genagelt, der Leichnam darauf hinaus auf das Rundeel geſchafft, hier der Kopf abgehauen, der Rumpf auf eine Bank gelegt, erſt das Eingeweide aus dem Leibe geriſſen und auf das Feuer geworfen, das Uebrige in vier Theile gehauen wurde. Den Kopf nagelte man auf einen Pfahl, und ſteckte ihn „oben dem Steinthor aus, ¼ ward aus dem Winſerthurm, ¼ aus dem Schaarthor, ¼ aus dem Dammthor und ¼ aus dem Millernthor geſtecket, zum Exempel Anderer.“

Aus dieſem Delinquenten-Verzeichniß habe ich auch folgende Notiz: „1594 den Freitag nach St. Catharinen (25. Nov.) ward Gretje Wippers, als ſie in der Hechte[2]) geſtorben, todt hinausgeführt bei dem Gerichte, und allda verbrannt. Sie war eine Hexe.“

Danach kommt der Fall, wovon ich ſowohl die Niedergerichtliche Findung als auch das Raths-Erkenntniß beſitze, und welcher die Promptheit unſerer Juſtiz beweiſt, damit die Verweſung des Leichnams nicht die Strafvollziehung vereitelte, ſo daß Niedergericht und Obergericht an einem und demſelben Tage erkennen, was ſelbſt derzeit ſo auffallend gefunden ſein muß, daß im N. G. Urthelbuche ausdrücklich angemerkt wird: Confirmata eodem die a Spectabili Senatu. Die N. G. Findung vom 11. Juni 1610 lautet ſo: Im Rechten gefunden. Nachdem Hans Lange Fiscalis im Namen der Kön. Gewalt und des Rechten Peinl. beklaget Anncken Peterſen alias Püſtemakerſche, daß die Angeklagtin vor etlichen Jahren aus böſem Vorſatz von

2) S. oben § 64 Anm. 3.

Gott und ſeinem heiligen Wort vergeſſentlich abgefallen, und aus dem Bunde, den ſie mit Gott in der heiligen Taufe geſchloſſen und aufgerichtet, getreten und mit dem böſen Feinde eine neue hochärgerliche Verbündniß gemacht, und ſich mit demſelben vermiſcht, wie ſolches Alles aus ihrer Urgicht zu erſehen; dieweil denn nun eine ſolche hochſchädliche Mishandlung und Austretung in gemeinen beſchriebenen Geiſtl. u. Weltl. Rechten hochverboten und ſolche Leute in der Gemeine Gottes nicht zu dulden, der Satan ihr auch in der Frohnerei das wohlverdiente Lohn gegeben und den Hals umgedrehet, als bat er zu erkennen, ob nicht die Angeklagtin Andern zum Abſcheu und Exempel auf einer Schlöpe hinausgeführt und ihrer Verwirkung nach mit Feuer verbrannt werden ſolle.

Worauf gefunden, dieweil aus der verleſenen Urgicht zu erſehen, daß die Angeklagtin den Bund, ſo ſie mit Gott in der heiligen Taufe geſchloſſen und aufgerichtet, zerriſſen und eine neue Verbündniß mit dem leidigen Satan aufgerichtet, ſo ſoll der todte Körper hinausgeführt und mit Feuer verbrannt werden.

Dieſe Findung hat Hans Lange Fisc. pro confirmatione alſofort an Einen Ehrb. Hochw. Rath geſcholten. Actum 11. Juni 1610.

Auf dieſen Fall nimmt ein andrer Bezug, deſſen Protocoll hier ebenfalls mitgetheilt zu werden verdient, um die Sache vollſtändig zu überſehen: David Breckewoldt ward vom Fiſcal Peinl. angeklagt mit Ilſabe Duckers in Hurerei und Unzucht gelebt, dann auch ſeine eheliche Hausfrau zuerſt braun und blau geſchlagen und danach jämmerlich ermordet, und ihr den Hals umgedrehet zu haben, wie dies die Urgicht beweiſe, zu der der Angeklagte ſich gerichtlich bekannt, und die er zu verleſen bat. Weil nun eine ſolche erſchreckliche erbärmliche Mordthat in gemeinen beſchriebenen Rechten und der P.H.G.O. Carls V im 137. Art. und in dieſem Stadtr. 4, 23 zum höchſten verboten, ſo bat Fiſcal Lebensſtrafe.

Des Ang. Proc. wandte exc. et def. ein, die Mitgefangene Ilſabe Duckers habe den Gef. verleitet, und müſſe ihm gewiß etwas beigebracht haben, daß er nicht von ihr laſſen können, und daß ſie ihm je und alle Wege damit in die Ohren gelegen, daß

Digitized by Google

man das Weib umbringen ſolle, wie ſie denn auch zu dero Nothdurft von der neulicher Tage verbrannten Zauberin 2 Punjen mit Rottenkraut erlangt, ſo ſie ſeit Faſtabend bei ſich gehabt, wie dann auch ſeiner ſo dreiſt geworden, daß ſie, wenn er geſchlafen, bei ſeiner Büchſe gegangen und ihm das Geld herausgenommen, und wenn ſie darum zur Rede geſtellt, habe ſie geantwortet, ſie habe es ſeiner Hausfrau gegeben, und habe das gefangene Weib und des Ang. Hausfrau übel Haus gehalten und in zwei Tagen eine Tonne Bier ausgetrunken, und als ſie darum zur Rede geſtellt, darauf geantwortet, das habe die ſchwarze Katze gethan. Weil nun das todte Weib eine abſcheuliche böſe loſe Beſtie geweſen, die ſich täglich voll und toll geſoffen, auch mit wicken vnd boten umgegangen, die auch ihrem Ehemann bei dem Kufe oftmals mit einem bloſſen Meſſer überlaufen und ihn erſtechen wollen, wie ſie dann auch auf einmal ihres eigenen Ehemannes Taſſhaken ausgezogen und ihm damit gedroht und der arme Gef. aus menſchlicher Blödigkeit und Schwachheit und aus Ingebung des böſen Geiſtes und Anreizung des mitgefangenen Weibes zu ſolcher Mishandlung verführt, als ward um ein gnädig Urthel gebeten.

Die N. G. Findung vom 4. Juli 1610: Daß der Ang. wegen ſeiner Mishandlung mit dem Schwerte gerichtet, der todte Körper auf ein Rad gelegt, und das Haupt darauf gelegt werden ſolle.

Dieſe Findung hat Fiſcal und des Gef. Proc. ſofort ꝛc.

Ebenfalls ward Ilſabe Dückers Peinl. angeklagt: Sie habe mit Breckewoldt nunmehr ganze 2 Jahr lang in Hurerei und Unzucht gelebt, auch Rath, That und Vorſchub dazu gethan und Breckewoldt angereizt, ſeine Hausfrau jämmerlich zu ermorden und den Hals umzudrehen, wie ſie denn auch von der jüngſt verbrannten Zauberin einen Punjen mit Rattenkraut empfangen, womit ſie Breckewoldts Frau vergeben wollen. Alles vermöge ihrer Urgicht, wozu ſie ſich gerichtlich bekannt und die er zu verleſen gebeten. Er bat nach P. H. G. O. Art. 176 und 177 Schwertſtrafe.

Die N. G. Findung von demſelben Tage: Die all. Art. der P. H. G. O. bei Würden, und ſoll ſolchen Art. zufolge die

Digitized by Google

Ang. mit dem Schwerte am Leben geſtraft werden. Der Ang. Proc. ſchalt ſofort ꝛc.

Der Rath confirmirte an demſelben Tage dieſe Findung dahin, daß der Angeklagten todter Körper auf einer Schlöpe hinaus geführt, und mit Feuer verbrannt werden ſolle.

Ein anderes Raths-Erkenntniß vom 20. April 1619 beſtätigte die am 19. ergangene Findung wider Abelcken Dabelſteins, Gefangene und Angeklagte, nunmehr aber Verſtorbene, dahin, daß gemeldeter todter Körper auf einer Schlöpe hinaus an die Mahlſtatt geführt, ins Feuer geworfen, und verbrannt werden ſollte.

Hierher gehört auch der Fall in den Delinquentenliſten vom 14. Januar 1656, wo eine Hure, welche geſtorben und ſchon begraben war, wieder ausgegraben, und nach der Schindergrube gebracht wurde, weil man erfahren hatte, daß ſie ihr eigen Kind umgebracht. Ferner der Fall vom 1. Februar 1687: „Am 26. Januar hatte in Billwärder ein geweſener Gärtner (alias Brauer), Namens Marcus Kohne (ein anderes Manuſcript lieſt Koch) eine ſehr gräuliche und ſo leicht nicht erhörte That begangen, indem derſelbe nicht allein ſeinen beiden Söhnen die Gurgel abgeſchnitten, ſondern ſich ſelbſt auch einen ſehr abſcheulichen Stich mit einem Meſſer, maaßen er damit in der Bruſt gleichſam herum gewühlet, dergeſtalt beigebracht, daß, da man den 29. über ſolche ermordete Kinder Gaſſenrecht gehalten, er kurz darauf geſtorben, über welche grauſame That den 31. das Gericht gehegt, und dem Thäter zuerkannt, daß er den 1. Februar durch den Schinderknecht hereingeführt, ſodann auf einer Schlöpe nach dem Gericht geſchleppt, und auf ein Rad geflochten werden ſolle, wie denn auch ſolches Urtheil dato zwiſchen 12 und 1 Uhr an ihm vollzogen iſt.“

In einem Delinquenten-Verzeichniſſe finde ich noch folgende Fälle: „1691 den 29. November ward der Bauhofſchreiber Carſten Rode, nachdem er in der Frohnerei Morgens ermordet in der Koje gefunden worden, durch den Frohn auf der Schlöpe hinausgebracht, und unter dem Galgen begraben [1].“

---

1) Leonhard Wächter hiſtor. Nachlaß 2, 37 ff.

„1695 den 16. November ward ein alter Kerl, Hans Ditmars geheißen, aus der Frohnerei auf der Schlöpe todt herausgebracht, und beim Gericht eingeſcharrt. Er hatte ſeine eigene Frau auf dem Peſthofe, da ſie ihm zu eſſen gebracht, erſtochen, und als er in die Frohnerei geſetzt, iſt er allda ſchleunig am Schlage geſtorben.“

§ 103.

Beſchluß.

Aber weit der merkwürdigſte Fall iſt der von dem Banko-Buchhalter oder Bankſchreiber Johann Alldach [1]). Schon im J. 1695 war der Verſatz von Juwelen durch einen Iſraeliten Meier Marx bei der Bank, welche dadurch in Schaden verſetzt war, ein Gegenſtand bürgerſchaftlicher Verhandlungen [2]), und hier die Banko-Deputation zur Erſtattung des Schadens pflichtig erachtet, auch eine Unterſuchung angeordnet worden, in deren Folge die Bürgerſchaft am 16. September 1697 den Beſchluß faßte, welchen der Rath ſich gefallen ließ, daß der Bankoſchreiber Alldach während der Unterſuchung auf dem Eimbeckiſchen Hauſe, wohin er im Auguſt gebracht war, in Haft bleiben ſollte. Am 29. November ſtarb er daſelbſt, und ward am 1. December auf St. Annen Kirchhof begraben. Darauf zwang die Bürgerſchaft in dem Convente vom 2. December den Rath zu genehmigen, daß Alldach fiscaliſch angeklagt, und der todte Körper vor Gericht geſtellt werden ſollte. Am 15. December Abends gegen 8 Uhr ward der Körper daher ausgegraben, und im Sarg vor das Niedergericht geſchleppt, welches ſeine Sitzung hielt, ungeachtet es Gerichtsferien waren, was für etwas Merkwürdiges und Ungewöhnliches galt. Nachdem dort die Findung über ihn geſprochen war, und er wieder zurück gebracht werden ſollte, war eine große Menge Volks auf den

---

1) Vgl. Stelzner 4, 215 ff. 228 ff. Wächter hiſt. Nachl. 2, 36 ff. Wygand Nucleus Recessuum s. v. Johann Alldag. Auſſerdem habe ich mein handſchriftliches Delinquenten-Regiſter benutzt.

2) Vgl. Vortrag über Tortur § 34.

Straßen verſammelt, und der Haufe bemächtigte ſich des Leichnams, und warf ihn ſammt dem Sarge von der Zollenbrücke über das Geländer ins Fleeth[3]). Am 16., alſo Tags darauf war die Bürgerſchaft wieder verſammelt, und machte dem Rath einen Vorwurf darüber, daß die Vorführung ſo ſpät geſchehen, wodurch die Unordnung veranlaßt ſei. Darüber ward bis zur Septuplik verhandelt, und der öffentliche Druck des Falles verlangt. Die Verhandlung wurde in den ſpäteren Conventen fortgeſetzt, bis der ſ. g. Receß von 1699 und ſpäter die Kaiſerliche Commiſſion den Aufregungen ein Ziel ſetzte. Vergl. Bartels Nachtrag S. 235 ff. Syndicus Wagner († 1714) ſagt in ſ. handſchriftlichen Adnotatt. in Comp. Schutzii Lauterbachianum 48, 2 von der Procedur gegen Alldach: Quod ab omni humanitate quam erat alienum et meram sapiebat barbariem. Defensor fui huius accusati mortui et modum procedendi in libello appellatorio ad modum taxavi.

§ 104.

Beſtrafung der Selbſtmörder.

Seitdem habe ich keine Fälle von Juſtiz gegen todte Körper gefunden. Doch liegt das alte Princip der Imputation auch der neueren Praxis gegen Selbſtmörder zum Grunde. Wenn der neuſte Herausgeber des Feuerbachſchen Lehrbuchs, Mittermaier, dem verewigten Criminaliſten darin widerſpricht, daß derſelbe die Verweigerung des ehrlichen Begräbniſſes an Selbſtmörder als gemeinrechtliche Praxis bezeichnet[1]): ſo kann ich in Hinſicht auf meine topiſche Caſuiſtik nur Feuerbach beitreten.

---

3) Hiernach iſt Einiges in unſerer Zeitſchr. 1, 3, 579. 580 zu berichtigen, wo übrigens der Auszug aus der Predigt des bekannten Dr. Johann Friedrich Mayer am vierten Advent Sonntage 1697 ſehr intereſſant iſt. Man erſieht daraus, daß das Publikum über die Verzögerung der gerichtlichen Proceduren ſehr entrüſtet war. Auch traf es ſich leider, daß am 15. December ein Theil der Herren des Raths vor ihrer Seſſion einem Convivium beigewohnt hatte, was eben Anlaß zu beiſſenden Bemerkungen gab.

1) Lehrb. § 243 und Not. 1. Vgl. übrigens über den philoſophiſchen Standpunkt meine Rechtsphiloſophie § 118 ff. — Herr Dr. Geffcken hat uns in einem Vortrage, der in der Zeitſchrift

Der älteſte Fall iſt vom J. 1629. Zufolge des Delinquenten-Regiſters erhing ſich am 2. Juli Hinrich Dreckmann, in ſeinem Hauſe auf dem Domskirchhof an der Ecke nach dem Schopenſtehl. Er ward zwar bei Nachtzeit auf dem Kirchhof beerdigt, allein andern Tages durch den Büttel wieder ausgegraben, und nach der Schindergrube gebracht.

1641 den 2. November erſtach ein Trompeter ſeinen Ober-Lieutenant allhier im König von Schweden auf dem Speersort, und als er nach der Frohnerei gebracht wurde, erhing er ſich daſelbſt. Er ward am 5. November auf eine Schlöpe gelegt, mit einer Decke ganz zugedeckt, und bei hellem Tage durch den Büttelknecht nach der Schindergrube hinausgebracht. Allein es blieb nicht dabei, ſondern er ward andern Tages wieder hereingeholt, und auf gedachter Schlöpe ganz frei und offenbar, Jedermann zu Geſichte, bei hellem Tage durch die ganze Stadt geſchleppt, und hiernächſt wiederum in die Fillkuhle (Schindergrube) vergraben.

1654 den 8. October hatte ſich eine Arreſtatin, welche wegen Theilnahme an Betrügereien feſtgeſetzt war, in der Nacht ſelbſt erſtochen, und ward nach der Fillkuhle gebracht.

Den Fall von 1662 kann man umſtändlicher in Stelzner 3, 808 nachſehen. Der Sohn des Thürmers zu St. Catharinen, ein Steinhauer-Geſelle, hatte in der Trunkenheit ſich am 6. Januar erſtochen, die Mutter erhebt ein Geſchrei, indem ſie vorgiebt, er ſei von einem Andern umgebracht, es wurde über den Sohn ein

---

unſeres Vereins abgedruckt iſt I, 3 S. 503. 504 intereſſante Notizen über die Verweigerung der Leichenfolge und des kirchlichen Begräbniſſes geliefert. — Noch finde ich in der bereits von mir erwähnten Collection von Hugo Arnot (ſ. Vortrag über Hexenproceſſe § 11 Anm. 1) pag. 65 ein Todesurtheil über einen Gefangenen Francis Mowbray, der im Edinburgher Caſtel ſich ſelbſt entleibte. Er ſollte als Verräther geviertheilt, nachdem ſein Körper aufgehängt, Kopf und Glieder auf ſichtlichen Plätzen der Stadt ausgeſtellt werden. Das Urtheil erfolgte am 31. Januar 1603. Die Bemerkungen des Herausgebers ſind in ſofern unrichtig, als er dieſen Fall nach unſeren modernen Anſichten beurtheilt.

Digitized by Google

ordentliches Straßenrecht gehalten, und er mit großem Gefolge ehrlich begraben. Danach kommt der Selbſtmord aus, der Rath läßt die Sache unterſuchen, am 28. Januar wurde der todte Körper ausgegraben, auf einer Schinderſchleife vom Schinderknecht hinausgeführt, in die Schindergrube eingeſcharrt, die Eltern geſtraft.

§ 105.

Fortſetzung.

Im Jahre 1672 kamen zwei Fälle vor. Der des Bibliothekars Johann Blume wird mehrerwärts berührt, namentlich von Schreining Thes. Jur. Proc. 1, 1026. Stelzner 3, 987 und Vegesack ad Stat. 1605. IV, 23.[1]) Man bezeichnet ihn als einen gelehrten Mann, aber zur Melancholie geneigt. Er hatte ſich heimlich entfernt, kam unbemerkt zurück, ging Abends in die Bibliothek des Johanneums, ſchloß ſich dort ein, und machte ſeinem Leben ein Ende, indem er ſich an der Treppe mittelſt eines Strickes aufhing. Der Körper war ſchon in Verweſung übergegangen, als man am 12. April die bisher verſchloſſene Bibliothek auf Verfügung der Scholarchen eröffnete. Der Senat diſpenſirte ihn aus Rückſicht auf ſeine Gelehrſamkeit und die ſonſtigen Umſtände von dem unehrlichen Begräbniß, und ließ ihn nicht durch den Scharfrichter, ſondern durch den Brookvogt abnehmen, und auf dem neuen Kirchhof (St. Annen) beim Wandrahm Nachts in der Stille in einem Sarge begraben.

In demſelben Jahre ſah man ebenfalls bei einem andern Selbſtmörder in Gelegenheit, was ſo erheblich geachtet worden iſt, daß auch dieſer Fall von jenen beiden Commentatoren ausdrücklich erzählt wird. Marcellis, ein junger Mann von angeſehener Familie und gutem Aeuſſeren, Däniſcher Poſtbeamter, entleibte ſich früh Morgens am Elbdeich mit ſeinem eigenen Degen. Wegen ſeiner vornehmen Verwandſchaft ließ man es geſchehen, daß er Nachts durch ſeine Diener von Bullenhuſen fortgeſchafft wurde.

---

1) Vgl. jetzt auch Herrn Dr. Geffcken in unſerer Zeitſchr. 1, 3. S. 504.

Digitized by Google

Auch im J. 1668 ſah man mit zwei Selbſtmördern in Gelegenheit. Vgl. Stelzner 3, 952. 53.

Dagegen ward 1674 am 25. September ausweiſe der Delinquentenliſte eine Magd vom Scharſteinweg, die ihr Kind in einen Schrank geſetzt, und darin erſticken laſſen, darauf ſich aber mit Gift umgebracht, nach der Schindergrube geſchafft. Daſſelbe geſchah mit dem Barbiergeſellen Bonaventura Wullſack, der ſich am 24. Juli 1677 im Zuchthauſe erhenkt hatte. Ueber den Bauhofſchreiber Carſten Rode, der wegen Unrechtfertigkeiten in ſeinem Amte in Unterſuchung und Haft gerathen war, ſich in der Nacht auf den 24. November 1691 mit einem Federmeſſer in der Frohnerei die Gurgel abſchnitt, und darauf unter dem Galgen begraben wurde, ſ. Stelzner 4, 22 ff. Ueber den Fall des Licentiaten Meinz im J. 1695 kann ich jetzt mich auf Herrn Dr. Geffcken (Zeitſchr. 1, 3, 504 und ferner 509) beziehen. Ferner iſt auf Klefeker 5, 398 ff., der auch das die N. G. Findung vom 15. October 1713 confirmirende Raths-Erkenntniß mittheilt, wegen des Falles eines Arztes Johann Caspar Engelleder zu verweiſen. Es ward ihm in dem Erkenntniſſe „Schändung ſeiner ihm vorgeſetzten Obrigkeit und Hintanſetzung der dieſer Stadt geſchwornen Pflicht und Treue, vorgehabte Aufwiegelung hieſiger Bürgerſchaft und ein höchſt aufrühreriſcher Betrieb" vorgeworfen. Er vergiftete ſich mit Arſenik, ward auf einer Schinderſchleife nach dem Galgen gefahren, und dort eingeſcharrt, ſein Gedächtniß verdammt und ſein Vermögen confiſcirt. Auch habe ich aus den Delinquenten-Regiſtern noch einen Fall v. J. 1724. Am 18. März hatte ſich eine Magd des Morgens um 11 Uhr in der St. Nicolai-Kirche mit einem kleinen Meſſer die Gurgel abgeſchnitten, ſie ward darauf nach dem Eimbeckiſchen Hauſe gebracht, den 21. um 11 Uhr von einem Büttelknecht auf einer Schlöpe in einer haarenen Decke und ein blutiges Meſſer um den Hals hinausgeführt, und unter dem Galgen begraben. Endlich theilt Vegeſack ad Stat. d. 1605 IV, 23 einen auſſergerichtlichen Protokoll-Auszug des Raths vom 11. Juli 1725 mit, wonach der Körper der ſich ſelbſt vergifteten Cath. Marg. Rohren auf der Schinderkarre aus der Stadt geſchleppt, und unter dem Gericht verſcharrt werden ſollte.

Digitized by Google

§ 106.
Beſchluß.

Weitere Fälle finde ich nicht ſpeciell aufgezeichnet. Aber Klefeker (5, 506 ff. 8, 774 ff.) beſtätigt (1768), daß Selbſtmörder aus Lebensüberdruß noch zu ſeiner Zeit entweder auf St. Annen Kirchhof oder auſſerhalb des Dammthors an zwei mit Palliſaden umgebenen Plätzen in der Stille, dagegen überführte oder wegen eines infamirenden Verbrechens verurtheilte Miſſethäter, wenn ſie im Gefängniſſe ſterben, unter dem Galgen eingeſcharrt werden, „wo man ſie nicht auf dem Galgen oder auf dem Rade hangen oder liegen läßt.“ Daß dieſer Praxis das Princip der Abſchreckung Anderer zum Grunde liegt, findet ſich mehrmals (vgl. auch oben § 101. 102) ausdrücklich erklärt. Auch iſt dies Princip als allgemeine Grundlage des hieſigen Strafrechts ſowohl im neuſten Statut I, 3, 3 als auch in dem Entwurf einer revidirten Gerichtsordnung von 1711 (1, 13. 55, 1) wiederholt anerkannt. Auſſerdem mag es ſein, daß man den Selbſtmörder, der ſich der gerichtlichen Verfolgung eines Verbrechens entzog, darum in der Praxis ſtrafen zu müſſen meinte, weil er das gerichtliche Verfahren vereitelte, und der Ankläger ſich ſonſt über die von ihm gethanen Schritte nicht hätte rechtfertigen können[1]). Allein merkwürdig bleibt dieſe Praxis doch allemal, da weder im Moſaiſchen Recht[2]) noch im Sachſenſpiegel noch in unſeren Statuten auf den Selbſtmord eine Strafe angedrohet iſt. Dies Stillſchweigen unſerer Statute iſt um ſo wichtiger,

1) Nach Analogie etwa der alten ſtatutariſchen Anſichten in 1270 IX, 4 am E. (1276 IX, 5) X, 1 (1276 eod. 1292 N. 1. 1497 O, 22) und XII, 11 (1276 eod. 1292 P, 11. 1497 O, 2). S. oben § 76. Vergl. Cropp Crim. Beitr. 2, 2, 383 coll. 329.

2) Vgl. Michaelis Moſ. Recht 6, 1 ff. Dem Selbſtmörder ward bei den Iſraeliten 2 Sam. 17, 23 ſogar ein ehrenvolles Begräbniß zu Theil. Es ſcheint mir unerläßlich, bei der Unterſuchung unſeres älteren Criminalrechts auf das Moſaiſche Recht Rückſicht zu nehmen, weil die Vermuthung, daß unſere Vorfahren in Folge geiſtlichen Einfluſſes und der Richtung ihrer Erziehung darnach ihre Rechtsanſichten gebildet, durchaus nicht ganz von der Hand gewieſen werden kann.

Digitized by Google

da ſich im Lübſchen Rechte (Cod. Hach. III, 347. II, 181 p. 340 not.) die ausdrückliche Vorſchrift findet: **Welck menſche ſyck ſuluen dodet van mysmode offte van twyuel mode den ſchall me up dat velt**[3]) **grauen, vnd mit ener egeden bedecken, vnd de eruen ſchoelen ſyn gudt hebben**, ſo auch ähnlich die Goſl. Statute (Ed. Göschen p. 38, 27 ff.) und danach der vermehrte Sachſenſpiegel[4]).

Allemal bleibt inzwiſchen ſo viel gewiß, daß unvollkommene Begriffe von Zurechnung und Zurechnungsfähigkeit die Praxis bei uns darauf haben führen können und müſſen, Selbſtmörder für ſtrafbar zu erachten, wo denn freilich die ähnlichen Vorſchriften anderer Statute, das Beſtreben, das gerichtliche Verfahren zum Ziel zu führen, mochte der Angeklagte ſich nun durch Flucht oder Selbſtmord demſelben entzogen haben, und endlich das Princip der Abſchreckung das Ihrige mit beigetragen haben mögen.

§ 107.

Grundſätze der Criminal-Imputation.

Aus den bisherigen Erörterungen unſeres Strafrechts beſtätigt ſich nun durchaus das bereits oben § 53 für die Civilverhältniſſe gewonnene Ergebniß. Man nahm auch bei Beſtrafung einer That auf Abſtufungen der Verſchuldung des Thäters oder

---

3) Mevius verſteht darunter ad Jus Lubec. IV, 9, 2 § 11 die Schindergrube oder das Galgenfeld. Ebenſo kommt in unſeren Delinquentenliſten 1580, 1582, 1589 und 1591 der Ausdruck vor: **Vor dem Steinthor vp dat Feld.** Auch finden ſich in Dr. Dittmer's Holſten- und Saſſenrecht S. 156 ff. u. S. 184 zwei Fälle v. J. 1580 und 1688, wo Selbſtmörder **in dat Feldt** begraben werden.

4) Vgl. Göſchen zu den Goſl. Stat. S. 323. In den Goslarſchen Statuten ſowohl als im vermehrten Sachſenſpiegel heißt es, wer ſich wegen einer Krankheit tödte, ſei vom Gericht nicht zu verfolgen. Göſchen S. 304 meint, ein ſolcher ſei nicht beſtraft, weil er nicht zurechnungsfähig geweſen. Allein dieſer Grund iſt offenbar unrichtig, da es unentſchieden gelaſſen iſt, ob die Krankheit den Selbſtmord veranlaßte, oder ob ſie die Zurechnungsfähigkeit aufhob. Der Kranke iſt hier vielmehr dem Verbrecher entgegengeſetzt, und ſo beſtätigt dieſe Beſtimmung meine im Text von der Beſtrafung des Selbſtmörders nach der Praxis gegebene Anſicht.

Digitized by Google

Urhebers nur geringe oder gar keine weſentliche Rückſicht. Blos da, wo eine äuſſere Erkennbarkeit in den Umſtänden enthalten, oder in ſpeciellen Geſetzen vorgeſchrieben war als Merkmal der Zurechnung, ward auf die Seelenzuſtände des Urhebers geachtet. Sonſt war es für die Handhabung der Strafgerechtigkeit durchaus unerheblich, ob derſelbe im Stande geweſen war, die That mit Bewußtſein und freiem Willen zu verüben, oder ob ihm beſondere Rechtsgründe für ihre Verübung zur Seite ſtanden[1]).

§ 108.

Schluß. Praktiſches Reſultat für die künftige Legislation.

Hat nun der vorſtehende Vortrag auf das Erſchöpfendſte nachgewieſen, wie in Beziehung auf die, faſt in alle Rechtsverhältniſſe eingreifende Materie von der Imputation ſich ſowohl in der Legislation als in der Praxis bei uns die alten Germaniſchen und theilweiſe auch ſingulär Hamburgiſchen Anſichten durchweg geltend gemacht und behauptet haben, ſo wird dadurch nicht blos für die Aufhellung eines bisher unbeleuchteten Theils unſerer Rechtsgeſchichte wohl ein nicht unwichtiger Beitrag geliefert ſein, ſondern auch eine praktiſch wichtige Lehre für unſere künftige Geſetzgebung daraus hervorgehen. Iſt es nämlich unbezweifelbar, daß ſich durch unſere ganze bisherige Civil- und Criminal-Legislation und Praxis ein weſentlicher Grundfehler hindurchzieht, der nur durch die neueren doctrinellen Aufklärungen über Zurechnung und Zurechnungsfähigkeit zu beſeitigen iſt: ſo muß man auch zugeben, daß nur ein alle Zweige des Rechts umfaſſendes, nicht aber ein partielles neues Geſetzbuch für das Criminalrecht eine genügende, wirkſame und ehrenvolle Abhülfe wird gewähren können. Es muß dabei die Aufgabe geſetzgeberiſcher

1) Bisher habe ich keinen hieſigen Fall ausfindig machen können, in welchem die Criminalverfolgung als verjährt zurückgewieſen wäre. Es ſcheint die Verjährung nicht für ein äuſſeres Merkmal der aufgehobenen Zurechnung angeſehen, und der Thäter für nicht minder ſtrafbar erachtet worden ſein, es mochte nun eine kurze oder noch ſo lange Zeit zwiſchen ſeiner That und der rechtlichen Verfolgung deſſelben liegen.

Digitized by Google

Weisheit ſein, bei einer Arbeit der Art diejenigen Extreme zu vermeiden, in welche doctrinäre Waghälſe und Finſterlinge in den neuſten Zeiten verfallen ſind, indem durch ihre Theorien der Menſch zu einem nicht zurechnungsfähigen Werkzeug von krankhaften oder ſonſt ungünſtigen Naturdiſpoſitionen faſt in der Regel oder wenigſtens in den meiſten Fällen herabgewürdigt, und ſomit ſo gut als gänzlich dem Gebiete des Strafrechts oder richtiger der Strafpflicht des Staats entzogen wird.

Digitized by Google

VI.

Ueber die Entſtehung des hieſigen Advocatenſtandes aus den Vorſprechern.

Ein rechtsgeſchichtlicher Beitrag.

§ 1.

Der Präſident unſeres hiſtoriſchen Vereins eröffnete bekanntlich unſere juriſtiſche Section am 26. Juni 1839 mit einem intereſſanten Vortrage, welcher ſeitdem in der Zeitſchrift unſeres Vereins (1, 1, 101 ff.) abgedruckt iſt. Er bemerkt daſelbſt, „über die Entſtehung des hieſigen Advocatenſtandes aus den Vorſprechern und die Einführung der Notare herrſche manches Dunkel, deſſen Aufklärung zu erreichen ſein dürfte". Da ich es als eine ehrenwerthe Aufgabe unſerer Section betrachte, den dort gegebenen Aufforderungen zu entſprechen; ſo habe ich auch dieſen Wink beherzigt, und über Notare in meinem Vortrage über Vehmgerichte einige Notizen mitgetheilt (§ 23 ff.). Erlauben Sie mir heute daran einen Beitrag zu knüpfen, der über die hieſige Entſtehung unſeres Standes einiges Licht verbreiten dürfte.

§ 2.

Freilich ſehe ich mich leider genöthigt, eine Anſicht geradehin zu bekämpfen, welche eben unſer hochverehrter, uns alle an Geſchichtskenntniß weit überragender Präſident mit einer gewiſſen Entſchiedenheit und Vorliebe aufgeſtellt hat. Allein auf welche Seite Sie ſich auch immerhin entſchließen werden ſich zu ſtellen, ſo

Digitized by Google

wird aus dem ehrenvollen Kampfe doch gewiß mancherlei fruchtbare Belehrung hervorgehen, weshalb ich auch kein Bedenken getragen habe, in die Schranken zu treten, und der Sache meine Perſönlichkeit zum Opfer darzubringen.

Es bemerkt nämlich Herr Archivar Lappenberg in ſeiner überaus ſchätzbaren Recenſion[1]) von Herrn Dr. Weſtphalen's Verſuch über die hieſigen Staats-Verwaltungs-Behörden, in der Jen. Allg. L.Z. 1829 Jan. No. 6 und 7, „es ſei unzweifelhaft, daß ſchon im Statut von 1270 von einem Stande der gerichtlichen Sachwalter die Rede ſei, welche damals die jetzt getrennten Functionen der Advocaten und Procuratoren in ſich vereinigt hätten.“ Es wird dort dieſe allerdings neue[2]) Anſicht mit mehreren ſpeciellen Gründen unterſtützt, deren Prüfung ich vornehmen werde, nachdem ich einige allgemeine Geſichtspunkte voraufgeſchickt habe.

§ 3.

Man wird bei Unterſuchungen der vorliegenden Art am ſicherſten zu Werke gehen, wenn man ſich das Rechtsverfahren unſerer Altvordern vergegenwärtigt. Das echte Ding, die regelmäßigen Gerichtstage nöthigten unſere Vorfahren, ſich ohne weitere Vorladung oder Aufforderung perſönlich auf der Gerichtſtäte, früher neben dem Rolande, neben dem Weichbilde, ſpäter auf dem Rathhauſe oder wo das Gericht ſonſt ſeine Sitzungen hielt,

1) Es wäre zu wünſchen, daß unſer Verein eine Sammlung der einzelnen Recenſionen und Aufſätze unſeres Herrn Präſidenten veranſtaltete, um die lehrreichen Früchte ſeiner Forſchungen in dieſen in Flugblättern zerſtreuten Mittheilungen nicht einzubüßen.

2) Vorher hatte u. A. Anderſon Hamb. Privatr. 4, 94 beſtritten, daß beſtimmten Perſonen derzeit nicht der Auftrag gegeben ſei, Andere vor Gericht zu vertreten, und Dr. Weſtphalen Verſuch ꝛc. S. 73 war dieſer Anſicht beigetreten, ſcheint ſie auch (er hat ſich nicht entſchieden ausgeſprochen) in Hamb. Verf. und Verw. 1, 310 noch nicht aufgegeben zu haben. Darüber übrigens, daß die jetzt getrennten Functionen von Advocaten und Procuratoren urſprünglich nicht in der Perſon der Vorſprecher getrennt waren, und daß ſie eigentlich nie hätten getrennt werden ſollen, ſo wie daß die Vereinigung unſchwer auszuführen ſei, dürfte wohl unter Unterrichteten kein Zweifel mehr aufkommen können.

Digitized by Google

zu verſammeln. Unter den Bürgern fand kein Unterſchied Statt, ein Jeder war urſprünglich fähig, das Recht zu finden, wenn der gräfliche Vogt, der Vertreter des Grafen von Schauenburg, unſeres Herrn, ihn dazu aufforderte. Es wird im Statut von 1270 IX, 25 beſtimmt der Fall erwähnt, daß ſogar ein einzelner Mann nach dem rechten Urtheil gefragt werden konnte. So lebendig lebte damals im ganzen Volke, ſo weit es fähig war, vor Gericht zu erſcheinen, die Kenntniß vom Rechte, und zugleich das Bewußtſein von dem Berufe eines Jeden, Recht zu ſprechen. Es liegt aber in der Natur menſchlicher Gemeinſchaften, daß bei der unendlich verſchiedenen Austheilung natürlicher Gaben und Anlagen fähigeren Köpfen eine größere Kenntniß oder auch eine vorzüglichere Fähigkeit, zu ſprechen, zu Theil wird, und ſo ſich allmälig Perſonen ausſondern, die darin mehr leiſten als Andere. Daß ſich daher ein Kläger oder Beklagter, dem dieſer Vorzug abging, der Vorzüge eines Befähigteren bediente, war natürlich, und ſo findet es ſich allgemein auch im altdeutſchen Gerichtsverfahren. Das Bedürfniß machte es dabei nothwendig, daß man das Recht eines Klägers oder Beklagten, ſich einen Vertreter zu wählen, nicht in Zweifel zog und niemals in Zweifel gezogen hat. Ja um zu verhindern, daß nicht etwa Einer dem Andern dieſen Beiſtand verweigerte, und der Hülfsbedürftige nicht hülflos blieb, bildete ſich der Grundſatz, daß wen der Richter einer Parthei als Vertreter beiordnete, der war verbunden, das Geſchäft zu übernehmen. So findet ſich das Verhältniß ausgebildet im Landrecht von Sachſen und Schwaben, und unter Bezugnahme auf Sachſenſpiegel 1, 60. 61. 2, 63. Schwabenſpiegel 84. 85. 90. 92 konnte Eichhorn D. Staats- und Rechtsgeſchichte 2, 754 poſitiv ſagen: „Der Kläger wählte ſich ſeinen Vorſprecher, oder der Richter ordnete ihm denſelben zu. Es konnte ein Jeder, dem nicht aus beſondern Gründen die Fähigkeit abging, Vorſprecher werden, und mußte es, wenn der Richter es verlangte.“

§ 4.

Beiläufig bemerkt, hatte auch der Verbrecher oder der Beſchädigte daſſelbe Recht. Cropp Crim. Beitr. 2, 2. 394 ſtellt

mit Recht als allgemeines Princip den Satz auf, daß der Verbrecher des Beiſtandes des Vorſprechers genoß. Allein wenn er daſelbſt Anm. 69 bemerkt, bei der handhaften That habe kein Vorſprecher Statt gefunden per privilegium odiosum: ſo iſt das eine unrichtige Auffaſſung alter Rechtsanſichten. Der auf handhafter That ergriffene Verbrecher galt für ſo unwiderleglich überführt, daß ſofort zur Condemnation und Execution geſchritten wurde, ohne daß es eines Zwiſchenverfahrens, der Förmlichkeiten einer Vertheidigung bedurft hätte. Darum wurde ihm der Vorſprecher, wie es 1270 XII, 7 heißt, „enttheilt", d. h. verſagt, abgeſprochen, (1270 I, 22.) vergl. Cropp a. a. O. S. 379 Anm. 40.

§ 5.

Man wird es zugeben müſſen, daß die Annahme anderer Verhältniſſe, als ſie ſo eben (§ 3) geſchildert wurden, in Hamburg unwahrſcheinlich ſind. Vielmehr läßt ſich im Allgemeinen wohl annehmen, daß eine Stadt mit einem ſo lebhaften Verkehr und Betrieb weit eher Perſonen unter ſich zählte, welchen, mit Gerichtshändeln ſich zu befaſſen, es auſſer dem Mangel an Fähigkeiten und Kenntniſſen auch noch an Zeit und Luſt gebrach, und daß daher grade eine ſolche Stadt urſprünglich weit eher dazu Befähigte wird gefunden haben, die ſich damit beſchäftigten, ohne dies Geſchäft ausſchließlich oder als Standesprivilegium geltend machen zu wollen noch zu können.

So findet es ſich denn durchaus beſtätigt, daß ſchon unſer Statut 1270 vorſpraken kennt, wiewohl characteriſtiſch genug dieſelben weder begrifflich noch ſprachlich ſtreng auch nur von Mandataren Abweſender oder von Vormündern unterſchieden werden.[1]) Daß dieſe vorſpraken bei uns keineswegs nothwendig

1) Man vergl. 1270 V, 6 (1276 eod. 1292 O, 6. 1497 D, 6) mit V, 1 (1276 eod. 1292 O, 1. 1497 D, 1. In der letzteren Stelle wird zuerſt das noch heute gültige Princip aufgeſtellt, daß wer einmal ein Proceßmandat übernommen hat, die Sache bis ans Ende durchführen muß (vergl. Stat. von 1603 I, 11. 1), und auſſerdem ſpricht die Stelle allgemein von einem Minſche, der vor dem Rad kumpt ume ene Klag, ohne ihn nach dem Alter noch ſonſt näher zu beſtimmen.

waren 1270 IX, 26 (1276 IX, 27. 1292 B, 2, 1. 1497, B, 8, 1), daß man aber, wenn man einmal erklärt hatte, ſeine Sache ſelbſt führen, **ſulven ſyn wordt ſpreken** zu **wollen**, dann ſich im Verlauf der Sache auch keines Vorſprechers bedienen durfte 1292 B, 2, 2. 1497 B, 8, 2, daß der Vogt gezwungen war, die Parthei zu befragen, ob es ihr **word ſy**, alſo **ſyn Vorſprake ſproken hefft**, 1270 IX, 25 (1276 IX, 26. 1292 B, 1. 1497 B, 2), daß aber nach einer Rechtswillkühr von 1292 **uſer Herren voghet nummendes wort ſpreken ſoll, al dhe wile dat he in dher voghedie is** 1292 B, 6. 1497 B, 3: Alles dies erklärt ſich ſehr einfach aus den (§ 3) dargeſtellten allgemeinen Verhältniſſen.

§ 6.

Die ſämmtlichen Stellen im Statut gehen dahin, daß dieſe **vorſpraken** allerdings die Functionen der heutigen Procuratoren und Advocaten in ſich ungetrennt vereinigten, wie das ſich bei der damaligen größeren Einfachheit der Rechtsverhältniſſe, bei der allgemeiner verbreiteten Rechtskenntniß einerſeits, und bei der wunderlichen Natur dieſer Trennung andrerſeits wohl von ſelbſt verſtehen ſollte.

Allein von einem beſondern **Stande** der Vorſprecher d. h. davon enthalten unſere Statute nichts, daß dieſelben zu ihren Mitbürgern in einem beſondern und bleibenden Verhältniſſe geſtanden, daß ſie ſich durch ihr Geſchäft von den übrigen Bürgern abgeſondert hätten. Es konnte nicht fehlen, daß **späterhin**, als theils die Kenntniß des einheimiſchen Rechts allmälig aufhörte, Gemeingut Aller zu ſein, theils das Gerichtsverfahren verwickelter wurde, theils auch das Römiſche Recht nebſt dem Canoniſchen ſich dahin Eingang zu verſchaffen ſuchte, ohne anderweitiges Zuthun ein ſolcher Stand ſich von ſelbſt gebildet haben muß. Aber dem dreizehnten, und ſelbſt dem vierzehnten und funfzehnten Jahrhundert ſind Begriff und Sache fremd.

§ 7.

Wir wollen jetzt die Argumente prüfen, welche Lappenberg veranlaßten, einen beſondern Stand jener Vorſprecher ſchon im 13. Jahrhundert anzunehmen, und demnächſt noch einige beſondere Gegengründe wider dieſe Anſicht zuſammenſtellen.

Zuerſt ſcheinen 1270 IX, 27 und 1292 B, 3 — 5 von ihm für ſich angeführt zu werden. Die erſtere Stelle (wiederholt 1276 IX, 28. 1292 B, 3. 1497 B, 9) enthält, wie L. ſagt, einen „Schragen für die Vorſprecher." Genau genommen ſind es nur Beſtimmungen einer Taxe für den Vorſprecher, der eine Klage anſtellt, zunächſt eine peinliche, und anhangsweiſe auch Klagen auf Erbe und Schuld, 1276 mit dem Zuſatz, daß Verabredungen mit dem Vorſprecher über deſſen Entſchädigung in ſolchen Sachen, die dieſer Tarif nicht nennt (umme andere unnbeſcreuene ſake), verbindlich ſein ſollen, 1292 und 1497 aber mit der Clauſel, daß wer mer vpgenomen heft den hyr ſchreuen ſteyt, kein Vorſprecher mehr ſein ſolle. Allein dieſe Taxen beweiſen nicht einen beſondern Stand, und laſſen ſich füglich mit der allgemeinen Abſicht erklären, Honorare für ſolche Bemühungen, je öfter Vertretungen der Art grade bei uns vorfielen, nicht von der Willkühr Einzelner abhängen zu laſſen.

Die Stellen 1292 B, 4 und 5 (1497 B, 10 und 11), welche 1270 und 1276 noch nicht vorkommen, und allmälige kleine Abweichungen in dem Zwiſchenraum von 1292 bis 1497 erlitten haben, ſind ſpecielle Strafbeſtimmungen für zwei Fälle, wenn nämlich vor dem Rath zwei Vorſprecher einen Mann vertreten, und von einander abweichen, und ferner wenn ein Vorſprake op dat hus vor den raet eine Sache bringt, dhe dar boret vor richte to handelenc[1]). Aber auch dieſe Vorſchriften machen es nicht unerläßlich, einen beſondern Stand der Fürſprecher anzunehmen. Es mochte vielmehr um ſo dringender eine gewiſſe Strenge gegen Männer, welche Andere vor Gericht vertraten, und vielleicht öfter zu vertreten pflegten, ſich empfehlen, je bedeutender natürlich das Anſehn dieſer an Kenntniß und Talent Begabteren ſein mußte. Man kann hierher auch die Stelle im Receß von 1410 § 13 a. E. beziehen, wo es nach Lünig heißt: Ok wil de Raedt de Vorſpraken gerne berichten, dat ſe unredelike thågeringe recht (leg. nicht) vornemen ſchalen.

1) Vrgl. wegen der Competenzbeſtimmung in dieſer Stelle m. Vortrag über Vehmgerichte § 5 u. 22.

Wenn L. ſich endlich auf die Receſſe von 1458 Art. 22 1483 Art. 28 1529 Art. 12 beruft, indem darin die Vorſprecher in ihren Vorträgen beim Rath auf die Appellationen beſchränkt wären: ſo würde auch dies an ſich nicht einen beſondern Stand derſelben vorausſetzen laſſen. Ueberdies aber enthalten grade dieſe Stellen Momente, die mit der Vorausſetzung nicht wohl vereinbar ſind. Wenn die Vorſprecher als wirklicher Stand exiſtirten, wenn daraus unſer Advocaten- oder Procuratoren-Stand als ſolcher hervorgegangen wäre: ſo würde die Beſchränkung ihres allgemeinen Vertretungsrechtes dahin unbegreiflich ſein, daß ſie nur, wenn Urtheile aus dem Gericht vor den Rath geſcholten wurden, ſollten zugelaſſen worden ſein, und daß ſonſt vor dem Rath, wenn ein man ſyn wort ſuluen nicht ſpreken kunde edder wolde, de mag woll enen andern erliken borger bidden, ſyn worth tho ſprekende, men den ſchol he neen Geld geuen. Der Zuſatz, der bei dieſer Vorſchrift in allen drei Receſſen wiederholt wird: he ſchall ock nemand bidden in düſſer Stad, de Vorſprak is edder geweſen, und der fernere Zuſatz, der in dem Receß von 1529 zuerſt vorkommt:

> Ock ſcholen de in nemands Recht geſtadet werden, ſchege averſt daren boven, ſchall de Vorſprak düſſer Stad Waninge verboret hebben, doch mogen de verordeten borger, ſo ſe dat vor gudt anſeen, einen ofte meer bedarve männer, de er worth vor den Erb. Raedt, edder ſus warnemen, deſſ to donde hefft, holden und beſolden, der Vorſpraken Lohn und Ordninge, des Rechten ſchall men in dat Recht in een Taffel hangen, boven dat ſcholen ſe nemand beſchweren, by Verluſt der Stad Waninge. Ein Erb. Raht will ock beſtellen laten bedarve Lüde, de jedermans Worth im ſydeſten Rechte vnd ſüſt holden mögen vnd angenamen werden.[2])

dürften es vielmehr auſſer allem Zweifel ſetzen, daß die Vorſprecher keinen beſondern Stand gebildet haben, weil man ſonſt nicht wohl von geweſenen Vorſprechern würde haben reden, und ſelbſt dieſe nicht haben ausſchließen, weil ferner man ſonſt die noch ſeienden Vorſprecher würde haben einfach mit dem Verluſt

2) Vgl. Bartels im Supplementb. S. 53 u. Anderſon Hamb. Privatr. 4, 94.

Digitized by Google

ihrer Conceſſion ſtrafen können, und daß die ſeit 1529 angenommenen Procuratoren [3]) von den bisherigen Vorſprechern völlig unterſchieden waren.

§ 8.

L. beruft ſich ferner darauf, daß „auch in andern norddeutſchen Städten ſich ein beſonderer Stand der zum Vertreten der Partheien verpflichteten Vorſprecher finde.“ Ich muß ſelbſt gegen dieſen Satz, ſo wenig er auch für Hamburg, wo ſich eigenthümliche Verhältniſſe geſtalteten, von Erheblichkeit ſein dürfte, mich erklären, und was die dafür allegirten Stellen betrifft, ſo ergeben ſie nicht, was ſie beweiſen ſollen.

L. allegirt zuerſt das Magdeb. Recht von 1304 Art. 56 u. 105. Allein nach den Forſchungen und Mittheilungen Gaupp's S. 106 ff. iſt es ſchon an ſich ſehr unwahrſcheinlich, daß das von den Magdeburger Schöffen der Stadt Görlitz im J. 1304 mitgetheilte Recht in dieſem Punkte von den Rechtsbüchern ſollte abgewichen ſein. Nun ſagt Art. 56 (Gaupp S. 291):

Swen ein man zu vorſprechen bitet, der muz ſin wort ſprechen zu rechte her entrede es ſich mit gewette.

Hiernach muß ein Jeder, den Jemand ſich zum Vorſprecher erbittet, wenn er nicht dem Gerichte wetten will, den Auftrag übernehmen: alſo ganz den allgemeinen Rechtsanſichten (§ 3) entſprechend und im directen Widerſpruch mit der Annahme eines beſonderen Standes.

Im Art. 105 heißt es am Ende: Offenbare en, ſol der man vor gerichte nicht ſprechen, ſint her einen vorſprechen hat. Wenne vraget in der richtere, ob her an ſines vorſprechen wort je (gehe, es genehmige), her muz wol ſprechen: jo oder nein, oder geſpreches bitten. Es ſind hier alſo durchaus nur gemein Alt-Germaniſche Grundſätze aufgeſtellt, wie wir ſie auch bei uns finden (§ 3 u. 5), und woraus weit eher das Gegentheil der L. Hypotheſe hervorgeht, als irgend Etwas dafür.

---

3) Welches neue Inſtitut bald darnach durch die Receſſe von 1531 Art. 18 und 1548 Art. 14 u. 15 weitere Ausbildung erhielt.

Digitized by Google

§ 9.

Auſſerdem allegirt L. Jus Susat. Art. 50 und Soeſter Skra Art. 141. Ich will aus Emminghaus memorabilia Susatensia, wo ſich Documentor. P. III. sub Num. III, dey aude Schrae der Stad van Soiſt findet, die zwei hierher gehörigen Artikel, nämlich 55 und 141 abſchreiben:

55. Welick Vorſpreke beghinet ene Sake to haldene. ande weyt dey Hemelichgheyt van der Sake. dey ne mut weder de Sake neyn Wort halden. alſo lange alſo dey Sake waret. et ſi vor deme Rayde efte vor deme Gherichte.

141. Welick Vorſpreke vorghenomede Loyn efte Meide nymet. wyrt hey des vorwunnen. dey ſal deme Rayde wed-den ſyn half Pünt. ande ſal ute deme Gherichte ewelike weſen vorwyſet.

Auſſerdem werden Vorſpreken erwähnt:

87. Off dey Vorſpreken enych Partylichet deden off helden. dat ſal dey Richter dem Raide kunt don. up dat dey Raid dat richte.

90. Wey dem Richter oder den Vurſprecken yn ſyn Eyde ſpreket dey breket LX Marck.

Aus allen dieſen Beſtimmungen läßt ſich mit Zuverläſſigkeit nichts mehr entnehmen, als was ich bisher ſonſt ermittelt habe. Auf einen beſonderen Stand der Vorſprecher läßt ſich daraus ſo wenig ein ſicherer Schluß ziehen, daß man weit eher, namentlich aus Art. 141 (wo beiläufig geſagt auf Lohn oder Miethe Bezug genommen wird, deſſen in allen vorhergehenden Artikeln ſich durchaus nicht gedacht findet) auf das Gegentheil ſchließen ſollte, indem es doch unerklärlich wäre, wie man einem beſonderen Stande die Annahme eines Honorars hätte ſtreitig machen, oder gar einem Mitgliede deſſelben die Verweiſung aus dem Gerichte als eine Strafe hätte androhen können (§ 7). Uebrigens will es mir ſehr zweifelhaft ſcheinen, ob wirklich dieſe aude Schrae als älter angeſehen werden kann, wie unſre älteſte Statute. Mindeſtens möchte ich meinen, daß darüber die bisherigen Forſchungen noch keineswegs irgend ein ſicheres Reſultat ergeben haben.

Digitized by Google

§ 10.

Insbeſondere hebt L. es hervor, daß das Lübecker Recht v. J. 1240 ſogar eines Amtseides und anderer Verpflichtungen der Vorſprecher gedenke. Ich muß annehmen, daß L. den Codex von 1240 meint, vermuthlich wie er in Westphalen monum. ined. Tom. III abgedruckt war, worüber aber jetzt Hach S. 48 ff. zu vergleichen iſt. Der von dieſem abgedruckte Cod. von 1294 (der älteſte Deutſche bei ihm, Cod. II) hat folgende Artikel über vorſpraken:

Art. 63: So war en man uor deme richte des anderen wort ſprekt oder geſproken heuet, vppe deſuluen ſake ne mach he nen tuch weſen.

Art. 64: nen Vorſprake ne ſchal dar manc weſen dar man ene ſake voreuenen (vergleichen) ſchall.

Art. 215 (bei Weſtphalen Art. 219 p. 665): Is en man des begherende, dat he vorſprake werde, dhe ſchal ſweren vp deme hus vor deme Rade dhat he dhat ammecht truweliken holde alſe eme den beuolen wert vnde anders an al ſime rechte vnde oc alſe vmme ſin lon vnde vmme ander ſake is beſcreuen. Vmme ene ſlichte ſake dhe he handelet vor deme richte ſchal he nemen dre pennighe, van eneme beſchuldenen ordele ſes pennighe alſo dicke dat beſchulden wert. Handelet oc en vorſprake ſake, vmme vredelos to legghende vor dem richte, dar gheropen wert tiodute, ofte ſwert vnde wapene getoghen, ene warue ander warue vnde dridde warue, ſo ſchal he hebben twene ſchillinge vnde de beſworne ſcriuere enen ſchillinch. Holt he enes Klegheres wort vp enen man, de nenes vorſpraken neten mot, dhen men ſal don van deme liue vmme ſine miſſedat, dhe man, de kleghere is, ſchal eme gheuen ver ſchillinghe. Holt auer he enes mannes wort vmme broke, de eme in ſine ſunt gheit, dar af ſhal he nemen achte ſchillinghe. Mer holt he enes mannes wort vmme ſake, dhe eme an ſinen hals gheit, daraf boret eme to en mark pennighe. Dunket auer den ratmannen de bi dem voghede ſittet, dat es eteleken notdrochteghen (nothbedürftigten) luden to vele ſin en achte ſchillingen vnde enener mark in dem vorbenomeden ſaken, wat den de ratman voghet (füget, verfüget), aſo ſcholent dhe vorſpraken ſtede holden.

Digitized by Google

Allerdings iſt, aber auch nur das in dieſen Stellen von Relevanz, was da von einem Amtseide geſagt wird. Die ausführliche Vorſchrift iſt ſpäteren Urſprungs, und jedenfalls auf unſer Statut von 1270 und 1292 ohne Einfluß, noch bei deſſen Auslegung erheblich. Das Detail der Beſtimmungen zeigt aber deutlich, wie wenig man ſelbſt damals, als dieſe Beſtimmung erging, von den urſprünglichen Rechtsanſichten in Beziehung auf die Vorſprache und Vorſprecher ſich losmachen konnte. Daß bei uns die Beeidigung der Procuratoren erſt im Receſſe von 1548 Art. 14 verfügt wurde, iſt unbeſtritten.

§ 11.

Der Vollſtändigkeit wegen muß bemerkt werden, daß L. auch erwähnt, es kämen in Hamburg früh causidici vor, z. B. 1328 Pape causidicus, und auch im mediciniſchen Fache habe die Stadt ſchon im 13. Jahrhundert eine nicht geringe Zahl Aerzte und Apotheker gehabt. Auf den erſteren Umſtand kann um ſo weniger Etwas ankommen, da der Schluß von geiſtlichen Verhältniſſen, oder gar von dem Synodalgericht (dem Send unſres Statuts 1270 III, 13. X, 6) auf unſre weltlichen Gerichte äuſſerſt bedenklich iſt (vgl. 1270 IX, 15). Mit der Arzneikunſt hat es aber ein ganz anderes Bewandniß, als mit der Rechtskunde, die als ein Gemeingut betrachtet, und für eine jedem Bürger einwohnende Eigenſchaft genommen wurde (§ 3). Ohnehin ließe es ſich übrigens nachweiſen, daß in unſerer Stadt Jahrhunderte hindurch zwiſchen Balbieren, Badern, Wundärzten, Aerzten und Apothekern keine ſcharfe Diſtinctionen, in Beziehung ſelbſt auf die gewöhnlichſten Standesverhältniſſe, ſelbſt vor dem Gericht und Geſetz gemacht worden ſind. Es iſt vielmehr damit ſo gegangen, wie mit den Wittigſten unſerer älteſten Statute; bürgerliche oder geiſtige Capacitäten wurden unter Collectivnamen zuſammengefaßt, und erſt im weiteren Verlauf der Zeit ſonderten ſich Begriffe von Standesunterſcheidungen aus. Das iſt eben ein ſelbſtſtändiges Argument wider die L. Hypotheſe von den Vorſprechern, daß, wie ſich allmälig aus den allgemeinen Beziehungen der Wittigſten die Bürgerſchaft mit ihren Collegien entwickelte, ſich auch annehmen läßt, es ſei urſprünglich Jeder be-

Digitized by Google

fähigte und ſich eines günſtigen Urtheils ſeiner Mitbürger erfreuende Mann zum Vorſprecher berufen geweſen, bis Misbräuche aller Art die Einführung der gerichtlich beeidigten Vertreter in der Perſon der Procuratoren nothwendig machten. Damit wurden die in Schlüters Tractat vom Verlaſſungsrecht Cap. 8 § 65 nach einer alten Handſchrift abgedruckten Reime zuſammentreffen, wonach ſich Unwiſſenheit und ſchlechte Geſinnung ebenfalls vor Gericht zu Vertretern fremder Intereſſen aufwarfen, ſo daß ein Wandel im Wunſche Aller war.

§ 12.

Ein nicht unerhebliches Argument gegen L.'s Anſicht bietet das von ihm zuerſt aus dem Manuſcript herausgegebene Billwärder Landr. vom J. 1498, worin ſich Art. 22 noch die altdeutſche Vorſchrift wiederholt findet, daß wer nicht ſines ſülues Wordt ſpreken könne, und Niemanden habe, ſin Wordt tho ſprekende, dem müſſe der Vogt einen beden ſin Wordt tho ſprekende, vp dat he nich verſumet en werde. Dieſer Artikel, welcher in der Redaktion von 1603 [1]) Art. 23 ſo lautet,

> were idt ſake, dat ein ſin ſulueſt Wordt nicht ſprekenn wolde, mag he ſolckes dorch einen Vorſpraken, edder einen andern bedaruen man dhon laten, vp dat he nich vorſumet werde,

beweiſt unwiderleglich, daß eigentliche Vorſprecher als Beamtete 1498 noch nicht exiſtirt haben können, weil ſonſt die Wortfaſſung anders lauten müßte.

§ 13.

Selbſt in den Goslarſchen Statuten, aus denen, wie mir ſcheint mit nicht gehöriger Gewißheit, Otto Göſchen S. 184. 192. 383 gemeint hat ſchließen zu müſſen, daß man ſich in Goslar der Vorſprecher bei gerichtlichen Auflaſſungen und bei ſonſtigen gerichtlichen Handlungen bedient habe, um dieſe feierlicher zu machen, hat derſelbe Göſchen nicht ermitteln können, daß nicht jeder Dingpflichtige hätte Vorſprecher ſein dürfen,

---

1) Klefecker XI, 418.

Digitized by Google

was der Sachſenſpiegel ſogar auf jeden an ſeinem Recht Unbeſcholtenen ſelbſt, wenn er nicht dingpflichtig iſt, ausdehne Göſchen S. 443.

§ 14.

Aus Fidicin's Forſchungen über die Stadtgerichtsbarkeit in Berlin (ſ. Crim. Zeit. für die Preuſſ. Staaten 1842 März Num. 11) läßt ſich hier geltend machen, daß dort vor dem 14. Jahrhundert zum Vorſprecher jeder Gerichts-Eingeſeſſene, ſelbſt der Stammelnde habe verpflichtet werden können, daß auch dort man ſich ſeinen Vorſprecher wählen durfte, daß im 14. Jahrhundert wegen vermehrter Rechtskenntniß der Rath durch ein beſonderes Statut die Einwohner verpflichten mußte, in ihren Rechtsſachen ſich nur ſolcher Vorſprecher zu bedienen, die ihnen der Rath ſelbſt zuwies: was Alles darauf hinweiſt, daß auch dort ein beſonderer Stand der Art noch ſelbſt damals nicht erfindlich war.

Digitized by Google

VII.

Ueber das Verhältniß
zwiſchen dem
älteſten Hamburger und dem Stader Stadtrecht.

Inhalt.

§ 1. Einleitung.
§ 2. Es giebt nur ein Stader Recht.
§ 3. Pufendorf's Hypotheſe, daß dies älter als das Hamburgiſche von 1270 ſei.
§ 4—6. Widerlegung ſeiner Argumente.
§ 7. Gegenargumente.
§ 8. Werthbeſtimmung beim Raube.
§ 9. Recht des Vermiethers auf die Sachen des Miethsmannes.
§ 10. Schlußargumente.
§ 11. Wichtigkeit des Stader Statuts.

Digitized by Google

Digitized by Google

Ueber das Verhältniß

zwiſchen dem

älteſten Hamburger und dem Stader Stadtrecht.

§ 1.

Es iſt ſehr zu bedauern, daß die ausgezeichneten Germaniſten, deren unſere Zeit eine ſo große Anzahl beſitzt, ihre Studien unſerem topiſchen Recht faſt gar nicht zugewandt haben, und es ihnen daher nicht gelungen iſt, die Schätze, welche darin von Germaniſchem Urrecht vergraben liegen, heraufzuſchaffen, und für weitere Forſchungen zugänglich und fruchtbar zu machen. Wie weit die Unkenntniß des älteſten Hamburger Rechts geht, will ich Ihnen heute in einer beſondern Beziehung nachweiſen. Zwar habe ich bereits in früheren Vorträgen dieſe hervorgehoben, indem ich namentlich auf den zwiſchen unſerem Statut und demjenigen der benachbarten Stadt Stade beſtehenden Unterſchied im Allgemeinen hinwies[1]), und auf die Verwechſelung aufmerkſam machte, welche ſich in dieſem Betracht unſere großen Germaniſten zu Schulden kommen laſſen[2]). Allein der Gegenſtand verdient auch eine beſondere Beſprechung, zumal da dadurch zu manchen anderen Aufklärungen und Berichtigungen die Gelegenheit dargeboten wird.

§ 2.

Gewiß iſt es bemerkenswerth, daß durch alle ſechs Ausgaben der Mittermaier'ſchen Grundſätze des gemeinen Deutſchen Privatrechts der Beweis ſeiner Unbekanntſchaft mit dem Stader Statut gleichförmig geblieben, und gleichſam ſtationär geworden iſt. Er

---

1) Aphorismen über Lappenberg's Urkundenbuch § 23.

2) Vortrag über Zurechnung § 14 Anm. 3.

Digitized by Google

weiſt daſelbſt[1]) drei Stadtrechte von Stade nach, von 1209, von 1259 und von 1279. Allein das von 1209 bei Pufendorf Obs. Tom. 2 app. p. 152 ff. iſt nichts weiter, als das Privilegium Ottonis IV. Imperatoris civitati Stadensi datum a. 1209 Sexto Nonarum Maii (2. Mai)[2]), in welchem den Stadenſern gewiſſe Vergünſtigungen, die ihnen ſchon Otto's Vater[3]), Heinrich, ertheilt habe, abermals verliehen oder beſtätigt werden. Das Statut von 1259, was Mittermaier in Senckenberg[4]) gefunden hat, iſt von 1279, und ſcheint mit dem bei Pufendorf Obs. Tom. 1 app. p. 163 ff. Abgedruckten, mit alleiniger Ausnahme der Jahreszahl in der Einleitung, wörtlich übereinzuſtimmen. Dieſe Zahl iſt bei Pufendorf[5]) 1279, bei Senckenberg 1329. Vielleicht iſt das Stadtrecht nicht einmal ſo alt als 1279. Sonſt ließe ſich die Zahl 1329 auch daraus erklären, daß das von Senckenberg benutzte Exemplar eine Abſchrift des Stader Statuts für Buxtehude war, welche Stadt durch das Privilegium des Erzbiſchofs Burchard v. J. 1328 mit dem Stader Stadtrecht verſehen wurde[6]). Es bleibt aber ſo viel gewiß, daß nur ein Stader Statut exiſtirt.

§ 3.

Beſonders wichtig iſt für meinen heutigen Zweck eine Unterſuchung der bisher unwiderlegten Hypotheſe Pufendorf's[1]),

---

1) In den früheren Ausgaben § 9 Anm. 13, in der ſechſten von 1842 § 11 Anm. 18 S. 30. Dieſe hat ſelbſt die Druckfehler der älteren beibehalten.

2) Es ſteht auch in den Orig. Guelf. Tom. 3 p. 784, und theilweiſe in Lappenberg's Urkundenbuch I num. 374 (p. 330).

3) So heißt er in der Urkunde. Genauer müßte es heißen Vorweſer Heinrichs VI.; denn Heinrichs VI. Sohn war Friedrich. Vgl. Pfiſter Geſch. d. Deutſchen 2, 477 ff.

4) Sel. iur. et hist. nicht IV, ſondern VI, 269.

5) Ebenſo in Riccius Entw. d. Stadtr. S. 173.

6) Vgl. Senckenberg a. a. O. S. 270.

1) Viel früher hat ſchon Otto Sperling in ſ. Tractat vom Alterthum der Stadt Stade nachgewieſen, daß das Stader Statut angeblich von 1279 nur eine Abſchrift des hieſigen von 1479 ſei, welches Herman Langenbeck, der zu ſeiner Zeit dieſer benach-

welcher dies einzige Stader Statut älter hält, als das unſrige von 1270. Er hat dieſe Hypotheſe zuerſt 1756 bei Gelegenheit des Abdrucks der Rigaer Statuten (Obs. III app. p. 222 Anm.) aufgeſtellt. Seine Gründe, die wir jetzt prüfen wollen, ſind folgende:

1. Im Stader Statut verrathe das genus scriptionis ein höheres Alter. Man weiß nicht, was er unter dem Ausdruck verſteht. Meint er damit den Stil, die Schreibart: ſo laſſen ſich viel eher Argumente dafür nachweiſen, daß der Stil des hieſigen Stadtrechts alterthümlicher iſt, als derjenige im Stader (vergl. unten § 9. 10). Will er aber ſagen, die Handſchrift des Letztern ſei älter, ſo bin ich freilich nicht im Stande dies Argument zu prüfen, weil mir die Autopſie fehlt, und müßte dieſe Prüfung den ehrenwerthen Männern überlaſſen, die ſich mit der neuen Ausgabe unſerer alten Statuten ſchon ſeit mehreren Jahren beſchäftigen. Es würde aber damit noch nicht viel für die P.'ſche Hypotheſe gewonnen ſein, wenn nicht dargethan werden kann, daß die Abſchrift des Stader Statuts wirklich aus dem dreizehnten Jahrhundert ſtammt, oder gar von 1279 iſt. Denn kann nicht zufällig von unſerem älteſten Stadtrecht eine ältere Abſchrift verloren gegangen ſein [2]), vom Stader ſich aber erhalten haben?

§ 4.

2. Die Geldſtrafen im Stader Stadtrecht ſeien geringer, als in dem Hamburgiſchen; denn für eine Mark dort würden meiſt drei hier ſubſtituirt. Es hat allerdings ſeine Richtigkeit,

---

barten Städte commune oraculum geweſen, zuſammengebracht. Riccius a. a. O. S. 175 ſucht dieſe unhaltbare Anſicht Sperlings mit geringem Glücke und nur, indem er deſſen Argumente misverſteht, zu widerlegen. — Cropp Crim. Beitr. 2, 2, 337 ff. gedenkt bei Widerlegung eines ihm eigenthümlichen Arguments für die Pufendorfſche Hypotheſe derſelben als einer nur äuſſerſt ſchwach begründeten, wobei er Hülſemann Observ. ad Stat. Stad. P. 1 § 43 citirt, wie es ſcheint, als einen Vertheidiger Pufendorfs.

2) Vgl. Anderſon Hamb. Privatr. 1, 8, der gradezu ſagt, er habe das Original nicht ausfindig machen können.

Digitized by Google

daß in acht Stellen das Stader nur ein Pfund Buße oder Wette beſtimmt, wo das Hamburger drei androht, nämlich

	H.	I, 9		St.	I, 5.	
	„	I, 10		„	I, 6.	
	„	I, 14		„	I, 10.	
	„	VI, 19, 2		„	V, 18.	
	„	IX, 10		„	VI, 9.	
	„	IX, 11		„	VI, 10.	
	„	IX, 12		„	VI, 11.	
und	„	IX, 15		„	VI, 13.	

Andere Stellen habe ich nicht gefunden, als dieſe acht[1]). Nun würde dieſe geringere Buße nur dann Etwas für das größere Alter des Stader Stadtrechts beweiſen, wenn entweder nachgewieſen werden könnte, daß auch in Hamburg in früherer Zeit geringere Bußen geweſen ſind, oder daß in Hamburg dieſelbe Münze geweſen, und das Silber dort denſelben Werth gehabt, wie in dem kleineren, jedenfalls mit unbedeutenderem Handel und Verkehr geſegneten Stade. Wir brauchen aber nicht ſo weit zu gehen. Daß in jenen Stellen die Verſchiedenheit der Buße ohne Bedeutung für das Alter des Statuts iſt, beweiſt ſich aus drei Stellen, wo beide Statute die Buße auf 3 Pfund beſtimmen

H.	IX, 8	Stad.	VIII, 7.
„	X, 2	„	IX, 2.
„	XII, 10	„	XI, 9.

ſo wie denn bekanntlich in dieſer Beſtimmung unſer Statut mit dem Sachſenſpiegel übereintrifft (Vgl. Cropp Crim. Beitr. 2, 2, 357). Wie wenig das Argument ausgiebt, läßt ſich noch aus andern Umſtänden entnehmen. In dem Schragen der Vorſprecher H. IX, 27 und St. VI, 24 iſt ihr Salär bei uns in den Sachen von drei Pfund nicht größer, als in Stade in den Sachen von ein Pfund. Während ferner dreimal das Stader

1) In zwei Stellen hat ausſerdem das Hamb. 3 ℔ Silber, wo das St. 1 Pfund hat

H.	IX, 22	St.	VI, 19.
„	IX, 24	„	VI, 21.

Statut 4 ß Wette beſtimmt, wo das Hamburger 12 ß hat,

H. VII, 7 St. VII, 5.
„ IX, 8 „ VI, 7.
„ IX, 19 „ VI, 9.

iſt die Contumacialſtrafe beim erſten Nichterſcheinen entweder des Klägers oder des Beklagten in beiden Statuten übereinſtimmend 4 ß

H. IX, 5 u. St. VI, 1.

Ebenſo findet ſich gleichmäßig 4 ß

H. VI, 11 u. St. V, 29, 1.

Man muß damit noch einige auffallende Umſtände zuſammenhalten. Beide Statuten beſtimmen 8 ß als die Gränze des kleinen Diebſtahls

H. XII, 7 St. XI, 7.

Beide erlauben Beeidigung des Dienſtenlohns bis 40 Pfenninge

H. VIII, 2 St. eod.

Dagegen werden in Stade (1, 12) wegen Schuld und Erben nur Zeugen zugelaſſen, die ein Erbe von 10 Mark Werth haben binnen des Weichbildes, während in Hamburg nur überall der Beſitz eines Erbes erforderlich iſt (1, 16). In Hamburg können unbeſeſſene Zeugen auch bei Brüchen bis 3 Pfund zugelaſſen werden (1, 10), nicht aber in Stade (1, 12). In dem Falle H. VI, 27. iſt die Buße auf 3 ℔ Silber und resp. 3 ℔ geſetzt, wo St. V, 26 unerklärlich niedrig 4 ß und 12 ß beſtimmt, und H. VI, 29 droht 12 ß an, wo St. V, 28 ungewöhnlich 10 ß ſetzt.

Dieſe auffallenden, rein willkührlichen Abweichungen des Stader Statuts, wo in den Zahlen des hieſigen eine gewiſſe Conſequenz unverkennbar iſt, führen unwiderſtehlich zu der Vermuthung, das Stader habe die hieſigen Vorſchriften vor Augen gehabt, und beliebig die Summen verändert oder weggelaſſen. Eine ſolche Vermuthung erhebt ſich aber zu einem hohen Grade von Wahrſcheinlichkeit, wenn man unſer Statut IX, 1 mit den Beſtimmungen im Stader VI, 3 u. 4 zuſammenhält. Es ſind dies die Vorſchriften über Schimpfwörter und Schläge. In mehreren hat das Stader Recht Zahlen, welche vom den unſrigen abweichen. Allein bei der Beſtimmung über Schläge auf blot ofte blau d. h. blutrünſtige Flecke, giebt das Stader keine Zahlen an, ſondern hält die Vorſchrift ganz allgemein, der Thäter

ſolle es beſſern. Nichts deſto weniger hat es den Schluß beibehalten, daß Alle, die dabei geweſen, Jeder eben ſo viel beſſern ſolle, was hier nicht, oder doch im Hamburger bei genauen Zahlenangaben genauer paßt.

§ 5.

3. Pufendorf macht noch das Argument geltend, daß ſich im Hamburgiſchen Statut Erläuterungen finden ſollen, die im Stader fehlen. Er hat aber nur ein Beiſpiel, nämlich bei der Erbfolge kinderloſer Ehegatten, namhaft gemacht, und meint hier wohl ohne allen Zweifel

H. III, 10. St. II, 9.

Man kann hingegen faſt mit Gewißheit aus den Abweichungen Beider, die nichts weniger als Erläuterungen ſind, entnehmen, daß das hieſige Statut das höhere Alterthum für ſich hat, gewiß aber nicht das Gegentheil. Es iſt dazu jedoch erforderlich, und verlohnt ſich auch wohl ſonſt der Mühe, etwas tiefer in den Inhalt einzugehen.

Der Artikel heißt im Hamb. Statut:

So wor ein Man vnde eine Vrouwe toſamme ſind an Echteſchup, vnde nene Kindere ne hebbet, ſtervet de Man, de Vrouwe ſchall nemen tovoren er Gud up, dat ſe to eme brocht hefft, vnde ſind ere Kledere offte ere Erve offte Husgedinghe wat geergeret, Schade ere, vnde is et wat gebeteret, Vrome ere. Vnde dat ſülve, do de man offte de Vrouwe ſtörve. Men ſchall over jo thovoren de Schuld gelden van deme meenen vnde van dem gantzen Gude, vnde wore davan enboven, de ſcholde de Vrouwe hebben halff, vnde datſülve do de man. Geſchüt id ock binnen 10 Jaren, ſo ſchall des erer jewelck, de dar levende blifft, vullenkomen mit guden Lüden, wovele Gudes erer en to dem andern brochte. Is id ock boven 10 Jaren kamen, ſo ſchall id erer jewelck mit ſines ſulves Hand holden vp den Hilligen, wat he to ſinen Gaden brachte. Were id ock alſo, dat erer twyer en wat dorch God geven wollde, dit ſchall he don van dem Gude dat vp ſine Erven vallen mochte, id ne were alſo, dat id Erve-Gud were, dat ein man nicht geve ſonder Erve loff.

Das Stader Statut lautet dagegen ſo:

So wor ein man vnde ein vrowe an echtſcap to ſamene ſint. vnde nene Kindere ne winnet. ſtorue de vrowe. ſo vele godes ſe to ereme manne brochte. dhat ſcal de man hebben half. vnde der vrowen nageſten erven half. weren ere cledhere wot geargheređ. ſcadhe erer beidher. Storue auer dhe man. alſodan goet alſo dhar were. that ſcolde de vrowe hebben half. vnde dhes mannes nageſte erven half. mer de ſcult ſcal men jo tovoren ghelden van dheme menen gode. vnde ſo wat dhar boven is. dhat ſcolen ſe delen ghelic. Gheſcut it binnen tein jaren, ſo ſcal he des vullenkomen mit goden luden, wo vele godes ſe to eme brochte. Js it och boven tein jar ghekomen. ſo ſcal he it mit ſines ſulues hant holden vppe den hilleghen. wat ſe to eme brochte. ware it och alſo. dhat erer twier ein wat dhor got gheven wolde. that ſcolde he don van dheme gode dhat uppe ſine erven vallen mochte. Jt ne ware alſo. dhat it erve goet ware. dhat ne mach neman gheven ane erve lof.

Nach dem Hamburger Statut von 1270 war es in dem Falle, daß ein Ehegatte [1]) ſtarb, ohne Kinder zu hinterlaſſen, Rechtens, daß allemal (jo) die Schulden von dem gemeinen und ganzen Gute abgezogen wurden, ohne zu unterſcheiden, woher dies gekommen, ſo daß für die Schulden des Mannes auch die Güter hafteten, welche die Frau in die Ehe gebracht hatte, und umgekehrt [2]). Sodann nahm der Ueberlebende dasjenige Gut

---

1) Der alte Strafgebrauch iſt bemerkenswerth. Man ſagte an Echteſchup toſamene komen III, 1. 5 (Cod. Reinst.). II. 17. X, 8. 1292 E, 18. 1497 J, 19. Aber auch an Echteſchup toſamen ſin 1270 III, 3 und an Echteſchup Kindere hebben III, 4. Jch vermuthe deshalb, daß III, 10 nicht in Echteſchup toſamen ſin, ſondern an zu leſen iſt, womit auch das Lübecker, Stader und Rigaer Statut übereinſtimmen.

2) Vgl. Cropp in Heiſe und Cropp's Abhandl. 2, 477. 478. Erſt durch den Receß von 1529, ſo wie danach wiederum durch das Statut von 1605 und durch die Neue Falliten-Ordnung von 1753 traten in der Verbindlichkeit der Frau für die Antematrimonialſchulden des Mannes Modificationen ein. — Für das Recht des Sachſenſpiegels in Beziehung auf die Erbfolge der

vorweg, was von ihm in die Ehe gebracht war. Hatten ſich Kleider, Erben, Hausgeräth während der Ehe verſchlechtert, ſo mußte er den Schaden tragen; ebenſo aber hatte er auch den Nutzen, wenn das Gut verbeſſert war. Blieb nun noch Etwas übrig, ſo fand kein Unterſchied Statt, ob der Mann oder die Frau überlebte: allemal theilte der überlebende Ehegatte mit den Erben des Verſtorbenen zu gleichen Theilen. Ueber den Beweis Deſſen, was der eine Ehegatte dem andern zugebracht hatte, galt 1270 die Beſtimmung, daß, wenn ſeit dieſem Zubringen noch keine zehn Jahre verfloſſen waren, der überlebende Theil Zeugen zu ſtellen hatte. Waren aber ſchon zehn Jahre verſtrichen, ſo reichte er mit ſeinem Eide aus[3]). Wollte Jemand Etwas durch Gott geben, d. h. zu frommen Zwecken vermachen[4]): ſo durfte er über denjenigen Theil verfügen, der auf ſeine Erben fiel, nur durfte dies nicht Erbgut ſein, weil er darüber nicht ohne Erlaubniß ſeiner Erben letztwillig diſponiren durfte[5]).

§ 6.

Um das Alter dieſer Beſtimmungen zu beurtheilen, muß man ſie zuerſt wohl mit unſeren eigenen ſpäteren Statuten zuſammenhalten. Da iſt es denn ſonderbar, daß die ganze Beſtimmung 1276 fehlt, wo es dafür III, 10, und zwar ſchon in Uebereinſtimmung mit dem ſpäteren Recht für den fraglichen Fall kinderloſer Ehen heißt, daß die überlebende Frau die Hälfte des Nachlaſſes, der überlebende Mann zwei Drittheile nehmen

---

Ehegatten vgl. von Sydow Erbrecht S. 262 ff. Ein weſentlicher Unterſchied zwiſchen dem Erbrecht des Sachſenſpiegels und unſerem älteſten beſteht darin, daß jener unterſcheidet, dieſes aber nicht, ob die Ehe kinderlos war oder nicht. Vgl. v. Sydow S. 290 ff.

3) In Anderſon's Ausgabe ſteht wat he to ſinen Guden brachte: offenbar ein Druckfehler. Es muß Gaden heißen.

4) Vgl. 1270 IV, 4 Causa Dei oder pro Deo iſt der Ausdruck im älteſten Stadt-Erbebuche. S. Herrn Dr. Reimarus in unſerer Vereins-Zeitſchr. 1, 3, 442.

5) Vgl. 1270 VI, 7. 1276 eod. 1292 E, 16. 1497 J, 18. Ein Beiſpiel davon im älteſten Stadt-Erbebuche ſ. Zeitſchr. a. a. O. S. 409.

Digitized by Google

ſolle. Im Statut von 1292 iſt dies E, 18 beibehalten, und nur die Verordnung hinzugefügt, daß vorher die Schuld von dem gemeinen ganzen Gut berichtigt werden müſſe, ſo wie was an Koſt binnen einer Monatsfriſt von der bygraft (Begräbniß) und der Selemaninghe (Seelenmeſſe ſ. Anderſon S. 440) aufgeht[1]). Das Statut von 1497 J, 19 wiederholt das Statut von 1292 mit einem uns hier nicht weiter intereſſirenden, übrigens bereits bei dem Statut von 1292 auf einem beſondern Pergamentblatt (ſ. Anderſon S. 281) vorkommenden, alſo altem Zuſatze.

Es ergiebt ſich hieraus, daß hier das Statut von 1270 ein für Hamburg ganz altes, ſchon 1276 obſoletes Recht enthält, und man könnte allerdings dadurch verſucht werden anzunehmen, es ſei ein fremdes Recht recipirt. Allein die weitere Prüfung führt auf ein anderes Ergebniß. Es iſt aus einer Vergleichung des obigen Artikels von 1270 mit dem Rigaer (Art. 36 Puf. T. III App. p. 235) und demjenigen Lübecker Recht, welches das Hamburger recipirt hat (Hach Cod. III, 278), die Vermuthung zu entnehmen, daß man unſer älteſtes Statut frühzeitig muß unleſerlich oder unverſtändlich gefunden haben. Es iſt daher im Rigaer offenbar ſehr verſtümmelt, im Lübecker dagegen durchaus conſequent weiter ausgeführt und erläutert. Dies giebt, wie mir ſcheint, für das Verhältniß des Stader zum Hamburgiſchen einen genügenden Aufſchluß. Daß das Stader eine Lücke hat, läßt ſich bei einer einigermaaßen genauen und unpartheiiſchen Betrachtung nicht verkennen. Es wird dort der Fall vorangeſtellt, daß der Mann überlebt. Wie die Worte hier lauten, müßte man annehmen, daß der Mann von dem Gute, was die Frau ihm zubrachte, die Hälfte, ihre Erben die andere erhielten, und wenn ihre Kleider Schaden gelitten, dieſer Beider, daß hieße doch wohl des Mannes und der Erben der Frau, ſein würde. Stürbe aber der Mann zuerſt, ſo müßte die Frau von dem Gute, was da iſt, alſo unter Nichtbeachtung

1) Zu dieſer Beſtimmung iſt Sachſenſpiegel I, 22, 1 und Stat. von 1270 III, 14. 1276 eod. 1292 E, 13. 1497 J, 13 zu vergleichen.

Digitized by Google

des Umſtandes, ob ſie es in die Ehe brachte oder der Mann, die Hälfte haben, und des Mannes Erben die andere. Darauf heißt es, die Schuld ſoll man jedenfalls zuvor berichtigen aus dem gemeinen Gut, und was darüber iſt, das ſollen ſie gleich theilen. Dieſer Zuſatz würde nun offenbar die erſte Beſtimmung, da er für beide Fälle gilt, der Mann oder die Frau mag überleben, aufheben, und danach alſo der Mann das Gut, was er in die Ehe brachte, nicht vorwegnehmen können. Nicht blos aber dieſer Widerſpruch, ſondern auch die ſpätere Stadiſche Rechtspraxis beweiſen, daß das Stader Statut ganz in dem Sinne des Hamburgers aufzufaſſen iſt, mithin von dieſem nur verſtümmelt abgeſchrieben ſein muß. Denn aus einem Präjudicate v. J. 1719 — 24, welches Pufendorf Obs. T. 1 Obs. 68 § 18 mittheilt, ergiebt ſich, daß auch ſpäter noch ebenfalls die Frau ihre in die Ehe gebrachten Güter vorwegnimmt, und von dem Gute des Mannes die Hälfte erhält, was denn gewiß ebenſo von dem Manne gilt, wenn dieſer überlebt. Zwar ward eine entgegenſtehende Rechtsgewohnheit, wonach zwiſchen den Eheleuten in Stade eine auch in Succeſſionsfällen wirkſame Gütergemeinſchaft beſtehen ſollte, in jenem von Pufendorf erzählten Falle behauptet; allein ſelbſt ſie konnte nicht erwieſen werden.

§ 7.

Während nun mit dieſem letzten Argumente viel eher die Pufendorf'ſche Hypotheſe widerlegt als beſtätigt wird, kann es gar nicht geläugnet werden, daß das Stader Statut viele Beſtimmungen enthält, welche in dem unſrigen von 1270 fehlen. Namentlich iſt hier die Definition von Ingedom im Stader II, 18, 4 um ſo auffallender, da ſie zuverläſſig einer ſpäteren Zeit angehört, der der alte Sprachgebrauch nicht mehr geläufig war[1]. Auch hat das Stader Statut häufig Zuſätze, die dem unſrigen unbekannt ſind, ſo wie Erweiterungen und Verbeſſerungen des

---

1) Es iſt intereſſant, ſie mit derjenigen Definition zu vergleichen, die das hieſige Liber memorandorum d. a. 1462 von Ingedome aufſtellt (vergl. Anderſon S. 51), und mit der im Bremer Statut 23 von 1433 (Oelrichs p. 460).

unſrigen, wogegen es mehrere alte Beſtimmungen des unſrigen nicht hat, welche größtentheils in den ſpäteren Redaktionen des hieſigen weggelaſſen oder doch abgeändert ſind. Es iſt für meinen heutigen Zweck unnöthig, hier in ein ohnehin ermüdendes Detail einzugehen [2]). Dagegen will ich ein Paar Beiſpiele hervorheben, weil ſie auch ſonſt ein wiſſenſchaftliches Intereſſe darbieten [3]).

§ 8.

Im Stader Statut fehlt in dem Artikel über Raub (XI, 7) die Beſtimmung des hieſigen (XII, 7), daß man dem Räuber ſin Hovet afſlaen ſchall nur vme Roeff de 3 penninghe wert is offte der boven. Unſere Statute haben dieſe Werthbeſtimmung bis 1497 (1276 eod. 1292 P, 7. 1497 O, 17), und unterſchieden ſich darin vom Sachſenſpiegel (II, 13, 5), der eben ſo wenig wie andere, namentlich die Goslarſchen Statuten, bei der Beſtrafung des Raubes auf den Werth des Geraubten ſieht (vergl. Göſchen S. 328) [1]).

---

2) Ein Argument ſ. in meinem Vortrage über Zurechnung § 21. Ferner iſt es ſonderbar, daß das Stader Stadtrecht V, 12 aus dem unſrigen VI, 13 eines Schiffsrechts, das es nicht hat, und ferner V, 18 aus dem unſrigen VI, 19 einer Burſprake gedenkt. Was ſonſt über dieſe letztere Stelle zu ſagen iſt, um das ältere Recht zu ermitteln, habe ich in dem erwähnten Vortrage über Zurechnung § 42 ff. geſagt. — Im Stader St. V, 26 fehlt nach dat ſcal he gelden ganz erſichtlich der Satz Were over — he gelden, der nur aus unſerem St. VI, 27 zu ergänzen iſt, und beweiſt, wie gedankenlos das Stader St. abgeſchrieben iſt, da der Abſchreiber durch das zweimal vorkommende dat ſchall he gelden ſich irreleiten ließ.

3) Man wird ſich wohl überhaupt auf dieſe ſogenannten inneren Beweisgründe beſchränken müſſen. Denn, um mich der Worte des ſchätzbaren Hannoverſchen hiſtoriſchen Vereins (ſ. deſſen Archiv Jahrgang 1842 H. 1 S. 51) zu bedienen, durch mancherlei ungünſtige Umſtände iſt die Geſchichte der Stadt Stade noch immer dunkel, weil die darauf bezüglichen Urkunden nur ſpärlich zu finden ſind. Der häufige Wechſel ihrer Beſitzer und der große Brand tragen hiervon die Schuld.

1) Das Rigaer Statut hat die Werthbeſtimmung Art. 150 (Puf. T. III App. p. 270) ſo auch das Lübiſche (Cod. Hach. III, 399);

Digitized by Google

Es läßt ſich aber nachweiſen, daß hierin unſere Statute das ältere Recht haben. Ueberhaupt iſt es eine ältere Auffaſſung der beiden Verbrechen des Diebſtahls und Raubes, die ſich in unſeren älteren Statuten findet, wenn ſie faſt überall[2]) ſie zuſammen erwähnen, und auf gleiche Linie ſtellen. Der Etymologie nach[3]) iſt der Ausdruck Raub noch genereller als Duve, und bezeichnet jede eigenmächtige Entziehung einer Sache. Nun zeigt Wilda (Strafr. d. Germ. S. 907 ff.) in ſeinen ſehr intereſſanten Aufſchlüſſen über die altgermaniſchen Anſichten vom Raube, daß das Verbrechen urſprünglich zwei Begriffe, nämlich den der Gewaltausübung und den der Widerrechtlichkeit in ſich faßte, eine Anmaaßung des dem Andern Gebührenden, eine Aneignung fremden Eigenthums, wobei die Gewaltthätigkeit nur eine beſondere Qualification des Verbrechens ſein konnte. Urſprünglich war um deswillen auch der Raub nie ſo ſtrafbar, wenigſtens nicht ſtrafbarer als der Diebſtahl. Vielmehr betrachtete man die Schwertſtrafe, welche auf jenen ſtand, als geringer wie den einen Dieb bedrohenden Galgen. Aus der Kirche entwickelte ſich erſt ſpäter ein anderer Gegenſatz zwiſchen Raub und Diebſtahl. Somit iſt es die ältere und urſprüngliche Anſicht, beide Verbrechen auf gleiche Linie zu ſtellen, und bei Beiden der Werthbeſtimmung einen Einfluß einzuräumen. Erſt wenn ſie mehr auseinander gehalten werden, verliert der Werth des Geraubten ſeine Bedeutung.

§ 9.

Sehr wichtig für die Frage nach dem höheren Alter unſerer Statute iſt das Ordel von 1270 I, 9 durch ſeine weſentlichen

---

ſie fehlt im Verdener 180 (Puf. T. I App. p. 133) und im Bremer von 1433 Ord. 102 (Oelrichs p. 549). Auch iſt es bemerkenswerth, daß der ſogenannte vermehrte Sachſenſpiegel ſie hat, da ſie doch im urſprünglichen fehlt. Vgl. Göſchen Gosl. Stat. S. 311. 321 und 328.

2) Allein ausgenommen 1270 XII, 11, wiewohl dort ohne beſondere Bedeutung.

3) Vgl. Wiarda zum Aſegabuche S. 131.

Varianten vom Stad. St. I, 5 [1]). Es wird aber daraus wiederum hervorgehen, daß jenes älter, dieſes jünger iſt. Zwar wird

a. dies wegen der Auslaſſung am Schluſſe unſeres Ordels, wo 1270 nach ſo wat he in den Weren vind die Worte dhat des mannes is fehlen, nur in einer gewiſſen Hinſicht behauptet werden können. Denn daß der Hauswirth ſich nicht an Alles, was er in den Wehren des Miethsmannes findet, ſondern nur in ſo fern es dieſem gehört, halten kann, iſt gewiß altdeutſches Recht, ſowie denn das Statut von 1270 dies ganz ausdrücklich mehrmals anerkennt, namentlich VI, 15 und 16, und es überhaupt dem Charakter des Deutſchen Rechts widerſtrebt, dem Hauswirth ein Recht auf Gegenſtände einzuräumen, die nicht Eigenthum des

---

1) Im hieſigen Statut heißt es ſo:

So we ſyn Erve verhüret, id ſy an Hüſen, id ſy an Garden, ſo we dat hüret, de ſchall ſine Hüre geven to rechter Tiet. Beklaget men eme darumme, ſo ſchall he de Hüre geven over tweer nacht. Is id ock alſo, dat he ut dem Huſe varet ſunder ſines Husheren Orloff, den Broke ſchall he beteren mit dreen Punden, darto ſchall he de Hüre geven over twee Nacht. Iſſet aver alſo, dat he mit Orloffe ſines Husheren darut varet, ſo ſchall men eme dagdingen over veertein Nacht liek anderen Gelde. Varet over de Man ute der Stadt hemliken, ſo is de Hushere neger to beholdende vör ſin Hushüre, ſo wat he in den Weren vind, denn id eme jennig Man aftowinnende ſy.

Das Stader lautet:

So we ſin erue verhuret it ſi an huſen it ſi an garden the ſcal theme anderen leſten that he eme lovet. unde the that huret the ſcal ſine hure gheuen tho rechter tit. beclaget men ene tharumme. ſo ſcal he the hure gheuen ouer thwer nacht. Is it och alſo dhat he ut theme huſe varet ſunder ſines husheren orlof. then broke ſcal he beteren mit enen punde, thar to ſcal he the hure gheuen ouer thwer nacht. Is it auer alſo that he mit orlofe ſines husheren thar vt varet. ſo ſcal men ome dachthingen ouer veertein nacht lüch andereme ghelde. varet auer the man ut ther ſtad hemelike. ſo is the hushere naghere to beholdende vor ſine hushure. ſo wat he in then weren vint that thes mannes is. than it ome jenich man afrowinnende ſi.

Miethsmannes waren, als dieſer ſie an ſeine Wehren nahm [2]). Es iſt aber auffallend, daß jene Worte in unſerem älteſten Statut fehlen, da ſie doch 1276 I, 10. 1292 E, 5. 1497 G, 14 und in allen übrigen Rechten, freilich in anderen Wendungen, aber doch dem Sinne nach vorkommen [3]). Man kann dieſe Auslaſſung entweder nur als einen Schreibfehler der Handſchriften betrachten, die dem Anderſonſchen Abdruck zum Grunde liegen (ſ. darüber Anderſon S. 8), oder als einen Redaktionsfehler. Nur bei letzterer Annahme würde, wenn ſie ſich beſtätigte, das Stader ſich durch Aufnahme des Zuſatzes als jünger ausweiſen. Man wird die Entſcheidung ausſetzen müſſen, bis die Urſchrift des Statuts von 1270 ermittelt iſt. Dagegen läßt ſich

b. eine andere Variante als entſcheidend wider das Alter des Stader Statuts betrachten. Der Anfang des unſerigen von 1270 lautet ſo:

> So we ſyn Erve verhüret, id ſy an Hüſen, id ſy an Garden [4]), ſo we dat hüret, he ſchall ſine Hüre geven to rechter tiet etc.

Legt man an dieſe Periode einen modernen Maaßſtab, ſo muß man zwiſchen dem einen ſo we und dem andern Etwas

---

2) Vergl. auch Cropp Crim. Beitr. 2, 277 ff.

3) Cod. Lub. Hach. III, 250. Stat. Rig. 8 (Puf. III App. p. 226) Sat. Verd. 10 (Puf. I App. p. 81) Stat. Brem. d. 1303 Ord. 70 (Oelr. p. 105) de 1428 II, 35 (Oelr. p. 357) und de 1433. 47 (Oelr. p. 470). Im Lübecker heißen die Worte: dat deme tohoret dhe vthgeuaren. Im Verdener: dat deme hueslinge tohöret. Im Bremer: dat deme manne tohoret. Uebrigens ſind die Diſtinctionen der neueren Hamburgiſchen Prätur-Praxis dem Geſetz, auch dem neuſten Statut II, 4, 12 fremd, und nur die Diſpoſitionen, welche ſich der Miethsmann mit den invectis et illatis erlaubt hat, ſeitdem er ſie inferirte, können das Recht des Vermiethers nicht beeinträchtigen, ſo lange die Gegenſtände in des Miethers Wehren verbleiben.

4) Man ſieht hier, daß das Statut aus einer frühen Zeit ſtammt, da in der Stadt noch Gärten ohne Häuſer vermiethet zu werden pflegten. Es iſt dieſelbe Zeit, da man noch des Morgens das Vieh aus der Stadt auf die Weide trieb, und es jeden Abend zurückbrachte. Vgl. Aphorismen über Lappenbergs Urkundenbuch § 2.

Digitized by Google

vermiſſen, es fehlt dann der Nachſatz zu dem erſteren. Allein es findet ſich dieſer Anfang durchaus gleichförmig in allen hieſigen ſowie in allen vorhin erwähnten Statuten, mit alleiniger Ausnahme des Stader. Ja es iſt auffallend, daß derſelbe Anfang in derſelben Materie von der Miethe 1270 VI, 17 noch einmal vorkommt, und ebenſo in unſeren ſpäteren Statuten (1276 VI, 25. 1292 E, 17. 1497 G, 15), ſo wie im Cod. Hach Lub. III, 312, im Rigaer 74 (Puf. III. App. p. 247) und ſelbſt im Stader V, 16 (Puf. I App. p. 195) unverändert wiederholt wird. Man wird durch dieſe Umſtände verſucht zu vermuthen, daß es eine alte Formel des bis 1270 im Gedächtniß überlieferten Ordels war. Ueberhaupt iſt es auch ſonſt nicht ganz ungewöhnlich, erſt den Fall aufzuſtellen, und dann die ſpecielle Beziehung auf die Parthei, von der das Ordel handelt, folgen zu laſſen. Auch die Unbeholfenheit im Ausdruck, die dadurch entſteht, und davon ſich auch ſonſt Beiſpiele finden (z. B. 1270 I, 10) beurkundet ſeine Urſprünglichkeit. Daher aber iſt es auch ein faſt unwiderlegbarer Beweis von dem jüngeren Alter des Stader Statuts, wenn daſſelbe jenen vermißten Zuſatz hat: the ſcal theme anderen leſten that he eme lovet, zumal da der Ausdruck leſten ungewöhnlicher iſt und wenigſtens gelden häufiger vorkommt [5]).

§ 10

Es ſcheint für diesmal überflüſſig und ermüdend, noch mehr Argumente gegen die Pufendorf'ſche Hypotheſe aufzubringen. Gewiß würde es intereſſant ſein, nebſt dieſer inneren Widerlegung auch eine äuſſere zu verſuchen, namentlich in Beziehung auf die Orthographie und den Dialekt. Ich will dies derjenigen Section überlaſſen, welche dieſem Zweig der Geſchichte ihre beſondere ausgezeichnete Thätigkeit zugewandt hat. Hier begnüge ich mich ſchließlich zu bemerken, daß wer mit Unbefangenheit und Nach-

---

5) Leſten kommt im Statut von 1270 nur viermal vor, zweimal beim Eide VII, 6 und 7, zweimal ſonſt VI, 14 und IX, 28. Gelden dagegen I, 17. 18. III, 5. 10. 15. 16. 17. VI, 7. 25. 27. VII, 8. IX, 2. 13. 18. Dies Wort für zahlen hat auch der Sachſenſpiegel, dem das leſten ganz fehlt.

denken die beiden Statute ſtudirt, unwillkührlich in vielen kleinen Eigenthümlichkeiten für das höhere Alterthum unſeres älteſten Stadtrechts Belege ſelbſt finden wird [1]).

§ 11.

Aber ich kann dieſen Gegenſtand nicht verlaſſen, ohne nichts deſto weniger das Studium des Stader Statuts auf das Angelegentlichſte allen Freunden unſeres alten Hamburgiſchen Rechts zu empfehlen. Jenes Statut iſt für Kritik und Geſchichte eine lange noch nicht genug benutzte und gewürdigte, äuſſerſt ergiebige Quelle, und namentlich iſt es für die Berichtigung des Textes unſeres älteſten Stadtrechts von großer Wichtigkeit.

1) So findet ſich ein Beleg in der Stelle unſeres Statuts von 1270 X, 6 vgl. meine Notizen für die Geſch. d. Strafen § 4.

Digitized by Google

VIII.

Einige rechtshiſtoriſche Notizen

über die

Verantwortlichkeit der oberſten Staatsbeamten in Hamburg.

Vortrag vom 4. Juli 1843.

Inhalt.

§ 1. Allgemeines Deutſchrechtliches Princip.
§ 2. In unſerem älteren Staatsrecht nachgewieſen.
Der Receß von 1562.
§ 3. Die Rathsrolle von 1505.
Der Receß von 1603.
§ 4. Caſuiſtik. Peter Röver. Peter Rentzel. Hans Schavshauſen.
§ 5. Lüttkens.
§ 6. Von Spreckelſen.
§ 7. Hieronymus Sillem. Caspar Anckelmann. Cordt Vegeſack.
§ 8. 9. Unſere neuſten Staats-Grundgeſetze.
§ 10. Die Reform von 1820.
§ 11. Caſuiſtik.
Schlußnotiz.

Digitized by Google

Digitized by Google

Einige rechtshiſtoriſche Notizen

über die

Verantwortlichkeit der oberſten Staatsbeamten in Hamburg.

§ 1.

Johann Ludwig Klüber ſtellt es als ein Princip für die Mitglieder des Deutſchen Staatenbundes auf, daß ein Jeder der oberſten Staatsbeamten nicht blos der Perſon des Regenten, ſondern auch den Stellvertretern des Volks für Dasjenige verantwortlich ſei, was er verfügt, oder was ihm innerhalb ſeines Geſchäftskreiſes zu thun obliegt, alſo für Begehungs- und Unterlaſſungshandlungen. Er macht fünf Bundesſtaaten namhaft, in welchen dieſes Princip eine ſpecielle geſetzliche Sanction erhalten hat. Vgl. die vierte Aufl. ſ. öffentl. Rechts des Deutſchen Bundes und der Bundesſtaaten S. 534 ff.

Ohne hier auf eine nähere dogmatiſche Begründung und Entwickelung dieſes Princips im Allgemeinen und ſpeciell für Hamburg vom legislativen oder bundesrechtlichen Standpunkt eingehen zu wollen, erlaube ich mir Ihnen zu bemerken, daß daſſelbe Princip in Hamburg keineswegs unbekannt geweſen iſt, ſondern vielmehr als ſehr alt bezeichnet werden kann.

§ 2.

Zuerſt finden wir in dem Receſſe vom 3. Februar 1562, worin mehrere Poſtulate der Bürgerſchaft zum Rath- und Bürgerſchluſſe erhoben wurden, folgende Stelle, die ich Ihnen mittheile, wie ſie in Lünig's Reichs-Archiv Partis specialis Contin. 4

pag. 1003 abgedruckt iſt, wobei ich vermuthe, daß dem Herausgeber unſerer neuſten Hauptgrundgeſetze kein anderer Abdruck und noch weniger ein Original vorlag. Wenigſtens nimmt er im „Nachtrag zum neuen Abdruck" S. 85 ausdrücklich ſelbſt auf Lünig Bezug, und wenn er im Supplementbande S. 143 Verbóhringe für Entbohringe lieſt, ſo kann das ſeine eigene, übrigens gewiß ganz vortreffliche, Emendation ſein, die er als eine ſolche beſonders zu bezeichnen überflüſſig finden mochte, da ohnehin bei ſeiner ſehr verdienſtlichen Arbeit ſtrenge Kritik nicht ſein Zweck, wenigſtens nicht ſein Hauptzweck geweſen iſt.

Jene Stelle lautet bei Lünig ſo:

Thom verden, dat E. Erb. Raht und ein jeder Perſohn in ſeinen Ampt truw ſyn wollen, an allen den, wat dat Wort trouw begript, edder fůdert tho Gades Ehren, Beforderung ſines H. Evangely vnd Vermehren unſerer Freyheiten, Gerechtigkeiten vor des gemeenen Nutzes, Nahrung, Wolfahrt und Gedien, alſo dat Gott de Herr dat richten ſchall, vnde Entbohringe tydtlike nach Erkenntnůſſ důſſer Borgerſchop geſtraffet werden.

Thom vófden, dat E. E. Raht alle Eegennůttigkeit, ſo jemand des Rades unde gemeenen Amptes halben empfangen, unde an ſick bringen móchten, veerfoldig uth deſſen Gudern thom gemenen Beſten unde denſůlvigen mit Entſetting des Rades hinforder wollen ſtrafen, ahne Anſehen der Perſohn.

Jener Herausgeber der neuſten Hauptgrundgeſetze (Nachtrag S. 85) überſetzt die unterſtrichenen Worte durch: Zeitliche Mängel, und verſteht den erſten Abſatz dahin, daß die Bürgerſchaft in ſolchen Vorkommenheiten die richterliche Behörde ſein ſollte. Man muß auch geſtehen, daß dies dort beſtimmt ausgeſprochen iſt, wiewohl man nicht recht einſieht, wie es kommt, daß die im andern Abſatz bezeichneten Vergehen zur Competenz des Raths geſtellt werden.

§ 3.

In der Rolle vom 22. März 1595, welche von E. E. Rath up der allgemenen erbgeſeſſenen Borgerſchop Schluß verfaßt, den Anhang D zur Burſprake auf Petri von 1594 bil-

det, und mit der generellen Beſtätigung vom 4. Nov. 1657 verſehen iſt (vgl. Lünig p. 1049)[1]) heißt es von den Rathmannen:

Da averſt einer ſin Ampt nicht recht werde verwalten, ſo ſchall he offentlich in der Gemeene tho Rede geſtellet werden.

Der Art. 75 des Receſſes von 1603 lautet ſo:

Van Thohopekumſt und Rhatſchlegen der Vorſtendere.

Wurde dennoch dörch dejennen den de Avericheit thor Tidt befahlen, oder jemandt anders, binnen ofte buthen Rahdes, jenige Daeth ofte ſchedliche Verſümeniſſe verhengen, offte tho Werke geſtellet, gegen Inholt der Stadt-Bock Receſſe und bewilligede Buhrſprake, ok jegen de Articul belangende den Gades Deenſt, und tho Behoeff der Armen upgerichtet, offt ſunſt jenige Oveldaeht, Mohtwille, offte Beſchwerungen, jegen unſe Börgere, bahven Stadt-Recht, (dat Gott vorbede und vorhöden wille) vorgenahmen, So ſchölen de Vorſtendere der gemeinen Kaſten, thor Tidt vaken ſe des van nöden, by ſick thom Handel fördern de veer und twintig Börgere, uth julichen Carſpel und avermalß de nodtorfft einem Erbarn Rahde andragen, deſſ Wandel begehren —. Schege averſt dat jemant binnen offte buthen Rahdes dar wreventlich inne befunden wörde, und ſick undernehme bahven de Vermahnunge nicht tho bethern, und dennoch ſinen Mohtwillen, jegen düſſe Buvilligunge, und ſonſten jegen de Börgere und Inwahner düſſer Stadt gebruken wolde, ſo vaken, und by ſo velen, dat by den jennen de binnen Rahdes ſin, gefunden, und derhalven beclagt werth, ſchall und ſchölen der Stede und Herligkeit mit Rechte entſettet werden; Und ein jeder allenthalven he ſy binnen offt buthen Rahdes, nha Gelegenheit der Daeth ungeſtraffet nicht bliven. — Und wurde ock ſo dhane Schwahrheit befunden; dat nödig wehre, alle Erffgeſeten Börgere und Werkmeiſter der Empter tho vorbaden, ſo will ein Erbar Raht up der vorbeſtemmeden Perſonen Begehr deſulven fördern laten, und weſſ de Nod-

1) S. auch Nachtrag S. 123.

torfft fördert vordragen, und tho Werke ſtellen. Dat tho Frede und Eindracht, ock tho Wolfarth düſſer guden Stadt ſin mach.

§ 4.

Hiernächſt wollen wir uns zur Caſuiſtik wenden, ſo weit ich darüber aus meinen Collectaneen Etwas aufweiſen kann.

Der älteſte mir bekannte hierhergehörige Fall ſeit dem Receß von 1562 iſt die Amtsentſetzung und Verurtheilung zum Erſatz des Vierfachen bei Senator Peter Röver, wegen erwieſener Malverſationen und Veruntreuung gemeiner Stadtgüter. Welchen Antheil an dem desfalſigen Verfahren die Bürgerſchaft gehabt hat, iſt mir unbekannt. Vgl. Wächter hiſt. Nachl. 2, 35.

Eben ſo wenig finde ich, daß in dem Falle des Rathmannes Peter Rentzel, welcher 1575 als Kaufmann von ſeinen Gläubigern gedrängt, des Rathſtuhls entſetzt, 8 Tage lang auf dem Rathhauſe, und nachher einige Zeit in ſeinem Hauſe in Arreſt gehalten wurde (ſ. Stelzner 2, 371), abſeiten der Bürgerſchaft ein Einſchreiten erforderlich geweſen iſt.

Dagegen begehrte die Bürgerſchaft ausweiſe Wygand Nucl. Recess. s. v. Bürger (verſammlete) am Ende des Convents vom 2. Auguſt 1626, daß Herr Hans Schavshauſen, weil er das Amt Ritzebüttel, „ſo liederlich ohne einige Wiederſetzung (Wiedererſetzung?) Eid- und pflichtvergeſſen aufgegeben, in ernſtliche Strafe genommen werden ſolle". In einem ſpätern Convente verlangte die B., daß er ſich bis zu Austrag der Sache ſeiner Rathsſtelle enthalten, und die 10000 ℔, ſo er der Kämmerei noch ſchuldig, ſofort bezahlen müſſe. Sie committirt die Ausführung dieſer ganzen Sache den 40 Bürgern. Dies geſchah in dem Convente vom 17. Auguſt 1627 in einem Nebenpunkt nach dem Bürgerſchluſſe. In der Replik will der Rath dies ohne rechtliche Erkenntniß nicht verſtatten, aber zu Fortſetzung und Beſchleunigung des Proceſſes nichts ermangeln laſſen.

§ 5.

Im J. 1666 kamen zwei Fälle vor, die hierher gehören. Aus Stelzner 3, 901 ff., der ſehr umſtändlich iſt, und aus Wygand Nucl. s. v. Fiſcalis, bemerke ich in der Kürze, daß

21 Zeugen eidlich wider den präſidirenden Bürgermeiſter Lüttkens ausgeſagt hatten, er habe von Denjenigen, die Proceſſe geführt oder Stadtbedienungen nachgeſucht, große Geſchenke angenommen. Die Bürgerſchaft verlangte deshalb im Convente vom 19. Febr. 1666 ſeine Suspenſion bis zu ausgemachter Sache. Der Rath wollte in die Suſpenſion nicht willigen, und es wurde nach vielen Unterhandlungen ein neuer Convent am 26. Febr. beſchloſſen, in dem die Bürgerſchaft in die Kirchſpiele trat, und durch einhellige Vota die Suſpenſion beſchloß. Der Bürgermeiſter kehrte ſich nicht daran, weshalb Einige aus der Bürgerſchaft an den Rath abgeordnet wurden und baten, der Bürgerſchluß möchte vollzogen, und Lade, Siegel und Schlüſſel von Lüttkens abgeholt werden. Dies beſchaffte der Rath, und machte darauf L. ſeine Sache in Speyer anhängig. Im Convente vom 6. Febr. 1667 verlangte die Bürgerſchaft, daß der Bürgermeiſter im Niedergericht ſollte belangt, und von dem Fiſcal an die Bürgerſchaft appellirt werden. Der Rath widerſprach dieſem Begehren, als dem Herkommen zuwider. Im Convente vom 19. Febr. deducirte der Rath, wie und vor wem das Verfahren gegen den Bürgermeiſter geſchehen ſolle. Die Bürgerſchaft blieb bei ihrem vorigen Schluſſe, indem ſie ſich für den Iudex competens aller peccirenden Rathsperſonen betrachtete, aber hinzufügte, unter der ganzen Commun verſtänden ſie Rath und Bürger. Der Rath replicirte: Er wiſſe nur 2 Gerichte, das Ober- und Niedergericht, auch ſei in den Receſſen das Verfahren gegen Rathsperſonen beſtimmt. In den Conventen vom 22. März und 24. April beſtand die Bürgerſchaft auf die Suſpenſion, ließ ſich jedoch vom Rath zur Ertheilung einer Vollmacht an die Zwei und Funfziger Behufs gütlicher Abmachung der Sache, die Ratification der Bürgerſchaft vorbehältlich, bewegen. Die Sache endigte mit der freiwilligen Reſignation des Bürgermeiſters Lüttkens, der 1670 in Wien ſtarb.

§ 6.

Sein Schwager, der Rathsherr Johann von Spreckelſen, ſcheint in Druckſchriften die 52er injuriirt zu haben. In dem Convent vom 16. Februar 1666 verlangte die Bürgerſchaft vom Rathe, von Spreckelſen ſolle unter der Krone eine Erklärung

Digitized by Google

„zu der Bürger Vergnügen" geben. Im Convente vom 17. Sept. verlangte die Bürgerſchaft, da die Erklärung, die von v. S. erfolgt war, nicht genügte, ihm ſolle nicht nur das richterliche Amt gelegt, ſondern auch der Brookvogt und andere Diener genommen, ein Anderer an ſeine Stelle verordnet, und er nicht eher „in den Rath gelaſſen" werden, bis er der Bürgerſchaft Satisfaction gegeben. Der Rath replicirte, er könne ſich nicht darauf erklären, es ſei aber Niemand ohne richterliche Erkenntniß ſeiner Herrlichkeit zu entſetzen.

Im Convent vom 26. Sept. beharrte die Bürgerſchaft entſchieden dabei, daß ſie die Rathspropoſition nicht eher anhören werde, als bis der jüngſte Bürgerſchluß wegen v. S. effectuirt worden, und brachte es dahin, daß dem Rathsherrn Caspar Weſtermann die Prätur übertragen ward. Allein dies genügte der Bürgerſchaft nicht, ſondern in den Conventen vom 3. und 10. October verweigerte ſie die Rathsanträge anzuhören, bis v. S. gänzlich ſuſpendirt werde, bis zu gegebener Satisfaction. Der Rath berief ſich auf den Art. 46 des Receſſes von 1603, als weshalb er in der Bürgerſchaft Begehr nicht einwilligen könne [1]). Sie ließ ſich den Artikel vorleſen, meinte, er ſchicke ſich nicht auf dieſen casus, und verblieb bei ihrer Weigerung.

Die weiteren Verhandlungen in dieſer Sache führten endlich dahin, daß v. S. zufolge eines kaiſerlichen Reſcripts bis zu Austrag der Sache vom Rath excludirt ward, und bis an ſeinen Tod im J. 1684 verblieb.

Das Verfahren gegen den Syndicus Garmers, (ſ. Stelzner 3, 1114 ff.), der 1677 beſchuldigt ward, in Briefen den König von Dänemark, Chriſtian V., injuriirt zu haben, ward vom Rath auf Anſuchen des Däniſchen Miniſters betrieben, der Rath verfuhr

1) Art. 46: Alle de jennen, de up ähr Ampt gedeenet hebben, un dartho gedahn, wat ſe billich ſcholden, effte noch dhon wolden, deſulven ſchall neen unverhörder Sake nicht vorwiſen, den tho ehren Emptern geſtaden, idt wehre den dat ſe mit Rechte apenbahres Huſes vorwunnen werden, des Amptes unwerdig offt verböhret tho ſin. (Er bezieht ſich nach dem Zuſammenhange auf die Handwerks-Innungen).

Digitized by Google

dabei in Uebereinſtimmung mit den 144gern, und Garmers ward 1678 „durch Urtheil und Recht zu ewigen Tagen aus dieſer Stadt verbannt, und ſeine Schriften durch den Scharfrichter verbrannt.“

§ 7.

Ueber den Fall, daß 1696 der derzeitige älteſte Prätor Hieronymus Sillem von der Bürgerſchaft ſuſpendirt und nachgehends removirt wurde, Alles im Widerſpruch mit dem Rath, und wobei ſich es zutrug, daß, weil der andere Prätor Caspar Anckelmann wegen Schulden ausgetreten, Hamburg eine Zeitlang gar keinen Prätor hatte, hier nur Folgendes: Im Convente vom 17. September verlangte die Bürgerſchaft nach gehaltener Mannszahl, Sylm ſolle zu ihr herauftreten, und als dieſer ſich dazu freiwillig entſchloß, ward ihm eröffnet: Marten Reeſe habe ſich über ihn beſchwert, daß er ihn wider Statuten und Receſſe nach dem Baum bringen laſſen. Vergebens bewies Sylm, daß er es ex Commissione Senatus gethan, die Bürgerſchaft beſchloß ſeine Suſpenſion, und beſtand darauf in mehreren folgenden Conventen, ja beſchloß am 1. October die Remotion Sylms aus dem Rathe und neue Wahl, und als der Rath widerſprach, erwählte ſie Hermann Stubbe zum Rathsherrn, deſſen Beeidigung ſie auch demnächſt durchſetzte. 1709 wurde Sylm wieder reſtituirt. Vergl. Thes. iuris provinc. 2, 875. Wygand Nucl. s. v. Hamburg. Stelzner 4, 192 — 203. Wächter hiſtor. Nachlaß 2, 35.

Im Convente vom 23. September 1697 verfügte die Bürgerſchaft nach dem Receſſe von 1562 die Remotion des Rathsherrn Cordt Vegeſack wegen diverſer Malverſationen bei der Bank, der er zwei Pfänder verſetzt, an denen großer Schaden, vom Rathsſtande, änderte aber auf des Raths Vorſtellung den Beſchluß aus Rückſicht auf ſein hohes Alter im Convente vom 7. October dahin ab, daß er 5000 Thaler an die Kämmerei bezahlen ſolle, und beſtand aller Remonſtrationen des Raths ungeachtet auf Beitreibung dieſer Summe von den Erben des ſeitdem Verſtorbenen. Vgl. Stelzner 4, 228 — 232. Wygand Nucl. s. v. Fegeſack und Fegeſacks Erben. Es iſt dies derſelbe Cordt Vegeſack, von deſſen Noten sub XXXV, 4 in der neuſten Ausgabe des Statuts Erwähnung geſchieht.

Digitized by Google

§ 8.

Nach dieſen geſchichtlichen Thatſachen werden Sie im Stande ſein, die weiteren Schritte unſerer Legislation in Beziehung auf die vorliegende Frage zu beurtheilen, und in wie fern es ſich rechtfertigen läßt, wenn es in dem Haupt=Receſſe vom 15. Oct. 1712 am Schluß des Art. 1 heißt, daß in der hier verſtandenen Materie „bis daher der Receß de Anno 1562 und das prooemium der Rolle de Anno 1595 nebſt dem 75. Art. des Receſſes de Anno 1603 angeführet, und pro und contra heftig geſtritten worden.“ Nach dieſem Hauptreceß ſollten dieſe Geſetze „hinkünftig ſo wenig als einige andere Receſſe, Statuten oder Rollen wider die im gegenwärtigen Articulo 1 beliebte Verordnung allegirt, ſondern Alles, was darin dieſem Entgegenlaufendes enthalten, oder daraus möchte hervorgebracht werden können, hiermit gänzlich abolirt und abgethan; im Gegentheil aber dieſer Artikulus als ein ewiges und unumſtößliches Fundamentalgeſetz hiermit angenommen, und dergeſtalt feſtgeſtellt ſein, daß danach in allen vorerwähnten casibus einzig und allein verfahren, und die in Amts= und Staatsſachen vorſätzlich[1]) malverſirende Rathsglieder, ſowohl in als de Senatu, wie imgleichen diejenigen Bürger[2]), ſo bürgerliche officia verwalten, und darin, und in Sachen, ſolch ihr Amt ſelbſt betreffend, wirklich und vorſätzlich ſich vergreifen, auf dieſe unveränderliche verordnete Art gerichtet werden ſollen, jedoch in andern Fällen[3]) E. E. Rath und den ordentlichen Gerichten an ihrer Erkenntniß und Jurisdiction, auch dem Reglement der Rath= und Bürger=Convente in den darin ausgedrückten Fällen allerdings unverfänglich und unabbrüchig.

Ich habe es hier nicht zu erörtern, wie ſich damit der übrige Inhalt dieſes Artikels in Uebereinſtimmung bringen läßt. Ich hebe hier daraus nur Folgendes hervor. Es heißt zuerſt:

„Gleich wie E. E. Rath ſowohl die Wandelſchaffung als Beſtrafung der Herren, beides in und de Senatu, welche

1) Dieſe Beſchränkung widerſpricht dem Vorhergehenden.
2) Von dieſen war vorher gar nicht die Rede.
3) Was ſind das nun für Fälle?

Digitized by Google

wegen Geſchenke, Gift oder Gaben die Juſtiz übel adminiſtriren, oder ſich ſonſt ungebührlich in ihren Rathsfunctionen verhalten möchten, allerdings gebühret, ſo wird E. E. Rath bei ſolchem ſeinem Recht gelaſſen, nur daß derſelbe, falls es zum wirklichen Proceſſe kommen ſollte, es ſich angelegen ſein laſſen wird, daß derſelbe wenigſtens innerhalb 8 Monaten nach deſſen wirklicher Introduction geendigt ſein möge."

Iſt der Rath hierin ſäumig, oder dem Beſchwerdeführer wird „ſeiner Meinung nach nicht zulänglich geholfen", ſo ſteht ihm nach Anweiſung Art. 6 Tit. 2 des Reglements der R. und B.C. das Recursverfahren offen.

Verbleibt ein ſolches Rathsglied halsſtarrig auf ſeinem Sinn, wollte ſeinen Unfug nicht erkennen, ginge auf ſeinem Irrwege fort, oder verharrte ſonſt in ſeinem Muthwillen, oder die beſchuldigte Rathsperſon hätte ſich eines Stadt- oder Staatsverbrechens, wodurch die ganze Stadt wirklich gefährdet worden, vorſetzlich ſchuldig gemacht, ſoll ein ſolches Rathsmitglied auf Gutbefinden E. E. Raths und des löbl. Collegii, mit welchem zuletzt über dieſe Sache tractirt iſt, zuvörderſt von ſeinem officio ſuspendirt, ſodann der Fiscal gegen ihn excitirt, die Klage, nachdem ſie vorher mit allen Beilagen vorerwähntem Collegio communicirt und man darüber von beiden Seiten einig geworden, in das Niedergericht introducirt, daſelbſt usque ad conclusionem wenigſtens in Jahresfriſt verhandelt, und definitiv entſchieden werden. Der Fiscal ſoll pro con- aut reformanda sententia an ein demnächſt genauer beſchriebenes extraordinäres Gericht stante pede appelliren. Bei dem Ausſpruche dieſes Gerichts oder dieſer Deputation ſoll es ſchlechterdings ſein Verbleiben haben, er ſoll ſofort zur Execution gebracht werden, weder der Fiscal noch der Verurtheilte dagegen ein Rechtsmittel haben, und noch weniger Rath oder Bürgerſchaft ꝛc. ſich eine weitere Cognition in der abgeurtheilten Sache anmaaßen.

Der Herausgeber des neuſten Abdrucks der 4 Hauptgrundgeſetze (1, 176) bemerkt, es ſei nie von der Anwendung des auſſerordentlichen Gerichts die Rede geweſen. Dabei wirft er die Frage auf, ob durch die Einſetzung des O.A.G. jene Verfügung des Art. 1, wonach kein Rechtsmittel gegen die Entſcheidung

des auſſerordentlichen Gerichts Statt finden ſolle, nicht verändert ſei, indem die O.A.G.Ordnung von 1820 § 15 dem Angeklagten bei unmittelbaren Verbrechen gegen den Staat als ſolchen die Berufung an das O. A. G. geſtatte. Dieſelbe Beſtimmung enthält bekanntlich die definitive O. A. G. O. § 40 Abſ. 2; ſie bezieht ſich aber nur auf Erkenntniſſe des Obergerichts, nicht der auſſerordentlichen Deputation.

§ 9.

Bekanntlich iſt der Unionsreceß des Senats vom 7. Sept. 1710, alſo über zwei Jahre älter als der Hauptreceß. Hier beſagen Art. 8. 9. und 10 in f. (B. 1, 277 ff.) für den ſpeciellen Fall, wenn es documentirt werden könnte, daß „Jemand unſeres Mittels" in oder de Senatu wegen Geſchenks oder Gabe das Recht protrahirt oder gebeugt hätte, wie der Senat verfahren wolle. Es ſoll aber die cognitio relevantiae et irrelevantiae indiciorum beim Rath allein verbleiben, und Niemand ſonſt auſſerhalb deſſelben oder von den Collegiis zugezogen werden. Die Art. 18 und 19 (B. 1, 286 ff.) beſtimmen näher das Verfahren im Senat, wenn ein Mitglied dieſer Vereinigung in einem oder andern vorangeführten Stücke oder auch ſonſt ſeinen theuer geleiſteten Eiden und Pflichten vel committendo vel omittendo, mit Vorſatz oder unverantwortlicher Nachläſſigkeit zuwiderhandeln ſollte, und im Art. 20 (B. 1, 289 ff.) findet man Anleitung, wie man zu verfahren hat, wenn man etwas Strafbares, ſo ein Mitglied des Raths (desgleichen Syndicus oder Secretarius) in ſeinem Amt begangen hätte, zur Anzeige ꝛc. bringen wollte.

Das Reglement der Rath- und Bürger-Convente vom 4. Juni 1710, bekanntlich das älteſte der vier Hauptgrundgeſetze, beſtimmt Tit. 2 Art. 3 (B. 1, 67) wegen der Criminalſachen, daß die Gerichte ſchuldig ſind, nach hieſigen Statuten, Verfaſſungen und der Peinl. H. G. O. zu verfahren, und ſoll kein Bürger wegen Verbrechen, die an ſich verbürglich und nur mit Geldbußen zu beſtrafen ſind, wenn er genugſame Bürgſchaft desfalls offerirt, und ſofort zu präſtiren vermag, in andern ſchweren, mit Lebens- oder Leibesſtrafen, item Relegation, infamia oder dergleichen den Rechten nach zu belegenden criminibus aber nicht ohne ſattſame

Digitized by Google

Urſache, nämlich ſolche indicia, als ad capturam in Rechten erfordert werden, zu gefänglicher Haft gebracht werden, und widrigenfalls des beneficii regressus zu genießen haben, wie Art. 5 disponirt wird. Falls ein Gerichtsherr oder Amtsherr ex cognitione et commissione Senatus Jemanden in Verhaft zieht, ſoll er übrigens perſönlich nicht verantwortlich ſein.

Der Herausgeber der vier Hauptgrundgeſetze (I, 15) faßt das Geſetz ſo auf, daß, wenn der Bürger wegen Arreſtes über Unrecht, alſo über die Procedur ſich zu beſchweren habe, ſo könne die Sache zur verfaſſungsmäßigen Entſcheidung nach Art. 1 des Hauptreceſſes gelangen.

Nach Art. 5 Tit. 2 ſoll in der neuen Gerichtsordnung angewieſen werden, wie und welcher Geſtalt die Referenten de syndicatu zu belangen. Doch enthält der Entwurf derſelben von 1711 nicht eine leiſe Spur davon.

§ 10.

Das neuſte Geſetz in der fraglichen Materie iſt die Appellabilitäts-Verordnung vom 7. Juli 1820, nach deren § 1 excessus in exercitio officiorum publicorum keine privatrechtliche Streitigkeiten ſind, und daher nicht an das O. A. G. gebracht werden können. Dagegen iſt nach § 2 allerdings als privatrechtliche Streitigkeit anzuſehen: die Beſtimmung von Privat-Entſchädigung bei Exceſſen in exercitio officiorum publicorum oder bei zum allgemeinen Beſten erlittenem Schaden (sic legendum), nachdem zuvor die quaestio an? ſowohl dahin, ob ein zu erſetzender Schade vorhanden ſei, als dahin, ob die Perſon oder die Behörde, von welcher Erſatz gefordert werde, deshalb in Anſpruch genommen werden dürfe, im verfaſſungsmäßigem Wege ausgemacht worden iſt. Das Obergericht hat in einem Erkenntniß vom 26. April 1833 in S. des Schiffers Baltze c. die Schiffahrts- und Hafen-Deputation und das O. A. G. in ſeinen Entſcheidungsgründen zum Urtheil vom 16. December 1837 in S. Gramcko c. die Baudeputation erklärt, der Ausdruck Exceſſe ſei nicht auf ein durch poſitive fehlerhafte Amtshandlungen committendo zugefügtes Unrecht zu beſchränken. Das Nähere ſ. in Herrn Dr. Weſtphalen Hamburgs Verf. u. Verw. 1, 244 ff.

Digitized by Google

Dieſe generelle Erklärung, welche freilich dem eigentlichen Begriff von Exceſſen entgegenſteht, würde alſo auch auf die Commiſſiv- und Omiſſivhandlungen unſerer höchſten Staatsbeamten Anwendung leiden. — —

§ 11.

Sie werden durch dieſe Zuſammenſtellung in Stand geſetzt ſein, nicht blos den geſchichtlichen Gang, den bei uns die Beurtheilung der Verantwortlichkeit unſerer oberſten Staatsbeamten genommen hat, und wodurch dieſelbe der Cognition der Bürgerſchaft entzogen worden iſt, ſondern auch die mannichfaltigen intereſſanten Streitfragen zu überſehen, welche der gegenwärtige Standpunkt der Legislation veranlaßt, und welche ein neues zeitgemäßes Geſetz wünſchenswerth und faſt nothwendig erſcheinen laſſen.

Ich finde in meinen Collectaneen nur einen hierhergehörigen Fall, der darum jünger als die Grundgeſetze zu ſein ſcheint, weil der 1715 verſtorbene Juris Practicus Hinſch (vgl. neuſte Ausg. des Statuts S. XXXI sub XX) ihn aufbewahrt hat, als aus ſeiner Erinnerung. Vid. ad Stat. I, 25, 9.

Es war ein hieſiger Einwohner wegen Verkehrs mit falſcher Münze verhaftet, und nachdem er eine cautio de iudicio sistendo bis zu 8000 Thalern beſtellt, des Detentionsarreſtes entlaſſen worden. Die Bürgen, die gegen den Prätor dieſe Caution übernommen hatten, ſtellten den Inculpaten, und nun entließ der Prätor ſie dieſer Bürgſchaft gegen Beſtellung einer neuen Bürgſchaft von 2000 Thalern. Es ſcheint, als ob ſich der Einwohner darauf aus dem Staube gemacht, und die früheren Bürgen mit Erfolg die Einrede geltend gemacht haben, daß ſie, weil ſie keine cautio de iudicato solvendo übernommen, dadurch liberirt wären, daß ſie ihn geſtellt. Der Fiſcal ſtellte gegen die Erben des Prätors eine Schadensklage an, und dieſe hielten es angemeſſen ſich zu vergleichen. Es ſcheint nicht irgend eine andere Behörde oder Perſon hierbei thätig geweſen zu ſein, ſondern der Senat das Verfahren wohl allein betrieben zu haben. Der Fall, deſſen nähere Details und Namen, Jahrszahl ꝛc., fehlen, iſt auch beſonders darum merkwürdig, weil hier gegen eine Rathsperſon, der nur ein Verſehen zum Vorwurf gemacht zu

ſein ſcheint, mit einer Strenge verfahren iſt, gegen welche die neuſten Erfahrungen ſehr auffallend contraſtiren. Es ſei mir aber erlaubt, mit dieſen bloßen Andeutungen gegenwärtigen Vortrag zu ſchließen, da zu beſſeren Arbeiten über den intereſſanten Gegenſtand lediglich anzuregen beſtimmt iſt, wie ich überhaupt nur von dieſem Standpunkte aus meine Vorträge aufgefaßt zu ſehen wünſchen möchte.

Beim Schluſſe dieſes Vortrags theilte Herr Dr. Voigt aus dem eben fertig gedruckten Commiſſionsbericht an die Unterzeichner der Petition vom 8. Juni 1842 den Abſchnitt S. 137 ff mit, gegen den ich übrigens Manches erinnern möchte. Mir ſcheint ein Hauptfehler unſerer Verfaſſung darin zu liegen, daß Beamte und Behörden bei uns nicht im Rechtswege leicht belangbar ſind, und darin ſtimme ich dem Commiſſionsberichte bei. Aber mir ſcheint dieſer Punkt vor allen Andern ſchon jetzt erledigt werden zu können und zu müſſen, und das Ober-Appellations-Gericht die Behörde zu ſein, welcher man ohne weitere in unſere Verfaſſung eingreifende weſentliche Novationen hier die Dijudicatur und Beſtimmung des Inſtanzenzuges anvertrauen könnte. Dies Mittel iſt darum auch zu empfehlen, weil es einfach iſt.

Schlußwort zum erſten Bande.

Ehe ich in dieſem Bande von meinen Leſern Abſchied nehme, habe ich noch Einiges nachträglich zu erledigen. Zuvörderſt bedaure ich den Zeitverlauf zwiſchen dem Erſcheinen des erſten und zweiten Heftes dieſes Bandes. Die Verzögerung iſt nicht mir zuzuſchreiben, da die Handſchrift des ganzen Bandes bereits zum Abdruck fertig lag, als mit demſelben angefangen wurde. Bei hiſtoriſchen Forſchungen iſt übrigens glücklicherweiſe ein ſolcher Verzug nicht von Belang, obgleich für die vorliegenden daraus der Uebelſtand erwächſt, daß die vor einigen Tagen erſchienene Lappenbergſche Sammlung Hamburgiſcher Rechtsalterthümer nicht mehr hat benutzt werden können, wiewohl ihr erſter Band zeitiger erſchien, als die gegenwärtigen früher ausgearbeiteten Vorträge.

Sodann bemerke ich, daß bereits Vorträge zur Füllung eines zweiten Bandes bereit liegen, ihr Erſcheinen aber durch die Aufnahme, die der gegenwärtige erſt finden muß, ſoll von einer Fortſetzung die Rede ſein, bedingt wird. Die Gegenſtände dieſer Vorträge erlaube ich mir hier kurz anzudeuten, und werde bis zu ihrem Abdruck die Zwiſchenzeit benutzen, um das eben erwähnte unſchätzbare Werk dafür noch auszubeuten, ſo weit es nothwendig iſt.

Rechtshiſtoriſche Geſichtspunkte für die bevorſtehende Reform unſerer Hamburgiſchen Juſtiz nach Anleitung einer Abhandlung Biener's in Savigny's Zeitſchrift.

Materialien zur Geſchichte des Eides in Hamburg, namentlich in Hinſicht auf den Reinigungseid, die Klage auf Eid und auf Beweis, und die Eideszuſchiebung.

Rechtsgeſchichtliche Notizen über die in Hamburg üblichen Friedensgebote.

Digitized by Google

Althamburgiſches Recht des Hausherrn an den Sachen des Häuerlings.

Geſchichte der Strafen in Hamburg.

Endlich bin ich zum Theil durch eigene fortgeſetzte Forſchungen, zum Theil aber durch Männer, die nicht blos von mir als Freunde innig verehrt, ſondern auch im Auslande als ausgezeichnete Gelehrte anerkannt ſind, auf Berichtigungen für das erſte Heft aufmerkſam gemacht worden, die ich den Leſern deſſelben nicht vorenthalten darf.

In der Dedication S. 2 iſt im Ausdruck fehlgegriffen. Es muß ſtatt des Gegenbeweiſes, welcher Ausdruck einen ſchielenden Sinn giebt, Beweis meiner Dankbarkeit heißen.

Ueber die Ableitung der Folter aus den altdeutſchen Gottesurtheilen iſt jetzt Biener in einer auch ſonſt ſehr empfehlenswerthen Abhandlung in Savigny's Zeitſchr. XII, 1 S. 81 Anm. 27 zu vergleichen, ſo wie über die Bekanntſchaft unſerer Vorfahren mit der Tortur durch das Römiſche Recht derſelbe S. 70 — 92. Wenn ich ferner S. 13 behauptete, daß in unſerem neuſten Statut noch keine Spur von einem eigentlichen Inquiſitionsproceſſe vorkomme, ſo muß ich dieſe Anſicht jetzt als irrig bezeichnen, und beziehe mich wegen der weiteren Ausführung auf meine obenerwähnten Vorträge über Biener.

S. 51 iſt in dem erſten Criminalfall von 1598 Snitkerknecht zu leſen, d. h. Tiſchler= oder Schreiner=Geſelle.

S. 53 Schorteldocke iſt Schötteldocke, Schüſſeltuch, d. h. Serviette oder Wiſchtuch.

Der S. 89 aus mühſam zuſammengeleſenen Bruchſtücken von mir erzählte intereſſante Fall der Maria Catharina Wächtler geb. Wunſchen iſt im neuen Pitaval VI, 448 ff. nach den Acten, die unſer Senat dem Vf. mitgetheilt hat, ſeitdem für ein größeres Publicum ſehr intereſſant bearbeitet worden.

Zu meinem Vortrage über Zauberglauben und Hexenverfolgungen iſt jetzt auch der bereits belobte Aufſatz Biener's S. 122 ff. zu prüfen. Auch er ertheilt S. 123 Anm. 91 Jarcke's Forſchungen die ihnen gebührende Anerkennung. Ferner berührt er die irrthümliche Anſicht Soldan's, als ob der

Digitized by Google

Inquiſitionsproceß hauptſächlich zu Gunſten des Hexenproceſſes in Deutſchland eingeführt ſei. Unter Bezugnahme auf S. 123 iſt einer meiner hochgeehrten Freunde der Meinung, daß in der von mir S. 99 Anm. 4 mitgetheilten merkwürdigen Stelle des Magdeburger Schöffenrechts nur die Anſicht der alten chriſtlichen Kirche ſich finde, von einer Einwirkung des Teufels auf den inneren Menſchen, nicht aber auf ſeine unmittelbare Bewirkung äuſſerer Verbrechen. — Zu der von mir S. 112 ff. zuſammengeſtellten Caſuiſtik, und ſpeciell zu Anm. 3 möchte ich nachträglich hervorheben, wie das ſonſt Auffallende der Gleichförmigkeit aller Ausſagen in den Hexenproceſſen ſich mit der Wahrnehmung verlieren muß, daß die Tortur die Ausſagen auf Suggeſtionen erpreßte, daß eben auszuſagen war, was die Gerichte wollten, und daß dieſe nun einmal ſich daran gewöhnt hatten, die Sache ſo aufzufaſſen. Ich glaube nicht, daß die Anſicht von Olshauſen in deſſen Commentar zu Paulus Briefen an die Korinthier S. 809 Anm. *) einen hiſtoriſchen Anhalt hat, wonach ſolche Vorſtellungen ſich durch die Phantaſie epidemiſch fortgepflanzt, oder die Angeklagten in Ekſtaſen die Verbrechen ſelbſt begangen zu haben geglaubt hätten. Zu dieſer Anſicht würde u. A. die Thatſache nicht paſſen, daß ſich bei uns die meiſten Hexen unter unſerem gemeinſten, proſaiſchen, noch heutiges Tages in unverwiſchbaren Zügen die Abkunft von Leibeigenen verrathenden, zu phantaſtiſchen Exaltationen durchaus unempfänglichen Landvolke gefunden haben.

S. 116. Den Ausdruck Rottenkrud leitet ein gelehrter Freund von Kraut, d. h. Pulver, Arſenik her, das ſich conglomerirt, und dann wieder gehackt werden muß. Doctor Dittmer's Ueberſetzung wäre danach richtig.

S. 147 Matſchop, Matſchappen, d. h. socii, Mitſchuldige.

S. 172. Ueber Seeräubereien iſt jetzt Dr. Laurent in unſerer Zeitſchr. 2, 1, 43 ff, ferner Lappenberg ebendaſelbſt S. 93 ff. zu vergleichen.

S. 181. Den beſchattede he überſetzt ein gelehrter Freund: Er beſchatzte, er erpreßte Geld von ihm.

S. 209 zu Wortſtellung (Z. 4 v. u.) bitte ich zu vergleichen das Stauen, welches in unſeren Statuten von 1270 VII, 6. 1276 eod. 1292 H, 4. 1497 E, 2 vorkommt.

Ich kann dieſe Nachträge nicht beſchließen, ohne mich für jede Belehrung und Berichtigung recht aufrichtig dankbar zu bekennen, und bitte die Freunde, welche in dem Vorſtehenden ihre Erinnerungen benutzt finden, ſolches auch als ein Zeichen meiner Dankbarkeit aufnehmen zu wollen.

Hamburg 1845.

C. Trummer Dr.

Digitized by Google

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Inhalt des erſten Bandes.

Dedication.

Vorwort.

I. Geſchichte der Tortur in Hamburg .... pag. 1

II. Abriß der Geſchichte des criminellen Zauberglaubens und insbeſondere der Hexenverfolgungen in Hamburg......... » 96

III. Rechtshiſtoriſche Aphorismen in Veranlaſſung von Lappenberg's Hamburgiſchem Urkundenbuche (Bd. I).......... » 161

IV. Die Vehmgerichtsacten auf unſerem Stadtarchiv .... » 213

V. Die Lehre von der Zurechnung, nach Altdeutſchem, insbeſondere nach Hamburgiſchem Recht.......................... » 339

VI. Ueber die Entſtehung des hieſigen Advocatenſtandes aus den Vorſprechern. .... » 462

VII. Ueber das Verhältniß zwiſchen dem älteſten Hamburger und dem Stader Stadtrecht.......................... » 475

VIII. Einige rechtshiſtoriſche Notizen über die Verantwortlichkeit der oberſten Staatsbeamten in Hamburg .... » 493

Schlußwort.................................... » 508

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by

Digitized by Google
Prev

Digitized by Google